

22. IX. 1916

1

L 70000

52

1916

22. IX. - 3. XI.

Ungarische Politische 13

Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 21. September.

Die Debatte über die Anträge der Grafen Julius Andrássy und Albert Apponyi wurde heute, die Abstimmung inbegriffen, erledigt. Sie endete mit der Ablehnung der Anträge. Diese Tatsache bedeutet keinesfalls eine Zuspitzung der parteipolitischen Gegensätze. Die große Rede des Grafen Albert Apponyi, deren zweiten Teil die Nachmittagsitzung brachte, wirkte unmittelbar, war in Form und Wesen das Stück einer Auseinandersetzung, die offenbarte, daß Rechts und Links im ungarischen Abgeordnetenhaus eins in den Zielen, eins in dem staatlichen Bestreben. In einer umfassenden, das gesamte Material der Debatte wieder berücksichtigenden, die Einzelheiten der Schlussworte der Grafen Apponyi und Andrássy behandelnden großen Rede griff dann Ministerpräsident Graf Stefan Tisza am Abend noch einmal in die Debatte ein. Seine Rede war frei von jeder parteipolitischen Tendenz. Ihre Argumentation, ihre Prinzipien, ihre Grundlagen und ihre Ausblicke waren in objektivster Form gehalten und durchaus objektiv, vom besten Staatsbewußtsein getragen, im Wesen. Zuversicht und Selbstvertrauen leuchteten aus allen Stücken dieser Rede, die im Hause sichtbar Zuversicht und festes Vertrauen auf den Sieg unserer Sache weckte. So darf und kann die Abstimmung, die heute im Abgeordnetenhaus stattfand, und das Schicksal der Anträge Andrássy-Apponyi entschied, keinesfalls als ein Symptom parteipolitischer Zerklüftung betrachtet werden. Daß im ungarischen Abgeordnetenhaus nur über die Mittel die Ansichten auseinandergehen, daß in diesem Hause aber ein einziges Ziel herrscht, daß der Wille zum Sieg alle anderen Bestrebungen weit überträgt, darüber liegen weder die Reden der Abgeordneten Albert Apponyi und Julius Andrássy, noch die Rede des Ministerpräsidenten auch nur einen Augenblick lang Zweifel aufkommen. Volle Harmonie in den Zielen: das ist das Ergebnis der auslandspolitischen Debatte, die im ungarischen Abgeordnetenhaus heute zu Ende kam. Wer da von dieser Debatte zersetzende Wirkungen erwartete, muß, namentlich nach dem Verlauf der heutigen Beratungen, gestehen, daß er sich durchaus getäuscht hat.

Das Abgeordnetenhaus wird am Dienstag der nächsten Woche wieder zusammentreten. Die kommenden Beratungen sind den Verhandlungen über den fünften Bericht des Ministerpräsidenten betreffend die Anwendung der Ausnahme-gewalt gewidmet.

Nach der Pause ergreift das Wort

Abgeordneter Graf Albert Apponyi:

Das hauptsächlichste, ja das einzige Argument, das der Herr Ministerpräsident gegenüber dem Antrage des Grafen Andrássy anzuführen weiß, ist dieses: der Herr Ministerpräsident hält weder die ungarische Regierung, noch die Faktoren der ungarischen Politik und des ungarischen Staatsrechtes für berufen, die Einberufung der österreichischen Delegation zu verlangen, denn nach seiner Ansicht wäre dies eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs. Ich glaube mich nicht zu irren, und der Herr Ministerpräsident dürfte mir darin recht geben, wenn ich behaupte, dies sei sein einziges Argument. Denn er selber stimmt ja mit uns darin überein, daß die Einberufung der Delegation sehr wünschenswert wäre. Es ist also bloß die rechtliche Unmöglichkeit, auf die er sich beruft, indem er den Antrag meines geehrten Freundes zurückweist. In merito hat Graf Julius Andrássy hierauf schon erwidert. Ich denke nicht, daß hierzulande oder auch in Oesterreich auch nur ein einziger Mensch Zweifel darüber hegen könnte, daß die Delegation einberufen würde, wenn der Herr Ministerpräsident dies ernstlich wünschte. Ich halte es für einen großen Fehler, in der Einberufung der Delegation einen Eingriff in die Angelegenheiten Oesterreichs zu erblicken. Denn verhielte sich die Sache verkehrt, würden wir hier in Ungarn etwelche politische Gründe heraussüßeln, vermöge deren wir weder die Einberufung der Delegation, noch die des österreichischen Reichsrates für wünschenswert erachteten und auf dieser Grundlage hiegegen eine Aktion einleiteten im Hinblick auf gewisse Erscheinungen, die in Oesterreich sich befunden könnten, so wäre dies doch allenfalls eine Einmischung. So aber verlangen wir bloß, daß Oesterreich sein eigenes Gesetz vollziehe, denn dies ist eine Vorbedingung dessen, daß auch wir unsere einschlägigen Gesetze vollziehen können. Ich will darüber nicht rechten, ob dieses Zueinandergreifen glücklich ist oder nicht, denn auf dieser Seite des Hauses halten wir ja bekanntlich ein Zueinandergreifen des ungarischen und des österreichischen konstitutionellen Lebens nicht für glücklich, das solche Situationen zu zeitigen vermag; die Sache verhält sich aber nun einmal so und de lege lata sage ich, daß wir nachdrücklich wünschen, Oesterreich möge sein eigenes Gesetz vollziehen, das durchaus nicht oneros ist, sondern eines, das Rechte festlegt, die Rechte des österreichischen Volkes, der österreichischen Nation, und das deren Nullifikation ein Ende macht, — wir wünschen, daß es sich seiner Rechte bediene, und zwar wünschen wir dies unter dem Titel, daß es gewisse gemeinsame Institutionen gibt, in deren Ausübung der verfassungsmäßigen Kontrolle unsererseits eine Lücke entsteht, denn die in Oesterreich üben die Kontrolle nicht aus und vollziehen das Gesetz nicht, das auch ihnen Rechte verleiht. Wie gesagt, dies kann keineswegs eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs genannt werden.

Ich gebe zu, daß der Fall eintreten kann, in dem Oesterreich und dessen Faktoren das österreichische Gesetz nicht vollziehen wollen, so daß demzufolge die Einberufung der Delegation nicht möglich wäre. Zwangsmittel stehen uns schließlich nicht zur Verfügung, um Oesterreich zu dem Vollzuge des Gesetzes zu veranlassen. Wir können in solchem Falle auf Grund unserer eigenen souveränen Entschliebung hieraus nur die Folgen ableiten und für die Kontinuität unserer eigenen Verfassung sorgen, so daß diese nicht an etwaige Versäumnisse österreichischerseits gebunden sei: und da stellt sich, gleichsam als Erwägung des Antrages Graf Julius Andrássys, mit logischer Notwendigkeit jener Antrag ein, den ich so frei war, einzubringen. Wiederholt betone ich, daß dieser

Die Christlichsozialen beim Ministerpräsidenten.

Auf Grund der Beschlüsse der Christlichsozialen Vereinigung sprachen gestern deren geschäftsführender Obmann Abg. Schraffl und Minister a. D. Dr. Gschmann beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh vor, um die in der letzten Sitzung beschlossenen Anregungen und Anträge der Regierung mitzuteilen. Es wurde hierüber von der Partei folgende Mitteilung veröffentlicht: Zunächst erörterte die Abordnung in Durchführung der diesbezüglichen Klubbeschlüsse die schwebenden Ernährungsfragen, deren Stand der Bevölkerung die bringende Pflicht auferlege, mit den vorhandenen Vorräten strenge Haus zu halten, damit das von allen gewünschte Ziel eines erfolgreichen Durchhaltens bis zum Endsiege erreicht werde.

Sobann wurde die Frage der Einberufung des Reichsrates und der Delegationen besprochen, wobei die Abordnung auf die Tatsache verwies, daß sowohl in erster Linie die Christlichsoziale Vereinigung des Abgeordnetenhauses selbst als auch die übrigen Parteienvertretungen der Christlichsozialen bereits des öfteren bei der Regierung vorstellig waren und als die ersten die Mitarbeit der parlamentarischen Vertretungskörper an der Lösung der durch den Krieg und durch die sonstige Entwicklung der politischen Verhältnisse gestellten Aufgaben und aufgetauchten großen Probleme als wünschenswert bezeichnet hatten, selbstverständlich in der Voraussetzung einer kluglosen gesicherten Arbeitsfähigkeit der parlamentarischen Körperschaften durch Reform der Geschäftsordnung usw. Dies, wie gesagt, schon zu einer Zeit, als ähnliche Anregungen von anderer Seite noch nicht vorlagen. Allerdings waren damals diesbezügliche Verlautbarungen untunlich. Des weiteren brachte die Abordnung dem Kabinettschef die übrigen Forderungen der Christlichsozialen Partei zur Kenntnis. Die Konferenz währte nahezu zwei Stunden.

Beratung der Czechisch-Klerikalen.

Die katholisch-nationalen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Mährens hielten vorgestern in Brünn unter Vorsitz des Abg. Dr. Sruban eine zahlreich besuchte Konferenz. Der Vorsitzende berichtete über seine Teilnahme an den Beratungen betreffend die wünschenswerte Einberufung des Reichsrates und der Delegationen zu einer kurzen Kriegstagung. Der Bericht wurde von den czechisch-katholischen Abgeordneten einstimmig genehmigt und es wurden sodann die aktuellen wirtschaftlichen und Approvisionierungsfragen durchberaten. Gestern wurden die Abgeordneten Dr. Sruban und Monsignore Sramek in Vertretung der Brünnener Abgeordnetenkonferenz in längerer Besprechung vom Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh empfangen.

22./IX. 1916

Konferenz im Herrenhaus.

Gestern nachmittags 4 Uhr fand eine Konferenz von führenden Mitgliedern der drei Gruppen des Herrenhauses im Parlamentsgebäude statt, und zwar nahmen an der Konferenz teil: Heinrich Graf Clam-Martinič, Freiherr v. Czedit und Max Fürst Fürstenberg, welcher letzterer in Oberstensuniform erschienen war. In der Konferenz, die anderthalb Stunden währte, kamen die verschiedenen politischen Fragen, die in der letzten Zeit auch in anderen parlamentarischen Kreisen behandelt wurden, zur Erörterung.

Die Einigungsbestrebungen der Slowenen.

Der „Slowenee“ nimmt zu der Frage einer Vereinigung aller slowenischen Parteien Stellung, wobei das Blatt der slowenischen Volkspartei die prinzipielle Geneigtheit für einen solchen Zusammenschluß ausspricht. Das Blatt verlangt aber, daß die slowenische Volkspartei im Rahmen der neuen Vereinigung an ihrem Programm, das im Kriege seine Feuerprobe bestanden habe, festhalte. Zwei Hauptprogrammätze lauten: 1. Unwandelbare Treue zur habsburgisch-lothringischen Dynastie und gemeinsamer Widerstand gegen jede Strömung, die im entgegengesetzten Sinne wirkt oder in diesem Punkte eine Unklarheit zuläßt. 2. Achtung vor den Lehren und den Einrichtungen der katholischen Kirche sowie vollkommene Freiheit ihrer Bewegung. Wenn über diese beiden Punkte volle Klarheit geschaffen ist, so sei kein Hindernis für den Zusammenschluß der slowenischen Parteien vorhanden.

Die „Reichspost“ über den Kommunismus. Andere Zeiten, andere Sitten. Trug die christlichsoziale Presse einst mit Stolz die größte Verachtung der Kultur zur Schau, so gibt sich die „Reichspost“ heute gern einen feineren Anstrich. Ja sie hat seit einiger Zeit sogar einen Mitarbeiter, der eigens für die Bildung und nur für die Bildung da ist. Der Mann — er unterzeichnet seine Aufsätze mit Dr. C. — hat die ehren-

volle Aufgabe, alles zu verstehen: Volkswirtschaft, Literatur, Philosophie, Geschichte, Psychologie, Kunst, Völkerkunde und was es halt noch sonst Verstehenswertes gibt. Und man muß es ihm lassen: er nimmt diese Aufgabe sehr ernst, er ist wirklich bestrebt, ein Universalgelehrter zu werden: er hat schon viele, viele Bücher gelesen und er liest noch immer weiter. Leider mehr, als er vertragen kann: er ist durch das unaufhörliche Lesen zwar nicht wissender, wohl aber ganz konfus geworden. Und so werden seine Aufsätze, da er sich mit den Problemen, die ihn beschäftigen, immer mehr herumgeschlagen muß, immer länger und länger, förmliche Wandwörterer. Gestern hat er zum Beispiel eine ganze Seite über den Kommunismus zusammengeschrieben. Zuerst erzählt er des langen und breiten, wie er sich den Kommunismus vorstellt. Wir erfahren, daß die Kommunisten alles verstaatlichen wollen — den Unterschied zwischen Staat und Gesellschaft, Verstaatlichung und Vergesellschaftung hat nämlich der gute Dr. C. nicht begriffen. Er glaubt auch, unter der Herrschaft des Kommunismus werde es „nur Staat und Individuum“ geben, verwechselt also den Kommunismus mit dem schroffsten Gegensatz des Kommunismus! Dann beweist er, daß der Kommunismus undurchführbar, unpsychologisch und kulturwidrig ist. Undurchführbar, denn „das kommunistische Ideal geht aus vom Grundsatz der Gleichheit aller Menschen“. Daß die Gleichheitsforderung der Kommunisten nichts anderes bedeutet als die Forderung nach Abschaffung der Klassen, weiß Herr Dr. C. natürlich auch nicht, denn er hat den Anti-Dühring, in dem Engels die proletarische Gleichheitsforderung erklärt, natürlich nie in der Hand gehabt. Also kann er anfangen: „Gibt es etwas Ungleicherer als die Menschen? Die, einen sind gesund, die anderen krank, die einen schwach, die anderen kräftig“ u. s. w. Ganz, wie der ungebildete Bierbankphilister schon zu Groshwaters Zeiten gegen den Kommunismus argumentiert hat. Unpsychologisch findet Herr Dr. C. den Kommunismus, weil die Kommunisten nicht mit der Menschenseele rechnen. Sie übersehen, daß die Aufhebung alles Privateigentums (Dr. C. versteht nämlich unter Kommunismus einen Zustand, in dem alles Privateigentum, nicht bloß das Privateigentum an den Produktionsmitteln, aufgehoben ist) für die Durchschnittsmenschen die wichtigsten Antriebe des Fleißes, der Sparfamkeit, der Unternehmungslust, des Erfindungsdranges, der rationellen Bewirtschaftung verschüttet“. Weniger geschwollen ausgedrückt: in der kommunistischen Gesellschaft werden die Menschen nicht arbeiten wollen. Auch das behaupten die Spießbürger seit jeher, ohne so gelehrt zu sein wie Herr Dr. C. Sie behaupten es, weil sie sich Arbeit nur als Lohnarbeit vorstellen können, also auf Grund eines Mißverständnisses. Hätte Herr Dr. C. sein Näschen jemals in das kommunistische Manifest gesteckt, so müßte er das wissen. Aber er scheint grundfänglich nie eine kommunistische Schrift in die Hand genommen zu haben. Offenbar meint er, die Kommunisten verständen nichts vom Kommunismus. Kulturwidrig findet er das kommunistische Ideal, weil sich, wäre es verwirklicht, keine Persönlichkeit entwickeln könnte. Die kommunistische Gleichheitswalze muß also nochmals herhalten! Der Gelehrte der „Reichspost“ weiß gegen den Kommunismus auf einer Drucksetze nicht mehr vorzubringen, als die Analphabeten, die in der christlichsozialen Partei früher tonangebend waren, in wenigen kernigen Worten zu sagen wußten.

Pressfestimmen zur ungarischen Reichstagsdebatte.

Das Urteil über das Schauspiel politischer Zerrissenheit, welches das ungarische Abgeordnetenhaus der Welt in einer Zeit bot, in welcher wie niemals vorher Befundung vollster Einmütigkeit und Zurückstellung alles Trennenden oberste Pflicht gewesen wäre, steht unter allen Einsichtigen, sofern sie nicht ein Interesse daran haben, den anstürmenden Feinden unsere Zerklüftung, unsere Achillesferse, unsere Siegfriedblößen zu zeigen, wohl endgültig fest. Auch das „Fremdenblatt“, das im übrigen sich hauptsächlich darauf verlegt, dem ungarischen Ministerpräsidenten für sein kameradschaftliches Verhalten während der Debatte Dank und Lob zu zollen, ist der Ansicht:

Ebenso teilen wir die Auffassung des Grafen Tisza, daß die öffentliche Verhandlung dieser Erscheinungen im gegenwärtigen Zeitpunkt dem öffentlichen Interesse der Nation nicht von Nutzen sein kann. Ohne an der bona fides der ungarischen Nation zu zweifeln, ohne die Verwahrung des Grafen Andrássy, der noch zuletzt seine Objektivität betonte, als bloße Formalität zu betrachten, darf man doch wohl süßlich behaupten, daß in diesen erbitterten Debatten der ungarischen Volksvertretung Vieles, vom allgemeinen Interesse aus beurteilt, besser ungefragt geblieben wäre, Vieles in ein anderes Gewand hätte gekleidet werden können. Und in der jetzigen Epoche soll und darf eben nur jenes allgemeine Interesse allein den Ausschlag geben.

Ähnlich urteilte gestern das „N. W. Tagbl.“, das die leidenschaftlichen Vorstöße der Opposition gegen die Regierungspartei allerdings weniger unter dem Gesichtswinkel der Interessen der Gesamtmonarchie, als unter dem eines parlamentarischen Sieges des Grafen Tisza, auf dessen Sturz es den Veranstaltern der Siebenbürgen-Debatte ja hauptsächlich ankam, bespricht:

Wenn die Opposition die große, so viele Tage währende Debatte nur angefangen hätte, um einen Staatsmann zu besitzigen, dessen politischer Habitus ihr nicht paßt, dann allerdings wäre dies eine sonderbare Verminderung der Bedeutung dieses parlamentarischen Kampfes dem der patriotische Unterton, die Aufrichtigkeit der Meinung und die Rechtfchaffenheit der Ausdrucksweise ja niemals fehlen darf. Das Ergebnis der parlamentarischen Debatte ist also ein negatives für die Opposition, weil ihre Anträge fielen und Graf Tisza stehen blieb, und ein positives für die Regierungspartei, weil diese ihre Prinzipien unverzehrt behauptet hat.

Im übrigen bemüht sich das Blatt, entsprechend seinem Charakter, sowohl der Mehrheit als auch der Minderheit angenehme Dinge zu sagen. — Die „Zeit“ dagegen kann in ihrer gestrigen Besprechung

nicht sagen, daß diese Debatte, die erste ihrer Art während des ganzen Kriegsverlaufes, eine unfruchtbare war. Die Öffentlichkeit der Gesamtmonarchie hatte hier zum erstenmal Gelegenheit, die Fülle großer politischer Fragen, die durch den Krieg aufgeworfen wurden und für die es ein anderes Behandlungsforum derzeit nicht gibt, kritisch beleuchtet zu sehen. Die Mannigfaltigkeit der Standpunkte, von denen dies geschah, hat dem politisch urteilsfähigen Publikum gewiß reichen Stoff und vielseitige Anregung geboten.

Die „kritische Beleuchtung“ der Zeitereignisse durch Karolyi und Kolonyi! Die „fruchtbaren“ und „vielseitigen Anregungen“, die ein Armanecz dem Publikum bot! Mit der „Zeit“ stimmt völlig die „N.-B.“ überein, allerdings aus anderen Gründen: sie ist eine fanatische Liebhaberin von Reden; Stunden, in denen nicht geredet wird, streicht sie als verloren aus ihrem Leben. Inhalt, Zweck, Ergebnis der Reden sind ihr ziemlich einerlei, wenn nur geredet wird. Am liebsten hört sie allerdings radikalen Bombast, Reden, die poltern wie die Reden der Schiller'schen „Räuber“. Und so freut sie sich ganz außerordentlich über das Stimmengewirr der Armanecz, Kolonyi, Agron, Samuel Bakonji und Genossen:

In Ungarn ward nicht nur über alle innerpolitischen Fragen geredet, sondern wurden auch alle gemeinsamen Angelegenheiten erörtert: man sprach über den Krieg, über die Kriegsführung, über Kriegs- und Friedensziele, und weit und breit ist kein Nachteil sichtbar geworden, der aus der leidenschaft-

lichen Erörterung hervorgegangen wäre, wohl aber sind die wohlthätigen Folgen (!) der ernstesten (!) Kritik nicht zu verkennen.

Wer alles Gerede leidenschaftlich liebt, der kam allerdings auf seine Rechnung. — In Ungarn selbst scheint man über die „wohlthätigen Folgen“, wenn die Armanecz, Karolyi, Emreczjani und Kameraden „das Blatt vor dem Munde“ verlieren, anders zu urteilen; im Magnatenhause hat gestern Graf Majlath, Bischof von Siebenbürgen, alles zu unterlassen, was in diesen schweren Zeiten auch nur den Schein der Zwietracht erwecken könne, wie dies nach den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses leicht möglich wäre. „Und der „Pester Lloyd“ faßt sein Schlußurteil in die Worte zusammen:

Das zutreffende Urteil über diese Debatte hat Graf Apponyi selbst, also einer ihrer Urheber, in seinem Schlußwort gesprochen, als er dem Gewissenszwang stattgab, sich gegen jeglicher Solidarität mit den Ausführungen einer Anzahl oppositioneller Redner ausdrücklich zu betonen. Bemerkenswert sei hierzu, daß, wenn man von den die Debatte einleitenden und abschließenden Reden des Grafen Andrássy und Apponyi abzieht, es eben die von dem Letzteren des avouierten Erörterungen waren, die der ganzen Diskussion Farbe und Inhalt gaben: was sonst noch in den oppositionellen Reden geboten wurde, war entweder inhaltslos und daher überflüssig oder von bedenklichem Inhalt und daher abstrakalisch.

Die „N. Fr. Pr.“ reklamiert in einer staatsrechtlichen Betrachtung die Vaterschaft des Gedankens, daß die gemeinamen Minister den beiderseitigen Parlamenten und nicht den Delegationen verantwortlich sein sollen, für die Altliberalen Plener und Brestel, die aber schließlich aus Abneigung gegen die bloße Personalunion die Verwirklichung des Gedankens doch wieder aufgaben.

Die Besprechungen beim Grafen Silva-
Tarouca.

Die Frage der Einberufung des Reichsrates
und der Delegation.

Wien, 22. September.

Wie im Abendblatt gemeldet, haben im Laufe des Sommers Besprechungen von Mitgliedern beider Häuser des Reichsrates stattgefunden, in denen die Frage der Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit erörtert wurde.

Die Konferenzen wurden vom Herrenhausmitglied Grafen Silva-Tarouca angeregt und in dessen Palais in der Prinz Eugenstraße abgehalten.

Es fanden bisher zwei solche Besprechungen statt, die erste am 26. Juli, die zweite am 24. August.

Zur ersten Konferenz waren erschienen aus dem Herrenhause: Graf Goluchowski, Freiherr v. Ruber, Graf Lanckoronski, Prinz Lobkowitz, Freiherr v. Parish von der Gruppe der Rechten, Freiherr v. Czedit, Graf Erwein Rostiz und Prinz Siechtenstein von der Mittelpartei, Fürst Fürstenberg, Dr. Sieghart und Dr. Czner von der Verfassungspartei. Von Abgeordneten waren bei der Besprechung zugegen: Präsident Dr. Sylvester, Dobernig, Dr. Redlich vom Deutschen Nationalverband, Friedmann, die Deutschradikalen Doktor Wichtl, Wolf, die Christlichsozialen Dr. Gessmann und Schraffl, die Sozialdemokraten Seib, Winter und Dr. Ellenbogen, der Obmannstellvertreter des Polenklubs Daszynski, Dr. Gruban, Udrzal für die tschechisch-meritale und die tschechische Agrarpartei und Ritter v. Wassilko als Vertreter der Ukrainer aus der Bukowina. Im ganzen waren 12 Herrenhausmitglieder und 14 Abgeordnete anwesend.

An der Debatte in dieser Konferenz beteiligten sich die Mitglieder des Herrenhauses nicht.

Die zweite Konferenz am 24. August war von fünf Herrenhausmitgliedern und 14 Abgeordneten besetzt. Die Christlichsozialen nahmen an dieser Konferenz nicht teil.

Vom Herrenhause waren erschienen Dr. Baernreither, Freiherr v. Czedit, Dr. Czner und Graf Lanckoronski, aus dem Abgeordnetenhause Wolf, Dr. Wichtl, Dr. Redlich, Dr. v. Langenhan, Friedmann, Dr. Renner, Seib, Winter, Bernstorfer, Dr. Diamand, Ritter v. Wassilko, Dr. Faidutti, Dr. Gruban und Udrzal.

An der Debatte beteiligten sich diesmal auch Mitglieder des Herrenhauses in lebhafter Weise.

Die Besprechungen in beiden Konferenzen drehten sich um die Frage der Einberufung der parlamentarischen Körperschaften. In der Juli-Besprechung stand die Einberufung des Reichsrates im Mittelpunkt der Debatte, während in der Augustkonferenz vornehmlich über die Einberufung der Delegationen gesprochen wurde. Die Erörterungen galten den für die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit ins Feld geführten Argumenten und der Möglichkeit, einen ruhigen Verlauf und eine glatte Erledigung des Arbeitsprogramms vor der formellen Einberufung sicherzustellen.

In der zweiten Konferenz wurde die Fortsetzung der Besprechungen in Aussicht genommen. Als Termin war ursprünglich der September bestimmt. Mit Rücksicht auf die inzwischen stattgehabte Konferenz der Obmänner der drei Gruppen des Herrenhauses mit dem Ministerpräsidenten dürfte die nächste Zusammenkunft beim Grafen Silva-Tarouca unmittelbar nach dem 1. Oktober abgehalten werden.

23./IX. 1916

Wien, 22. September. (Die Beratungen des Polentklubs.) Dienstag abend fand, wie gemeldet, unter dem Vorsitze des Obmannes Dr. v. Bilinski eine Sitzung der politischen Kommission des Polentklubs statt, an welcher auch die Herrenhausmitglieder Fürst Witold Czartoryski, Graf Zbislav Tarnowski und Graf Johann Stadnicki teilnahmen. Graf Agenor Goluchowski war nicht anwesend. Von den sozialdemokratischen Abgeordneten erschienen Daszynski, Dr. Marek und Moraczewski. Es wurde sehr eingehend und lebhaft über die Erweiterung des Programms in den allgemeinen nationalen Fragen der Polen und über die Revision ihrer bisherigen Taktik verhandelt. Die Führer sämtlicher polnischen Gruppen beteiligten sich an dieser Debatte, die nicht zum Abschlusse gelangte und

fortgesetzt werden soll. Die Vertreter der radikalen Parteien drangen darauf, daß die Regierung zur Rundgebung ihrer Absichten veranlaßt werde.

Die nächste Plenarsitzung des Polentklubs findet am 29. d. in Krakau statt. Die Verhandlungen des vom Polentklub eingesetzten Wirtschaftsausschusses für die städtischen und gewerblichen Angelegenheiten werden am 30. d. in Krakau fortgesetzt werden.

23./X. 1916

Vom Alten zum Neuen.

Vom Abg. Dr. Otto Steinwender.

Vierzig und einige deutschfreiheitliche Abgeordnete, die mit Ausnahme von fünf schon bisher dem Deutschen Nationalverband angehörten, haben sich innerhalb dieses Verbandes zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen. Das ist wenig, weit weniger, als man erwartet hatte. Denn die allgemeine Erwartung und die allgemeine Forderung gingen dahin, die Deutschfreiheitlichen sollten endlich die Parteifähigen, in die sie sich selbst eingesperrt hatten, zerbrechen und sich zu einer einzigen Kampfeinheit zusammenfinden, die den großen Aufgaben der Zeit und der Zukunft halbwegs gewachsen wäre. Ist übrigens kein Wunder, daß es nicht gegangen ist. Die besten Kräfte stehen im Felde und haben andres zu tun; die Alten und die Enthobenen kämen auch dann, wenn sie es trotz ihrer Minderwertigkeit wollten, nicht zum Worte, und den in Disponibilität versehenen Politikern geht es wie den alten Bureaufkranten, sie wollen sich durchsetzen.

Zimmerhin soll man das bescheidene politische Gebilde, das vor kurzem das Tageslicht erblickt hat, nicht unterschätzen. Ohne der Agrarpartei und den Radikalen nahe zu treten, darf man wohl sagen, daß die neugebildete Deutsche Arbeitsgemeinschaft die besten Arbeitskräfte in sich vereinigt. Diese waren früher ohne engere Fühlung untereinander, sie waren nicht organisiert und betätigten sich nur gelegentlich. Um zu wissen, was organisierte Arbeit bedeutet, brauchte man gewiß nicht auf den Krieg zu warten; das hat schon im Frieden die Industrie, das Finanzkapital, die Arbeiterschaft bewiesen. Gewiß wird das, was die vierzig Männer der Deutschen Arbeitsgemeinschaft leisten, weit mehr und etwas ganz andres sein als die Summe der schon früher entwickelten Einzelenergien. Spezialisierung und Konzentration werden andres, werden mehr und Besseres zustande bringen, als in den letzten Jahren erreicht, ja sogar auch nur versucht worden war. Ganz von selbst ergibt sich eine neue Stellungnahme zum Staate, zur eigenen Nation, zu den andern Stämmen, zu den großen wirtschaftlichen und sozialpolitischen Aufgaben, eine Stellungnahme, zu der nur eine Organisation, nicht aber ein einzelner berufen und befähigt ist.

In dieser gesteigerten politischen Produktionskraft liegt aber auch die Bürgschaft einer weiteren Entwicklung, der Entwicklung zu einer großen deutschfreiheitlichen Einheitspartei. Was Worte nicht vermochten, obwohl es zeitgemäße Worte waren, das werden politische Taten durchsetzen. Man wende nicht ein, jetzt, wo der Krieg das verfassungsmäßige

Leben unterbunden hat, werde man es auch nur zu Worten und nicht zu Taten bringen. Nein, eine Tat ist schon gegeben mit der klaren und festen Antwort auf die großen Fragen der Zeit. Daran hat es bisher gefehlt, daran darf es aber nicht fehlen, wenn der glückliche Tag des Friedens kommt, mit dem der Neubau unsres Vaterlandes beginnt.

Es wäre wirklich ganz sonderbar, wenn gerade unser kleinliches und versimpeltes Parteileben erhalten bleiben sollte, während rings um uns Altes und Junges in die Nacht versinkt und einem neuen Leben Platz macht. So wenig wir auch wissen, wie in allem einzelnen sich dieses neue Leben gestalten werde, so viel ist sicher, daß es ein großzügiges sein, daß es aufräumen wird mit tausend Vorurteilen und daß es von dem, was einmal war, nur jene Werte bestehen lassen wird, die im Menschenherzen und in der Volksseele verankert sind. Daß an solchen Werten sich unser Parteiwesen messen lasse, wird man wohl nicht behaupten, und daher lasse man das, was vielleicht einmal gut oder wenigstens erträglich war, was aber jetzt als Fessel empfunden wird, einschlafen und verschwinden, damit Platz werde für Neues und hoffentlich auch für Besseres.

Parteibildung und Wahlverfahren.

Auch Parlamente und die Parteien, die in ihnen wirken, unterliegen dem Gesetz des Bodens, auf dem sie emporkwachsen, und also ist es wahr, daß Oesterreich keine andere Vertretung haben könne, als dieses seltsam verwickelte und widerspruchsvolle Staatswesen eben gebietet. Oesterreichs Parlament ist notwendig eine Art Kongreß vieler Völker. Man halte diesen Vergleich fest: Alle Schwierigkeiten des Verhandeln und der Entschliebung, die solchen Kongressen naturnotwendig eignen, müssen sich hier wiederholen, und unbillig und unklug ist es, einen solchen Kongreß mit den westländischen Mustern der nationalen Parlamente zu messen. Besser wäre es von Haus aus, sein Verfahren überhaupt jenem falschen Muster nicht anzupassen, sondern auf dieses Hauptmerkmal geradezu einzustellen. Darüber indessen ein andermal.

Aber auch innerhalb der Vertretung einer Nation, in der Vertretung der Deutschen oder der Tschechen für sich, offenbaren sich Absonderlichkeiten, die nicht ohnweiters verständlich sind. Die Summe der deutschen Reichsratsabgeordneten kann zum Beispiel als deutsche Nationalvertretung besonders betrachtet und beurteilt werden. Stellt man diese Vertretung mit ihren Persönlichkeiten, ihrem Ideengehalt, mit der Geltung, die sie tatsächlich besitzt, der Macht, dem Werte, der Bedeutung des deutschen Volkes in Oesterreich gegenüber, so verblüfft diese Konfrontation. Das Abbild ist dem Urbild nicht mehr vergleichbar.

Nichts ist auch sonst belehrender als die Gegenüberstellung der tatsächlichen Machtverhältnisse und ihres rechtlichen und persönlichen Abbilds. Die Deutschen in Oesterreich sind die Träger der Industrie, des Handels, des städtischen Lebens, des höchstentwickeltesten Ackerbaues innerhalb des Reiches. Die deutsche Bourgeoisie hat ruhmvolle oder wenigstens achtbare Hoch- und Mittelschulen, eine bessere Volksschule als die anderen Völker eingerichtet — in diesem Punkte vielleicht die Tschechen ausgenommen. Die deutsche Bourgeoisie verfügt in der wirtschaftlichen Praxis über alle konzentrierten Machtmittel des Kapitalismus. Wissenschaften und Künste finden in Deutschösterreich sicherlich mehr Pflege und mehr Mittel als in einem anderen Teile des Reiches. Von all diesen materiellen und kulturellen Dingen kommt in der deutschen Nationalvertretung wenig oder nichts zum Ausdruck. Auch die tatsächliche Geltung der Nation im Staate ist weit größer als die Machtübung im Parlament. Die Parteien, die den politischen Willen der Bourgeoisie ausdrücken, die das lebendige Instrument ihres Machtwillens sein sollten, sind so zerklüftet, daß eine einheitliche politische Wirkung beinahe gar nicht erzielt wird.

Woher kommt das? Diese Frage heischt vor allem Antwort! Dabei kann nicht übersehen werden, daß von einem ähnlichen Zustand der Zerklüftung auch die tschechische Bourgeoisie befallen, daß dort die Verwirrung womöglich noch größer ist. Das Uebel muß erklärt werden — ohne

Parteienbildung und Wahlverfahren.

Erkenntnis seiner Ursachen ist es ja nicht zu heilen.

Man wird die große soziale Differenzierung als Ursache anführen, der ja keine reife Nation entzinnen kann. Viel Wahres liegt in diesem Begründungsversuch. Allein er trifft den Kern der Frage nicht. Eine Nation wie die englische hat in der langen Zeit ihrer kapitalistischen Entwicklung jeden Grad sozialer Differenzierung mitgemacht, aber sie hat sich — bis zum Ausschneiden der Arbeiterpartei — allezeit mit bloß zwei Parteien begnügt. Diese zwei Parteien haben immer wieder alle neu auftretenden sozialen Schichten und ihre besonderen Probleme aufgenommen. Das heißt sie haben nicht etwa alle neuen und besonderen Interessen, die die Zeit gebiert, niedergehalten und aus dem politischen Leben ausgeschlossen, sondern sie haben sie hineinverarbeitet in ihre Programme, eingeleibert in einen beherrschenden Gesamtwillen und sind ihnen so auch praktisch gerecht geworden.

Wie war das möglich? Man ist in der staatsrechtlichen Literatur beinahe einer Meinung darüber, daß diese Beschränkung auf zwei Parteien hauptsächlich auf das englische Wahlverfahren zurückgeht, um vor auf die Entscheidung der Wahlen durch die relative Mehrheit, die dritten Bewerber die Wahl beinahe aussichtslos macht. Wir wollen darüber nicht streiten, wir führen den Fall nur an, um unsere Oeffentlichkeit auf die auffällige Tatsache hinzustopfen, daß scheinbar nebensächliche Bestimmungen des Wahlverfahrens auf die Parteienbildung vom höchsten Einfluß sein können.

Wie gewählt wird, das ist keineswegs so gleichgültig, wie man bei uns meint. Im allgemeinen haben bei uns Publizisten und Politiker nicht die geringste Ahnung davon, wie verschiedene Wahlsysteme wirken. In ihrer sträflichen Interesslosigkeit denken keine zehn Leute daran, diese Dinge einmal zu studieren und sich in fremden Ländern ein wenig umzusehen. Weil wirkliches Wissen im Lande fehlt, nimmt man die Zufälligkeiten unserer Wahlordnung als ewige, unabänderliche Norm hin und fragt auch hier nicht: Muß das so sein? So leidet unter anderem das ganze öffentliche Leben unter der Entwürdigung des Wahlschwindels. Trotzdem glauben wir, daß sich auch nicht einer unserer hohen Staatsfunktionäre nur einmal die Frage vorgelegt hat, ob das denn wirklich unvermeidlich ist. Die schlimmste Entartung des öffentlichen Lebens, noch dazu eine völlig zwecklos gewordene — weil sie auch parteipolitisch nicht mehr viel verändert — wird fortgeschleppt wie ein Fatum, bloß aus Gedankenlosigkeit, obschon sie nach den Erfahrungen anderer Länder ein paar Federstriche aus der Welt schaffen könnten. Wir haben hohe Gerichtshöfe mit hochweisen Räten, die über skandalöse Fälle abzurteilen haben, mit Räten, die sicherlich im Justizministerium Gehör finden, wenn sie an der Hand des einfachsten staatsrechtlichen Nachschlagsbuches Vorschläge zur Bekämpfung „illegaler und korrupter Wahlpraktiken“ erstatten wollen. Aber wir sind überzeugt, daß sie nach solchen Nachschlagsbüchern nicht greifen. Was geht es sie an, wenn sich eine Millionenbevölkerung bei der Ausübung des höchsten Staatsbürgerrechtes insolge

einiger törichter, kurzichtiger Gesetzesstellen in hysterischen Krämpfen und in moralischer Verzweiflung windet, ganz ohne Not, ganz ohne Ergebnis!

Zwei Dinge fehlen uns: öffentliches Gewissen und politischer Unterricht. Das gesamte Bürgertum hat sich bisher nicht im geringsten um Uebelstände gekümmert, die die Allgemeinheit betreffen, es hat sich zufriedengegeben, wenn die Zivilgerichte in Ordnung geurteilt haben; darauf hat sich sein Staats Sinn beschränkt und alles andere gehen lassen, wie es geht: Das ist der erschreckende Mangel des öffentlichen Gewissens, der sich auch der Bürokratie mitgeteilt hat. Hohe und höchste Beamte kann man antreffen, die völlig aus der Fassung geraten über ein geringfügiges Fehlurteil in Zivilsachen, aber bei den schlimmsten Mißbräuchen auf dem Gebiet des öffentlichen Rechtes gleichgültig die Äpfel zuden. Sie vergessen ganz, daß der Staats Sinn des Volkes heute weit mehr auf öffentlichem als auf privatem Recht ruht. Der Mangel an öffentlichem Wissen geht zusammen mit der erstaunlichen Unkenntnis der öffentlichen Einrichtungen der Heimat selbst und erst gar des Auslandes. Diese Unkenntnis, die hoch hinausreicht, berührt doppelt schmerzhaft, wenn man gegen sie das leidenschaftliche politische Interesse der unteren Volksklassen oder der Volksgesamtheit in allen östlichen Staaten, schon in Ungarn hält.

Nur diesen Umständen ist es zuzuschreiben, daß unsere bürgerliche Publizistik wie unsere Regierungskreise beharrlich an der offenbaren Tatsache vorübergehen, daß unser Wahlverfahren es ist, das eine gesunde bürgerliche Parteienbildung geradezu unterbindet. Das Proletariat und die Sozialdemokratie freilich stehen unter so starken inneren Antrieben und unter dem beherrschenden Gesichtspunkt der Organisation, daß sie über die technischen Fehler des Verfahrens hinwegkommen. Nicht so das an sich wenig politische Bürgertum. Wir hoffen den Beweis zu erbringen, daß das Wahlverfahren so geordnet ist, daß geschlossene bürgerliche Parteien kaum bestehen oder sich behaupten können, daß die Vertreter des Bürgertums niemals in die Lage kommen, das gesamtbürgerliche Interesse zu vertreten, und, wenn sie es zu vertreten versuchen, in der Regel mit dem Verlust des Mandats bestraft werden müssen, daß also das Wahlverfahren umgekehrt wirkt wie ein Sieb, da es alles Große, Bedeutende, Allgemeine zum Durchfallen bringt und nur das Unbedeutende, Besondere, Absonderliche oben läßt. Und wir hoffen das in hohem Grade anschaulich zu machen, daß sich doch endlich eine breitere Oeffentlichkeit veranlaßt fühlt, über die Dinge wenigstens nachzudenken. Damit wird doch einiges gewonnen sein.

Die ungarische Debatte.

Die Debatte im ungarischen Abgeordnetenhaus ist vorüber, und die guten Oesterreicher atmen auf. Wir meinen nicht bloß jene guten Oesterreicher, die befürchten müssen, das böse ungarische Beispiel könnte auf die Idylle, als die sich das politische Leben in Oesterreich darstellt, störend einwirken; wir denken da an jene bekannten Parteien in Oesterreich, die an der Debatte in Ungarn den Spiegel haben, in dem sie das Beschämende ihres politischen Tuns mit voller Deutlichkeit erblicken müssen. Es mag für die Führer des Deutschen Nationalverbandes gerade keine behagliche Situation gewesen sein, daß in dem Augenblick, da sich von dem Verband der Ausdruck der Ueberzeugung, daß die Tagung der verfassungsmäßigen Körperschaften wünschenswert sei, mit ganzen drei Stimmen Mehrheit zustande bringen ließ, in Ungarn nicht nur über alle innerpolitischen Fragen geredet ward, sondern auch alle gemeinsamen Angelegenheiten erörtert wurden: man über den Krieg, über die Kriegführung, über Kriegs- und Friedensziele sprach, und daß weit und breit kein Nachteil sichtbar geworden ist, der aus der leidenschaftlichen Erörterung hervorgegangen wäre, wohl aber die wohlthätigen Folgen der ernstesten Kritik nicht zu verkennen sind. Wenn nun der Deutsche Nationalverband das kraftvolle, selbstbewußte Auftreten und Vorgehen der Ungarn mit den Beschlüssen vergleicht, die er sich abgerungen hat; wenn er das Schweigen, das er seit zwei Jahren beharrlich beobachtet und das er augenscheinlich als die Befundung eines ganz erlesenen Patriotismus erachtet, mit der nachdrücklichen und unverhüllten Sprache vergleicht, die ganz Ungarn spricht: so muß ihm, denken wir, recht eigentümlich zu Mute sein. Aber es ist auch möglich, daß wir irren und daß er wirklich vermeint, tapfere Kritik im Parlament sei ein „beschämender Vorgang“ und seine Haltung, der Volksvertretung gegenüber kühl bis ans Herz, gereiche ihm zur Zier. Bei dieser erleuchteten Versammlung ist schließlich alles möglich.

Die ungarische Debatte macht es aber klar, daß jener Einwand, die öffentliche Erörterung wäre schädlich, weil der Gegner aus ihr Aufschlüsse erlangen könnte, und deshalb unmöglich, ganz und gar haltlos ist. Die ungarischen Oppositionellen haben sich kein Blatt vor den Mund genommen: nun sage man uns, was der Feind daraus erfahren habe, was er ohne diese Neben nicht gewußt hätte. Man wird Zeitungsausschnitte aus den gegnerischen Ländern anführen, die sich in voreiligen und übertriebenen Folgerungen gefallen; aber hat es in den Zeitungen, und zwar in denen allerorten, an derlei Aufschneidereien durch den ganzen Krieg hindurch jemals gemangelt? Und was soll es für den Weltkrieg bedeuten, daß sich irgend ein Blatt im Feindesland in lächerlichen Redereien gefällt? Schließlich kann jeder an den ähnlichen heimischen Zeitungen den Wert ihrer Rede ermessen und abschätzen, was ihr Schwanz und Schmutz für die wirkliche Volksstimmung aussagt. Sofern jener Einwand ehrlich gemeint war und nicht bloß vorgebracht, um sich unbequeme Fragen und Beschwerden vom Halbe zu schaffen, konnte er sich nur in der ersten Kriegszeit rechtfertigen: wo die anstürmende Gewalt des Krieges, das Neue und Niedagewesene, in allem die größte Vorsicht zu gebieten schien. Aber jetzt, wo wir längst wissen, daß der Krieg seine eigenen und ehernen Gesetze hat, hat die Ausrede auf ihn, um der berechtigten Kritik und der nötigen Kontrolle den Platz zu bestreiten, keine Berechtigung mehr. Heute erscheint die ewige Berufung auf „den Feind, der zuhört“, nur als Ausflucht; heute, wo sich die Kriegsführenden in den krausesten Vorstellungen von dem Feinde und der Verfassung, in der er sich befinde, schier erschöpft haben, bleibt natürlich jede Wahrheit hinter jeder Annahme zurück. Jene erste ängstliche Scheu ist auch überall gewichen und überall erkennt man auch, daß ein Krieg, der in das dritte Jahr geht und dessen Ende noch immer nicht abzusehen ist, die Kritik nicht mehr ausschließen darf und der Kontrolle durch die hiezu berufenen Körperschaften nicht entraten könne. Es ist das Verdienst der ungarischen

schen Debatte, bewiesen zu haben, daß die Kritik möglich und die Kontrolle nützlich ist.

Wer aber den Nutzen bezweifelt, möge einmal vorurteilslos erwägen, ob die Stimmung in Ungarn besser wäre, wenn die Gärung im Innern, die mannigfache Unzufriedenheit ihren Ausdruck nicht gefunden, sich vielmehr ins Blut geschlagen hätte. Es ist natürlich nicht zu sagen, inwiefern die vorgebrachten Beschwerden Besserung hervorbringen werden; aber daß nichts so erkältend und verwirrend wirkt wie das Schweigen, das weiß wohl jeder, der in der Seele des Volkes zu lesen weiß. Das Schweigen hat keine werbende Kraft, und jenes Reden, das nur darauf ausgeht, die Gehirne zu betäuben, wirkt eher abstoßend. Der ungarische Reichstag konnte sich aussprechen und die Festigkeit seiner Worte war kein Anlaß, ihm sein Recht zu nehmen, erschien als ein Grund mehr, seinen Meinungen Beachtung zu widmen. Die ungarische Debatte war also sehr lehrreich, und wer in Oesterreich will, kann aus ihr lernen.

* **Christlichsoziale Wissenschaft.** In der „Reichspost“ hat Herr Dr. E. gestern wieder einige Proben seiner Gelehrsamkeit gegeben. Auf unsere Frage, zu welcher Gattung von Materialisten er Marx und Engels rechne, erwidert er, er halte die marxistische Weltanschauung und Geschichtsbetrachtung für „materialistisch im metaphysischen Sinne“. Offenbar tut er das deswegen, weil Marx und Engels alle Metaphysik verworfen haben. Lassalle will er als Hegelianer „nicht bezüglich des Systems, nur bezüglich der dialektischen Methode“ gelten lassen, wahrscheinlich, weil die ganz unmaterialistische „Idee“ des Arbeiterstandes bei Lassalle eine so große Rolle spielt. Unter Berufung auf die Schrift von Engels über Feuerbach bleibt Herr Dr. E. bei der Behauptung, in ihrem „positiven Credo“ seien Marx und Engels vom Materialismus Feuerbachs bestimmt. Aus der genannten Schrift geht nämlich gerade das Gegenteil hervor. Die feste Behauptung, Marx und Engels seien Schüler Darwins, schränkt Herr Dr. E. auf das Sätzchen ein, die sozialdemokratischen Führer hätten sich aus Darwin Anregungen geholt. Das ist wieder zu bescheiden, denn sicherlich haben die Sozialdemokraten von Darwin viel gelernt, nur natürlich nicht auf ökonomischem Gebiet. Ganz falsch, geradezu unglaublich falsch ist also die Behauptung des Herrn Dr. E.

die sozialistischen Auffassungen „hinsichtlich der Bevölkerungsfrage“ seien „völlig von Darwin und Malthus bestimmt“. Daß Haedels Schriften in den „weitesten sozialdemokratischen Kreisen“ gern gelesen werden, beweist nicht, wie Herr Dr. E. in seinem Aufsatz über den Marxismus behauptet hat, daß Haedel auf die Entwicklung der sozialistischen Theorie irgend einen Einfluß gehabt hat. Daß für die Beurteilung des Kommunismus nicht nur das kommunistische Manifest in Betracht kommt, sondern auch spätere Manifeste und Programme, ist ganz richtig. Aber möchte uns Herr Dr. E. diese späteren Manifeste und Programme, aus denen er sein Wissen vom Kommunismus geschöpft, nicht nennen? Wir würden ihm dann zeigen, daß er sie ebensowenig kennt wie das kommunistische Manifest.

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft.

Vorsprache bei den Ministern.

Der Vorstand der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, die Abgeordneten Einspinner, Friedmann und Ritter v. Panz, hatte in den letzten Tagen mit dem Leiter des Ministeriums des Innern, Freiherrn v. Handel längere Besprechungen gepflogen, in denen er die Beschwerden der Bevölkerung in Ernährungsfragen vorbrachte und dringend die Schaffung einer von allen ministeriellen Einflüssen freien Nahrungsmittelzentrale mit diktatorischer Befugnis verlangte. Ferner wurde auf Grund vielfacher Klagen ein ausgiebiger Wildabschuß auf Grund des Dreiteilungssystems — ein Drittel der Grundgemeinde, ein Drittel dem Jagdherrn, ein Drittel für die Spitäler, Städte und Industrieorte — verlangt. Schließlich verwahrte er sich auch in schärfster Form gegen die Handhabung der Zensur. Die genannten Abgeordneten sprachen auch beim Handelsminister Dr. v. Spitzmüller in Angelegenheit des Ausgleiches mit Ungarn und beim Finanzminister von Beth wegen der neuen Steuern vor und verlangten, daß in letzterer Beziehung besonders auf die mittellosen Bevölkerungsklassen Rücksicht genommen werde und die Hochfinanz und die Großindustrie stärker herangezogen werde.

Äußerungen des Abg. Ritter v. Panz.

Abg. Ritter v. Panz äußerte sich über die Ziele der neugegründeten Deutschen Arbeitsgemeinschaft, deren Leitung er angehört, folgendermaßen: Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft ist, wie sie gegenwärtig besteht, der Zusammenschluß deutscher Abgeordneten zu einer taktischen Einheit, um schlagfertig zu den Tagesfragen Stellung zu nehmen und die Stimme des deutschen Volkes zur Geltung zu bringen. Dabei soll es aber nicht bleiben. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft ist die Vorläuferin einer großen deutschen Arbeitspartei, an deren Aufbau nunmehr geschritten werden soll. Eine große deutsche Volksorganisation soll als Grundlage der deutschen Arbeitspartei geschaffen werden, in der unsere heimkehrenden Krieger Platz nehmen sollen, und die allein berufen sein wird, die Wahl der künftigen Vertreter des deutschen Volkes in Oesterreich zu treffen. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft ist keine Mandatsversicherungsgesellschaft, fern von allen persönlichen Interessen und Bestrebungen, fern von jedem Parteibonzenium soll ihr ausschließlicher Leitstern das Erblühen des Vaterlandes und das Gedeihen des Volkes sein. Unbeugsam nach oben, starkmütig nach unten, freien Weges für das neue Oesterreich!

27. IX. 1916

Deutsch-Madjarisches.

Die Geistesverfassung eines Teiles der ungarischen Opposition kennzeichnet die Tatsache, daß, obwohl der Feind noch auf siebenbürgischem Boden steht, diese Herren nichts Besseres zu tun wissen, als — einen Feldzug gegen die deutschen Ortsnamen in Siebenbürgen zu eröffnen. Den Anstoß bildete die Tatsache, daß die Generalstabsberichte neben den madjarischen auch die deutschen Ortsnamen in ihren Meldungen vom siebenbürgischen Kriegsschauplatz angewandt haben. Dieser Umstand hat zu einer förmlichen Hege auch gegen die aus Siebenbürgen geflohene sächsische Bevölkerung und ihre Presse geführt, die sich nun genötigt sehen, ihr Recht auf den Gebrauch der alten deutschen Ortsnamen ihrer Heimat zu verteidigen. In dem vom siebenbürgisch-sächsischen Reichstagsabgeordneten Emil Neugeboren herausgegebenen und zurzeit als Beilage zum „Pester Lloyd“ erscheinenden „Siebenbürgisch-deutschen Tageblatt“ finden wir unter der Ueberschrift „Die deutschen Ortsnamen“ folgende Abwehr:

„Das „Siebenbürgisch-deutsche Tageblatt in Ofen-Pest“ hat in seinem Eingrußartikel versprochen, daß es sich hier in der Hauptstadt im vollen Lichte der größten Oeffentlichkeit nicht anders geben wolle als zu Hause in dem versteckten Erdenwinkel, den jetzt die rumänischen Räuberhorden verwüsten. Eine Folge dieser Zusage ist auch die, daß wir weiter wie bisher die deutschen Ortsnamen gebrauchen. Einige Ofen-Pester Blätter, deren seltsame Seelenverfassung es ihnen erlaubt, sich in dieser Zeit und unter den gegenwärtigen Verhältnissen mit solcher Splitterrichterei abzugeben, haben aus diesem Grunde unser Blatt . . . angegriffen. Wir haben darauf bisher kein Wort der Erwiderung gehabt. Wieder heimgekehrt und von den schweren, drückenden Sorgen der Gegenwart befreit, werden wir gern bereit sein, jeden beliebigen journalistischen Kampf für unsere deutschen Ortsnamen aufzunehmen und durchzuführen. Wenn wir jetzt trotzdem die Frage der deutschen Ortsnamen in Ungarn mit einigen Worten berühren, so hat uns nicht der verständnislose Angriff, sondern die verständnisvolle Verteidigung von dritter Seite her die Feder in die Hand gedrückt. Kein Geringerer als „Ignotus“ ist in der letzten Sonntagsnummer des „A Vilag“ für die „Berechtigung der Sachsen, ihre alten deutschen Ortsnamen zu gebrauchen“, warm und überzeugend eingetreten. Er betont dabei die beiden springenden Punkte der Ortsnamenfrage. Einmal, daß die Sachsen daran gewöhnt sind, diese Ortsnamen zu gebrauchen. Wir sehen hinzu: seit Jahrhunderten; diese Namen sind nämlich zum mindesten ebenso alt wie die madjarischen, in vielen Fällen, urkundlich erwiesen, sogar älter. Und weiter ist zu bemerken, daß es nie einem eingefallen ist, weder vor noch nach der Schaffung des Banffy'schen Ortsnamengesetzes, einen anderen als den madjarischen Ortsnamen zu gebrauchen, wenn er madjarisch sprach oder schrieb. Denn — und dies ist der zweite Punkt, den Ignotus hervorhebt, — Ortsnamen bilden einen Teil des Wortschazes einer Sprache, der durch kein Gesetz abgeschafft werden kann. In dieser Beziehung weist Ignotus mit vollem Recht auf den bekannten Antrag von Isolt Beöthy hin, der für die Beibehaltung der madjarischen Namen für auswärtige Orte eintritt. Diesen Antrag hat die ungarische Akademie der Wissenschaften angenommen und hat damit die ganze Frage entschieden — zugunsten der deutschen Ortsnamen in Ungarn.“

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 28. September.

In völliger Teilnahmslosigkeit schleppt sich die Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten weiter. Heute sprach Abgeordneter Arpád Matta. Dann folgte eine wenig bankfreundliche Rede des Abgeordneten Guido Sündisch, die die Verfügungen der Regierung zustimmend würdigte. Den Rest der Sitzung nahm Abgeordneter Alexander Gießwein mit warmherzigen sozialpolitischen Darlegungen in Anspruch.

Nachdem noch Abgeordneter Stefan Szabó gesprochen hatte, unterbrach der Präsident die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Elemér v. Simontsits eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Nikolaus Kósztyál, Peter Mihályi, Alfred Báal.

Auf den Ministerkautenils: Graf Tisza, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Sarkányi,

Jankovich, Baron Kószner, v. Sidoghéthy.

Nach Verlesung des Einlaufes kommt das Haus zur Tagesordnung.

Abgeordneter Arpád Matta

konstatiert, daß die Regierung den Bericht in sachlicher und chronologischer Reihenfolge verfaßt hat. Er kommt dann zur Frage der Verpflegung des Landes und beanstandet, daß das Monopol auf die Lebensmittel ohne Vorbereitung eingeführt und nicht auch auf die Industrieartikel ausgedehnt wurde. Dies führt zunächst zu einem außerordentlichen Mehlmangel, der auch auf dem Lande sehr schwer empfunden wurde. Redner führt zahlreiche Einzelheiten aus den Verfügungen der letzten Monate auf dem Gebiete der Verpflegung an, die er als verfehlt empfindet.

Er lehnt den Bericht ab.

Abgeordneter Guido Sündisch

polemisiert zunächst mit dem Vorrädnern, der auch manche richtige Bemerkung fallen gelassen habe. Für die zahlreichen, eben durch den Krieg bedingten Unregelmäßigkeiten kann nicht die Regierung verantwortlich gemacht werden. Er beleuchtet die Notwendigkeit der staatlichen Einnengung in die Approvisionierungsfragen, die die Aufgabe habe, die Vorräte zu strecken. Am besten ist der Staatsgewalt die Aufrechterhaltung der Produktionsfähigkeit der Landwirtschaft gelungen. Auch auf dem Gebiete der Verteilung der Lebensmittel, besonders der Getreideprodukte, hat die Regierung befriedigende Erfolge aufzuweisen. Die meisten Angriffe wurden von oppositioneller Seite gegen die hohen Preise gerichtet. Der hiebei angeführte Vergleich mit Deutschland wirkt im ersten Moment sehr plattisch. Redner verweist darauf, daß die deutsche Bevölkerung disziplinierter ist als unsere Bevölkerung und daher leichter durch Regierungsverordnungen zur Sparbarkeit veranlaßt werden kann. Die Regierung hat die Aufgabe, besonders für jene Volksschichten Sorge zu tragen, wie die Intellektuellen, Beamten, Arbeiter, die der Teuerung ohnmächtig gegenüberstehen; diese Aufgabe erfüllt die Regierung auch mit großer Umsicht. Von oppositioneller Seite werden immer wieder die strengsten Strafverfügungen gegen die Warenwucherer verlangt; Redner beweist jedoch, daß auch die strengste Strafverfügung die Preissteigerung nicht verhindern können.

Die Regierung sollte den Motivenbericht der Kriegswirtschaftsverordnungen veröffentlichen, was jetzt im Hinblick auf die Kriegslage nicht zu geschehen pflegt, — dann würde der oft mißdeutete und mißverständene Sinn dieser Verordnungen jedem klar werden. Redner möchte wissen, warum im März dieses Jahres der Börsenverkehr, speziell der Effektenverkehr, an der Börse, wieder eröffnet wurde. Es sei unnötig und schädlich, Effektenterminhandel zu treiben; wer effektive Stücke zum Verkauf oder bares Geld zum Ankauf von Wertpapieren hat, möge verkaufen oder kaufen; den Banken aber möge die Lombardierung über Kurzwert der Papiere untersagt werden. — Die nach Klassen unterschiedenen Interessengemeinschaften treten in diesen Tagen immer scharfer untrissen zutage, die Legislative besteht größtenteils aus ministeriellen Verordnungen, kaum aus Gesetzen, aber immerhin, meint Redner, die Regierung habe alles getan, um die jetzige schwere Lage nach Möglichkeit zu lindern. Da dies seine Überzeugung sei, nehme er den Bericht des Ministerpräsidenten zur Kenntnis. (Zustimmung rechts.)

Abgeordneter Alexander Gießwein

betont die unerläßliche Notwendigkeit, für die Zukunft gestählt und gerüstet dazustehen, indes wenn er in dem Sitzungssaale umherblide, glaube er fast, er befinde sich in der Akademie der Wissenschaften, wo ein alter Herr drei anderen alten Herren vorliest. Die Galerie interessiere sich freilich lebhaft für die Vorgänge im Hause, geht es doch um die Haut derer, die dort oben sitzen. Also rügenswerter sei der große Mangel an Anteilnahme, der sich von seiten der Abgeordneten feststellen lasse. Und doch handelt es sich jetzt um größte wirtschaftliche und soziale Probleme. Redner bezieht sich sodann auf die gestrige, gewaltigen Widerhall weckende Rede Albert Apponyis und schließt sich ihr vollinhaltlich an. Warum gibt es in Budapest bloß Straßen und keine Plätze, Höfe und keine Gärten, lichtlose Hausbesorgerwohnungen und Dienstubenzimmer, an die bloß zu denken ein Graus ist? Wo sind die Parks, die Lungen der Stadt? Welche Generation wächst da heran, wofern sie überhaupt heranwächst? Der Mangel an sozialem Gefühl mache sich in unserer Gesetzgebung allzusehr geltend. Redner urgiert eine Bodenreform nach deutschem Vorbilde und wünscht, daß allen jenen, die im Kriege für das Vaterland gekämpft haben, bei der Heimkehr ein Stück Boden als Eigentum zugesichert werde. Aber wie jede Art von Vorherfürsorge, vermissen Redner auch diese in den Verfügungen, was er nicht genug beklagen könne. Nachdem er noch einem staatlichen Getreidemonopol das Wort geredet hatte, wie ein solches in Deutschland von Graf Kanitz und in Frankreich seinerzeit von Jean Jaurès angeregt worden war, schließt Redner seine Ausführungen, indem er den Bericht nicht zur Kenntnis nimmt.

Abgeordneter Stefan Szabó (Nagyatád)

findet, daß die hauptsächlichste Ursache der Teuerung in den Ernten der letzten Jahre liegt. Die städtische Bevölkerung und auch ein Teil der Presse beschuldigen die Landwirte und schieben diesen die Schuld an der Teuerung und den Mangel an Lebensmitteln zu. Diese Auffassung verrät eine vollständige Verkennung der Sachlage und das Fehlen jeglicher Objektivität. Er verurteilt im Namen der kleinen Landwirte die Tätigkeit der verschiedenen Zentralen, die durch ihre verschleppende Gebarung nur Schaden anrichten. Der Milchmangel kann keineswegs den Milchproduzenten zugeschrieben werden, denn die Produzenten sind froh, wenn sie ihre Milch verkaufen können. Eine behördliche Requirierung der Milchproduktion hält Redner gegenüber den gestrigen Erklärungen des Grafen Albert Apponyi für undurchführbar. Auch an den Uebelständen bei der Fleischversorgung tragen nicht die Landwirte schuld. Eine große Zahl der Landwirte verkaufte seinerzeit seinen Viehbestand um einen nur wenig erhöhten Preis; Agenten, die besser informiert waren, kauften das Vieh zusammen und der Landwirt mußte das Vieh um riesige Preise zurückkaufen. Der Landesverband der Fabriksindustriellen führt jetzt argumentierend die Existenzverhältnisse ihrer Arbeiter an. Warum hat sich der Verband früher nicht darum gekümmert, ob die Arbeiter genügend Lebensmittel besitzen, ob die Lohnverhältnisse es ermöglichen, daß ihre Arbeiter anständig leben können? Er beschäftigt sich eingehend mit der Lage der Landwirte, mit der Frage der Requirierungen und der Maximalpreise.

Präsident unterbricht die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags

*** Kundgebung der deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs.** Am 22. d. fand im „Grünen Baum“ eine vom Reichsverein der deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs einberufene Versammlung statt. Landtagsabgeordneter Ingenieur Rudolf Jung sprach über das Thema „Staat und Nation“ und führte unter anderem aus: Die Bestrebungen, die dahin gehen, daß die Einberufung des Parlaments in die Wege zu leiten wäre, seien zu begrüßen und ebenso die von vielen Seiten geäußerten Wünsche bezüglich der Handhabung der Zensur. Es gehe auf die Dauer nicht an, nur auf den Weg von Denkschriften angewiesen zu sein, um die Interessen und Wünsche der Bevölkerung zur entsprechenden Kenntnis zu bringen. Um bestimmten Mißständen auf innerpolitischem Gebiete abzuhelfen, erscheine als zweckmäßiges Mittel einzig und allein die Einberufung des Parlaments. (Großer Beifall.) Redner besprach weiter die Fragen der Staatsprache, der Regelung des Verhältnisses zu Ungarn, des Ausbaues der Wirtschaftsgemeinschaft mit dem Deutschen Reich usw. und zum Schlusse die berechtigten Forderungen, die von der Bevölkerung bezüglich einer einheitlichen Politik der Volksvertreter gestellt werden. In diesem Sinne sei jetzt auch die deutsche Arbeiterpartei in der letzten Vollversammlung des deutschen Nationalverbandes dem Verbands wieder beigetreten, in dessen Rahmen sie

eine selbständige Gruppe bilde. Frau Elvira Rott sprach über den Zusammenschluß der deutschen Frauen Oesterreichs. Obmannstellvertreter des Reichsbundes deutscher Postler Karl Schulz sprach über die Notwendigkeit der völkischen Organisation für die Staatsangestellten und Arbeiter und führte aus, wie dringend notwendig die Herstellung besserer Wirtschaftsverhältnisse bei den Fixangestellten sei. In Oesterreich hätten die Staatsangestellten eine Feuerungszulage von 15 Prozent, während in Ungarn die Staatsangestellten eine solche von 35 Prozent hätten und außerdem deren Kinder noch einen besonderen Unterhaltsbeitrag erhielten. Der geschäftsführende Obmann der deutschen Arbeiterpartei Walter Gattermayer sprach über die Wirtschaftslehren des Krieges, aus denen man neuerlich lernen könne, daß nach den Grundsätzen des Staatssozialismus die Wirtschaftspolitik einzurichten sei, sollen endlich die herrschenden wirtschaftlichen Mißverhältnisse aus der Welt geschafft werden. Die Ausführungen des Redners fanden reichen Beifall.

Gesellschaft für christliche Soziologie.

Am Montag fand im Sitzungssaale des n.-ö. Landtages die gründende Vollversammlung der „Gesellschaft für christliche Soziologie“ statt. Der Vorsitzende des PropONENTENAUSSCHUSSES Landmarschall Prinz Liechtenstein begrüßte die Erschienenen mit einer Ansprache, in welcher er u. a. ausführte: „Die Fragen, welche die besten Geister unserer Zeit in leidenschaftlicher Spannung erhalten, dürfen nach diesem Weltkriege unter gar keinem Vorwande mehr vertagt werden. Sie müssen gelöst werden. Im Vordergrund stand bisher die nationale Frage, deren Ernst ich gewiß nicht verkenne. Nach dem Friedensschlusse wird jedoch auch die soziale Frage schon infolge der Verschiebung der Vermögens- und Erwerbsverhältnisse während der Kriegszeit mit eherner Faust an die Pforten unseres Oesterreich klopfen. Wir müssen bereit sein, auf diese Frage die richtige Antwort zu geben. Ich will mich heute gewiß nicht in Einzelheiten verlieren; Sie stimmen aber sicher mit mir überein, wenn ich behaupte, daß der Einklang zwischen Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe, die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit auf Grund der wahren Prinzipien der christlichen Weltanschauung hergestellt werden muß, weil wir sonst Katastrophen entgegengehen. Alle Probleme, auch die religiösen, die künstlerischen und politischen, spielen eine Rolle bei der Lösung der sozialen Frage. Wir sind verpflichtet, sowie wie wir im Beginne unserer Bewegung es getan haben, einen wissenschaftlichen Kreis zu bilden, in welchem ein Nachwuchs junger Kräfte für diesen wichtigen Zweck herangezogen wird. Viele unter uns, auch meine

Benigste, sind in der Bewegung alt geworden, werden bald den Weg allen Fleisches gehen; um so wichtiger ist es für die gute Sache, daß andere Männer geschult und durchgebildet, die Lücken in unseren Reihen ausfüllen und das Ziel, dem wir zeitlebens zustreben, erreichen.“

Sodann machte der Landmarschall die Mitteilung, daß der Gesellschaft die Auszeichnung der Uebernahme des Ehrenpräsidiums durch Seine Eminenz den Kardinal-Fürsterzbischof von Wien Dr. Gustav Riffel zuteil geworden sei. Abg. Wollert verlas die von der Statthalterei bereits genehmigten Satzungen, auf Grund welcher die Versammlung die Gesellschaft zu konstituieren beschloß. Ueber Antrag des Geh. Rates Erzellenz Gehmann wurde unter rauschendem Beifall der Vorsitzende Landmarschall Prinz Liechtenstein zum Präsidenten gewählt. U. Sagenhofer beantragte, die Zahl der Vizepräsidenten für die erste satzungsmäßige Funktionsperiode 1916 bis 1918 mit 5 festzusetzen. Sodann wurden die Wahlen in den weiteren Aussch. der Rassenprüfer und des Schiedsgerichtes vorgenommen und die gründende Vollversammlung mit Dankesworten des Landmarschalls an die Erschienenen geschlossen.

Unmittelbar darauf fand im Herrensaale die erste Sitzung des weiteren Ausschusses statt, in welcher Geh. Rat Dr. Gehmann, U. Kunschak, Abg. Dr. Mataja, Universitätsprofessor Dr. Amilian Schoepfer und Hofrat Professor Dr. Heinrich Swoboda zu Vizepräsidenten gewählt wurden. Nach Wahl der übrigen Vereinsfunktionäre wurde die Sitzung geschlossen. Die erste meritorische Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses wird bereits in der kommenden Woche stattfinden.

Hirtenbrief der ungarländischen rumänischen Bischöfe.

Budapest, 27. September. Der neuernannte griechisch-orientalisch-rumänische Erzbischof und Metropolit Bazsil Mangra hat im Verein mit dem Bischof Johann J. Papp von Arad und dem Bischof von Karansebes Miron C. Cristea einen Hirtenbrief an den Merus und an das Volk gerichtet, worin es heißt:

„Rumänien, das von unserm Vaterland Ungarn geschaffen worden ist, dieses Rumänien hat zu unserm großen Schmerz sein Treugelöbniß gebrochen, niederträchtig die Siegel des Vertrages gelöst und seine Waffen gegen unser Vaterland, gegen unsern erhabenen König und gegen jene seine Brüder erhoben, die seit zwei Jahren mit beispielloser Tapferkeit den Kampf auf Leben und Tod gegen die Feinde der Monarchie ausfechten. Inwiewohl die Söhne Rumäniens sind dem Geheiß des Blutes nicht gefolgt, sie haben nicht jenen inneren Ruf ihrer Brüder gleicher Sprache und gleichen Blutes um Hilfeleistung gehört, auf daß die Truppen des rumänischen Königreiches mit uns zusammen gegen den gemeinsamen Feind kämpfen mögen, der nach der Vernichtung unsres Vaterlandes und der Erwürgung der rumänischen Rasse trachtet, und auf daß sie alle entschlossen gegen das destruktive Rußland kämpfen mögen. Nein, sie haben sich, von den Wölfen im Schafspelz verleitet und von Judas' Versprechungen geblendet, um die vitalksten Interessen der Rasse nicht gekümmert, und sie kommen unter dem Vorwande der Befreiung, um uns zu Sklaven der Russen zu machen. Sie kommen vereint mit den russischen Horden, die die Kirchen und Dörfer in Brand gesteckt haben, die von Stephan dem Großen gegründet worden sind, den Horden, die die Nachfahren der berühmten Grenzwächter des Roten Waldes (Dumbrava Rosie) hingemordet, die Bitna und Suszawa enteignet haben, diese heiligen Wallfahrtsorte der rumänischen Seele. Sie kommen nun, um unsre von Vater und Großvater in blutigem Schweiß erworbenen Besitzungen mit Füßen zu treten und auszulindern.

Brudermörderische Rumänen, wo ist Euer Patriotismus und worin offenbart er sich? Fragen wir mit Lactantius: Wie kann Eure Vaterlandsliebe Tugend sein? Kann in einer entschieden feindlichen und bösen Umwindung Tugend enthalten sein? Die Wohlfahrt, nach der Euer Patriotismus trachtet, besteht darin,

daß Ihr andern Böses antut, Ihr erweitert die Grenzen Eures Landes jenseits der Grenzen Eurer Nachbarn. Ihr mehret Eure Macht und Euer Einkommen, indem Ihr gegen andre Nationen auszieht. Vermöget Ihr es Tugend zu nennen, was nichts ist als ein Zertreten aller Tugenden? Sehet, dies sind Eure Handlungen, die Ihr von Euch behauptet, daß Ihr euer Vaterland liebt. Wer mit den Worten der Verschlagenheit auf den Lippen und mit der Sucht nach Raub in der Seele in unser Land kommt, ist kein Bruder, sondern der heimtückischste Feind, der Brüder und Eltern ermordet, um seine rohen Triebe zu befriedigen.

Ja, unsre Brüder von gestern sind vermöge ihres bösen Willens und ihrer bösen Taten heute zu unsern größten und gehärgtesten Feinden geworden. Und es ist das Gesetz der Natur und des Blutes Stimme, die uns anbefehlen, den Arm erbarmungslos gegen sie zu erheben, denn wer des Menschen Blut vergießt, des Blut werde für dieses Blut vergossen. (Genesis 9, 6.)

Erstattet also in Euren Herzen freudig durch den Glauben an Gott, daß Ihr fähig seid, Eure Anhänglichkeit und Treue zum Thron und zum Vaterland durch solch strahlende Taten und treue Opfer zu beweisen. Vertrauet darauf, daß am Tage des Gerichtes und des Lohnes Seine Majestät der König und seine ungarische Regierung nicht versäumen werden, nach Verdienst Eure Treue und Eure Tapferkeit zu lohnen, mit der Ihr Thron und Vaterland verteidigt habt. Sie werden die Bedingungen der ethischen, kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung und die Erstarbung des heimischen rumänischen Volkes sichern.“

Eine lehrreiche Stimme aus Ungarn.

Im Budapester Freimaurerorgan „Bilag“ lesen wir: „Andrassy und Karolyi waren in Wien, Apponyi hat von Eberhard nicht weit dahin, nur Kalovszky ist durch den Tod seines Bruders am Reisen gehindert. Wir halten es für sicher, daß die Fahrten der oppositionellen Führer mit politischen Fragen zusammenhängen. Die Angelegenheit der Delegationen ist im ungarischen Abgeordnetenhaus niedergestimmt worden, aber in Wien in voller Kraft aktuell geblieben. Wir finden in oppositionellen Erklärungen Hinweise darauf, daß man auch ohne Hilfe des ungarischen Parlaments die Regierung Stürgkh dazu zwingen wird. Sobald sich aber in Oesterreich, wenn auch um den Preis des Sturzes des Grafen Stürgkh, die Situation so gestaltet, daß die Delegationen einberufen werden können, dann kann mit größerer Aussicht auf Erfolg die Aktion gegen Burian fortgesetzt werden. Man spricht auch davon, daß man in der Frage der Ernährung Berührungspunkte finden muß. Die Aufrechterhaltung des guten Verhältnisses mit Oesterreich halten nicht nur die 67er-Parteien, sondern insbesondere auch Apponyi als Präsident der Unabhängigkeitspartei für wichtig, um auf die Gestaltung der auswärtigen Angelegenheiten im Verein mit den mit der Regierung Stürgkh unzufriedenen Parteien Oesterreichs Einfluß üben zu können.“

Also jetzt wissen wir's.

Wien, 28. September. (Besprechung der deutschfreihellen Abgeordneten von Kärnten.) Die deutschfreihellen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Kärntens hielten in Klagenfurt eine Beratung ab, bei welcher Berichte über eine Reihe wichtiger kärntner Landesangelegenheiten, insbesondere über die Lebensmittelverfügungsfragen erstattet wurden. Von mehreren Rednern wurde die Forderung der Errichtung eines Reichsernährungsamtes aufgestellt, von dem jedoch nur dann ein Erfolg zu erwarten sei, wenn an seine Spitze eine starke, unparteiische und mit weitestgehenden Vollmachten ausgestattete Persönlichkeit berufen werde. Bei Besprechung der innerpolitischen Lage wurde zu den im Vordergrund der politischen Erörterung stehenden Fragen im selben Sinne Stellung genommen, wie dies in der letzten Zeit bereits in einer Reihe von Beratungen österreichischer Parteien der verschiedenen Richtungen geschah. An der Besprechung nahmen 30 Abgeordnete, auch die des verfassungstreuen Großgrundbesitzes von Kärnten teil. Alle beherrschte der Geist der Zuversicht und der Wille des festen Durchhaltens, von dem die Bevölkerung Kärntens getragen ist, kam klar zum Ausdruck.

Wien, 28. September. (Einheitsbestrebungen in Krain.) Aus Laibach wird berichtet: Zur Schaffung eines gemeinsamen nationalen Programms wurden unter den slowenischen Parteien seit längerer Zeit Verhandlungen eingeleitet, um eine Vereinigung herbeizuführen. Bisher ist die slowenisch-merikale Volkspartei diesen Verhandlungen ferngeblieben. Nach der durch den Austritt des Dr. Krel und seiner engeren Gefinnungsgenossen erreichten Klärung der inneren Parteiverhältnisse hat jetzt die slowenische Volkspartei als die größte Partei im Lande selbst eine Initiative zur Schaffung einer einheitlichen slowenischen, nationalen, politischen Organisation ergriffen. Dr. Susteršic veröffentlichte im "Slovenec" einen Artikel, in welchem er unter anderem sagt: "Die slowenische Volkspartei ist bereit, auch die anderen Parteien an dem Genuße des von ihr angesammelten politischen Kapitals teilnehmen zu lassen. Sie muß jedoch verlangen, daß sie im Rahmen der Konzentration ungehindert ihr erprobtes Parteiprogramm auch weiterhin betätigen kann. Die beiden Hauptgrundsätze für jede politische Konzentration müssen nach wie vor bleiben: Treue gegenüber der Dynastie und gemeinsamer Widerstand gegen jede Bewegung, die sich in entgegengesetzter Richtung äußern würde oder die in dieser Beziehung auch nur unklar wäre; ferner volle Achtung der Lehren und Einrichtungen der katholischen Kirche und ihrer Freiheit."

* Der verfassungstreue Großgrundbesitz in Böhmen hielt, wie aus Prag berichtet wird, am 27. d. M. unter dem Voritze des Fürsten Fürstenberg im Palais des Grafen Erwin Kostiž eine Beratung des Wahl- und Exekutivkomitees der ehemaligen Landtagsabgeordneten des verfassungstreuen Großgrundbesitzes ab. Anwesend waren außer dem Vorsitzenden und dem Hausherrn: Fürst Karl Trauttmansdorff, Graf Clam-Gallas, Graf Oswald Thun-Salm, Graf Adolf Waldst. ein, Abt Pammer, Dr. Baernreither, Kreiskler, Doktor Lann, Professor Hofrat v. Zaksch, Dr. v. Medinger, Baron Berger. Gegenstand der Besprechung war die Frage, auf welche Weise das parlamentarische Leben in Oesterreich in Fluß gebracht werden könnte. Einstimmig wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß dies eine unbedingte Notwendigkeit sei und nicht länger hinausgeschoben werden dürfe. Eingehend wurden die Voraussetzungen erörtert, unter welchen die parlamentarischen Körperschaften fruchtbare Arbeit zu leisten imstande sein würden, um hiedurch das Ansehen Oesterreichs zu heben, das allgemeine Vertrauen zu stärken und die berechnigte Geltung Oesterreichs herzustellen. Es wurde beschlossen, über diese Frage mit dem Vorstände des Deutschen Landtagsverbandes in Fühlung zu treten. Es wurden eine Reihe Fragen parteipolitischer Natur in Verhandlung gezogen und eine Reihe diesbezüglicher Beschlüsse gefaßt. Oswald Graf Thun-Salm, Graf Waldstein, Abt Pammer, Hofrat Professor v. Zaksch und Dr. v. Medinger wurden in das Wahl- und Exekutivkomitee entsendet.

Versammlung des böhmischen verfassungstreuen Großgrund- besitzes.

Aus Prag, 28. d., wird uns telegraphiert: Gestern fand hier unter dem Vorsitz des Fürsten Max Egon zu Fürstenberg im Palais des Grafen Erwein Rostitz eine Sitzung des Wahl- und Exekutivkomitees und der ehemaligen Landtagsabgeordneten des verfassungstreuen Großgrundbesitzes statt, zu der sich außer dem Vorsitzenden und dem Hausherrn Fürst Karl Trautmannsdorf Graf Clam-Gallas, Graf Oswald Thun-Salm, Graf Adolf Waldstein, Abt Bammer, Dr. Baernreither, v. Kreisel, Dr. Damm, Hofrat Professor Dr. v. Falsch, Dr. v. Medinger und Baron Berger einfanden. Gegenstand der Besprechung war die Frage, auf welche Weise das parlamentarische Leben in Oesterreich wieder in Fluß gebracht werden könnte. Einstimmig war man der Meinung, daß dies eine unbedingte Notwendigkeit sei, und nicht länger hinausgeschoben werden dürfe. Sehr eingehend wurden die Voraussetzungen erörtert, die hergestellt werden müßten, wenn die Tagungen der parlamentarischen Körperschaften fruchtbare Arbeit zu leisten imstande sein sollen, und hierauf das Ansehen Oesterreichs gehoben, das allgemeine Vertrauen gestärkt und die berechnete Geltung Oesterreichs wieder hergestellt werden soll.

Es wurde ferner beschlossen, über diese Fragen auch mit dem Vorstande des Landtagsverbandes in Fühlung zu treten.

* Die politische Lage in Oesterreich. Aus Wien wird uns telegraphirt: Am 5. Oktober versammelten sich in Wien die Exekutivkomitès der drei Gruppen des Herrenhauses. Am 6. Oktober treten die drei Gruppen zu Sonderberathungen über die in den letzten Wochen aktuell gewordenen Fragen zusammen. — Aus Prag telegraphirt man uns: Gestern fand hier unter Vorsitz des Fürsten Max Egon zu Fürstenberg im Palais des Grafen Erwin Rostiz eine Sitzung des Wahl- und Exekutivkomitès und der ehemaligen Landtagsabgeordneten des verfassungstreuen Großgrundbesitzes statt. Ueber die Sitzung wurde folgende Mittheilung ausgegeben: Anwesend waren außer dem Vorsitzenden und dem Hausherrn Fürst Karl Trauttmansdorff, Graf Clam-Gallas, Graf Oswald Thun-Salm, Graf Adolf Waldstein, Abt Panimer, Dr. Baernreither, v. Kreise, Dr. Danm, Hofrath Professor Dr. v. Jaksch, Dr. v. Medinger und Baron Berger. Gegenstand der Besprechung war die Frage, auf welche Weise das parlamentarische Leben in Oesterreich wieder in Fluß gebracht werden könnte. Einstimmig war man der Meinung, daß dies eine unbedingte Nothwendigkeit sei und nicht länger aufgeschoben werden dürfe. Sehr eingehend wurden die Voraussetzungen erörtert, die hergestellt werden müssen, wenn die Tagung der parlamentarischen Körperschaften fruchtbare Arbeit zu leisten im Stande sein sollen und hiedurch das Ansehen Oesterreichs gehoben, das allgemeine Vertrauen gestärkt und die berechnigte Geltung Oesterreichs wieder hergestellt werden solle. Es wurde ferner beschlossen, über diese Fragen auch mit dem Vorstand des Landtagsverbandes in Fühlung zu treten. Außerdem wurde eine Reihe diesbezüglicher Beschlüsse gefaßt. Die Herren Oswald Graf Thun-Salm, Adolf Graf Waldstein, Abt Panimer, Hofrath Professor v. Jaksch und Dr. v. Medinger wurden in das Wahl- und Exekutiv-

Loggite kopirt.

* (Butter auf dem Kopfe.) Nachdem man sie sonst nirgends findet — schreibt uns eine Wiener Hausfrau, die gestern nach mehrstündigem Herumfragen 2, schreibe zwei Deka Butter bei einem mildtätigen Greisler in der Leopoldstadt bekommen hat — mußte ich an den Spaß denken, der in einem Schwanz des Josefstädter Theaters an den letzten Abenden viel belacht wurde. Ein Herr zu einer Dame (streng): „Sie haben Butter auf dem Kopfe!“ (Zärtlich fortfahrend und leise:) „Woher beziehen Sie sie?“ Mag's vom Dichter gedichtet, mag's improvisiert sein, das Publikum lacht darüber Tränen. Womit übrigens das Butterproblem ebensowenig gelöst ist, wie durch eine Begebenheit, die sich kürzlich buchstäblich in einem Schwarzwälder Bezirke abgespielt hat. Dort mußte ein Ausfuhrverbot für Butter wie für Eier, Käse und Schinken erlassen werden, weil die P. T. Städte mit der Rückkehr zur Natur den unstillbaren Drang zum Hamstern vereinigten. Gendarmen stehen bei der Bahnhofsperre und richten an jedermann die ernste Frage: „Führen Sie keinerlei Waren mit?“ Körbe, Reisetaschen und die jetzt so auffällig beliebt gewordenen Rucksäcke werden durchsucht und das trotz des Verbotes Gehamsterte wird unbarmherzig mit Beschlagnahme belegt. Kommt da auch ein kräftiger Mann mit einem noch ausgiebigeren Schlapphut an die Bahnhofsperre. „Führen Sie?“ usw. Gelassen sagt der Schlapphutträger: „Ja wohl, ich führe Butter mit!“ Das Auge des Gesetzes mustert den Mann, der keine Reisetasche, keinen Rucksack trägt, ergo auch nichts mit sich führen kann. Und der stramme Wächter des Gesetzes fragt: „Wo haben Sie denn die Butter?“ — „Auf dem Kopfe!“ — „Machen Sie keine faulen Witze, Herr! Sie vergessen, daß Sie sich dadurch der Irreführung der Behörde und Beamtenbeleidigung schuldig machen...!“ Der so Ungebonnerte lächelt und begibt sich in den Bahnabteil. Das Zügle dampft mit fahrplanmäßiger Langsamkeit davon. Der Mann mit dem großen Hute nimmt ihn vorsichtig herunter und aus seinem Innern hebt er ein Zwekilopaket Butter. „Ehrlich währt am längsten,“ sagt er in bester Laune zu den verblüfften Mitmenschen und Mitteleuropäern,

die den Butterkröfus für einen Uebermenschen aus einer anderen, besseren Welt halten.

* Sozialdemokratie und Christentum. Herr Dr. E. steht in der „Reichspost“ seine kritischen Betrachtungen über den Sozialismus fort. Jetzt hält er bei dem Kapitel: Sozialdemokratie und Christentum. Der Aufsatz, den er darüber geschrieben hat, erinnert lebhaft an eine Anekdote, die man sich in Studentenkreisen von dem verstorbenen Professor Adolf Exner noch heute erzählt: Eines Tages fragte der Gelehrte, der als boshafter Prüfer galt, einen Kandidaten: „Was ist Superficies?“ Keine Antwort. „Was ist Emphyteuse?“ Wieder keine Antwort. „Also sagen Sie mir wenigstens: Was ist der Unterschied zwischen Superficies und Emphyteuse?“ Herr Dr. E. weiß nichts vom Sozialismus, er weiß nichts vom Christentum, aber er stellt sich, sein eigener Exner, die Aufgabe, das Verhältnis zwischen Christentum und Sozialismus klarzulegen. Er beginnt mit der nun schon etwas langweiligen Betheuerung, der Materialismus der Sozialdemokratie sei ein tragischer Irrtum, wobei er natürlich die materialistische Geschichtsauffassung wieder mit den Wächnerschen Plattheiten verwechselt. Dann zählt er alle die schwarzen Taten auf, die die Wortführer des bürgerlichen Antiklerikalismus, als er noch antiklerikal war, gegen die „Schwarzen“ verübt haben, nur tut er es in der Meinung, daß er nicht vom bürgerlichen Freisinn, sondern vom Sozialismus redet. Also wieder eine kleine Verwechslung. Wie sich die Sozialdemokratie theoretisch und praktisch zu Christentum und Kirche stellt, davon hat dieser Universalignorant keine Ahnung. Er behauptet ganz ernst, in einer „roten“ Schrift folgendes gelesen zu haben:

Die Religion muß systematisch im Volke untergraben werden, wenn dasselbe zu Verstand kommen soll. Jeder religionslose Mensch begeht eine Pflichtvernachlässigung, wenn er täglich und stündlich nicht alles aufbietet, was in seinen Kräften steht, die Religion zu untergraben. Also Krieg dem schwarzen Gesindel, Krieg bis aufs Messer! Lassen uns jedes Mittel des Kampfes in unsere Dienste nehmen: die Geißel des Spottes wie die Fackel der Wissenschaft; wo diese nicht zureichen — greif- und fühlbare Elemente.

Diese Sätze sind eine Vergrößerung des Gambettaschen Wortes: „Der Klerikalismus ist der Feind.“ Auf diesem Standpunkt ist die Sozialdemokratie nie gestanden. Sie hat in der „kommunen Pfaffenfresserei“, wie Viktor Adler diesen Scheinbar so überaus radikalen Antiklerikalismus genannt hat, stets nur einen Versuch erblickt, die Arbeiter von ihrer eigentlichen Aufgabe abzulenken. Sozialdemokratisch war immer nur der Standpunkt: „Der Kapitalismus ist der Feind.“ Und die Partei hat den Kampf gegen den Klerikalismus stets nur als einen Teil des Kampfes gegen den Kapitalismus, und keineswegs als den wichtigsten, angesehen. Daß im geistigen Leben der Massen, die von der Kleinbürgerlichen Demokratie zur Sozialdemokratie gekommen sind, die antiklerikale Ideologie noch lange nachgewirkt hat, ist selbstverständlich. Aber der wissenschaftliche Sozialismus hat mit dieser Ideologie nichts gemein und verdrängt sie aus dem Bewußtsein der Massen. Der „Reichspost“-Gelehrte stellt sich den Sachverhalt natürlich um-

gekehrt vor; er glaubt, daß die sozialistischen Theoretiker die Massen zum Pfaffenessen erziehen wollen. Und er macht ein großes Lamento darüber. Er sagt:

Man kann in heiligsten Dingen anders denken als Nebenmenschen, ohne in ihnen Efel oder Schurken zu sehen. Man kann sein Kredo für das einzig wahre halten, aber damit doch auch ehrliche Achtung für den guten Glauben Andersdenkender, für die Wahrheitskörner im fremden Kredo verbinden.

Das sagt Herr Dr. E. in der „Reichspost“! Will er den Dr. Funder frozeln? Oder hat er die angeführten Sätze so ahnungslos hingeschrieben wie alles andere? Kennt er auch die „Reichspost“ so wenig wie die übrigen Dinge dieser Welt? Wie insbesondere den Sozialismus? Er behauptet, die Sozialisten wüßten nichts von den Leistungen, von der geschichtlichen Bedeutung der Kirche

Die Sozialdemokratie kennt und kümmert sich fast nur um die Chronique scandaleuse. Sie weiß fast nur von schlechten Päpsten und galanten Kardinälen, von den unzeitgemäßen Bischöfen, die in einer Zeit, wo es für die Christen heißt: „Sein oder Nichtsein, das ist hier die Frage!“, Brunnenaufzüge, Krönungswagen, Jagden, Gruftbauten für das Wichtigste halten; von Prälaten, die ihr Vermögen zweifelhaften Nichten und Neffen überlassen, von Kooperatoren, die vom heißen Blute gejagt, Fehlstritte begehen, von Leuten aus dem Volke, die sich in naive-primitiven Andachtsübungen gefallen.

Die sozialdemokratische Presse muß sich natürlich auch mit den klerikalen Skandalgeschichten befassen. Also behauptet Herr Dr. E.: sie befaßt sich nur mit ihnen und hat für alles andere kein Auge. Er verwechselt wieder den Sozialismus mit dem alten bürgerlichen Antiklerikalismus. Er weiß nicht, daß uns am Klerikalismus der Skandal am wenigsten interessiert. Er weiß nicht, daß die sozialistischen Theoretiker die bürgerlichen Antiklerikalen wegen ihrer Geschichtsauffassung immer verspottet haben, daß zum Beispiel Marx und Engels die liberale Redensart vom finsternen Mittelalter öfter unter ironische Anführungszeichen gesetzt haben. Er weiß nicht, daß sie und ihre Nachfolger die Geschichte des Christentums und der Kirche in ihren historischen Arbeiten ganz anders behandeln als die Liberalen. Er weiß überhaupt gar nichts. Und so läßt er endlich die Theorie Theorie sein und wird „praktisch“. Er fragt: „Wie, wenn wir den Stiel umdrehten...? Was bliebe dann von der Sozialdemokratie, in der trotz aller Falschphilosophien doch auch große Wahrheiten lebendig... übrig?“ Und er meint, man könnte, obwohl es nicht gerecht wäre, Marx als „grenzenlosen Egoisten“, Lassalle als „Lebemann“ und Bebel als Menschen, der nicht sein ganzes Vermögen der Partei gegeben habe, abtun. Damit wäre er glücklich bei der alten bewährten Taktik der „Reichspost“ angekommen. Er erklärt dann noch geschwind den Kampf der Sozialdemokratie gegen Christentum und Kirche in seinem Ursprung: „Die Gründer und meisten Führer der Sozialdemokratie sind aus jenem Volke, das das „Crucifige!“ (Kreuzige ihn!) auf dem Forum von Jerusalem schrieb.“ Also: der Sozialismus ist eine jüdische Erfindung. Herr Dr. E. hat sich bis horthin durchstudiert, von wo die alten christlichsozialen Analphabeten ausgegangen sind.

Der Polenklub und die polnische Frage.

Auf den 8. Oktober wurde nach Krakau eine Vollversammlung des Polenklubs einberufen, in welcher der Obmann Dr. K. v. Bilinski über die politische Lage berichten wird. Am 19. und 21. d. hatten Beratungen der politischen Kommission des Polenklubs stattgefunden, die der Erörterung der polnischen Frage galten, wie sie sich zuletzt durch den Verlauf äußerer Begebenheiten gestaltet hat. Von den sozialdemokratischen Mitgliedern K. v. Moraczewski und Dr. Marek waren gleichzeitig Anträge auf eine Stellungnahme des Polenklubs „zu der modifizierten Art der Lösung der polnischen Frage“ eingebracht worden. Nach einem von Doktor Leo eingebrachten und von der Kommission angenommenen Antrag wurde damals die meritorische Beschlussfassung über die Anträge Moraczewski-Marek verschoben, bis das Klubpräsidium authentische Mitteilungen über die zu gewärtigende Lösung der polnischen Frage von allen in Betracht kommenden zuständigen Stellen eingeholt habe. Entsprechend diesem Beschlusse hatte nun im Laufe dieser Woche der Obmann des Polenklubs Dr. v. Bilinski Besprechungen mit dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh und dem Minister des Außern Baron Burian. Der Vizeobmann Abg. Daszynski war inzwischen in Budapest und hatte dort Konferenzen mit dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza und den einzelnen Parteiführern.

Der am 8. Oktober zusammentretende Polenklub, bezw. dessen politische Kommission dürften daher, den „Poln. Nachr.“ zufolge, schon in die Lage kommen, allfällige Beschlüsse über die weitere politische Richtung auf Grund eines vom Präsidium beigelegten offiziellen Materiales zu fassen.

Die Städteordnung im Lubliner Verwaltungsbereich.

Lublin, 29. September.

Ueber Einladung des Zivilkommissariates versammelten sich in Lublin die von den Städten Kielce, Lublin, Petrikau und Radom nominierten Vertreter zu Beratungen in Angelegenheit des Inkrafttretens der Städteordnung, im besonderen in Angelegenheit der Festlegung einer entsprechenden Wahlordnung für die genannten vier Städte.

Der Zivilchef Ritter v. Madehski eröffnete die Konferenz mit einer Begrüßung der erschienenen Vertreter. Einer der Vertreter der genannten Städte legte in allgemeinen Grundrissen den Gegenstand der Beratung dar. Auf Grund des Referates des Bezirkshauptmannes Szukowski wurden alle zu treffenden Verfügungen erörtert und entsprechende Beschlüsse gefaßt.

Die gemäß diesen Beschlüssen ausgearbeitete Wahlordnung wird in der nächsten Zeit erscheinen. Es steht zu hoffen, daß sich die gewählten Stadtvertretungen sowie die Magistrate der genannten Stadtgemeinden noch im Laufe dieses Jahres konstituieren werden.

Erfreuliche Erkenntnisse.

Stimmen aus dem ehemaligen Los von Rom-Lager.

In einem Artikel „Des Uebels Wurzel“ in Nr. 375 der „Reichspost“ (18. August d. J.) wurden die Organisationsbestrebungen im Lager des Freisinn besprochen und dabei als Grundursache der unüberwindlichen Schwierigkeiten die Tatsache bezeichnet, daß durch das seinerzeit während des Badenirummels in die deutsche Bevölkerung geschleuderte Los von Rom-Schlagwort das bereits in glücklicher Entwicklung begriffene Parteileben der Deutschen Oesterreichs eine gewalttätige Störung erfuhr und auf den Abweg einer ganz unnatürlichen unfruchtbaren Neugruppierung getrieben wurde. Richtungen mit verwandtem wirtschaftlichen Programm wurden weitauseinandergeprengt bis zur schärfsten Gegnerschaft und unter der Fahne der Kulturkämpferei, die doch gewiß zur Parteibildung nicht ausreicht, wurden Krete und Plebi, von den alldeutschen und deutschradikalen Antisemiten bis zu den Wiener jüdischen Liberalen, von den deutschnationalen Agrar- und Gewerbspolitikern bis zu den Politikern der Hochfinanz und des großindustriellen Manchesterismus zu einem einzigen freisinnigen Parteiblock zusammengeschweißt, der ganz naturgemäß infolge seiner Geburts- und Konstruktionsfehler ein unfruchtbares Gebilde bleiben mußte und bleiben muß. Soll das deutschösterreichische Parteileben, so schrieben wir, wirklich gesunden, so muß im Nationalverbandslager gründlich umgruppiert werden, es muß wieder an jener Entwicklung angeknüpft werden, die durch den Badenirummel und das Los von Rom-Schlagwort so jäh zum Schaden der Deutschen unterbrochen wurde.

Unsere Ausführungen fanden — ganz instinktiv — heftige Entgegnungen im jüdischliberalen Preßlager (z. B. in den „deutschen“ Prager Blättern), dagegen begegnen wir in der deutschnationalen Presse seither wiederholt Ausführungen, die mit denen unseres Artikels parallel laufen. So befaßte sich die Wiener „Ostb. Rundschau“ am 24. September in einem längeren Aufsatz mit der „neuen Partei“ (Deutsche Arbeitsgemeinschaft im Nationalverbände), rückte deren Zusammensetzung aus den verschiedenartigsten Elementen — von Steinwender und anderen „Antisemiten“ bis Friedmann und Licht — in den Mittelpunkt der Erörterung und stellte die neue Partei eben wegen dieser ihrer unheilvollen Zusammensetzung (die doch ein getreues Abbild des bisherigen Gesamtfreisinn ist!) als lebensunfähiges Gebilde hin, um desto kräftiger den arisch-antisemitischen, wirtschaftlich-mittelständischen Standpunkt als Parole der Zukunft hervorzuführen. Der Artikel nahm schließlich folgende Gliederung des deutschen Parteiwesens vor:

„Die Gliederung von links nach rechts, verbunden mit einer Vereinfachung des Parteiwesens, dürfte sich so gestalten: 1. Sozialdemokraten, 2. Freisinnige (Wiener Demokraten, Fortschrittspartei, Jungdeutsche), 3. Völkische (Wilde, Arbeitspartei, Deutschradikale), 4. Konservative (Christlichsoziale, Merikale). Dazu kämen als Standesgruppen, die eine vermittelnde Stellung einnehmen: die Agrarier und die Beamtenvertreter, eine Neuschöpfung, die auf Kosten der Parteien des freisinnigen Bürgertums geschehen wird. Die obengenannten vier Hauptgruppen verteilen sich wiederum auf zwei große Lager: Juden und Judengenossen auf der einen Seite und ihre völkischen und konservativen Gegner auf der anderen.“

Das ist genau die Gruppierung, die das deutschösterreichische Parteiwesen vor dem Badenirummel und der Los von Rom-Geze aufwies und auf die zurückzugreifen wir in dem erwähnten Aufsatz als die unumgängliche Voraussetzung einer Wiedergefundung des deutschen Parteilebens in Oesterreich bezeichnet haben. Daß dieser Durchbruch politischer Einsicht nach langer, langer Irrfahrt im deutschnationalen Lager nicht von ungefähr erfolgt, sondern ein Ergebnis tieferer, hauptsächlich im Kriege gesammelter Erkenntnisse und Erfahrungen ist, scheint u. a. aus folgenden Ausführungen des Heidelberger Professors Dr. Niebergall in der bekannten „Wartburg“ (Nr. 35), dem bisherigen Zentralorgan der Los von Rom-Bewegung und der katholikenfeindlichen Kulturkämpferei, hervorzugehen:

„Nun sehen wir ein, welchen Fehler wir gemacht haben. Wir haben manche Gruppen von deutschen Volksgenossen befehdet und manchmal auch gehaßt, als wenn sie Feinde des Deutschen Reiches wären, weil sie sich das Heil des Volkes und die Wege dazu anders gedacht haben als wir... Wir haben es ihnen nicht geglaubt, daß sie auch wie wir selbst das Reich und das Volk fördern wollen; wir haben ihnen unterjochoben, daß sie andere, eigenständige Absichten hätten. Wir haben sie herzlich schlecht gemacht, weil sich unsere Leidenschaft an Worten berauschte und immer mehr übersteigerte. Wir haben sie bloß von der schlechten Seite angesehen und über die angeblich gute gelacht... Wir haben uns, Gott sei gedankt, gütlich getäuscht. Bei keiner Kirche und bei keiner Partei war die Liebe zum Vaterlande im ganzen größer als bei den anderen. Wir haben gemerkt, wie viel denen das Reich bedeutet, die wir als unfreiwillige Beisassen und Fremdlinge hatten ansehen wollen. Das sei unser edelster Wettbewerb, den andern zuvorzukommen, im Eingeständnis unserer Irrtümer und zugleich mit dem

Bersprechengründlicher Aenderung.
Wir wollen deutsche Volksgenossen und auch deutsche Volksgruppen nicht mehr als Feinde, sondern nur als Gegner ansehen, wenn wir anderer Meinung sind als sie.“

Das ist eine überaus erfreuliche Aeußerung, die an Bedeutung nichts verliert, wenn nicht alle, die einst in Los von Rom gemacht und dadurch das deutsche Volk so tief gespalten und schwer geschädigt haben, jetzt schon den gleichen Bekennermut aufbringen, wie der Heidelberger Professor. Aber das Wahre, Gute und Vernünftige ist unterwegs. Sein völliger Sieg wäre eine der kostbarsten Früchte des opferreichen Krieges für das deutsche Volk. Wir hatten in den langen und bitteren Wirrnissen der verflochtenen zwei Jahrzehnte den Glauben nie verloren: „Einst wird es wieder helle in aller Brüder Sinn.“

Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft.

Von Reichsratsabgeordneten Dr. Franz Dinghofer.

Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz.

Linz, 30. September.

Mit der am 13. September vollzogenen Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft ist endlich das geschehen, was schon seit langem das Ziel der Bestrebungen vieler deutschnationaler und deutschfreier Politiker war. Es wurde ein zweckmäßiger Zusammenschluß einer Reihe von deutschnationalen und deutschfreier Abgeordneten erzielt und eine Parteiorganisation vorbereitet, die vielleicht bei glücklicher gemeinsamer unentwegter Arbeit die Erfüllung der politischen Wünsche der deutschen Bevölkerung Oesterreichs soweit bringt, als dies überhaupt möglich ist.

Bekanntlich wurde insbesondere infolge der Erfahrungen und Erscheinungen, die die Ereignisse während der Kriegszeit auf innerpolitischem Gebiete gebracht haben, in den letzten Zeiten wiederholt der Versuch unternommen, die Bildung einer großen deutschen Einheitspartei zustande zu bringen. Zuerst dachte man in weiten deutschfreier Kreisen daran, in Verfolgung dieses Gedankens die Bildung eines parlamentarischen Blocks sämtlicher deutschfreier in die Wege zu leiten. Doch war schon im ersten Anfangsstadium dieser Versuche zu sehen, daß sich eine derartige Blockbildung zurzeit nicht durchführen lassen werde.

Daraufhin ging man, sich im übrigen immer vor Augen haltend, daß späterhin ein Zusammenwirken aller deutschen Parteien im Rahmen eines nationalen parlamentarischen Blocks sich ermöglichen lassen werde, daran, zunächst eine Einheitspartei aller deutschfreier Abgeordneten und Politiker zu schaffen. Der kräftigste Versuch, der in dieser Richtung unternommen wurde, war bekanntlich der der Deutschen Arbeitspartei, der aber vor allem daran scheiterte, daß die Aktion nicht in dem Maße, als es zweckmäßig gewesen wäre, in der bereits bestehenden bewährten großen Organisation der deutschnationalen Abgeordneten im Deutschen Nationalverbande wurzelte.

Der Weg, der jetzt durch die Schaffung der deutschen Arbeitsgemeinschaft eingeschlagen wurde, nämlich aus den Kreisen und aus den Gruppen des Deutschen Nationalverbandes selbst die zukünftige Partei zu bilden, deren Zustandekommen von der Bevölkerung gewünscht wird, scheint nach allem, nach den Anschauungen der Mitglieder der Deutschen Arbeitsgemeinschaft und nach der Aufnahme, die die Arbeitsgemeinschaft in den Kreisen der politischen Öffentlichkeit gefunden hat, der richtige zu sein, der auch zum Ziele führen wird, sollten sich nicht neuerdings unerwartete Schwierigkeiten ergeben.

Bekanntlich haben sich jetzt in der Deutschen Arbeitsgemeinschaft zusammengeschlossen die Mitglieder der bisherigen Deutschvölkischen Vereinigung und die Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes, die bisher keinem Unterverband angehörten, die sogenannten Verbandsunmittelbaren, sowie eine kleine Anzahl bisher außerhalb des Nationalverbandes gestandener Abgeordneter. Der Deutschvölkischen Vereinigung, die zur Zeit der Parlamentstagung aus Mitgliedern des Deutschen Nationalverbandes gebildet wurde und deren Bildung sich als ein glücklicher politischer Gedanke erwies, schwebten bekanntlich dieselben nationalfreier und wirtschaftlichen Ziele vor Augen, die jetzt auch die Deutsche Arbeitsgemeinschaft leiten müssen, soll sie ihre politische Aufgabe erfüllen. Die Mitglieder der gewesenen Deutschvölkischen Vereinigung und die bisher verbandsunmittelbaren Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes, zwischen deren nationalen, freier und wirtschaftlichen politischen Anschauungen eigentlich ein wesentlicher Unterschied nicht bestand, bilden nunmehr den Grundstock der neuen Deutschen Arbeitsgemeinschaft, in der alle willkommen sind, die guten Willens sind, im Geiste der alten, ewig jungen Idee des Deutschthums und der Freiheit mitzuarbeiten an dem großen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Werke, das zum Wohle der deutschösterreichischen Bevölkerung und somit zum Heile des österreichischen Staates in der nächsten Zukunft zu errichten ist.

Aus der Deutschen Arbeitsgemeinschaft soll die Deutsche nationalfreier Partei der Zukunft erwachsen, die Partei, die die Ideale der deutschen Freiheit vertritt, ohne dabei in einen die gute Sache schädigenden Doktrinarismus zu verfallen, die Partei, die die sozialen Sorgen und wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung zu verstehen und deren Forderungen in wirkungsvoller Weise zu vertreten weiß. Die Männer, die sich in der Deutschen Arbeitsgemeinschaft zu gemeinsamer Tat zusammengefunden haben, bieten die Gewähr dafür, daß das Interesse, die allgemeine Zustimmung, die die Gründung der Arbeitsgemeinschaft in der deutschösterreichischen Öffentlichkeit gefunden hat, ihre volle Berechtigung finden. Es ist von den einzelnen Mitgliedern der neuen Vereinigung, den Vertretern bisher nicht vereinter Gruppen voranzusetzen, daß sie im Interesse des Ganzen politische Disziplin wahren und die Gesetze der politischen Taktik nicht außer acht lassen, die in diesem Falle vorschreiben, daß alle Mitglieder der im Rahmen des Deutschen Nationalverbandes stehenden Arbeitsgemeinschaft den Weg zum politischen Ziele gemeinsam verfolgen und daß nicht von einer Seite in einer, die gemeinsame Aktion störenden

Weise zu weit nach links oder nach rechts gegangen wird. Die Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft, in der viele den Beginn der von ihnen ersehnten großen politischen Partei der Zukunft sehen, ist unter günstigen Auspizien vollzogen worden, und der gute Anfang gibt die frohe Berechtigung, daß sich durch Mitarbeit aller deutschnationalen und freier Kreise an dem gemeinsamen Werke das politische Leben in Oesterreich endlich verbessern und unter dem Eindrucke des Krieges sich neugestalten werde.

Die Frage der Einberufung des Parlaments. Die bisherigen Parteibeschlüsse.

Wien, 30. September.

Die Frage der Wiedereinberufung des am 16. März 1914 vertagten und am 25. Juli desselben Jahres geschlossenen Reichsrates beschäftigt die Parteien fast ohne Unterbrechung seit dem Beginne des Vorjahres und hat vorderhand den Gegenstand von Rundgebungen und Beschlüssen gebildet. Als erster und berufenster Faktor hat den Wunsch nach Wiederbelebung des Parlaments das Präsidium des Abgeordnetenhauses ausgesprochen. Am 23. Februar 1915 erschien das Präsidium unter Führung des Präsidenten Dr. Sylvester beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um ihm die in einer Vorbesprechung des Präsidiums gegebene Anregung wegen Einberufung des Reichsrates zu einer Kriegstagung zur Kenntnis zu bringen. Doktor Sylvester führte damals aus, den Anregern habe der Gedanke vorgeschwebt, auf Grund erzielten Einvernehmens aller Parteien unter Ausschaltung aller Zufälligkeiten nach dem Muster benachbarter Parlamente eine Tagung durchzuführen, die zu einer einmütigen Rundgebung des Parlamentes für Arme und gemeinsames Vaterland Gelegenheit bieten könnte. Ministerpräsident Graf Stürgkh verwies damals zunächst darauf, daß der vertagte Reichsrat in der Augenblicke des Ausbruches des Kriegszustandes in der Monarchie über Antrag der Regierung ebenso wie alle Landtage geschlossen worden sei. Die Schließung der Vertretungskörper sei damals von der öffentlichen Meinung des ganzen Landes als eine aus der außerordentlichen Situation von selbst hervorgehende, geradezu selbstverständliche Maßnahme verstanden und durchaus widerspruchslos aufgenommen worden. Der Ministerpräsident sei davon völlig überzeugt, daß die gewichtigen und triftigen Gründe, welche damals für diesen Schritt bestimmend waren, noch unverändert und ungemindert fortbestehen. Sich über das Gewicht dieser Gründe heute etwa hinauszusetzen, dafür könne die Regierung die Verantwortung in keinem Falle übernehmen, und er glaube, auch das Präsidium werde bei reiflicher Ueberprüfung seiner Anregung sich mit ihm zur Ueberzeugung bekennen, es sei für die nächste Zukunft die oberste und wichtigste Aufgabe, alle bewegenden Kräfte in unserem Staatswesen einmütig und unbeirrt durch politische Parteikämpfe und Sonderstandpunkte dem großen Werke der Vaterlandsverteidigung zuzuführen und hierin bis zum ehrenvollen Abschlusse durchzuhalten.

Nach dem Präsidium des Abgeordnetenhauses war es zunächst der Polenklub, der am gleichen Tage in einer Vollversammlung der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß das Parlament wenigstens zu einer kurzen Kriegssession einzuberufen wäre.

Am 19. Januar 1916 wurde vom Deutschen Nationalverband in seiner Vollversammlung der Verbandsvorstand beauftragt, mit der Regierung in Verhandlungen zu treten, ob und unter welchen Umständen die Eröffnung des Reichsrates in Aussicht genommen werden könnte.

Neuerdings aufgegriffen wurde diese Anregung in den Konferenzen, welche Graf Silva-Tarouca veranstaltete und denen er Vertreter beider Häuser des Reichsrates beizog. In der ersten erschienenen Parteiführer für die Einberufung des Parlaments aus. Eine ablehnende Haltung nahmen eigentlich nur die Deutschradikalen ein. Die Christlichsozialen machten die Einberufung von der Erfüllung gewisser Voraussetzungen abhängig, durch welche ein ruhiger und erisprißlicher Verlauf der Session gesichert werden sollte. In der zweiten Konferenz, am 24. August, wurde die Forderung von den Parteivertretern in der gleichen Richtung erhoben. Doch wurde damals unter dem Eindrucke des Antrages Andrássy im ungarischen Abgeordnetenhause insbesondere die Notwendigkeit der Einberufung der Delegationen betont.

Am 13. September folgte dann die Vollversammlung des Deutschen Nationalverbandes, in der folgender Antrag des Abgeordneten Dr. Dinghofer — namens der neugegründeten Deutschen Arbeitsgemeinschaft gestellt — angenommen wurde: „Der Deutsche Nationalverband spricht sich für die Einberufung sowohl des Reichsrates als auch der Delegationen in der Ueberzeugung aus, daß eine mächtige und einmütige Kundgebung der Vertretungskörper sowie die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Interesse des Vaterlandes und der Bevölkerung gelegen ist.“ Präsident Dr. Sylvester erbat sich damals die Zustimmung des Verbandes zur Einberufung einer Obmännerkonferenz, um in dieser die Garantien für eine ungestörte Tagung des Abgeordnetenhauses zu besprechen.

Am 20. September sprach auch eine Abordnung der christlichsozialen Partei beim Kabinettschef vor, um mit ihm auf Grund der am 22. August gefaßten Beschlüsse des Klubs diese Frage zu besprechen. Die Abordnung verwies dabei auf die Tatsache, daß die Christlichsozialen als die ersten bei der Regierung vorstellig waren und die Mitwirkung der parlamentarischen Vertretungskörper an der Lösung der durch den Krieg und durch die sonstige Entwicklung der politischen Verhältnisse gestellten Aufgaben und aufgetauchten großen Probleme als wünschenswert bezeichnet haben, selbstverständlich in der Voraussetzung einer klaglosen, gesicherten Arbeitsfähigkeit der parlamentarischen Körperschaften.

Am 23. September sprach sich auch die parlamentarische Vertretung der Ukrainer für die Einberufung des Reichsrates und der Delegationen als eine eminente Volks- und Staatsnotwendigkeit aus, der ehestens Rechnung getragen werden sollte.

Am 27. September hat der Verfassungsrat in der Sitzung des Malinow Oberstabs gegeben, daß die Abänderung der Verfassung im Hinblick auf die unbedingte Notwendigkeit sei, die nicht länger hinausgeschoben werden dürfen.

Die neuen Wappen an den Pilsener Kasernen.
Aus P r a g wird gemeldet: Der Geskz Dennit berichtet aus Pilsen: In den letzten Tagen wurden von den Pilsener Militärgebäuden die kaiserlichen Adler abgenommen und durch die Doppelwappen der österreichisch-ungarischen Monarchie mit der Aufschrift „Indivisibiler ac inseparabiliter“ (unteilbar und untrennbar) ersetzt. Dieser geseulich vorgeschriebenen Neuerung mußte auch der traditionelle Niesenadler an der Kaserne des heimischen Infanterieregiments Nr. 35 in der Bolachstraße weichen. Dieser Adler wurde mit brauner Farbe übermalt. Zugleich mit den neuen Wappen wurden an den Pilsener Militärgebäuden auch neue Aufschriften angebracht, und zwar diesmal gegen früher nur in der Armeesprache.

**Kriegstagung des Reichstages.
Sitzung des Magnatenhauses.**

Budapest, 2. Oktober.

Obgleich heute damit gerechnet wurde, daß das Magnatenhaus nur eine sogenannte formale Sitzung halten werde, um die Reste des parlamentarischen Arbeitsmaterials zu erledigen, brachte die heutige Tagung des Hauses dennoch eine wichtige Debatte. Graf Anton Sigray richtete an den Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza eine Interpellation, die die Verantwortung des Ministers des Aeußern betraf. Der Interpellant begründete seine Interpellation mit Argumenten, die aus der einschlägigen Debatte des Abgeordnetenhauses bekannt sind. Neu war das Argument, daß sich der Minister des Aeußern notwendig auf ein Vertrauensvotum berufen müßte, wenn er nicht hinter den Leitern der Auslandspolitik in den übrigen kriegsführenden Staaten zurückbleiben soll. In diesem Sinne müßten Wege gesucht werden, die es dem Minister des Aeußern ermöglichen, unmittelbar seine Verantwortung den parlamentarischen Faktoren unterbreiten zu können. Ministerpräsident Graf Stefan Tisza griff in seiner Antwort auf die Argumente zurück, die er dieser Materie im Abgeordnetenhaus widmete. Er betonte die Schwierigkeiten, die der parlamentarischen Erledigung auslandspolitischer Fragen in jedem Parlament entgegenstehen, Schwierigkeiten die in der Institution der Delegationen noch eine Steigerung erfahren. Das kurzfristige Wesen der Delegationen drängt das Schwergewicht der parlamentarischen Kontrolle auslandspolitischer Fragen in den Reichstag, der verhältnismäßig noch am meisten Gelegenheit hat, seine Ansichten über auswärtige Ereignisse zum Ausdruck zu bringen. Uebrigens hob der Ministerpräsident hervor, daß er keinesfalls gegen die Einberufung der Delegationen Stellung nehme, daß man aber im gegenwärtigen Augenblick nichts mehr tun kann, als innig zu wünschen, daß sich in Oesterreich die Lage in einer Weise gestalte, die die Einberufung der Delegationen nicht auf unbezwingliche Schwierigkeiten stoßen läßt.

Der Interpellant und das Haus nahmen die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis.

Dann beschloß das Magnatenhaus, einem Antrag des Ministerpräsidenten folgend, die nächste Sitzung am 7. Dezember zu halten. Mit einer kurzen Rede, in der er die erfreulichen Ereignisse auf dem Siebenbürger Kriegsschauplatz würdigte, schloß Präsident Baron Samuel Jósika die Sitzung.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Baron Samuel Jósika

eröffnet die Sitzung Punkt 4 Uhr.

Nach Erledigung des Einlaufes teilt der Präsident mit, daß Graf Anton Sigray eine Interpellation an den Ministerpräsidenten vor der Tagesordnung unterbreiten will.

Graf Anton Sigray

weist auf die jüngsten Debatten im Abgeordnetenhaus hin, die sich zum Teil auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, zum Teil auf die Inanspruchnahme der Ausnahme-gewalt durch die Regierung bezogen haben. Selbst die unzufriedensten Abgeordneten würdigten die schwierige Lage, in der sich die Regierung bei der Lösung der Frage der Approvisionierung befindet. Während aber für diese Angelegenheiten die Regierung zur Verantwortung gezogen werden kann, ist dort, wo die über die Zukunft der Nation entscheidenden Verfügungen getroffen werden, nur eine nachträgliche Kritik möglich und der mit der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten betraute Minister kann während der Dauer des Krieges

nicht zur Verantwortung gezogen werden. Wohl hat der Ministerpräsident erklärt, die Verantwortung zu übernehmen. Er will sich nicht in die Erörterung dessen einlassen, wie dies dort, wo ein Abhängigkeits- oder ein Subordinationsverhältnis nicht besteht, möglich sei. Allein welche Garantien besitzt man dafür, daß der Ministerpräsident bei der Erledigung der auswärtigen Angelegenheiten nicht vor ein unerwünschtes fait accompli gestellt werden wird. Tatsache ist, daß ein großer Teil des Landes der Hand kein Vertrauen entgegenbringt, die jetzt das Schicksal unserer auswärtigen Angelegenheiten leitet. Redner steht wohl nicht allein, wenn er der Ueberzeugung Ausdruck verleiht, daß während die hervorragende, mächtige Person des Herrn Ministerpräsidenten nicht ersetzt werden kann, es eine Uebertreibung wäre, dies auch über die Person des Ministers des Aeußern, die Redner in keiner Weise beleidigen will, zu sagen. Trotz aller staatsrechtlichen Eitelkeit muß ein Modus dafür gefunden werden, daß der Minister des Aeußern zur Verantwortung gezogen werden kann, damit ihm Gelegenheit gegeben werde, sich auch auf ein Vertrauensvotum zu berufen, denn unter den Ministern des Aeußern aller kriegsführenden Staaten kann sich nur unser Minister des Aeußern auf ein solches Vertrauensvotum nicht berufen. Das Vertrauen kann ja veränderlich sein. Eine solche Veränderung kann vielleicht den Beginn einer allgemeinen Reorganisierung und einer neuen Aera in der Leitung unserer auswärtigen Politik im Gefolge haben, die jetzt schon berufen wäre, die Entwicklung unserer internationalen Verhältnisse nach dem Kriege zu jundieren und den Frieden um einen Schritt näher zu bringen. Denn der Friede wird in dem Augenblicke zustandekommen, da unsere Feinde der Selbsttäuschung ein Ende bereiten, die falschen Schlagworte beileite legen, daß sie für die Zivilisation der Welt kämpfen. Wenn dies geschieht, wird die Menschheit wieder sich selbst finden. Bis dahin blidt Redner mit unerschütterlichem Vertrauen auf unsere Kriegslage, denn er erblickt in der Tatsache, daß es unseren Feinden trotz ihrer unermesslichen Uebermacht nicht gelungen ist, uns zu besiegen oder auch nur zu erschüttern, die imposante Rundgebung einer höheren Weltordnung, die es nicht zuläßt, daß die Entwicklung einer historisch und kulturell zu Hohem berufenen Nation gehemmt und ihre Lebenskraft zertreten werde. Diese Ueberzeugung trägt Redner, der morgen zu jenen Zehntausenden und Hunderttausenden zurückkehrt, die ohne Zaudern ihre Pflicht erfüllen, die aber vielleicht in gesteigertem Maße des Bewußtseins bedürfen, daß fern von der Front in der Heimat sowohl in der Leitung der inneren, wie der auswärtigen Angelegenheiten alles geschieht, damit die Frucht ihrer Bemühungen und Leiden nicht vergeblich sei, mit sich. Infolgedessen richtet er folgende Frage an den Ministerpräsidenten: „Welche Schritte hat der Herr Ministerpräsident in der Vergangenheit getan und welche Schritte beabsichtigt er für die Zukunft in der Richtung zu tun, daß der Minister des Aeußern vor einem parlamentarischen Forum zur Verantwortung gezogen und seine Politik dort persönlich rechtfertigen könne?“

Kriegstagung des Reichstages

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Hohes Haus! Ehe ich auf diese Frage antworte, muß ich einerseits meinen tiefen Dank für die sicherlich übertriebene Stimmung der Anerkennung zum Ausdruck bringen, die der Redner meiner Person zollte, und zugleich meine Ueberzeugung ausdrücken, daß es einen unerzesslichen Menschen überhaupt nicht gibt. Andererseits kann ich die verurteilende Kritik nicht ohne Antwort lassen, die der Herr Redner, wenn auch nur in Begleitung einer kurzen Bemerkung, dem Herrn Minister des Äußern zuteil werden ließ.

Hohes Haus! Der Augenblick ist überhaupt nicht geeignet, in Fragen der auswärtigen Politik ohne die gründliche Kenntnis der Lage ein entsprechendes Urteil zu fällen. Ich bitte deshalb das hohe Haus, das Urteil in dieser Hinsicht zu suspendieren, bis man en connaissance de cause, auf Grund der Kenntnis aller einschneidenden Details, ein Urteil fällen kann. Es ist überhaupt nichts schwieriger, als einen parlamentarischen Einfluß auf die im Gang befindlichen Angelegenheiten auszuüben. Es ist eine allgemein anerkannte Tatsache, daß die Frage des parlamentarischen Einflusses auf die auswärtigen Angelegenheiten die heikelste und vielleicht die schwächste Seite des Parlamentarismus ist, denn es ist vollständig unmöglich, in Schwere befindliche Fragen vor der großen Öffentlichkeit so zu verhandeln, daß das Parlament tatsächlich bei Kenntnis sämtlicher Verhältnisse ein unbefangenes Urteil fällen könnte. Diese Schwierigkeit steigert sich noch bei unseren speziellen Verhältnissen, wo das parlamentarische Forum, das in unmittelbarer Berührung mit dem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten tritt, das unmittelbar ihm gegenüber das Recht der Kontrolle ausüben kann — in Parenthese bemerke ich, daß ich es zugebe, wonach diese unmittelbare Kontrolle durch die Verantwortlichkeit der ungarischen Regierung und des ungarischen Ministerpräsidenten nur unvollständig ersetzt werden kann —, dieses Forum also nicht permanent beisammen ist, sondern jährlich nur einmal auf kurze Zeit zusammenkommt. Wenn es demnach auch ein gewisses Aufsichts- und Kontrollrecht ausüben kann, so ruht dieses Recht fast ein ganzes Jahr, so daß es gerade inmitten der Krisen eines Weltkrieges eine große Illusion wäre, zu glauben, daß selbst, wenn die Delegationen einberufen würden, sie jene parlamentarische Kontrolle ausüben könnten, die eine permanente oder zumindest während eines großen Teiles des Jahres tagende parlamentarische Körperschaft ausüben kann. Ich glaube daher, daß schon infolge dieses Umstandes das Schwergewicht des parlamentarischen Einflusses der parlamentarischen Kontrolle auf dem ungarischen Reichstag ruhen muß, der während eines großen Teiles des Jahres tagt, wiederholt zusammentritt und demnach öfter Gelegenheit hat, seine Ansichten über die auswärtigen Ereignisse und über auswärtige Politik zum Ausdruck zu bringen.

Das bedeutet nicht, als ob ich gegenüber der Einberufung der Delegationen Stellung nehmen oder als ob ich diese Frage als gleichgültig empfinden würde. Ich hätte ja Gelegenheit, in dieser Hinsicht mich im Abgeordnetenhaus wiederholt zu äußern. Diesmal will ich nur wiederholen, was ich dort schon zu erklären die Ehre hatte, daß die ungarische Regierung ebenso wie jeder ernstlich denkende Ungar ohne Parteiunterschied es warm wünscht, daß der ungestörte Gang des verfassungsmäßigen Lebens in Oesterreich wieder hergestellt und daß demzufolge die Einberufung der Delegation ermöglicht werde, ohne daß ich die unmittelbaren Folgen auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten überschätzen würde. In dem gegenwärtigen Augenblick aber ist es nach meiner Ansicht die erste Pflicht der ungarischen Regierung, sich während des Krieges jedes Schrittes zu enthalten, der die Lage in dem anderen Staate der Monarchie erschweren und komplizieren könnte, und ebendeshalb beabsichtige ich, wie ich dies schon im Abgeordnetenhaus erklärt habe, keinen Schritt zu unternehmen, der in dieser Hinsicht in dem anderen Staate

der Monarchie zu Komplikationen, Schwierigkeiten, vielleicht zu Krisen führen könnte. Niemand wird sich mehr freuen als ich, wenn die Lage dort sich derart gestalten wird, daß die Abhaltung der Delegationen nicht auf unbezwingliche Schwierigkeiten stößt. Ich bitte, meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Graf Anton Sigray:

nimmt die Antwort des Ministerpräsidenten mit Dank zur Kenntnis, behält sich aber das Recht vor, seinerzeit, wenn der Augenblick eintreten wird, auf den der Ministerpräsident hingewiesen hat, seine Kritik über die diplomatische Lage zum Ausdruck zu bringen.

Das Haus nimmt die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntnis. Folgt die Tagesordnung: Die Feststellung der weiteren Agenden.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza:

Hohes Haus! Bekanntlich hat das Abgeordnetenhaus sein Pensum erledigt, und auch das Magnatenhaus hat mit Ausnahme des auf die Ausnahmegehalt bezüglichen Regierungsberichtes dieses Pensum aufgearbeitet. Dieser Gegenstand ist aber nicht so dringender Natur, daß ich jetzt mit dem Ansuchen an das Magnatenhaus herantrete, wegen dieses einzigen Gegenstandes die Ausschüsse und das Plenum des Magnatenhauses einzuberufen. Meiner Ansicht nach erleidet das öffentliche Interesse keinen Schaden, wenn dieser Gegenstand bei der nächsten Tagung erledigt wird, zu der Zeit, wo wir für den ordentlichen Gang des Staatshaushaltes zu sorgen haben werden. Infolgedessen bitte ich das hohe Haus, zu beschließen, daß auch das Magnatenhaus bis zum 7. Dezember keine Sitzungen halte und daß die nächste Sitzung zum Zwecke der Feststellung der weiteren Agenden am 7. Dezember stattfinde.

Das Magnatenhaus beschließt in diesem Sinne.

Präsident Baron Samuel Jósika:

Hohes Haus! Ehe wir im Sinne des vorhin gefaßten Beschlusses unsere Tätigkeit für eine Zeit wieder beenden, würden wir eine patriotische Pflicht unterlassen, wenn wir nicht des glänzenden Sieges gedenken würden, den unsere Schulter an Schulter mit unseren Bundesgenossen kämpfenden Truppen über den uns menschlicher angreifenden neuen Feind errungen haben. Das feste Vertrauen, das wir zu der gebührenden Abwendung des beispiellos menschlichen Angriffes gehegt, haben wir nun schon am Ende des ersten Monats durch ruhmvolle Ergebnisse gerechtfertigt. Diese Ergebnisse sind wieder neue Beweise der unbezwinglichen Kraft des für die wahre Sache kämpfenden, entschlossenen Willens. Nach diesen Siegen werden wir alle nur mit gesteigerter Kraft von dem entschlossenen Willen durchdrungen, daß wir auch durch die Prüfungen des unser harrenden dritten Kriegswinters mit unerschütterlicher Ausdauer unsere Sache bis zum endgültigen Sieg führen werden. Von diesem Gefühle durchdrungen wollen wir auch in diesem Augenblick unseren heldenmütigen Soldaten und treuen Bundesgenossen den begeisterten Gruß des Dankes und des Stolzes entbieten. (Lebhafte Beifall und Applaus.)

Nach Authentifikation des Protokolls wird die Sitzung um halb fünf Uhr geschlossen.

* (Die Ortsnamenschreibung in Oesterreich.) Die Frage der Schreibweise der Ortsnamen ist in Oesterreich naturgemäß von besonderer Wichtigkeit und ihre Lösung erfordert kein geringes Maß von politischer Rücksichtnahme. Wie Dr. Wilhelm Heide in Petermanns Mitteilungen darlegt, führt der Umstand, daß die einzelnen Sprachen staatsgrundgesetzlich gleichberechtigt sind, dazu, daß nicht jeder Ort nur in der Staatsprache benannt ist, sondern in zahlreichen Fällen müssen zuerst die Sprachen festgesetzt werden, in denen der Ortsname angegeben werden soll. Hierbei wird natürlich von dem Grundsatz ausgegangen, daß alle Ortsnamen, für die eine deutsche Bezeichnung besteht, auch deutsch angeführt werden. Doch daneben kommen Wiederholungen des Namens in anderen Sprachen in Betracht, wobei das Gesetz von dem Prinzip ausgeht, daß „die Namen der Gemeinden und Ortschaften in Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg und Vorarlberg einsprachig deutsch sind, bezugleich in gemischtsprachigen Ländern, in denen mehr als 80 Prozent der Ortsbevölkerung sich zur deutschen Umgangssprache bekennen.“ Zwar ist hierbei eigentlich vorausgesetzt, daß die deutschen Ortsnamen an erster Stelle stehen, doch es gibt hiefür noch eine Reihe von Ausnahmen. So z. B. steht der deutsche Name Neumarkt hinter dem polnischen Nowy Targ, der deutsche Name Neusandez hinter dem polnischen Namen Nowy Sacz. Ueber die Feststellung oder Anerkennung der geltenden Schreibweise der Ortsnamen haben in Oesterreich die politischen Behörden zu entscheiden; Aenderungen bleiben jedoch dem Ministerium des Innern vorbehalten. Aber Aenderungen der Rechtschreibung sind auf die bestehenden Ortsnamen ohne Einfluß, da die Namen nach Möglichkeit unverändert bleiben sollen. Die Gründe hiefür sind einleuchtend und dieselben, aus denen man z. B. auf die Beibehaltung der feinen Unterschiede in Familiennamen achtet. So enden in Oesterreich viele Ortsnamen auf -thal, -furth usw., trotzdem die amtliche Rechtschreibung schon längst an Stelle des th ein einfaches t gesetzt hat. Davon abgesehen, sind im allgemeinen die deutschen Namen nach den Regeln der Rechtschreibung geschrieben. Geographische Beiwörter wie Deutsch, Böhmisches, Windisches sind nur in kurzen, längst üblichen Namen zusammengeschrieben, wie z. B. in Deutschbrod, Windischgraz usw. Eine wesentliche Neuerung wurde durch das jüngste „Allgemeine Verzeichnis der Ortsgemeinden und Ortschaften Oesterreichs“ mit dem Beiwort Sankt vorgenommen, das nicht mehr wie früher „St.“, sondern nunmehr voll ausgeschrieben wird. Ein Ueberblick über das Ortsverzeichnis Oesterreichs zeigt, daß vor allem auf die möglichste Erhaltung des Bestehenden gesehen wird, selbst wenn hiedurch die Grundlehren der deutschen Sprachbildung und Rechtschreibung mancherlei kleine Aenderungen erfahren.

Das Schwergewicht.

Allmählich kommt es schon heraus, warum sich der Herr Graf Tisza so peinlich jeder Einmischung, wie er sagt, in die österreichischen Dinge enthält. Das ist, wie man weiß, der Einwand, den er dem Begehren, darauf zu dringen, daß die Delegationen einberufen werden, entgegengesetzt: da die berühmten „Verhältnisse in Oesterreich“ — es nicht zulassen, daß die österreichische Delegation sage, wäre es eine Einmischung in die innerösterreichischen Verhältnisse, wenn die Ungarn verlangen wollten, daß die Delegationen einberufen werden. Aber wenn ein ungarischer Ministerpräsident in Beziehung der österreichischen Gleichberechtigung eine peinliche Empfindlichkeit zur Schau trägt, so hat man wohl Ursache, zu fragen, was er eigentlich will. Und Graf Tisza ist heute im ungarischen Magnatenhause ganz deutlich geworden: das Kontrollrecht der Delegation ist ja doch mehr minder nur Schein, deshalb sei die Hauptsache, das Schwergewicht und den Einfluß bei der Kontrolle der auswärtigen Politik dem ungarischen Reichstag zu verschaffen. Wir verstehen schon, daß das dem ungarischen Herrn wohlgefällt, wenn in Oesterreich-Ungarn nur der ungarische Reichstag agiert, und wenn alle schweigen und nur er, der Graf Tisza, redet. Warum soll er nicht wünschen, diesen Zustand zu erhalten, in dem der ganze politische Einfluß dem Parlament zufällt, das kraft der Mehrheit das seine ist und alle Macht in seiner alleinigen Person erstrahlt? Wo soll an diesem Zustand etwas gefunden werden, was dem Grafen Tisza nicht wohlgefallen könnte? Wenn uns, den Oesterreichern, der Graf Tisza so begünstigend auf die Achseln klopfst und mitteilend versichert, er wüßte ja aus ganzem Herzen, daß es auch uns politisch besser ergehen möge, so wissen wir die Güte des großen Herrn natürlich zu schätzen, wissen aber auch, was daran ist. Der Graf Tisza hat alle Ursache, sich die Macht seines Reichstages und die Allmacht seiner Person mit Genugtuung zu ansehen.

Während man den Oesterreicher nun unausgesetzt belehrt, daß er in politischen Verhältnissen lebe, die das nicht gestatten, was in der ganzen Welt außerhalb jeder Bezweiflung steht, wird anderswo der Drang der Parlamente, sich Macht und Einfluß zu sichern, immer klarer. Die bürgerlichen Parteien im Deutschen Reichstag sehen sonst nicht gerade danach aus, als ob sie überlieferte Machtverhältnisse umstürzen wollten, und doch haben nicht nur die Fortschrittler, sondern auch die Nationalliberalen den Antrag eingebracht, daß im Reichstag ein ständiger Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten eingesetzt werde, der berechtigt sein soll, sich jederzeit, also auch wenn der Reichstag geschlossen ist, zu versammeln. Selbst in dem klassischen

Bande der Obrigkeitensregierung drängt sich eben der Gedanke durch, daß alle Angelegenheiten des Staates, auch die äußeren, geschweige denn die inneren, der Entscheidung durch das Volk selbst unterworfen werden müssen, daß das Volk in alles Einblick haben müsse und die Zeit vorüber sei, wo man es, in welcher Staatsfrage immer, so regieren könnte, wie einstmals regiert wurde, als die absolutistische Gewalt über den Untertanen stand. Das ist keine Frage der bloßen Technik des Regierens, daß etwa das vom Volke bestimmte Regieren besser ist, sondern das ist ein Gebot der Würde der Staatsbürger, die vernichtet wird, wenn das Volk seinen Anteil an Gesetzgebung und Verwaltung nicht besitzt. Daß diese Bestrebungen, dem Volke den Anteil an Macht und Entscheidung zu steigern, überall sichtbar sind, ist sicherlich nicht ohne Bedeutung. Und daß in Ungarn in diesem Bestreben die Regierung vorangeht, ist nur scheinbar eine Abweichung. Denn davon abgesehen, daß der oligarchische Reichstag ein Instrument in ihrer Hand ist, erfolgt in Ungarn die Mehrung der Macht auf Kosten eines anderen, und was der ungarische Reichstag an Gewicht und Einfluß gewinnt, hat der dualistische Genosse an beiden verloren. Die Oesterreicher hätten also doppelt Ursache, hier nach dem Rechten zu sehen.

**Vertrauensmännerversammlung der Deutschen
Arbeitsgemeinschaft in der Steiermark.**

Wien, 3. Oktober.

Aus Graz wird uns gemeldet:

Unter dem Vorsitz des Landtagsabgeordneten **Dumig** und **Wolfsbauer** fand Sonntag hier eine aus allen Teilen des Landes zahlreich besetzte Vertrauensmännerversammlung statt, in der über die politische und wirtschaftliche Lage und der durch die parlamentarische Arbeitsgemeinschaft geschaffenen Verhältnisse im Nationalverbande und in der deutschen Politik verhandelt wurde.

Abgeordneter **Einspinner** erörterte die Notwendigkeit der deutschen Arbeitsgemeinschaft, die jedoch nur dann ihren Aufgaben gerecht werden kann, wenn sie eine feste Volksorganisation im weitesten Umfang als Unterlage habe. Ueber seinen Antrag wurde einstimmig eine Entschliebung angenommen, in der die Bildung der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaft als erster Ansatz zu einer Zusammenfassung der Kräfte in der deutschen Politik begrüßt wird. Die Versammlung ist aber nicht im Zweifel, daß die Arbeitsgemeinschaft nur dann Erfolg verspricht, wenn sie sich auf starker Volksorganisation aufbaut. Deshalb beschließt die Versammlung die Gründung der deutschen Arbeitspartei des Landes Steiermark vorzubereiten und lädt alle Kreise der Bevölkerung zur Mithilfe ein. Die Versammlung beschließt, mit den nötigen Vorbereitungen für einen großen Parteitag des Landes Steiermark, dem die endgültige Beschlußfassung über die Gestaltung der Partei sowie das Landesprogramm überlassen bleibt, einen Ausschuß zu betrauen.

Abgeordneter **Hofmann v. Wellenhof** sprach in eingehender Weise über die innerpolitischen Zustände. Nach einer sehr lebhaften Debatte wurde einstimmig folgende Entschliebung angenommen:

Die Versammlung von Vertrauensmännern und Vertretern der deutschen Arbeitsgemeinschaft fordert die Einberufung des Reichsrates. Sie stellt das Ersuchen an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, alsbald den Zusammentritt einer allgemeinen Obmännerbesprechung der Parteiverbände des Abgeordnetenhauses zu veranlassen und die nötigen vorbereitenden Schritte sowie die Aufnahme der parlamentarischen Arbeiten in die Wege zu leiten.

Abgeordneter **Ritter v. Hanz** sprach über die wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung des bevorstehenden Ausgleiches mit Ungarn. Unter großem Beifall wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der es heißt:

Die Regierung wird ersucht, die Schaffung einer mit der Legislative und der Exekutive ausgestatteten, außerhalb der bestehenden Ministerien stehenden selbständigen Ernährungszentrale zu fördern, welche die engste Fühlungnahme mit den kompetenten militärischen Stellen zu pflegen hätte. Die Tagung stellt auch das eindringliche Ersuchen, bei der ungarischen Regierung die Heranziehung der ungarischen Lebensmittelreserven für den österreichischen Volksernährungsdienst unter Anwendung aller politisch zu Gebote stehenden Mittel zu erwirken.

6./X. 1916

Die Beratungen der Gruppen des Herrenhauses.

Wien, 5. Oktober.

Heute nachmittags um 3 Uhr traten die Exekutivkomitees der drei Gruppen des Herrenhauses zu Beratungen zusammen.

Das Exekutivkomitee der Verfassungspartei hielt seine Sitzung im Palais des Obmannes, Fürsten Max Egon Fürstenberg, in der Giselstraße Nr. 13. Von den Mitgliedern des Exekutivkomitees waren Fürst Karl Auersperg, Dr. Baernreither, Doktor v. Grabwahr und Dr. Gyner erschienen.

Das Komitee der Mittelpartei versammelte sich im Sitzungssaal der Staatsschuldenkontrollkommission im Parlamentsgebäude. Anwesend waren der erste Obmannstellvertreter Freiherr v. Czedit, Marquis Bacquehem, Graf Clam-Gallas, Krupp, Graf Meran und Graf Erwein Rostiz.

Von der Gruppe der Rechten, die ihre Versammlung im Absteigquartier des Obmannes Grafen Clam-Martinic auf der Seilerstätte hielt, waren erschienen der erste Obmannstellvertreter Graf Soluchowski, ferner Ritter v. Jendrzejowicz, Graf Lanckronski, Dr. Mattusch, Ernst Graf Silva-Tarouca und der Präsident des Herrenhauses Alfred Fürst Windisch-Graetz.

In den für morgen 10 Uhr vormittags einberufenen Vollversammlungen der drei Gruppen des Herrenhauses werden die Exekutivkomitees über die von ihnen in Aussicht genommenen Vorschläge Bericht erstatten und die Beschlüsse der drei Gruppen einholen, auf Grund welcher dann die weiteren Schritte unternommen werden sollen.

Die Verfassungspartei wird im Palais des Fürsten Fürstenberg tagen, die Mittelpartei im Wissenschaftlichen Klub und die Gruppe der Rechten im Palais des Grafen Otto Harrach (Freyung Nr. 3).

Das richtige Verhältnis.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat die Obmänner der Parteien des Abgeordnetenhauses für den 23. Oktober zu einer Beratung eingeladen. Seit dem 4. Mai 1914, wo, als Frucht der sozialdemokratischen Anregung, die Obmänner berieten und seit dem 4. Juni 1914, wo, als Folge dieser Obmännerkonferenz, die vom Präsidenten des Hauses einberufene Vorbesprechung der deutschen und der tschechischen Parlamentarier aus Böhmen stattfand, seit diesen Tagen ist das Abgeordnetenhhaus tot und stumm und die Volksvertretung jedes Einflusses und aller Wirksamkeit beraubt. Darf man hoffen, daß nun aus den Ruinen der österreichischen Verfassungsmäßigkeit neues Leben erblühen wird? Eines ist schon heute gewiß: der Plan, das Parlament in einen Abgrund zu werfen, aus dem es sich lange nicht erheben können sollte, der Plan, sich mit dem Absolutismus dauernd einzurichten, der Plan kann schon heute als gescheitert erachtet werden. Langsam, unklar, nur zögernd und tastend drängt sich der konstitutionelle Sinn hervor, aber er wird sichtbar; und die Zeit wird kommen, wo der Gedanke an jene Eigentümlichkeit der österreichischen Verhältnisse, die kein Staat sonst kennt, aus der sich nun der Ruf nach Einberufung des Reichsrates erhebt, auch von den Dumpfen und Gleichgültigen als die Erinnerung an eine wahre Beschämung empfunden werden wird. Vielleicht hat die Gesundung der Anschauungen über das Parlament schon angehoben.

Versuchen wir, jene besonderen und eigentümlichen Verhältnisse, die uns die Zeit vom 16. März 1914 angefangen beschert haben, zu deuten. Der Reichsrat ist im Frühjahr 1914 geschlossen worden, weil das Abgeordnetenhaus arbeitsunfähig geworden war und weil, wie man damals behauptete, kein Mittel zu erblicken war, die gegen seine Arbeitsfähigkeit los-

gebrochene Obstruktion zu beschwören. Kann ernsthaft behauptet werden, daß das Abgeordnetenhaus, wenn der Reichsrat nun zusammentritt, auf dasselbe Hindernis stoßen werde? Daß nach dieser weltgeschichtlichen Erschütterung, die eine Daseinskrisis für den Staat und für alle seine Völker war, die Dinge im österreichischen Abgeordnetenhaus an dem Punkte anzuknüpfen haben werden, der mit der Wegschickung des Reichsrates geendet hat? Es begreift wohl jeder, daß das ausgeschlossen ist, daß das nicht zu befürchten ist, daß jene Schwierigkeit, die den Reichsrat das Leben gekostet hat, dem Abgeordnetenhaus nun nicht droht. Worin sollen aber die „besonderen Verhältnisse“ denn bestehen? Daß ein Parlament, das einunddreißig Monate unterbrochen war, Monate überdies, in denen Furchtbarereres geschehen ist als sonst in Jahrhunderten, in ein normales Geleise nicht leicht zurückfinden wird, ist selbstverständlich, und so ist es natürlich möglich, vor ihm unbesiegbare Schwierigkeiten zu erblicken. Wir möchten aber einmal fragen, ob sich diese Schwierigkeiten durch die Zeit mindern oder steigern, ob sie, je länger man mit der Einberufung zögert, geringer, ob sie nicht, je länger das Notwendige hinausgeschoben wird, nur noch größer werden. Einmal muß mit der Vergangenheit abgerechnet werden; je länger diese Vergangenheit wird, desto gefährlicher die Abrechnung. Glatt und reibungslos geht es im Kriege in keinem Parlament ab, überall gärt es und überall ist die politische Welt von Unruhe, Leidenschaft, starkem Drang erfüllt. Der Unterschied ist nur, daß den Dingen überall gleichsam ins Antlitz gesehen, den Fragen und Problemen mit Ernst und Zielbewußtsein an den Leib gerückt wird. Kein Irrtum wäre verhängnisvoller als der, daß man die Heilung und Ausreifung aller Dinge einfach der Zeit zuschieben könne; sie werden in der Zeit nicht klarer, sondern verwickelter. Wenn der grausame Krieg uns nicht vollends zu Boden drücken soll, muß tüchtig Hand angelegt werden.

Das Wichtigste ist freilich, daß sich die Oesterreicher zu dem Parlament in das richtige Verhältnis setzen. Wer das Parlament bloß als nützlich e Einrichtung betrachtet, demnach als die Form des Regierens, die ein besseres Ergebnis verbürgt, der hat ihm den richtigen Platz nicht eingeräumt. Der ist dann natürlich auch verpflichtet, sich mit dem Absolutismus über dessen Behauptung auseinanderzusetzen, daß er, der ja ein „aufgeklärter Absolutismus“ sei, die nötigen Gesetzmäßigkeiten noch besser und sicherlich schleuniger liefere; aber die Frage nach dem Mitbestimmungsrecht des Volkes, nach der Selbstregierung des Volkes ist keine Nützlichkeitsfrage, keine Frage nach der technisch zweckmäßigen Lieferung von Gesetzartikeln. Wer nicht begreift, daß ein Parlament, eben weil es das Unrecht des Volkes an der Entscheidung über Staat und Volk einschließt, von dem Bewußtsein unserer Zeit nicht zu trennen ist, der versteht eben den Unterschied nicht zwischen dem Staatsbürger, der mitentscheidet und mitbeschließt, und dem Untertanen, über den entschieden und beschlossen wird; den Unterschied nicht zwischen Freiheit und Knechtschaft. Nichts wäre also falscher, als etwa das Parlament als ein Ding anzusehen, das sich die Völker erst verdienen müssen, wofür sie erkenntlich zu sein haben, das ihnen gewidmet wird als Ausdruck eines Vertrauens zu ihnen, als eine Gabe, die vergolten werden muß. Das Recht des Volkes, mitzubestimmen über den Staat, mitzuentscheiden über das Geschick des Staates, das ja das Schicksal des Volkes selbst ist, dieses Recht kann keiner Bezweiflung ausgesetzt sein, und den Zweifel, der sich in den Handlungen gesetzt hat, rückgängig zu machen, kann nur bedeuten, daß ein Unrecht gutgemacht wird; wobei nicht die Berechtigung zu dem Recht, sondern die Berechtigung zu dem Unrecht zur Frage kommen kann. Etwas ist von dieser Erkenntnis in den Erörterungen und Forderungen, die in den letzten Tagen hervordrangen, immerhin zu spüren. Obwohl die Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte innerösterreichischer Politik vor jeder voreiligen Hoffnung warnen, möchten wir dennoch meinen, daß die Frage nach Einberufung des Reichsrates nicht mehr verschwinden wird, bis sie beantwortet ist.

Die Frage der Einberufung des Reichsrates.

Beratungen der Gruppen des Herrenhauses.

Gestern nachmittags 3 Uhr fanden Sitzungen der Exekutivkomitees der drei Gruppen des Herrenhauses statt. Das Exekutivkomitee der Verfassungspartei war bei dem Obmann Max Egon Fürst Fürstenberg (I., Gifelsstraße 13) versammelt. Das Exekutivkomitee der Mittelpartei, bei dessen Beratungen der erste Obmannstellvertreter Freiherr v. Czedit den Vorsitz führte, war im Herrenhause im Parlamentsgebäude zusammengekommen und das Exekutivkomitee der Gruppe der Rechten beim Grafen Heinrich Clam-Martinic.

Heute um 10 Uhr vormittags finden gleichzeitig Beratungen, beziehungsweise Vollversammlungen der drei Gruppen des Herrenhauses statt. Die Verfassungspartei wird sich wieder bei Fürst Fürstenberg versammeln, die Mitglieder der Mittelpartei in den Räumen des Wissenschaftlichen Klubs (VI., Getreidemarkt 7), und die Mitglieder der Gruppe der Rechten im Palais des Grafen Otto Harrach (I., Freyung 3).

Der Polenklub für die Parlements-einberufung.

Krakau, 5. Oktober. (Privat.) In der gestrigen Sitzung des Polenklubs wurde auf Antrag Ritter v. Bilinski eine Resolution für die Einberufung des Parlaments angenommen.

Ritter v. Bilinski reiste noch nachts nach Wien, um an der durch den Grafen Soluchowski einberufenen Konferenz der polnischen Herrenhausmitglieder teilzunehmen.

Eine Konferenz der Jungtschechen.

Wie die Prager Blätter melden, hielten die der jungtschechischen Partei angehörenden Herrenhausmitglieder und Reichsratsabgeordneten am 3. d. in Prag eine Beratung, in der über aktuelle politische Angelegenheiten verhandelt wurde.

Die tschechischen Agrarier gegen die Reichsrats-tagung.

Das Parteiblatt der tschechischen Agrarier schreibt zur Frage der Einberufung des Reichs-

rates: „Der Krieg würde ohne den Reichsrat eröffnet. Heute, wo doch der Krieg vielleicht schon seinem Ende entgegengeht, ist es gewiß nicht mehr notwendig, daß der Reichsrat an dem bisher Geschehenen und Geleisteten seinen Anteil habe. Die berufenen Faktoren werden gewiß allein und gern die Verantwortung nicht nur für die Führung der Kriegsangelegenheiten, sondern auch für die Leitung der politischen Angelegenheiten tragen, sowie sie bisher die Leitung derselben inne haben. Dadurch wird auch die einheitliche Feststellung der Kriegsziele am besten gewährleistet. Und das ist doch die Hauptsache.“ In demselben Sinne äußert sich das mährische Hauptorgan der tschechischen Agrarier.

Die Frage der Einberufung des Reichsrates.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Wien, 6. Oktober.

Zu den heute vormittags 10 Uhr abgehaltenen Besprechungen der drei Gruppen des Herrenhauses waren zahlreiche Herrenhausmitglieder erschienen. Die Gruppe der Verfassungskartei hatte ihre Zusammenkunft im Wiener Absteigquartier ihres Obmannes Fürsten Fürstenberg, unter dessen Vorsitz die Beratung stattfand. Die Gruppe der Mittelpartei, in der der erste Obmannstellvertreter Freiherr v. Czedit den Vorsitz führte, hatte ihre Tagung in den Räumen des wissenschaftlichen Klubs, und die Gruppe der Rechten hielt unter dem Vorsitz ihres Obmannes Grafen Clam-Martinič ihre Besprechung im Palais des Grafen Otto Harrach ab.

Die Beratungen galten ausschließlich der Frage der Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Lebens in Oesterreich, doch war die Frage der Einberufung des Parlaments in den Hintergrund getreten, da bei einem Teil der Mitglieder aller drei Gruppen die Bedenken geteilt werden, die die maßgebenden Kreise gegen die Einberufung des Reichsrates hegen. Im Vordergrund stand vornehmlich die Frage der Einberufung der Delegationen, und zwar der alten Delegationen, wodurch die Einberufung des Reichsrates zum Zwecke der Vornahme von Delegationswahlen überflüssig wäre. Die Verfassungskartei hat sich nahezu einstimmig für die Einberufung der Delegationen ausgesprochen. Bloß der frühere Landmarschall von Niederösterreich Prinz Alois Liechtenstein nahm in scharfer Weise gegen jeden Versuch einer Belebung des Parlamentarismus Stellung.

In den Beratungen der Rechten gelangte einstimmig die Ansicht zum Ausdruck, daß es notwendig ist, den Reichsrat und die Delegationen arbeiten zu lassen und daß man nicht gleich erschrecken soll, wenn die Verhandlungen in diesen Körperschaften nicht so glatt wie in einer Akademie verlaufen würden. Hierbei wurde jedoch von den tschechischen Mitgliedern des Herrenhauses betont, es wäre absolut unerlässlich, daß noch vor der Einberufung des Reichsrates, eventuell bloß der Delegationen Bürgerschaften gegeben werden, daß die volle Freiheit der Tribüne und der Presse gewahrt werde und daß sämtliche Mitglieder des Parlaments an dessen Plenar- und Ausschussberatungen sich beteiligen können. Von anderer Seite wurde auf die Wirksamkeit der Delegationen das größere Gewicht gelegt und nachdrücklich gefordert, daß sie auch ohne vorherige Tagung des Reichsrates und trotz einiger konstitutioneller Bedenken formaler Natur einzuberufen wären.

Ministerpräsident Graf Stürgkh wird im Laufe des morgigen Tages von der Auffassung der drei Herrenhausgruppen, daß zumindest die Einberufung der alten Delegationen anzustreben sei, verständigt werden.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Wien, 6. Oktober.

Der Führer der Deutschradikalen Abgeordneter Wolf hat sich in einer Versammlung des Deutschenationalen Vereines für Oesterreich mit Rücksicht auf die nationalen Interessen der Deutschen sehr entschieden gegen die Einberufung des Reichsrates ausgesprochen. Er sagte: Die Deutschradikalen sind keine Gegner der Volksvertretung. Dafür bürgt ja ihr Wesen als wahre und freiheitliche Volkspartei, das Freiheitliche aber nicht im Sinne der „Neuen Freien Presse“. Sie sind aber gegen ein Abgeordnetenhaus, das die schwer erlängten und nun zu sichernden Rechte unseres Volkes bedroht. Die deutschradikale Partei wird auch in Zukunft, ohne Rücksicht auf die Angriffe von allen Seiten, Mittel und Wege suchen, um dem deutschen Volke in Oesterreich zu seinem Rechte zu verhelfen.

In einer Entschlieung, die die Versammlung sodann einstimmig annahm, wurde die Haltung der parlamentarischen Vertretung der deutschradikalen Partei gebilligt.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Wien, 6. Oktober.

Die tschechischen katholischen Blätter in Böhmen und Mähren äußern sich zur Frage der Einberufung des Reichsrates in demselben Sinne, wie die tschechisch-agrarischen Organe. Das Prager tschechisch-katholische Tagblatt „Ceska“ schreibt: Bei den derzeitigen Verhältnissen braucht man kein Gegner des Parlamentarismus zu sein, um den Standpunkt einzunehmen, daß wir ohne Parlamentstagung schon dritthalb Jahre gut ausgekommen sind, ohne es irgendwie schmerzlich zu empfinden. Unsere Pflicht tun wir auch ohne das Parlament. Unser Interesse ist nicht gerade von der Tagung des Reichsrates abhängig, und wenn die ungarische Opposition ihr Interesse daran hat, daß es dazu komme, so ist damit noch nicht gesagt, daß gerade wir so übergefällig dieses Interesse besorgen müssen.

Oesterreichische politische Gesellschaft.

In den Klubräumen der Oesterreichischen politischen Gesellschaft fand am 4. d. ein Diskussionsabend statt, dessen Gegenstand die Frage der Einberufung des Parlaments bildete. Die Debatte wurde vom Präsidenten der Gesellschaft, Hofrat Dr. Friedrich Freiherrn v. Wieser, eingeleitet, der die Grenzen absteckte, innerhalb welcher sich die Diskussion zu bewegen hätte, wobei er die Aufmerksamkeit auf die Gründe lenkte, welche in der öffentlichen Diskussion bisher geltend gemacht worden sind. In der Debatte sprachen sich alle Redner — darunter Professor Dr. Rudolf Kobatsch, Generalsekretär des Niederösterreichischen Gewerbevereins, Bezirksrat Gustav Schönwetter, Reichsratsabgeordneter Max Friedmann, Chefredakteur Hans Büsbauer, Landeshauptmannstellvertreter von Oberösterreich Dr. Ernst Jäger, Reichsratsabgeordneter Dr. Heinrich Mataja, Dr. Gustav Stolper und Reichsratsabgeordneter Karl Fro — für die baldige Einberufung des Reichsrats aus. Die Diskussion, die gegen drei Stunden dauerte, wird in den nächsten Tagen ihre Fortsetzung finden.

Die Deutschradikalen gegen die Parlamentstagung.

In einer gestern in Wien-Fernald stattgehabten Versammlung des deutschnationalen Vereins für Oesterreich referierte Abg. Wolf über die politische Lage, insbesondere über die Gründung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft und die Frage der Parlamentstagung. Bezüglich der neuen Partei führte er aus, daß die Arbeitsgemeinschaft nach ihrem Gefüge keineswegs in der Lage sein werde, die Belange der Deutschen erfolgreich zu vertreten. Ebenso sei die deutschradikale Partei felsenfest davon überzeugt, daß durch ein Parlament in der gegenwärtigen Zusammensetzung die Neuordnung der Dinge in Oesterreich nie erreicht werden könne und daß durch die Parlamentstagung die Kriegsziele der Deutschen in Oesterreich eine schwere Gefährdung erfahren dürften. Auf Antrag des Vorsitzenden Bezirksschulrates Hödl wurde in einer Entschliessung die Haltung der deutschradikalen Abgeordneten in den Fragen der Einberufung des Reichsrates und der Bildung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft gebilligt.

Die tschechischen Klerikalen gegen die Einberufung des Reichsrates.

Die tschechischkatholischen Blätter in Böhmen und Mähren äußern sich zur Frage der Einberufung des Reichsrates in demselben ablehnenden Sinne wie die tschechischagrarischen Organe der beiden Länder. Das Prager Parteiorgan meint, daß wir ohne Parlamentstagung schon dritthalb Jahre gut ausgekommen sind, ohne es irgendwie schmerzlich zu empfinden. Unsere Pflicht tun wir auch ohne das Parlament, unser Interesse ist nicht gerade von der Tagung des Reichsrates abhängig. Das Brünnner Parteiorgan erhebt außer anderen Argumenten auch den Einwand, daß eben die wichtigen Fragen wirtschaftlicher Natur schon mit Rücksicht auf das Ausland im Rahmen einer Reichsrats-tagung nicht entsprechend durchberaten werden könnten.

Die Besprechungen über die Einberufung der Delegationen.

Wien, 7. Oktober.

Die Obmänner der drei Gruppen des Herrenhauses, Graf Clam-Martinić, Freiherr v. Czeditz und Fürst Fürstenberg, erschienen heute um 11 Uhr vormittags beim Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, um ihm das Ergebnis der gestrigen Besprechungen mitzuteilen.

Dieses Ergebnis ist in einer Resolution niedergelegt, deren Formulierung die drei Obmänner gestern nach dem Abschluß der Gruppenberatungen vornahmen.

Wie man uns mitteilt, fand in der Gruppe der Rechten eine Abstimmung über den Resolutionsentwurf nicht statt. Der Obmann, Graf Clam-Martinić, faßte nur die in der Diskussion zutage getretenen Anschauungen zusammen, wobei er feststellte, daß die Mehrheit der Redner den Wunsch nach Einberufung der Delegationen ausgesprochen habe und daher der Resolutionsentwurf als angenommen betrachtet werden könne. Als alleiniger Wortführer der tschechischen Herrenhausmitglieder fungierte Dr. Mattusch.

In der Verfassungspartei haben alle Redner für die Einberufung des Reichsrates, beziehungsweise der Delegationen gesprochen, vor allem Dr. Freiherr v. Plener, Dr. Baernreither, Dr. v. Grabmahr, Dr. Sieghart und Singke. Auch Graf Terzag und Braß sprachen sich im Prinzip für die Einberufung der Delegationen aus. Bedenken äußerte Dr. Stibral, dessen Einwendungen jedoch von Dr. Grabmahr zerstreut wurden, so daß auch dieser Redner schließlich seine ablehnende Haltung aufgab. Dr. Sieghart sprach unter anderem auch über Approvisionnementfragen und die Finanz- und Wirtschaftspolitik, wobei er die Einsetzung einer aus Nachmännern bestehenden Kommission zur Kontrolle, ähnlich wie im Deutschen Reich, anregte. Dr. v. Grabmahr erörterte namentlich die verfassungsrechtlichen Fragen und kam zum Schlusse, daß mit Rücksicht auf die gegenwärtige Situation für die Einberufung der alten Delegationen eingetreten werden könne. Dr. Baernreither begründete den Antrag auf Einberufung der Delegationen.

Schließlich wurde einstimmig eine Resolution beschlossen.

Wie verlautet, wird über die gestrigen Gruppenberatungen und die heutige Konferenz der Obmänner mit dem Ministerpräsidenten eine offizielle Mitteilung verlautbart werden.

Der Beschluß des Herrenhauses.

Die mit solcher Feierlichkeit umkleidete „Aktion“ der Mitglieder des Herrenhauses ist nun ans Tageslicht getreten und es ist wohl auch für die, die sich von ihr ganz Erstaunliches versprochen haben, eine rechte Enttäuschung. Die drei Gruppen haben einen übereinstimmenden Beschluß zustande gebracht, der im Wesen dahin geht, daß es wohl schön und nützlich wäre, wenn man den Reichsrat einberufen könnte, daß man aber, wenn man ihn nicht einberufen kann und weil man ihn noch nicht einberufen soll, die Delegationen berufen möge. Was nun die Delegation betrifft, so scheinen die Mitglieder des Herrenhauses überzeugt zu sein, daß bei ihr an „Voraussetzungen“ nicht gedacht werden muß; was sie ihr offenbar als besonderen Vorzug anrechnen, worüber aber andere Leute wohl der Meinung sein werden, in dieser von den Herrenhausmitgliedern bestätigten „Verlässlichkeit“ der Delegation das ausreichende Material zu der abschließenden Beurteilung dieser Körperschaft zu besitzen. Es ist wahr, daß der Gruppenbeschluß die „dringende Notwendigkeit“ anerkennt, die Mitwirkung der parlamentarischen Körperschaften herbeizuführen; aber diese Anerkennung nützt dem Reichsrat wenig, wenn an die theoretische Befräftigung des Bedürfnisses nach der Einberufung sofort die praktische Verneinung der Möglichkeit der Einberufung geknüpft wird: daß dabei „Voraussetzungen“ in Frage kommen, von denen die Herrenhausmitglieder sogleich als von einer nur zukünftigen Sache reden. Es wird nicht überraschend sein, wenn der Zweifel an der Möglichkeit der Einberufung beweisender geäußert werden wird als die Feststellung der dringenden Notwendigkeit. Wer Vorschläge macht, was zu geschehen habe, wenn seine Forderung nicht erfüllt werden sollte, kann nicht hoffen, mit seinem Fordern allzu ernst genommen zu werden. Und er kann auch nicht behaupten, daß es ihm mit seiner Anerkennung bitter ernst sei. Dem Beschluß der Gruppen fehlt der Nachdruck des unerläßlichen und zwingenden Bedürfnisses.

Ohne uns im Augenblick in die Frage einzulassen, ob es denkbar ist, die am 13. November 1913 für ein Jahr gewählten Delegierten nun zu einer Tagung zu berufen, wollen wir doch ausdrücklich sagen, daß von der ganzen Bevölkerung wohl ganz anderes begehrt und erwartet wird, als was die Herrenhausmitglieder im Sinne haben und ins Auge fassen. Bei den Herrenhauslern spielt natürlich die Erwägung mit, die sich an dem Auftreten und an den Reden der ungarischen Grafen entzündet, daß sie nicht abseits stehen, nicht unbeachtet bleiben wollen, sich also gleichfalls äußern wollen; was ihnen übrigens nicht verdacht werden soll. Aber dieses Redeturnier, dieses rhetorische Schaugespränge ist es nicht, was die Bevölkerung will und braucht; in ihrem Wunsche wird es auch nicht liegen, durch eine Art Ersatz, wie er etwa in dem Kriege bei Rohstoffen, die nicht zu haben sind, vorgenommen wird, die Mängel des gegenwärtigen politischen Zustandes zu verhüllen. Das Volk hat große Sorgen, Sorgen in Beziehung der Ernährung, der Erhaltung

der Volkswohlfahrt in Gegenwart und Zukunft, Sorgen in Hinsicht aller Folgen aus dem Kriege, es hat auch nicht wenig Beschwerden auf dem Herzen: und das ist es, was das starke Bedürfnis weckt, den parlamentarischen Körperschaften die Mitwirkung und Mitentscheidung zu sichern. Wenn da, wie die Mitglieder des Herrenhauses vermeinen, irgend welche „Voraussetzungen“ zu „schaffen“ seien — wir wissen nicht, was für Voraussetzungen nötig sein sollen, um das, was die Voraussetzungen aller Politik ist, herbeizuführen —, so ist nicht einzusehen, warum sie nicht alsobald „geschaffen“ werden könnten und was es zu hindern vermöchte, jenen Weg gleich zu „ebnen“; er wird doch, je länger dieser Zustand währt, um bei dem Bilde zu bleiben, nicht glatter, sondern holpriger. Wir haben sehr viel Respekt vor den gemeinsamen Angelegenheiten, aber die eigenen gehen uns vor; wir erkennen die Wichtigkeit der äußeren Politik an, aber die innere scheint uns im Augenblick ungleich gewichtiger und dringender. Wir meinen also, daß der Vorgang, erst die Delegationen zur Tätigkeit zu berufen und den Reichsrat den „Voraussetzungen“ zu überlassen, ein Vorgang wäre, in dem das Wichtigere, Dringlichere und Ersprießlichere an die zweite Stelle gerückt wird. Zu der „Ebnung“ des Weges scheint uns vor allem zu gehören, daß man die äußeren und die gemeinsamen Angelegenheiten nicht mit dem Gewicht der ungeklärten inneren Fragen belastet; das nicht allzu starke Gefüge der Delegationen könnte diese Belastung am Ende nicht vertragen.

Es soll nicht verkannt werden, daß die Herrenhausmitglieder, indem sie anerkennen, daß die Mitwirkung der parlamentarischen Körperschaften erforderlich ist, jene Gleichgültigkeit aufgeben, die sie gegenüber den Sorgen und Nöten des Parlaments in der Vorkriegszeit gezeigt hatten. Und gegenüber der Haltung gewisser Parteien des Abgeordnetenhauses, die sich einbilden, Staatsmänner geworden zu sein, weil sie aufgehört haben, Volksvertreter zu sein, bezeugt ihr Beschluß beinahe, daß ihnen die Einsicht in die kardinalen Notwendigkeiten der staatlichen Entwicklung nicht fremd ist. Wenn sie dabei verblieben, was sie als dringend erforderlich erkannt haben, und davon keinen Fingerbreit ablassen würden, so könnten sie der Sache des allgemeinen Besten einen Dienst erweisen. So ist ihr Beschluß eine Halbheit, der nicht zum Ziele führt, sondern auf Abwege.

Die Beratungen im Abgeordnetenhanse.

Wie wir bereits gemeldet haben, hat Präsident Dr. Schöbester für den 23. Oktober 1916, 11 Uhr vormittags, eine Sitzung der Mitglieder des Präsidiums des Abgeordnetenhauses einberufen und für denselben Tag nachmittags 3 Uhr eine Sitzung von Vertretern der verschiedenen parlamentarischen Parteien des Abgeordnetenhauses, in der eine Aussprache über die vorliegenden politisch-parlamentarischen Angelegenheiten erfolgen wird. Die Einladungen zu dieser Vertretersitzung werden in den ersten Tagen der nächsten Woche ergehen.

Die czechischen Parteien.

Das Präsidium des Vollzugsausschusses der czechischen Parteien hielt, wie uns aus Prag telegraphiert wird, gestern dort eine Sitzung ab. Der ausgegebenen Berlaubarung zufolge erstatteten die Abgeordneten Udrzal und Sedlak Bericht über die Situation, wobei das Präsidium darauf hinweist, daß erst jetzt aus den stenographischen Protokollen des ungarischen Abgeordnetenhauses erkannt werden könne, auf welche Weise dort die innerpolitische Lage und die czechische Nation kritisiert wurden. Mit Rücksicht darauf, hält es das Präsidium für seine Pflicht, dagegen entschieden zu protestieren, sowohl vom Standpunkte des Reiches als auch vom Standpunkte der Würde der czechischen Nation.

In Prag fand gestern, wie uns von dort telegraphiert wird, unter Vorsitz des Abg. Smeral eine gemeinsame Beratung des Vorstandes des Klubs czechischer Sozialdemokraten und des Vollzugsausschusses der czechisch-sozialdemokratischen Partei statt. Nach dem Referate des Abgeordneten Tuszar entwickelte sich eine ausführliche politische Debatte, in welcher besonders die Rückwirkung der Beratungen im ungarischen Abgeordnetenhause auf die innerösterreichischen Verhältnisse und die mit den ungarischen Wünschen parallel verlaufenden Aktionen verschiedener österreichischer Politiker besprochen wurden. Am Schlusse der Debatte wurde dann einstimmig folgender Antrag angenommen: „Der Vorstand des Klubs czechisch-sozialdemokratischer Abgeordneter sowie die Parteileitung haben gleich beim Beginn der jetzigen Welt Ereignisse, unmittelbar vor der Kriegserklärung am 26. Juli 1914, eine Kundgebung verfaßt, in der die Einberufung des Reichsrates gefordert wurde. Die czechisch-sozialdemokratische Partei verharret selbstverständlich auf dieser prinzipiellen Forderung des Parlamentarismus. Diese Forderung setzt natürlich eine mittelich auf volle Rede- und Pressefreiheit gestützte persönliche Immunität sowie die Einschränkung auf exekutive und andere öffentliche Angelegenheiten voraus. Wir halten es auch für selbstverständlich, daß in einer Zeit, wo der Staat im Abwehrkampf gegen seine Feinde steht, auch jeder seine volle Lebensfreiheit haben muß und hierfür auch Garantien vereinbart werden müßten. Jede einzelne Aktion zu diesem Ziele kann auf unsere intensive Unterstützung rechnen. Diesen Eindruck aber haben bei uns die beiden Aktionen, welche in letzter Zeit sowohl in Ungarn als auch in Oesterreich eingeleitet wurden, nicht erweckt. Im Gegenteil, diese beiden Aktionen, welche manche Anzeichen des Zusammenhanges haben, sind in ihren Zielen viel zu unklar, als daß es der Partei möglich wäre, einen anderen Standpunkt als den der Vorsicht und Zurückhaltung einzunehmen.“

Der Brüner czechisch-katholische „Den“ veröffentlicht die folgende Mitteilung:

Die Abgeordneten der czechischen katholischen nationalen und der czechischen christlich-sozialen Parteien haben in ihrer letzten Sitzung in Brünn den Bericht des Obmannes, Reichsrats-Abgeordneter Dr. Moriz Hruban, zur Kenntnis genommen und durch einhelligen Beschluß die Zustimmung des Klubpräsidiums zur Einberufung des Reichsrates und der Delegationen genehmigt. Der Klub setzt voraus, daß genügende Garantien geboten werden, damit die Tätigkeit des Reichsrates den großen Aufgaben der Zeit entspräche. Reichsrats-Abgeordneter Dr. Hruban und Landesauschussbeisitzer Professor Stramel haben den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh von diesem Standpunkte des Klubs in Kenntnis gesetzt.

Polenklub.

Die nächste Vollsitzung des reichsrätlichen Polenklubs findet am 17. d. um 11 Uhr vormittags in Wien im Gebäude der niederösterreichischen Handels- und Gewerbekammer mit nachstehender Tagesordnung statt: Bericht über die Tätigkeit der wirtschaftlichen Kommissionen für städtische und industrielle, sowie landwirtschaftliche Angelegenheiten; Referat über die beim Wiederaufbau des Landes erzielten Fortschritte; Referat über Approvisionierungsangelegenheiten. Die Sitzung der wirtschaftlichen Kommission für städtische und industrielle Angelegenheiten findet am 16. d. um 4 Uhr nachmittags in Wien im Bureau des Klubobmannes statt.

8. IX. 1916

Die Entschliebung der Herrenhausgruppen.

Wien, am 7. Oktober.

Nun liegt die von den drei Gruppen des Herrenhauses über die Frage der Parlamentsseinberufung gefasste Entschliebung, die bisher nur sehr unvollkommen aus Pressemitteilungen bekannt war, im Wortlaut vor und man darf feststellen, daß die von der Schlußredaktion getroffene Formulierung vorteilhaft von den bisherigen Veröffentlichungen abweicht.

Die Herrenhausgruppen legen das Hauptgewicht auf die Einberufung der Delegationen, während sie die Einberufung des österreichischen Reichsrates von der Schaffung „jener Voraussetzungen“ abhängig machen, die „einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen sichern.“ Das ist die Auffassung, die auch in den bis-

herigen christlichsozialen Kundgebungen zur Frage der Parlamentsseinberufung ausgesprochen ist. Wenn es wirklich gelänge, das Parlament, dessen Heim nun seit mehr als zwei Jahren ein Sanatorium beherbergt, zu sanieren und einen erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen zu „sichern“, wer möchte dann den ex lex-Zustand einer der Monarchie und ihrer Bevölkerung ersprießlichen Betätigung der verfassungsmäßigen Rechte und Pflichten vorziehen! Nur riskieren wollen wir, oft gewöhnt in harmloseren Zeiten, in der furchtbar ernstesten Gegenwart keinen Schritt, der in dem weltgeschichtlichen, beispiellos opferreichen Kampf um unser staatliches Dasein, statt förderlich zu sein, etwa hemmend wirken könnte. Eine solche Möglichkeit muß ausgeschlossen bleiben um unserer Krieger willen, ausgeschlossen selbst um den Preis der Verfassungsmäßigkeit, deren bloßer Besitz, wie Oesterreich leider aus Erfahrung weiß, noch nicht glücklich zu machen vermag und jedenfalls im Range erst hinter dem Problem der möglichst baldigen und erfolgreichen Beendigung unseres großen Selbstbehauptungskampfes zu stehen kommt. Aber ebenso entschieden, wie wir Verfassungsmäßigkeit als Hemmung des wichtigsten Werkes, das derzeit zu verrichten ist, ablehnen, würden wir Verfassungsmäßigkeit, wenn sie Förderung zu sein vermag, als höchst wünschenswerte Beigabe willkommen heißen. Ueber die Möglichkeiten und Aussichten des Vorhabens, die einen erfolgreichen Verlauf etwaiger parlamentarischer Verhandlungen sichernden Voraussetzungen zu schaffen, werden sich die Väter der Entschliebung, mit der sie sich eine nicht gewöhnliche Verantwortung aufgebürdet haben, wohl Rechenschaft gegeben haben und klar geworden sein; auch darf es nicht bei dem platonischen Beschlusse sein Bewenden haben, vielmehr legt er seinen Urhebern auch die Pflicht auf, die gewollten Voraussetzungen schaffen zu helfen. Daß diese nicht in der Richtung der Forderungen gesucht werden dürfen und gefunden werden können, die in der gestrigen Beratung der Herrenhausrechten von fünf tschechischen Mitgliedern erhoben wurden, braucht den illustren, einsichtigen und erfahrenen Politikern, welche die Aktion der Herrenhausgruppen in die Wege geleitet haben, wohl nicht erst auseinanderzusetzen zu werden.

Will die Entschliebung der Herrenhausgruppen durch Einberufung der Delegationen „die in den Ausgleichsgesetzen festgelegte Form der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten“ aufrechterhalten und betätigen — ein, wenn die Betätigung allen billigen Anforderungen entspräche, gewiß recht ersprießlicher Gedanke —, so hält sie die Mitwirkung des österreichischen Parlaments an der auswärtigen Politik und an „gewissen innerpolitischen Fragen“ für notwendig. Ueber die Zweckmäßigkeit, die Parlamentsparteien, so, wie sie sind, und unter den gegebenen, noch im Flusse befindlichen Verhältnissen zur „Mitwirkung“ an der auswärtigen Politik einzuladen, dürften sich schwerlich allenthalben übereinstimmende Ansichten erzielen lassen, wenn wir es auch für nicht ausgeschlossen halten, daß der österreichische Reichsrat in dieser Hinsicht im

Vergleiche zum ungarischen Reichstag den berechtigten Anforderungen der ersten Zeit mindestens im Quotenverhältnis genügen würde. Doch über diese Dinge ist bekanntlich eine rüchhaltlose Meinungsäußerung zur Zeit nicht möglich. Wenn aber von der Entschliebung unter den innerpolitischen Fragen, deren parlamentarische Beratung zur „dringenden Notwendigkeit“ geworden sei, ganz besonders die Frage der Approvisionierung genannt wird, so ist, wie in diesen Blättern schon betont wurde, ganz zweifellos in der Bevölkerung das Bedürfnis nach einer freien Aussprache über dieses Gebiet recht stark, und die bisherigen Maßnahmen des staatlichen Versorgungs- und Ernährungsdienstes haben dieses Bedürfnis keineswegs verringert.

Zusammenfassend können wir sagen: Alles kommt auf die „Voraussetzungen“ an; können sie geschaffen werden, so daß ein „erfolgreicher Verlauf“ der parlamentarischen Verhandlungen im vollsten und wahrsten Sinne des Wortes nicht etwa nur erhofft, erwartet und angenommen werden darf, sondern, wie die Entschliebung der Herrenhausgruppen sagt, „gesichert“ ist, dann dürfte es in Oesterreich keine Partei und keinen namhaften Faktor geben, der die Rückkehr zur Verfassungsmäßigkeit nicht begrüßen würde.

Die Besprechung der Obmänner mit dem Ministerpräsidenten.

Im Abendblatte wurde mitgeteilt, daß die Obmänner der drei Gruppen des Herrenhauses, Graf Clam-Martinic, Freiherr v. Czeditz und Fürst Fürstenberg, heute vormittag um 11 Uhr im Ministerratspräsidium erschienen und dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh die gemeinsame Kundgebung der Gruppen überreicht haben.

Wie in politischen Kreisen verlautet, teilten die Obmänner der Herrenhausgruppen in der Unterredung dem Ministerpräsidenten den Verlauf der Beratungen in ihren Parteien mit, wobei alle Gesichtspunkte geschildert wurden, welche die Mitglieder des Herrenhauses zu jenem Beschlusse veranlaßt haben, der dem Ministerpräsidenten überreicht wurde.

Zur Verlaufe der Unterredung ersuchten die Obmänner den Ministerpräsidenten, er möge die ihm überreichte Kundgebung auf dem ihm zur Verfügung stehenden Wege der Deffentlichkeit bekanntgeben, was der Ministerpräsident zusagte.

Aus parlamentarischen Kreisen, die Gelegenheit hatten, den Standpunkt der Regierung gegenüber der Frage des Reichsrates und der Delegationen kennen zu lernen, erfahren wir:

In der Kundgebung des Herrenhauses wird ein Unterschied gemacht zwischen der Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens überhaupt, also in erster Reihe der Einberufung des Reichsrates, und der Einberufung der Delegationen. Bezüglich der ersteren wird gesagt, daß die Voraussetzungen für den ruhigen Verlauf der parlamentarischen Versammlungen geschaffen werden müssen, während die Einberufung der Delegationen als unumgänglich notwendig und dringend bezeichnet wird.

Man dürfte nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß tatsächlich vorläufig die Frage der Einberufung der im Jahre 1913 gewählten Delegationen im Vordergrund steht. Die Regierung steht dieser Anregung nicht unbedingt ablehnend gegenüber. Der Gesichtspunkt, von dem sich der

Ministerpräsident leiten läßt, ist der, daß in allfälligen parlamentarischen Verhandlungen alles vermieden werden müsse, was geeignet wäre, im Auslande und besonders bei unseren Feinden, einen falschen Eindruck von den inneren Verhältnissen der Monarchie zu erwecken. Wenn durch Vereinbarung der Parteien genügende Sicherheiten geschaffen würden, die einen würdigen Verlauf einer Delegationsession verbürgen, so steht die Regierung der Anregung nach Einberufung der Delegationen grundsätzlich nicht im Wege.

Durch die Einladungen, die der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester an die Vertreter der Parteien des Abgeordnetenhauses ergehen lassen wird, dürfte gerade die Frage der Garantien in Fluß kommen. In der Konferenz der parlamentarischen Parteivertreter am 23. d. dürfte es sich in erster Reihe darum handeln, festzustellen, wie die Parteien des Abgeordnetenhauses sich zu der Anregung einer Wiederbelebung der parlamentarischen Körperschaften, sei es durch Einberufung des Reichsrates oder der Delegationen, grundsätzlich verhalten, ferner ob die Parteien bereit sind, die Garantien für einen sachlichen Verlauf der parlamentarischen Beratungen zu bieten.

Die Ergebnisse dieser parlamentarischen Konferenz dürften die Grundlage für eine Stellungnahme der Regierung und für die allfällige Einleitung von Verhandlungen mit den Parteien bilden.

Bevor das Resultat der Vertreterkonferenz im Abgeordnetenhause nicht vorliegt, dürfte Ministerpräsident Graf Stürgkh die abwartende Haltung nicht aufgeben.

In parlamentarischen Kreisen verlautet denn auch, daß der Ministerpräsident den Obmännern der drei Gruppen des Herrenhauses gegenüber in der heutigen Unterredung darauf verwiesen habe, daß nimmehr, nachdem das Herrenhaus gesprochen habe, auch die Parteien des Abgeordnetenhauses Gelegenheit haben müssen, ihre Meinung zu äußern. Er verwies hierbei auf die vom Präsidenten Dr. Sylvester in Aussicht genommene Beratung der Parteien des Abgeordnetenhauses.

Der Beschluß der czechischen Sozialdemokraten.

Der Beschluß, den der Vorstand des Klubs der czechischen sozialdemokratischen Reichsrats-Abgeordneten und der Vollzugsausschuß der czechischen sozialdemokratischen Partei Samstag in Prag einstimmig gefaßt haben, hatte, wie uns Abgeordneter Smeral mitteilt, folgenden Wortlaut:

„Das Präsidium des Klubs der czechischen sozialdemokratischen Abgeordneten und der Vollzugsausschuß der czechischen sozialdemokratischen Partei veröffentlichten gleich zu Beginn der Weltereignisse, unmittelbar vor der Kriegserklärung, am 26. Juli 1914 eine Kundgebung, durch die die Einberufung des Reichsrats gefordert wurde. Es ist selbstverständlich, daß die czechische Sozialdemokratie nach wie vor auf der prinzipiellen Forderung des Parlamentarismus beharrt. Allerdings hat sie im Sinne einen wahren Parlamentarismus mit voller Freiheit des Wortes und der Presse, mit der Immunität der Abgeordneten, mit Einfluß auf die Exekutive und mit allen übrigen Voraussetzungen, die eine unerläßliche Vorbedingung des Einflusses und der Verantwortlichkeit des Parlaments bilden. Ebenso erachten wir es als selbstverständlich, daß in einer Zeit, wo der Staat einen Verteidigungskrieg gegen die Uebermacht der Feinde führt, das Parlament die Lebensinteressen des Staates berücksichtige und daß auch über diesen Punkt feste Garantien beschafft werden müßten.

Jede ernste dahin abzielende Aktion kann mit unserer wertmäßigsten Unterstützung rechnen. Einen solchen Eindruck erweckt bei uns jedoch keine der beiden konkreten Aktionen, die in letzter Zeit einerseits in Ungarn, andererseits bei uns ins Leben gerufen worden sind. Im Gegenteil. Diese Aktionen, die viele Symptome einer wechselseitigen inneren Zusammengehörigkeit zeigen, sind in ihren Beweggründen und Zielen viel zu unklar, als daß es unserer Partei möglich wäre, ihnen gegenüber einen anderen Standpunkt einzunehmen, als den abwartenden Standpunkt der Vorsicht und Zurückhaltung. Namentlich aber erachtet es die Partei für unmöglich, daß ohne Parlament die Delegation in der Zusammensetzung einberufen werde, die durch die Wahl im Jahre 1913 geschaffen wurde.“

10./X. 1916

Deutscher Nationalverband.

Von einer Prager Seite wurde gemeldet, daß der Rücktritt des Abg. Dr. Groß von der Leitung des Nationalverbandes in den nächsten Tagen erfolgen dürfte und daß zu seinem Nachfolger Abg. Döbernig in Aussicht genommen sei. Die „Parlamentskorrespondenz“ teilt nun mit, daß von einer Aenderung in der Leitung des Nationalverbandes den Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes nichts bekannt ist, am wenigsten davon dem Abg. Döbernig. Gelegentlich einer Vorstandssitzung des Deutschen Nationalverbandes, die am 7. d. stattfand, und in der innere Verbandsangelegenheiten auf der Tagesordnung standen, kam man unter andern auch auf diese Meldung zu sprechen und es ist auch nach den Äußerungen der Teilnehmer an der Vorstandssitzung dazu wieder nur zu sagen, daß ebenso wie Dr. Groß in dieser Sitzung den Vorsitz führte, er als geschäftsführender Obmann wie bisher auch weiterhin die Leitung des Verbandes führen wird.

Die Berichterstattung über parlamentarische Verhandlungen.

In der Diskussion über die Forderung nach Einberufung des Reichsrates und der Delegationen ist auch von der Freiheit der Berichterstattung über diese Verhandlungen, wenn es zu ihnen kommen sollte, die Rede gewesen. Was die Freiheit der Rede in den parlamentarischen Körperschaften und die Immunität der Abgeordneten betrifft, so ist selbstverständlich, daß der Ausnahmezustand da gar nichts bewirkt, also auch nichts zu ändern vermag; er hört an den Toren des Parlaments auf. Die Redefreiheit im Parlament ist bestimmt und beschränkt durch das Gesetz des Parlamentes: nämlich durch die Geschäftsordnung, deren Handhabung in den Bereich des Vorsitzenden fällt. Eine andere Beschränkung als diese oder die, die sich eben jeder Abgeordnete oder Delegierte selbst auferlegt, kann es nicht geben. Da im ungarischen Reichstag geschlossene Sitzungen abgehalten wurden, möchten wir die betreffenden gesetzlichen Vorschriften angeben. Im österreichischen Abgeordnetenhaus kann der Antrag auf geschlossene Sitzung entweder vom Präsidenten oder von zehn Abgeordneten gestellt werden. Ob eine geschlossene Sitzung abgehalten ist, wird dann vom Hause selbst, und zwar bei Ausschluß der Öffentlichkeit, beschlossen. Die geschlossene Sitzung hat zur Folge, daß die Immunität der Berichterstattung aufgehoben wird. Die Ausschüsse sind im allgemeinen für Abgeordnete, die dem Ausschusse nicht angehören, geschlossen; mittelst Beschlusses des Hauses kann aber die Öffentlichkeit der Ausschüsse — nämlich für die anderen Abgeordneten — herbeigeführt werden. Für die Ausschußverhandlung über das Budget und über das Rekrutengesetz steht diese Öffentlichkeit — natürlich immer für die anderen Abgeordneten — vorweg fest —, doch kann der betreffende Ausschuss (mit Zweidrittelmehrheit) den Ausschluß der anderen Abgeordneten beschließen. Daß die Abgeordneten (und Delegierten) „wegen der in ihrem Beruf gemachten Aussagen“ nicht zur Verantwortung gezogen werden können (Immunität), steht natürlich immer und umverkehrt fest.

Was nun die Freiheit der Berichterstattung betrifft, so wird sie im § 28 Pr.-G. mit diesen Worten bestimmt: „Für wahrheitsgetreue Mitteilungen öffentlicher Verhandlungen des Reichsrates (und ebenso der Delegation) kann niemand zur Verantwortung gezogen werden.“ Zu der Verantwortung wird auch das sogenannte objektive Verfahren gerechnet: das heißt wahrheitsgetreue Mitteilungen können nicht mit Beschlag belegt und ihre Weiterverbreitung kann nicht verboten werden. (§ 487 und 493 St.-P.-O.) Doch ist festzuhalten, daß zu diesen Mitteilungen die Berichte über Ausschußverhandlungen nicht gehören: die Ausschüsse werden zu den „öffentlichen Verhandlungen“ nicht gerechnet. Die Leser erinnern sich wohl noch, daß die Arbeiter-Zeitung, der einmal ein Ausschußbericht konfisziert und verboten wurde, darüber einen hartnäckigen Kampf führte: Einspruch beim Landesgericht, Beschwerde an das Oberlandesgericht; Eingabe an die Generalprokuratur; er endete mit der Rechtskraft des Verbots und Ablehnung der Generalprokuratur, dagegen eine Nichtigkeitsbeschwerde zur Wahrung des Gesetzes einzubringen. Die Auffassung, daß Ausschüsse keine „öffentlichen Verhandlungen“ darstellen, die Berichte über die Ausschußverhandlungen die objektive Immunität nicht genießen, ist also Rechtens. Das alles ist nun der normale Stand; was hat der Ausnahmezustand daran geändert?

Alles! Er hat diese Freiheit der Berichterstattung, die darin besteht, daß sie nicht verboten werden kann, schlechthin aufgehoben. Das ist schon praktisch zur Erscheinung gekommen: mannigfach ist der Abdruck alter Reichsratsreden verboten worden. (So auch in der Arbeiter-Zeitung am 5. November 1915, und zwar die Wiedergabe einer Rede des Ministerpräsidenten Stürgkh; der Artikel wurde allerdings am nächsten Tage freigegeben.) Theoretisch könnte man dagegen allerdings folgendes einwenden: Die Uebertretung eines solchen Verbotes ist strafbar; da aber das Pressegesetz ausdrücklich die Unzulässigkeit einer Verfolgung statuiert, so könnte der, der das Verbot übertritt, nicht angeklagt und nicht verurteilt werden. Aber das ist nur eben eine theoretische Konstruktion: da das Ausnahmsgesetz der Behörde das allgemeine Recht gibt, „das Erscheinen oder Verbreiten von Druckschriften einzustellen“, so braucht die Einstellung natürlich keinen Bestimmtheitsinhalt anzugeben, und dann wird sie durch jene objektive Immunität nicht gehemmt noch beschränkt. Der Ausnahmezustand hebt also die Freiheit der Berichterstattung vollständig auf; sie besteht nur, soweit sie eben zugelassen wird (wie eben jetzt die ganze Pressefreiheit), wonach sich jeder vorstellen kann, wie unschwer es wäre, ihr die Schranken vorzuschreiben.

So und nicht anders stehen die Dinge, und sich über sie zu täuschen wäre ganz unerpfiehllich. Daß das Abgeordnetenhaus die Kraft besitzen würde, die Freiheit der Berichterstattung gegen den Ausnahmezustand zu verteidigen, können wir glauben (schon deshalb, weil ihm die Regierung über die Ausnahmeverfügungen Rechenschaft zu geben und die Beschlussfassung des Reichsrates einzuholen hat); aber die Delegation? Da zeigt sich wieder, daß der Reichsrat der Delegation vorangehen muß.

Die Frage der Einberufung des Reichsrates.

Die Antwort der Regierung.

(Telegramm des „Pester Lloyd“.)

Wien, 9. Oktober.

Die Verlautbarung über die Beschlüsse der drei Gruppen des Herrenhauses reichte bis zur Uebermittlung dieser Beschlüsse an den Grafen Stürgg. Ueber die Antwort des Grafen Stürgg auf diese Erklärungen, die ihm die Sprecher des Herrenhauses übermittelten, war in dieser Kundgebung nichts enthalten.

Wie Ihr Korrespondent nunmehr aus verlässlicher Quelle erfährt, lautete die Antwort des Ministerpräsidenten dahin, daß eine Einberufung der Delegationen, wenn die übrigen Voraussetzungen hierfür gegeben seien, in jedem Falle ohne eine Einberufung des Reichsrates möglich und tunlich wäre, weil die weitere Dauer der Mandate der im Jahre 1913 gewählten Delegierten bereits durch Präjudizien begründet sei. Ein solcher Vorgang sei bereits mehrmals, unter anderem auch unter dem Grafen Hun, eingehalten worden, als der Neuwahl der Delegierten innerpolitische Schwierigkeiten entgegenstanden. Graf Stürgg betonte, daß er der Aktion zur Wiedererweckung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich durchaus mit wohlwollender Objektivität gegenüberstehe. Seine Regierung sei niemals prinzipiell gegen das Parlament gewesen und habe gewiß auch gegen den Zusammentritt der Delegationen nichts einzuwenden. Selbstverständlich sei es aber Pflicht der Regierung, vorerst von denjenigen, welche die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit anstreben, jene Garantien zu verlangen, die nach der Ueberzeugung der Regierung unerlässlich seien, damit die Tagung der parlamentarischen Körperschaft in ihrem Verlauf auch dem Staatsinteresse entspreche und auch einen würdevollen äußerlichen Eindruck mache. Es handle sich dabei ganz gewiß nicht um Empfindlichkeiten der Regierung oder einer Person in der Regierung, sondern vor allem darum, daß durch die zu erwartenden Reden und Beschlüsse im Auslande, besonders im feindlichen Auslande nicht entstellte Auffassungen über unsere innerpolitischen Verhältnisse entstehen. Nach Ansicht der Regierung sei es nun Sache jener Faktoren, welche die Delegationen wollen, diese Bürgschaften für den Verlauf ihrer Beratungen sicherzustellen. Dazu müßten selbstverständlich auch alle anderen Faktoren mitwirken. Von besonderer Bedeutung ist nach Ansicht der Regierung in dieser Beziehung die befanntlich für den 23. Oktober vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester einberufene Besprechung der Vertreter der parlamentarischen Parteien. Dort würde es sich zeigen, ob wirklich allgemeine Bürgschaften für denjenigen Verlauf der Delegationen zu erlangen sein werden, der ihre Einberufung einzig und allein rechtfertigen könnte.

Die Vertreter der Gruppen des Herrenhauses haben, wie Ihr Korrespondent weiter erfährt, die im vorstehenden Sinne gehaltenen Erklärungen des Ministerpräsidenten zur Kenntnis genommen; sie werden ihre Bemühungen zur Schaffung der gewünschten Bürgschaften fortsetzen und die Regierung über den Erfolg ihrer diesbezüglichen Tätig-

keit auf dem Laufenden halten. Sie haben sowohl aus den Besprechungen mit dem Vertreter der Regierung wie aus ihrer Fühlungnahme mit anderen parlamentarischen Persönlichkeiten den Eindruck gewonnen, daß die Einberufung der Delegationen — vorläufig kann nur dies einzig und allein in Betracht kommen — immerhin als möglich, ja sogar als wahrscheinlich bezeichnet werden könnte. Von der Festsetzung eines Termins für den Zusammentritt der Delegationen könne jedoch bis auf weiteres unter den obwaltenden Umständen und bei den noch vorliegenden Schwierigkeiten keine Rede sein. Denn man verhehlt sich nicht, und auch der Ministerpräsident soll daraus kein Fehl gemacht haben, daß immerhin auch noch andere Schwierigkeiten auftauchen könnten, die geeignet wären, den Zusammentritt der Delegationen für untunlich erscheinen zu lassen, auch wenn die Parteien sich zur nötigsten Zurückhaltung verpflichtet hätten.

In eingeweihten Kreisen hört man auch die bereits aufgetauchte und durch mancherlei Zeitungsstimmen begründete Version, nach der sowohl die Deutschradikalen, wie auch die Sozialdemokraten, die Tschechen, vielleicht sogar die Christlichsozialen einerseits erklären, daß ihnen die Einberufung der Delegationen ohne den Reichsrat nicht genüge, andererseits für die Delegationen solche Garantien der Rede- und Pressefreiheit verlangen, welche die Regierung für unerfüllbar halten könnte.

Ein Herrenhausmitglied der Mittelpartei hob auch hervor, man müsse immerhin anerkennen, daß der Zusammentritt der Delegationen, die nicht nur zu beraten und ihrem geheimten Redebedürfnis Luft zu machen, sondern auch Beschlüsse zu fassen haben werden, die Ausarbeitung und Einbringung einer Reihe von Gesetzentwürfen budgetärer Natur erfordere, insbesondere der Kriegsverwaltung, die bei der langen Unterbrechung der parlamentarischen Tätigkeit einige Schwierigkeiten bereiten dürften. Es handle sich dabei selbstverständlich nicht um etwaige Zweifel an der patriotischen Gesinnung, welche die Delegationen durch ihre Abstimmung zu bekräftigen hätten, sondern, wie gesagt, in erster Reihe um die vorläufig ihrem Wesen nach diskrete Natur der diesbezüglichen Vorlagen.

Die Kundgebung der Herrenhausparteien für die Delegationen.

Die Beratung in der Gruppe der Mittelpartei.

Wien, 9. Oktober.

Ueber die Sitzung der Mitglieder der Mittelpartei des Herrenhauses am 6. d. erfahren wir: Die Sitzung wurde mit der dankbarsten Erinnerung an die Leistungen der Armee und mit einem dreifachen Hoch auf den Kaiser eingeleitet. Hernach ist die folgende Depesche an den als General der Kavallerie und Korpskommandanten an der Front stehenden Obmann Fürsten Schönburg gerichtet worden:

„Die versammelten Mitglieder der Mittelpartei bedauern lebhaftest, den mit ihr unzertrennlich verbundenen Obmann nicht in ihrer Mitte begrüßen zu können und danken herzlichst für seine Grüße. Wir sind stolz darauf, in ihm den Führer im Frieden und zugleich den Helden der Magura sowie einen der ausgezeichnetsten Korpskommandanten unserer unvergleichlich tapferen Armee zu verehren. Wir sehnen uns danach, ihn wieder an unserer Spitze zu sehen.“

Darauf ist folgende Antwort eingetroffen: „Tief gerührt über die Begrüßung der Mittelpartei bitte ich meinen innigsten und wärmsten Dank entgegenzunehmen und denselben unseren Parteifreunden zu übermitteln. Schönburg.“

Die Beratung der Gruppe dauerte vormittags von 10 bis 1 Uhr und nachmittags von 3 bis 5 Uhr. An derselben beteiligten sich die Mitglieder Freiherr v. Berger, Freiherr v. Czedit, A. Escher, Abt Helmer, Dr. Klein, Hofrat Lammasch, Prinz Liechtenstein, Graf Lützow, Graf Meran, Graf Nostitz, Baron Skene und Dr. v. Wittel. Mehrere Redner ergriffen wiederholt das Wort.

In der Debatte wurde unter anderem geltend gemacht, daß es notwendig wäre, unseren Feinden gegenüber in einer eindrucksvollen Kundgebung festzustellen, daß in dem uns aufgezwungenen Kriege alle Völker der Monarchie zu einander stehen und durchzuhalten entschlossen sind. Von einzelnen Rednern wurden andererseits Bedenken gegen die Opportunität einer Einberufung der Delegationen im gegenwärtigen Augenblick vorgebracht.

Bei der Abstimmung wurde von den versammelten 41 Mitgliedern die bekannte gemeinsame Resolution mit 36 gegen 5 angenommen. Von allen Rednern wurde der Leitung der Partei der Dank für die Einberufung der Sitzung ausgesprochen. Es wurde der Wunsch geäußert, gegebenenfalls neuerlich die Gruppe zur Beratung einzuberufen.

Die Haltung der czechischen Parteien.

Wien, 9. Oktober.

Ueber die Beschlüsse der czechischen Sozialdemokraten liegt uns folgender Bericht vor:

Unter Vorsitz des Abg. Dr. Smeral fand Samstag in Prag eine gemeinsame Konferenz des Vorstandes des Klubs der czechischen sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten und des Vollzugsausschusses der czechischen sozialdemokratischen Partei statt, an der gleichzeitig die geladenen Vertreter des Presseauschusses und der Landesrekultivationsausschüsse der Partei in Böhmen, Mähren, Niederösterreich und Schlesien teilnahmen. Nach dem Referate des Abg. Tuszar wurden folgende Entschlüsse angenommen:

Das Präsidium des Klubs der czechischen sozialdemokratischen Abgeordneten und der Vollzugsausschuss der czechischen sozialdemokratischen Partei veröffentlichten gleich zu Beginn der Weltkriege, unmittelbar vor der Kriegserklärung am 26. Juli 1914 eine Kundgebung, durch die die Einberufung des Reichsrats gefordert wurde. Es ist selbstverständlich, daß die czechische Sozialdemokratie nach wie vor auf der prinzipiellen

Forderung des Parlamentarismus beharrt. Allerdings hat sie im Sinne einen wahren Parlamentarismus mit voller Freiheit des Wortes und der Presse, mit der Immunität der Abgeordneten, mit Einfluß auf die Exekutive und mit allen übrigen Voraussetzungen, die eine unerläßliche Vorbedingung des Einflusses und der Verantwortlichkeit des Parlaments bilden. Ebenso erachten wir es als selbstverständlich, daß in einer Zeit, wo der Staat einen Verteidigungskrieg gegen die Uebermacht der Feinde führt, das Parlament die Lebensinteressen des Staates berücksichtige und daß auch über diesen Punkt feste Garantien beschafft werden müßten.

Jede ernste dahin abzielende Aktion kann mit unserer wertvollsten Unterstützung rechnen. Einen solchen Eindruck erweckt bei uns jedoch keine der beiden konkreten Aktionen, die in letzter Zeit einerseits in Ungarn, andererseits bei uns ins Leben gerufen worden sind. Im Gegenteil. Diese Aktionen, die viele Symptome einer wechselseitigen inneren Zusammengehörigkeit zeigen, sind in ihren Beweggründen und Zielen viel zu unklar, als daß es unserer Partei möglich wäre, ihnen gegenüber einen anderen Standpunkt einzunehmen, als den abwartenden Standpunkt der Vorsicht und Zurückhaltung. Kamentlich aber erachtet es die Partei, für unmöglich, daß ohne Parlament die Delegation in der Zusammenberufung einberufen werde, die durch die Wahl im Jahre 1913 geschaffen wurde.

Man meldet uns aus Brünn: In der Frage der Reichsratsinberufung sind die Meinungen der czechisch-lexikalischen Mährens geteilt. Die Abgeordneten sind unter gewissen Voraussetzungen für die Einberufung. Nichtsdestoweniger nimmt das Hauptorgan der czechisch-lexikalischen Partei, der Brünner „Glas“, gegen den Plan der Reichsratsinberufung Stellung. Ein Parlament, in dem vierzig Mandate unbesetzt sind, sei ein Kumpfparlament. Wenn es zusammentreten würde, müßte es selbst seine Ergänzung auf dem verfassungsmäßigen Wege fordern. Ganz richtig habe Abg. Pachar am 1. Oktober in Wien gesagt, daß es zwar sehr vollständig sei, nach der Einberufung des Parlaments zu rufen, daß aber keine Hoffnung auf eine fruchtbare, ruhige und erhebende Tagung bestehe. Es würden die nationalpolitischen Schwierigkeiten ganz sicher wieder auf der Wildflucht erscheinen. Auch im österreichischen Parlament würde man viel reden und wie reden. Man würde über Sachen sprechen, über die heute nicht debattiert werden könne, weil es nicht möglich ist, darüber genaue Informationen zu erteilen. Zu einer Aussprache in camera caritatis werde die vom Parlamentspräsidium einberufene Obmannerkonferenz genügen. Die Sehnsucht nach der Öffentlichkeit dürfte den verantwortlichen Faktoren kaum imponieren, denn es war nicht die Regierung, die das Parlament beiseite hat, das Parlament hat sich gegen den Willen der Regierung erschlagen und damit selbst den heutigen Stand herbeigeführt.

Der christlichsoziale „Den“ erklärt sich für die Einberufung des Reichsrates, den Standpunkt der czechisch-agrarischen Partei bezeichnet er als recht bequem. Es gebe viele Gründe, die für die Einberufung des Reichsrates sprechen. Das Abgeordnetenhaus ist die höchste Volkstribüne, dort sei der Platz, an dem man ernst im Namen des Volkes sprechen, seine Wünsche vortragen, sein Recht vertreten könne. Wer also aus irgendeinem Grunde gegen die Einberufung des Reichsrates ist, sei sich seiner Verantwortlichkeit nicht bewußt und stehe nicht auf der Höhe der Zeit.

Merkwürdige Uebereinstimmung.

Somit sagen grundsätzlich lehnen die verfassungsmäßige Tätigkeit des Reichsrates bekanntlich nur die Deutschradikalen ab. Wohl gibt es unter den Deutschbürgerlichen auch Leute, denen der gegenwärtige Zustand kein übergroßes Bedenken erregt, denen es also nur eine Art Doktorfrage ist, ob wir so regiert werden, wie es jetzt der Fall, oder regiert werden, wie es die Verfassung bestimmt. Aber wenn ihnen der Reichsrat gleichgiltig ist, so auch der Zustand, der davon das Gegenteil; bekämpft, und zwar leidenschaftlich bekämpft, wird die Einberufung des Reichsrates nur von den Deutschradikalen. Für den Herrn Wolf ist derjenige, der die Einberufung fordert, einfach ein „Verräter“. Er hat nun jenen Nationalen, die nicht alle werden, vorige Woche die „Gründe“ seiner Haltung auseinandergesetzt. Wir sind nicht so unhöflich wie etwa das „Salzburger Volksblatt“, ein bürgerlich nationales Blatt, das daraufhin gemeint hat, Herr Wolf „verstehe sich auf die politische Komödie“, sondern wollen, weil das den Herrn Wolf besser charakterisiert, ganz einfach angeben, was er gegen die Einberufung ins Treffen führt. Herr Wolf meint, das wahre Heil liege in der „Osterbegehreschrift“ — offenbar eines von den vielen unbekanntenen „Programmen“, die jetzt hervorgebracht werden — deren Forderungen „für die innere staatliche Gestaltung nach dem Kriege Sicherheit, Ordnung, Wohl des Staates und des Herrscherhauses verbürgen“. Ihre Hauptforderungen sind: deutsche Staatsprache, Regelung des Schulwesens im Sinne der Geltung der deutschen Sprache und Lösung der galizischen Frage. Durch das Parlament kann diese Neuordnung der Dinge in Oesterreich nicht erreicht werden. Für diese erste und dringende Notwendigkeit muß also ein anderer Weg als der parlamentarische gefunden werden. Von dem jetzigen Parlament ist keine Ordnung im deutschen Sinne zu erwarten und einem deutschen Politiker kann doch die Wahl zwischen den deutschen Forderungen und dem Staatsinteresse einerseits und einem Parlamentarismus, der keinen Schutz Pulver wert ist, andererseits nicht schwer werden. Wenn der § 14 in früheren Zeiten unbedenklich gegen die Interessen der Deutschen in Oesterreich angewendet werden konnte, so kann er doch jetzt einmal auch Anwendung für die Gesundung des Staatswesens finden. Gegenwärtig würde sich das Parlament wie ein Sperrblock auf den Weg legen, der einzig und allein zur Ordnung und Gesundung in Oesterreich führen kann...“ Herr Wolf will also das Parlament nicht, weil er fürchtet, daß von ihm die „deutsche Ordnung“ nicht zu erwarten sei; er will den Zustand des § 14, weil er von ihm die Erfüllung der „deutschen Forderungen“ gewärtigt. Aber worauf beruht die Hoffnung dieses Erwartens? Herr Wolf wird doch nicht ein so leichtsinniger Tor sein, daß er bloß „hofft“: wenn

sich eine Partei entschließt, das Parlament zu verwerfen und dem § 14 zu huldigen, so muß sie doch irgend welche Bürgschaften dafür haben, daß der § 14 sie nicht enttäuschen werde. Es ist gewiß seltsam, daß jene „Osterbegehreschrift“ nicht einmal veröffentlicht werden darf, Herr Wolf aber dennoch überzeugt ist, daß sie — erfüllt werden wird! Diese Hoffnung auf das „Wunderbare“, das sich plötzlich, wie durch Erleuchtung, verwirklichen wird, ist so kindisch, daß es natürlich ganz ausgeschlossen ist, daß Herr Wolf derlei Erwartungen ernstlich hegt. Die Deutschradikalen wollen das Parlament nicht, weil sie den gegenwärtigen Zustand in allen seinen Ausstrahlungen erhalten wollen und wohl wissen, daß dem Kommen des Reichsrates mancherlei Gehen vorgehen müßte.

Während nun die extremsten der deutschen Nationalisten gegen die Einberufung wettern, sind ihre Gegenspieler, die tschechischen Nationalisten, ebenso gegen die Einberufung! Das ist doch eine Uebereinstimmung, die in der österreichischen Geschichte nicht jeden Tag da war! In den „Narodni Listy“, dem bekannten tschechischen Hauptorgan, werden gegen die Einberufung hundertundein Grund vorgeführt; wir hätten unser Lebtag nicht geahnt, was alles der Wiederherstellung der verfassungsmäßigen Ordnung im Wege steht. Das tschechische Hauptblatt ist mit der zurückhaltenden Haltung des Grafen Stürgkh vollständig einverstanden; ohne ausreichende Bürgschaften, daß im Parlament nichts geschehen werde, was dem Reiche in Hinsicht des Kriegszustandes Schaden bringen könnte, sei an eine Einberufung nicht zu denken. Aber mit dieser Besorgnis um die Interessen des Staates begnügt es sich nicht; es tauchen noch viele andere Fragen auf. Man müßte dem Parlament eine große programmatische Regierungserklärung unterbreiten, die nicht nur zum ganzen Reiche, sondern zu ganz Europa spräche, und das Parlament müßte ebenso bedeutsam antworten. Dann müßten zwei Staatsvoranschläge vorgelegt werden, weiter alle § 14-Verordnungen, Gesetzentwürfe über die Kriegsanleihen und über die Verwendung der Landwehr außerhalb der Reichsgrenzen; das Parlament müßte für sie alle Ausschüsse wählen, dann müßte man auch einen Legitimationsausschuß wählen wegen der galizischen Mandate aus dem besetzten Gebiet; dann sind so viele Mandate durch Tod erledigt, dann ist die Frage nach einer neuen Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses zu lösen; dann ist mit einer reichen Initiative der Nationen zu rechnen: die Polen werden die polnischen Fragen gelöst haben wollen, die Ruthenen die ruthenischen verhandeln, die Deutschen denken an ihre Neuordnung und ebenso würden sich die südslawische, die italienische und die tschechische Frage melden; auch auf finanziellem und auf sozialem Gebiet würden Fragen auftauchen; dies und das würde doch viel Vorbereitung brauchen, und so könnte der Reichsrat erst spät zusammentreten und im Juni des nächsten Jahres läuft das Mandat des Abgeordnetenhauses ohnedies ab. Deshalb, sagt das tschechische Blatt wörtlich, „ist es für besonnene Menschen ganz und gar verständlich, daß Graf Stürgkh der Forderung nach Einberufung des Reichsrates außerordentlich zurückhaltend gegenübersteht. Er kann von seinem Standpunkt gar nicht anders handeln, indem er sich seiner unermesslichen Verantwortung nach allen Seiten bewußt ist, vor seinem Monarchen, vor dem ganzen Reiche, vor ganz Europa.“ ... An die Prager Argumentation, die genau so ernst gemeint ist wie die des Herrn Wolf, ein Wort zu wenden ist natürlich überflüssig; der die Einberufung nicht will, und daß sie sie nicht wollen, haben die Tschechen in den letzten Tagen ausreichend gesagt, hat natürlich auch seine „Gründe“. Aber auf die erstaunliche Uebereinstimmung der Nationalisten auf gegensätzlicher Seite kann immerhin hingewiesen werden. Herr Wolf befürchtet, daß sich das Parlament wie ein Sperrblock vor die deutschen Forderungen legen würde, und er hofft, wenn das gefährliche Parlament ferngehalten wird, daß seine deutsche Ordnung verwirklicht wird. Aber die Stimmen aus Prag zeigen uns, daß die Tschechen auf den Sperrblock nicht hoffen und den parlamentslosen Zustand nicht fürchten. Und doch stimmen sie, Wolf und „Narodni Listy“, in dem Wunsche, daß die Einberufung unterbleibe, völlig überein. Wer Rätsel liebt, wird auch dieses zu lösen treffen.

Nachdem wir derart das Bürgertum unserer zwei größten Nationen vernommen haben, wenden wir unsere Aufmerksamkeit der heutigen Debatte im deutschen Reichstag zu. Aber wir werden uns hüten, mit dieser großen politischen Auseinandersetzung die heimische „Debatte“ zu vergleichen: der Abstand wäre zu betrüblich. Wir sehen einen Reichstag, der, seiner Geltung voll bewußt, im Namen der Nation spricht und handelt. Und wir sehen die deutsche und die tschechische Bourgeoisie in Oesterreich dafür eintreten, daß Oesterreich kein Parlament haben kann und kein Parlament braucht! Welche jämmerlichkeit!

12./X. 1916

Christlichsoziale Partei.

Der Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung des Abgeordnetenhauses hatte gestern eine Beratung, die sich insbesondere mit allen für die Bevölkerung wichtigen Ernährungsfragen beschäftigte. Ferner wurde die Stellung der Christlichsozialen zu den übrigen deutschen Parteien erörtert und ein Zusammenwirken mit ihnen in nationalen und wirtschaftlichen Fragen insbesondere hinsichtlich der Bekämpfung der auf den verschiedensten Gebieten die breiten Volksschichten schädigenden Korruption und der großkapitalistischen Ausschreitungen als notwendig bezeichnet. Betreffend die Einberufung des Parlaments wurde neuerdings der von der Christlichsozialen Partei stets eingenommene Standpunkt bekräftigt, daß die Mitwirkung des Parlaments an den öffentlichen Arbeiten auch im Kriege höchst wünschenswert sei, natürlich unter der Voraussetzung, daß Bürgschaften geschaffen werden, die ein ersprießliches Wirken des Reichsrates gewährleisten und alle Möglichkeiten verhindern, die das Ansehen des Reiches im In- wie im Auslande beeinträchtigen könnten. Ferner wurde die Teilnahme von Vertretern der Partei an den im Zuge befindlichen wirtschaftlichen Beratungen mit Mitgliedern des Deutschen Reichstages beschlossen.

Eine bedeutame christlichsoziale Rundgebung.

Die Christlichsozialen und die andern deutschen Parteien.
— Gegen Korruption und großkapitalistische Ausschreitungen. — Die Voraussetzungen einer Parlamentstagung.

Der Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter hielt am 10. d. eine Sitzung ab, über welche, wie wir aus zwei liberalen Blättern erfahren, folgende, den Wiener christlichen Blättern bisher durch irgendwelche Umstände nicht zugekommene Mitteilung ausgegeben wurde:

„Der Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung des Abgeordnetenhauses hatte gestern eine Beratung, die sich insbesondere mit allen für die Bevölkerung wichtigen Ernährungsfragen beschäftigte.

Ferner wurde die Stellung der Christlichsozialen zu den übrigen deutschen Parteien erörtert und ein Zusammenwirken mit denselben in nationalen und wirtschaftlichen Fragen, insbesondere hinsichtlich der Bekämpfung der auf den verschiedensten Gebieten die breiten Volksschichten schädigenden Korruption und der großkapitalistischen Ausschreitungen, als notwendig bezeichnet.

Betreffend die Einberufung des Parlaments wurde neuerdings der von der christlichsozialen Partei stets eingenommene Standpunkt bekräftigt, daß die Mitwirkung des Parlaments an den öffentlichen Arbeiten auch im Kriege höchst wünschenswert sei, natürlich unter der Voraussetzung, daß Bürgschaften geschaffen werden, die ein ersprießliches Wirken des Reichsrates gewährleisten und alle Möglichkeiten verhindern, die das Ansehen des Reiches im In- wie im Auslande beeinträchtigen könnten.

Ferner wurde die Teilnahme von Vertretern der Partei an den im Zuge befindlichen wirtschaftlichen Beratungen mit Mitgliedern des deutschen Reichstages beschlossen.“

Diese bedeutame Rundgebung des Vorstandes der Christlichsozialen Vereinigung fand ihre Ergänzung und Erläuterung in bemerkenswerten Erklärungen des Obmannes des niederösterreichischen Bauernbundes RAbg. **Dr. Stöckler** in einer Versammlung in Amstetten. **Dr. Stöckler** übernimmt in der nächsten Zeit turnusgemäß den Vorsitz der Christlichsozialen Vereinigung.

Die parlamentarische Vertreterschaft.

Wie bereits gemeldet, handelt es sich in der vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester für Montag den 23. d., nachmittags 3 Uhr, einberufenen Sitzung der Vertreter der parlamentarischen Parteien um eine vertrauliche Aussprache über eine Reihe politisch-parlamentarischer Angelegenheiten. Wie weiters von verschiedenen Seiten gemeldet wurde, wird in erster Linie auch die Frage der Einberufung des Reichsrates den Gegenstand der Besprechung bilden. In der Besprechung werden die Bedingungen festzustellen sein, welche die Einberufung des Reichsrates ermöglichen können.

Die am 7. d. vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses verschickten Einladungen sind an 26 Vertreter sämtlicher derzeit bestehender Parteien und Parteilisten des Abgeordnetenhauses ergangen.

Am 23. d. findet vormittags 11 Uhr eine gleichfalls vom Präsidenten Dr. Sylvester einberufene Sitzung des Präsidiums statt. Sämtliche zu dieser Präsidialsitzung erscheinenden Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses dürften auch an der nachmittags stattfindenden Vertretersitzung teilnehmen.

Bekanntlich haben sich auch die deutschen Agrarier zum großen Teile für die Einberufung des Reichsrates ausgesprochen. In diesem Sinne äußert sich auch neuerlich das Organ der deutschen Agrarier, das in Prag erscheinende „Deutsche Agrarblatt“, in seiner Ausgabe vom 11. Oktober an leitender Stelle folgendermaßen: „Wir wollen doch nichts anderes, als die ehrliche patriotische Mitarbeit der Vertreter des Volkes im Interesse des Staates. Man muß den Volksvertretern jetzt bei dem Ernst der Zeit und nach so gewaltigen Geschehnissen und Erlebnissen doch auch jenen Ernst zubilligen, daß sie nicht durch Fraktionsstreitigkeiten und überflüssige oder bedenkliche Retrimina-

In einer zahlreich besuchten Versammlung der Oesterreichischen politischen Gesellschaft wurde gestern abends die Diskussion über die Frage der Einberufung des Reichsrates fortgesetzt. Den Vorsitz führte Hofrat Prof. Dr. Freiherr v. Wieser. An der Versammlung nahmen u. a. teil: die Geheimen Räte Dr. Freiherr v. Czedit, Dr. Freiherr v. Engel, Dr. Egner, Graf Hardegg, v. Horowitz, Graf Kielmansegg, v. Kuczynski und Doktor v. Kitt, die Sektionschefs Dr. v. Wahl-Schedl und Freiherr v. Köll, die Reichsrats-Abgeordneten Prof. Dr. Redlich, Friedmann und Ritter v. Panz, Stadtrat Angermayer, die Gemeinderäte Medizinalrat Dr. Löwenstein und Stein, Zdenko Graf Rumerskirch, Graf Beaufort, Hofrat Doktor Leisching, Baron Pfungen, Generalkonsul v. Scanavi, die Hochschulprofessoren Dr. Fournier, Hofrat Dr. Fuchs, Dr. Hante, Dr. Knöpfelmacher, Dr. Kobatsch, Doktor Quittlen, Dr. Oberhammer, Dr. Příbram, Hofrat Dr. Oswald Redlich, Freiherr v. Schwind, Dr. Tandler und Hofrat v. Wittlein, die Großindustriellen August Miller v. Nischholz, Dr. Felix Freiherr v. Oppenheimer, v. Huze, Friedrich Pacher v. Theinburg und Karl Thonet, Hofrat v. Schronm, der Präsident des Niederösterreichischen Gewerbevereines Schiel, der Sekretär des Handelsmuseums Dr. Drucker und Bezirksrat Dr. Stiglitz.

Es sprachen die Reichsrats-Abgeordneten Friedmann, Dr. Redlich und Ritter v. Panz und Doktor Stolper, die alle sich für die Einberufung des Reichsrates aussprachen.

tionen den Staat oder die Militärmacht gefährden. Nicht mitzuhelfen, mitzulieben sind sie da, das Vaterland zu lieben, es zu schützen, es zu stärken, zu verteidigen. Der Einigkeit und Stärke auf den Schlachtfeldern soll die Einmütigkeit der Abgeordneten entsprechen, die sie kundgeben müssen, damit das Ausland und unsere Feinde sehen, daß auch die daheimgebliebenen Volksgenossen einig sind in der Verteidigung und Aufrechterhaltung des Vaterlandes. Auch der Reichsrat muß wie das Heer österreichisch sein! Eine solche Wiedererweckung des politischen Lebens in Oesterreich ist doch wohl des Schweiges der Edlen wert und ein Ziel aufs innigste zu wünschen!“

Aus Prag wird uns telegraphiert: Die Landesparteilitung der Deutschen Fortschrittspartei in Böhmen hielt am 10. d. ihre Monatsversammlung im Deutschen Haus in Prag ab, an der nicht nur alle Prager Mitglieder, sondern auch sehr viele Vertreter Deutschböhmens teilnahmen. Nach Erledigung laufender Angelegenheiten wurde eine Reihe von Beschlüssen deutschböhmischer Vertrauensmännerorganisationen, in der zur Einberufung des Parlamentes Stellung genommen wird, verlesen. Die Versammlung beschloß, diese Kundgebungen zur Kenntnis zu nehmen. In der darauf folgenden sehr lebhaften Wechselrede über die derzeitigen politischen Verhältnisse wurde von allen Rednern auch die Stellungnahme der verschiedenen Parteien zur Frage der Einberufung des Parlamentes erörtert. Die in dieser Wechselrede einmütig zum Ausdruck gebrachte Anschauung der Mitglieder der Parteileitung wird den Abgeordneten zur weiteren Vertretung übermittelt werden. Eine mehrstündige Debatte über die im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehende Ernährungsfrage, in der Vertreter der deutschböhmischen Bezirke und Gemeinden eine Reihe von Beschwerden und Anregungen vorbrachten, endigte mit dem Beschluß, daß die Partei eine sofortige Aktion einleite, deren Durchführung der Geschäftsleitung der Partei aufgetragen wurde.

**Bemerkenswerte Äußerungen des Reichsrats-
abgeordneten M. Stöckler.**

Die Res.-Korr. meldet aus Umstetten: In einer Vertrauensmännerversammlung des niederösterreichischen Bauernbundes, dem bekanntlich alle Abgeordneten des flachen Landes angehören, kam Bundesobmann MAbg. M. Stöckler auch auf die Frage der Parlamentsseinberufung zu sprechen. Er erklärte, daß er zwar nicht namens der Christlichsozialen Vereinigung spreche, die wohl auch für die Einberufung des Parlaments sei, sondern namens der Abgeordneten des flachen Landes und namens des Bauernbundes, der unter den herrschenden Verhältnissen zulässigen Form die Forderung nach Parlamentseröffnung so weit als möglich zu vertreten gedenkt und von dieser Forderung nicht ablassen wird.

Der Bauernstand, sagte Redner, bedarf dringend einer parlamentarischen Tribüne. Der Bürgerstand und der Mittelstand überhaupt wird diese Forderung gewiß unterstützen, hat sie eigentlich schon zu seiner eigenen gemacht. Gewerbetreibende und Bauernstand gehören naturgemäß notwendig zusammen, sie müssen an einem Strang ziehen. Auch die Festbesoldeten haben nichts zu lachen, es geht ihnen nicht besser wie den andern beiden Ständen. Deswegen sind die gewissen Verhetzungsversuche für einen klar denkenden Kopf die reinsten Luftblasen. Die Regierung gibt sich alle erdenkliche Mühe, um die Staatsverwaltung in geregelten Bahnen zu erhalten. Eine Verordnung folgt der andern, um namentlich in der Versorgungsfrage dem Heinde die geballte Faust zeigen zu können, allein das Heer der Kriegsparasiten ist schwer auszurotten. Auf der Bühne des Volksparlaments kann man darüber schon eingehender sprechen. Und das muß ehebaldigst geschehen, weil auch andere, sehr wichtige Aufgaben der parlamentarischen Vertretungskörper harren. Allerdings wird von allen Seiten die Notwendigkeit der Aktionsfähigkeit des Parlaments vorausgesetzt. Die ländlichen Abgeordneten, die gesamte politisch reife bäuerliche Bevölkerung ist der Ansicht, daß wir im Hinterlande die Hände nicht in den Schoß legen dürfen. Die in der blutigen Weltbrandung vorne stehenden

Millionen sollen bei ihrer Rückkehr nicht finden, daß wir im Hinterlande müßig waren, daß das politische, beziehungsweise parlamentarische Leben in Oesterreich eingeschlafen ist und daß nun anstatt der Ruhepause und wirtschaftlichen Konsolidierung ein Kampf auf politischem Gebiet angeht. Die Regierung hat während der Kriegszeit soziale, tief einschneidende Verordnungen erlassen, so daß sie auch eine neue Geschäftsordnung im Verordnungswege erlassen kann, die, richtig gehandhabt, noch vor Kriegsende den Parlamentarismus in die richtigen Bahnen und das Ansehen unseres teuren Vaterlandes entschieden und nachdrücklich heben wird.

Vater und Tochter.

Das beiläufige Wort, daß die Sozialdemokratie eine illegitime Tochter des Liberalismus sei, hat Bismarck in seiner besten Zeit geprägt, da er mit dem Freisinn in schärfster Fehde lag. Daß er damit im Rechte war, bezweifelt heute niemand mehr, so zornig die Freisinnigen seinerzeit die Feststellung ihrer alimentationspflichtigen Vaterchaft aufnahmen. An dieses Verhältnis zwischen Liberalismus und Sozialdemokratie erinnert die Art, wie sich heute die Wiener „N.-Z.“ für ihre von den Ereignissen arg mitgenommene Weltanschauung auf das Zeugnis des verstorbenen Anton Menger beruft, des typischen Vertreters der schalen Rechtsphilosophie des Liberalismus. Ist es schon ein Armutzeugnis für die bankrott gewordene sozialdemokratische Doktrin, daß sie sich nunmehr wie der arme Lazarus kümmerlich von den geistigen Brosamen nähren muß, die von den liberalen Tischen und Lehrkanzeln fallen, so ist es doch auch bezeichnend für den Liberalismus selber, daß seine oberflächliche Philosophie der seit langem unterernährten sozialdemokratischen Doktrin zum Futterplatz wird. Greifen wir einige Sätze aus dem Menger („Neue Staatslehre,“ 3. Auflage, Jena 1906, bei Gustav Fischer) heraus, auf die sich heißhungrig die rote Schwindsucht gestürzt hat:

Seite 3. Alle bisherigen Rechtsordnungen sind in letzter Reihe aus Machtverhältnissen entstanden und haben deshalb immer den Zweck verfolgt, den Nutzen der wenigen Mächtigen auf Kosten der breiten Volksmassen zu fördern.

Seite 19. Die einzige Rechnung des heutigen Kulturstaates auf die individuellen Interessen der Mächtigen erhellt vor allem daraus, daß die staatliche Tätigkeit überall in erster Linie den Zweck verfolgt, die Machtstellung des Herrschers zu behaupten und zu erweitern. Der größere Teil der öffentlichen Ausgaben erfolgt in unseren Staaten für die Heeresmacht, für die Verzinsung der Kriegsschulden und für die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten, ist also unmittelbar auf die Machtstellung des Herrschers gerichtet. Auch die gesamte Erziehung des Volkes ist wesentlich eine patriotische, das heißt sie soll in allen Staatsbürgern die feste Ueberzeugung hervorrufen, daß sie für diese Ziele mit Gut und Blut einzustehen haben.

Seite 37. Und der Krieg, in dem die Tätigkeit des patriotischen Militärstaates ihren höchsten Ausdruck findet, verteilt seine Gaben ebenso einseitig wie der Friede; während der glückliche Feldherr, dem oft genug ein bloßer Zufall den Sieg in die Gasse geworfen hat, eine fast übermenschliche Heroenstellung erlangt und auch den untergeordneten Offizieren reiche Ehren und Vorteile zollt, müssen die Massen, obgleich sie im Kriege die grausamsten Opfer bringen, schon wegen ihrer großen Zahl auf jede Belohnung verzichten.

Seite 43. Das öffentliche Wohl oder, in seiner größten Allgemeinheit aufgefaßt, der Staatszweck ist überall

mit den persönlichen oder politischen Zwecken der Herrschenden gleichbedeutend.

Seite 45. Als ihre wichtigste Aufgabe betrachten die herrschenden Staaten, die Macht des Herrschenden zu behaupten und, wenn möglich, durch Eroberung zu vermehren. Daher wird in allen Staaten ein sehr großer Teil der Staatseinkünfte zur Bezahlung von Heer und Flotte und zur Verzinsung der Kriegsschulden verwendet. Freilich werden diese ungeheuren Opfer für Zwecke, die den breiten Volksmassen vorliegen, sehr häufig damit gerechtfertigt, daß die Bevölkerung des Staates gegen die Invasion äußerer Feinde geschützt werden soll; aber da die gegenseitige Bedrohung der Staaten ein durchaus künstliches Verhältnis ist, das sofort verschwinden müßte, wenn die dauernde Festsetzung des vollständigen Arbeitsstaates die Machtkonflikte in den Hintergrund drängen würde, so kann mit Grund behauptet werden, daß die kriegerischen Aufwendungen vorzugsweise für die Zwecke der Herrschenden gemacht werden.

Seite 75. Denn was wir heute das öffentliche Wohl nennen, ist in Wirklichkeit fast ohne Ausnahme das persönliche oder politische Interesse einzelner Machtpersonen oder Lebenskreise.

Kann über den Staat philistischer, oberflächlicher und unfruchtbarer geredet werden, als es hier der liberale Rechtsphilosoph Menger tut? Aber eben deshalb hat das Zentralorgan der österreichischen Sozialdemokratie im Gefühl, daß seine eigene Staats- und Weltphilosophie von den Ereignissen ins Wanken gebracht und irgendeiner Stütze aus der bürgerlichen Welt bedürftig ist, seine Freude daran, eben deshalb klammert es sich an den Menger, der längst überholt, überlebt und tot war, ehe er starb. Und wer nicht schon vor dem Kriege über die Philisterei der liberalen Staatsphilosophie sich zu erheben vermochte, jeder Tag des Krieges ward ihm zu einer Mahnung, über den Staat gründlich umzulernen. Das so schrecklich bankrott gegangene Diktum des vierzehnten Ludwig: „Der Staat bin ich“ gewinnt, aus der Froschperspektive Mengers betrachtet, nicht nur nicht, es wird vielmehr erst so recht in seiner ganzen Falschheit und Schalheit erkannt. Und solche magere Liberalismen, solche stehengebliebene Regenschirme liberaler Kathederleute werden heute von der führenden sozialdemokratischen Publizistik annektiert! Wie verzweifelt muß die Lage geworden sein! „Mein Vater, mein Vater, jetzt faßt er mich an! Erbkönig hat mir ein Leids getan.“ Sie erreichen den Hof mit Mühe und Not und beide, Vater und Kind, liberale und sozialdemokratische Welt- und Staatsphilosophie, sind tot.

Abgeordneter Dr. Groß.

Die Parlamentskorrespondenz schreibt: Da die offenbar auf ein Mißverständnis zurückzuführende Meldung eines Prager Blattes, Abgeordneter Dr. Groß sei von der Leitung des Nationalverbandes zurückgetreten und Abgeordneter Döbernick sei sein Nachfolger, durch einen großen Teil insbesondere der deutschösterreichischen Provinzblätter geht, sehen wir uns veranlaßt, nochmals festzustellen, daß diese Meldung nicht richtig ist. Abgeordneter Döbernick teilt in einem Schreiben aus Graz mit, daß er von der Sache gar nichts wisse und daß er — politisch nach anderer Richtung in Anspruch genommen — seit einigen Wochen weder schriftlich noch mündlich mit irgend einem Mitgliede des Deutschen Nationalverbandes politisch verkehrt habe. Abgeordneter Dr. Groß wird, wie bereits festgestellt, auch weiterhin der geschäftsführende Obmann des Deutschen Nationalverbandes bleiben und wird als Vertreter des Deutschen Nationalverbandes in der vom Präsidenten Dr. Sylvester für den 23. d. M. einberufenen Parteidisziplin im Namen des Verbandes eine entsprechende Erklärung zu dem bekannten Hauptgegenstande der Tagesordnung abgeben.

14./X. 1916

Zur Frage der Parla- mentseinberufung.

In einem Artikel, der für die Einberufung des Reichsrates eintritt, versicht die „N. Fr. Z.“ anscheinend unter dem Eindrucke der christlichsozialen Kundgebung, ebenfalls die Anschauung, daß sich der Reichsrat gegebenenfalls hauptsächlich mit den Fragen der Kriegswirtschaft befassen solle:

Die Nahrungspolitik überschattet alle Länder, auch die feindlichen, und für den Staat bilden sich riesengroße Pflichten heraus, von denen er früher nichts wußte. In jeder Familie ist die unmittelbare Erscheinungsform des Krieges der tägliche Kampf um Brot, Mehl, Fett, Kartoffeln und Gemüse (Aber auch Mäzzen, um Fleisch, um Leder und Kleiderstoffe, um Kohlen, Papier usw. — D. N.) Erzeugung, Verteilung, Preis, Vorratshaltung, das ganze Leben der Einzelnen und der Gesamtheit muß neu aufgebaut und gesichert werden. Die Verstaatlichung eines Warenbetriebes, in dem viele Milliarden umzusetzen sind und bei dem die leiseste Störung vermieden werden muß, ist schon an sich ein Gigantenwerk, das in dicht bevölkerten Großstaaten seit der französischen Revolution nicht einmal versucht worden ist. Wegen der Nahrungspolitik hat die Frage des Einlenkens in die parlamentarischen Wege eine so hohe Bedeutung. Fängt erst der Rhythmus der parlamentarischen Arbeit wieder an, dann hört er auch nicht wieder auf. Nur muß in den Mittelpunkt die Nahrungspolitik gestellt werden als Bürgschaft, daß die Parteien in Ruhe und Würde tun wollen, was sie dem Volke schuldig sind. Die Delegation wäre das Vorparlament, die erste Gelegenheit, auch die Nahrungspolitik zu besprechen, die eine so enge Verbindung mit den Widerstandskräften des Krieges hat.

In der Kundgebung der Christlichsozialen ist der Kern der Sache kürzer und gemeinverständlicher umschrieben: „Bekämpfung der auf den verschiedensten Gebieten die breiten Volksschichten schädigenden Korruption und der großkapitalistischen Ausschreitungen“. Und der Obmann des niederösterreichischen Bauernbundes ABg. Dr. Stöckler sagte beinahe noch eindeutiger in seiner Rede in Amstetten: „Eine Verordnung folgt der anderen, um namentlich in der Versorgungsfrage dem Feinde die gehaltte Faust zeigen zu können, allein das Heer der Kriegsparasiten ist schwer auszurotten; auf der Bühne des Volksparlaments kann man darüber schon eingehender sprechen.“ Einigermassen erspriechliche Nahrungspolitik läßt sich nur treiben, wenn sie sich in der hier angedeuteten Richtung bewegt. Auch die bestgemeinten Verordnungen, auch die genialst erdachten Organisationsysteme sind noch kein Nahrungsmittel. Man muß die Sache auch von der negativen Seite angehen und alles auszuschneiden trachten, was die Produktion hemmt, eine gerechte Verteilung des Produzierten beeinträchtigt, einer mißbräuchlichen Verwendung des Verteilten Vorschub leistet und an künstlich hervorgerufenen, nicht in der Sache begründeten Preiserhöhungen sich auf Kosten der Allgemeinheit bereichert. Die Ueberzeugung ist allgemein, daß es sich leidlich leben ließe, wenn das „Heer der Kriegsparasiten“ nicht sein Unwesen treiben könnte.

Auch das sozialdemokratische Zentralorgan befaßt sich mit der Frage der Parla-mentseinberufung, beziehungsweise mit der Stellungnahme der Christlichsozialen und dem Kommentar der „Reichspost“. Augenscheinlich gefällt der „N. Z.“ weder jene noch dieser, weshalb sie behauptet, daß sich unser Aufsatz „um die Frage der Einberufung des Reichsrats herumdrücke“, Parlament und Krone einander „gegenüberstelle“, die „Uebermacht des Parlaments fürchte“ und hinter Redensarten „die Abneigung gegen das Parlament und die Verehrung des § 14 vertusche“. So oder ähnlich erwidert das Demagogentum immer, wenn ihm sein eigener Spiegel vorgehalten wird. Die Antwort darauf ist schon in unserem Artikel enthalten, gegen dessen gemeinverständlichen Wortlaut mit Behauptungen einer an Demagogitis kranken Phantasie nicht aufzukommen ist. Es nützt alles nichts: An dem un-
bequemen Arbeitsprogramm, das die Christlichsozialen einer

etwaigen Reichsratsstagung empfohlen haben, führt kein Manöver mehr vorbei.

14. / X. 1916

Freiherr v. Conrad über die Reden im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 13. Oktober. (Privat.)

Das „8-Uhr-Blatt“ veröffentlicht die Unterredung einer ihm nahestehenden politischen Persönlichkeit mit dem Chef des Generalstabes Baron Conrad v. Söhendorf, der sich wie folgt äußerte: Auf Ihre Erwähnung des Rotbuches über Rumänien kann ich nur sagen, daß jetzt, nach Ausbruch des Krieges mit diesem Staate, unsere Diplomatie in der angenehmen Lage war, die Vorgeschichte dieses Krieges in die Öffentlichkeit zu bringen und dort die haltlosen Anschuldigungen zurückzuweisen, die gegen sie erhoben wurden. Ganz anders steht es für die Heeresleitung. Diese darf während der Dauer des Krieges in keiner Weise mit jenen ihr reichlich zu Gebote stehenden Darlegungen hervortreten, welche die Anwürfe widerlegen würden, die gegen uns erhoben wurden — Anwürfe, die gewiß unterblieben wären, wenn die Betreffenden vollen Einblick in die Verhältnisse gehabt hätten. Die Heeresleitung muß also stumm und resigniert derartiges über sich ergehen lassen und darf sich dadurch in ihrer ruhigen und zielbewußten Arbeit nicht stören lassen. Die jüngsten Ereignisse auf dem rumänischen Kriegsschauplatz zeigen, daß der räuberische Ueberfall dieses, von einer wortbrüchigen Regierung geleiteten Staates, seine Züchtigung erfährt, die hoffentlich noch gründlicher werden wird als bisher.

Ihrem Einwurf, daß der Einfall in Ungarn besonders empfunden wurde, weil er ungarischen Boden betraf, muß ich entgegenhalten, daß wir nun schon durch mehr als zwei Jahre — und ich darf wohl sagen erfolgreich — Ungarn in Galizien und russischem Gebiete verteidigen. Was die Tapferkeit der Truppen dort geleistet hat, hat sie auch für Ungarn direkt geleistet und auch das durch die ungarischen Truppen dort heldenhast vergossene Blut ist für die teure Erde der ungarischen Heimat geflossen. Es ist ja begreiflich, daß die Truppen und insbesondere die Szekler, danach dürsten, für den feigen Einfall in ihr Land direkt Vergeltung zu üben. So weit dies zu berücksichtigen möglich war, ist dies ja geschehen. Aber über ein gewisses Maß hinaus erscheint es im Hinblick auf die große Kriegslage nicht möglich.

Sie fragen, ob die Heeresleitung in Kenntnis aller nunmehr im Rotbuch dargelegten Vorgänge war. Das ist selbstverständlich. Zwischen ihr und dem Auswärtigen Amt fand und findet ein ständiger Nachrichtenaustausch statt und ich kann sagen, daß im Auswärtigen Amt viele der allerwichtigsten Informationen durch den militärischen Nachrichtendienst des Armeeeoberkommandos zustande gekommen sind, sowie daß wir über die militärischen Vorgänge und Verhältnisse in Rumänien jederzeit bis ins kleinste zutreffend orientiert waren.

Sie fragen mich um die Art, wie ein Friede zustande kommen soll. Darauf kann ich nur erwidern, daß unsere Feinde sich zu dem wahnsinnigen Programm bekannt haben, Kulturstaaten, wie es die Mittelmächte sind, völlig vernichten zu wollen. Diesen Ideen eines Tamerlan oder Dschingiskhan können wir nur die ruhige Entschlossenheit entgegensetzen, mit aller Energie einen solchen Wahnsinn bis zum äußersten zu bekämpfen, ihn ad absurdum zu führen. Wenn die Einsicht dieser Absurdität bei unseren Gegnern eingetreten sein wird, werden wir den Frieden haben. Wir führen den Kampf mit aller Zuversicht und mit festem Vertrauen in den Heldenmut unserer Truppen und in die Opferwilligkeit und Standhaftigkeit unserer Bevölkerung.

14. I. 1916

Die Frage der Einberufung des Reichsrates und der Delegationen.

Eine Diskussion in der Oesterreichischen politischen Gesellschaft.

Wien, 13. Daaber.

Die am vorigen Mittwoch unterbrochene Diskussion über die Einberufung der Delegationen und des Reichsrates wurde gestern abend in den Klubräumen der Oesterreichischen politischen Gesellschaft fortgesetzt. Auch gestern traten sämtliche Redner einmütig für die baldigste Einberufung des Parlaments ein.

Abgeordneter Friedmann erfuhrte im Laufe seiner Rede die der Versammlung beivohnenden Herrenhausmitglieder, über den Gang der in den letzten Tagen abgehaltenen Beratungen der drei Gruppen des Herrenhauses nähere Informationen zu erteilen. Redner hält die Einberufung der Delegationen nur für eine halbe Lösung, denn es gibt eine Anzahl Fragen, die von den Delegationen nicht behandelt und erledigt werden können. Deshalb sei Redner unbedingt für die Einberufung nicht nur der Delegationen, sondern auch des Parlaments.

Abgeordneter Dr. Redlich trat in längerer Rede für die Einberufung des Reichsrates ein. Er kam dann auf die Nationalitätenfrage und auf die Frage der Beziehungen zu Ungarn zu sprechen und gab der Meinung Ausdruck, daß die Delegationen vom Reichsrat neuerlich gewählt werden sollen.

Abgeordneter Ritter v. Panz kam in seinen Ausführungen auf die Frage des Ausgleiches zwischen Oesterreich und Ungarn zu sprechen und führte die Argumente an, weshalb sowohl die Delegationen als auch der Reichsrat zu einer Tagung zusammenzutreten müßten. Redner verwahrt sich dagegen, daß Abgeordneter Doktor Groß allein in der am 23. d. stattfindenden Obmännerkonferenz den Standpunkt der im Nationalverband vereinigten Deutschen in Oesterreich vertrete. Er teilt die Befürchtung des Abgeordneten Friedmann, daß es in dieser Konferenz zu Differenzen kommen könnte, die der Sache des Wiederauflebens des Lebens in Oesterreich keinesfalls nützlich sein könnten.

Es sprach noch Dr. Gustav Stolper, worauf der Vorsitzende Hofrat Dr. Friedrich Freiherr v. Wieser ein kurzes Resümé hielt, in dem er den Inhalt der gehaltenen Reden dahin zusammenfaßte, daß sie alle ein starkes energisches Bekenntnis zum Wiederaufleben des parlamentarischen Lebens in Oesterreich darstellen.

Der gestrigen Versammlung, die einen noch stärkeren Besuch als die vorwöchige aufwies, wohnten unter anderen bei: Konteradmiral Rudolf Ritter v. Benigni, Doktor Heinrich Graf Beaufort, Herrenhausmitglied Geheimer Rat Alois Freiherr v. Czedit, der gewesene Finanzminister Dr. August Freiherr v. Engel, Herrenhausmitglied Geheimer Rat Dr. Wilhelm Czner, Regierungsrat Dr. S. Frankfurter, Hofrat Professor Dr. August Fournier, Hofrat Professor Dr. Ernst Fuchs, Dozent Dr. Heinrich Gomperz, Konsul Arnold Grünfeld, Herrenhausmitglied Geheimer Rat Dominik Graf Hardegg, Geheimer Rat Eduard Ritter v. Horowitz, Abgeordneter Karl Fro, Geheimer Rat Erich Graf Kelmansegg, Dr. Rudolf Kobatsch, Geheimer Rat Eugen Ritter v. Kuczinski, Hofrat Dr. Eduard Leising, Dozent Dr. Friedrich Luthlen, Gemeinderat Medizinalrat Dr. Heinrich Löwenstein, Sektionschef Dr. F. S. Ritter v. Mahlschedl, Dr. August v. Miller zu Nischholz, Professor Dr. Gustav Oberhumer, Friedrich Pacher v. Rheinburg, Professor Dr. E. Pribram, Universitätsprofessor Hofrat Dr. Oswald Redlich, der gewesene Arbeitsminister Ritter v. Ritt, Sektionschef Dr. Viktor Freiherr v. Röhl, Zdenko Graf Rumerskirch, Generalkonsul Nikolaus Ritter v. Scanavi, Dr. Ernst Freiherr v. Schwind, Professor Dr. Walter Zweig.

„Narodni Listy“ beklagen sich darüber, daß man behauptet, die jungtschechische Partei wäre eine Gegnerin der Einberufung des Reichsrates und der Delegationen. Gerade das Gegenteil sei wahr. Hat doch die jungtschechische Partei in ihrer Vergangenheit und auch in ihrer Gegenwart bewiesen, daß sie eine Partei der unbegrenzten Verfassungsmäßigkeit sei und gerade ihr jüngst gekennzeichnete Standpunkt bezüglich der Einberufung des Parlaments beweise aufs neue ihren verfassungsmäßigen Sinn, denn sie verlange nicht bloß die Einberufung des Reichsrates, sondern auch die Einberufung aller übrigen gesetzgebenden Körperschaften, und zwar als der gesunden, verfassungsmäßigen Institutionen. Sie verlangt zu diesem Zwecke die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen. Es wäre Sache der fortschrittlichen Presse, diese Voraussetzungen festzustellen und deren Erfüllung zu verlangen gemeinsam mit den Tschechen, wenn es sich ihr tatsächlich um die Regenerierung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich handelt.

Der Einfluß des Parlaments auf alle Angelegenheiten, die in seinen Wirkungskreis fallen, kann den Erwartungen und Wünschen, welche man an seine Tätigkeit knüpft, nur in dem Maße entsprechen, wenn dem Parlamente und seinen politischen Parteien die Bürgerschaft für die Möglichkeit geboten wird, daß sie voll und frei ihr verfassungsmäßiges Recht erfüllen können. Das sollten alle politischen Parteien und ihre Presseorgane befrworten. Dann wird auch die jungtschechische Partei mit ihnen Hand in Hand gehen.

Herrenhaus und Abgeordnetenhaus.

Die Einberufung der Obmänner durch den Präsidenten Dr. Sylvester.

Wien, 13. Oktober.

Die Fahnen sind auf den Masten vor der Kampe des Reichsrates schon lange nicht aufgezogen worden. Verwundete Soldaten werden in den schönen Räumen gepflegt, und ein politisches Krankenhaus war das Parlament schon im Frieden. Die Frage ist, wie es genesen und wie das Volk wieder eine Stelle finden könnte, wo seine Vertreter über Wünsche und Sorgen sich aussprechen dürfen. Denn in einem Lande, wo auch das Mandat der Wähler sich oft veramtet und von seinem Ursprunge loslöst, vergißt der Abgeordnete nur zu häufig, daß er nicht das Recht habe, über ein ihm anvertrautes Gut nach Gefallen zu verfügen und es wegzuschicken. Der Abgeordnete ist nicht Selbstzweck, sondern ein politischer Behelf, durch den es leichter möglich wird, das Volk an den öffentlichen Geschäften teilnehmen zu lassen. Er ist nur etwas durch seine Wähler, durch diesen Ausschnitt des Volkes; wenn er sich mehr dünkt und die Pflicht vernachlässigt, Hüter der verfassungsmäßigen Freiheiten zu sein, so verschwindet der Lebensgrund, der ihn geschaffen hat. Dann wird der Ehrentitel zur Annahmung und zum Schein, der das Publikum in den Irrtum bringt, als hätte es noch einen Vertreter, während er in Wirklichkeit den Zusammenhang mit ihm verloren hat. Das Mandat wird im Frühsommer des nächsten Jahres, in kaum neun Monaten, erneuert werden müssen. Wenn der Abgeordnete an die Wähler die Frage richten sollte, ob sie ihm das Vertrauen wieder schenken, könnten sie antworten: Du hast geschwiegen, als wir uns in schwerer Zeit sehnten, eine Stimme zu hören, die uns zu Herzen geht; du warst ein politischer Müßiggänger, der sein Mandat rosten ließ, und wir brauchen dich nicht mehr.

Die Gruppen des Herrenhauses haben angeregt, daß die Voraussetzungen für die Wiederkehr des Reichsrates geschaffen, aber die beiden Delegationen unverzüglich einberufen werden sollen. Warum sind Abgeordnete gegenüber diesem Beschlusse der drei Gruppen des Herrenhauses so zaghaft, warum tasten sie beinahe feindselig an ihm herum und warum haben sie nicht das Gefühl, wie gut es für ihre eigene Würde sein könnte, nach langer Untätigkeit sich wieder nützlich zu machen und für das Volk zu arbeiten? Sollen viele hundert Menschen, die sich Abgeordnete nennen, so gar nichts unternehmen, wodurch sie beweisen könnten, daß sie die Empfindung haben, Diener des Volkes sein zu müssen? Rechtsstreitigkeiten werden aufgeworfen und die Einwendung wird gemacht, daß die vor einigen Jahren gewählten Delegierten nicht mehr zuständig seien. Das Schlagwort, ohne Reichsrat keine Delegation, wird ausgegeben. Wir sind niemals gegen verfassungsmäßige Bedenken gleichgültig. Die Gefahren der weiten Auslegung von Staatsgrundgesetzen sind zu ernst, um übersehen werden zu können. Aber die plötzlich hervorbrechende Empfindlichkeit von Männern, die so häufig still waren, als sie hätten laut werden sollen, ist nicht immer das echte Rechtsbewußtsein, das auch den Buchstaben verteidigt und nicht vergewaltigen läßt.

Reichsrat und Delegationen sind jedoch wirtschaftliche Notwendigkeiten geworden. Die Nahrungspolitik überschattet alle Länder, auch die feindlichen, und für den Staat bilden sich riesengroße Pflichten heraus, von denen er früher nichts wußte. In jeder Familie ist die unmittelbare Erscheinungsform des Krieges der tägliche Kampf um Brot, Mehl, Fett,

Kartoffeln und Gemüse. Wir sind unter dem Zwange zu unermesslichen Leistungen, und keine einzige Kraft darf fehlen, um sie zu bewältigen. Erzeugung, Verteilung, Preis, Vorratswirtschaft, das ganze Leben der Einzelnen und der Gesamtheit muß neu aufgebaut und gesichert werden. Die Verstaatlichung eines Warenbetriebes, in dem viele Milliarden umzusetzen sind und bei dem die leiseste Stockung vermieden werden muß, ist schon an sich ein Gigantenwerk, das in dicht bevölkerten Großstaaten seit der französischen Revolution nicht einmal versucht worden ist.

Wenn der Abgeordnete außer Berührung mit der Nahrungspolitik bleiben würde und bei ihrer Lösung überflüssig wäre, könnte er sich kaum vor seinen Wählern sehen lassen. Was soll er ihnen auch sein, nachdem er dort ausgeschaltet wäre, wo das Volk eine Vertretung am meisten brauchen würde. Denn ohne das Zusammenwirken der staatlichen Behörden mit den in beiden Häusern des Parlaments vereinigten Erfahrungen muß die Nahrungspolitik den Einschlag wellen, den sie nicht entgehen kann. Der Abgeordnete, der in seinem Bezirke wohnt oder in steter Fühlung mit den Wählern ist, schöpft aus eigener Wahrnehmung, aus den Augen viele Kenntnisse, die ihm der Tag bringt und die kein Amt so rasch und so leicht verschaffen kann. Der Volksvertreter, der vom Pfluge in das Abgeordnetenhaus geholt wird, vom Gemeinderate zum Reichsrat aufsteigt, aus dem wirklichen Leben kommt und sich dort umgetan hat, ist ein Bedürfnis für die Nahrungspolitik. Er versteht sie in seinem engen Kreise, von dem dort, wo die ernstesten Schwierigkeiten zu bewältigen sind, die lebendige Anschauung häufig fehlen muß. Eine Nahrungspolitik ohne parlamentarische Zusätze, ohne die Menschen und den Raum, wo der Staat in seiner Gänge veranschaulicht wird, wäre unvollkommen. Abgeordnete, die nicht verstehen, daß ihr Verhältnis zum Volk jetzt von der Nahrungspolitik bestimmt wird, von ihr abhängt und ohne sie aufhört, gehen stumpf durch die bewegte Zeit und vermögen sie nicht zu fassen. Es kann sein, daß Einzelne von ihnen wie die Postboten in die Aemter laufen, um diese oder jene Bitte von Großwählern zu übermitteln. Das ist jedoch nicht die Teilnahme eines Volksvertreters und einer Volksvertretung an der Nahrungspolitik; dazu ist das Wechselspiel zwischen der Gesetzgebung und Verwaltung nötig. Wegen der Nahrungspolitik hat die Frage des Einlenkens in die parlamentarischen Wege eine so hohe Bedeutung.

Der Ernst in den Pflichten der Nahrungspolitik ist so überragend und hat eine so durchdringende Kraft, daß die an sich nicht bedeutungslose Frage, ob der Reichsrat den Delegationen vorausgehen und deren Vollmacht erneuern müsse, dem allgemeinen Gefühle sich nur schwer mitteilen könnte und ihm fremd bleiben dürfte. Durch die Nahrungspolitik haben parlamentarische Einrichtungen eine Grundlage bekommen, die sie in solchem Maße früher nicht hatten. Deshalb würde dem Volke ein Unrecht zugefügt werden, wenn Abgeordnete sich mit dem Herrenhause über die Wahl der Mittel, die das Ziel näher bringen könnten, streiten wollten, statt sich ihm anzuschließen und durch eine so wirksame Unterstützung wenigstens an einer Stelle die Krise unserer politischen Einrichtungen zu überwinden. Fängt erst der Rhythmus der parlamentarischen Arbeit wieder an, dann hört er auch nicht wieder auf. Nur muß in den Mittelpunkt die Nahrungspolitik gestellt werden als Bürgschaft, daß die Parteien in Ruhe und Würde tun wollen, was sie dem Volke schuldig sind. Die Delegation wäre das Vorparlament, die erste Gelegenheit, auch die Nahrungspolitik zu besprechen, die eine so enge Verbindung mit den Widerstandskräften des Krieges hat. Der Präsident des Abgeordnetenhauses hat die Obmänner zu einer Versammlung einberufen. Wenn sie nicht ihren Teil von der Nahrungspolitik fordern sollten, würde es in Oesterreich bald keine Obmänner mehr geben.

Eine Kundgebung der Christlichsozialen. Der Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung hielt am Dienstag eine Sitzung, über die mitgeteilt wird:

Es wurde die Stellung der Christlichsozialen zu den übrigen deutschen Parteien erörtert und ein Zusammengehen mit denselben in nationalen und wirtschaftlichen Fragen, insbesondere hinsichtlich der Bekämpfung der auf den verschiedensten Gebieten die breiten Volksschichten schädigenden Korruption und der großkapitalistischen Ausschreitungen, als notwendig bezeichnet. Betreffend die Einberufung des Parlaments wurde neuerdings der von der Christlichsozialen Partei stets eingenommene Standpunkt bekräftigt, daß die Mitwirkung des Parlaments an den öffentlichen Arbeiten auch im Kriege höchst wünschenswert sei, natürlich unter der Voraussetzung, daß Bürgerschaften geschaffen werden, die ein ersprießliches Wirken des Reichsrates gewährleisten und alle Möglichkeiten verhindern, die das Ansehen des Reiches im In- wie im Ausland beeinträchtigen könnten.

Diese Kundgebung hätte, wenn sie nicht zwei „judenliberale“ Blätter gebracht hätten, das Licht der Welt gar nicht erblickt: ihren Parteiblättern hat sie die Christlichsoziale Vereinigung gar nicht mitgeteilt. Die „Reichspost“ gibt dem „Beschluss“ einen Kommentar, von dem wir schon deshalb einen Satz zitieren wollen, um darzutun, daß Moriz Benedikt nicht allen schmeckt:

Dem wiedererwachten Betätigungsdrang der deutschen Parteien Oesterreichs ist ein Wegweiser in die Erde gesteckt worden. Das unsichere Hin- und Hertappen der vielen Pfadsucher, die sich von Irrlichtern halb in dieses unwegsame Dickicht, halb in jenen grundlosen Sumpf Locken ließen, hat ein Ende; die Geschäftigkeit der vielen Macher, die so gern im Trüben fischen, die Unmöglichkeit jener Beunruhigten, die in Vorausahnung kommender Gewitter jetzt schon an den

Sägen und Sägen Wetterkanonen und Abwehrmörser bereitstellen, die nervöse Hastlosigkeit der Unkrautsäer und Blendwerkfabrikanten haben ihren Meister gefunden.

Interessanter ist aber zu beobachten, wie sich die „Reichspost“ um die Frage der Einberufung des Reichsrates herumdrückt. Heute setzt sie auseinander, daß in Oesterreich die auswärtige Politik von der Krone bestimmt wird, „in Oesterreich sind die Völker noch immer am besten mit der äußeren Politik gefahren, die von der Krone und nicht von Parteileidenschaften bestimmt wurde“. Darüber ist natürlich eine Auseinandersetzung im Augenblick nicht möglich; wir sind höchstens in unserer Verwunderung über die seinerzeitige Attade des Herrn Fuchs gegen den Grafen Lehrenthal dadurch noch bestärkt worden. Aber mit der auswärtigen Politik hat sich der österreicheische Reichsrat, Herrenhaus und Abgeordnetenhaus, ja fast nie beschäftigt, und daß seine Gebrechen etwa in einer Uebergeschäftigkeit auf diesem Gebiet liegen, wird man wohl nicht behaupten können. Was soll also dieses Besorgnis — zumal da doch mit dem Reichsrat ja auch die Delegationen berufen werden könnten? Die so weit hergeholte Besorgnis soll eben einen Einwand gegen die Einberufung abgeben: daher die Gegenüberstellung von Parlament und Krone! Die „Reichspost“ hat übrigens das Rezept zur Gesundung des Parlaments — aber es ist gar nicht krank; einmal fürchtet sie seine Uebermacht, dann höhnt sie es ob seiner Ohnmacht — schon gefunden: „strengste Diät und gebundene Marschroute“. Aber das sind Schmodredereien. Wer soll sich um Steuern und Anleihen, um die Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik kümmern, wenn nicht der Reichsrat? Wer soll die Ernährungsfragen bewältigen? Wer die handelspolitischen Verhältnisse, den Ausgleich mit Ungarn bestimmen? Wer die Gesetze beschließen, die die Kriegsfolgen nötig machen? Wer auch die nationale Ordnung herbeiführen, für die doch vor allem der unumschließliche Grundsatz gilt, daß sie nur aus freier Vereinbarung hervorkommen kann? Und was soll die „gebundene Marschroute“ besagen? Daß die Abgeordneten zu marschieren haben, wie es die Regierung vorschreibt? Sind denn nicht ohne Parlament jene „Ausschreitungen“ emporgewuchert, die auch die Christlichsozialen beklagen? Sicherlich denkt sich auch die „Reichspost“ bei ihren Redensarten nichts; sie macht sie nur, um ihre Abneigung gegen das Parlament und ihre Verehrung des

Reichsrat und Delegation.

Die „N. Fr. Pr.“ agitiert heute für die Herrenhausidee, den Reichsrat vorläufig stehen zu lassen und sich mit der Einberufung der Delegation zufrieden zu geben. Sie tut so, als ob sich der Widerstand gegen diese Idee ausschließlich auf Rechtsgründe stützen würde: „Rechtsstreitigkeiten werden aufgeworfen und die Einwendung wird gemacht, daß die vor einigen Jahren gewählten Delegierten nicht mehr zuständig seien.“ Diese Einwendung wird zwar auch gemacht und sie ist natürlich auch berechtigt, sollen doch die im Jahre 1913 für ein Jahr gewählten Delegierten im Jahre 1917 tagen; aber es ist nicht wahr, daß sie der einzige Einwand wäre. Da gibt es hier ganz andere Einwände, vor allem natürlich den, daß man den Reichsrat braucht, und daß die Delegation das, was man braucht, absolut nicht zu leisten vermag. Die „N. Fr. Pr.“ schildert die Notwendigkeiten folgendermaßen:

Die Nahrungspolitik überschattet alle Länder und für den Staat bilden sich riesengroße Pflichten heraus, von denen er früher nichts wußte. In jeder Familie ist die unmittelbare Erscheinungsform des Krieges der tägliche Kampf um Brot, Mehl, Fett, Kartoffeln und Gemüse. Wir sind unter dem Zwange zu unermesslichen Leistungen, und keine einzige Kraft darf fehlen, um sie zu bewältigen. Erzeugung, Verteilung, Preis, Vorratswirtschaft, das ganze Leben der einzelnen und der Gesamtheit muß neu aufgebaut und gesichert werden. Ohne das Zusammenwirken der staatlichen Behörden mit den in beiden Häusern des Parlaments vereinigten Erfahrungen muß die Nahrungspolitik den Einschlag verlieren, den sie nicht entbehren kann. Eine Nahrungspolitik ohne parlamentarische Zusätze, ohne die Menschen und den Raum, wo der Staat in seiner Gänge veranschaulicht wird, wäre unvollkommen. Wegen der Nahrungspolitik hat die Frage des Einkommens in die parlamentarischen Wege eine so hohe Bedeutung.

Über was können bei der „Nahrungspolitik“ die Delegationen leisten? Gar nichts; und daß man auch dort über die Fragen und Sorgen so nebenbei und unverbindlich reden könnte, wäre doch keine Mitwirkung des Parlaments, nichts, was nach einer Tat ausschaut. Das Volk will und braucht, daß vorgeforgt wird; daß man ein paar Ausgewählten die Möglichkeit gibt, in verschwiegene Subcomités die Dinge zu beschwören, würde es nur als eine Berühnung empfinden... Das ist nur ein Einwand, wenn er auch ausreicht; die Wahrheit ist aber, daß die Delegationstagung ohne Reichsrat nur ein Feigenblatt für den parlamentslosen Zustand wäre. Und das zu liefern werden sich Volksparteien natürlich nicht bereit finden. Wir brauchen die gesetzgebende Körperschaft wegen aller Fragen und Beziehungen des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens, so nebenbei auch deshalb, weil die Mitwirkung und Mitentscheidung des Volkes die Norm ist, die nicht zu missen; aber dafür, mit der Delegation abgespeist zu werden, die in allen Fragen der inneren Politik nichts zu leisten vermag, als zu schwagen, dafür, statt des Wesens der Dinge ihren Schein zu empfangen, dafür wird von den Abgeordneten die Zustimmung nicht zu gewinnen sein. Und wenn die „N. Fr. Pr.“ meint, „fängt erst der Rhythmus der parlamentarischen Arbeit wieder an, dann hört er auch nicht wieder auf“, so genügt die Frage, warum dann die Delegierten, statt neugewählt, nach vier Jahren neu einberufen werden. Wir sind der entgegengesetzten Meinung: eine Tagung der Delegation würde die Wahrscheinlichkeit einer Einberufung des Reichsrates nicht steigern, sondern ihre Möglichkeit völlig verschütten. Der Mann aus Budapest hat es ja ganz richtig dargelegt...

17. IX. 1916

Zur Frage der Parlamenteinberufung

Die „N. F. P.“ verteidigt heute die vielfach bekämpfte Anregung, die Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit mit der Einberufung der Delegationen zu beginnen:

Die Frage ist nicht, ob der Reichsrat und die Delegationen einzuberufen seien; die Frage ist, was in diesem Augenblicke durchführbar sei und ob das jetzt Erreichbare verschmäht werden müsse, wenn die Delegationen zu haben wären, der Reichsrat jedoch gegenwärtig noch nicht... Laßt nur die parlamentarische Arbeit beginnen und sie wird nicht mehr aufhören; sind die Delegationen gesichert und wird durch sie die Einheit im Willen der Monarchie vor der ganzen Welt veranschaulicht, so ist auch der Reichsrat unvermeidlich.

Die „Arbeiterztg.“ wendet sich gegen die Forderung von Bürgschaften für einen erspriesslichen Verlauf einer etwaigen Tagung; sie meint, die Antwort der Abgeordneten auf diese Forderung sei „recht einfach“ und könne nur lauten:

Wir haben vor dem Kriege als wahren Leitstern unseres Handelns nur das Interesse und die Wohlfahrt des Volkes gekannt (!) und, diesem Leitstern folgen wir auch jetzt. Daß wir aber nicht anders handeln können, dafür bürgt die Tatsache, daß wir, als Abgeordnete des allgemeinen Stimmrechtes, dem Volke verantwortlich sind. Das ist die beste Bürgschaft, die wir bieten können, und sie reicht natürlich aus (!) die Sicherheit zu bieten, daß der Reichsrat den vor ihm liegenden Aufgaben in jeder Hinsicht gerecht werden wird.

Es wird nach den Erfahrungen mit dem im Juni 1911 zusammengewählten Hause wohl niemand auf diese Versicherungen der „N.-F.“ Häuser bauen wollen.

Die schönerianische „Deutsche Presse“ sucht in einem längeren Aufsatz darzutun, daß die „Reichspost“ den Beschluß des Vorstandes der Christlichsozialen Vereinigung nicht richtig gedeutet habe, und wartet uns mit der richtigen Auslegung des Beschlusses auf. Unsere begreifliche Genehmigung hierüber wird durch den Umstand kaum beeinträchtigt, daß das Blatt zugleich unsern Kommentar so lange verrenkt, bis er jene Einseitigkeit bekommt, den das alldeutsche Blatt für seine Zwecke braucht.

Die Vertreterziehung im Abgeordnetenhaus.

Im Einvernehmen mit maßgebenden Führern der verschiedenen Parteien und Gruppen des Abgeordnetenhauses wurden vom Präsidenten Dr. Schlvester zu der am 23. d. nachmittags stattfindenden Vertreterziehung der Parteien die folgenden 26 Abgeordneten als Vertreter ihrer Parteien eingeladen:

Dr. Gustav Groß (Deutscher Nationalverband), Dent (Deutsche Arbeitsgemeinschaft), Dr. Damm (Deutsche Agrarpartei), R. S. Wolf (Deutschrabikale Vereinigung), Anirsch (Deutsche Arbeiterpartei), Schraffl und Fint (Christlichsoziale Vereinigung), Dr. Jäger (Alldeutsche Vereinigung), Dr. Dfner (Klub der deutschen Demokraten), Dr. Adler (Klub der deutschen Sozialdemokraten).

Weiters als Vertreter der tschechischen Parteien Doktor Hruban (Katholisch-nationale Partei), Mastalka (Jungtschechischer Klub), Stanek (Klub der tschechischen Agrarier), Dr. Hübschmann (Tschechischer nationalsozialer Klub), Dr. Stranek (Vereinigung der unabhängigen fortschrittlichen Abgeordneten aus Böhmen und Mähren) und Antonin Nemeec (Klub der tschechischen Sozialdemokraten).

Als Vertreter der Polen Dr. Ritter v. Bilinski (Polenklub) und Stapinski (Polnische Volkspartei).

Als Vertreter der ukrainischen Parteien Dr. Kost Lewhckij (Ukrainischer Klub), Ritter v. Wassilko Bulowinaer ukrainischer Klub) und Dr. Trhlowskij (Ukrainer rabikaler Klub).

Als Vertreter der südslawischen Parteien Dr. Jucevic (Dalmatinerklub) und Dr. Susteric (Kroatisch-slowenischer Klub).

Schließlich die Vertreter der Unio Latina Dr. Faibutti (Italienische Volkspartei), Dr. Rizzi (Klub der liberalen Italiener) und Simionovici (Rumänenklub).

Beschluß des christlichsozialen Bürgerklubs.

Auf eine Anfrage faßte der Bürgerklub des Gemeinderates einstimmig folgenden Beschluß: Der Bürgerklub des Wiener Gemeinderates begrüßt unter der Voraussetzung, daß alle Vorkehrungen für ein gedeihliches Wirken des Abgeordnetenhauses geschaffen werden, die Wiederaufnahme des parlamentarischen Lebens in Oesterreich.

Beratungen der deutschen Abgeordneten in Böhmen.

Der „Deutschböhmisches Korrespondenz“ wird mitgeteilt: Am 21. und 22. d. versammeln sich die deutschen Abgeordneten aus Böhmen im Deutschen Hause zu Prag, um zu der politischen Lage und zu den in der letzten Zeit erörterten Fragen der Einberufung des Abgeordnetenhauses, respektive der Delegationen Stellung zu nehmen. Graf Erwein Rostiz und die Abgeordneten Pacher, Schreiner, Dr. Urbán und Zuleger haben an die Mitglieder des deutschen Landtagsverbandes in Böhmen und der Vereinigung der deutschböhmisches Reichsrats-Abgeordneten Einladungen ergehen lassen, denen gemäß die deutschböhmisches Reichsrats-Abgeordneten am 21. d. eine besondere Beratung abhalten werden, der am 22. d. eine gemeinsame Vollversammlung der deutschen Landtags-Abgeordneten und der deutschböhmisches Reichsrats-Abgeordneten folgen wird. Die Tagesordnung für die gemeinsame Vollversammlung umfaßt die folgenden Punkte: 1. Mitteilungen des Vorstandes; 2. das Osterprogramm der Deutschen in Oesterreich; 3. die politische Lage und die Forderungen der Deutschen in Böhmen.

Die Tschechisch-katholische Partei.

Im Organ der tschechischen Geistlichkeit, dem „Cech“, schreibt der Propst des Byschradker Kapitels und gewesene Landesauschußbeisitzer Dr. Burian zur Frage der Wiederaufnahme des parlamentarischen Lebens: „Der Standpunkt der Tschechisch-katholischen Partei kann kein anderer sein, als der, daß sie in der jetzigen ernsten Zeit für die Einberufung des Parlaments unter vereinbarten Bedingungen eintritt, die einen ruhigen Verlauf aller Verhandlungen verbürgen. Die Einstellung der parlamentarischen Tätigkeit ist etwas abnormales, etwas außergewöhnliches. Das Streben nach Einführung normaler politischer Zustände ist Pflicht eines jeden Bürgers und muß auch die Grundlage für unsere katholischen Grundsätze sein.“

Die gegenwärtige Politik Oesterreichs

Budapest, 16. Oktober. (Privattele-
gramm.) Der nach Wien entsendete Bericht-
erstatter des „8-Drai-Ujsag“ hatte eine Unter-
redung mit einer Persönlichkeit, die berufen
ist, die Politik und die Absichten des öster-
reichischen Ministerpräsidenten darzulegen.
Die gegenwärtige Politik des Grafen
Stürgkh ist in politischer und wirtschaft-
licher Hinsicht, den Staat für den Frieden
vorzubereiten. Graf Stürgkh steht der Ver-
fassungspartei des Herrenhauses am nächsten,
obwohl er als führender österreichischer
Staatsmann eigentlich kein Parteimann ist.
Was die Wiederherstellung des Verfassungs-
lebens in Oesterreich betrifft, so leugnet Graf
Stürgkh gleich jedem andern objektiven Mann,
daß in Oesterreich das verfassungsmäßige
Leben pausiert. Dem ist nicht so; denn der
Umstand, daß der Reichsrat nicht einberufen
wird, kann unter den obwaltenden Verhält-
nissen nicht einmal ein Verfassungsgravamen
bilden. Auch das ist nicht wahr, daß im
Rahmen des österreichischen Kabinetts Gegen-
sätze aufgetaucht sind. Es muß auf das ent-
schiedenste dementiert werden, daß Prinz
S o h e n l o h e aus anderen Gründen als
aus Gesundheitsrückichten auf Urlaub ge-
gangen wäre. Schließlich wird noch darauf
hingewiesen, daß zwischen dem Grafen Stürgkh
und dem Grafen Tisza sowie zwischen dem
österreichischen Ministerpräsidenten und dem
Minister des Aeußern Baron Burián das
beste Einvernehmen herrscht.

Staatsrechtliche Doktorfragen.

Budapest, 17. Oktober.

In der Zeitschrift „A Nyugat“ veröffentlicht Graf Julius Andrássy eine längere Studie, in der er den Faden der staatsrechtlichen und politischen Diskussion über die Frage weiterspinnt, ob der ungarische Wunsch nach Flottmachung der österreichischen Delegation als ein Eingreifen des ungarischen Staates in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs zu betrachten wäre. Durch den Beschluß des ungarischen Parlaments über die von der jüngsten Tagung her sattham bekannten Anträge Andrássy und Apponyi ist die Frage eigentlich als von der zuständigen ungarischen Seite in deutlichster Weise entschieden anzusehen, was übrigens auch vom Grafen Julius Andrássy nicht bestritten wird. Wohl aber bestreitet Graf Andrássy die Richtigkeit dieser Stellungnahme, und zwar sowohl vom staatsrechtlichen wie vom politischen Standpunkte aus. Wir jedoch und mit uns sicherlich auch ein großer, vielleicht der größte Teil der öffentlichen Meinung müssen die Frage aufwerfen, ob in dieser blutigernsten Zeit, wo auf allen Schlachtfeldern Europas ein Kampf ohne Gleichen tobt, in dem es keinem Volke mehr als dem unferen um Leben und Tod geht, ob in dieser wilden Brandung von Blut die breitspurige Erörterung derartiger Doktorfragen nicht eine Zeit- und Kraftvergeudung bedeutet, denen man sich, mit Rücksicht auf die weit wichtigeren Aufgaben, die sich vor uns aufstürmen, schlechterdings zu versagen hat. Es mag ja ganz anregend sein, sich in Klügeleien darüber

einzulassen, ob das Ausgleichswerk vom Jahre 1867 einen Vertragscharakter hat, oder ob es wenigstens, wie Graf Andrássy im Parlament behauptete, auch vertragliche Elemente aufweist, oder ob es, wie seine jetzige Studie die frühere These einschränkt, die Uebernahme gewisser Verpflichtungen der beiden Gesetzgebungen auch einander gegenüber enthält. In ruhigerer Zeit wäre es sogar nicht bloß verlockend, sondern vielleicht auch lohnend, dieser Frage näherzutreten. Aber wir dächten, es geschieht niemand ein Unrecht, wenn die Erörterung darüber vorerst zurückgestellt wird für Zeiten, in denen wir wirklich nichts Dringlicheres zu tun finden werden. Darum gehen wir der vom Grafen Julius Andrássy ausgehenden Einladung zur Wiederaufnahme der Debatte für jetzt aus dem Wege.

Nur zwei Bemerkungen möchten wir uns gestatten.

Die eine betrifft die Verfügung des siebenundsechziger Gesetzes, dergemäß das Inslebenreten der auf den Verhandlungsmodus der gemeinsamen Angelegenheiten bezüglichen Bestimmungen des Ausgleichs an die Bedingung geknüpft wurde, daß ihrem Inhalt auch Oesterreich „auf verfassungsmäßigem Wege“ beitriff. Graf Andrássy folgert daraus, die ungarische Gesetzgebung habe durch diese Formel Oesterreich in der Hinsicht binden wollen, „daß es bis zur Veränderung des Gesetzes auch an seinem Teile dauernd jene Handlungen vollziehen werde, zu denen sich der ungarische Staat feierlich verpflichtet hat“. Die Frage, ob eine solche Bindung besteht, aus dem Bereich der Diskussion ausschaltend, ist es für uns und wohl auch für jeden unbefangenen Prüfer der betreffenden Gesetzesformel ganz klar, daß es nicht die zitierte Ausbedingung des konstitutionellen Beitritts Oesterreichs sein kann, aus der solche Bindung hervorgehen würde. Oesterreich war in der Zeit des Zustandekommens des Ausgleichswerkes absolutistisch regiert; das Ausgleichswerk selbst begründet sein eigenes Zustandekommen mit dem Hinweis, daß fortan nach dem Willensschluß des Herrschers auch Oesterreich eine Verfassung erhalten soll und sich hieraus die Notwendigkeit ergibt, für den Verhandlungsmodus der gemeinsamen Angelegenheiten im Geiste dieser neuen Sachlage Vorkehrung zu treffen. Die Formel, daß die einschlägigen Bestimmungen des ungarischen Gesetzes erst dann ins Leben treten sollen, wenn Oesterreich ihnen im verfassungsmäßigen Wege beigetreten ist, kann also keinen anderen Sinn haben, als den selbstverständlichen, daß wenn Oesterreich nach Wiederherstellung seiner Verfassung sich weigern würde, ein analoges Gesetz zu schaffen, der ungarischen Gesetzgebung das Recht vorbehalten bliebe, hinsichtlich der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten sich für eine andere Erledigungstechnik zu entscheiden. Dieser selbstverständliche Rechtsvorbehalt und nichts anderes kommt in der vom Grafen Andrássy zitierten Formel zum Ausdruck. An eine darüber hinausgehende Bindung Oesterreichs hat der Gesetzgeber vom Jahre 1867 nicht denken können und auch nicht gedacht.

Graf Andrássy zieht in seiner Beweisführung auch den Fall Hohenwart heran, und das ist es, worauf sich unsere zweite Bemerkung beziehen will. Wie lag der Fall Hohenwart? In den Fundamentalartikeln war von seiten Böhmens die Rechtsgültigkeit des Ausgleichswerkes vom Jahre 1867 an Bedingungen geknüpft und daher in Frage gestellt. Graf Andrássy selbst sagt in seiner Studie hierüber folgendes: „Im Jahre 1871 hat der böhmische Landtag die Rechtsgeltung des Ausgleichs in Frage gestellt dadurch, daß er den Ausgleich zum Gegenstand einer Beschlußfassung machte; die Anerkennung schien er an gewisse Bedingungen zu knüpfen, ja in einzelnen Punkten forderte er sogar Veränderungen der Ausgleichsbestimmungen. Ministerpräsident Andrássy war der Ansicht, daß die Genehmigung dieser Landtagsbeschlüsse durch die österreichische Regierung gegen das Recht Ungarns verstieß, und er machte eine Kabinettsfrage daraus. Er forderte, daß der Ausgleich in ganz Oesterreich als rechtverpflichtend betrachtet werde.“ So lag der Fall Hohenwart. Wie aber liegt der Fall Stürggh? Dem gegenwärtigen österreichischen Ministerpräsidenten ist es nie eingefallen, Oesterreich oder einen Teil Oesterreichs der Rechtsgeltung des Ausgleichswerkes zu entziehen, noch weniger kam es ihm in den Sinn, Veränderungen am Ausgleichsgesetz vorzuschlagen. Graf Stürggh hat seit Kriegsausbruch den Reichsrat und die österreichische Delegation nicht einberufen. Ob die Gründe, die ihn dazu bestimmten, stichhaltig sind oder nicht, hat Ungarn weder zu prüfen, noch zu entscheiden. In privaten Gesprächen hat Graf Andrássy von vielen Oesterreichern die Ansicht vernommen, daß in Oesterreich dieser Lähmungszustand des Verfassungsapparats in den tatsächlichen Verhältnissen nicht begründet, die Politik des Grafen Stürggh daher unrichtig und schädlich ist. Wenn Graf Andrássy seinen österreichischen Mitrednern den Rat erteilt hätte, die Geltendmachung dieser ihrer Auffassung an zuständigen österreichischen Stellen anzustreben, so würde er der Sache, für die er sich erwärmt, jedenfalls einen besseren Dienst als durch das Hineintragen dieser Frage in die Diskussionen des ungarischen Parlaments erwiesen haben. Als Beweis hierfür mag ja gelten, daß seither in Oesterreich die Dinge in der Tat eine solche Wendung genommen haben und die Sache der Flottmachung der Delegation dadurch auch richtig vom toten Punkt weggekommen ist. Indessen, sei dem wie es wolle, zwischen dem Fall Hohenwart und dem Fall Stürggh ist, wie wir gezeigt haben, ein sehr starker Unterschied. Hohenwart wollte die Ausgleichsvereinbarung mit Ungarn um Böhmens willen umstoßen, Graf Stürggh hingegen hat bloß den im Ausgleichsgesetz vorgesehenen Apparat zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten nicht beizustellen vermocht, da seiner Ansicht nach dieser Apparat zur Zeit an einer vorübergehenden Betriebsstörung laborierte. Die Umsturzabsicht des Grafen Hohenwart war ein Angriff auf Ungarns Rechte, und dieser Angriff mußte von ungarischer Seite abgelehrt werden. Im Falle des Grafen Stürggh war die

Rechtsgeltung des Ausgleichswerkes keinen Augenblick lang angezweifelt, war dem Ausgleichsgesetz und Ungarn gegenüber der animus dolendi überhaupt vorweg ausgeschlossen; hier handelte es sich lediglich um eine Funktionsstörung von nichtbleibender Art, der gegenüber von ungarischer Seite mit dem Auskunftsmittel eines technischen Notbehelfs auszukommen war. Im Falle Hohenwart war der ungarische Protest ein Akt berechtigter Notwehr gegen einen offensibaren Angriff. Im Falle Stürggh wäre ein ungarisches Eingreifen eine unbefugte Einmischung des ungarischen Staates in die innere Politik Oesterreichs gewesen, da der Lähmungszustand des österreichischen Parlaments eine Wirkung innerpolitischer Ursachen ist und die Beseitigung dieses Lähmungszustandes mithin korrekterweise nur durch Inanspruchnahme innerpolitischer Mittel angestrebt werden durfte.

Mit diesen Bemerkungen nehmen wir Abschied von den staatsrechtlichen Doktorfragen, die Graf Julius Andrássy in seiner Studie abermals aufgeworfen hat.

Abg. Dr. Steinwender über die Frage der Parlamentseinberufung.

In der Grazer „Tagespost“ schreibt Abgeordneter Dr. Steinwender über den „kommenden oder nicht kommenden Reichsrat“ u. a. folgendes:

Darüber, ob der Reichsrat und die Delegationen einzuberufen seien, ist prinzipiell sehr wenig zu sagen, und auch darüber nicht, ob es Sache der Volksvertreter sei, eine solche Einberufung zu fordern, denn über diesen Punkt des Staatsrechtes kann es keinen Streit geben. Die Frage ist nur, ob gerade bei uns in Oesterreich parlamentarische Beratungen jetzt mehr nützen oder schaden. Man bezeichne die Voranstellung dieser Frage nicht als halb-schläch-tige Utilitätsmeierei, denn in einem Kampfe auf Leben und Tod könnte nur ein Pedant sich auf den Rechtsstandpunkt stellen. Was taugt dem Staate? Das ist die Frage und weiter nichts.... Alle Parteien des Abgeordnetenhauses bis auf eine einzige und alle Parteien des Herrenhauses ohne Ausnahme haben sich für die Einberufung des Reichsrates ausgesprochen. Natürlich nur unter bestimmten Voraussetzungen. An die Stelle der alten, nur auf anständige Leute und Mummelgreise zugeschnittenen Geschäftsordnung muß das versammelte Haus eine neue Geschäftsordnung der Strammheit und des Zielbewußtseins vorfinden und noch strammer muß ihre Handhabung sein. Mit den einzelnen Parteien und sogar mit einzelnen besonders gefährlichen Abgeordneten müssen ferner bindende Abmachungen vorangehen, die jede Störung ausschließen. Kommt eine solche Sicherung nicht zustande, gut, dann bleibt das Parlament geschlossen, dann sind aber auch die Schuldtragenden der allgemeinen Verachtung und Verurteilung verfallen. Sind aber die nötigen Voraussetzungen gegeben, dann kann das Parlament möglicherweise noch immer sehr vielen Leuten höchst unangenehm werden, unter denen wir nur beispielsweise Preistreiber und Spekulanten nennen wollen, aber Volk und Vaterland werden mit ihm zufrieden sein.

18. X. 1916

Die Bewegung für den Wiederbeginn des parlamentarischen Lebens.

Die Erklärung in der heutigen Sitzung des Wiener Gemeinderates.

Wien, 17. Oktober.

Die Obmänner der Parteien im Wiener Gemeinderate haben sich heute für das Bedürfnis nach dem Wiederbeginn des parlamentarischen Lebens ausgesprochen. Von den Freiheitsrechten im Staatsgrundgesetze ist selbst im Ausnahmestande eines gänzlich unverfehrt geblieben: das Petitionsrecht. Der in der Verfassung gewährleistete Schutz für die Freiheit der Person, die Unverletzlichkeit des Hausrechtes, das Briefgeheimnis, die Versammlungsfreiheit und die Pressfreiheit sind zeitweilig aufgehoben. Das Petitionsrecht, das nach dem Staatsgrundgesetze jedermann zusteht, ist von den Maßregeln des Krieges nicht berührt worden. Die Obmänner des Wiener Gemeinderates haben eine Bitte für die Wiederaufnahme des parlamentarischen Lebens an die Regierung gerichtet, geleitet von alten Ueberlieferungen, die in den Trümmern der Vergangenheit nicht ganz verschüttet worden sind und in der Not eines beispiellosen Krieges wieder lebendig werden. Schroffer sind die Gegensätze nirgends gewesen als im Wiener Gemeinderate; heftiger sind die Leidenschaften nirgends aufeinander gestoßen. Politischer Kampf ist oft zu persönlicher Haffe umgeschlagen, und auch dort war das Kriegsziel die Vernichtung des Gegners. Da kam die schwere Verantwortung für das Wohl von zwei Millionen Menschen im Kriege. Sorge zog durch die Stadt, und die Blicke der Bekümmerten wandten sich der Gemeinde zu. Die Bedrängnisse der Zeit haben den Sinn der Bürger von dem Zwiespalte so weit abgelenkt, daß die Obmänner zu gemeinsamer Tätigkeit berufen werden konnten und bei diesem Mühen und Schaffen sagen durften: So lange der Feind die Grenzen bedroht, das Meer abgeschnitten ist und der Kampf um das tägliche Brot dauert, kennen wir nur Wiener. Sollte das Beispiel für den Reichsrat oder für die Delegationen gar nichts sein und dürfen wir aus dieser Erfahrung nicht schließen, daß die parlamentarischen Körperschaften unter dem gleichen Zwange werden handeln müssen? Schon in der ersten Stunde würden tausend Fragen und Wünsche aus dem Volke heraus sich vernehmlich machen. Brot, Mehl, Fett, Kartoffeln sind jetzt innere Großmächte und ihr Einfluß beherrscht die Gesellschaft. Der wirtschaftliche Ausnahmestand am Familientische hat die Folge, daß wir uns ausnahmslos als Oesterreicher erkennen, die gemeinsam über eine schwere Zeit sich hinwegbringen müssen.

Die Erklärung im Wiener Gemeinderate und die daran geknüpfte Bitte um die Wiederaufnahme des parlamentarischen Lebens haben einen besonderen Vorzug. Sie bereiten den Weg zu einer Verständigung zwischen den Gruppen des Herrenhauses und des Abgeordnetenhauses. Die Obmänner des Gemeinderates haben sicher nicht ohne Absicht vermieden, über den Vortritt des Reichsrates oder der Delegationen zu sprechen. Sie wollen das parlamentarische Leben, um den Zusammenhang zwischen Volk und Regierung wieder herzustellen. In dem Oberbegriffe des parlamentarischen Lebens sind Reichsrat und Delegationen eingeschlossen. Die Entscheidung, was zuerst und was später kommen sollte, ist dem höheren Gedanken und der in ihm liegenden Notwendigkeit untergeordnet. Die Regierung wurde heute im Namen der Bevölkerung gebeten, das Bedürfnis nach parlamentarischer Vertretung zu befriedigen. Nur zwei Fälle sind möglich: Entweder die Regierung teilt die Auffassung im Gesuche der Wiener Gemeinde nicht, dann wird sie weder den Reichsrat noch die Delegationen

einberufen; oder sie schließt sich der Meinung der Obmänner an, dann weiß sie auch, daß die Delegationen nur der Uebergang zu einem weiteren und volleren parlamentarischen Leben sein können. Ein Scholastiker würde sagen, daß mit der Eröffnung der Delegationen auch der Reichsrat gesetzt sei. Die Obmänner des Gemeinderates haben sich bei der Taktik, die uns das parlamentarische Leben verschaffen soll, nicht aufgehört. Das Leben soll es sein, das wirkliche Leben, und die Delegationen können die Wiedererweckung anregen und beschleunigen. Wenn in der Hauptstadt des Reiches, im Volke von Wien der Wunsch nach Rückkehr des Parlaments zu einer so wichtigen Kundgebung aller Parteien des Gemeinderates führt, darf der große Fortschritt nicht durch taktische Verdricklichkeiten geschädigt werden. Denn am richtigsten ist die Lösung, die am schnellsten den Beginn der Arbeit sichert und aus dem bloßen Reden hinüberleitet zur Werkstätigkeit, zur Hilfe bei der Beschaffung von Brot, Mehl, Fett und Kartoffeln.

Die Gruppen des Herrenhauses sind vor ganz kurzer Zeit zusammengetreten, um die Wiederaufnahme des parlamentarischen Lebens zu verlangen. Seit dem Tage, an dem die Beschlüsse gefaßt worden sind, hat die Bewegung für diese Politik die weiteste Verbreitung gefunden und in einigen Wochen sich dem Volke rascher mitgeteilt, als früher in einigen Jahren. Schon die äußeren Vorgänge beweisen, daß die Gruppen des Herrenhauses aus einer Stimmung des Publikums gesprochen haben, die nur einen Mittelpunkt brauchte, um sich zu formen und zu befestigen. Der Instanz des Volkes blieb von staatsrechtlichen Erwägungen unberührt und spürte, daß kundige Hände einen Weg zeigten, auf dem Parlament und Verwaltung sich wieder in ihren natürlichen Wirkungskreisen begegnen und ergänzen könnten. Diese Notwendigkeit wurde längst empfunden und jeder hat sie gespürt. Aber das Herrenhaus hat in der richtigen Stunde dem allgemeinen Gefühl das Kleid gegeben, wodurch es für das Volk und auch für die Regierung anschaulich geworden ist. Die Obmänner der Parteien des Abgeordnetenhauses, die für nächsten Montag zu einer Versammlung einberufen worden sind, werden den Gruppen des Herrenhauses zu sprechen, was ihnen gebührt. Der Anstoß ist von dort ausgegangen und bestimmt haben die Gruppen nicht gewollt, daß unser parlamentarisches Leben auf eine kurzfristige, rasch vorübergehende Delegation beschränkt sei. Wer hätte jedoch vor wenigen Monaten geglaubt, daß wir über den Vortritt des Reichsrates oder der Delegationen im Herbst grübeln werden. Der Erfolg ist, nach österreichischen Verhältnissen gemessen, nicht bedeutungslos und wir sollten den Gruppen, die ihn durch Besonnenheit und Klugheit zu erringen mußten, vertrauen.

Vertrauen, daß sie, mag die Reihenfolge wie immer sein, nicht bloß die Delegationen, sondern auch den Reichsrat wollen; vertrauen, daß sie über die Schwierigkeiten, Vorurteile und Erinnerungen hinübergleiten wollen, wenn auch mit samtenern Sohlen und bedächtigen Schritten. Bei solcher Gesinnung muß es am nächsten Montag gelingen, daß die Gruppen beider Häuser sich verständigen und in den Vorschlägen an die Regierung ebenso voraussichtig handeln wie heute die Obmänner der Parteien im Gemeinderate der Stadt Wien. Das Volk wünscht die Rückkehr zum parlamentarischen Leben und die Wähler möchten, daß ihre Vertreter die Sorgen teilen, die in jedem Hause sind. Wovon reden die Menschen, die sich begegnen, was schlägt beständig an unser Ohr? Die Nahrungspolitik. Deshalb müssen wir das parlamentarische Leben haben und die Delegationen als Einleitung zum Reichsrate hinnehmen, wenn ein anderer Weg vorläufig nicht gangbar wäre. Die Obmänner des Wiener Gemeinderates haben einen vollstündlichen Beschluß gefaßt und ihre Erklärung wird zählen.

20. X. 1916

Unterjagte Versammlungen.

Eine für Sonntag den 22. d. um halb 10 Uhr vormittags in dem großen Konzerthaus als einberufene, angeblich auf geladene Gäste beschränkte Versammlung mit der Tagesordnung „Unser Parlament“ wurde von der Polizeidirektion unterjagt, weil sich die geplante Versammlung nach Art und Zahl der ergangenen Einladungen nicht als eine auf geladene Gäste beschränkte, sondern als eine allgemein zugängliche Versammlung darstellt, und Versammlungen dieser Art nach § 6 B des Gesetzes vom 5. Mai 1869, RGBl. Nr. 66, gegenwärtig nicht stattfinden dürfen. — Eine gleichzeitig vom Deutschdemokratischen Verein in Wien in dasselbe Lokal und für dieselbe Stunde einberufene Vereinversammlung mit derselben Tagesordnung wurde von der Polizeidirektion nach § 6, lit. a, des Gesetzes vom 5. Mai 1869, RGBl. Nr. 66, ebenfalls unterjagt.

20. X. 1916

Die Frage der Einberufung des Reichsrates und der Delegation.

Die Besprechung der Parteienvertreter des Abgeordnetenhauses.

Wien, 19. Oktober.

Die letzten Tage wurden von einzelnen Parteien zur Vorbereitung der vom Präsidenten Dr. Sylvester für den 23. d., 3 Uhr nachmittags, in den Präsidialsalon des Abgeordnetenhauses einberufenen Besprechung über die Frage der Einberufung des Reichsrates und der Delegation benützt. Die Vertreter der Parteien sind miteinander in Fühlung getreten, um sich auf eine möglichst gleichartige Stellungnahme in der Konferenz am 23. d. zu einigen. Diesem Zwecke war eine Besprechung gewidmet, die zu Beginn dieser Woche zwischen dem Obmann des Deutschen Nationalverbandes Dr. Groß und der Leitung der christlichsozialen Partei stattgefunden hat. Es handelte sich dabei, wie uns mitgeteilt wird, vor allem darum, zu einer einheitlichen Auffassung über die Voraussetzungen zu gelangen, die von diesen beiden Verbänden als erforderlich erachtet werden, um einen entsprechenden Verlauf einer Tagung des Abgeordnetenhauses sicherzustellen.

Gestern hat auch eine Konferenz zwischen den Führern der im Deutschen Nationalverbande vereinigten Gruppen stattgefunden. In der letzten Vollversammlung des Nationalverbandes hat sich bekaunlich die Mehrheit für die Einberufung des Reichsrates und der Delegation ausgesprochen. Die gestrige Aussprache, an der der Obmann des Nationalverbandes Dr. Groß, der geschäftsführende Obmann der Deutschen Arbeitsgemeinschaft Denk und der Obmann der Deutschradikalen Vereinigung Wolf teilnahmen, war vor allem wegen der Haltung der Deutschradikalen in der Parlamentsfrage nötig geworden. In der Vertreterkonferenz am nächsten Montag wird, wie in Kreisen der deutschen Abgeordneten verlautet, Dr. Groß namens des ganzen Nationalverbandes eine Erklärung abgeben, die sich im Rahmen des Mehrheitsbeschlusses des Verbandes hält und es besteht das Bestreben, zu vermeiden, daß einzelne Parteigruppen ihren Sonderstandpunkt kennzeichnen.

Ueber die Teilnahme der Regierung an der Vertreterkonferenz ist noch nichts bekannt. Sowohl in Kreisen der Regierung als der Parteien des Abgeordnetenhauses herrscht jedoch die Auffassung vor, daß für die vertrauliche Aussprache der Parteien untereinander, wie sie vom Präsidenten Dr. Sylvester geplant ist, eine Mitwirkung der Regierung, wie sie in Obmännerkonferenzen oder in Besprechungen der Parteioberen während einer Reichsratsstagung für notwendig und erwünscht erachtet wird, wo es sich um die Feststellung eines Arbeitsprogramms handelt, nicht die gleiche Bedeutung hätte. Es soll vielmehr dem Präsidenten

Dr. Sylvester, eventuell den Mitgliedern des Präsidiums überlassen bleiben, die Regierung von dem Ergebnisse der Aussprache zu unterrichten und die weiteren Verhandlungen darüber mit dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh zu führen.

In der letzten Sitzung des Gemeinderates hat Bürgermeister Weiskirchner bekaunlich eine Erklärung bezüglich der Wiederaufnahme der parlamentarischen Tätigkeit abgegeben. Im Verlaufe der Sitzung gelangte durch den Schriftführer eine vom Gemeinderate Dr. Hein namens des Verbandes der bürgerlich-freiheitlichen Gemeinderäte überreichte Interpellation, dieselbe Sache betreffend, zur Berlesung. Wir werden ersucht, festzustellen, daß diese Interpellation gemäß der Geschäftsordnung unmittelbar vor der Sitzung schriftlich überreicht, dem Bürgermeister aber erst während seiner Besprechung mit den Obmännern über diesen Gegenstand vom Magistratsrat Formanek übergeben wurde.

Beschlüsse des Vereines der Fortschrittsfreunde.

In einer vorgestern stattgehabten Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung des Vereines der Fortschrittsfreunde wurde nach einer eingehenden Debatte, an der sich Reichsratsabgeordnete, Gemeinderäte und viele Mitglieder beteiligten, neuerlich eine einhellige Entschliesung des Inhaltes gefaßt, daß der Verein unter den gegebenen Verhältnissen mehr als je für die Einberufung des Reichsrates sei und alle darauf zielenden Bestrebungen freudig begrüße und nachdrücklichst unterstütze.

Parlament und auswärtige Politik.

In einer Betrachtung über diese Frage schreibt der Freiherr v. Sengelmüller, der ehemalige Botschafter in Nordamerika, im „Neuen Pester Journal“:

Die Ausschaltung der Kriegsmöglichkeit kann von dem Eingreifen der Volksvertretung in die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nicht erwartet werden. Daraus folgt aber nicht, daß sie ihren Einfluß nicht in nützlicher Weise durchsetzen könnte und daß es überflüssig sei, sich mit dieser Frage abzugeben. Ein schreiender Gegensatz herrscht zwischen der energischen Ausübung der übrigen Rechte der Volksvertretung und jener Kraftlosigkeit, zu der sie auf außenpolitischem Gebiet durch den Umstand verurteilt ist, daß sie sich in der Regel vollendeten Tatsachen gegenüber sieht. Der tatsächliche Einfluß der Volksvertretung auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten erscheint in unserem Vaterland in höherem Maße notwendig als wo immer sonst. Und zwar aus zwei Gründen. In anderen konstitutionellen Ländern ist der Minister des Auswärtigen Mitglied einer parlamentarischen Regierung und als solcher Träger des Vertrauens der Mehrheit der Volksvertretung, der mit dieser Mehrheit unausgesetzt in persönlicher Berührung steht. Bei uns ist dem nicht so, und da der Minister des Auswärtigen die gemeinsame Außenpolitik zweier Staaten leitet, kann dem auch nicht so sein. Dann ist aber seine Aufgabe schwerer als die welches Ministers des Auswärtigen immer. In anderen Ländern weisen der auswärtigen Politik die Interessen und Wünsche der Nation den Weg, zum mindesten ist sie in großen Zügen vorgezeichnet; der Minister hat bloß die zweckmäßigsten Mittel zur Wahrung dieser Interessen und Erfüllung dieser Wünsche ausfindig zu machen. Bei uns fehlt diese grundlegende Orientierung. Der Leiter der auswärtigen Politik hat bei jeder sich ergebenden Komplikation selber herauszufinden, nicht nur welche Mittel er anzuwenden, sondern auch welche Ziele er anzustreben hat. Seit einem halben Jahrhundert dreht sich die Außenpolitik der Monarchie um die Balkanfrage, doch gerade auf diesem Gebiet hat es eine von der einhelligen Auffassung oder den übereinstimmenden Aspirationen unserer öffentlichen Meinung vorgezeichnete Orientierung höchstens im negativen Sinne gegeben. Es ist klar, daß der Mangel an solchen Richtlinien die Aufgabe des Leiters unserer auswärtigen Angelegenheiten bei den künftigen Friedensverhandlungen nicht erleichtern wird.

Die Erneuerung des politischen Lebens und das Verhältnis der tschechischen zur deutschen Sozialdemokratie.

Unter diesem Titel erörtert in der Sonntagnummer des „Pravo Lidu“ der Abgeordnete Schmeral die Notwendigkeit des nationalen Ausgleichs. Er knüpft an die Aktion des Präsidenten Sylvester an und untersucht die Möglichkeiten der demokratischen Entwicklung. Er fährt dann fort:

Und es muß die Frage gelöst werden, die das Problem vor dem Kriege war und die, wenn sie ohne Lösung bliebe, das Problem nach dem Kriege bleiben würde: es muß zu einem nationalen Ausgleich kommen und zu einer Regelung des tschechisch-deutschen Verhältnisses in den Sudetenländern. Selbst wenn unsere militärischen Erfolge nicht den kriegerischen Operationen die Richtung gegeben hätten, die sie gegeben haben und wenn wir — was nicht von vornherein auszuschließen war — der Uebermacht der Feinde vollkommen unterlegen wären, wenn was immer geschehen wäre, in diesem Teile Europas sind Tschechen und Deutsche unter allen Umständen angewiesen, nebeneinander zu leben. Deshalb ist die Frage ihres gegenseitigen Verhältnisses unabhängig von allen anderen Fragen und diese Frage muß einmal gelöst werden, besonders da sie außer einer Frage zweier benachbarter Nationen zugleich die Brennpunktfrage des Staates und der Demokratie ist. Das tschechisch-deutsche Problem muß durch einen Ausgleich gelöst werden und es kann gelöst werden. Vor dem Kriege hat sich die offizielle Politik bei uns wie bei den deutschen Parteien in manche Dinge verbißten, bei denen wir uns ihre Unvermeidlichkeit so einredeten, daß wir an einen anderen Ausgangspunkt überhaupt nicht zu denken fähig waren. Kommen wir uns unter dem Gesichtspunkt dessen, was wir in den letzten zwei Jahren erlebt haben, nicht selbst kleinlich vor? Was uns damals fanatisiert, verblendet, wie hypnotisiert hatte? Die Kriegserfahrungen haben uns für alles andere Maßstäbe gegeben. Mühen sie jedem, der an politisch verantwortlicher Stelle steht, auch den Mut gegen die eigene Vergangenheit geben, damit wir ohne ihre Fesseln, unvoreingenommen, mit einem gereinigten Blicke daran gehen könnten, ein neues Leben zu schaffen, eine neue Zukunft, im Interesse des Staates, im Interesse der Demokratie, im Interesse der Nation!

Aus dieser Weltkatastrophe wird die nationale Idee nicht gestärkt hervorgehen. Es möge mir erlaubt sein, diesen Gedanken auszusprechen. Zur Schwächung der nationalen Idee wird die öffentliche Meinung gerade jener großen Staaten im Westen und Osten beitragen, in denen heute diese Idee auf das äußerste aufgepeitscht ist. Gerade der Umstand, daß England, Frankreich, Italien, Rußland unter dem Vorwand der nationalen Idee ihr Volk in solche Opfer treiben, muß zur Folge haben, daß sich in diesen Ländern eine literarische, philosophische und politische kritische Richtung entwickelt, die sich die Frage vorlegt, ob die nationale Idee so souverän, so absolut ist, daß so viel Menschenblut, so viel Leben mit Recht an ihrem Altar geopfert werden konnten. Wie die religiöse Idee eine Entwicklung mitgemacht hat von fanatischen Uebertreibungen — auch damals war sie ein Deckmantel für Angriffskriege — bis zu dem heutigen Zustand einer gewissen Abgedämpftheit und einer für selbstverständlich angesehenen Toleranz, so wird es auch mit der nationalen Idee sein. Und das wird kein Unglück für die kleinen Nationen sein, sondern gerade im Gegenteil. Die Bahn zur Anerkennung, zur Freiheit und dem von niemandem bestrittenen Rechte für die kleinen Nationen geht nicht den Weg des Kampfes. Im Kampfe entscheidet nur die brutale Macht und die haben die kleinen Nationen nicht. Im jetzigen Kriege wird von ihren Rechten zwar viel gesprochen, in Wirklichkeit aber nur darum, damit sie den selbstsüchtigsten Plänen der großen als Vorspann dienen. Auch die kleinen religiösen Gruppen haben nicht Freiheit und Lebensmöglichkeit damals errungen, als die nationale Idee am meisten betont wurde, sondern damals, als sie gedämpft, in gewissem Maße indifferent wurde und gerade dadurch selbstverständlich. Fürchten wir uns darum nicht, uns den Anschauungen nationaler Streitbarkeit und Leidenschaft zu widersetzen, aus dem Grunde, daß das Angehörige einer kleinen Nation nicht können. Damit erfassen wir nur rechtzeitig den Strom der Entwicklung, der nach dem Kriege Europa ergreifen wird, Deutschland wie Frankreich, England wie Rußland. Seien wir die Vorläufer der Kultur, der Menschlichkeit umsomehr, da gerade sie durch Ueberwindung des Nationalismus den Platz freimacht für Recht, Leben und Entwicklung der kleinen Nationen, die die Methode des Kampfes und der Uebertreibung des nationalen Gedankens in Abhängigkeit und Unglück gerissen hat.

In diesem Prozeß kann eine wichtige Aufgabe die Sozialdemokratie spielen. Die Arbeiterbewegung könnte bei der besonderen Struktur unseres Staates in seine Entwicklung auf eine im wahren Sinne des Wortes geschichtliche Art eingreifen, besonders dann, wenn bald eine vernünftige Regelung des gegenseitigen Verhältnisses zwischen der tschechischen und der deutschen Sozialdemokratie möglich wäre. Wir haben es als eine Pflicht der Verantwortlichkeit angesehen, wenn auch nur als private Anschauung und wenn auch vorläufig nur in Hinweisen, diese Gedanken auszusprechen. Wenn sich in der deutschen Partei eine, sei es auch nur kleine Zahl von Personen fände, die auch über deren Logik weiter denken würde, würden diese Zeilen ihre von gutem Willen diktierte Aufgabe erfüllen. Wir haben hinter uns mit den deutschen Genossen innere verhältnismäßig heftige und noch ganz neue organisatorische Konflikte. Wir täuschen uns nicht, daß das eine bedeutende Erschwerung der Sachlichkeit und Unvoreingenommenheit der Erwägungen ist. Trotzdem aber würde ich es für eine

Unterlassung ansehen, wenn in einer Zeit, wo wir mit Recht und mit ängstlicher Gewissenhaftigkeit über das gegenseitige Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien nachdenken, von uns nicht ausgesprochen würde, daß vom Gesichtspunkt der politischen Entscheidungen der Zukunft wir uns auch voll bewußt sind der Wichtigkeit des gegenseitigen Verhältnisses zwischen uns und der deutschen Sozialdemokratie.

Die Hinweise des Abgeordneten Schmeral würden an Wert gewinnen, wenn er die Tatsachen andeuten wollte, die als „Erschwerung der Sachlichkeit und Unvoreingenommenheit der Erwägung“ anzusehen und daher zu beseitigen wären ...

Zur Frage der Einberufung des Reichsrates.

Die Ansicht der deutschen Arbeitsgemeinschaft.

In den Kreisen der Abgeordneten der deutschen Arbeitsgemeinschaft äußert man sich über die Frage der Einberufung der parlamentarischen Körperschaften unter anderem folgendermaßen:

Darüber, daß die von dem Volk gewählten Abgeordneten in den Reichsrat zu dem politischen Beruf entsendet sind, die Wünsche und Forderungen der Wählerschaft auf der öffentlichen Tribüne des Parlamentes zu vertreten, und daß sie die Pflicht dafür zu sorgen, daß diese öffentliche Tribüne

nicht nur bestehen bleibe, sondern entsprechend weiter ausgebaut werde, darüber, daß die Abgeordneten für die Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens, wenn es durch eigenartige Verhältnisse eine Zeitlang nicht gelebt werden konnte, unter allen Umständen zu wirken haben, braucht wohl nicht des weiteren erörtert zu werden. Das Verhalten der Abgeordneten zur Frage der Parlamentstagung ist, wenn sie als Volksvertreter vor der Weltgeschichte des Zeitalters der Parlamente bestehen wollen, vom Geiste und von den Gesetzen des modernen konstitutionellen Staates diktiert.

Nach in der letzten Zeit geäußerten Anschauungen scheint aber auch die Meinung zu bestehen, als ob man in Oesterreich aus tatsächlichen national-praktischen Gründen auf die Bestätigung der elementarsten konstitutionell-parlamentarischen Grundsätze verzichten wollte. Wer die Geschichte Oesterreichs auch nur einigermaßen kennt, muß feststellen, daß diejenigen, die sich in dieser Richtung Hoffnungen machen, sich einer schweren Täuschung hingeben. Auf das Versprechen dieser tatsächlichen Verhältnisse und Umstände ist es offenbar auch zurückzuführen, daß die ganze Bevölkerung aller Schichten der Alpenländer und wohl auch der Endetenländer die Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens wünscht und daß sie zugleich auch hofft, daß man ohne viel Bedenken und unzeitgemäße Paragrafenreiterei daran gehe, daß das parlamentarische Leben auf irgendeinem gangbaren Wege, der am ehesten eingeschlagen werden kann, wieder seine Tätigkeit entfalte.

Von diesem Gesichtspunkte, von dem aus die Bevölkerung, die Wählerschaft die Dinge betrachtet, werden sich wohl auch die Teilnehmer an der Besprechung der Vertreter der Parteien des Abgeordnetenhauses am 23. d. leiten lassen und sich bemühen, alle Bedenken, die in der letzten Zeit gegen die Einberufung der parlamentarischen Körperschaften geäußert wurden, zu beheben und zu zerstreuen, in Bestätigung der Anschauung, daß die Sammlung von angeblichen Bedenken bezüglich der Tagung von parlamentarischen Körperschaften nicht Sache der Volksvertreter sein kann, sondern etwas, womit sich andere Faktoren zu beschäftigen pflegen.

Die Bevölkerung will die Tagung der parlamentarischen Körperschaften, des Reichsrates und der Delegationen, und die Abgeordneten der deutschen Arbeitsgemeinschaft haben auch diesem Willen wiederholt insbesondere in der Sitzung des deutschen Nationalverbandes vom 13. September entsprechenden Ausdruck gegeben, und der Anschauung der Abgeordneten der deutschen Arbeitsgemeinschaft über die Frage der Tagung der parlamentarischen Körperschaften hat sich damals auch die Mehrheit des ganzen Verbandes angeschlossen.

Die beste Entkräftung des feindlichen Mißurteils.

Das deutschfreiheitliche Blatt des Wahlbezirkes des Präsidenten Dr. Sylvester und des Abg. Dr. Stölzel, das „Salzburger Volksblatt“, spricht sich in längeren Artikeln für die Einberufung des Parlamentes aus und schließt sich insbesondere den Ausführungen des Abgeordneten Dobernig an, der der Anschauung Ausdruck gegeben hat, daß wir den Reichsrat brauchen, und zwar je länger der Krieg dauere, desto notwendiger. Das Salzburger Blatt schreibt in weiterer Ausführung des Gedankens: Nichts konnte das Mißurteil des Feindes, als wäre das Reich nicht einig, als wären nicht alle Völker des Reiches bereit und entschlossen, den uns aufzuzwungenen Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen, besser entkräften, als eine Tagung des Reichsrates, in der wohl einige Störungen unvermeidlich wären — wo können solche nicht vor! — in der aber doch der entschlossene Siegeswille die Krönung des ganzen bilden würde. Eine solche Tagung, in der das Präsidium ärgeren Störungen wohl zu begegnen wissen würde, müßten viele Hoffnungen der Feinde zum Zusammensturz bringen und so geradezu friedensfördernd wirken.

Der Standpunkt der Ukrainer.

Anlässlich der an den Obmann des Ukrainischen Klubs Dr. Konstantin Lewyckij ergangenen Einladung zu der vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses Dr. Sylvester einberufenen vertraulichen Konferenz der Parteiführer fand vorgestern eine Sitzung des Ukrainischen Klubs statt. In der Debatte wurde der Standpunkt des Klubs dahin gekennzeichnet, daß die Einberufung des Reichsrates und der Delegationen, deren Wahl auch dem Reichsrate obliegt, als im Interesse des Prestiges der Monarchie und im Interesse des ukrainischen Volkes gelegen erkannt wird. Der Obmann wird in der bevorstehenden Konferenz der Parteiobermänner diesen Standpunkt des Klubs zum Ausdruck bringen.

Rundgebung des Vereins der Fortschrittsfreunde in Wien.

In der letzten Vorstands- und Vertrauensmännerversammlung des Vereins der Fortschrittsfreunde wurde neuerlich eine einhellige Entschliebung des Inhaltes gefaßt, daß der Verein unter den gegebenen Verhältnissen mehr als je die Einberufung des Reichsrates — und nicht bloß der Delegationen — als eine Staatsnotwendigkeit erachte und alle darauf zielenden Bestrebungen freudig begrüße und nachdrücklich unterstütze.

21./X. 1916

Alter oder neuer Geist.

Ein Vortrag des Ministers a. D. Dr. Franz Klein.

Der Minister a. D. Herrenhausmitglied Dr. Franz Klein hielt gestern im Niederösterreichischen Gewerbeverein einen Vortrag unter dem Titel: „Alter oder neuer Geist.“ Der Vortragende führte unter anderem aus:

Der öffentliche Geist der Zeit unmittelbar vor dem Kriege, der alte Geist, würde kaum viel zum Werke dienen, wenn eine Verjüngung, ein Aufstieg von Staat und Gesellschaft der Lohn des Krieges oder die Voraussetzung für das Überwinden der Kriegsfolgen sein soll. Der Krieg gibt weder Anlaß dazu, die Freiheitsidee in der Gestalt oder Geltung auszumerzen oder einzuschränken, in der sie heute im öffentlichen Geiste enthalten ist, noch an der durch die Gesetze heute verbürgten Gleichheit zu rütteln. Es liegt ferner die Annahme nahe, daß von der Kriegswirtschaft stärkere Eindrücke ausgehen, die auch über den Krieg hinaus im gesellschaftlichen Denken nachwirken.

Von der Kriegswirtschaft mögen viele wohlthätig fortwirkende geistige Eindrücke empfangen haben; die kriegswirtschaftlichen Anstalten haben aber leider auch Verstimmungen erzeugt, namentlich haben die Erscheinungen des Kriegswuchters und der häufigen Ausbrüche der Schرافheit und Ueberhebung eines Teiles des Kleinhandels im Verkehr mit ihrer Kundschaft dazu beigetragen.

Der künftige Geist der Gesellschaft wird sich nach den Aufgaben und Entwicklungen richten müssen, die nach dem Kriege in Aussicht stehen. Dazu gehört vor allem Verfassungsmäßigkeit und damit die Aufnahme einer befriedigenden parlamentarischen Tätigkeit, worin die Nationalitätenfrage der Schlüssel ist. Unter die nächsten politischen Aufgaben gehört auch die Reform der Verwaltung, die ehestens in solcher Weise einzuleiten sein wird, daß ihre Erfolge möglichst bald in der Volks-

wirtschaft zu fühlen sind, und ebenso eine Reform des Volksschulwesens.

Die Ordnung der Finanzen wird eines der bedeutendsten und schwierigsten Werke des Friedens sein. In der Volkswirtschaft wird Autarkie und Außenhandel nebeneinander zu pflegen sein, wobei die Selbstversorgung des Landes mit Aufspeicherung von Vorräten hauptsächlich an die Landwirtschaft außerordentliche Anforderungen stellen wird. Es werden außerdem die unter dem Zwang des Krieges beiseite geschobenen Vorschriften des geschäftlichen Arbeiterrechtes wieder in Kraft zu setzen sein.

Für die nächsten Friedensaufgaben sind im großen drei Gedankengruppen nötig. Die Gesellschaft muß sich daran gewöhnen, mehr in bezug auf das ganze, mit Rücksicht auf das staatlich und gesellschaftlich Notwendige und Zweckmäßige zu urteilen und zu handeln. Auch die Parteiprogramme müssen dem Rechnung tragen.

Das zweite ist der Gedanke, daß Oesterreich, nachdem es nun im kriegerischen Wettbewerb der europäischen Staaten als ebenbürtiges Glied in Ehren teilnimmt, auch im Geistigen, Wirtschaftlichen und Kulturellen sich den anderen Staaten gleich zu erweisen hat.

Das dritte ist, das Denken darauf einzustellen, daß es vor Zwecken und Zielen, die Wagen und Handeln erheischen, nicht zurückschreckt, sondern zu der hierfür notwendigen Kraftbetätigung treibt, die Gedanken der Willens- und Tatkraft.

Die Bewegung zur Flottmachung des österreichischen Parlaments.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Eine für Sonntag von einigen Universitätsprofessoren, darunter auch vom Herrenhausmitglied Hofrat Professor Dr. Lammach in das Große Konzerthaus einberufene, angeblich auf geladene Gäste beschränkte Versammlung mit der Tagesordnung „Unser Parlament“ wurde von der Polizeidirektion untersagt, weil sie die geplante Versammlung nach Art und Zahl der ergangenen Einladungen nicht als eine auf geladene Gäste beschränkte, sondern als eine allgemein zugängliche Versammlung darstellt und Versammlungen dieser Art gegenwärtig nicht stattfinden dürfen.

Eine vom Deutschdemokratischen Verein in Wien in dasselbe Lokal und für dieselbe Stunde einberufene Versammlung mit derselben Tagesordnung wurde von der Polizei gleichfalls untersagt.

In politischen Kreisen befürchtet man, daß die Absage der Versammlung von den radikalen Parteien bei den am Montag stattfindenden Beratungen beim Präsidenten des Abgeordnetenhauses ausgenützt werden wird.

Wie Ihr Korrespondent erfährt, steht Graf Stürgkh in dem Schreiben an den Präsidenten Dr. Schönböck, in dem er die Teilnahme der Regierung an den Vertreterberatungen am nächsten Montag ablehnt, auf dem Standpunkt, daß es gegenwärtig kein Parlament gebe und daß das Präsidium in der parlamentlosen Zeit nur die Aufgabe habe, administrative Agenden des Reichsrates zu erledigen. Das Schreiben hebt hervor, daß die Regierung sich bei den Obmännerkonferenzen während der Tagung des jetzt vertagten Parlaments regelmäßig habe vertreten lassen, die jetzigen Beratungen seien aber nicht als Obmännerkonferenz, sondern nur als Vertreterberatungen anzusehen. Die Regierung hat denselben Standpunkt schon bei Beginn des Krieges eingehalten, als sie es ablehnte, das Präsidium des Abgeordnetenhauses als solches zu empfangen, nachdem das Parlament vertagt war.

Aus Wien wird uns telegraphiert: Anlässlich der an den Obmann des Ukrainischen Klubs Dr. Lewickij ergangenen Einladung zu der vom Präsidenten Dr. Schönböck einberufenen vertraulichen Konferenz der Parteiführer fand gestern eine Sitzung des Ukrainischen Klubs statt. Aus dem Verlauf der Debatte ergab sich, daß der Klub die Einberufung des Reichsrates und der Delegationen, deren Wahl dem

Reichsrate obliegt, als im Interesse des Prestiges der Monarchie und im Interesse des ukrainischen Volkes gelegen betrachtet.

23./X. 1916

119

Die Zusammenkunft der Vertreter der parlamentarischen Parteien.

Wien, 23. Oktober.

Der Präsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Sylvester, der gestern Samstag abend in Wien eingetroffen ist, hatte heute mit einer Reihe von Vertretern des Abgeordnetenhauses sowie auch mit Mitgliedern des Herrenhauses Konferenzen, und auf Grund der Besprechungen mit dem vom Präsidenten Dr. Sylvester für den 23. d. eingeladenen Abgeordneten werden sich Montag sowohl vormittags 11 Uhr die Mitglieder des Präsidiums als auch nachmittags 3 Uhr die geladenen Vertreter der parlamentarischen Parteien im Präsidialsalon des Abgeordnetenhauses versammeln, doch soll von meritorischen Beratungen abgesehen werden. Die eingeladenen Abgeordneten, zu denen sich auch eine Reihe anderer derzeit in Wien weilender Abgeordneter gesellen werden, werden unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Sylvester anlässlich des Todes des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh eine Trauerkundgebung abhalten und die Beratungen über den bekannten, auf der Tagesordnung der Vertreterbesprechung gestandenen Gegenstand, sollen auf einen späteren Termin verschoben werden, der je nach der Gestaltung der Verhältnisse in der nächsten Zeit festgesetzt werden wird. Die Besprechung der Vertreter der Parteien des Abgeordnetenhauses dürfte nicht vor 14 Tagen abgehalten werden.

Zur Vertreterbesprechung vom 23. d. waren die folgenden Vertreter der Parteien eingeladen: Dr. Groß, Denk, Doktor Dann, Wolf, Knirsch, v. Pang, Schraffl und Fink, Doktor Jäger, Dr. Dner, Dr. Adler, Dr. Huban, Mastalka, Stanek, Dr. Hübichmann, Dr. Siranski, Antonin Nemec, Dr. Ritter v. Bilinski und Stajinski, Dr. Kost Lewicki, Ritter v. Wassilko, Dr. Trylowski, Dr. Jucevic und Doktor Sutjeric, Dr. Jaiduti, Dr. Rizzi und Simionowici.

Die Genannten werden auch mit wenigen Ausnahmen erscheinen; außer diesen genannten Vertretern der Parteien werden sich, wie bereits gesagt, auch zahlreiche andere Abgeordnete der verschiedenen Parteien zur Trauerkundgebung für den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh einfinden.

Im besonderen hatte Präsident Dr. Sylvester heute Konferenzen mit den Vizepräsidenten Wernerstorfer und Fukul, mit welcher letzteren er sich auch im Laufe des Sonntagvormittags im Ministerratspräsidium zur Abstattung der Kondolenzvisite namens des Abgeordnetenhausespräsidiums begab.

Sonntag mitag erschienen beim Präsidenten Dr. Sylvester die führenden Obmänner der drei Gruppen des Herrenhauses, Max Egon Fürst Fürstenberg, Freiherr v. Czeditz und Graf Clam-Martinic, um den Präsidenten die bekannten, von den Parteien des Herrenhauses gefassten Beschlüsse offiziell zur Kenntnis zu bringen.

Die Absicht, die heutige Konferenz der Vertreter der Parteien ausschließlich zu einer Trauerkundgebung zu gestalten, wird mit Rücksicht auf die Besprechungen, die Dr. Sylvester mit den Führern der drei Herrenhausgruppen hatte, voraussichtlich nicht in vollem Umfange durchgeführt werden.

Im Laufe des heutigen Vormittages wurde uns mitgeteilt:

Um 1/2 12 Uhr vormittags fand im Präsidialsalon des Abgeordnetenhauses eine Besprechung der Mitglieder des Präsidiums statt, an der außer dem Präsidenten Dr. Sylvester die Vizepräsidenten Fukul, Bernerstorfer, Dr. German, Romanczuk und Bogacnik teilnahmen. Vizepräsident Bdrasky hatte sein Fernbleiben entschuldigt, Freiherr v. Malfatti war verhindert. In dieser Besprechung teilte Dr. Sylvester den Herren mit, daß ihm von den Führern der drei Gruppen des Herrenhauses der Wunsch vorgetragen wurde, an der heutigen Besprechung der Parteienvertreter teilzunehmen, um dort die Motive, von denen die drei Gruppen des Herrenhauses bei ihrer jüngsten Kundgebung sich leiten ließen, darzulegen.

Der Präsident schlug demnach den Mitgliedern des Präsidiums vor, die für 3 Uhr nachmittags einberufene Sitzung der Parteienvertreter nur zu einer Trauerkundgebung zu gestalten. Der Präsident wird dem dahingehenden Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh einen Nachruf widmen und dann die Sitzung sofort schließen.

Nach Schluß der Sitzung wird der Präsident den anwesenden Mitgliedern der Parteien von dem Wunsche der Führer der Herrenhausgruppen Mitteilung machen und ihre Meinung darüber einholen, ob der Wunsch der Herrenhausführer erfüllt werden könne. Falls der Präsident aus den Meinungen der Parteiohmänner entnehmen wird, daß sie geneigt seien, die Herrenhausvertreter anzuhören, wird um halb 6 Uhr eine neuerliche Sitzung der Parteiohmänner

stattfinden, in der zunächst die Vertreter der drei Gruppen des Herrenhauses zum Worte kommen werden. Dann wird durch eine neuerliche Umfrage festgestellt werden, ob an diese Mitteilungen des Herrenhauses sich sofort die meritorische Aussprache knüpfen oder ob diese auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden soll.

Die Meinung der Abgeordneten über den zu wählenden Vorgang sind geteilt. Die Christlichsozialen wünschen überwiegend, daß von einer Diskussion über die Parlamentsfrage im gegenwärtigen Zeitpunkte abgesehen und eine solche erst nach Ernennung des neuen Kabinettschefs aufgenommen werden soll. Die Mitglieder des Deutschen Nationalverbandes sind zum Teile für die sofortige Durchführung der meritorischen Debatte, zum Teile dafür, daß gegenwärtig eine solche Diskussion unzulässig wäre.

Von christlichsozialer Seite wird mitgeteilt:

In der für heute nachmittags anberaumten Konferenz von 33 geladenen Vertretern der Parteien des Abgeordnetenhauses mit dem Präsidium wird der geschäftsführende Obmann der Christlichsozialen Vereinigung Abgeordneter Schraffl nach der geplanten Trauerkundgebung für den Grafen Stürgkh beantragen, die sachlichen Beratungen bis nach erfolgter Ernennung des neuen Ministerpräsidenten zu vertagen. Dies sowohl aus Gründen des Taktes als auch der praktischen Politik, da Verhandlungen, betreffend die Einberufung des Parlaments, ziellos erscheinen und ergebnislos bleiben müssen, solange der definitive Regierungschef fehlt.

Bundgebungen der parlamentarischen Körperschaften und politischen Parteien.

Präsident des Herrenhauses Alfred Fürst Windisch-Grätz hat folgende Depesche gesandt: Namens des Herrenhauses des Reichsrates sowie im eigenen Namen spreche ich der k. k. Regierung aus Anlaß der Ermordung Sr. Erzellenz des Herrn Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh das tiefempfundene Beileid aus und gebe der Entrüstung und dem Abscheu über das begangene ruchlose Verbrechen Ausdruck.

Der Obmann der Gruppe der Rechten des Herrenhauses Heinrich Graf Stam-Martinic und der Obmann der Verfassungspartei Max Egon Fürst Fürstenberg kondolierten namens der drei Gruppen des Herrenhauses, die tief erschüttert ihr tiefgeföhntes Beileid aussprechen.

Der verfassungstreue Großgrundbesitz in Böhmen telegraphiert an Statthalter Freiherrn v. Handel: „Die sieben in Prag versammelten Mitglieder der verfassungstreuen Großgrundbesitzer bitten Eure Erzellenz unter dem erschütternden Eindrucke der schandwürdigen Tat, welcher Seine Erzellenz der Herr Ministerpräsident zum Opfer gefallen ist, der hohen k. k. Regierung die aufrichtigste Teilnahme übermitteln zu wollen. Graf Rostiz.“

Die für gestern in Prag einberufene Vollversammlung der Reichsratsabgeordneten aus Deutschböhmen und des Verbandes der ehemaligen deutschen Landtagsabgeordneten Böhmens fand heute im Deutschen Hause unter starker Beteiligung statt. Nach Erledigung der Eröffnungsformalitäten teilte der Vorsitzende Reichsratsabgeordneter Payer der Versammlung die Tatsache von dem Ableben des Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh mit und gab im Sinne aller Anwesenden dem Abscheu und der Entrüstung über die schandwürdige Tat Ausdruck, deren Opfer Graf Stürgkh geworden ist.

Auf Grund des Beschlusses des Vorstandes beauftragte er, an die Regierung anlässlich des Ablebens des Kabinettschefs eine Beileidskundgebung zu richten und die Sitzung zum Zeichen der Trauer ohne Eingang in die Tagesordnung zu schließen.

Während der Rede des Abgeordneten Payer hatten sich die Versammelten zum Zeichen der Trauer von den Sitzen erhoben und so ihr volles Einverständnis mit dem Antrage des Vorsitzenden bekundet.

Für den Polenklub telegraphiert Minister a. D. Dr. Ritter v. Bilinski: „Unter dem Eindrucke des grausamen Unglückes bitte ich als alter Verehrer und Freund des dahingegangenen Ministerpräsidenten den Ausdruck meines persönlichen tiefsten Schmerzes sowie die Versicherung innigster Teilnahme des Polenklubs zu empfangen.“

In der Beileidskundgebung der christlichsozialen Partei heißt es: „Mit dem gesamten Volke wurde die christlichsoziale Partei von der Nachricht über das verabscheuenswürdige Attentat an dem Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh tief ergriffen.“

Weiter kondolierte der Wiener gemeinderätliche Bürgerklub.

Im Klub der czechischen Reichsratsabgeordneten würdigte der Vorsitzende Dr. Fiedler in Vertretung des nach Wien zur Beratung der Parlamentsobmänner abgereisten Abgeordneten Mastalka in warmen Worten unter allgemeiner Zustimmung die Bedeutung und die Tätigkeit des Verbliebenen als Staatsmannes und edlen Menschen und verurteilte in gebührenden Worten die verabscheuenswerte Tat eines Einzelnen, durch welche die in unserer höchst ersten Zeit ohnehin schweren Verhältnisse sich ungünstig gestalten konnten.

Hierauf wurde beschlossen, dem Ministerrat telegraphisch das Beileid zum Ausdruck zu bringen und sich an dem Beileidsbegängenisse des Verbliebenen durch eine Abordnung zu beteiligen, in die die Abgeordneten Czoch, Mastalka und Dr. Tscholka gewählt wurden, sowie an dem Sarge einen Kranz niederzulegen.

Der Abg. Dr. Gruban sandte im Namen der czechischen radikalen Partei an das Ministerratspräsidium folgende Depesche: „In tiefster Seele von dem ruchlosen Attentat ergriffen, dem der von uns allgemein hochgeachtete und verehrte Ministerpräsident zum Opfer gefallen ist, sprechen wir der Regierung unser tiefstes Beileid aus.“

Die Kondolenz der czechischen Nationalpartei lautet: „Mächtig ergriffen durch die schreckliche Tat, die Seine Erzellenz den Ministerpräsidenten dahinraffte, spricht das Präsidium der czechischen Nationalpartei dem hochwählbaren Ministerrate sein tiefes und schmerzvolles Beileid aus. Dr. Karl Mattus.“

Das Präsidium und das Exekutivkomitee der czechischen sozialdemokratischen Partei hielt gestern Sonntag in Wien eine Sitzung ab. Unter dem Eindruck des Attentats auf den Grafen Stürgkh wurde der Antrag des Vorsitzenden Abg. Nemec angenommen, die politische Debatte, die auf der Tagesordnung stand, zu vertagen. Die Abgeordneten Nemec und Tuszar wurden beauftragt, im Ministerratspräsidium das Beileid der Partei auszubringen. Die Mitglieder des Klubs werden sich an dem Beileidsbegängenisse des Grafen Stürgkh beteiligen.

Die Krise.

Drahtmeldung unseres Berichterstatters

* Wien, 23. Oktober.

Der Schuß des Friedrich Adler hat die verdeckte Krise in eine offen verwandelt. War sie auch zuletzt auf den Minister des Außereren Baron Burián zugespitzt, so war sie doch von der Bekämpfung Buriáns und des Grafen Stürggh oder doch mindestens des einen ausgegangen und lehrte nach dessen gewaltsamem Ende notwendig dahin zurück. Die Gründe sind klar. Wenn es im ersten Augenblick nicht zientete, sie offen darzulegen, so darf man es im zweiten und muß es um so rascher tun, als der Feind sonst nur die Erklärung vor sich hätte, den Revolver hätte die Hand eines Wahnsinnigen gehalten, wofür Viele jetzt den herzranken Attentäter heute halten. Diese Erklärung ist zu bequem für den Feind, er könnte sie belächeln. Auch hat der Dr. Adler sein Motiv angegeben. Er hat bereits ausgesagt: Die fünf Jahre des Grafen Stürggh und am Ende noch das Verbot der Sonntagsversammlungen hätten ihn zu der Tat bestimmt. Dieses Verbot war unzulug, solange man nicht gleichzeitig ein anderes Ventil öffnete, als welches alle Welt die Einberufung einer Volksvertretung bezeichnete. Waren aber Demonstrationen zu erwarten, die man unterdrücken konnte, so waren es doch keineswegs und in gar keinem Sinne kriegsfeindliche, wie man in Paris und London behaupten wird; höchstens Kundgebungen eines Volkes, das, während es sein Leben einsetzt, auch seine Rechte gewahrt sehen will. In diesem Sinne — und nur in diesem — könnte man in der bellagenswerten Mordtat vielleicht mehr erblicken, als die Absurdität eines vereinzelt Fanatikers.

Dazu tritt die völlige Unbekanntheit dieses sehr zurückhaltenden Grafen, gegen dessen Person sich die Kritik nur teilweise richtete, und der nur deshalb unpopulär war, weil er gar nicht öffentlich hervortrat. Nur so kann man es verstehen, warum an diesen beiden Tagen eine so vollständige Ruhe in der Hauptstadt herrschte, deren unterste Stände durch nichts für oder gegen den Täter beeinflusst wurden und somit auch nicht murrend über das Haupt der Regierung urteilen, vielmehr vollkommen unberührt schelmen. Man hatte ja von einer produktiven Tätigkeit bei dem Grafen Stürggh während des Krieges nicht viel gemerkt und wußte nur, daß er das psychologische Moment, das Parlament einzuberufen, im August 1914 und Juni 1915 zweimal aus persönlichen Gründen versäumt hatte. Daß gerade er auch jetzt der Bewegung heftig widerstand, ist in das Volk kaum gedrungen; darum sprechen auch die Zeitungen merkwürdig gemäßigt, auch in der Beurteilung des Täters. Und auch die extremste Rechte benutzt die Gelegenheit — wenigstens vorläufig — nicht, die Linke zu fassen, die ihrerseits den Täter mit gehaltener Würde abweist als einen, der auf so üble, aber doch so folgerichtige Art mit dem Leben des Präsidenten zugleich das seine opferte. Aber von dem Opfer geht das Interesse nicht nur von uns Ausländern rasch zu dem über, was man aus diesem ersten Verlust des treuen Beamten im Augenblick politisch machen kann.

Und das ist viel. Seit Jahren hat man hier ein Provisorium, das nach einem alten Bonmot wirklich als ein Desultivum ersehen. Vor allem die wichtigste, die Ernährungsfrage, blieb gänzlich unbeantwortet, und nicht einmal ein Parlament war zugelassen, das sie erörtern konnte. Mit diesem Parlament — ob nun zunächst mit den Delegationen oder mit dem Reichsrat — muß jeder neue Präsident beginnen. Und in dieser Notwendigkeit liegt der Fortschritt seit gestern: die Stellung zum Parlament zu behandeln und zu Ungarn, mit dem der neue Ausgleich bevorsteht, bestimmen die Wahl des Nachfolgers. Es sind vor allem drei Männer, wenn man von einem neuen, sehr interessanten Manne, einem Statthalter, absieht, und an die unmittelbar bevorstehende Wahl glaubt, die der alte Kaiser aus dem Kreise seiner früheren Minister treffen wird. Alle drei würden in Deutschland begrüßt werden, und alle waren vordem schon Ministerpräsidenten, und zwar hintereinander.

Prinz Konrad Sohenlohe würde, aus dem heutigen Interimistat zum Macht berufen, ein frisches und freies Vorurteil mitbringen, das ihm den übertreibenden Beinamen „Der rote Prinz“ eingetragen hat. Der Einwand, er habe mit den Sozialisten kollidiert, ist an sich falsch, doch könnte dieser Ruf einen Augenblick nach der Beseitigung seines Vorgängers durch die Hand eines extremen Sozialisten die Wahl immerhin beeinflussen. Schwerer wiegt der hemmende Gedanke, ob man unmittelbar vor dem neuen ungarischen Ausgleich einen Mann zum Verhandeln herufen soll, der wegen einer Differenz mit Ungarn aus derselben Stellung schied.

Wladimir Freiherr von Beck, 1905—1909 Ministerpräsident, den Tschechen wohlgesinnt, sehr klug und erfahren, gewandt und klerikal, stark parlamentarisch, hätte nur gegen den durch Baron Burián geleiteten Einfluß des Grafen Tisza das eine zu überwinden, daß er den letzten Ausgleich mit Ungarn — wie die Ungarn behaupten — unter Benutzung einer Schwäche abschloß, und es ihm heute schwerer würde, einen neuen Ausgleich zu schaffen.

Aber unter allen in Deutschland am meisten bekannt und wohl am höchsten geschätzt ist der dritte, der in jahrzehntelanger Verwaltung aller Ressorts einen ungewöhnlichen Reichtum an Sachkenntnis, einen angeborenen Fond von Ideen gesammelt hat, Beamter ohne Bürokratie, Kenner der Völkerschaften, entschiedener Verehrer des Deutschen Reiches und Wesens, auf allen Lippen, wenn man die besten Namen nennt, ganz Staatsmann und doch wiederum ein Mensch, Persönlichkeit in allem: es ist Ernst v. Koerber.

Emil Ludwig.

Die Nachfolge des Grafen Stürgkh.

Das Bedürfnis nach einer raschen Lösung.

Wien, 23. Oktober.

Graf Stürgkh wird morgen nach der kirchlichen Einsegnung in die Heimat gebracht werden. Wenn in dem alten Modena-Palaste jemand sitzt, der die Ereignisse im Hause niederschreibt, wird er zum bleibenden Gedächtnisse in seinem Tagebuche anmerken, daß, so weit die Erinnerung reicht, noch kein Ministerpräsident im Amte gestorben ist, so daß der Schlupfunkt für die Geschichte seiner Politik die Erdschollen auf dem Grabe waren. Die Romanze eines jungen Mannes, der, mäßig begütert, aber von der Natur freundlich, durch hohe Gestalt, durch ein gewisses Maß von Verehrsamkeit und durch eine leicht fließende, stets willige Feder und durch vornehme Geburt fürs Leben ausgerüstet, nach Wien kommt, beginnt mit raschen Erfolgen. Die ersten Stufen der amtlichen Laufbahn werden bald erreicht und schon im frühesten Mannesalter ist der Rang eines Hofrates wie im Fluge gesichert. Der Verzicht aus Bedenken gegen eine von den deutschen Gruppen bekämpfte Politik lenkt hinüber in die Dessenlichkeit, in die parlamentarischen Kämpfe und in die Teilnahme an den nützlichen Werken in der steierischen Landstube, wo noch ein Hauch von dem Atem eines Kaisersfeld, noch der letzte Schimmer dieses großen Andenkens zu spüren ist. Niemand war parlamentarischer als Graf Stürgkh, niemand hat mit gleichem Wohlbehagen auf den Bänken des Abgeordnetenhauses vor der Einführung des allgemeinen Stimmrechtes sich ungetan. Er war ein Freund des Freiherrn v. Plener, als dieser die Linke führte und als die Debatten den Edelgehalt von Geist und Befinnung hatten. Wo sind diese deutschen Volksvertreter, für die sich die Herzen erwärmen konnten, wo sind sie? Graf Stürgkh war einer der entschiedensten Gegner des Grafen Badeni, und auf dem Pfingstprogramme des deutschen Volkes in Oesterreich, auf diesem Denkmale der Forderungen und Rechte ist auch sein Name zu lesen. Er war der Politik des Herrn v. Koerber, auf den sich jetzt wieder die Blicke richten, besonders ergeben und wurde oft der Minister mit dem unsichtbaren Portefeuille genannt. Von den Wechselfällen der Politik blieb auch er nicht verschont, stieg dennoch, wenn auch die Kurven sich zuweilen senkten und sein Widerstand gegen das allgemeine Stimmrecht mit einem Niederbruche endete, höher und höher, wurde Unterrichtsminister und Ministerpräsident. Nicht, wie Viele dachten, bloß Eintagsfliege, dazu bestimmt, Pausen auszufüllen, sondern fünf Jahre im Vollbesitze einer Gewalt, die noch kein Minister hatte. Auf seidenen Rissen werden dem Sarge die höchsten Orden nachgetragen; was Gunst einem Manne an der Spitze der Staatsgeschäfte verleihen kann, hat er im reichsten Maße genossen. Nur der Abgang in der Lebensgeschichte eines Glücklichen ist schriff. Er ist vor der Zeit durch Mord verschieden.

Wie es geschehen konnte, daß ein so durch und durch parlamentarisch veranlagter Staatsmann, der aus den Parlamente herausgewachsen ist und sich nicht als Beamter hinaufgedient hat, im Alter den Eindrücken seiner Jugend und seiner schönsten Mannesjahre so ganz entfremdet wurde, ist durch die stürmische Bewegung in der letzten Zeit des Abgeordnetenhauses nicht ausreichend zu erklären. Graf Stürgkh hat in den Schlachten gegen den Grafen Badeni anderes gesehen und war dennoch überzeugt, daß die Parteien im Grunde ihres Wesens lenkbar und für Einflüsse der Regierungspolitik vielleicht nur zu sehr empfänglich seien. Wenn nach seinem Tode die Frage ohne Voreingenommenheit geprüft wird, ob er selbst vor das Parlament hätte hintreten und selbst die Wendung in der Politik vollziehen können, muß die Antwort lauten, daß die Parteien ihn grundsätzlich nicht von der Ministerbank weggewiesen haben würden. Ob er gewußt hat, daß ihm der kaum faßbare Erfolg hätte beschieden sein können, der Ministerpräsident der Reichsratsöffnung zu sein, wie er

der Ministerpräsident der Reichsratsschließung gewesen ist? Welche Genugtuung hat ihm seine Bedenlichkeit oder der Mord genommen! Das Ungewöhnliche seiner Politik hatte manche Gebrechen, aber wieder den Vorteil, daß sie die Gehässigkeiten nicht auf sich zog und daß auch die parlamentarische Frage unpersonlich blieb. Als die mörderischen Kugeln sein Haupt durchbohrten, wurde auch ein Kranz zerrissen, der ihm noch hätte beschieden sein können. Der Glückliche würde keinen zu heftigen Widerspruch gefunden haben, wenn er vor den Abgeordneten wieder auf der Ministerbank erschienen wäre. Das blieb ihm versagt, und so wird im Modenapalais zum erstenmale die Leichenfeier eines im Amte gestorbenen Ministerpräsidenten stattfinden.

Das Leben muß weiter gehen und kann im Kriege schon gar nicht rasten. Staatsmänner werden empfangen, der gemeinsame Finanzminister, Dr. Ernest v. Koerber, wurde schon am Sonntag zur Audienz beschieden, und die innere Politik fordert ihr Recht. Gibt es eine innere Politik, läßt sich der Staat im Kriege so spalten, daß nicht in jedem Splitter seiner Tätigkeit doch wieder der dieser schweren Zeit untergeordnete Gedanke zu erkennen wäre? Vor der Türe des neuen Ministerpräsidenten steht die Nahrungspolitik mit ihrer höchsten Pflichten, die jedes Versäumnis ausschließen, und mit ihrer das ganze Volk umfassenden Fürsorge. Was ist sie und kann sie nur innere Politik, nur Verwaltung sein? Nein, sie ist Krieg, eine über alles hinausragende Notwendigkeit, die große Probe für die Fähigkeit, zu schaffen und zu ordnen, was seit Menschendenken aus freiem Verkehre sich von selbst herausgebildet hat. Wir glauben immer, daß die Nahrungspolitik eine Voraussehung habe, die bisher nicht erfüllt worden ist; wir stellen uns vor, daß sie statt von oben herab von unten hinauf kommen müßte. Der Zwang, den sie ausübt, und die Verbote, welche sie auferlegt, sowie die Vorratswirtschaft, zu der sie drängt, brauchen eine volkstümliche Gestalt durch Mitwirkung der Bürger. Nicht die Vertretung einzelner Berufe in geschlossenen, der Dessenlichkeit unzugänglichen Räumen, sondern die allgemeine Teilnahme an der Durchführung und die Mithilfe von Gasse zu Gasse. Die Nahrungspolitik braucht die Zusammenfassung nach oben in den Plänen, in den Gesetzen und in der vollstreckenden Gewalt, aber die Verbürgerlichung auf breiter Unterlage nach unten. Die Nahrungspolitik muß Volkspolitik werden. Diese Umwandlung wird kaum zu vermeiden sein, da kein amtliches Netz zu leisten vermag, was nur die freie Unterstützung durch die Gesamtheit der Volkskräfte bietet.

Der neue Ministerpräsident kann sich der Dessenlichkeit näher anschließen und ihr sein, was sie fordert, eine Persönlichkeit, die redlich um Vertrauen wirbt und es findet. Denn das Gefühl des Volkes ist dauernd schwer zu täuschen, und reich lohnt es jeden, dem es sich verwandt weiß und bei dem es merkt, daß er die Empfänglichkeit für Leid und Sorgen habe, sich nicht in die Höhen der Politik verliere, wenn unten auf der Erde die Frauen lange vor den Kaufläden stehen, um ihren Kindern ein wenig Milch und Fett nach Hause bringen zu können. Wenn beständig ein Mittelpunkt gesucht wird, wo der Hebel anzusetzen wäre, so können wir uns schwerlich einen andern denken, als den, wo die Macht des Staates in seiner Leitung vereinigt ist, im Ministerratspräsidium, im neuen Ministerpräsidenten. Nur er kann Reibungen überwinden, Ausschreitungen in den Kriegsgewinnen niederhalten, Anschläge gegen das Rechtsgefühl und gegen die Vertragstreue zurückweisen. Ausnützung der Not unterdrücken und vor allem nicht weniger von der Einsicht des Volkes als vom Gehorsam erwarten. Die Bürger müssen zur Nahrungspolitik herangezogen und so von ihr überzeugt werden. Sie war zu sehr veramtet und muß entamtet werden. Dessen wir die Fenster der Politik und lassen wir frische Luft und ein bißchen hellen Sonnenschein hinein; lassen wir die Stimmen des Volkes wieder vernehmlich werden. Das ist wahrhaftig nicht bedenlich am Tage von Constanza, in dem Augenblicke, da einer der schönsten Siege unser Hoffen und Glauben belebt.

Der Wille zum Parlament.

Die Führer und Vertreter der Parteien des Abgeordnetenhauses waren heute versammelt, um über die Wiederherstellung des verfassungsmäßigen Zustandes zu beraten, also über die Beseitigung jenes Zustandes, den die Völker Oesterreichs durch dreißig Monate tragen und von dessen Unerträglichkeit und Schädlichkeit nun alle überzeugt sind. Die Sorge hat die Abgeordneten zusammengesührt, die Sorge um den Staat, die Sorge um die Bevölkerung; die Erkenntnis, daß es so, wie es bisher war, nicht weitergehen kann. Es weicht nun jener Fatalismus, der es aufgab, auf Besserung zu sinnen, und sich damit abfind, als ob es von einem über den Menschen stehenden Geschick bestimmt wäre, daß Oesterreich von allen kriegsführenden Staaten ohne Parlament regiert und verwaltet wird, daß also bei den Entscheidungen, die der Krieg hervorbringt und in denen nicht bloß über die Gegenwart, sondern auch über die Zukunft ganzer Geschlechter entschieden wird, das Volk zur Gänze ausgeschaltet ist und sich mit der Rolle des leidenden Objekts aller dieser tiefgreifenden und weitwirkenden Tatsachen abzufinden habe. Nur dieses gedankenlose Sich-abfinden mit einem schlechtthin widernatürlichen Zustand hat die erstaunliche Frage hervorgebracht, ob sich die Abgeordneten dafür erklären werden, daß sie ihr Recht als Volksvertreter ausüben — also etwas fraglich gemacht, was, wenn die dreißig Monate der Unterbindung den Willen nicht gelähmt hätten, nie hätte fraglich werden können. Aber als die Vertreter der Parteien heute beriethen, wurde alles klar: alle wollen, daß der Reichsrat in seine Rechte eingesetzt werde und der Zustand der Verfassung, des Gesetzes, der naturgemäßen Gliederung der Verhältnisse den Zustand ablöse, der durch die ganze Kriegszeit geherrscht hat und der nie hätte eintreten dürfen, nie hätte auch eintreten müssen.

Dieses „alle wollen das Parlament“ bedeutet nun keineswegs eine bloße platonische Forderung, eine Verbeugung gleichsam vor dem Verfassungsgefeß, das doch noch der Form nach gelte, sondern seine Bedeutung liegt darin, daß das Parlament von allen Nationen und Parteien hiemit b e j a h t wird. Darum wäre es auch falsch, die Willenserklärung der Abgeordneten mit der des Herrenhauses in Widerspruch zu bringen. Die Herrenhäuser, die die Notwendigkeit der Einberufung des Reichsrates theoretisch anerkennen, meinen bekanntlich, daß sie im Augenblick nicht zu erzielen wäre, daß man sich also vorläufig mit der Tagung der Delegationen zu begnügen hätte, die notwendig und auch sofort möglich sei. Mit Recht haben die Abgeordneten diese Halbheit zurückgewiesen; aber wenn auch der Vorschlag, auf den sich die Mitglieder des Herrenhauses geeinigt hatten, die einfache Grundfrage zwecklos verwickelt hat, so steht das Herrenhaus gleichfalls zu der vollständigen Wiederherstellung der Verfassung, wird in der Einberufung des Reichsrates nur eine Erfüllung seiner Ansichten sehen, die darüber eben hinausreicht, womit es sich, der Not gehorchend, zufrieden geben wollte. Aber die Einmütigkeit in den Erklärungen der Abgeordneten beweist, daß endlich überall das Verständnis für die Bedeutung des Parlaments aufdämmert und der Entschluß reift, das Haus der Volksvertretung unter die Hut sämtlicher Nationen zu bringen, es mit Kraft und Nachdruck vor Angriff und Verfall zu schützen, es zu einem Besitz der Völker zu gestalten, der ihnen nimmer verlorengehen kann. Was immer man unter

den sagenhaften Bürgschaften meint, hier ist es gegeben: indem die Parteien des Abgeordnetenhauses das Parlament bejahen, haben sie auch alle Notwendigkeiten des Parlaments bejaht, die wirklichen Notwendigkeiten nämlich, die freilich fernab liegen von den Bequemlichkeitsbedürfnissen oder Verhüllungs Wünschen einer zufälligen Regierung. Mehr an Bürgschaften als den Willen, ein Parlament zu haben, ein tätiges und die Entscheidungen gestaltendes Parlament, können die Parteien nicht bieten; dieser Wille ist jedoch die einzige Voraussetzung, die für das Parlament b ü r g t. Diesen Willen wirksam zu machen, das ist fortan die Aufgabe der Regierung.

Die Wahrheit über das österreichische Parlament, dieses Sorgenkind der Demokratie, ist, soviel Schlingengewächs sich auch um sie legt, doch im Wesen sehr einfach: Wenn man ein Parlament will, hat man es; wenn man kein Parlament hat, so hat man es nicht gewollt. Arbeit kostet es, in dem Nationalitäten-

staat das Zentralparlament zu erhalten, das ist selbstverständlich und ist nie bestritten worden; und glatter und einfacher mag sich's schon ohne Reichsrat wirtschaften. Aber wer in sein Amt den rechten Ernst für das verfassungsmäßige Leben, den guten Willen, die nicht aussetzende Unverdorbenheit mitbringt, der wird wohl imstande sein, aller Schwierigkeiten Herr zu werden und dem Parlament allmählich den Geist einzuflüßen, der diese besonderen Schwierigkeiten überhaupt mindert und das Parlament im Bewußtsein der Menschen und Abgeordneten fest verankert.

Beitritt des Abgeordneten Remetter zur deutschsozialen Partei.

Von Seiten der deutschsozialen Partei wird mitgeteilt: Auf Grund von eingehenden Besprechungen der Vorstandsmitglieder der deutschsozialen Partei Bauer, Schütz, Fischer und dem Geschäftsführer der deutschnationalen Landespartei Niederösterreichs Dr. Hampel ergab sich in allen programmatischen Punkten und grundsätzlichen Forderungen eine völlige Übereinstimmung, der zufolge Reichsratsabgeordneter Remetter seinen Beitritt zur deutschsozialen Partei vollzog.

Die Parteienkonferenz.

Äußerungen Dr. Schwesters.

Wien, 24. Oktober.

Präsident Dr. Schvester, der über den Verlauf der gestrigen Besprechung der Vertreter der Parteien des Reichsrates seiner hohen Befriedigung Ausdruck gab, äußert sich darüber unter anderem:

„Die Verhandlungen der Vertreter der Parteien nahmen einen ungemein ersprießlichen und durch die bei diesen zutage getretene Einmütigkeit in der Auffassung der Teilnehmer erfreulichen Verlauf. Es war von besonderem Wert, daß bei dieser Besprechung durch die Anwesenheit der Vertreter der drei Gruppen des Herrenhauses sämtliche Parteien der beiden Häuser des Reichsrates in gemeinsamer Beratung ihre Anschauungen zum Ausdruck bringen konnten. Wenn sich auch Unterschiede in der Beurteilung von formalen Fragen bezüglich der Einberufung des Reichsrates und der Delegationen ergaben, so haben sich doch die erschienenen maßgebenden Vertreter der drei Gruppen des Herrenhauses und sämtlicher Parteien des Abgeordnetenhauses einmütig für die Wiederbelebung der Tätigkeit der parlamentarischen Körperschaften in Oesterreich ausgesprochen. Diese Übereinstimmung in der Auffassung der parlamentarischen Vertreter ist hoch erfreulich und als günstiges Omen für die Ersprießlichkeit der Arbeit der zukünftigen Reichsratsagung zu betrachten.“

Präsident Dr. Schvester fügte hinzu, daß nach vollzogener Ernennung des neuen Kabinettschefs Gelegenheit genommen werde, mit der Regierung in Verbindung zu treten und ihr den in der Sitzung der Vertreter der parlamentarischen Parteien vom 23. d. einmütig zum Ausdruck gekommenen Wunsch des gesamten Reichsrates zur Kenntnis zu bringen.

Ein neues Regieren.

Der Nachfolger ist noch nicht ernannt, aber schon die Namen, die man nennt, deuten an, daß sich die Erkenntnis durchsetzt, es müsse nun ein neues und anderes Regieren anheben. Das System, das jetzt dreißig Monate widerspruchslos geherrscht hat, war dadurch gekennzeichnet, daß es auf den Zusammenhang mit dem Volke vollständig verzichtet hat. Es fühlte sich entbunden, mit dem Willen des Volkes zu rechnen; es suchte ihn nicht zu erforschen, abzuwägen, zur Geltung kommen zu lassen; es war jene Obrigkeitsregierung, die natürlich — wer wollte daran zweifeln? — für die Untertanen nur das Gute anstrebt, vor der aber das Volk eben nur die Untertanen sind, für die von oben vorgesorgt werden muß, weil es ihnen an der Fähigkeit gebricht, für sich selbst zu sorgen. Die Staatsbürger wurden nicht befragt, sie entschieden nicht mit, sie durften nicht widersprechen, sie brauchten nicht zuzustimmen; die Regierung verstand alles, entschied alles, die Regierung bestimmte unsere Nation so in leiblicher wie in geistiger und politischer Beziehung; in ihr floß alle Macht zusammen und außer ihr gab es keine. Deshalb auch die eigentümliche Erscheinung, daß Oesterreich das einzige Gemeinwesen war, wo es sich die Regierung ersparen konnte, für den Krieg, für das Ausharren und Durchdulden zu werben; da alles von oben angeschafft wurde und das Volk nur zu gehorsamen hatte, konnte das Bedürfnis nach ursprünglicher Zustimmung gar nicht entstehen. Ob ein solches System an sich erprießlich ist, nämlich rein vom Standpunkt des Staates, braucht nicht untersucht zu werden; gewiß ist, daß seine Dauer begrenzt ist. Auch für die selbstbewussteste Obrigkeitsregierung kommt der Zeitpunkt, da sie erkennt, daß man nach mehr als zwei Jahren Weltkrieg mit dem Volke reden muß. Das ist das neue Regieren, das not tut.

Das zweite Merkmal der Obrigkeitsregierung ist, daß sie nur im Kriege lebt, an die Zeit des Friedens, der normalen Arbeit nicht denken kann. Nicht daß sie nicht fähig wäre, Gesetze und Maßregeln vorzubereiten, die nach dem Kriege nötig sein werden, nötig, um den verheerenden Folgen des Krieges zu begegnen; diese gleichsam technische Aufgabe ist es nicht, die da gemeint wird, sondern vor Oesterreich steht das Problem, nach dem Kriege noch zwingender als vor dem Kriege, jene störenden und hemmenden Tendenzen zu beseitigen, die aus dem Sein des Nationalitätenstaates erwachsen, also den Friedenszustand in einer Stimmung der Geister anzufangen, die ein schöpferisches Arbeiten, das die Fülle der Aufgaben nach dem Kriege in stärkstem Maße erfordert wird, ermöglicht und verbürgt. Ein Regieren, das sich der Verbindung mit dem Volke entschlägt, kann diese Disposition zum Zusammenarbeiten nicht herbeiführen; das ist vorweg zu erkennen und die Erfahrung bestätigt es. Die Oberfläche mag glatt und unbewegt erscheinen; das schließt nicht aus, daß es unter ihr gärt und brodeln. Die Obrigkeitsregierung begnügt sich mit dem Schein und damit, daß sie jeden Ausdruck der inneren Gärung hindert. Aber es ist ungleich besser, alles hervortreten zu lassen, weil nur so die Lösung und Auflösung der Gegensätze möglich ist. Wir brauchen ein neues Regieren, um an die Friedensaufgaben vorbereitet herantreten zu können; der Gedanke ist nicht auszudenken, was es an Schaden brächte, wenn nach dem Kriege das Chaos, statt gehunden zu sein, alle Friedensnotwendigkeiten erst recht hemmen würde.

Es ist keine Kleinigkeit, nach dreißigmonatiger Unterbrechung des gesetzmäßigen Ganges der Dinge die österreichische Politik ins Geleise einzurennen. Aber es muß geschehen, die Aufgabe muß geleistet werden, weil sie, je später sie angefangen wird, desto schwieriger wird. Das fühlt nun jeder, und darauf baut sich die Hoffnung, daß der Weg endlich eingeschlagen wird, der zur Gesundung führt.

Einige Richtigstellungen.

Wo eine traurige Sache, sind die Herren Journalisten da, und was sie nicht wissen und erfahren, dichten und klatschen sie zusammen. Wir haben natürlich nicht das Bedürfnis, die Erfindungen, die um das Ereignis von Samstag von findigen und nichtfindigen Forschern zusammengefabelt werden, zu beachten oder richtigzustellen. Was für Unsinn selbst Zeitungen, die ernst genommen werden wollen, ihren Lesern zumuten, ersehen wir daraus, daß sich die „Reichspost“ von dem Herrn Dr. Alexander Schilling, wirklich von diesem Herrn, „informieren“ läßt. Und er erzählt ihr allen Ernstes: „Die vermittelnde Haltung Viktor Adlers wurde damals (im Jahre 1907/08) stark angefeindet und da er ohnedies krank war, sprach man in Parteikreisen ganz offen von seinem Rücktritt und seiner Ersetzung durch Dr. Renner.“ Wir gratulieren der „Reichspost“, wenn es ihr beliebt, sich durch jenen Herrn Schilling auf das Niveau der „Kronen-Zeitung“ bringen zu lassen. . . Eine tendenziöse Entstellung, die wir in einer Reihe von Blättern finden, Wiener, Berliner, Budapester und in der österreichischen Provinz, und die daher von einem für viele hergestellt wurde, wollen wir berüchtigen. Es wird erzählt: „Bezeichnend ist ein Vorgang, der sich Freitag abend in einer Vertrauensmännerversammlung der sozialdemokratischen Partei abgepielt hat. In ihr griff Dr. Friedrich Adler die Parteileitung auf das heftigste an. So könne es nicht mehr weitergehen, man müsse zur Tat schreiten. Nach dem Kriege werde das Volk die sozialdemokratischen Führer für ihr Schweigen verantwortlich machen. Es müßten Kundgebungen stattfinden u. s. w.“ Die Anwesenden traten zumeist Dr. Adler in der entschiedensten Weise entgegen. Er war sehr erregt, schlug mit der Faust auf den Tisch und verließ das Beratungszimmer mit den Worten: „Wenn ihr nicht wißt, was zu geschehen hat, ich weiß es.“ Man hielt diese Worte für die Ankündigung seines Austritts aus der Partei. Wie sich heute zeigte, hatte er sie anders gemeint.“ An dieser Geschichte ist kein Wort wahr; in Wirklichkeit hat sich der Streit in jener Konferenz um ganz interne Dinge bewegt und Friedrich Adler hat keine wie immer geartete Bemerkung gemacht, die so gedeutet werden könnte. Das alles ist blank erfunden. . .

Bei der Gelegenheit müssen wir auch einige falsche Auffassungen des Berliner „Vorwärts“ streifen. Dort wird unter anderem gesagt: „Graf Stürgkh war auch in der Frage der Einberufung des Reichsrates ein Vertreter nicht des starren, sondern des elastischen Systems; er war keineswegs ein Hort des Widerstandes, der sich diesen Bestrebungen entgegensetzte, und wenn unter seinem Nachfolger die Einberufung des Parlaments möglich sein sollte, so wäre sie unter seiner Leitung gewiß ebenso möglich gewesen.“ Das heißt den Grafen Stürgkh ganz falsch einschätzen. . . In einem anderen Artikel des „Vorwärts“ wird erzählt:

Aber wie ganz anders hat die Arbeiter-Zeitung doch immer den Grafen Stürgkh bekämpft als andere Wahlrechtsgegner! Das war eben kein deutschradikaler Wirtschausagitor, auch kein rücksichtslos für Masseninteressen freitender und intriguiender Feudaler; dieser lange hagere Mann mit dem grauen Bart und den schwachen Augen war auch ein geistiger Arbeiter, der eben als Graf und als Freund eines deutschen Oesterreich zu einer anderen Stellung kam und sie immerhin in ruhiger Form und ohne Hysterie vertrat.

Ob diese Darstellung der Motive des Grafen Stürgkh gegen die Wahlreform richtig ist, wollen wir heute nicht untersuchen; gewiß ist, daß sie nicht unsere Anschauung wiedergibt und daß in unserer Bekämpfung der Wahlrechtsgegner von ihr nichts sichtbar geworden ist. Und wenn schließlich berührt wird, „der Kampf gegen Stürgkh war auch schon vor der Präventivzensur nicht zu vergleichen mit der Art und Weise, die gegen andere Ministerpräsidenten angewendet wurde“, so liegt in unseren zahllosen Artikeln vom Februar bis Ende Juli 1914 ausreichendes Material vor, um zu erkennen, wie wir diese Politik beurteilt haben.

Aus dem Lager der christlichsozialen Eisenbahner.

Das Häuflein christlichsozialer Eisenbahner, das im sogenannten „Verkehrsbund“ vereinigt war, hat sich vor kurzem gespalten und so ist man in der Lage, über die Herrschaften einiges zu erfahren, was ansonsten wohl in Dunkelheit geblieben wäre. Die Ursache der Spaltung liegt darin, daß der „Verkehrsbund“ von der offiziellen christlichsozialen Partei abgefallen und zu dem „abtrünnigen“ Kemetter übergegangen ist. Darauf gründete die christlichsoziale Partei als Konkurrenzorganisation den „Reichsverband“, der sich nun sehr anstrengt, dem „Verkehrsbund“ die Ortsgruppen abzunehmen oder zu spalten. Es ist ein lustiges Spiel, und wer Sinn für Humor hat, kann sich über die Schimpfereien, mit denen die beiden „christlichen“ Organisationen einander die Palme des wahren Christentums streitig machen, unterhalten. Aber weniger unterhaltsam — eher anwidern — ist, wie sie einander die Schäflein abzujauchen suchen. Wie gar christlich sie überhaupt in dem Pruderkampf vorgehen, kann man aus einem Prozeß sehen, den der Leiter des „Verkehrsbundes“ gegen die Innsbrucker Ortsgruppe angestrengt hat und über den wir in der „Oesterreichisch-ungarischen Eisenbahner-Zeitung“, dem Organ des „Verkehrsbundes“, einen Bericht lesen. Danach hat im September des vorigen Jahres der Ausschuß der Innsbrucker Ortsgruppe eine Sitzung abgehalten und dabei beschlossen, aus dem „Verkehrsbund“ auszutreten, die Ortsgruppe aufzulösen und sich dem „Reichsverband“ anzuschließen. Um aber zu der von der christlichsozialen Parteileitung gegründeten Organisation nicht ganz leer hinzuzukommen, ging man sofort daran, das Vermögen der Ortsgruppe aufzuteilen. Das geschah in der Art, daß die anwesenden Ausschußmitglieder einander Remunerationen bewilligten, 200 Kronen dem einen für „besonderen Fleiß“ und „besondere Tüchtigkeit“, 200 Kronen dem anderen für „besondere Agitationsfreudigkeit“, 200 Kronen einem dritten für seine „bewährte Tatkraft“, 100 Kronen dem Obmann für seine „opferungsvolle Mühewaltung“, 240 Kronen einem vierten für die „werttätige Unterstützung“ u. s. w. Aber diese „christliche Teilung“ war gar nicht nach dem Geschmack des „Verkehrsbundes“. Dieser fand, daß die Auflösung der Ortsgruppe sühnungswidrig sei, da eine Auflösung nur von einer Generalversammlung, nicht vom Vorstand beschlossen werden könne, und ließ einen neuen Ortsgruppenvorstand wählen, der dann die Mitglieder des früheren Vorstandes auf Rückgabe der aufgeteilten Beträge von insgesamt 740 Kronen klagte. Im September 1916 fanden nun zwei Streitverhandlungen zwischen den streitenden Brüdern statt, die damit endeten, daß die geklagten elf ehemaligen Vorstandsmitglieder verurteilt wurden, solidarisch den Betrag samt 127 Kronen Prozeßkosten zu bezahlen. In der Begründung wird ausgeführt, daß die Statuten die Zwecke bestimmen, für die das Vermögen und die Einnahmen verwendet werden dürfen. Unbeschadet des durch die Statuten gewährleisteten Selbstverwaltungsrechtes könne die Leitung der Ortsgruppe die Aufteilung des Vereinsvermögens unter die Mitglieder nicht beschließen und der Ausschuß hatte demnach kein Recht, an einzelne Mitglieder Remunerationen auszuteilen, weil darin tatsächlich eine versteckte Aufteilung

des Vereinsvermögens liege. Es haften nicht nur vier Geklagte wegen Bereicherung, sondern alle haften für ihren Beschluß aus einem deliktischen Verschulden. „Denn es ist zum mindesten eine grobe Fahrlässigkeit, daß die Mitglieder des Ausschusses den Betrag den Zwecken des „Verkehrsbundes“ und seiner Ortsgruppen entfremdet haben.“ Natürlich frohlockt das Verkehrsbundblatt nicht nur über den Sieg überhaupt, sondern ganz besonders auch über die Begründung des Urteils, in dem mit Nachdruck für das Vorgehen der der christlichsozialen Partei treugebliebenen Reichsverbändler der Ausdruck „Entfremden“ gebraucht wird, und sie bedrohen die feindlichen Brüder in Oberösterreich und Vorarlberg, „die sich ebenfalls im Entfremden von Geldern des „Verkehrsbundes“ geübt haben“, mit weiteren Klagen.

25./X. 1916

Das Attentat auf den Grafen Stürgkh.

G Wien, 21. Oktober.

Der österreichische Ministerpräsident ist einem sinnlosen unverständlichen Verbrechen zum Opfer gefallen. Der millionenfache Tod auf den Schlachtfeldern hat uns gegen den eines Einzelnen, sei er noch so hoch gestellt, gleichgültiger gemacht als sonst. Aber als heute die Nachricht von der Ermordung des Grafen Stürgkh die Stadt Wien durchwehte, wurde doch nur eine Stimme laut, die des herzlichsten Mitgeföhls mit dem sinnlos Hingemordeten und der Bestürzung über den gottlob in unseren Zonen fast ver einzelt dastehenden Akt der politischen Argumentation. Graf Stürgkh hatte politische Gegner. Die von ihm vertretene oder wenigstens verantwortete Politik hat von vielen Seiten Anfechtungen erfahren. Aber unter all den Kritikern würde man vergebens einen persönlichen Feind des Ministerpräsidenten suchen. Er war ein durchaus vornehmer Charakter, ein ehrenwörter Mann, der sein gegebenes Wort hielt, gleichviel ob es einem Höheren oder einem Geringeren gegeben war. Er hat mit Worten und Willen niemandem je etwas zu Leid getan und war seinem ganzen Wesen nach viel mehr ein Mann der Vermittlung als der leidenschaftlichen Tat. Und nun ist gerade an ihm ein Verbrechen der Leidenschaft verübt worden. Das ist bis zur Unbegreiflichkeit absurd. Man fragt sich, was konnte der Täter sich von der Beseitigung dieses Mannes versprechen? Welche Aenderung in der Politik des Staates? Aber man wird keine Antwort darauf finden.

Den politischen Kurs Oesterreichs hat nicht Graf Stürgkh bestimmt. Dazu wäre er selbst in normalen Zeiten nicht stark genug gewesen, geschweige in den jetzigen, wo für das Tun und Lassen der Behörden ganz andere Faktoren maßgebend sind als ein schwacher Ministerpräsident. Ein anderer Mann an seiner Stelle hätte vielleicht kräftiger das österreichische Interesse gegenüber der ungarischen Uebermacht vertreten, hätte vielleicht die Zügel der Verwaltung straffer angezogen und für die Ernährung der Bevölkerung besser Vorkehrungen getroffen; vielleicht hätte er auch das Sicherheitsventil der parlamentarischen Erörterung bereitwilliger geöffnet, das Graf Stürgkh, aber schwerlich nur auf seine eigene Verantwortung hin, ängstlich geschlossen hielt. Eine härtere oder auch nur vehementer Persönlichkeit hätte überhaupt das politische Interesse auch abseits der Kriegereignisse fesseln und beschäftigen können. Aber wenn man die Persönlichkeiten mustert, die für die Nachfolge des Grafen Stürgkh in Betracht kommen, wird man schwerlich finden können, daß eine wesentlich andere Politik als die von ihm geführte von einem anderen gemacht worden wäre oder gemacht werden wird.

Das alles mußte der unselige Mann, der die Tat verübt hat. Denn er ist nicht etwa ein politischer Neuling ohne Kenntnis der Zusammenhänge, er lebt seit Jahren in diesem Land an hervorragender politischer Stelle, er ist sogar, wie er glaubt, der strengste Marxist in Oesterreich, und der Marxismus verbietet bekanntlich geradezu jede Einzeltat als zwecklos und unsinnig. Wenn Friedrich Adler dennoch zum Revolver gegriffen hat, muß die Leidenschaft, der wilde anarchistische Instinkt, die Herrschaft gewonnen haben über die Einsicht des Politikers und die Dogmatik des Marxisten. Adler ist aus einer belasteten Familie, in der hohe Begabung ebenso zu Hause ist, wie psychische Degeneration. Auch in ihm selbst kämpfte hartes wissenschaftlichstes Denken offenbar mit einer Heißblütigkeit des Empfindens, die sich in den Weltenlauf und zumal in das Tempo der österreichischen Politik schwer hineinsand. Es ist nicht anzunehmen, daß Graf Stürgkh seine chronische innere Empörung in höherem Maße reizte als irgend ein anderer, der für die Gegenwartsvorgänge Verantwortlichen; aber er war ihm der Nächste und Erreichbarste. Vielleicht hat ein ganz unscheinbarer Vorgang den letzten Anstoß zur Tat gegeben: Das Verbot einer von Wiener Intellektuellen einberufenen Versammlung, in der über die Notwendigkeit einer Parlamentsstagung gesprochen werden sollte. Dem Absolutismus des behördlichen Verbots wollte er vielleicht den Absolutismus der rücksichtslosen Tat entgegensetzen, das von der Behörde erzwungene Schweigen durch den Schall eines Schusses unterbrechen. Vielleicht wollte er dartun, daß das politische Leben einer Nation sich

nicht unterbinden läßt. Wer weiß, was in dem Kopfe eines Craltado vorgegangen sein mag, dem mit dem Untergang der Internationale der Boden seiner ganzen moralischen und intellektuellen Existenz unter den Füßen zusammengebrochen war? Friedrich Adler war auch mit der eigenen Partei zerfallen, der er vorwarf, daß sie die Internationalität verleugnet habe und ganz gewöhnliche nationale Bourgeois - Politik mache, daß sie nicht energisch genug gegen den Krieg und überhaupt gegen den Kapitalismus protestiere. Adler, der eine gewisse Ähnlichkeit mit Liebknecht hat, ist ein Fanatiker, der befürchten mochte, daß die „opportunistische“ Haltung, wie er die Teilnahme der sozialistischen Massen am Verteidigungskampf der Monarchie nannte, die Partei schwächen könnte, und so hat er in klarem Bewußtsein dessen, was ihm bevorstand, sich geopfert, um als Märtyrer mit seinem Blute die Partei zu kitten, deren Zerfall er befürchtete. Er hat aber weder der Partei noch irgend einer Sache mit seinem Verbrechen genügt, und wenn auch das feindliche Ausland in der Auswertung der unseligen Tat nicht auf seine Rechnung kommen wird, so ist doch nicht ausgeschlossen, daß gewisse Kreise im Inlande wieder nach der starken Hand rufen werden, obgleich die Behörden wissen, daß hinter Friedrich Adler niemand steht, nicht die sozialdemokratische Partei, nicht einmal die Stimmung einer Minorität der Partei.

Die politische Erbschaft nach dem Grafen Stürggh.

Abdruck des gestern beschlagnahmten Artikels nach Aufhebung des Verbots der Staatsbehörde.

Wien, 25. Oktober.

Der Stein auf der Gruft des Grafen Stürggh in Halbenrain schließt eine Vergangenheit ab. Die Bequemlichkeiten fast unbeschränkter Macht versumpfen die Politik und sind durch ihre Verlockungen dem Minister gefährlich und dem Staate schädlich. Dessen öffentlichen Stimmungen unzugänglich sein zu dürfen, für ein Volk zu denken und für ein ganzes Reich allein zu handeln, selbst ein Genie würde unter solchen Voraussetzungen schwere Irrtümer begehen. Ein Staatsmann, der über das Mittelmaß nicht hinausragt, darf nicht hemmungslos bleiben, weil er zu leicht der Beführung unterliegt, dort Zwang anzuwenden, wo Ueberzeugen nötig wäre. Oesterreich hat unter dieser Politik gelitten. In einem Lande, wo das Volk eine so bewunderungswürdige Opferfähigkeit, eine so bescheidene Unterordnung beim Ertragen der Kriegsbeschwerden zeigt und in der schonen Einfachheit seines Glaubens an sich selbst der höchsten Achtung wert geworden ist, durfte ein solches Volk nicht mißsprechen, konnte seine Wünsche nicht vorbringen und war wie durch einen Wald der Paragrafen und Aemter von jedem lichten Ausblick abgesperrt. Allgemein wird erzählt, daß der gemeinsame Finanzminister Dr. Ernest v. Koerber der Nachfolger des Grafen Stürggh werden sollte. Die Entscheidung ist jedoch heute nicht getroffen worden, und so können wir zum künftigen Ministerpräsidenten wie zu einem Unbekannten sprechen und ihm sagen, daß er die Fesseln lösen möge und in den von den Notwendigkeiten des Krieges gezogenen Schranken dem Bürger sein angestammtes Recht, dem Volke seinen Teil an der öffentlichen Gewalt und der Presse die ihrem Berufe unentbehrliche Freiheit wiedergebe. Oesterreich kann nur als moderner Staat durch Hebung aller Kräfte aus der Borratswirtschaft in die Friedenswirtschaft übergehen. Wie leicht ist es jetzt, da täglich ein Sieg über unsere Feinde gemeldet wird und mancher Sorge sich verzicht, auch die Freude am Staate durch eine volkstümliche Politik zu stärken.

Das ist nicht bloß ein Bedürfnis einzelner Stände und Klassen, sondern auch der Gesamtheit. In dem politischen Nachlasse des Grafen Stürggh sind die bisherigen Ergebnisse aus den Verhandlungen mit Ungarn. Graf Stürggh hat auch über solche Lebensverhältnisse des Volkes allgemeines Schweigen gebietet, und der Ministerpräsident, der jetzt als Erbe schwere Pflichten übernehmen soll, dürfte sich fragen, ob in solchen Fällen nicht gerade die Dessenlichkeit von manchen Verantwortungen entlasten und von manchen Schwierigkeiten befreien könnte. Denn es liegt einmal in der menschlichen Natur, daß Minister, die einem Parlamente Rechenschaft abzulegen haben, und Minister, die es nicht tun müssen, ganz verschiedene Wesen sind. Nicht in der Gewissenhaftigkeit und Sachkenntnis, nicht im Willen, aber in den psychologischen Wirkungen der gegebenen Kräfteverhältnisse. Deshalb sollte der Ministerpräsident, der sich in den Sorgenstuhl des Grafen Stürggh niedersetzen wird, von dem Irrtume seines Vorgängers sich losmachen, der gegen das Parlament einwendete, daß auch manche Parlamentarier es nicht wollen. Volksvertretungen sind niemals eingerichtet worden, um den Vertretern des Volkes angenehm zu sein, sondern weil das Volk und der Staat sie brauchen. Parlamente wären auch dann nötig, wenn durch eine seltsame Ausartung kein einziger Parlamentarier sie wollte. Naturwidrigkeiten, Verbildungen des Denkens

und eine verkrüppelte Politik, wie sie auch ~~weder~~ Abgeordneten vorkommen, beweisen nichts gegen das Abgeordnetenhaus. Der neue Ministerpräsident, den wir uns als einen Mann von gereifterer Einsicht vorstellen, wird schwerlich wieder einer Versammlung von Abgeordneten mittelbar die Frage vorlegen: Wollt ihr den Reichsrat oder nicht? Das Parlament muß sein, wenn der Staat es wünscht, und nicht, wenn diese oder jene Gruppe sich zum Parlamentarismus bekehren läßt.

Der künftige Ministerpräsident, dem der Nachlaß des Grafen Stürggh zugesprochen werden wird, müßte dem Volke volle Klarheit über die wichtigsten Fragen bieten. Klarheit deshalb, weil hundertfältige Erfahrung gezeigt hat, daß die Heimlichkeiten, das Ausschließen des Volkes von der Mitwissenerschaft in Dingen, die es am nächsten angehen und bei denen es mitreden soll, schädlich waren. Klarheit und Freimut in der Nahrungspolitik, damit wir in Ruhe und Sicherheit, wenn auch mit knappem Auskommen, die Zeit bis zur nächsten Ernte überdauern und damit sämtliche Maßregeln der Regierung durch Verständnis und Billigung des Volkes unterstützt werden. Klarheit und Freimut in der wirtschaftlichen Politik, die einen ihrer Mittelpunkte im Verhältnisse zu Ungarn hat. Solche Angelegenheiten sollen dem Selbstbestimmungsrechte des Volkes nicht entzogen werden, weil mit diesem Kriege ein neuer Abschnitt in dem Verhältnisse zwischen Oesterreich und Ungarn beginnt, ein Abschnitt, in dem das Verfassungsrecht sich zur verstandesmäßigen Notwendigkeit, zu Erkenntnissen entwickelt hat. Als die russischen Truppen in der Karpathenschlacht niederstiegen zur ungarischen Tiefebene, zu den Straßen nach Budapest und nach Mähren, haben wir deutlicher erkannt als jemals, warum Oesterreich und Ungarn verbunden sein müssen und warum die Monarchie sie beide umfassen muß. Der neue Ministerpräsident, den wir uns als einen Staatsmann von Erfahrung und Durchsichtigkeit denken, wird nicht etwas zur ministeriellen Verfügung verkleinern, was, parlamentarisiert, einer der größten Erfolge beider Staaten, eine Erhöhung ihres Ansehens vor der Welt und vor ihrem eigenen Selbstgeföhle wäre. Reden wir uns doch nicht in eine Parlamentsfurcht hinein wie manche Herren, die um keinen Preis auf parlamentarische Würden verzichteten. Parteiführer des Abgeordnetenhauses spielen und so tun, als würden ihnen die Glieder scheppern, wenn vom Wiederbeginne des parlamentarischen Lebens gesprochen wird. Warum bleiben sie im Parlamente, da sie es nicht wollen? Doch nur, um etwas zu scheinen, was sie nicht sind.

Der neue Ministerpräsident wird, bevor die Entscheidung fällt, die Frage zu beantworten haben, wie er sich zum Nachlasse des Grafen Stürggh, zu den Ergebnissen der Beratungen über das wirtschaftliche Verhältnisse zu Ungarn verhalte, wie er die Bedürfnisse des Volkes in der Nahrungspolitik durchsetzen könne, ob die Rückkehr zum Reichsrat und zu den Delegationen zu beschließen sei und ob trotz der Vorsicht im Kriege das öffentliche Leben in Wort und Schrift nicht heller, freier und durch solche Erhellung auch zuversichtlicher gestaltet werden könne. Die Stimmung ist günstig. Niemals hat die Reizung, Streit in das Volk hineinzutragen, so vollständig gefehlt und niemals ist der Wunsch lebendiger gewesen, die Beziehungen zu Ungarn so auszubauen, daß wir einander froh werden können. Auch war niemals die Sehnsucht, an fruchtbarer Arbeit, an der wirtschaftlichen Vorbereitung des Friedens, an der Verteidigung des Kredits und an dem Schutze der Währung teilzunehmen, so durchschlagend. Ernst sind die Schwierigkeiten, fast überwältigend die Pflichten, und dennoch würde die Hand eines klugen, vom modernen Staate nicht verärgerten Ministerpräsidenten viel erreichen, wenn der unerschöpfliche Zauber und die verjüngende Kraft der freien Mitarbeit des Volkes nicht geringschätzig zurückgestoßen werden.

Christlichsoziale Vereinigung.

Gemeinsame Beratung mit dem Deutschen Nationalverband.

Der Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung hielt gestern im Beisein des Parteichefs Landmarschall Prinz Liechtenstein eine mehrstündige Beratung ab. Der Vorsitzende, geschäftsführender Obmann Schraffl eröffnete die Sitzung mit einem warmen Nachruf für den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh. Die Beratungsteilnehmer schlossen sich dieser Trauerkundgebung sowie dem vom Obmann dem Ministerrat bereits ausgesprochenen Beileid an.

Sodann berichteten die Vorstandsmitglieder, die an der Aussprache der Parteienvertreter im Abgeordnetenhaus teilgenommen hatten, über diese Konferenz. Der Bericht wurde einmütig genehmigt. An den Bericht schloß sich eine eingehende Erörterung der inner- und außerpolitischen Lage, die in der für die ersten Novembertage anberaumten Vollsitzung des Christlichsozialen Reichsratsklubs fortgesetzt werden wird. Demgemäß wurde gestern von der Fassung fester Beschlüsse Abstand genommen.

In Durchführung des Beschlusses vom 10. d. M. betreffend das Zusammenwirken der Christlichsozialen mit den anderen deutschen Parteien in nationalen und wirtschaftlichen Fragen, insbesondere auf dem Gebiete der Bekämpfung der Korruption und der großkapitalistischen Ausschreitungen, der Ausbeutung und Bewucherung von Staat und Volk im Kriege, wurde auf Einladung der Leitung des Deutschen Nationalverbandes ein gemeinsamer Ausschuß gewählt, der aus fünfzehn Mitgliedern bestehen soll, zu welchem der Deutsche Nationalverband, die Christlichsoziale Vereinigung des Reichsrates und die Wiener christlichsoziale Parteileitung des Rathauses je fünf Vertreter beisteilen. In diesen Fünfzehner-Ausschuß werden als Vertreter der christlichsozialen Partei von der Vereinigung Dr. Freiherr v. Fuchs, Dr. Gehmann, Landeshauptmann Hauzer, Präsident Schraffl und Landesauschuß Stöckler entsendet.

Als erste Aktion ist eine gemeinsame Versammlung der Abgeordneten des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen Partei im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates am 9. November in Aussicht genommen, die sich mit dem Gesamtkomplex der Ernährungsfragen und mit Steuerfragen beschäftigen wird, über welche Gegenstände Redner aller drei Gruppen zur Erörterung und Beschlußfassung bestimmte Referate erstatten werden.

Deutschsoziale Partei.

Auf Grund von eingehenden Besprechungen der Vorstandsmitglieder der Deutschsozialen Partei Bauer, Schütz, Fischer und dem Geschäftsleiter der Deutschnationalen Landespartei Niederösterreichs Dr. Hampel einerseits und dem Reichsrats-Abgeordneten Kemetter andererseits ergab sich in allen programmatischen Punkten und grundsätzlichen Forderungen der genannten Parteienvertreter eine völlige Uebereinstimmung, bezw. Folge Reichsrats-Abgeordneter Kemetter seinen Beitritt zur Deutschsozialen Partei auf deren Einladung vollzog.

Polenklub.

Folgender, im Namen der Parlamentarischen Kommission vom Klubobmann eingebrachter Antrag wurde vom Polenklub einstimmig zum Beschlusse erhoben: „In Erwägung, daß zum bedeutenden Teile die dem Polenklub in der Konferenz vom 15. Mai d. J. gemachten Versprechungen der Regierung sich nicht erfüllt haben; in weiterer Erwägung, daß die Tätigkeit der Zentrale zum Wiederaufbau des Landes Mängel aufweist, hauptsächlich weil es an der notwendigen Mitarbeit des bürgerlichen Elements gebricht; schließlich in Erwägung, daß auch die Frage des Anbaues rechtzeitige Anordnungen erfordert, um der Wiederholung der Tatsache vorzubeugen, daß große Flächen des Ackerlandes ohne Anbau gelassen sind, und nach Durchführung einer sehr erregten Debatte über die prekäre Lage der durch die Kalamitäten des Krieges besonders schwer heimge suchten Bevölkerung, wendet sich der Polenklub an die Regierung mit dem Ersuchen, daß sie in der allernächsten Zeit mit den Repräsentanten des Polenklubs über die oben erwähnten Fragen in Beratung tritt.“

Wirtschaftspolitische Umlernen in der Sozialdemokratie.

Die „Sozialistischen Monatshefte“ fahren in ihrer jüngsten Nummer (20) mit ihrer vernichtenden Beurteilung des bisherigen, rein auf die Bedürfnisse einer demagogischen Agitation eingestellten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik fort. In einem programmatischen Artikel von Dr. J. Bloch, des Herausgebers dieser angesehensten aller sozialdemokratischen Zeitschriften, werden für die künftige „Neuorientierung“ der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik folgende Leitsätze aufgestellt:

„Nach innen: eine sozialistische Politik, die auf die Produktion gerichtet ist, die Förderung und Intensivierung der Produktion zu ihrem eigentlichen Zweck hat. Es muß jetzt der Kampf eingeleitet werden, der mit den Schlagworten „Konumenteninteressen“ und „Produzenteninteressen“ geführt wird. Beide bilden ein unteilbares Ganze. Nur in der Produktion kommt die eigentliche Volkskraft zum Ausdruck, und nur durch ein Schaffen von gewaltigen Umfang und besonderer Qualität können wir die Verluste erzehen, die dieser ungeheure Krieg uns gebracht hat. Ein erhöhtes Verständnis müssen wir auch als Partei namentlich der Landwirtschaft entgegenbringen. Wir haben hoffentlich jetzt erkannt, daß die Landwirtschaft eine gemeinützige Angelegenheit ist, daß daher die Interessen der Landwirte in einer der entscheidenden Bedeutung ihrer Produktion angepaßten Weise wahrgenommen werden müssen. Der Krieg hat auch weiteren Kreisen der Partei klargemacht, was in den „Sozialistischen Monatsheften“ seit anderthalb Jahrzehnten immer aufs neue festgestellt wurde: daß die Grundlagen unserer Wirtschaftspolitik die für unsere gegebenen Bedingungen richtig sind, daß diese daher, wie viel Unvollkommenheiten ihr im einzelnen auch anhaften mögen, wohl weiter auszubauen, nicht aber abzutragen ist.“

Die Anwendung bequemer wirtschaftspolitischer Agitationsmethoden, sagt der Verfasser weiter, habe sich auch in den Ernährungsfragen gerächt. „Man glaubte dadurch, daß man nach altgewohnter Friedenstradition gegen die Agrarier loszog, die Partei zu fitten und hat sie doch nur auseinandergetrieben.“ — Wenn diese Anschauungen in der reichsdeutschen Sozialdemokratie durchdringen, wogegen sich freilich die Schar der unwissenden, aber desto lauter schreienden Demagogen aus Selbsterhaltungsgründen bis zum äußersten wehren dürfte, dann wird die moralische Nötigung, in den wirtschaftspolitischen Fragen vollständig umzulernen und den ganzen bisher vertretenen Blunder über Bord zu werfen, auch für die österreichische Sozialdemokratie, die sich ja in völliger geistiger Abhängigkeit von der reichsdeutschen befindet, unüberwindlich werden. Die Parteizentrale täte daher klug, schon jetzt alle ihre Umdeuter alter Glaubenssätze auf die Anhängerschaft loszulassen, um den „Umschwung“ vorzubereiten und durch dialektische Kunststücke den unheiligen Blicken der Menge zu verbergen, daß sie künftig in wirtschaftspolitischen Fragen, das genaue Gegenteil dessen zu glauben und zu vertreten habe, was ihr bisher gepredigt wurde, was sie in zahllosen Aufsätzen der Parteipresse und in ebenso zahllosen Agitationsversammlungen als oberste Parteiveisheit hinunterzuwirgen hatte, wofür sie endlos resolutionieren, proklamieren und demonstrieren, zu Zehntausenden protestieren, zu Hunderttausenden über die Ringstraße mar-

schieren, randalieren und sogar dann und wann am 11. September 1911, Leben und Freiheit riskieren und verlieren mußte. Wie wurden die Christlichsozialen bekämpft und als Feinde der städtischen Bevölkerung verlästert, weil sie die wirtschaftspolitischen Einsichten, zu denen jetzt den „Sozialist. Monatsh.“ zufolge auch die Sozialdemokratie kommen muß und wird, schon immer verfochten haben! In welchem Lichte stehen jetzt, nach den programmatischen Aufsätzen der genannten sozialdemokratischen Zeitschrift von Bloch, Kalski, Dr. Müller und anderen Genossenführern z. B. die „Junifieger“ mit ihrer ganzen Wahlpropaganda da! Welche gewaltigen Opfer, man darf sagen, an Gut und Blut, hat nicht im Laufe der konjunkturpolitischen Kampfsjahre die Anhängerschaft der Sozialdemokratie im blinden Glauben an die reklamehaft ausgetrommelte Weisheit ihrer Führer gebracht! Und nun wird von der vornehmsten sozialdemokratischen Zeitschrift freimütig eingestanden, daß jene vermeintliche Weisheit harer Unsinn war, Irrtum oder gar nur Agitatoren-demagogie! Welch ein kostspieliges Führermißverständnis, welches ein kostspieliger Demagogentrug! — Alles Strauben wird nichts nützen, es muß umgelernt werden auf der ganzen Linie. Zur Vereinfachung gestatten wir der sozialdemokratischen Presse Oesterreichs die Uebernahme aller unserer zahllosen Aufsätze, Polemiken und Notizen, mit denen wir durch Jahre den von der Konjunkturretterpresse vertretenen wirtschaftspolitischen Unsinn bekämpft haben.

Dr. Fritz Adler.

Die Verzweiflung im sozialdemokratischen Chaos.

Von einer Persönlichkeit, die jahrelang in der Schweiz mit Dr. Fritz Adler in Verkehr stand und genauen Einblick in die inneren Verhältnisse der Sozialdemokratie besitzt, erhalten wir folgende Zeilen:

Bei der Erforschung der Ursachen, die den sozialdemokratischen Parteiführer zum Mörder des Ministerpräsidenten werden ließen, ist bisher noch zu wenig beachtet worden, welche geistige Entwicklung Dr. Adler durchgemacht hat. Es ist notwendig, sein öffentliches Wirken von Anbeginn zu betrachten.

Dr. Fritz Adlers Parteitätigkeit begann — soweit sie in die Öffentlichkeit trat — in der Schweiz. Zuerst im Züricher Arbeiterverein „Eintracht“ und im Verein österreich-ungarischer Sozialisten. In den hiesigen Wortgefechten, die in der zweiten Hälfte des verflohenen Jahrzehnts in den Lokalen der beiden genannten Vereine sich abspielten, stellte auch Fritz Adler seinen Mann. Große Versammlungen waren es nicht, namentlich im Verein österreich-ungarischer Sozialisten (in einem kleinen Gasthaus in der Nähe des Bellevue-Platzes) fanden sich in der Regel nicht mehr als höchstens drei Duzend Personen ein, um sich am Kampfe um den Charakter des Vereines zu beteiligen. Unter den Vereinsmitgliedern befanden sich nämlich auch Anarchisten und Syndikalisten, überhaupt Anhänger aller Richtungen und Strömungen der sozialistischen und der anarchistischen Internationale. Man hätte sich an den Paarspaltereien, die da getrieben wurden, ergötzen können, wenn nicht die hellodernde Begeisterung, der düstere Fanatismus der meisten Redner zu tiefem Ernste gestimmt hätten. Auf unerfahrene Idealisten machten die Redekämpfe den Eindruck, es entscheide sich da ein Stück Weltenschicksal. Einer der ruhigsten Debatter war Dr. Fritz Adler. Den Kopf etwas gesenkt haltend (und dadurch schon an seinen Vater erinnernd), mit ganz ruhiger Stimme entwickelte er die strengmarxistischen Theorien, jenes merkwürdige Gemisch von entschiedener Ablehnung putschistischer Gedanken und des Glaubens an die schließliche Unvermeidlichkeit einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit den Gegnern einer sozialistischen Weltordnung: Selbstverständlich werde man — in dem Moment, wo die wirtschaftliche Entwicklung die „Expropriation der Expropriateure“, den letzten Schritt zur Errichtung der sozialistischen Gesellschaft nahelege — ein etwaiges gewalttätiges Auftreten der Bourgeoisie mit Gewaltanwendung beantworten. Aber, das sei dann die Schuld der Gegner, die Sozialdemokratie sei für vollkommen gesetliches Vorgehen, lehne insbesondere Gewaltanwendung gegen einzelne Personen ab. Dies der stets mit Entschiedenheit vertretene Standpunkt Fritz Adlers. Vor der Tatsache, daß seine Parteigenossen in den Werkstätten nicht selten

gar mancher eifrige Parteianhänger in Verzweiflung geriet. Wohl dem, den persönlicher Ehrgeiz oder gedankenlose Vielgeschäftigkeit vor der Sisyphusarbeit, sich Klarheit über die Zweifelsfragen verschaffen zu wollen, bewahrte; er konnte seine Tage in Ruhe verleben, für den Agitationsgebrauch sich unter den vielen Theorievarianten jene wählen, die ihm am besten behagten. Zu diesen Glücklichen gehörte Fritz Adler offenbar nicht und so erklärt es sich psychologisch leicht, daß er sich immer mehr in einen starren Radikalismus hinein verbohrt.

Sein Radikalismus mußte ihn natürlich nicht zur Bluttat, die er begangen, treiben, die Auffassung, die er vertrat, ist durchaus nicht neu, sie ist die altbekannte, dem Geiste des Marxismus eigentlich am meisten entsprechende. Aber diese Art von Radikalismus ist heute bei Leuten vom Bildungsgrade Fritz Adlers überhaupt nicht mehr und nicht weniger, als die verzweifelte Scheu vor den Konsequenzen der Preisgabe der als irrig erkannten Dogmen, ein den Kopf-in-den-Sand-stecken vor den Gefahren des Zweifels. Der eine befreit sich von den Zweifeln, indem er sich, wenn sie nach klarer Ueberlegung nicht zu beschwichtigen sind, kurz entschlossen außerhalb der Bewegung stellt. Der andere wickelt sich nur um so ängstlicher in den erbten Mantel der von Zweifeln umragten Doktrin.

Der Zusammenbruch des sozialistischen Theoriengebäudes, den der Krieg bewirkte, war aber zu erschütternd, als daß dieser Angstbehelf hätte genügen können. So scheint es Fritz Adler immer schwieriger geworden zu sein, die zur Schau getragene theoretische Sicherheit zu behaupten. Darans hat sich offenbar die Stimmung ergeben, in der er das verruchte Attentat begangen hat. Nicht Irrsinn, sondern Verzweiflung ob des geistigen Zustandes seiner Partei. Daß ein so konsequenter, doktrinärer

Belämpfer des „Putschismus“, der Gewalt in jeder Form, also auch des politischen Mordes, eine solche Tat begehen konnte, wirkt als denkbar stärkste Unterstreichung des geistigen Chaos in der sozialdemokratischen Bewegung. In Dr. Fritz Adler vom 21. Oktober spiegelt sich der Seelenzustand dieser Bewegung wider.

Die Handelskammer für die Einberufung des Reichsrates.

Die gestrige Plenarsitzung der Handelskammer eröffnete der Präsident der Handelskammer Herrnhausmitglied H. v. Schoeller mit einem warmen Nachruf für den Grafen Stürgkh. Nachdem er das Wirken des Verbliebenen gewürdigt, besprach er die Frage der Einberufung des Reichsrates. Er sagte unter anderem: Die Kreise von Handel, Gewerbe und Industrie, die

wir hier zu vertreten haben, haben es seit der letzten Wahlrechtsreform stark empfunden, daß sie ihre Stimme in den gesetzgebenden Körperschaften nicht immer mit jener Unmittelbarkeit erheben konnten, die ihnen früher gesichert war. Unsere Kreise müßten es besonders bedauern, daß in dieser Zeit die wichtigste Tribüne für derlei Beratungen, unser Reichsrat, nicht Gelegenheit hatte, zu all den Fragen Stellung zu nehmen, die so tief unsere Gegenwart und unsere Zukunft betreffen. Ich glaube daher Ihrer aller Zustimmung sicher zu sein, wenn ich dem entschiedenen Wunsche Ausdruck gebe, daß unser Kreis, insbesondere die Wiener Handels- und Gewerbekammer, die Einberufung des Reichsrates und dessen Befassung mit den wichtigen politischen und wirtschaftlichen Staatsfragen als ein dringendes Gebot der Notwendigkeit ansieht.

Ich halte diese Auffassung so sehr mit unserer besonderen Berufsstellung verknüpft, daß ich auch überzeugt bin, daß unsere Schwesterkammern eine gleiche Stellung einnehmen werden, wie denn auch nach meiner Kenntnis bereits die gegenwärtige Vertretung der Triester Handels- und Gewerbekammer sich in gleichem Sinne ausgesprochen hat.

Von den Aufgaben, die dem Parlament und der neuen Regierung bevorstehen, betrifft uns eine in besonders näher Weise. Es ist dies die Regelung unseres Verhältnisses zu Ungarn. Wir haben ja zu dieser Frage gemeinsam mit unseren Schwesterkammern bereits in eingehender Weise Stellung genommen und wir erwarten zuversichtlich, daß die Vorschläge und Wünsche, die wir vorgebracht haben und die sämtlich geleitet sind von dem Wunsch nach entgegenkommender Verständigung, hierbei nicht übergangen werden. Wir erhoffen und erwarten von dem kommenden Leiter des Staates und von dem Reichsrat auch die entsprechende Lösung der so außerordentlich wichtig und dringlich gewordenen Ernährungsfragen. Wir sind überzeugt, daß unsere Bevölkerung gewillt ist, die durch die Natur der Dinge gebotenen Einschränkungen, ja selbst gewisse Entbehrungen willig auf sich zu nehmen und damit den vollen Erfolg der Heldentaten unserer und der verblüdeten Heere gegen alle Aushungerungsansätze der Feinde zu sichern. Aber wir können auch mit vollem Recht verlangen, daß diese Einschränkungen auf ein möglichst gleichmäßiges Maß und auf einen möglichst geringen Grad herabgesetzt werden, wozu in erster Linie ein einheitliches Vorgehen der an der Versorgung der Gesamtbevölkerung beteiligten Faktoren, nämlich der Kriegsverwaltung, der österreichischen und ungarischen Regierung notwendig ist.

Ein neuer Geist.

Herr v. Körber, der zum Nachfolger ausersehen ist, hat sich heute nach Budapest begeben. Er hatte schon am Dienstag eine Unterredung mit dem Grafen Tisza; daraufhin fand gestern in Budapest eine Beratung der ungarischen Regierung statt; Körbers Reise steht mit diesem Ministerrat offensichtlich im Zusammenhang. Der ganze Vorgang ist recht ungewöhnlich; denn da über die Gestalt der österreichischen Regierung doch, trotz allem, was man seit zwei Jahren erlebt hat, nicht in Budapest entschieden wird und die Ernennung der Minister in Oesterreich nicht von dem Gutachten der ungarischen Herren abhängt, so müssen die Verhandlungen des Mannes, der in Oesterreich Ministerpräsident werden will, mit der ungarischen Regierung schon auffallen. Denn diese Verhandlungen können nur den Bedingungen gelten, unter denen der österreichische Ministerpräsident ernannt werden soll; inwiefern sollen sie in Budapest bestimmt werden?

Aber die erstaunliche Sache wird verständlich, wenn man die Art des bisherigen Regierens erwägt. Es ist zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung seit Jahr und Tag über den nächsten Ausgleich verhandelt worden, und die Verhandlungen sind bereits so weit gediehen, daß sie geradezu vor dem Abschluß standen. Die Frage ist nun, ob sie die neue Regierung übernimmt, das heißt ob sie das Vereinbarte als für sich bindend anerkennt. Das sollte doch eigentlich gar nicht fraglich sein können. Wenn die österreichische Regierung, die die Verhandlungen bisher geführt hat, die Notwendigkeiten Oesterreichs sorgfältig gewahrt hat, nichts bewilligt hat, was sie gefährdet, und das durchgesetzt hat, was sie erfordern — alles natürlich in der Bedingtheit, die ein zweiseitiger Vertrag eben auferlegt —, so könnte der Nachfolger doch kein Bedenken tragen, in die Vereinbarungen einzutreten; zum Vergnügen wird den Anäuel doch niemand aufwickeln. Aber daß so unständliche Beratungen nötig sind, beweist doch zweierlei: erstens, daß Herr v. Körber glaubt, sich die Dinge genau ansehen zu müssen, und daß zweitens der Graf Tisza alle Ursache hat, zu wünschen, daß das, was mit der früheren österreichischen Regierung vereinbart wurde, von dem Nachfolger anerkannt werde. Das heißt dem Oesterreicher erscheint das Vereinbarte bedenklich, dem Ungarn dünkt es ein guter Erwerb, den er festhalten will. Man weiß nicht, was vereinbart wurde, und was das Haar in der Suppe sein mag; aber gewisse Dinge, Deklamationen und Beteuerungen, deren Grund man nicht begriff, werden einem allmählich klarer. Es wird schon so sein, daß das Gleichgewicht in der Ausmessung der österreichischen und der ungarischen Notwendigkeiten in dem Vereinbarten nicht anzutreffen sein wird, daß das Vereinbarte für den einen eine Last, für den anderen ein Gut ist, weshalb der eine die nochmalige Ueberprüfung und Verhandlung begehrt, der andere darauf besteht, daß an dem, was abgemacht ward, nichts geändert werden darf. Daß sich Herr v. Körber das Werk, das er nun als das seinige anerkennen soll, gründlich besieht, ist ganz in Ordnung, und wir hoffen auch, daß er die Adoption nur vollziehen wird, wenn er überzeugt ist, sie verantworten zu können.

Den Oesterreichern wird jetzt ein Kursus über den § 14 geboten, der ihre Aufmerksamkeit wohl verdienen würde. Die Theorie über diesen Prachtparagraphen, diesen Inbegriff unserer inneren Staatlichkeit, ist berückend einfach: das Parlament taugt nichts, aus ihm ist nicht das kleinste Gesetz herauszubringen — das sagt man einem Reichsrat nach, der die Wehrreform, die Dienstpragmatik, das Kriegesleistungsgesetz,

die Steuervorlagen in einem Zuge zumege gebracht hat! —, also muß die Regierung die Sache in die Hand nehmen und das, was das stüchtige und unfähige Parlament schuldig bleibt, selbst leisten. Und sie leistet es zum mindesten ebenogut, rasch auch, ohne Aufhaltung durch den rednerischen Firlefang; was sollte die Bevölkerung da beanstanden? Ob die Eingangsworte zu einem Gesetz so oder so lauten, das ist weiß Gott keine Sache, über die sich vernünftige Realpolitiker aufhalten werden! Jenes Bewußtsein der staatsbürgerlichen Würde, dem es unerträglich ist, daß man über Gut und Blut der Bürger verfügt, in alle ihre Beziehungen eingreift, ohne daß sie selbst mitentscheiden, das fehlt in Oesterreich völlig. Aber nun sehen auch diejenigen, denen Freiheit und Demokratie leere Worte sind, und die alles nur von dem gemeinen Nützlichkeitsstandpunkt betrachten, wohin man mit dem § 14 gelangt. Denn diese Ausgleichsverhandlungen und Vereinbarungen mit der Regierung Tisza waren natürlich darauf eingestellt, daß sie in Oesterreich mit dem § 14 Gesetzeskraft erhalten. Vorbilder, wie das zu geschehen habe, erfahren wir ja während des Krieges genug: man macht die Paragraphen bekannt und nachdem sie in Ungarn den Weg durch den Reichstag gegangen sind, werden sie im Reichsgesetzblatt kundgemacht; das Werk ist getan. Den Zeitungen wird einfach verboten, wegen des „Vorganges“ auch nur eine Zeile zu schreiben; die Kritik an dem Inhalt darf über die behutsamsten Worte nicht hinausgehen; all das ist doch so einfach, daß man sich der Bedenken wohl entschlagen kann. Aber ist es nicht selbstverständlich, daß Unterhändler, die diesen Gang im Sinne haben, anders vorgehen als Unterhändler, die sich bewußt sind, ihr Werk verantworten zu müssen, die mit eindringlicher Kritik zu rechnen haben? Die Obrigkeitsregierung, die einfach verordnet — anstatt der Gründe genüge mein Wille —, die kann anders vorgehen als die verfassungsmäßige Regierung, die den Willen des Volkes in Anschlag bringen muß; und sie geht anders vor. Der § 14 hat also nicht bloß die Bedeutung, daß er der ersten Würde der Staatsbürger Abbruch tut, sie überhaupt aufhebt, sondern er ist auch vom gemeinen Nützlichkeitsstandpunkt ein recht gefährliches Regieren. Hier ist es fählich zu sehen; aber an vielen schon erlassenen § 14-Verordnungen könnte es ebenso festgestellt werden. Nicht in der Hartnäckigkeit und in dem Zielbewußtsein der Unterhändler liegt der Unterschied, er liegt darin, ob die Volksvertretung ausgeschaltet wird oder ob sie mitentscheidet.

Wohl ist dazu nötig, daß sich auch die Volksvertretung dessen bewußt wird und nicht leichtfertig vertandelt, was ihr höchster Anspruch ist, die Pflicht erfüllt, die ihr das Volk überwiesen hat und für dessen Wahrung sie ihm auch verantwortlich bleibt. Auch den Abgeordneten und Parteien tut ein neuer Geist not, der sie davor bewahrt, die Rechte des Volkes zu verwirrfachen und preiszugeben.

Glossen vom Tage.

Dr. v. Koerber ist aus Budapest zurückgekehrt, und manches Anzeichen deutet darauf hin, daß ihm die Unterredung mit dem Grafen Tisza den Entschluß erleichtert habe. Wir wollen hoffen, daß dem so sei und daß wir bald erfahren werden, er sei Nachfolger des Grafen Stürgkh geworden. Man läuft noch nicht Gefahr, in Byzantinismus zu verfallen, wenn man ausspricht, daß damit eine Hoffnung des Volkes erfüllt würde; es erwartet, sich dann wieder satt essen zu können, aber auch satt denken zu dürfen.

Die Öffentlichkeit bringt dem Manne ihrer Hoffnungen einen großen Vorstoß an Vertrauen entgegen; nicht leichtsinnig tut sie es. Wir hoffen, daß Herr v. Koerber geblieben sei, wie er war, und wir glauben aus Anzeichen schließen zu dürfen, daß auch andere damit rechnen. Noch ist Dr. v. Koerber keine Gewißheit, und schon wird vieles leichter. Irren wir nicht, so ist es seit mehr als zwei Jahren zum ersten Male, daß man über den § 14 schreiben, sich ein Wort der Kritik über diese Einrichtung unseres Verfassungslebens erlauben darf. So wirft das kommende Ereignis seine Schatten voraus, und es sind keine nächtlichen Schatten. . . . Was noch vor Kurzem das Allerunmöglichste schien, die Freiheit des gedruckten Wortes, nimmt greifbare Gestalt an, und, wie bezeichnend!, schon vertraut man auch, daß es um unsere drückendste Sorge besser werden möge. Der Lebensmittel werden gewiß nicht mehr, aber sie werden besser verteilt werden, wenn es denen, die es angeht, gestattet sein wird, wie erwachsene Männer ein Wort über die Entscheidung ihres Schicksals mitzureden.

Da noch ein anderes allmählich erlaubt wird, so wollen auch wir von dieser so geringen und doch so selten gewordenen Erlaubnis Gebrauch machen: und zu dem, der regiert, wieder wie ein Mann zum anderen sprechen. Dr. v. Koerber scheint noch zu zögern; die Frage des Ausgleiches mit Ungarn macht ihm Sorge. Uns auch; aber sind wir nicht alle einigermassen in der selben Lage wie er? Wir alle müssen. Hoffen wir, daß es seinem starken Einfluß gelingen möge, die Dinge so zu gestalten, daß er sie freien Gemüths vor aller Welt vertreten kann. Wenn aber nicht, wenn die Verhältnisse oder ältere Bindungen es unmöglich machen, wäre das wirklich ein ausreichender Grund, das Amt abzulehnen, dessen Annahme uns allen so überaus wichtig, als eine Schicksalswendung in Oesterreich erscheint? Wer begriffe und würdige nicht die Bedenken, die dem Patriotismus und der Überzeugungstreue des Herrn von Koerber die größte Ehre machen? Aber wer sagte sich nicht auch, daß es immer noch unendlich besser sei — wenn wir schon einen Ausgleich dieser Art hinnehmen müssen — wir haben den Ausgleich mit Herrn v. Koerber, als nur den Ausgleich, und Herrn v. Koerber nicht? Es ist sicherlich der Wunsch aller, deren Wünsche und Meinungen für einen Mann wie ihn Gewicht haben, daß Herr von Koerber dazu berufen werde, entweder die Mängel zu beseitigen, oder sie uns leichter ertragen zu machen. Wenn Herr v. Koerber Bedenken haben sollte, so möge er sich eines solchen Bedenkens entschlagen: das Volk wird ihn für den zu schließenden Ausgleich nicht verantwortlich machen, sondern ihm dankbar dafür sein, daß er trotzdem in so ernster Stunde die schwere Würde des Amtes auf sich genommen hat. So große Erwartungen verpflichtet, und wenn es auch ein schweres Opfer der Überzeugung sein mag, so wird sich Herr v. Koerber ihm nicht entziehen können.

Diese Zeilen waren heute vormittags, vor der Annahme, geschrieben; wir finden nicht, daß nach der Ernennung etwas an ihnen zu ändern wäre, weder an dem, was wir zu hoffen, noch was wir zu fordern uns für berechtigt halten. Höchstens daß jetzt, wo Dr. Koerber Ministerpräsident wird, das Fordern etwas stärker betont sei.

Der neue Ministerpräsident.

Die Mitglieder des Kabinetts Stürgkh haben heute, entsprechend einem gestern gefaßten Beschlusse, ihre Rücktrittsangebote überreicht, wodurch dem designierten Ministerpräsidenten Dr. v. Koerber für die Auswahl seiner Mitarbeiter der Weg bereitet ist.

Im „Bester Lloyd“ werden alle Mitteilungen der Blätter über das angebliche Ergebnis der Besprechungen, die Dr. v. Koerber über die Ausgleichsfragen hatte, ins Gebiet leerer Mutmaßungen verwiesen; Dr. v. Koerber habe diesbezüglich nur mit dem Minister des Äußern Baron Burian und mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Grafen Tisza, selbstverständlich vertraulich, verhandelt. — Aus der Annahme des Auftrages zur Kabinettsbildung durch Dr. v. Koerber geht immerhin hervor, daß in diesen Besprechungen auch in der Ausgleichsfrage eine Einigung erzielt wurde und daß Dr. v. Koerber sich zur Verantwortung für die Vereinbarungen bekennt, sonst hätte er eben die Kabinettsbildung nicht übernommen.

Die Wiener Blätter überschütten die kommende Regierung mit Hoffnungen, daß sich nun alles, alles zum Besseren wenden werde, wie in Uhlands Frühling; die Liberalen und sozialdemokratischen Organe wissen allerlei von einer weitherzigen Handhabung der Zensur und von der zweifellosen Mitwirkung des Parlaments zu erzählen. Das wäre gewiß recht erfreulich, aber wir möchten doch lieber die Tatsachen abwarten und den Tag nicht vor dem Abend loben, so überschwänglich der „Abend“ den neuen Tag preist. Wenigstens weiß der „Deutsche Pressebericht“ des Abg. Hummer zu erzählen, in den Nationalverbandskreisen „glaube man nicht, daß die Berufung Dr. v. Koerbers gleichbedeutend mit der Wiederaufnahme der Arbeiten des Abgeordnetenhauses sei“; es bestehe bloß die „Auffassung“, daß v. Koerber in dieser Frage „keinen prinzipiell ablehnenden Standpunkt einnehme“. Das hat bekanntlich auch Koerbers Vorgänger nicht getan; er war vielmehr, wie er wiederholt erklärte, prinzipiell für die Verfassungsmäßigkeit — was sich bei einem Führer der Verfassungspartei, der Graf Stürgkh war, übrigens von selbst versteht —, aber praktisch war er mit Rücksicht auf die Verhältnisse dagegen. Der Unterschied in den „diesbezüglichen“ Auffassungen beider Ministerpräsidenten wäre demnach nicht allzu groß.

Die „N. F. Vr.“, die den kommenden Mann bereits in einer Anzahl von Artikeln freudig willkommen hieß und ihn mit herrlichen Eigenschaften verschwenderisch ausstattete, aber auch mit Wünschen belud, findet denn auch gegenüber dem gekommenen Mann Worte vorsichtiger Einschränkung; Dr. v. Koerber erscheint ihr zwar immer noch, wenn sie an Parlament und Presse denkt, als „Gewinn“, aber:

Wir möchten Herrn v. Koerber nicht als Engel mit weißen Flügeln schildern, denn auch er hat sein sterblich Teil und genug von der Erden schwere. Vor den Unsicherheiten, die mit dem Kriege zusammenhängen, könnte niemand sagen, wie das neue Ministerium des Herrn von Koerber enden werde. Das liegt auf den Arien der Götter.

In der Fichtegasse verzichtet man dabei nicht darauf, dem Nationalverband mit der Erinnerung an den Leib zu rufen, daß Koerber vor 12 Jahren von Derjchatta und Kramar „durch gemeinsame Vertreibung“ eines Kredits im Budgetausschusse gestürzt worden sei.

Der Historiker Heinrich Friedjung nennt im „N. W. Tagbl.“ Koerber „den richtigen Mann an der richtigen Stelle“; damit wolle er aber „nicht die Erwartung auf ein neues Zeitalter, auf überraschende Taten, auf politische Genieblitze erregen“, sondern nur seine umfassende Kenntnis und seine Vorurteilslosigkeit,

die starke Seite seines Wesens, hervorheben; Koerber könne verlangen, daß man ihn unbefangenen beurteile:

Die Volksernährung, die Entscheidung über Polen und Serbien, die Sprachenfrage, die Verwaltungsreform, die künftige Geschäftsordnung des Reichsrates sind die nächsten Probleme, aber die Liste ließe sich aufs Doppelte und Dreifache vergrößern. Wer Koerber kennt, dem ist nicht bange, daß er über alle diese Angelegenheiten nicht bloß reiflich nachgedacht hat, sondern mit bestimmten, wohlgegliederten Anschauungen ins Amt tritt. Wer aber vermöchte vorauszusagen, auf welche Schwierigkeiten er, abgesehen von den bisherigen, noch stoßen, welche Widerstände ihm aus der europäischen Lage, aus den ungarischen Verhältnissen, aus den argen finanziellen Nachwehen des Krieges erwachsen werden?

In den Blättern, die schon lange auf eine Wiederholung der „Aera Koerber“ gewartet haben und schwer daran trugen, daß man „solche Männer müßig auf der Ringstraße spazieren gehen lasse“, gehört vor allen die „Arbeiter-Zeitung“, die denn auch gleichfalls den Weg der neuen Regierung mit großen Erwartungen pflastert. Eigenartig aber berührt es in Anbetracht der Umstände, daß das von Dr. Viktor Adler herausgegebene Blatt heute dem Opfer des Meuchelmörders Dr. Friedrich Adler, acht Tagen nach der Mordtat im Hotel Meißl und Schadm, bereits Sätze nachschleudert, die anscheinend als nachträglicher Kommentar verstanden werden wollen:

Die Aufgabe der neuen Regierung ist deshalb so groß und schwer, weil sie von Grund aus anders regieren muß als die jetzige. Der Grundgedanke des bisherigen Systems war nämlich sehr einfach: unter allen Umständen an der Macht zu bleiben und diesem Hauptzweck alles unterzuordnen und anzupassen; da die Macht verloren war, wenn das Gesetz wieder zu Ehren gekommen wäre, mußte das verfassungswidrige Regieren aufrecht bleiben. Jedermann fühlt, daß es so nicht weiter geht, daß das ein Zustand ist, der das Bewußtsein des Volkes demütigt; daß das ein Zustand ist, der die gesamte Entwicklung des Staates nach dem Kriege auf härteste gefährdet. Dieser Zustand, der den gedankenlosen Oesterreichern so natürlich schien, vor dem sich aber nun alle besreuzigen und bald keiner verhehen wird, wie man ihn nur so lange aushalten konnte, dieser Zustand hatte sich nur erhalten können, indem er die Ausnahmezustand des Krieges rücksichtslos gebrauchte, indem er die Kriegsnotwendigkeiten für sich nutzbar machte. Der Ausnahmezustand wurde ohne Scheu angewendet, um jeden Widerspruch zu ersticken. Die schredliche Entartung dieses selbstherrlichen Regierens, das sich um Volk und Volksvertretung einen Teufel schert, die muß die letzte Verfassungswidrigkeit in Oesterreich sein. Das Gefühl, das man Herrn v. Koerber entgegenbringt, ist eigentlich dieses: daß jener einschüchternde Druck, der alles im Staate lähmte, nun aufhört, daß die Widernatürlichkeit, wonach ein paar Menschen über unser gesamtes Wohl und Wehe souverän entscheiden, von einer normungsmäßigen Ordnung abgelöst wird. Es kommt nun eine neue Regierung, und man meint doch, es müsse eine neue Zeit kommen. Warum? Weil die alte unerträglich war und alles darangesetzt werden muß, daß Staat und Volk vor ihrer Wiederkehr behütet werden.

In dieser Darstellung des Blattes Viktor Adlers erscheint die Tat Friedrich Adlers, der bekanntlich „fühlte“, daß „es so nicht mehr weiter geht“, und „alles daransetzte“, den „unerträglich“ Zustand zu ändern, durchaus nicht als die „unfassbare“ Tat eines Menschen, der seinen Freunden als „Irrsinniger“ und „Wahnwitziger“ gilt.

28. IX. 1916

Wien, 27. Oktober. (Der Gewerbeverein für die Einberufung des Reichsrates.) In der letzten überaus zahlreich besuchten Vollversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines hielt der Vorsitzende, Präsident Schiel, eine Ansprache, in der er unter Beifall der Versammlung ausführte: „Als unserem Vaterlande und seinem treuen Verbündeten dieser furchtbare Verteidigungs- und Existenzkampf aufgedrängt wurde, war es gewiß ein Wunsch aller Patrioten, daß auch bei uns das verfassungsmäßige Leben uneingeschränkt pulsire. Der Niederösterreichische Gewerbeverein darf daher, gerade in Wahrung der ihm anvertrauten wirtschaftlichen Interessen, ungescheut jenen einsichtsvollen Politikern im Herren- und Abgeordnetenhaus ungeteilte Zustimmung zollen, welche sich für die Einberufung des Reichsrates und auf Grund dessen auch für den Zusammentritt der Delegationen ausgesprochen haben. Alle Staatsbürger empfinden die jetzigen politischen Zustände als einen Mangel unserer staatlichen Repräsentanz in dem Konzerte der Völker. Wir sind davon überzeugt, daß die Vereinigung der zwei Staatsgewalten — der Legislative und der Exekutive — in einer Hand, nämlich in der der Exekutive, auf die Dauer selbst die Kraft der stärksten Regierung übersteigen müsse, zumal angesichts der unendlich großen gesetzgeberischen und Verwaltungsschwierigkeiten in diesem Weltkriege. Wir betrachten es aber auch als eine geradezu selbstverständliche Voraussetzung, daß die Volksboten stets von der Bedachtnahme auf das oberste Staatsinteresse, von wahren Staatsgefühle geleitet, ihres hohen, gerade jetzt so sehr verantwortungsvollen Amtes walten werden.“

Zu Beginn der heutigen, stark besuchten Plenarversammlung des Niederösterreichischen Gewerbevereines widmete der Vorsitzende, Vizepräsident Edmund Stoll, dem verstorbenen Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh einen warmen Nachruf.

Eine neue Zeit.

Herr v. Körber ist mit der Bildung des neuen Ministeriums betraut worden; er hat die Aufgabe übernommen. Man wird wohl anzunehmen haben, daß die Schwierigkeiten mit den Ausgleichsvereinbarungen, die die bisherige Regierung dem neuen Manne als unwillkommene Erbschaft überläßt, in Budapest irgendwie zurecht gerückt worden sind; andere Schwierigkeiten können natürlich nicht austauschen. Herr v. Körber wird in der Auswahl seiner Mitarbeiter freie Hand haben: und Körbe holt man sich mit dem Anbot eines Ministerportefeuilles selten. Körber ist noch nicht ernannt, aber es steht natürlich schon heute fest, daß die Führung der österreichischen Politik in seine Hände gelangt.

Die Aufgabe der neuen Regierung ist deshalb so groß und schwer, weil sie von Grund aus anders regieren muß als die jetzige; diese Ueberzeugung ist allgemein. Der Grundgedanke des bisherigen Systems war nämlich sehr einfach: unter allen Umständen an der Macht zu bleiben und diesem Hauptzweck alles unterzuordnen und anzupassen; da die Macht verloren war, wenn das Gesetz wieder zu Ehren gekommen wäre, mußte das verfassungswidrige Regieren aufrecht bleiben und mußte verkündet werden, daß die Verfassungswidrigkeit die für Oesterreich einzig sachgemäße und die wahrhaft ersprißliche Regierungsform sei. Jedermann fühlt, daß es so nicht weiter geht, daß das ein Zustand ist, der das Bewußtsein des Volkes demütigt und gerade dadurch jener Stimmung Abbruch tut, die zu erhalten die Obrigkeitregierung angeblich so beflissen war; daß das ein Zustand ist, der die gesamte Entwicklung des Staates nach dem Kriege aufs stärkste gefährdet. Dieser Zustand, der den gedankenlosen Oesterreichern so natürlich schien, vor dem sich aber nun alle bekreuzigen und bald keiner verstehen wird, wie man ihn nur so lange aushalten konnte, dieser Zustand hatte sich nur erhalten können, indem er die Ausnahmsmacht des Krieges rücksichtslos gebrauchte, indem er die Kriegsnotwendigkeiten für sich nutzbar machte. Der Ausnahmestand wurde ohne Scheu angewendet, um jeden Widerspruch zu ersticken; wenn einmal von diesen siebenundzwanzig Monaten die Schleier gefallen sein werden, werden wahrlich den Bürgern die Augen übergehen... Das alles, was da verwüstet wurde, wieder aufzubauen, wird Zeit und Geduld brauchen; man wird dem neuen Manne beides zubilligen müssen. Aber eines ist unerlässlich: ein anderer Geist des Regierens, die unbeugsame Festigkeit, zur Volksvertretung zu halten, sie zu konsolidieren, ihr treu zu bleiben, redlich mit ihr zu verfahren. Die schreckliche Entartung dieses selbstherrlichen Regierens, das sich um Volk und Volksvertretung einen Teufel schert, die muß die letzte Verfassungswidrigkeit in Oesterreich sein. In der Reihe der mündigen, reifen und freien Völker wollen endlich auch wir unseren Platz einnehmen.

Man braucht den neuen Mann nicht zu überschätzen und hat doch das Gefühl, daß jene verlegende Tatsache, daß der ungarische Herr der Herr auch über uns ist, daß er in Oesterreich-Ungarn allein entscheidet und auch in Oesterreich mitspricht, daß sie nun ausgelöscht wird. Es mag für die Menschen bequem und vorteilhaft gewesen sein, von der ungarischen Allmacht

begönnet zu werden; für den Staat Oesterreich taugt ein solches Verhältnis seines dualistischen Genossen nicht. Es wird doch auch nicht ewig Krieg sein und einmal wird man über den Frieden und seine Gestalt nachdenken müssen. Daß dabei der Einfluß Oesterreichs lebendig ist, daß die Interessen Oesterreichs dabei gewahrt werden, ist eine große Notwendigkeit; und wie aussichtslos das bei der gegenwärtigen Regierung der Fall war, weiß jeder. Das Gefühl, das man Herrn v. Körber entgegenbringt, ist eigentlich dieses: daß jener einschnürende Druck, der alles im Staate lähnte, nun aufhört, daß die Widernatürlichkeit, wonach ein paar Menschen über unser gesamtes Wohl und Wehe souverän entscheiden, von einer vernunftgemäßen Ordnung abgelöst wird. Es kommt nun eine neue Regierung, und man meint doch, es müsse eine neue Zeit kommen. Warum? Weil die alte unerträglich war und alles darangesetzt werden muß, daß Staat und Volk vor ihrer Wiederkehr behütet werden.

Ernst v. Koerber.

Von Heinrich Friedjung.

Der richtige Mann an der richtigen Stelle. Diese Worte, nach reiflicher Erwägung niedergeschrieben, sollen aber nicht die Erwartung auf ein neues Zeitalter, auf überraschende Taten, auf politische Genieblitze erregen. Die Zeit ist hart, die Aufgaben sind groß, die Meinungen kaum zu überbrücken. Was aber umfassende Kenntnis in allen Zweigen der Staatsverwaltung und ein durchdringender Verstand zu leisten vermögen, wird unter einem Ministerium Koerber dem vielgeprüften Gemeinwesen zugute kommen. Die öffentliche Meinung bringt dem neuen Kabinettspräsidenten Vertrauen entgegen, es wird an ihm liegen, durch sein Wirken diese günstige Stimmung zu befestigen.

Herr v. Koerber darf verlangen, daß man ihn unbefangenen Beurteile, denn Vorrurteillosigkeit ist eine starke Seite seines Wesens. Es ist schwer oder eigentlich unmöglich, ihn in eine der gewöhnlichen politischen Kategorien und Denkrichtungen einzurücken. Während seines ersten Ministeriums war in Wort und Schrift offenes Aussprechen jeder Meinung gestattet wie kaum je zuvor nach 1848. Zeitungskonfiskationen kamen fast gar nicht vor. Kann man Koerber deshalb einen Liberale nennen? Dagegen spricht doch, daß er individuellem Eigenwillen eine starke

Staatsautorität entgegensehen will. Er begehrt in seiner Amtsführung dem schärfsten Gegenmaß der jungschöchischen Partei, die ihm das Leben durch die parlamentarische Obstruktion erschwerte. Dabei aber ist Koerber gewiß nicht vom Furor tunicus befeelt, sondern kennt so gut wie Einer die leider nichtwegzulugnenden Fehler, die auch von den Deutschen Oesterreichs begangen worden sind; die von ihm dem Parlament seinerzeit vorgelegten Sprachentwürfe haben Lust und Nicht unter den verschiedenen Nationalitäten unparteiisch verteilt. Sodann — es ist in allgemeiner Erinnerung, daß bei seinem Amtsantritte 1900 die Los-von-Rom-Bewegung Deutschösterreich durchzitterte. Er nun lehnte es ab, mit Zwang und Gewalt gegen sie vorzugehen. Es wäre aber ganz töricht, ihm deshalb eine vorgefaßte Meinung in religiösen Dingen zuzumuten. Demjenigen, die von ihm Gegenmaßregeln verlangten, erwiderte er, er wäre dazu bereit, wenn er sich von ihnen irgendwelchen Nutzen verspräche. Sein Rat war vielmehr, die Deutschen gerecht zu regieren und der früheren Bedrängung dieses Volkstammes ein Ende zu machen.

Dann, so sagte er mit der größten Bestimmtheit voraus, werde die Bewegung von selbst fließen, verdorren, absterben. Koerber hat recht behalten. Und wie unbefangenen stellte er sich zu den sozialen Problemen, zu der sozialdemokratischen Partei, die damals noch von den Angstmütern als dem Staate tod-

gefährlich verschrien wurde! Die sozialistische Presse hat dies trotz ihrer Oppositionsstellung unerbötlich anerkannt. Wer selbst bestimmte Grundsätze über die Methode der Regierung besitzt, wird auch andre vorurteilslos gewähren lassen können.

Koerber ist im Handelsministerium zu einer hohen Stelle emporgestiegen, dann wurde er Minister des Innern, verband damit zeitweise die Leitung der Justiz, und allgemein wird anerkannt, daß er dank seiner reichen Erfahrung und seiner Gabe, sich in jede Materie rasch hinauszuarbeiten, auch der Leitung der österreichischen Staatsfinanzen gewachsen wäre. Die Industriellen haben ihm das Zeugnis gegeben, daß er bei Etscheidungen und in den Handelsvertragsverhandlungen volles Verständnis für die groß- und kleingewerblichen Interessen zeigte. Diese seltene Helffertigkeit ist bei Koerber nicht das Ergebnis theoretischer Durchprüfung sondern entspringt bei ihm der eigenen Beobachtung, der Willigkeit, sich beschreiben zu lassen, der Klarheit des Verstandes, der ausverwickelte Materien auf die Elemente zurückzuführen fähig ist.

Es gibt keinen einsichtigen Beurteiler, der das bisher Gesagte bestreiten wird. Es läßt sich aber einwenden, daß jene hervorragenden Eigenschaften noch nicht das in sich schließen, was den schöpferischen Staatsmann ausmacht. Im gegenwärtigen Augenblick gilt es mehr als sonst, große Entwürfe zur Lösung der

29. IX. 1916

Große Aufgaben.

Dr. v. Koerber ist zum Ministerpräsidenten ernannt und mit der Kabinettsbildung betraut. Man wird auf die Liste der neuen Regierungsmänner wohl nicht lange zu warten haben. Vielleicht werden diese Namen schon ein Programm bedeuten, vielleicht wird das neue Ministerium auch irgendeine Form finden, mit einem bestimmten Programm vor die Öffentlichkeit zu treten. Solange man darüber nichts weiß, dürfte es angemessen sein, sich nur die außerordentlichen Aufgaben zu vergegenwärtigen, die des Kabinetts harren, und alles Uebrige mit philosophischer Geduld der Zukunft anheimzustellen. Die kommende Regierung wird, wie jede ihrer Vorgängerinnen, eine Fülle von Geschäften vorfinden, deren Erledigung mehr oder minder dringlich ist; allen anderen Staatsangelegenheiten aber wird ein Verwaltungsproblem voranstehen, über dessen Bedeutung und Dringlichkeit kein Wort weiter zu verlieren ist: die Volksernährung im Kriege. Was hier geleistet werden muß, ist nicht nur ein Stück Arbeit der Zivilverwaltung, sondern ein Teil der Kriegführung selbst. Wenn der Nahrungungsplan ein wesentliches Element im Kriegsplan unserer Feinde bildet, so muß das Gleiche auch von unserer organisatorischen Gegenwart gelten. Durch die lange Dauer des Krieges und durch die Verschärfung der feindlichen Sperrmaßnahmen ist das Er-

nährungsproblem für die belagerten Mittelstaaten immer größer und schwieriger geworden, andererseits haben aber zwei Kriegsjahre reiche Erfahrungen und Lehren geboten, um für das dritte Jahr unsere Organisation auszugestalten und zu vervollkommen. Daß wir in Oesterreich noch nicht auf der Höhe stehen, daß insbesondere die Versorgung der Groß- und Mittelstädte, die geregelte Zufuhr und Verteilung noch viel zu wünschen übrig lassen, weiß jedermann aus der Beobachtung des täglichen Markt- und Straßenlebens. Neben der richtigen Verteilung der vorhandenen Bedarfsgüter handelt es sich aber auch um Sicherung der Produktion für den künftigen Bedarf da wir ja mangels jeder verlässlichen Terminberechnung für Krieg und Frieden nichts Besseres tun können, als uns gleichsam für einen ewigen Kriegszustand einzurichten. Und zu der sorgfamen Pflege aller natürlichen Quellen, aus denen unsere Nahrung fließt, gehört schließlich noch der Schutz gegen künstliche Hemmungen des Zuflusses: gegen Ankauf und Preiswucher in jeder Gestalt. Das Ernährungsproblem ist ein so vielverzweigtes und verwideltes, daß es trotz aller gesammelten Erfahrungen noch immer weit jenseits aller Verwaltungsroutine liegt und nach einem schöpferischen Geist verlangt, der neue Wege findet, und nach einer energischen Persönlichkeit, die die egoistischen Widerstände bändigt.

Die Bevölkerung erwartet auf diesem Gebiet der Verwaltung, auf dem auch bisher die Arbeit nicht stillgestanden, namhaft gesteigerte Leistungen. Was soll man aber vollends von dem Gebiet der inneren Politik sagen, auf dem seit Kriegsbeginn ein völliger Stillstand herrscht! Die parlamentarische Tribüne geschlossen, die konstitutionelle Pressefreiheit durch die Zensur ersetzt — diese Ausschaltung jeder Kontrolle und Kritik wurde gewiß von Anfang an als schweres Uebel empfunden, aber man nahm es nicht tragisch, weil man mit einer kurzen Kriegsdauer und einem flüchtigen Übergangszustand rechnete. Indessen sind wir nun in den dritten Kriegswinter hineingeraten, und das innerpolitische Uebel ist aus einem akuten zu einem chronischen geworden. Was man unschwer erträgt, wenn man an rasche Besserung und Genesung glaubt, wirkt unerträglich, wenn kein Ende abzusehen ist. Daß wir der einzige Staat im kriegführenden Europa sind, in dem

ohne Volksvertretung regiert wird, der einzige Staat, in dem die zensurierte Presse keine Anlehnung an ein die Volksfreiheiten schützendes Parlament findet, das ist ein Zustand, mit dem eine seit einem halben Jahrhundert rechts- und wahlmündig gewordene Bevölkerung sich doch nicht auf unbegrenzte Wartezeit zufriedengeben kann. Aber gerade die chronisch gewordenen Uebel bieten der Heilkunst die größten Schwierigkeiten. Das neue Kabinett wird sein politisches wie sein administratives Leistungsvermögen an Problemen erster Ordnung zu erproben haben. Was Oesterreich jetzt braucht, ist viel Verstand und viel Glück.

Ministerpräsident Dr. von Korber.

Die heutige „Wiener Zeitung“ verlautbart die nachstehenden Allerhöchsten Handschreiben:

Lieber Freiherr v. Burian!

Ich setze Sie in Kenntnis, daß Ich den Geheimen Rat Dr. Ernest v. Korber laut des in Abschrift mitfolgenden Handschreibens anlässlich seiner Ernennung zu Meinem österreichischen Ministerpräsidenten vom Amte Meines gemeinsamen Finanzministers in Gnaden enthebe.

Zugleich betraue Ich Sie zeitweise mit der Leitung Meines gemeinsamen Finanzministeriums sowie mit der Obersten Zentralleitung in Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina.

Wien, am 28. Oktober 1916.

Franz Josef m. p.

Burian m. p.

Lieber Dr. v. Korber!

Anlässlich Ihrer Ernennung zu Meinem österreichischen Ministerpräsidenten enthebe ich Sie in Gnaden von dem Amte Meines gemeinsamen Finanzministers und spreche Ihnen Meine volle Anerkennung und Meinen wärmsten Dank für die in dieser Stellung und insbesondere an der Spitze der bosnisch-herzegowinischen Landesverwaltung geleisteten ausgezeichneten Dienste aus.

Wien, am 28. Oktober 1916.

Franz Josef m. p.

Burian m. p.

Die Enthebung der österreichischen Minister.

Lieber Prinz
zu Hohenlohe-Schillingsfürst!

Ich nehme die von Meinen österreichischen Ministern Mir unterbreitete Bitte um Enthebung vom Amte genehmigend zur Kenntnis und beauftrage Meine österreichischen Minister bis auf weiteres mit der Führung der Geschäfte. Zugleich teile Ich Ihnen mit, daß Ich am heutigen Tage den Dr. Ernest v. Korber zu Meinem österreichischen Ministerpräsidenten ernannt habe und seinen Anträgen wegen Bildung des neuen Ministeriums entgegensehe.

Wien, am 28. Oktober 1916.

Franz Josef m. p.

Hohenlohe m. p.

Die Ernennung Dr. v. Korbers.

Lieber Dr. v. Korber!

Ich ernenne Sie zu Meinem österreichischen Ministerpräsidenten und setze Ihren Anträgen wegen Bildung des neuen Ministeriums entgegen.

Wien, am 28. Oktober 1916.

Franz Josef m. p.

Korber m. p.

Die gemeinsame Versammlung der Christlichsozialen Vereinigung und des Deutschen Nationalverbandes.

Wie bereits gemeldet, wird in Einleitung der Durchführung der gemeinsamen Aktionen der Christlichsozialen Vereinigung und des Deutschen Nationalverbandes des Abgeordnetenhauses eine gemeinsame Versammlung der Mitglieder der beiden Parteien stattfinden. Die gestern ergangenen Einladungen zu der gemeinsamen Versammlung, die Donnerstag, den 9. November, um 10 Uhr vormittags im Sitzungssaale des Wiener Gemeinderates abgehalten wird, sind namens der drei an der Aktion beteiligten Körperschaften, Deutscher Nationalverband, Christlichsoziale Vereinigung und Wiener Christlichsoziale Parteileitung, von Abgeordneten Dr. Groß, Abg. Schraffl und Bürgermeister Dr. Weiskirchner unterzeichnet. Auf der Tagesordnung der gemeinsamen Versammlung stehen zwei Punkte: 1. Ernährungsfragen im Staat, Land

und Gemeinde, zu welchem Gegenstand als Redner hervorgetreten sind die Abgeordneten Dr. Freigler, Stöckler, Dr. Damm und Bürgermeister Doktor Weiskirchner, und 2. finanzielle Zukunftsfragen unter besonderer Berücksichtigung der Preisbildung nach dem Kriege. Als Redner zu diesem Punkt erscheinen die Abgeordneten Dr. Steinwender, Fink, Dr. Urban, Dr. Bobirsky, Dr. Freiherr v. Fuchs und Dr. Waldner.

Graf Stürgkh

(von unserm Korrespondenten)

Wien, am 21. Oktober 1916.

Anfangs November 1911, als Graf Stürgkh eben zum Ministerpräsidenten ernannt worden war, schrieb ich an dieser Stelle im „Bund“, daß ich überzeugt sei, daß er der ihm gewordenen Aufgabe nicht gewachsen, zu ihrer Lösung ganz unfähig sei. Ich sagte ferner es sei zu hoffen, und sicher zu erwarten, daß seine Regierung höchstens fünf Wochen dauern würde. Aus diesen fünf Wochen sind fast fünf Jahre geworden, und es wären sicher noch mehr geworden, trotz der Krisengerüchte, die immer wieder aufstanden, wenn nicht die ruchlose Tat eines an Geist und Gemüt anormalen, fast pathologischen Exaltados, seinem Leben heute plötzlich ein Ende bereitet hätte. Ich habe mich in meiner Prophezeiung geirrt, aber selbst heute, am Tage des tragischen Hinscheidens des Grafen Stürgkh, bin ich nicht imstande zu sagen, daß die lange Dauer seines Wirkens Oesterreich zum Nutzen gereicht hätte. Er war nicht der Mann den Stier bei den Hörnern zu packen, er glaubte stets eine Gefahr zu bannen, wenn er ihr aus dem Wege ging, eine Schwierigkeit zu beheben, wenn er sie hinausjoh. Er war kein kraftvoller, impulsiver Staatsmann, sondern nur ein ehrlicher, fleißiger Verwahrer und Verwalter.

Aber wie scharf man immer die Politik des Grafen Stürgkh insbesondere als Ministerpräsident verurteilen mag, einen ehrenvollen Nachruf kan man dem Menschen Stürgkh selbst wenn man zu seinen stärksten Gegnern gehörte unmöglich versagen. Er war ein Cavalier durch und durch, dabei persönlich bescheiden, und anspruchslos. Er war ein grenzenloser Bewunderer seines Kaisers, und dessen treuester Diener. Konservativ in seinen Ansichten, phlegmatisch in seinem Temperament, zeigte er sich stets ruhig, und gemessen. Jede Leidenschaft war ihm fremd, aber er war treu seinen Prinzipien und seinen Freunden. Er war ein nobler Charakter; der Intrige war er nicht zugänglich, wen er einst seinen Freund genannt, dem vergah er dies nicht, selbst wenn er später in das Lager seiner Gegner übergegangen war. Die Angriffe seiner Feinde ließen ihn ganz kalt; allen Angriffen gegenüber verwies er nur auf eines, das ihm mehr war, als alles andere, was das Fundament seiner Ruhe, den Ansporn seiner Arbeiten bildete: das Vertrauen seines Kaisers. Man hat ihn vielfach für einen Feind des Parlaments gehalten; das ist nur zum Teil richtig. Er ist selbst aus dem Parlament hervorgegangen, allerdings aus dem alten Kurienparlament, in dem er sich mit am aller energischsten gegen das allgemeine Wahlrecht ausgesprochen hat. Gegen dieses war er als Mensch und als Politiker. Er war kein Feind des Parlaments als solchem, wohl aber stand er dem jetzigen, aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgegangenen Reichsrat nicht sympathisch gegenüber. Daß ihm das gegenwärtige Abgeordnetenhaus nicht sehr sympathisch war, kann man dem Grafen Stürgkh nicht verübeln, wohl aber, daß er nichts getan hat, sich das Haus sympathischer zu gestalten.

So wenig man Graf Stürgkh politisch einen Demokraten nennen konnte, so bürgerlich gestaltete sich sein Leben. Er hatte nichts vom Grandseigneur, obwohl er einem alten, an Traditionen und Ehren reichen steiermärkischen Adelsgeschlechte entstammte. Er führte bestenfalls das Leben eines Landedelmannes, um nicht zu sagen das Leben eines einfachen Bürgers. Seit Jahrzehnten pflegte er „beim Meißl“ — wie man das in Wiener Patrizierkreisen sehr beliebte „Hotel Meißl u. Schadn“ kurz nennt — täglich zu speisen, und diese Gewohnheit legte er auch als Ministerpräsident nicht ab. Er saß stets mitten im allgemeinen Speisesaal, wie jeder andere Gast, nur daß ein invarieller Tisch

für ihn ständig reserviert war, und daß er meist in Gesellschaft von ein oder zwei hervorragenden Beamten oder Politikern war. Er verzehrte dort sein frugales, echt wienerisches Mittagessen, und die Mehrzahl der Gäste des Hotels, insbesondere die Fremden, ahnten gar nicht, daß sich der Ministerpräsident Oesterreichs in so unmittelbarer Nähe von ihnen befand.

Hier an dieser ihm lieb gewordenen Stätte hat er den letzten Atemzug getan. Es unterliegt keinem Zweifel daß Friedrich Adler aus politischen Gründen zu seinem Mörder wurde. Aber nicht die Politik des Grafen Stürgkh, sondern die verschrobene Auffassung Adlers in politischen Dingen, war die Ursache dieses Attentats. Friedrich Adler ist der Sohn des allgemein persönlich hochgeachteten Nestors der österreichischen Sozialdemokratie, des Reichsratsabgeordneten Dr. Viktor Adler. Wohl hat Friedrich Adler von Jugend an sozialdemokratische Ideen in sich aufgenommen. Er ist aber physisch und psychisch nicht normal, und hat diese Ideen in ganz eigenartiger Weise in sich weiterentwickelt. Er war mit seinem Vater seit Jahren zerfallen, ein theoretischer marxistischer Gräbler, der von praktischer Politik nichts verstand.

Es wäre daher ganz gefehlt, dem Mord am Grafen Stürgkh insofern eine politische Bedeutung beizumessen, als man ihn als Folge einer politischen Bewegung oder gar sozialdemokratischer Bestrebungen ansehen wollte. Die Politik des Grafen Stürgkh mag viele Gegner gehabt haben, aber es waren Gegner des Systems, nicht des Grafen Stürgkh. Niemand in Oesterreich hatte ein Interesse an seiner Ermordung, denn kein Vernünftiger kann daran zweifeln, daß die politische Auffassung des Grafen Stürgkh auch nach seinem Tode fortleben wird.

Das Attentat, dem Graf Stürgkh zum Opfer fiel, ist nicht eine Folge der gegenwärtig in Oesterreich maßgebenden Politik und wird auch keine Aenderung in dieser Politik zur Folge haben.

30./X. 1916

Oesterreich-Ungarns Thronfolger und die Deutsch-Oesterreicher.

Der Erzherrzog Karl Franz Joseph war, als er infolge der Ermordung des Erzherrzogs-Thronfolgers Franz Ferdinand v. Oesterreich am 28. Juni 1914 zur Thronfolge ausersehen war, ein unbekanntes Mann. Man wußte zu wenig von ihm, hatte ihn zu wenig beobachtet, zu selten sehen können und fast nie sprechen hören. Dann brach der Krieg aus, und der damals 27jährige Prinz zog ins Feld. Wenn man damals österreichisch-ungarische Soldaten sprach, die ihn draußen an der Front gesehen hatten, so konnte man allerlei unpaathische Züge des neuen Thronfolgers erfahren. Bei den Soldaten ist es, das wir wissen, ungemein beliebt. Man lobt sein leutseliges Wesen, sein gutes Herz, seinen echten Sinn für Kameradschaft.

Heute werden uns weitere Charakterzüge bekannt. Erzherrzog Karl hat mit der alten Ueberlieferung, die unter dem verstorbenen Thronfolger Franz Ferdinand ihren Höhepunkt erreicht hatte, gebrochen. Jene Ueberlieferung nämlich, die von den Deutschen, die den Habsburger Staat geschaffen und lebensfähig gemacht hatten, nichts mehr wissen wollte und es als unpatriotisch an den Pranger stellte, wenn sich ein Deutsch-Oesterreicher eine Kornblume ins Knopfloch steckte. Die Tschechen aber wurden in den Vordergrund gerückt, wurden in alle Zentralämter gestellt, wurden künstlich zu einer großen Nation gestempelt. Und Blindheit und Bernarrtheit gingen so weit, daß man oben nichts dagegen einzuwenden hatte, wenn Leute, wie die Tschechenführer Dr. Kramarsh und Universitätsprofessor Dr. Masaryk, nach Moskau und Belgrad gingen, um jene Kette von Ereignissen vorzubereiten, die mit der Ermordung Franz Ferdinands begonnen und in allerlei tschechischen Hochverrats- und Ueberläuferprozessen ihre Fortsetzung gefunden hat. Auch Ministerpräsident Stürath stand im Banne dieser Ueberlieferung.

Jetzt scheint es besser zu werden für unsere deutschen Brüder in Oesterreich, die ihr kostbares Blut auf dem Altar des Vaterlandes vergossen haben; die siegreich gegen Rußland — wir erinnern nur an den Durchbruch bei Gorlice — gekämpft, in Montenegro wahre Wunder der Tapferkeit vollbracht haben (Erfürmung des Boewen) und in Italien Träger waren der so glücklich begonnenen Offensive. Wir sind gewiß, daß niemand in Deutschland, selbst wenn er einzelne Erscheinungen in dem uns verbündeten Nachbarstaat nicht immer ganz verstanden haben sollte, niemals auch nur ein Wort des Tadels gegen unsere deutschen Volksgenossen in Oesterreich geäußert hat. Nun finden die ungeheuren Blutopfer der wackeren Deutsch-Oesterreicher auch oben Anerkennung. Und noch mehr. Man besinnt sich endlich auf die Deutschen und ermahnt sie an ihre hohe Kulturmission. Es ist der Thronfolger selbst, der solche Worte sprach. Wie wir den „Mittellungen des Vereins Südmark“ (Graz) entnehmen, hat der Erzherrzog-Thronfolger Karl Franz Joseph in einem Gespräche mit einem

heroortragenden Deutschen in Teschen folgendes gesagt:

„Die Deutschen sollen selbstbewußt und mit Stolz auftreten. Sie sollen betonen, was sie jetzt in diesem Kriege und auch früher für den Staat getan haben. Sie sollen ihre Befriedigung darüber äußern, daß das deutsche Volk seine alte Mission als staatserkhaltendes Element wieder beweisen konnte, und daß es sich gezeigt hat, daß das wahre Deutschtum in Oesterreich, die dynastischen Bestrebungen und die staatserkhaltenden Faktoren eins sind.“

An diese Worte knüpfte er die Mahnung, es möge auch unter den Deutschen ein Heer von Mitarbeitern geschaffen werden, die auf den Ruhm verzichten lernen, bei jeder Gelegenheit genannt zu werden.

Zugleich erfahren wir, daß in den Volksschulen Istriens die deutsche Sprache als Pflichtgegenstand eingeführt wird.

Wien, 30. Oktober. (Drahtbericht unseres Berichters.) Im kaiserlichen Handschreiben über die Enthebung der bisherigen Minister und die Vertrauung Körbers mit der Kabinettsbildung fällt die Formalität auf, die von den Blättern als bedeutsam bezeichnet wird. Der Kaiser spricht nicht, wie bisher üblich, vom „Ministerium der im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“, sondern vom „österreichischen“ Ministerpräsidenten und seinen „österreichischen“ Ministern. Das ist die Folge der erst jüngst bei der Regelung der Wappenfrage für die diesseitige Reichshälfte eingeführten amtlichen Bezeichnung „Kaisertum Oesterreich“, in der man die Absage an die staatsrechtlichen Sonderwünsche zu erblicken hat.

30/X. 1916

165

Die neue Aera Koerber.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters.

* Wien, 29. Oktober.

Noch bevor Herr v. Koerber Ministerpräsident wurde — und um es mit ruhigem politischem Gewissen zu werden — hat dieser Staatsmann einen klugen Schritt getan. Stürgghs Erbschaft zu übernehmen, konnte er sich nicht zumuten, und er knüpfte lieber seine Rückkehr zur Macht an Bedingungen, deren glatte Bewilligung durch Ungarn keineswegs sicher war. Als er Mittwoch nach Budapest fuhr, sagten seine Feinde: „Er macht den großen Rotou vor Ungarn und vor Tisza.“ Denn sie sahen zunächst nur die beiden Möglichkeiten voraus, daß er den Ausgleichsentwurf des Grafen Stürggh in toto zerreißen, oder daß er ihn in toto annehmen müßte. Aber auch ihn zu vernichten, wäre unklug, und bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis beinahe unmöglich gewesen. Zwar war die Fertigstellung des Entwurfs vom Ministerpräsidenten in ganz ungewohnter Art bis in die letzten Wochen geheimgehalten worden. Aber nun war er da, und von einem Tage zum andern war sein Nachfolger vor die Frage gestellt, ob er ihn sofort annehmen oder ablehnen sollte.

Koerber tat das Klügste. Er sucht ein technisches Provisorium und verschiebt die Entscheidung. Im Vertrauen auf den allgemeinen Ruf nach ihm wußte er wohl, daß Tisza ihm diese Verschiebung nicht verweigern konnte, ohne für immer als der Mann zu gelten, der Oesterreich in entscheidender Stunde um seinen besten Führer gebracht hätte. Nun ist im Ausgleich der Wettlauf dieser beiden bedeutenden Staatsmänner aufgehoben. Aber der neue Mann hat Zeit, die Fragen der Ernährung und Vertretung des Volkes zu bedenken und zu entscheiden. Ein Jahr, so verlautet bestimmt, ist gewonnen, der alte Ausgleich bis Ende 1918 verlängert.

Erschwert wird dadurch zunächst der deutsche Vertrag mit der Monarchie, doch nur zunächst. Denn dieser muß weiter behandelt und müßte formell ebenfalls um ein Jahr verschoben werden. Kommt der Friede unerwartet früher, könnte noch immer die Verschiebung zurückgenommen werden. In jedem Falle wird unter Koerber die Idee der gleichzeitigen Behandlung des deutschen Vertrages mit dem Ausgleich die Herrschaft gewinnen, wie sie hier kürzlich dargelegt wurde, soweit es Oesterreich betrifft. Von grundlegender Wichtigkeit war ja für Deutschland nur, zu wissen, ob diese beiden Staaten weiter ein Zollgebiet bilden und ob sie das auf 20 oder 25 Jahre festlegen werden. Auch diese letztere Frage muß nun wohl prinzipiell von Ungarn bejaht worden sein; freilich weiß man noch nicht, um welchen Preis. Die anderen Hauptpunkte des Ausgleichs, vor allem die Quote zur Verteilung der gemeinsamen Lasten auf die beiden Staaten, aber auch der autonome Tarif, gehen uns in Deutschland nur indirekt an.

Weit rigorosser dürfte Koerber sich zu anderen Fragen seines Vorgängers stellen. Erstens muß Koerber nach seiner ganzen parlamentarischen Vergangenheit die Sprachordnung, die Graf Stürggh zur Otkronierung vorbereitet hatte, als solche verworfen. Er selbst hat ja bereits vor 14 Jahren eine Sprachenordnung dem Parlamente vorgelegt, denn er war nie ein Freund des § 14 und war für die Machtlosigkeit des damaligen Parlaments nicht verantwortlich. Zweitens wird Koerber den vom Grafen Stürggh verbannten Reichsrat früher oder später einberufen, wahrscheinlich schon im Dezember, und zwar zu einer kurzen Tagung, etwa mit dem Programm: Wahl der neuen Delegation, große Kriegskundgebung aller Parteien mit Bewilligung der Kredite und schließlich Debatte über die Ernährung. Dann könnte im Januar die neue Delegation tagen, bis im Frühjahr der Reichsrat zu seiner eigentlichen großen Tagung zusammenträte.

Die dritte und vielleicht wichtigste Neuerung wird Koerber in der Wahl seiner Minister darlegen. Zu den gestern gemeldeten Namen treten alle Stunden neue, aber noch ist nichts gewiß. Das Ausscheiden Peths aus dem Finanzministerium würden wir Deutsche besonders bedauern. Das neueste und interessanteste ist aber die Meldung, daß Exzellenz Stibral heute abend aus Salzburg hier eintreffen wird. Stibral gilt als einer der besten Köpfe der Monarchie, der sich ganz wie Koerber vor einem Jahrzehnt verdrossen zurückgezogen hat und einen neuen Ruf nach Wien mehrmals überhörte. Er ist es, der 1890 den deutsch-österreichischen Handelsvertrag zum Abschluß brachte. Mag immerhin der damalige Vertrag der verbündeten Monarchie günstiger gewesen sein als uns: der Mann, der ihn schloß, hat

seine Fähigkeit darin um so deutlicher erwiesen und hat sogar Bismarcks großen Beifall gefunden. Nach 25 Jahren könnte er der Monarchie gewiß keinen kleinen Nutzen bringen. Denn während er in Salzburg jahrelang Mozart studierte und das Mozarteum erbaute, blieb er als der größte Kenner des österreichischen Handels ein ferner Prophet, bei dem die Jüngerer sich noch in letzter Zeit Rat holten.

Das neue Ministerium tritt unter den günstigen Anzeichen zusammen. Sein Präsident ist in Deutschland so beliebt, daß die heutigen Begrüßungen der deutschen Presse jene der österreichischen an Wärme noch übertreffen. Schon zeigen sich die Zeichen lang entbehrter Freiheit: die Zensur läßt heute Leitartikel erscheinen, die sie noch vor drei Tagen durch weiße Flecke ersetzt hätte. Presse und Publikum hoffen auf umfassende Besserung. Die genaueste Kenntnis der wirtschaftlichen Umstände entwickelt ein natürliches Gefühl für das Volk, das er auf langem Spaziergängen beobachtet. Vor allem das Vertrauen des ganzen Landes stützt dieses Lebenswerte, rasche Temperament in der schweren Aufgabe einer vollkommen inneren Erneuerung.

Emil Ludwig.

Deutschnationale und Christlichsoziale.

Ueber die Veranstaltung einer gemeinsamen Versammlung der Mitglieder der Christlichsozialen Vereinigung und des Deutschen Nationalverbandes, beziehungsweise die gemeinsam in Angriff genommenen Aktionen der beiden Parteien auf dem Gebiete der Ernährungsfragen und finanziellen Angelegenheiten äußerte sich ein Mitglied der Deutschen Arbeitsgemeinschaft: „Die Absicht, gemeinsame Aktionen deutscher Parteigruppen zu unternehmen, ist nur die Erfüllung der vielfach, insbesondere von freirechtlicher Seite geäußerten Wünsche, durch zweckentsprechenden Zusammenschluß möglichst vieler deutscher Parteigruppen ein politisches Zusammenwirken der verschiedenen parlamentarischen Kräfte zu erzielen. In diesem Sinne wird ja bekanntlich auch an die Bildung eines deutschen Blocks gedacht. In derselben Absicht ist es ja auch gelungen, einer Anzahl von freirechtlichen Abgeordneten, die bisher außerhalb des Deutschen Nationalverbandes standen, im Wege der Bildung der Deutschen Arbeitsgemeinschaft die Mitarbeit am gemeinsamen Werke zu ermöglichen. Von diesem Gesichtspunkte aus ist auch die Tatsache der Veranstaltung gemeinsamer Versammlungen und Aktionen des Deutschen Nationalverbandes und der Christlichsozialen Vereinigung zu betrachten. Auch die Einsetzung eines Ausschusses, der zu diesem

Zwecke aus Vertretern der beiden Parteien gebildet wurde und aus neun Vertretern des Deutschen Nationalverbandes und neun Vertretern der christlichsozialen Partei (und zwar fünf von der Christlichsozialen Vereinigung und vier von der Wiener christlichsozialen Parteileitung) besteht, ist von demselben Gesichtspunkte aus zu beurteilen.“

Beratung der deutschböhmisches Abgeordneten

Die infolge des tragischen Ablebens des Grafen Stürgkh auf einen späteren Zeitpunkt verschobenen Besprechungen der deutschen Abgeordneten aus Böhmen finden untermehr in den ersten Tagen des November statt. Der gemeinsame Vorstand versendet die Einladungen zu diesen Beratungen, welche von den Vorstandsmitgliedern Graf Erwein Rostitz, Pacher, Dr. Schreiner, Urban und Zuleger gefertigt sind. Demnach findet am 4. November um 6 Uhr abends im Deutschen Hause zu Prag eine gemeinsame Vorstandssitzung des deutschen Landtagsverbandes in Böhmen und der Vereinigung der deutschböhmisches Reichsrats-Abgeordneten statt, die der Vorbesprechung der Tagesordnung der Vollversammlung der beiden Verbände gewidmet ist.

Die Tagesordnung umfaßt die folgenden Punkte: 1. Mitteilungen des Vorstandes; 2. die neue politische Lage und die Forderungen der Deutschen in Böhmen; 3. das „Osterprogramm“ der Deutschen in Oesterreich und 4. Allfälliges.

Der ursprüngliche Zweck der Versammlung war es, einem vom deutschen Volksrate an die Parteien gerichteten Wunsche zu entsprechen, das sogenannte Osterprogramm in Beratung zu ziehen. Bei diesem Gegenstande wäre naturgemäß auch die Frage der Einberufung des Reichsrates erörtert worden. Da inzwischen eine Aenderung des verfassungstreuen Großgrundbesitzes über das Osterprogramm vorliegt, wird auch diese in die Beratungen am 15. November einbezogen werden, um so mehr, als die Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes den Wunsch nach Ausfüllung von Lücken im genannten Programm geäußert haben. Der Vorstand wird auch Mitteilung über das neue Kabinett machen. Bei dieser Gelegenheit wird der Antrag gestellt werden, den Standpunkt der Deutschen Böhmens in einer Gedenschrift niederzulegen und diese dem neuen Ministerpräsidenten zu überreichen.

31./X. 1916

Das neue Ministerium. Die Bildung fast abgeschlossen.

Wien, 30. Oktober.

Jeder einzelne Minister des neuen Kabinetts wird große Lebenserinnerungen haben. Die Maßverhältnisse sind über alles bisherige Denken hinausgewachsen, nicht bloß in der äußeren, sondern auch in der inneren Politik, wo so wichtige Veränderungen aus dem Kriege sich entwickeln. Viele sagen, daß Minister von heutzutage zu bedauern seien, weil der Anteil des menschlichen Willens an der Politik durch den Zwang des Krieges geringer werden müsse. Wie niemand jetzt über sich bestimmen kann und wie die riesenhaft gesteigerten Ereignisse ein Gefühl der Ohnmacht und der Unfreiheit zurücklassen, so dürfte es auch den Ministern gehen, die von unabänderlichen Notwendigkeiten in der äußeren und inneren Politik beherrscht werden. Höhere Mächte als die von neuen Ministern ordnen durch Beschlüsse oder durch Waffen, was in unseren Tagen geschehen und in ferneren Zeiten gelten solle. Der aus den klügsten Männern zusammengesetzte Ministerrat kann sich nur vor dem Unabwendbaren beugen, das im Rechte des Stärkeren ruht, in einer Welt, die sich aus Blut und Eisen aufbaut. Dennoch sind Männer zu beneiden, die durch ihr Amt tiefere Einsichten in einen Abschnitt der Geschichte bekommen, der für die Mitlebenden dunkler ist als für spätere Geschlechter und in seiner Eigenart trotz der veröffentlichten diplomatischen Sammlungen noch so wenig in den letzten Beweggründen und in den triebhaftesten Empfindungen der Völker durchforscht ist. Die neuen Minister werden in den Werkstätten sein, wo Staaten erhoben und erniedrigt werden, wo nach Tod und Verderben die Völker hinübergeleitet werden sollen in die Zukunft, in die Schöpfungen des Friedens. Die Vorstellung ist nicht zu läßt, daß die neuen Minister an solchen Arbeiten werden teilzunehmen haben. Der Gesichtskreis ist noch verengt, aber wie glücklich müßte der sich fühlen, der in solchen Stunden beginnender Erlösung auch nur ein Schraubchen sein dürfte am Webstuhl der Zeit und mithelfen könnte an Tagen, da die Völker mit sehnenenden Augen wieder den aus der Sündflut aufsteigenden Berg Ararat suchen.

Herr v. Koerber hat um das Ministerium einen Kranz vollkörniger Aehren gewunden, gepflückt vom Acker österreichischer Talente. Franz Klein als Justizminister, Franz Stibral als Handelsminister, Bobrzynski, politisch eine der wichtigsten Ernennungen in diesem Augenblicke, lauter Namen, die zu uns sprechen, lauter Männer, deren rühmliche Vergangenheit sie zur Mitwirkung im Räte der Krone empfiehlt. Wäre es nicht veraltet und würde es nicht eine Schwäche der Anpassungsfähigkeit zeigen, wenn aus der Liste der übrigen Minister die politische Richtung des Kabinetts abgeleitet werden sollte? Es ist wahr, daß der konservative Adel aus Böhmen und die Polen von Persönlichkeiten mit starkem parlamentarischen Einschlag im Ministerium durch den Führer der Rechten des Herrenhauses, Heinrich Grafen Clam-Martinić, und durch einen der begabtesten Staatsmänner aus Galizien, Herrn Bobrzynski, vertreten sind. Die anderen Gruppen des Herrenhauses und die deutschen Parteien des Abgeordnetenhauses haben durch keinen aus ihrer Politik hervorgegangenen Minister die gleiche Fühlung, die gleichen Zusammenhänge mit den leitenden Kräften der Verwaltung. Zu den Gesinnungsverwandten der ehemaligen Mehrheit im böhmischen Landtage darf auch der Arbeitsminister hinzugezählt werden und dennoch haben wir keine Lust, in diesem Kriege, da alles, was früher war, so morsch und hinfällig geworden ist, die Frage des Besitzstandes im Ministerium aufzuwerfen. Wir glauben nicht, daß die

Angung in Oesterreich, daß europäische Notwendigkeiten von solchen Zufälligkeiten abhängen können. Wir nehmen sie gleichgültiger hin, weil die Sicherheit, daß die innere Politik von ehedem bestehen könnte, täglich wächst und weil niemand dauernd bestehen könnte, der gegenüber dem Ergebnisse des Krieges teilnahmslos und ohne tieferes Verständnis wäre. Keine einzige Gruppe des öffentlichen Lebens in Oesterreich ist so verändert aus dem Kriege hervorgegangen wie die Rechte des Herrenhauses. Vergleichen wir den Grafen Silva-Tarouca, den Abgeordneten des Hauses mit beschränktem Stimmrechte des Volkes, mit demselben Grafen in der Rechten des Herrenhauses. Für die wirtschaftliche Annäherung an Deutschland, für ein enges politisches Bündnis, für den Reichsrat und die Delegationen! Nach solchen Erfahrungen möchten wir auch einen Wandel in der Politik des Grafen Clam-Martinić nicht für ausgeschlossen halten, obgleich keine öffentliche Kundgebung sicheres Zeugnis gibt. Die Stürme haben in allen Ländern viele Menschen zusammengewürfelt, die sich früher gegenseitig nicht ausstehen mochten.

Es wird darüber gesprochen werden, ob das Ministerium mehr nach rechts oder nach links schaue. Wir können gegenwärtig, da die ernsteste Sorge darauf gerichtet ist, das Volk vor Bedrängnissen zu hüten, über solche Unterscheidungen nicht mit der früheren Spannung grübeln, weil die Nahrungspolitik beständig das politische Denken gefangen nimmt und die Verneigungen vor dieser oder jener Partei nebensächlicher macht. Mit der Regierung ist auch ihr Schicksal geboren worden. Wenn sie die Vorräte, über die wir verfügen, sammeln, planmäßig verteilen, Ungarn zur Mitwirkung heranziehen und für die Notdurft sorgen kann, wird sie auf der Höhe ihrer Verantwortung und ihrer Pflicht sein. Die Ereignisse sind jetzt so viel größer als die Menschen, daß innere Politik nur ein Stück der Weltpolitik und der Weltgestaltung sein kann. Keiner hat jetzt viel Freiheit, darin zu wollen; auch ein Minister nicht. Wenn schon im Frieden unsere innere Politik die Reizung hatte, in äußere anzuschlagen, wie enge sind diese Verbindungen jetzt im ernstesten Kriege aller Zeiten.

Deshalb ist für uns das Merkmal des Ministeriums die Vereinigung von Männern wie Franz Klein, Franz Stibral und Bobrzynski, der, von einigen Bischöfen gestützt, dem öffentlichen Leben in einem so bewegten Augenblicke, da Oesterreich wie vor einem Aufzeihen steht, wiedergegeben worden ist. Vielleicht ließe sich aus der Zusammenziehung schließen, daß der Reichsrat und die Delegationen vorbereitet werden; vielleicht ist der politische Zusatz in einem Beamtenministerium zugleich ein Taften bei einzelnen Parteien, eine Bindung parlamentarischer Einflüsse, die einst Herrn v. Koerber schmerzlich berührt haben und an die er gedacht haben mochte, als er in der Rede an die Beamten des Gemeinsamen Finanzministeriums, an die Schwierigkeiten und Widrigkeiten im öffentlichen Leben erinnerte. Was sind uns heute die Seiten der österreichischen Geschichte, auf denen solche Schwierigkeiten und Widrigkeiten erzählt werden, die Begebenheiten in der Zuminacht, in der Herr v. Koerber um die Mitternachtsstunde aus Schönbrunn zurückkehrte und den von Erregung geschüttelten Abgeordneten die Vertagung des Hauses mitteilte. Es kann niemand derselbe sein, der er war, und jeder spürt den Drang, der aus der politischen Bitterung kommt und das Bedürfnis erzeugt, die Auffassung für das innere Werden der Ereignisse zu haben. Viel wird gestritten, wie es nach dem Kriege sein werde, und die Zweifler lächeln und meinen, es werde sein, wie es früher gewesen ist. Die innere Politik wird jedoch nicht mehr sein, was sie einst war. Sie wird aus dem Kriege hervorgehen und das Ministerium kann sich nur dann selbst erfüllen, wenn es die Entwidlung vorahnt und sich ihr anschließt.

Kompetenzschränken.

Die Liste der Persönlichkeiten, aus denen sich das Kabinett Koerber zusammensetzen soll, ist, wie man hört, bereits vollzählig, und die offiziellen Ernennungen dürften unmittelbar bevorstehen. Man wird also die neue Regierung bald an der Arbeit sehen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß der Hauptgegenstand dieser Arbeit die Volksernährungsfragen bilden werden. Auf diesen Punkt muß sich ja jetzt alles konzentrieren, was in der Führung der Staatsverwaltung an Lichtigkeit, Scharfsinn und schöpferischer Begabung vorhanden ist. Es kann sich dabei selbstverständlich nicht darum handeln, neue Nahrungsmittelvorräte aus dem Nichts hervorzuzaubern, sondern nur darum, die gegebenen Bestände aus Licht zu bringen, in Verkehr zu setzen, und vor allem: ste zweckmäßig und gerecht zu verteilen. Daß diese Bewirtschaftung der Nahrungsmittelvorräte im Kriege nur von einer staatlichen Zentralstelle durchgeführt werden kann, und daß eine solche Stelle, wenn sie erfolgreich wirken soll, über eine weitverzweigte Organisation und weitreichende Vollmachten verfügen muß, darüber gibt es sowohl

Befolgung zu erzwingen, nötigenfalls durch Suspendierung des faumseligen oder ungehorsamen Beamten. Und das ist nun gerade der springende Punkt. Eine Zentralgewalt kann in Ernährungsfragen nur dann erfolgreich wirken, wenn sie wirkliche Gewalt ist und lokale Widerstände, Widerstände des Sonderinteresses gegen das Gesamtinteresse, zu brechen vermag. Daß das ungarische Ernährungsamt auch vor den Heiligtümern der Komitatsautonomie nicht Halt machen muß, das ist ein Segen, und das ist ein ausgezeichnetes Grundgesetz — vorausgesetzt, daß in Ungarn die Theorie der neuen Einrichtung auch zur Praxis wird. Das neue österreichische Kabinett, das jetzt ins Amt tritt, findet in dieser wichtigsten Verwaltungsfrage der Kriegszeit sofort Gelegenheit, sich zu betätigen und sich von einer schädlichen bürokratischen Schablone loszusagen. Auch unser Ernährungsamt braucht Kompetenzerweiterung und Aktionsfreiheit.

in Deutschland wie in Oesterreich-Ungarn kaum mehr eine Meinungsverschiedenheit. Ueberall hat angeichts der Unzulänglichkeiten und Störungen der Nahrungsmittelversorgung die öffentliche Meinung den Ruf nach einer Ernährungsdiktatur erhoben. Diesem allgemeinen Volkswunsche wurde zuerst in Deutschland Rechnung getragen, und zwar durch die Errichtung des Kriegsernährungsamtes, dessen Präsident, Herr v. Batoeki, ein ungemein rühriger, mit modernen, volkstümlichen Mitteln arbeitender Verwaltungsmann, in der Tat alle Eigenschaften zu besitzen schien, die die schwierige Aufgabe erforderte. Trotzdem hat seine nunmehr halbjährige Wirksamkeit nicht die Erfolge gezeitigt, die man in Deutschland von dem neuen Kriegsernährungsamt erwartet hatte. Die Schuld lag aber nicht an den unzureichenden Kräften des Mannes, sondern an der unzureichenden Organisation des Amtes. Staatsrechtliche Schwierigkeiten und Bedenken hatten es eben von vornherein nicht zugelassen, daß dem Amt eine diktatorische oder auch nur den praktischen Bedürfnissen halbwegs angemessene Vollzugsgewalt eingeräumt werde.

In Oesterreich und Ungarn ist man erst ein halbes Jahr später an die Errichtung von Ernährungsämtern geschritten. In Oesterreich, wo weder Verfassung noch Verwaltungsherkommen ein unüberwindliches Hindernis gebildet hätten, diesem Amt die weitestgehenden Vollmachten und Befugnisse zu übertragen, wurden dessen Kompetenzen trotzdem mit so viel Ungestlichkeit abgejirtelt, daß man schließlich wohl sagen kann, wenn unser Ernährungsamt untergeordnet ist, aber eigentlich nicht recht weiß, wem es übergeordnet ist. Diesen Hauptpunkt: die Ausstattung mit genügender Vollzugsgewalt, hat man in Ungarn besser getroffen. Nach dem ungarischen Statut hat der Präsident des Ernährungsamtes nicht nur das Recht, an allen sein Ressort betreffenden Ministerratsverhandlungen teilzunehmen, sondern das noch viel wertvollere Recht, der gesamten Beamtenschaft der Komitate und Municipien unmittelbare Weisungen zu erteilen und deren sofortige

Die Hauptfrage.

Das Kabinett Koerber ist gebildet, und es sind durchweg Namen von Rang, aus denen sich die neue Ministerliste zusammensetzt. Allerdings läßt sich darum noch nicht sagen, daß der Zusammenklang dieser Namen auch bereits ein Programm bedeute. Unter den neuen Ministern finden sich hervorragende Beamte, ausgezeichnete Sachmänner, angesehene Politiker, aber es bestehen da so starke Verschiedenheiten der geistigen Herkunft und Individualität, daß der berechtigste Wunsch rage wird, über die gemeinsamen Absichten, die diese Männer zusammengeführt haben, Aufklärung zu erhalten. Unter normalen Zeitverhältnissen brauchen wir darauf nicht lange zu warten: in der nächsten Parlamentssitzung würde sich der Ministerpräsident erheben, um eine programmatische Regierungserklärung abzugeben. Wie die Dinge aber jetzt liegen, dürfte sich hierzu nicht so bald Gelegenheit finden. Und doch gibt es, nachdem ein tragischer Zufall einen Kabinettswechsel herbeigeführt hat, eine große Zahl von Fragen, auf die unsere österreichische Öffentlichkeit gern eine authentische Antwort erhielte. Das ist nicht so die übliche Neugier, mit der man auch sonst immer darauf gewartet hat, was ein neuer Ministerpräsident zu sagen haben werde. Unsere Politik empfängt unter dem Druck der großen Kriegseignisse Spannungen, die viel ernster sind als je zuvor. Und über alle Politik hinweg, die vielleicht doch immer nur eine Minorität

von Teilnehmern anregt, reißt sich ein Niesenproblem empor, an dem alle interessiert sind, hoch und nieder, Mann und Weib, alt und jung, die ganze Bevölkerung ohne Ausnahme. Es mag eintönig sein, immer wieder darauf zurückzukommen, aber unser ganzes Volksleben im Kriege ist nun einmal auf diesen einen Ton gestimmt: Wir möchten über die Ernährungsfrage Bescheid erhalten.

Durch siebenundzwanzig Kriegsmonate hat die österreichische Verwaltung an dieser Frage gearbeitet und ein ganzes System von Erzeugungs- und Handelsorganisationen, von Verbrauchs- und Preisregelungen geschaffen. In der jüngsten Zeit wurde eine besondere Zentrale errichtet, das Ernährungsamt, das noch in den Anfängen seiner Entwicklung und seines Wirkens steckt und das noch keine klare Abgrenzung gegenüber den anderen wirtschaftlichen Ressorts und dem Ministerium des Innern gewonnen hat. Mitten in diese bedeutungsvolle und dringliche Organisationsarbeit, die keine Störung erfahren darf, fällt nun ein Kabinettswechsel, mit dem alle einschlägigen Ressorts neu besetzt werden. Da drängt sich von selbst die Frage auf, ob nun auf den betretenen Wegen weitergeschritten oder ein neuer Weg gesucht werden soll. Vorläufig ist niemand über das, was geplant ist, unterrichtet. Wohl aber weiß alle Welt, daß unsere Kriegswirtschaft in wichtigen Punkten, besonders was die Verteilungs- und Preispolitik betrifft, noch lange nicht auf der Höhe steht, und daß hier rasch und tief eingreifende Reformen notwendig sind. Tritt die neue Regierung mit der Absicht vorläufigen Zuwartens oder mit der Absicht sofortiger Änderungen an diese Fragen heran? Hierüber Aufklärung zu erhalten, ist ein Bedürfnis der weitesten Volkskreise, und wir zweifeln nicht daran, daß der neue Kabinettschef diesem allgemeinen Wunsch Rechnung tragen wird. Fehlt uns auch bis auf weiteres die parlamentarische Tribüne, so gibt es doch andere Formen, zur Öffentlichkeit zu sprechen, und Dr. v. Koerber, der auf diesem Gebiet kein Neuling ist, wird die für seinen Zweck geeignetste Form gewiß ohne Schwierig-

keit finden. Nicht ein Regierungsprogramm, wie es zu Friedenszeiten Brauch war, erwarten wir heute, nicht Aufschlüsse über vielerlei Einzelfragen der Politik und Verwaltung, sondern nur ein paar klare, gemeinverständliche Worte über gewisse Grundelemente der österreichischen Politik und vor allem über das gegenwärtig ausschlaggebende Verwaltungsproblem: die Organisation der Nahrungsmittelversorgung in der Kriegszeit.

Neuer Geist.

Vom Abgeordneten **J. W. Dobernig.**

Ein wirklicher Staatsmann ist österreichischer Ministerpräsident geworden. Doktor o. Koerber gehört zu jenen wenigen Persönlichkeiten, die den Namen eines Staatsmannes mit Recht verdienen, weil sie es sind. An solchen Erscheinungen ist unser bureaukratisches und parlamentarische Leben arm, sehr arm. Die repräsentablen Sektionschefs, die im Bedarfsfall an die Stelle ihrer Minister gesetzt werden könnten, sind dünn gejätet, und die Parlamentarier, die ein Kabinett aufputzen würden, fast an den Fingern einer Hand zu zählen. Das erklärt sich aus schablonenhafter Erziehung, aus der Unterdrückung selbständiger Naturen und aus der Scheu hervorragender Talente, sich öffentlich zu betätigen.

Auch Herr v. Koerber hat etwas vom Schicksal, das bedeutenden Männern blüht, an sich erlebt. Nach einem geradezu glänzenden Aufstieg in der Beamtenlaufbahn, nachdem er nicht nur Fachminister, sondern Ministerpräsident und in dieser Stellung zugleich sein eigener Minister des Innern und sein eigener Justizminister gewesen, ist dieser selten begabte und unermüdet fleißige Mann zehn Jahre lang spazieren gegangen! Er hatte es jedenfalls verschmäht, sich in eine der Pfründen einzufassen zu lassen, die Zuflucht und Ruheposten für ausrangierte Minister sind. Dafür widmete er sich wissenschaftlichen Studien und machte große Reisen. Die Akademie der Wissenschaften setzte ihn an eine Stelle, auf der vorher weltberühmte Gelehrte gestanden. Sonst hörte man von ihm wenig, den Kreisen, in denen politische Größen von einst, die noch immer Hoffnungen hegen, das Wort führen, blieb Koerber fern, einer der feinsten, und geschicktesten Köpfe, die wir in Oesterreich besitzen, blieb in der Stille seines Studierzimmers und die jüngste politische Generation kennt den Namen nur vom Hörensagen.

Vor zwei Jahren wurde ein Gemeinsamer Finanzminister gebraucht, der oberste Verwaltungsbeamte für Bosnien und die Herzegowina. Herr v. Koerber kam in seiner leisen Art aus der Verborgenheit hervor und führte die ihm übertragenen, bis dahin ganz fremden Geschäfte mit bekannter Gewissenhaftigkeit und zäher Energie. Jetzt ist er wieder österreichischer Ministerpräsident. Er wurde gerufen, weil auf diesem Platze ein Staatsmann benötigt wird, kein Dugendmensch, jetzt mehr denn je. Ein Führer ohne politische Voreingenommenheit, ohne Kastendünkel, ein verlässlicher Ordner der zerfahrenen Dinge, ein klarer, weitblickender Geist.

Dr. v. Koerber findet auf seinem Wege drei der schwierigsten Aufgaben. Er hat zunächst Oesterreich wieder in die ihm Ungarn gegenüber gebührende Stellung einzusetzen. Das schiefe Verhältnis, in das wir geraten waren und das dem der Unterordnung schon beinahe ähnlich sah, muß wieder zu einem geradlinigen werden, dem Grafen Tisza muß in dem österreichischen Ministerpräsidenten wieder ein gleichwertiger Gegenpol ersichen. Tisza ist ein viel zu kluger Politiker, als daß er darin eine Beeinträchtigung seiner Macht erblicken würde. Wir glauben vielmehr, es sei ein Interesse der Gesamtmonarchie,

wenn neben einem mit fester Hand gelenkten Ungarn auch ein Oesterreich mit einer zielbewußten Regierung, die nicht von der Gunst des Tages lebt, bestehe. Dazu ist erforderlich, daß der Verordnungsreichtum eingeschränkt, jedoch die schaffende Tat in die Welt gesetzt werde. Die Ernährungsmittelunordnung muß durch einen Ausgleich beseitigt, die schamlose Bewucherung der Bevölkerung mit der größten Strenge verfolgt werden.

Wir wollen durchhalten bis zum ehrenvollen Kriegsende, wir können es aber nur, wenn der Ausgleich in der Verteilung der Lebensbedürfnisse zwischen Trans und Bis und innerhalb unserer Reichshälfte zwischen einzelnen Ländern sowie zwischen den verschiedenen Schichten erfolgt. Das zustande zu bringen, ist eine weitere Aufgabe Koerbers. Wir brauchen auch dringend den neuen Geist im gesamten inneren Verkehr. Der Freund des Parlamentarismus, als der sich Dr. v. Koerber bewährte, kann die parlamentarischen Einrichtungen wieder zu Ehren und zur Geltung bringen, er besitzt wie wenige die Eignung, die Parteien auf der gemeinsamen Grundlage und zu gemeinsamer Arbeit zu vereinigen und ein Führer des Staatsganges zu sein, wie ihn das Vaterland in dieser so schweren Zeit haben muß. Der Ministerpräsident, der schon einst ein moderneres Preßgesetz vorgelegt hat, wird vor den Auswüchsen der Zensur die Augen nicht verschließen. Wir werden seine Hand auch auf diesem Gebiete bald spüren.

In den österreichischen Völkern ruht eine ungeheure Fülle von Kraft, von Opferbereitschaft, von Hingabe und Selbstverleugnung. Mit solchen Schätzen arbeitet ein guter Hauswirt sparsam, doch um so erfolgreicher. Dr. v. Koerber kennt das Reich und kennt die Völker. Er weiß zu würdigen, was in ihnen liegt. Auch sie dürfen ihm vertrauen wie einem redlichen Sachwalter. Es hat zu Beginn des Krieges wiederholt geheißt, daß schließlich derjenige siegen wird, der die besten Nerven hat. Herr v. Koerber ist ein Mann mit ausdauernden Nerven. Sie sind eine Teilbürgschaft des Erfolges seiner Tätigkeit. Jeder echte Oesterreicher muß dem neuen Ministerpräsidenten den Erfolg wünschen, ihm, dem Vaterlande und sich selbst.

1. XI. 1916.

Neues Regiment.

(Wiener Brief.)

—, 30. Oktober 1916.

Der Schuß aus der Pistole des Attentäters, der den Grafen Karl Stürgkh hinstreckte, hat das ganze Ministerium getroffen und nicht bloß seinen Präsidenten. Es ist nicht mehr.

Es ist zwar eine naturgemäße Erscheinung im politischen Leben, daß der Sturz eines Ministerpräsidenten all seine Ressortminister mitzieht, aber man hätte es in diesem Falle immerhin vermeiden können, den Willen eines Attentäters zu erfüllen, man hätte nur einem anderen Mitgliede des Stürgkh'schen Kabinetts das Präsidium übertragen brauchen. Prinz Hohenlohe, der schon einmal ein Ministerium leitete, war ganz nahe zur Hand, denn er hatte vor einiger Zeit ja das Ministerium des Innern in diesem Kabinett übernommen. Und sein Name hat keinen üblen Klang, er steht sehr gut mit der sozialdemokrati-

schen Partei und er war der erste Statthalter von Triest, der schon vor dem Kriege den Mut fand dort Ordnung zu schaffen. Es bekam ihm freilich nicht gut, denn er fiel, weil man um Gotteswillen keinen Konflikt mit Italien wollte.

Nun, man ging an dem Prinzen Hohenlohe vorüber und holte Herrn Dr. Ernest von Koerber wieder. Er war schon einmal Präsident eines Ministeriums mit weitgehenden Absichten und starkem Willen. Aus zehnjähriger Abgeschiedenheit berief ihn der Kaiser bei Kriegsbeginn an die Spitze der bosnischen Verwaltung und übertrug ihm das Amt eines gemeinsamen Finanzministers. Man wollte seine kräftige Persönlichkeit nicht feiern lassen nach der Mordtat von Sarajevo und so war auch er jetzt ganz nahe zur Hand, er steht mitten in der Entwicklung dieses Krieges und tritt nicht aus der Stille eines allzu langen Privatlebens in die Öffentlichkeit. Auch ist er als Ministerpräsident durchaus keine Ueberraschung, sein Name gehört zu den geläufigsten unter denen unserer Staatsmänner, es gab wohl niemanden, der seine neuerliche Berufung nicht gebilligt hätte. Es umgibt den Dr. v. Koerber der Nimbus eines modernen Menschen. Und er ist einer der kenntnisreichsten, gebildetsten Männer Oesterreichs. Wirtschaftlich gebildet und politisch geschult, ein starker Arbeiter und ein Mann von höheren Zielen, so steht sein Charakterbild vor uns. Denn er hat schon in allen Ressorts gearbeitet, er war auch Handelsminister und hinterließ dort das beste Andenken, er war auch Minister des Innern und wies der politischen Verwaltung neue Wege. Und als Ministerpräsident wollte er nicht nur die böhmische Frage lösen, er überraschte die Welt auch mit dem grandiosen Problem der Wasserstraßen, an dessen Lösung er eine Milliarde wenden wollte. Vor eine große wirtschaftliche Aufgabe wollte er jene Länder, in denen der nationale Streit am lebhaftesten tobte, stellen. Sie sollten sich mit anderen Dingen beschäftigen müssen als mit Sprachenverordnungen, Minoritätsschulen und neuen Bezirkshauptmannschaften.

Das ist ihm nicht ganz gelungen. Er unterschätzte diese Fragen, er wurde durch Obstruktionen im Reichsrat belehrt, daß sich die Völker nicht zwingen lassen und langte schließlich auch beim § 14 an, so wie mancher seiner Vorgänger. Das wollte er nicht. Und verdrossen und verärgert zog er sich zurück.

Aber er hinterließ ein gutes Andenken. Als ein Mann von Tatkraft, von eigenen Ideen, von starkem Willen stand er immer vor uns. Und jetzt wurde er als Nachfolger des schlaftrigen Grafen Stürgkh berufen, der sich ganz und gar auf das bequeme Schlummerkissen des § 14 gelegt hatte und mit ihm sogar den Weltkrieg zu Ende zu führen gedachte. Daß man gerade Koerber aus-

erwählte, diese Nachfolgerschaft anzutreten und daß er schon wenige Stunden nach dem Attentat nach Schönbrunn berufen wurde, das läßt darauf schließen, daß er schon lange für diese Aufgabe ausersehen war, daß er die Reserve des Kaisers gebildet hat hinter dem Kabinett Stürgkh.

Zu dieser Stunde bildet sich Dr. v. Koerber sein eigenes Kabinett. Vielleicht ist es schon fertig und ernannt, wenn meine Zeilen vor dem Leser erscheinen. Ob er lauter neue Männer bringt oder einige der bisherigen Minister beibehält, ist noch ungewiß, darum sei kein anderer Mann genannt als der des Chefs selber. Er ist Bürgschaft genug für einen neuen Kurs, denn daß Dr. v. Koerber die Stürgkh'sche Regierungsart nicht fortsetzen wird, das erscheint gewiß. Es war ja bezeichnend, daß der neue Mann sich sogleich mit dem Grafen Tisza ins Einvernehmen setzte, denn ehe er die Berufung annahm, mußte er wissen, wie weit Graf Stürgkh die neuen Ausgleichsverhandlungen geführt und welche Zugeständnisse er an Ungarn gemacht hatte. Unbefehlen wollte er das Stürgkh'sche Erbe nicht. Und da er ein Mann von reifster wirtschaftlicher Bildung ist und mit seiner ganzen Vergangenheit in volkswirtschaftlichen Problemen wurzelt, so war es ihm ein Leichtes, den so verschlungenen Komplex von Ausgleichsfragen zu übersehen und sich rasch davon zu überzeugen, ob er den getroffenen Vereinbarungen zustimmen könne oder nicht. Und es scheint, daß ihm die Uebernahme der Verantwortung bedenklich erschienen wäre. Die Gerüchte, die hinter ihm aufplatterten, als er von Budapest heimkam, haben sich wieder verflüchtigt und wir stehen am Beginn einer neuen Ära Koerber. Der wirtschaftliche Ausgleich mit Ungarn ist ja nur eine Episode, ein notwendiges Uebel. Alle Einfichtigen wissen, daß er auf mindestens ein Vierteljahrhundert geschlossen werden mußte, wenn er diesen Charakter verlieren und nicht der Nährvater aller Gegensätze und aller politischen Stänkerer bleiben soll wie bisher. Es gibt keinen dauernden Frieden zwischen den beiden Reichshälften, so lange man schon fünf Jahre nach jedem getroffenen Ausgleich den Paß über den künftigen beginnt. Ob Tisza und Koerber uns endlich mit dem Geschenk eines längeren Ausgleichs beglücken werden, ist zur Stunde noch ungewiß.

Wichtig ist für uns in Oesterreich die Frage, was Koerber in dem Jahrzehnt seines Privatlebens und in der Zeit dieses Krieges an neuen Erkenntnissen über unseren inneren Frieden, über das Nationalitätenproblem und den Verwaltungsapparat für neue Erkenntnisse gewonnen hat. Denn davon wird viel abhängen. National hat sich Dr. v. Koerber nie gebunden, er ist der Altösterreicher,

der es mit keinem verderben will und er möchte wohl am liebsten eine eigene österreichische Sprache erfinden für alle Völker. Mit dieser Art von Oesterreichertum ist es aber längst zu Ende. Die Treibhauspflanze wird nur noch im Theresianum gezüchtet, aus dem ja auch Koerber hervorging, so wie Gautsch, Wienerth, Hussarek und wie sie alle heißen, die Beglückter der kleinen Nationen auf Kosten des Deutschtums. Wenn Koerber aus diesem Kriege nicht eine ganz bestimmte Lehre gezogen hat, dann ist er der Mann dieser Stunde nicht.

Wir werden ja bald erfahren, wie er und sein Kabinett sich namentlich gegenüber dem Reichsratsproblem und gegenüber all den Ernährungsfragen, die uns auf den Fingern brennen, stellen. Auf das Andere, das Größere, wollen wir geduldig warten. An Vertrauen für Dr. v. Koerber fehlt es nicht.

1. / XI. 1916

Das neue Ministerium Koerber.

Wien am 31. Oktober.

Ministerpräsident Dr. v. Koerber hat die Zusammenfassung seiner Regierung vollendet. Mit dem Allerheiligentage tritt das neue österreichische Kabinett in seine Würden und Pflichten.

Die neue Regierung Koerber trägt keine politische Marke; sie zeigt sich als ein reines Beamtenkabinett, durch eine Berufung aus der größten Gruppe des Herrenhauses ergänzt; einige tüchtige Fachleute, Kenner der Verwaltung und des praktischen Lebens gehören ihr an.

Wenn der sachliche Zug, den Namen wie Schwarzenau, Stibral, Marek, Schaible anzudeuten scheinen, der neuen Regierung ihre Note gibt, so wird man damit zufrieden sein. Zur Stunde ist es besser, mit Vermutungen und Voraussagen zu sparen. — Die Luft ist so der großen Probleme voll, die Ernährungsfragen, die Wirtschaftspolitik im Verhältnis der beiden Reichshälften, die großen politischen und nationalen Angelegenheiten, die aus dem Weltkrieg unmittelbar hervowachsen, die unaufschiebbaren Reformen in Verwaltung und innerem Staatsaufbau, das alles ist so bedeutend, vielgestaltig und dringend, daß das neue Ministerium sehr bald wird zeigen müssen, wie es reiten kann.

Mehr als die Neuberufungen, reden die Abberufungen aus dem Kabinett über Stellung und Aufgaben des neuen Ministeriums. Es ist gewiß nicht von ungefähr, daß alle Minister der Regierung Stürgkh, die mit dem Ausgleich und den Ernährungsfragen zu schaffen hatten, neuen Männern den Platz räumen. Gewisse äußere Vorgänge, welche der Übernahme der Ministerpräsidentenschaft durch Dr. v. Koerber vorangegangen sind, haben deutlich gezeigt, daß die Stürgkh-Spizhmüllerschen Ausgleichsvereinbarungen mit Ungarn von dem neuen Ministerpräsidenten nicht ohne weiteres übernommen werden konnten. Starke Bedenken gegen diese Abmachungen müssen Dr. v. Koerber erfüllt haben, damit er sich zu der Reise nach Budapest entschloß, durch welche seine Betrauung hinausgeschoben wurde. Daß unter diesen Umständen der Handelsminister Dr. v. Spizhmüller sowie die anderen Minister, die an der Zustandbringung dieser Ausgleichsabmachungen teilgenommen hatten, in das neue Kabinett nicht aufgenommen zu werden vermochten, liegt auf der Hand.

Dazu kommt, daß die ersten Äußerungen des neuen Ministerpräsidenten einen Neuaufbau der Kriegsernährungspolitik erwarten lassen, eine Arbeit, die auch an der Oesterreichischen Zentraleinkaufsgesellschaft, der ehemaligen „Miles“, nicht wird vorübergehen kann. Die

christlichsoziale Partei hat wiederholt durch den Mund ihrer Vertreter im Gemeinderate sowie durch Abordnungen, welche sie an die leitenden Regierungsstellen entsandte, ihren schweren Bedenken gegen Grundlagen und Wirksamkeit dieser Gesellschaft Ausdruck verliehen und es ist bekannt, daß diese Gesellschaft eine Gründung v. Spizhmüllers war und sich stets seiner besonderen Förderung erfreute. Der Ministerwechsel zieht aus der Unhaltbarkeit dieser Dinge die letzte Folgerung und zeichnet damit, wie man wohl annehmen darf, den neuen Männern auch eine Art Reformprogramm vor.

Was wir brauchen, ist eine Regierung, die enge Berührung mit dem Leben des Volkes hat, mit der Fülle ihrer Verfügungsgewalt nicht ein Chaos einander widersprechender, peinigender Verordnungen anrichtet, sondern diese Allmacht zu rascher Hilfe, kluger Vorkehrung, energischer Besserung zu gebrauchen weiß, eine Regierung, die starkmütig und gewaffnet ist gegen Wucher- und Ausbeutertum, gegen die Drückeberger und Bedrücker der verschiedensten Gattungen und von der man sieht, daß sie genug Schneid hat, die Lehren des Weltkrieges für Oesterreich in die Tat umzusetzen. Seit Jahr und Tag wartet man auf dieses erlösende Geschehen und manche Entbehrungen und manches schwere Opfer wären denen draußen in den Schützengraben und denen, die im Hinterlande getreulich für das Durchhalten sorgten, leichter angekommen, wenn sie sich hätten überzeugen können, daß sie nicht umsonst gestritten und gelitten haben werden und endlich in so vielen Versäumnissen Ordnung gemacht wird. Zujauchzen würde man einer Regierung die einmal den Mut zum Handeln für Oesterreich fände und die an innerer aufbauender Arbeit für die Festigkeit und das Ansehen des Reiches vollendete, was unsere Tapferen im Felde begonnen haben.

Die erste Regierung Dr. v. Koerbers ging an der unbezwingbaren Obstruktion zugrunde — nun kann die zweite Ministerpräsidentenschaft Dr. v. Koerbers Rache nehmen für damals, indem sie in- und außerhalb des Parlamentes die Obstruktion zu Boden zwingt und Ordnung macht. Sowohl in der Gesetzgebung wie in der Verwaltung. —

Wir warten auf die Tat. Das ist es, was wir dem neuen Ministerium zum Grusse sagen möchten.

1. XI. 1916

176

Das neue Ministerium.

Der Ministerpräsident Herr Ernst v. Koerber als politische Persönlichkeit hat am Tage seiner Ernennung in magistraler Weise der Viktorier Dr. Heinrich Fiedlung geschildert. Das neue Ministerium vereinigt mehrere Persönlichkeiten von feststehender weltbekannter Autorität und auch Beamten großen von unbestrittener Sachkenntnis zu gemeinsamer Wirksamkeit, über die man natürlich erst von der Zukunft wird belehrt werden können. Aus dieser Zusammenlegung politische Schlüsse über Verlauf und Ziel der österreichischen Politik zu ziehen, da verschiedene Richtungen und Weltanschauungen darin vertreten sind, werden wir uns wohl hüten. Herr v. Koerbers markante Persönlichkeit gibt dem Kabinett die Signatur. Die Oesterreicher sind trotz ihres unbezwinglichen Hanges zum Räsionieren geborne Optimisten, die sich schon aus Gemütslichkeit die kommenden Tage gern rosig ausmalen. Darum hofft jeder am liebsten das Beste, und das ist ein höchst angenehmes Geschenk für ein neues Ministerium. Von den verschiedenen auf dem vordersten Plan stehenden Aufgaben ist die größte und schwierigste die Bewältigung des durch den Krieg ge-

schaffenen Ernährungsproblems. Ernste Politiker, aber auch müßige Politiker werden darüber viele Worte verlieren und bestrebt sein, ihren Lösungen den Stempel eines allheilbringenden Arkanaums aufzudrücken. Manche von diesen Lösungen werden in der Tat das Ergebnis tiefen Nachdenkens und weiser Erfahrung sein, andre hingegen dem unkontrollierten Geist ungebundener Willkür entspringen. Das Kabinett wird den Weizen von der Spreu zu säubern haben. Auch wenn die Tribüne für Regierungserklärungen, der Reichsrat, bereits frei wäre, könnte das Ministerium kaum etwas anderes tun, als an das Vertrauen der Öffentlichkeit zu appellieren. Da aber die Stürken des Parlaments noch geschlossen sind, wird das neue Kabinett mehr denn je nur nach seinen Taten beurteilt werden müssen. Nur kann man jetzt schon Kühn behaupten, daß der Wunsch der Oesterreicher, das Sternruder des Staatschiffes keinen Augenblick dem Zufall überlassen zu sehen, lauter und eindringlicher ertönt als wie zuvor. Uns umringen auf unsre Vernichtung ausgehende Feinde; darum sieht jedermann im Inneren des Herzens wie des Verstandes die elementare Wahrheit, daß eine frumm organisierte Einigkeit im Hinterland ebenso imposante Formen annehmen müsse

wie die in glanzvollen Taten und in wahrhaft herzerhebenden Heroismen sich äußernde Einigkeit unserer Brüder in Waffen auf dem blutgetränkten Schlachtfeld. Die Autorität des Herrn v. Koerber, sein Prestige, seine langjährigen Erfahrungen als Regierungsmann erhöhen in bedeutendem Maße die Erwartungen der österreichischen Völker, laßt ihm aber auch eine Bürde auf, die zu tragen einen reichen Schatz von abferwilligem Patriotismus voraussetzt. In Verminnt, Einsicht, Gewissenhaftigkeit, Rechlichkeit, Festigkeit und Regierungsweisheit stellt die gegenwärtige Zeit die höchsten und härtesten Anforderungen. Niemals sind ungebundene Ratsschlüsse willkommen; darum mögen weitaußblickende Lehrmeisterien vernieden werden. Aber als eine Ehrenpflicht erscheint es, wenn auch im bescheidenen Maße gutwilliger Dolmetsch jener volksbeherrschenden Empfindungen zu sein, welche die Kraft von Grundstücken gewinnen, die aus dem gesunden Volkssinnlichkeits emporgestiegen sind. In alleroberscher Reihe steht der Wunsch und Wille, daß die neue Regierung sich in der ganzen Glorie einer erhabenen Verantwortunglichkeit da zeige, wo ihr gerechtes und rechtfertigendes Walten eine berechnungsfähige forderte Notwendigkeit ist; daß sie nicht ohne mächtigmachende Kompromisse mit einander

Das Ministerium

widersprechenden Strömungen schließe; daß sie sich vor keiner übermütigen Ambition, vor keiner zügellosen Begehrlichkeit beuge; und daß sie das so oft gehörte, dem Unwillen entsprungene Paradoxon verschwinden mache, welches beklagt, daß die okkulten Gewalten sich ohne Scheu öffentlich zeigen und die öffentlichen Gewalten vor lauter Scheu okkult bleiben. Eine Regierung würde diesen Ehrennamen nicht verdienen, wenn sie der hohen Idee nicht entspräche, die in unsern drangvollen Tagen die Völker sich von ihrer Unabhängigkeit und ihrer Selbständigkeit machen. Herr v. Koerber ist sich der ihm anvertrauten Macht zu bewußt, sein Drang nach selbständigem Denken und Handeln ist zu sehr eine seiner charakteristischen Eigenschaften, und er kennt nach seiner vieljährigen Erfahrung zu gut den Wert des Vertrauens, als daß er auch nur einen Augenblick den Erfahrungssatz aus dem Gedächtnis verlöre, daß ein Volk und ein Reich dauernd nur durch unabhängige Rechtschaffenheit regiert werden kann, und daß bloß das Vertrauen williges Folgen erweckt und erhält. Es wäre eine tiefe Beleidigung der Redlichkeit des Ministerpräsidenten, die doch allbekannt ist und mit vollem Recht hoch bewertet wird, anzunehmen, daß er nicht auch in seinem öffentlichen Walten von diesem unabweislichen Grundsatz geleitet sei.

Nur muß dieser Habitus seiner Regierungstätigkeit auch allen erkennbar werden. Unsere Zeit ist nicht geeignet für einen farb- und ideenlosen Regierungsmaterialismus. Sich mit aller Emsigkeit der Erledigung der laufenden Geschäfte widmen, das ist sicherlich ein unendlich wichtiger Teil der Regierungstätigkeit, aber doch nicht ihr ganzes Um und Auf. Vor lauter Tagesarbeit den Blick für die großen Ziele verlieren, kann verhängnisvollen Schaden bringen. Sowie Feldherren nie in die professionelle Ausübung des Kriegshandwerkes sinken dürfen, sondern im Gegenteil gar sehr auch dafür sorgen müssen, daß die metaphysischen Eigenschaften des Soldatentums, die großen Tugenden der Tapferkeit, des Todesmutes und des unerschütterlichen Willens zum Sieg, unversehrt bleiben, so ist es auch eine der obersten Pflichten der Regierung, für das Bürgertum im Hinterland eine mustergültige Hierarchie zu bilden, um mit dem vorgehaltenen Schild der Rechtschaffenheit allen zügellosen Ambitionen und allen materiellen Brutalitäten zum Troste zu verhüten, daß eine bezweifelte Uebelthat zeitigende Anarchie im öffentlichen Denken einreißt.

„Denn wer ertrug' der Zeiten Spott und Geißel,
Des Mächt'gen Druck, des Stolzen Mißhandlungen,

Des Rechtes Ausschub . . . und die Schmach,
Die Unwert schweigenden Verdienst erweist“

wenn er nicht im felsenfesten Vertrauen lebte, daß, komme ringsum, was da wolle, die Regierung nie den Triumph des Unrechtes geschehen lassen werde und daß unter ihrem Walten selbst der kleinste und bescheidenste Bürger geschützt bleiben wird gegen jede ungerechte Bedrückung. Der Staatsmann, der die Volksgefühle mit scharfem Blick zu erkennen und sie in die richtigen Bahnen zu lenken weiß, und der es versteht, das System untätigen und unfruchtbaren Mißtrauens in ein System eines alle segensreichen Tätigkeiten belebenden Vertrauens umzuwandeln und Ordnung zu schaffen im öffentlichen Denken sowie den ganzen Verwaltungsapparat in den fremden Dienst großer Ideen zu stellen: dieser Staatsmann wird das glänzendste Blatt in der zeitgenössischen Geschichte Oesterreichs finden und sich mit einem Ruhm bedecken, der dem des herrlichsten Feldherrn in keiner Weise nachstehen wird.

Mögen die „Realpolitiker“ diese Wünsche und Hoffnungen als naiv ansehen. Es fordert niemand von ihrer dürren Tüchtigkeit, daß sie ihrer Arbeit eine adelnde Seele verleihen. Wollten sie auch, sie vermöchten es ja nicht. So mögen sie in ihren Paragraphen, Statistiken und Sachlichkeiten weiterwaten. Aber der Staatsmann mit dem durchdringenden Verstand des Herrn Dr. v. Koerber, er, der zur Leitung der österreichischen Geschichte im Augenblick der folgenreichsten historischen Entwicklungen Berufene, wird den unermeßlichen Wert des Volksvertrauens gewiß nicht unterschätzen.

Und zum Schluß noch eine Erinnerung: Am 12. September 1904 sprach der damalige Ministerpräsident Dr. Ernest v. Koerber vor dem Internationalen Kongreß der Pressevereine in Wien die folgenden denkwürdigen Worte: „Die gesunde Presse wird neben ihrem mühevollen Wert der täglichen Berichterstattung in enger Fühlung mit der Wissenschaft bleiben, um ganz zu sein, was sie sein soll: der Hauptarm des Stromes, durch welchen die Wahrheit in den Geist der Völker fließt.“ Einen schöneren und richtigeren Spruch könnte der Ministerpräsident von damals dem Ministerpräsidenten von heute nicht in das Stammbuch schreiben.

W. S.

Der Wechsel in den Wirtschaftsministerien.

Mit dem Ministerpräsidenten Dr. Ernest v. Koerber übernahm auch eine Anzahl durchweg neue Minister die Führung der wirtschaftlichen Zentralstellen. Bloß das Arbeitsministerium behält seinen bisherigen Chef Dr. Freiherrn v. Ernta.

Das Handelsportefeuille wurde einer Persönlichkeit übertragen, die dieses Amt bereits zweimal, allerdings bloß als ein mit der Leitung des Handelsministeriums betrauter Sektionschef verwaltet hat. Dr. Franz Stibral ist eine bekannte und nicht nur in unserem Lande anerkannte Größe auf dem Gebiete der Handelspolitik. Die Neuregelung unseres handelspolitischen Verhältnisses zu Ungarn und zu unseren Nachbarstaaten, namentlich Deutschland, kann keinem gediegeneren Fachmann anvertraut werden als ihm. In der Gegenwart und nächsten Zukunft wachsen allerdings die Aufgaben des Handelsministeriums weit über den gewohnten Rahmen hinaus und betreffen vielfach die Fragen der Versorgung der Bevölkerung mit den Lebens- und Bedarfsartikeln, der Versorgung der Industrie mit Rohstoffen, eine großzügige Schiffsahrtspolitik, und endlich die schwierigen Fragen der Uebergangswirtschaft. Eine ungeheure Arbeit ist hier zu leisten, und Dr. Stibral wird sich an sie mit um so größerer Zuversicht heranwagen dürfen, als er sich von einem Stab von Mitarbeitern umgeben weiß, die noch aus früheren Jahren mit all seinen Ideen erfüllt sind und sich stets als seine Schüler bekant haben.

Raum einen leichteren Weg sieht der neue Finanzminister Karl Waret vor sich. In seiner bisherigen Laufbahn hatte er Gelegenheit, sich mit Steuer-, Monopol- und Budgetfragen aus eingehendste zu beschäftigen. Er bringt also für seinen jetzigen Posten die wertvollsten fachlichen Vorkenntnisse mit. Die Kriegskosten und die Notwendigkeit ihrer Finanzierung und Bedeckung werden den neuen Finanzminister zwingen, für die Erhöhung der staatlichen Einnahmen zu sorgen. Hier Mittel zu finden, welche zu diesem Ziele führen, ohne daß die Lebenshaltung und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bevölkerung zu sehr beeinträchtigt wird, wird die wichtigste Sorge des neuen Schatzkanzlers sein müssen. Dem Staatshaushalt das Gleichgewicht zu wahren und zu sichern, die staatliche Ausgabenwirtschaft innerhalb der Grenzen strengster Oekonomie zu halten und dabei doch allen jenen finanziellen Forderungen gerecht zu werden, die an den Staat als den Förderer der Volkswirtschaft und als den größten Arbeitgeber gestellt werden dürfen: darauf wird das Streben des jetzigen Finanzministers zu richten sein. Man rühmt ihm Energie und eine starke Hand

nach. Er wird sie bei der Neugestaltung unserer staatlichen Finanzwirtschaft reichlich betätigen können.

Das Eisenbahnministerium erhält einen neuen Chef in der Person eines Militärs — ein immerhin seltenes, wenn auch nicht vereinzelt Ereignis, denn schon der erste Eisenbahnminister Ritter v. Guttenberg gehörte der Generalität an. Generalmajor Schabale kommt von der Pioniertruppe, war Oberst des Eisenbahnregiments und später Kommandant einer Verkehrsstruppenbrigade. Es liegt in dem Charakter seiner Ernennung, daß er sich vornehmlich der Abwicklung eines klaglosen, allen militärischen Interessen dienenden Eisenbahnverkehrs widmen wird. Doch darf von ihm wohl erwartet werden, daß er, die hohe wirtschaftliche Bedeutung des Transportwesens für die gesamte Bevölkerung auch vom Approvisionierungsstandpunkte aus erkennend, allen anderen Eisenbahnfragen den ihnen gebührenden Rang einräumen wird.

Aufgaben von größter Wichtigkeit harren ihrer Lösung durch das Ackerbauministerium, an dessen Spitze Graf Clam-Martinić tritt. Der Krieg hat uns den Wert einer gesunden, mit ihrem Ertrag dem Inlandsbedarf genügenden Landwirtschaft gezeigt. Wir werden die Säfte und Kräfte des heimischen Bodens zu steigern und die Viehzucht zu mehren haben. Graf Clam-Martinić, einer der großen Landwirte Böhmens, verfügt durch die Bewirtschaftung seiner Güter über reiche Erfahrungen, die er nun zugunsten der Allgemeinheit zu verwerten vermag.

Noch eines neuen Wirtschaftsministers ist zu gedenken, des Justizministers Dr. Franz Klein. Dr. Klein hat sich seit einer Reihe von Jahren immer mehr und mehr den wirtschaftlich-rechtlichen Problemen gewidmet: Themen des finanziellen Assoziationswesens (Aktienrecht, Kartelle usw.) und nationalökonomischen Fragen. Auch als Justizminister dürfte er Gelegenheit haben, sich vielfach in einer Weise zu betätigen, die auf die Entwicklung unseres Wirtschaftslebens von Einfluß werden kann.

Das Ministerium Koerber ist von seinem Chef angefangen aus Persönlichkeiten zusammengekehrt, denen die Bevölkerung Vertrauen entgegenbringt. Sie erwartet, daß ihre wirtschaftlichen Interessen in den neuen Ministern Hüter und Schützer finden.

Der andere Singer. Schluß mit Emanuel Edler, Singer, und der andere Singer nimmt das Wort. Wilhelm Singer hält es nämlich mit Koerber: erstens, weil Koerber auf einem Singerschen Preßkongreß geredet hat, und zweitens, weil Koerber nun Ministerpräsident ist; Wilhelm Singer ist kein Liebhaber einer faktischen Opposition, nein, gewiß nicht. Wilhelm Singer tritt auf und die Szene, auf der bisher Bruder Emanuel etwa die Posse: Der israelitische Naturbursch auf der Alm gemimt hatte, gewinnt so gleich ein feierliches Ansehen. Er gibt Koerber ins Ministerdasein folgende Ratschläge mit:

In alleroberster Reihe steht der Wunsch und Wille, daß sich die neue Regierung in der ganzen Glorie einer erhabenen Verantwortlichkeit da zeige, wo ihr gerechtes und rechtschaffenes Walten eine peremptorisch geforderte Nowendigkeit ist; daß sie nicht ohnmächtigmachende Kompromisse mit einander widersprechenden Strömungen schließe; daß sie sich vor keiner übermächtigen Ambition, vor keiner zügellosen Begehrlichkeit beuge und daß sie das so oft gehörte, dem Unwillen entsprungene Paradoxon verschwinden mache, welches beklagt, daß die okkulten Gewalten sich ohne Scheu öffentlich zeigen und die öffentlichen Gewalten vor lauter Scheu okkult bleiben. Eine Regierung würde diesen Ehrennamen nicht verdienen, wenn sie der hohen Idee nicht entspreche, die in unseren drangvollen Tagen die Völker sich von ihrer Unabhängigkeit und Selbständigkeit machen. Herr v. Koerber ist sich der ihm anvertrauten Macht zu bewußt, als daß er auch nur einen Augenblick den Erfahrungssatz aus dem Gedächtnis verlore, daß ein Volk und ein Reich dauernd nur durch unabhängige Rechtschaffenheit regiert werden kann und daß bloß das Vertrauen williges Folgen erweckt und erhöht.

Also das ist sehr schön, ein Volk und Reich kann dauernd nur „durch“ „unabhängige Rechtschaffenheit“ regiert werden, aber viel erfährt da Koerber noch nicht. Indessen begnügt sich Wilhelm Singer nicht mit der Kritik seiner reinen Vernunft, sondern liefert auch praktische:

Nur muß dieser Habitus seiner Regierungstätigkeit auch allen erkennbar werden. Unsere Zeit ist nicht geeignet für einen farb- und ideenlosen Regierungsmaterialismus. Vor lauter Tagesarbeit den Blick für die großen Ziele verlieren kann verhängnisvollen Schaden bringen. Sowie Feldherren nie in die professionelle Ausübung des Kriegshandwerkes sinken dürfen, sondern im Gegenteil gar sehr auch dafür sorgen müssen, daß die metaphysischen Eigenschaften des Soldatentums unverfehrt bleiben, so ist es auch eine der obersten Pflichten der Regierung, für das Bürgertum im Hinterland eine muster-giltige Hierarchie zu bilden, um mit dem vorgehaltenen Schild der Rechtschaffenheit allen zügellosen Stupiditäten und allen materiellen Brutalitäten zum Trost zu verhüten, daß eine verzweifelte, Uebelthaten zeitigende Anarchie im öffentlichen Denken einreißt.

Also jetzt weiß es Koerber, er muß „für das Bürgertum eine muster-giltige Hierarchie bilden“ und „allen zügellosen Stupiditäten trogen“, dann wird er sich „mit einem Ruhme bedecken, der dem des siegreichsten Feldherrn in keiner Weise nachstehen wird“... Angesichts des Tiefsinnes seiner Ratschläge darf Wilhelm Singer die Realpolitiker höhnen: „es fordert niemand von ihrer dürren Tätigkeit, daß sie ihrer Arbeit eine adelnde Seele verleihen“. „Wollten sie auch, sie vermöchten es ja nicht“, so zu adeln, wie Singers Seele adelt... An der Singeriade hat uns nichts so interessiert wie die Entdeckung, daß Herr Wilhelm Singer gegen die „Farb- und Ideenlosigkeit“ ist. Der Herr des Neuen Wiener Tagblattes, das diese Laster zum Range höchster und ertragreichster Tugenden erhoben hat! Was man an hohen Feiertagen alles erlebt...

3./II. 1916

Herr v. Körber und die Magyaren

Stimmen der ungarischen Presse.

Im Gegensatz zu dem warmen Empfang, der dem neuen österreichischen Ministerpräsidenten v. Körber in der reichsdeutschen und österreichischen Presse zuteil wurde, lauten die Stimmen der ungarischen Presse recht mißtränisch. Die oppositionellen ungarischen Blätter erkennen zwar an, daß Oesterreich jetzt einen „starken Mann“ brauche, und daß Herr v. Körber vielleicht dieser starke Mann ist, aber die Ereignisse des Jahres 1903 hängen ihm doch in ungarischen Augen zu sehr nach. Die Ungarn können ihm sein damaliges Auftreten gegen die ungarischen Vorstöße in der Militärfrage nicht vergessen. Ebenso, wie jetzt, war Körber damals österreichischer und Tisza ungarischer Ministerpräsident. Gegen die ungarischen Ansprüche in der Militärfrage nahm Herr v. Körber im September 1903 vom österreichischen Standpunkte aus im Parlament Stellung, indem er auseinandersetzte, daß in Angelegenheiten der gemeinsamen k. u. k. Armee ohne Zustimmung Oesterreichs keine Entscheidung gefällt werden dürfe. In jener Rede verbreitete er sich über Inhalt und Sinn des österreichisch-ungarischen Ausgleichsgesetzes von 1867 sowie über die Hoheitsrechte des obersten Kriegsherrn, d. h. er polemisierte gegen die einseitige Auslegung des Ausgleichsgesetzes auf Grund magyarischer Hervorhebung des ungarischen Staatsrechts. Im November kam Körber noch einmal auf die Angelegenheit zurück, was dem Grafen Tisza in seiner Erwiderung zu dem berühmt gewordenen Ausspruch veranlaßte, Körbers Bemerkungen über das ungarische Staatsrecht seien „dilettantische Äußerungen eines distinguished foreigner“.

Weil sich also Körber im Jahre 1903 Mühe gegeben hat, als „starker Mann“ gegen Ungarn aufzutreten, hat die ungarische Presse in diesen Tagen mit Befremden festgestellt, daß Körber vor Annahme des Auftrages der Kabinettsbildung mit Tisza verhandelt hat, oder, vielleicht besser ausgedrückt, daß Tisza mit Körber verhandelt hat, und daß Körber nach diesen Verhandlungen sich zur Uebernahme der Ministerpräsidentschaft bereit erklärt hat. Einige Blätter gehen nämlich dabei von der etwas eigentümlichen Logik aus, daß, wenn Körber sich an Tisza wendet, um mit ihm „österreichische Privatangelegenheiten“ zu besprechen, auch einmal Tisza sich an Körber wendet, um „ungarische Privatangelegenheiten“ mit ihm zu erörtern.

Diese Angst äußert namentlich der „Magyar Ország“, das Blatt der streng oppositionellen, auf dem 48er Standpunkt stehenden Karolji-Gruppe. Der unabhängige „Pesti Hírlap“ meint, man wisse zwar nicht, wieviel von Körbers Energie aus dem Jahre 1903 noch übrig geblieben sei, aber man müsse ihm gegenüber vorsichtig sein, denn er sei ein Gegner, und wenn er sich mit Tisza vereinigt habe, so könne das nur zumungunsten Ungarns geschehen sein. Der oppositionelle „Pesti Napló“ fürchtet, daß bei der Erneuerung des österreichisch-ungarischen Ausgleiches Oesterreich eine Erhöhung der ungarischen Beitragsleistung zu der gemeinsamen Auslage verlangen werde, was schon deshalb abzulehnen wäre, weil angesichts des ungarischen Beitrags zu den gemeinsamen Blutopfern eine Erhöhung des Geldbeitrags das Land zugrunde richten würde.

Indessen gibt es doch einen Punkt, der in Ungarn mit Befriedigung begrüßt wird. So erklärt der „Magyar Hírlap“, das Blatt Andrássys, es für sehr erfreulich, daß nunmehr Aussicht zur Einberufung des österreichischen Parlaments vorhanden sei, was die von den Ungarn so dringlich verlangte Einberufung der Delegationen, die sich bekanntlich mit der auswärtigen Politik Oesterreichs zu befassen haben, zur Folge haben werde. Andrássy weist hierbei auf das Beispiel der Verhandlungen des deutschen Reichstags über die Einsetzung eines ständigen Ausschusses für die auswärtige Politik hin.

Im übrigen nimmt in den ungarischen Presseerörterungen das Gerücht eines Sonderfriedens mit Rußland, das im ungarischen Publikum Glauben gefunden zu haben scheint, einen großen Platz ein. Obwohl das dem Ministerium des Auswärtigen nahe liegende Wiener „Fremdenblatt“ dem Gerücht entgegengetreten ist, bringen die meisten Budapester Blätter Artikel über die Möglichkeit eines Sonderfriedens.

Fragebogen des Reichstages

Untrag, wiewohl er vom Standpunkte der Unabhängigkeitspartei aus gefälliger aussieht, weil er eine Aktivierung des ungarischen Reichstages und nicht die der Delegation wünscht, die Verwirklichung des staatsrechtlichen Programms der Unabhängigkeitspartei nicht enthält. Im Gegenteil, dieser Antrag kommt der siebenundsechziger Verfassung zu Hilfe, indem er ohne Umfütterung der Grundprinzipien dieser Verfassung es ermöglicht, daß der Minister des Aeußern, ich füge hinzu: der Kriegsminister und überhaupt die gemeinsamen Minister, unter verfassungsmäßiger Kontrolle geraten.

Der Herr Ministerpräsident hat dies gefühlt; dennoch behauptet er, daß er in dieser Lage der Annahme meines Antrages näher stehe, wiewohl er die Textierung meines Gesetzes keineswegs zu der seinigen machen könne. Dies ist auch nicht notwendig. Sogar doch auch auf dieser Seite des Hauses mehrere meiner geehrten Freunde, die nicht allen Einzelheiten der Textierung meiner Gesetzesvorlage zustimmen. Der Herr Ministerpräsident erwähnt nur so nebenbei die Einwände, die gegen den Text meines Gesetzesvortrages zu erheben sind, und bringt als Hauptargument für die Unannehmbarkeit meines Antrages vor, er halte diese Zeitläufte nicht für geeignet, um irgendwelche staatsrechtliche Kontroversen heraufzubeschwören. Wenn aber die Hemmungen, die nach seiner Ansicht die Einberufung der Delegation derzeit unmöglich machen, auch in Nachkriegszeiten in Oesterreich ihre Fortsetzung fänden, dann würde er erwägen, ein ähnliches Expedient zu suchen. Nun denn, ich vermag die Kraft dieser Gegenargumentation weder einzusehen noch zu empfinden. Beschreiben wir denn eine staatsrechtliche Kontroverse herauf? Zwischen welchen Parteien? Untereinander doch nicht, da wir doch, abgesehen von den Textierungsschwierigkeiten, alle mit dem Herrn Ministerpräsidenten der Ansicht sind, daß, sofern die Einberufung der Delegation unmöglich ist, die ungarische Legislative auf Grund eigener souveräner Entscheidung sich hilft, um die verfassungsmäßige Kontrolle auch über die gemeinsamen Minister ausüben zu können. Zwischen uns können also keine staatsrechtlichen Kontroversen nicht aufkommen. Auch die Unabhängigkeitspartei sieht dies nicht als einen Verlust an, ihr Programm zu verwirklichen, sondern in aller Loyalität als momentanes Ausnahmsmittel. Mit wem können wir also eine Kontroverse haben? Mit Oesterreich? Auf die Empfindlichkeit jenes Oesterreich, das seine gesetzmäßigen Pflichten uns gegenüber nicht einmal zugunsten der Rechtspraxis seiner eigenen Völker zu erfüllen vermag, oder die Gebote der bestehenden Verfassung nicht vollziehen will, brauchen und haben wir in diesem Falle wahrhaftig keine Rücksicht zu nehmen! (Zustimmung links.) Dies ginge über alle erlaubten Grenzen. Hier handelt es sich um eine selbstständige Betätigung der ungarischen Legislative und da hat kein Mensch Einspruchsrecht, weder vom rechtlichen Standpunkte noch vom praktischen.

Ich habe meinen Antrag darum so bescheiden und nur gleichsam ausweichend formuliert, um allen etwaigen Anwürfen und Schwierigkeiten die Spitze zu nehmen. Uns allen scheint gemeinsam die absolute Unmöglichkeit dessen vor, daß in diesen schweren und schicksalentscheidenden Zeiten die gemeinsamen Minister ohne jede unmittelbare Kontrolle ihr Amt üben können. (Zustimmung und Applaus links und äußerlich links.)

Die ministerielle Verantwortlichkeit ist in vorberster Reihe eine persönliche Verantwortlichkeit. Der Minister muß für sein Ressort einstehen. Im besonderen hat dies Geltung für den gemeinsamen Minister des Aeußeren und für den Kriegsminister. Wir stehen der absurden Situation gegenüber, daß gerade jetzt, da die Wirksamkeit der gemeinsamen Minister über die Garantien unseres nationalen Daseins, über den siegreichen Abschluß des Krieges und der richtigen Friedensschluß entscheiden kann, die konstitutionelle Maschinerie versagt und nicht funktioniert. Das ist ein unhaltbarer Zustand. Gelänge es dem Herrn Ministerpräsidenten, seinen Standpunkt zur Geltung zu bringen, so würden er und seine Majorität ein historisches Dokument aufgesetzt haben über das vollständige Fallissement der siebenundsechziger Verfassung.

Unsere Hauptaufgabe aber ist, aus dem großen Treiben siegreich hervorzugehen und friedliche Zustände zu schaffen. Das ist das aktuellste Interesse, diese alles dominierende Frage bewegt uns dazu, im Interesse unserer Anträge die äußersten Anstrengungen aufzubieten.

Doch auch militärische und politische Verhältnisse machen die Annahme meines Antrages notwendig. Zunächst einiges in aller Kürze über militärische Angelegenheiten: (Hört! Hört!) Der Herr Ministerpräsident hat zu Beginn seiner heutigen Rede behauptet, es sehe nicht im Interesse der Allgemeinheit, die Heeresleitung in das Licht zu stellen, als ob sie Fehler auf Fehler häufen würde. Dies ist uns nicht im Traum eingefallen. Nichts steht uns fern, als die Heldentaten unserer Soldaten und den aus diesen strahlenden Ruhm verdunkeln zu wollen. (Zustimmung links und äußerlich links.) Unsere Söhne kämpfen, um die vitalen Interessen und die Sicherheit des Vaterlandes zu schützen, um das historische und sittliche Kapital des Vaterlandes zu mehren. Durch Herausstellung der Unseren will ich nicht im mindesten den Ruhm der Soldaten der anderen Hälfte der Monarchie schmälern, die mit den Unseren zusammen glorreich ihre Aufgabe gelöst haben. Aber was unser ist, das sei auch unser, und wir wünschen keine Verdunkelung dessen, sondern ein noch intensiveres Insichtrüben der Heldentaten unserer Soldaten. Ich würde es für unrichtig halten — auch entspräche es der historischen Wahrheit nicht —, wenn wir behaupten wollten, die Heeresleitung habe Fehler auf Fehler gehäuft. Wir kennen jene begabten Führer sehr wohl, die es verstanden haben, die Tugenden unserer Truppen entsprechend zur Geltung zu bringen. Wenn wir aber sehen, daß man neben diesen begabten Führern auch die erprobten Talentslosigkeit in Amt und Stelle befähigt (So ist's! Sehr wahr! links und äußerlich links), wenn wir sehen, daß die glorieichen Laten sowohl der Truppen als der talentierten Führer durch die Fehler der Obersten Heeresleitung zunichte gemacht werden, wenn wir sehen, daß sich diese Masse um keinen Preis rühren will und jeder auf seinem Plage bleibt, wenn wir sehen, daß die Justifizierung der Justifizierten von der Geschichte zum Teil wohl noch zu ihren Gunsten revidiert werden wird, — wenn wir also sehen, wie sich all dies gewissermaßen um den Krisenzeitpunkt des Krieges häuft: dann ist es doch eine höhere Pflicht, dem unwillen und dem Hies nicht entsprechenden Vergeben unseres Blutes Einhalt zu gebieten. (Lebhafte Zustimmung und Applaus links und äußerlich links.) Ich will dieses Thema weiter nicht verfolgen, denn ich habe den Eindruck, als wären wir auf dem Wege einer Verbesserung der Lage.

Abgeordneter Géza Polányi (ruft dazwischen): Der Inhalt der Fütterwörter soll sich trocken! (Große Bewegung.)

Abgeordneter Graf Albert Apponyi (fortfahrend): Den der Herr Abgeordnete als Fütterwörterinhalten bezeich-

net, das weiß ich nicht. Ich möchte aber hervorheben, daß ich mit dem Gegenstande der gestrigen Interpellation des Herrn Grafen Michael Karolyi mich nicht identifizieren kann. (Bewegung äußerlich links.) Ich weiß nicht, was sich vorbereitet. Ich habe keine authentischen Informationen hierüber. Aber meine privaten Informationen sind von nicht geringem Wert und so ziemlich ebenso seriös, wie jene, auf deren Grundlage Graf Karolyi seine Interpellation an den Ministerpräsidenten gerichtet hat. Gleich meinem Freunde Graf Andrássy sage auch ich, wir haben keine Zeit zum Experimentieren, und auch mir wäre es lieber, die Mängel unserer Heeresleitung in der Weise auszumachen, daß wir dahin ungarische Führer stellen. Ich werde eifrig bemüht sein, daß unsere Kriegsinstitutionen in diesem Sinne umgestaltet werden und daß die ungarischen Heerführer wachsen, sich entwickeln und gedeihen können. (Lebhafte Zustimmung, Ekstase und Applaus links und äußerlich links.) Ich möchte ein guter Prophet sein und voraussetzen, daß in dieser Beziehung nach dem Krieg die Grenzlinien der Parteien sich verwischen werden. (Lebhafte Zustimmung links und äußerlich links.)

Die Sitzung wird bis 4 Uhr nachmittags unterbrochen. In der Nachmittagsitzung legt

Abgeordneter Graf Albert Apponyi

seine Ausführungen fort: Ich bin zu jenen militärischen Fragen gelangt, die im engsten Zusammenhange mit den auf der Tagesordnung befindlichen Anträgen stehen, insofern die Einberufung der Delegation den gemeinsamen Kriegsminister ebenso unter die Verantwortung stellt, wie den gemeinsamen Minister des Aeußern, — nämlich zu den Fragen der Ergänzung der Armee und im Zusammenhange damit der unzureichend fertigen Enthebungen. Es ist das Gerücht verbreitet, daß man derzeit bei den Nachstellungen, resp. bei der Revision der bisher Enthobenen den weniger Tauglichen gegenüber mit einer gewissen Schonungslosigkeit vorgeht, daß an organischen Fehlern Leidende, die früher befreit waren, wie beispielsweise leichtere Herzkrankte oder an Lungenphthisis Leidende, behalten wurden. Ich halte dies nicht für ein richtiges System. Ich erachte es auch nicht für den richtigen Weg, auf welchem wir das uns allen vorstehende Ziel erreichen können; zu der uns noch bevorstehenden Kraftanstrengung alle Energien der Nation zu sammeln. Dadurch, daß wir die weniger Tauglichen einstellen, vermehren wir nur die Patienten der Militärspitäler, aber nicht die Zahl der an der Front kämpfenden. Um den Zweck zu erreichen, müssen wir etwas ganz anderes tun. Vor allem denke ich an eine Einschränkung der unzureichend Entthobenen, sowie der aus dem Frontdienste unberechtigt entlassenen Männer. Daß ich das Lebendige der Frage berührt habe, als ich dieses Thema im Hause anschnitt, beweist der Umstand, daß ich noch niemals im Parlament eine Rede gehalten habe, gelegentlich welcher nicht nur aus Ungarn, sondern auch aus Oesterreich briefliche Bemerkungen in so großer Zahl an mich gelangt wären. In anonymen und nichtanonymen Briefen weisen die Briefschreiber darauf hin, daß man Laiende, ja Hunderttausende Männer aus beiden Staaten zusammenbringen könnte, wenn man die vollkommen unberechtigten Enthebungen der Reihe nach durchginge. (Beifall.) Die Kategorien, die hier in Betracht kommen, sind die folgenden. Vor allem die Offiziersdiener, deren Status unter den gegenwärtigen Umständen eine durch nichts motivierte Zukunftsprognose bildet. (Allgemeiner, lebhafter Beifall.) Ferner die überflüssigen Angestellten gewisser militärischer Institute, Spitäler, Kanzleien, an deren Stelle die Alten und sehr Jungen den Dienst versehen können, die erfahrungsgemäß sich auf dem Kriegsschauplatz nicht bewähren, und zwar nicht aus Mangel an gutem Willen, sondern weil ihr jugendlicher Organismus weder die körperlichen Strapazen, noch die seelischen Erschütterungen erträgt. Ferner solche bei Banken, Unternehmungen und verschiedenen Privatinstitutionen auf Grund einer fiktiven Notwendigkeit zurückbehaltenen Personen, die vollkommen diensttauglich sind.

Redner will einige der an ihn gelangten Briefe dem Hause zur Kenntnis bringen. Die Mitglieder des Verlegerhandelsvereins schreiben in einem mit dem amtlichen Siegel versehenen Briefe, daß sie, da sie bereits das militärische Dienstalter überschritten haben, ihre Dienste für alle jene Anordnungen anbieten, die derzeit von längerer, an der Front verwendbaren Männern versehen werden. (Beifall.) Der Angestellte einer Privatunternehmung schreibt, daß ihn seine Unternehmung nicht entlassen will, obwohl er den Wunsch hege, an die Front zu gehen. Daraus geht jedenfalls hervor, daß in beiden Staaten der Monarchie noch viele unberechtigt entthobene Personen durch andere Kräfte ersetzt werden können. Nicht durch die Einstellung der fürspäher weniger Tauglichen, sondern durch die Einreihung der unberechtigt Enthobenen müßte unsere Wehrkraft vermehrt werden. Die nationale Kraft muß in ihrer Gänze in den Kampf gestellt werden. (Beifall.) Ich empfehle die Frage der Aufmerksamkeit des Honverministers und des Kriegsministers.

Ich gehe nun auf die Verhandlung der auswärtigen Fragen über, um zu zeigen, wie unbedenklich die direkte verfassungsmäßige Kontrolle des Ministers des Aeußern in der Delegation ist. Nach den Ausführungen des Grafen Andrássy habe ich nicht viel mehr zu sagen. Wir finden darin keineswegs ein Vergnügen, uns mit der Person des gemeinsamen Ministers des Aeußern in aggressiver Weise zu befassen. Dies ist für uns, in einer Abseits, wo er sich nicht verteidigen kann, sehr unangenehm. Wir haben nicht die geringsten persönlichen Motive. Der Minister des Aeußern hatte doch an jenen politischen Kämpfen, welche die Atmosphäre des Hauses so sehr vergiftet haben, keinerlei Anteil. Er steht vermöge seiner Stellung außerhalb der parlamentarischen Kämpfe. Wenn wir nur unserem persönlichen Geschmack folgen könnten, viele es uns nicht bei, aggressiv gegen ihn vorzugehen. Aber da die Zeiten sehr ernst und die auf dem Spiele stehenden Interessen sehr groß sind, so ist die Möglichkeit, sich in Höflichkeit oder in Schonung zu ergeben, nicht vorhanden. Wenn mein bester, mein intimster Freund eine so wichtige verantwortliche Stellung einnehmen würde, für die ich ihn unter den gegebenen Verhältnissen nicht für berufen hielte, würde ich eine Aktion einleiten, um ihn von dort zu entfernen. Wenn ich selbst eine Stelle inne hätte, bei der mir mein Gewissen sagte, daß ich ihren Anforderungen nicht voll entspreche, würde ich Mittel und Wege suchen, damit ein anderer an meine Stelle gelange.

Was sind in der gegenwärtigen Lage die Aufgaben des Ministeriums des Aeußern? Diese Aufgaben sind zweierlei. Die eine Aufgabe besteht darin, daß es die Führung des Krieges, beziehungsweise den fortwährenden vertraulichen Verkehr mit unseren Verbündeten aufrechterhält und daneben auch im Interesse aller die selbstständige Aktionsfähigkeit bewahrt. Die zweite Aufgabe ist die, daß das Ministerium

seine Hand fortwährend an der Pulsader der Ereignisse des im Kampfe befindlichen Völkern, auch der gegnerischen Staaten und der Neutralen, hält, und die Lage immer so sehr beherrscht und so sehr kennt, daß er mit allen Ereignissen den Kontakt hat, daß er den Augenblick erfassen kann, in welchem die geeigneten Schritte zu einem unsere Sicherheit fördernden und begründenden Lebensschlusse getan werden können. Diese zwei Aufgaben hat der Minister des Aeußern. Die letztere Aufgabe ist besonders heikel. Auch ich stimme vollkommen darin überein, daß diese Frage bei uns nicht völlig aktuell erscheint. Denn wir dürfen, so lange das Programm unserer Feinde in der Vernichtung unserer Macht gipfelt, so lange die Ernüchterung bei unseren Gegnern nicht eingtritt, so lange sie nach Zielen streben, die mit der Sicherung unserer Zukunft unvereinbar sind, überhaupt nicht von Frieden als von einer aktuellen Frage mit Worten sprechen. (Allgemeiner Beifall.) Aber ebenso wahr ist es, daß man im gegebenen Augenblicke die Gelegenheit zu einem heilsamen und richtigen Friedensschlusse zu ergreifen verstehen muß, daß man sie nicht veräumen darf. (Beifall.) Gibi uns die bisherige Tätigkeit unseres Ministers des Aeußern ein Bild darüber, daß er der Staatsmann sei, der zur Lösung der letzteren beiden und großen Frage fähig wäre? Was wir bisher feststellen können, ist die Tatsache, daß er ein sorgfältiger Beobachter der verschiedenen aufeinanderfolgenden Situationen war, daß er mit seinen Aktionen den Ereignissen stets nachhumpelte, daß er ihnen in seinem einzigen Falle zuvorzukommen wußte.

Bezüglich unserer Verhandlungen mit Italien kann — was immer auch hierüber gesagt wurde — kein Zweifel bestehen, daß die Versuche, dem Ausbruche des Krieges zuvorzukommen, erst dann begonnen wurden, als die Lage im höchsten Maße vergiftet war. Erst dann erfolgten Versuche und Auerbietungen einander immer häufiger, immer weitergehend, und zwar in dem Maße, in welchem die Aufregung und die Forderungen in Italien wuchsen. Das ist nicht die Art und Weise, um eine solche Gefahr zu bannen. Mein geehrter Freund Graf Julius Andrássy hat mir nach Kriegsausbruch öfter im Privatgespräche gesagt, man muß Kriegsdinge damit befaßt, daß wir uns von Seiten Italiens, wenn auch nicht die Erfüllung seiner Bundespflichten, sondern wenigstens die Neutralität sichern. Wenn wir damals, als der König von Italien unserem Könige noch vertrauensverwehrende Telegramme schickte, die Aktion mit jener Voraussicht der künftigen Sicherung, die ein Staatsmann haben muß — der jetzige Minister des Aeußern war damals nicht auf diesem Posten, ihn berührt dies also nicht persönlich —, wenn wir damals oder in irgendeinem nächsten Stadium der Frage die Aktion in dieser Richtung begonnen hätten: wer kann behaupten, daß die Dinge nicht einen ganz anderen Verlauf genommen hätten. (Bewegung.)

Ich kann zwei Standpunkte begreifen. Der eine geht dahin, daß alle territorialen Forderungen Italiens uns gegenüber vollkommen unberechtigt sind und daß wir mit Italien darüber überhaupt nicht diskutieren. Das ist ein ethisch vollkommen begründeter Standpunkt. Ob er politisch richtig ist, hängt von den Kraftverhältnissen ab. Ich begreife auch, daß man sich, ganz abgesehen von der ethischen Berechtigung, in der Erwägung, daß es in unserem Interesse liegt, die Neutralität Italiens, wenn notwendig, um den Preis gewisser Opfer zu sichern, zu diesen Opfern entschließt. Das ist ja auch geschehen. Aber dann muß man dies zu der richtigen Zeit tun. (Zustimmung links.) Zu einer Zeit, wo der Erfolg wenigstens plausibel, wenigstens wahrscheinlich ist. Der Herr Ministerpräsident hat gesagt, der Krieg gegen Italien war unvermeidlich. Das kann stimmen oder auch nicht. Darauf wird niemand jemals eine positive Antwort geben können, denn die Frage, was geschehen wäre, wenn gewisse Dinge sich anders gestaltet hätten, kann niemals positiv gelöst werden. Wenn es nun klar ist, daß gewisse ungünstige Folgen durch gewisse verfehlte Handlungen verursacht wurden, dann kann sich derjenige, der für die Verhältnisse und für die verfehlten Handlungen verantwortlich ist, nicht durch die Ausrede der Verantwortung entziehen: daß der Krieg ohnehin ausgebrochen wäre.

Der zweite Fall ist die Stellungnahme des Ministers des Aeußern in Angelegenheit der Vertretung der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Der Herr Ministerpräsident hat sich heute, in dieser Frage dahin geäußert, daß es unserer Außenpolitik gar nicht einfallt, sich den Vereinigten Staaten gegenüber auf einen Schmollstandpunkt zu stellen, sie wünscht die Aufrechterhaltung des guten Verhältnisses mit den Vereinigten Staaten und seinerzeit werden auch Schritte nach dieser Richtung hin geschehen. Das hören wir immer: seinerzeit. Tatsache ist, daß die Vereinigten Staaten von Amerika es gern sehen würden, wenn wir dort einen Botschafter hätten. Tatsache ist auch, daß wir dort keinen Botschafter haben. (Zustimmung links.) Wenn wir diese Angelegenheit im Lichte der großen Aufgabe betrachten, die in der Vorbereitung des künftigen Friedens besteht, und die sich nicht bloß auf die Ausnutzung des günstigsten Augenblickes zur Einleitung der Friedensbewegung, sondern auch auf die Sicherung der günstigsten Einflüsse auf die Friedensschlußaktion bezieht, wenn wir dieses Verhältniss in der Beleuchtung dieser Aufgabe sehen, dann müssen wir sie als eine ganz ungeheure qualifizieren. Damit können wir motivieren, daß wir bei dem mächtigsten neutralen Staat, dessen Wort seinerzeit nicht bloß bezüglich des Faktums des Friedensschlusses, sondern auch bezüglich der Qualität des Friedens, der daraus zu erwartenden Vorteile oder Nachteile am meisten in die Waagschale fallen wird, auf welchen die Entente durch ihre besten Diplomaten fortwährenden Einfluß zu üben bestrebt ist, nur durch einen zur Erledigung der laufenden Angelegenheiten bestimmten Geschäftsträger, politisch aber überhaupt nicht vertreten sind? (Zustimmung.)

Ich weiß nicht, ob der Herr Ministerpräsident auch bei mir beanstanden wird, daß ich die politische Frage zur Sprache bringe, aber ich glaube, daß man diese Frage nicht nur besprechen kann, sondern sogar erörtern muß. Warum ist seit der Zeit da wir das politische Gebiet besetzt haben, noch immer keine Lösung erfolgt? Warum ist noch kein Wort gesprochen worden, welches der politischen Nation Garantien für die Zukunft gewährt und damit die Ausnutzung der in ihr verborgenen moralischen und militärischen Kräfte ermöglicht? (Zustimmung links.) Müssen wir bei diesem diplomatischen Verfahren nicht befürchten, daß Rußland uns zuvorkommt, daß Rußland ein Wort ausspricht, welches die Verfügung über das in dem politischen nationalen Geiste aufgeschobene moralische Kapital zumindest zweifelhaft machen könnte? Ich habe somit drei wichtige Tatsachen vorgebracht, die darauf hinweisen, daß der Leiter unseres Auswärtigen Amtes ein in jeder Hinsicht hervorragender Mann sein kann, daß ihm aber die Fähigkeiten fehlen, rasch zu handeln, den Ereignissen

Sringtragung des Pariser Tages.

teien fallen werden. Geehrter Herr Abgeordneter! In dieser Frage gibt es zwischen den Parteien keine Scheidewände, in dieser Frage bildet es keinen Unterschied, daß wir Anhänger oder Nichtanhänger der siebenundsechziger Grundlage sind, denn auch die Anhänger der siebenundsechziger Grundlage müssen wünschen, daß das ungarische Element in der Armee den Platz einnehme, der ihm zukommt. (Zustimmung rechts und im Zentrum.)

Jetzt beschränke ich mich in der militärischen Frage nur noch auf zwei kurze Bemerkungen. Graf Julius Andrássy bemängelte, daß die Verteidigung Siebenbürgens auf die Maroslinie gedrängt wurde. Heute können wir bereits von Tatsachen sprechen. Hier stehen wir eigentlich einer irrtümlichen Einstellung gegenüber. Die Maroslinie wurde allerdings als eventuelle Rückzugslinie, als eine Linie, auf die im Falle des ungünstigen Verlaufes der ersten militärischen Ereignisse zurückgegangen werden kann, in Betracht gezogen, auch befestigt, und ich bedauere nur, daß an anderen Fronten nicht auch zahlreiche Rückzugslinien befestigt und hergestellt wurden. Daß aber nicht an der Maroslinie die Konzentration der Armee, die die Verteidigung Siebenbürgens besorgt, geplant war, daß es nicht geplant war, den Feind bis zur Maros vorbringen zu lassen und dort den Kampf aufzunehmen, darüber zu sprechen, ist jetzt überflüssig. Stehen wir doch heute, nach Verlauf eines Monats nach der rumänischen Kriegserklärung, obgleich wir im ersten Augenblicke kaum Heereskräfte dort hatten, nicht an der Maroslinie, sondern in Verührung mit dem Feind, viel näher zur Grenze als zur Maros.

Was aber die Frage der Evakuierung betrifft — davon kann man ja heute nur sehr schwer sprechen —, so muß ich angesichts der Beschuldigung, daß wir nicht rechtzeitig Truppen hinbringen konnten, nicht früher die Evakuierung besorgen, dennoch auf einige Gesichtspunkte hinweisen. Wenn wir mit der Evakuierung begonnen hätten in einer Zeit, da wir dort keine Truppen hatten, hätten wir dadurch der Panik ebenso einen Stoß gegeben wie das durch die Ereignisse geschah, denn die Mobilisierung der Einwohnerschaft in solchem Augenblicke hätte zweifellos weittragende Folgen gehabt, und die ungünstige Beurteilung der Situation hätte auch auf die Entscheidung Rumäniens zurückgewirkt. Zweitens war in dieser Gegend das wirtschaftliche Leben in seinen wichtigsten Teilen in Bewegung, die Ernte noch, doch jedenfalls das Dreschen im Zuge. Es hätte für die Rettung der materiellen Güter der Bevölkerung dieser Gegend die größte Bedeutung gehabt, daß die wirtschaftliche Arbeit noch eine Zeitlang fortgesetzt und die Frucht in Sicherheit gebracht werde. Unter solchen Umständen die Verantwortung für die Evakuierung Anfang August oder an einem anderen Tage des August zu übernehmen, da man noch nicht wissen konnte, nach wieviel Wochen der Angriff, wenn er auch erfolgt, geschähe, wäre ein sehr schwerer, sehr bedenklicher Entschluß gewesen.

Unser Bestreben war, dahin möglichst rasch so viel militärische Kräfte zu bringen, als zur Verlangsamung des feindlichen Einbruchs und zur Evakuierung notwendig war. Dies hätte die Erreichung zweier Ziele gesichert. Erstens die ruhigere Evakuierung, zweitens ein Aufhalten des Feindes bis zu dem Zeitpunkt, da die für den Kriegsausbruch dahin bestimmten Truppen eingetroffen wären. Wir alle wissen, daß diese Berechnung nicht eingetroffen ist, daß die rumänische Kriegserklärung und der Einbruch der Rumänen etwas früher eintrat, ehe diese Verfügungen ihre Wirkung tatsächlich fühlbar machen. Hierüber kann ich nur das sagen: es ist geschehen, es wurde dadurch einem Teile der Bevölkerung großer Schaden verursacht; aber was das Schicksal des Krieges betrifft, so wird die schädlichen Folgen der übereilten rumänischen Kriegserklärung — ich vertraue darauf — ausschließlich Rumänen fühlen. (Zustimmung rechts, Bewegung links.) Wenn wir uns bezüglich des Zeitpunktes getäuscht haben, so geschah dies, wie ich bereits vormittags mitteilte, deshalb, weil wir nicht glaubten, daß Rumänien unvorbereitet in einem für es ungünstigen Augenblicke den Angriff unternehmen werde.

Ich will mich unter den auf dem Tappet befindlichen Angelegenheiten vor allem mit den Anträgen und den damit zusammenhängenden staatsrechtlichen Fragen befassen. Graf Julius Andrássy hat wohl nicht in diesem Teile seiner Rede — aber das ist von diesem Standpunkte nebensächlich —, sondern in einem anderen Teile seiner Ausführungen beanstandet, daß ich mich bezüglich seiner einzelnen Erklärungen zu beweisen bemühe, daß diese den Interessen der Nation oder der Monarchie nichts nützen. Graf Andrássy wendet sich mit dem Appell an mich, wir mögen gegenseitig bestrebt sein, dieses Moment auszuhalten. Ich bin davon überzeugt, daß der Herr Abgeordnete diesen Appell vollkommen bona fide an mich gerichtet hat. Meinerseits aber nähere ich daraus die Hoffnung, daß wir in der Tat daran sein werden, derartige Erklärungen nicht zu unterstreichen und zuzuspitzen. Ich kann aber doch nicht verschweigen, daß mich der Vorwurf sehr merkwürdig berührt hat. Ich nehme gern den Appell des Herrn Abgeordneten zur Kenntnis, obwohl der Redner keinen lapsus linguae, sondern eine meiner Erklärungen bezüglich der italienischen Verhandlungen, die man im ersten Augenblicke auf verschiedene Weise auslegen

konnte, bezüglich der ich jedoch am nächsten Tage eine vollkommen unabweisliche Aufklärung gab, Wochen hindurch künstlich in einer solchen Richtung zuzuspitzen sich bemühte, damit mir dies schade, ohne zu bedenken, wie viel er damit dem Lande schade.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy: In Wirklichkeit steht eben das Umgekehrte. Ich ergriff deshalb das Wort, um zu beweisen, daß meine Ausführungen nicht die Spitze hatten, welche ihnen das Ausland gab. Und daß dies notwendig war, behaupte ich auch heute noch. (Rufe rechts: Aber Ratovszky!)

Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Wenn das Ihr Zweck war, dann waren Ihre Ausführungen in der Tat sehr unglücklich, denn deren Inhalt hat die Kraft und die Berechtigung der daran geknüpften Erklärungen geradezu erhöht und der Herr Abgeordnete hat dies nach meiner zweiten oder dritten Ausführung in Form von Zwischenrufen anerkannt.

Graf Julius Andrássy: Im Gegenteil.

Graf Stefan Tisza (fortfahrend): ... daß der klare Inhalt meiner Rede im Gegensatz zu dieser Interpellation steht. Bezüglich der staatsrechtlichen Erörterungen des Herrn Abgeordneten werde ich bestrebt sein, seinem Appell Folge zu leisten und all das, wodurch er geradezu solchen Theorien Vorschub geleistet hat, die sich gegen die ungarische Auffassung richten, nicht unterstreichen. Da es aber schon vor einem Jahrzehnt geglättet ist, die Frage, daß der Ausgleich keine vertragmäßigen Verpflichtungen zwischen Oesterreich und Ungarn zustande gebracht hat, daß der Ausgleich ein Ausgleich zwischen der Nation und dem König ist; daß das Ausgleichsgesetz ein besonderes ungarisches Gesetz ist und keine vertragmäßigen Momente aufweist, so fehlt ins Besondere zu bringen, daß dies damals auch von dem kompetenten österreichischen Faktor anerkannt worden ist, so möge mir der Herr Abgeordnete versetzen, wenn ich mich jetzt darüber nicht in eine Polemik einlasse. (Bewegung links.)

Abgeordneter Géza Polónyi: Das steht nicht. Die Regierung Wieners hat erklärt, daß ohne die Einwilligung Oesterreichs in der Armee keine Änderung eintreten kann.

Präsident: Ich bitte den Herrn Abgeordneten Polónyi, den Ministerpräsidenten nicht zu stören.

Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Ich bitte den Herrn Abgeordneten, mir mehr Aufmerksamkeit zu schenken und nicht jenes schlüpfrige Gebiet zu betreten, um denjenigen Waffen in die Hand zu drücken, die den einzig richtigen ungarischen Standpunkt mit der größten Folgerichtigkeit und Behemung zu unterminieren bestrebt sind. Der Herr Abgeordnete will uns zahlreiche solche Verfügungen des G. V. XII:1867 aufdrängen, die sich auch auf Oesterreich beziehen, nämlich die Wahl der Delegationen, die Aufstellung des gemeinsamen Ministeriums, die Verantwortlichkeit usw. All dies beweist meiner Ansicht nach gar nichts, denn wir alle sagen, daß dieses Gesetz bloß dann ins Leben treten kann, wenn analoge Verfügungen auch von seiten Oesterreichs geschehen. Diese ganze Struktur, die eigentlich gewisse gemeinsame Angelegenheiten konstruiert und für deren Erledigung auf Basis der Personalunion sorgt, diese ganze Frage, bei der meiner Ansicht nach jeder Professor stehen bleibt und in Verwirrung gerät, der sie in seine staatsrechtlichen Schablonen einfügen will, besitzt gerade die charakteristischste Eigenschaft, daß zwei von einander unabhängige Staaten, von einander unabhängige Legislativen, unabhängig von einander durch besondere Gesetze, solche Verfügungen statuieren, die bloß dann und bloß insofern wirksam sind, insofern diese Verfügungen kongruieren, insofern sie einander decken. Daraus folgt auch das, daß das Gesetz für jeden der beiden Staaten geändert werden könne. Insofern jedoch diese Änderung eine solche Ordnung statuieren wollte, die wieder nur durch die Mitwirkung der beiden Staaten aufrechterhalten werden kann, so kann diese Ordnung nicht ins Leben treten, wenn nicht auch der andere Staat ein ähnliches Gesetz erbringt.

Ich gehe nun auf den Antrag des Herrn Abgeordneten über. Die Herren Abgeordneten haben beide mit großer Debernkraft und Geistesstärke dargelegt, daß dieser Antrag keine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs sei. Er sei nichts anderes als ein Aufruf, daß Oesterreich sein Gesetz durchführe, daß es dasjenige tue, was das österreichische Gesetz vorschreibt. An sich genommen, anerkenne ich, daß die Sache so steht. Wenn wir jedoch die Konsequenzen der Sache zu Ende denken, so sehen wir folgendes: In dem Augenblicke, da von seiten der österreichischen Faktoren die Antwort käme, das die Abhaltung der Delegationen aus dem einen oder anderen Grunde auf Hindernisse stößt, so würde für die ungarische Regierung das Dilemma eintreten, sich entweder mit dieser Antwort abzufinden, oder sich in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einzumengen, denn jedes Bestreben nach Abänderung dieses Standpunktes, jeder Schritt, jede Spornulierung von Wänschen, deren praktische Folge eine Lehderung dieses Standpunktes bedeuten würde, wäre eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs, was ich meinerseits unter den gegebenen Umständen zu vermeiden wünsche und was ich nur unter ganz ausnahmsweisen Verhältnissen von ungarischem nationalen Gesichtspunkte für statthaft halten würde.

Ich weiß nicht genau, wer, ich glaube aber, Graf Julius Andrássy beruft sich darauf, daß man diese Einmischung von österreichischer Seite nicht übel nehmen würde, denn in der österreichischen Presse ist keine Spur davon zu merken, daß diese Initiative der Herren Abgeordneten eine ungünstige Beurteilung gefunden hätte. Ich bitte die Herren Abgeordneten, den wahren Schlüssel dieser Angelegenheit nicht aus den Augen zu verlieren. Von österreichischer Seite wird es ganz anders aufgefaßt, wenn sich der eine Staat in die Angelegenheiten des anderen Staates mengt. Selbst diejenigen österreichischen Faktoren, die mit vollkommener Gutgläubigkeit behaupten, daß sie keine Zentralisten sind, haben einen ganz anderen Begriff von der nach ihnen reichsmäßigen Verbindung, die Ungarn mit Oesterreich verknüpft. Die Beschäftigung der einen Regierung oder der einen Legislative mit den Angelegenheiten der anderen wird noch lange Zeit in Oesterreich nicht jene starke Reaktion verursachen, nicht jenen starken Widerhall erwecken, den sie in Ungarn verursacht und den sie — das wäre wünschenswert — auch in Oesterreich verursachen wollte.

Wenn wir kein schlechtes Beispiel geben, wenn wir kein gefährlicheres Gebiet betreten, wenn wir nicht von neuem in das Verhältnis beider Staaten jene Denkwürdigkeit hineintragen wollen, wonach der eine sich in die inneren Angelegenheiten des anderen mengt, dann müssen wir uns jetzt dieser Sache fernhalten, denn sonst stärken wir gegen unseren Willen solche Strömungen, gegen die wir eventuell in der Zukunft, und zwar ohne Parteiunterschied, die Herren Abgeordneten ebenso wie wir, werden kämpfen müssen. (Zustimmung rechts.)

Die Herren Abgeordneten weisen mit hohem Schwung darauf hin, eine wie fürchterliche Sache wir anstellen, wenn

wir den Antrag des Grafen Julius Andrássy nicht annehmen. (Lärm links.) Nach der Meinung des Grafen Julius Andrássy treten wir die Verfassung mit Füßen, nach der Ansicht des Grafen Apponyi stellen wir dem vollkommenen Bankrott der 67er Verfassung ein historisches Dokument aus. Die Herren Abgeordneten reiten sich in der Hitze der Argumentation so sehr in diesen Gedankengang hinein, daß sie vergessen, daß sie dieses Dokument vor einigen Monaten bestätigt haben, daß sie dieselbe Verletzung der Verfassung mit armen Sünder gegenüber begangen haben, denn sie haben diesen Standpunkt, den ich auch heute einnehme und den einzunehmen ich das Haus bitte, nicht nur stillschweigend zu dem ihrigen gemacht. Ich habe auch Gelegenheit gehabt, mit den Herren Abgeordneten über diese Frage zu sprechen und habe erwähnt, es wäre meiner Ansicht nach während des Krieges mit Rücksicht auf die Verhältnisse nicht zweckmäßig, große Fragen auf die Tagesordnung zu stellen, sondern es wäre richtiger, im Verlaufe der Indemnitätsdebatte bloß den finanziellen Teil der Frage zu lösen. Nun und die Herren Abgeordneten haben — en commissance de cause — dagegen keinen Einspruch erhoben. Auf diesem Standpunkte waren die Herren Abgeordneten noch vor drei Monaten. Sie sind vollkommen berechtigt zu sagen, daß sie inzwischen die Sache bedacht haben, denn das ist, ich anerkenne es, eine solche Frage, wo wichtige Argumente pro und kontra sprechen. Sie können mit vollem Rechte sagen, daß der Krieg lange währt, daß sich ihre Besorgnisse vergrößert haben und daß sie nunmehr auf diejenigen Argumente größeres Gewicht legen, welche die Einberufung der Delegation oder die Annahme des Apponyischen Antrages wünschen. Dagegen könnte niemand etwas einwenden. Dasjenige, was man sich vor drei Monaten zu eigen gemacht hat, eine Verletzung der Verfassung, ein über den Bankrott des G. V. XII:1867 ausgestelltes historisches Dokument zu nennen.

Graf Julius Andrássy: Ich habe diese Auffassung niemals gehabt, daß wir kein Recht hätten, zu fordern. Damals hat man das auch in Oesterreich nicht ürgiert.

Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Ich will die Verfassung nicht mit Füßen treten, weil man es in Oesterreich nicht ürgiert. Qui nimium probat, nihil probat. Durch eine solche Behauptung sägen die Herren Abgeordneten den Ast unter sich ab. An dieser Behauptung ändern die Ereignisse, die seit drei Monaten geschehen sind, gar nichts, denn wenn es jetzt eine Verletzung der Verfassung ist, so war dies auch damals der Fall. Das hängt nicht davon ab, ob die Rumänen in Siebenbürgen eingebrochen sind oder nicht. Ich anerkenne, daß dies ein argumentum ad hominem ist. Aber die Wichtigkeit des argumentum ad hominem hängt von der Wichtigkeit des homo ab, demgegenüber es rechtmäßig angewendet werden kann. Und ich lege ein viel größeres Gewicht auf die Individualität der Herren Abgeordneten, ich halte und schätze sie viel höher, als daß ich diesem argumentum ad hominem nicht sehr großes Gewicht beimessen würde.

Um mit den Anträgen fertig zu werden, erkläre ich wiederholt — denn ich lege großen Wert darauf, daß in dieser Hinsicht kein Mißverständnis besteht —, daß die Stellungnahme des ungarischen Abgeordnetenhauses, die daraus entspringt, daß es die Anträge ablehnt, nicht die Bedeutung haben würde, daß es gegen die Einberufung der Delegationen Stellung nimmt, noch daß wir etwa das Nichtfunktionieren der österreichischen Verfassung, das Nichtzusammentreten der Delegationen als wünschenswert erachten. Im Gegenteil, wir würden es als sehr wünschenswert erachten, daß die österreichische Verfassung tadellos funktioniere, ohne daß dies mit wichtigen nachteiligen Folgen verbunden wäre, und als wünschenswert würden wir auch die Tätigkeit der Delegationen erachten. Allein auch heute verharren wir auf dem Standpunkte, auf dem das ganze Haus vor einigen Monaten stand, daß wir während des gegenwärtigen Weltkrieges die Zulassung dieser Frage in einer Richtung, die möglicherweise mit nachteiligen Folgen für die Stellung der ganzen Monarchie einherginge, nicht für zweckmäßig halten (Zustimmung rechts), daher wir denn auch die Beurteilung dieser Frage von dem Gesichtspunkte unserer Beziehungen zu Oesterreich den hierzu kompetenten Faktoren überlassen müssen.

Nun möchte ich noch mit knöcheliger Kürze auf die beiden auswärtigen Fragen zurückgreifen. Ich werde dem Herrn Grafen Julius Andrássy nicht in seinen sämtlichen Erörterungen über die einzelnen Phasen der diplomatischen Verhandlungen mit Italien folgen, denn ich müßte ja in solchem Falle all das wiederholen, was ich schon bei früheren Gelegenheiten darüber gesagt habe. Meinerseits möchte ich nur auf einige Tatsachen hinweisen, die meiner Ansicht nach die Einseitigkeit und Voreingenommenheit der Behauptungen des Herrn Abgeordneten beweisen. Die ganze Aktion, in deren Verlauf die verfehlte Haltung des gegenwärtigen Ministers des Außeren die Chancen einer friedlichen Lösung angeblich junichte gemacht hat, erstreckt sich vom 17. Januar bis zum 15. Februar. Am 15. Januar fand die erste Unterredung statt und am 15. Februar teilte Baron Sonnino mit, daß er seine Anerbietungen widerrufen und nicht weiter verhandle. Dies trug sich in nicht ganz vier Wochen zu, während welcher Zeit der Herr Minister des Außeren drei eingehende Unterredungen hatte. Ich glaube, daß dem objektiven Beobachter diese drei Unterredungen, die im Notbuch publiziert sind, nicht den Eindruck machen werden, daß wir es auf eine Verschleppung abgesehen hatten.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy (dazwischenrufend): Ich bitte, doch nicht immerfort die Objektivität als Motiv zu erwähnen. Ich bin in meiner Kritik immer objektiv gewesen.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Der Herr Abgeordnete fragt, wenn ich richtig gehört habe, worin er nicht immer objektiv gewesen sei.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy (dazwischenrufend): Man kann meine Auffassung eine verfehlte nennen, aber warum objektiv und warum subjektiv?

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza (fortfahrend): Darauf werde ich mit ihrer gütigen Erlaubnis noch zurückkommen. In dieser Hinsicht bin ich befähigt, den präzisesten Tatbestand herzustellen. Der geehrte Herr Abgeordnete gibt eine Geschichte unserer Zugeständnisse und will dadurch seine jüngsten Behauptungen rechtfertigen. Zunächst beanstandet er, daß wir nach den ersten prinzipiellen Erklärungen, die am 9. März stattfanden, Zeit verloren und erst nach dem Fall von Przemyśl, wie er sagte, am Tage des Falles von Przemyśl oder am folgenden Tage die Taktik geändert haben und mit neuen Zugeständnissen gekommen sind. Diese Behauptung verstößt gegen den Kalender der trockenen Tatsachen. Wie das geehrte Haus weiß, hat Baron Sonnino auf unsere prinzipielle Erklärung vom 9. März mit der Forderung reagiert, daß wir, noch bevor die meritorische Verhandlung beginnt, uns zur sofortigen Abtreibung verpflichtet sollen. Darauf einzugehen war, wie ich glaube, unendlich. Wir haben aber in dieser Frage unsere

solche Schiffe; der Rest fällt auf Belgien. Portugal erhält keine Schiffe, dafür eine Geldentschädigung. Da die Höhe der Geldentschädigung nicht genannt wird, ist sie zweifellos durchaus nicht beträchtlich.

Für die siebenbürgischen Flüchtlinge.

Die Bekleidungsaktion für die siebenbürgischen Flüchtlinge.

Mit dem Eintritt der kühleren Tage macht sich die Kleidernot unter den siebenbürgischen Flüchtlingen immer drückender fühlbar. Viele Tausende, die sich bisher geheizt hatten, die öffentliche Mildtätigkeit in Anspruch zu nehmen, überwinden jetzt ihr schämiges Sträuben und tun den schmerzlichen schweren Weg zu der Bekleidungsstelle des hauptstädtischen Zentralbureaus für Flüchtlingswesen, die im Kunstgewerbemuseum auf der Illerstraße eingerichtet ist.

Unbeschreiblich ist das Bild des Elends, das dort jetzt täglich sich von Früh bis Abend entfaltet. In dichten Scharen drängen sich die dürftig bekleideten Flüchtlinge, vom kleinen Kind bis zum Greis, vom schlichten Landmann bis zum Manne des guten Mittelstandes, Bauernmägde und Frauen der Intelligenzschicht, am Tore des Kunstgewerbemuseums, in demütiger Geduld des Augenblicks harrend, da sie Einlaß finden, um mit den notwendigen Kleidern beteiligt zu werden.

Erschütternd ist schon der Anblick derer, die mit den empfangenen Gaben abziehen. Noch erschütternder der Anblick der weitaus größeren Anzahl, die mit leerer Hand ausgeht, weil der Vorrat bereits erschöpft ist.

Nebst den gebrauchten Kleidungs- und Wäscheutensilien, die das Publikum sendet, hat das hauptstädtische Zentralbureau auch aus den Gaben des „Pester Lloyd“ in freihändigem Kauf Warenmengen beschafft, die bereits zur Verteilung gelangt sind. Dem hauptstädtischen Zentralbureau hat der „Pester Lloyd“ zu diesem Zwecke, wie wir bereits gemeldet haben, den Betrag von 150.000 Kronen zur Verfügung gestellt. Nun erhalten wir von dem Leiter des Zentralbureaus Herrn Magistratsrat Dr. Franz Harrer die Verständigung, daß die Geldvorräte ebenso wie die Vorräte an Kleidern und Wäsche erschöpft sind, die Menge der Hilfsbedürftigen aber stündlich wächst.

Infolgedessen haben wir dem hauptstädtischen Zentralbureau heute weitere 20.000 Kronen überwiesen.

An unseren Leserkreis aber wenden wir uns mit der inständigen Bitte, des furchtbaren Zustandes unserer siebenbürgischen Brüder, die in dem kühler gewordenen Herbstwetter in dürftigster Bekleidung dastehen, in seiner stets bewährten werktätigen Menschenliebe zu gedenken. Die Haus und Hof verlassen, von der heimatlichen Scholle vor dem Feinde flüchten mußten, sie sollen, sie dürfen keinem Siechtum ausgesetzt bleiben, das ihnen infolge ihrer mangelhaften Bekleidung droht.

Unsere Brüder aus Siebenbürgen benötigen Kleider, Schuhe, Leibwäsche.

Das milde Herz unseres hochgefinnten Leserkreises wird sich ihrer Not sicherlich erbarmen.

Aus Bencsellő (Komitat Szabolcs) wird berichtet: Mittwoch ist hier der erste Zug mit siebenbürgischen Flüchtlingen eingetroffen. Zum Empfang hatten sich unter der Führung der Gräfin Nikolaus Desjewiszy zahlreiche Damen und die Ortsbehörden eingefunden. Die Flüchtlinge wurden in das Gemeindehaus geführt, von dem Damenhilfsausschuß mit Geld und Lebensmitteln versehen und erhielten auch in dem Orte Quartier. Es gibt zahlreiche Holzarbeiter unter ihnen; diese werden auf den gräflichen Besitzungen beschäftigt werden. Die Flüchtlinge sind aus den Gemeinden Debabiztra, Nagyoros und Katosnya. In den nächsten Tagen werden weitere Transporte erwartet.

Spenden für die siebenbürgischen Flüchtlinge.

Für die siebenbürgischen Flüchtlinge sind uns zu gekommen:

	Kronen
von Witwe Baronin Karl Euhár geb. Gräfin Maria Remes für die Flüchtlinge aus dem Komitat Marosstorda	2000.—
der „Regelgesellschaft der Holzverföhlung“, Pestica	135.—
J. Wolf u. Sohn, Wien, Obere Weißgärberstraße 11	100.—
Josef Steiner und Frau, Budapest.	100.—
Heinrich Szendrei und Frau als Kranzablösung für Dr. Arpad Kiralyfi	25.—
Zusammen	2360.—
Hiezu die im heutigen Morgenblatte ausgewiesenen	983.342.19
Totale	985.702.19

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Magnatenhauses.

Budapest, 22. September.

Im Magnatenhaus unterbreitete heute vor Eingang in die Tagesordnung Bischof Graf Gustav Mailáth eine Interpellation, in deren Begründung er in rührender, alle Mitglieder des Hauses bewegender Weise, doch fest und vertrauensvoll Fragen des Flüchtlingswesens besprach. Die Antworten des Unterrichtsministers Béla v. Jankovich und des Ministers des Innern Johann v. Sándor, zwei eingehende, beruhigende Darlegungen der Tatsachen und Absichten, nahm das Haus, auch der Interpellant befriedigt zur Kenntnis. Dann erledigte das Haus die Vorlagen.

Zur Vorlage betreffend die Vermögenssteuer ergriff Magnatenhausmitglied Graf Robert Zelenky das Wort, um nach seiner bekannten Auffassung auseinanderzusetzen, daß das immobile Vermögen steuerpolitisch überlastet erscheine, dagegen aber der Handel, die Industrie, das Finanzkapital weitaus günstiger gestellt und steuerpolitisch kaum zu fassen seien.

Finanzminister Johann v. Teleky antwortete, indem er das große Ziel, den Willen zum Sieg, in den Vordergrund rückte und als wesentliche Ursache der Vorlage bezeichnete. Demgegenüber müßten die kleinen Bedenken, die angesichts der Vorlage geltend gemacht werden, ver-

schwinden. Die Klage über die stärkere Belastung des Grundbesitzes sei nicht ganz unbegründet. Man müßte z. B. früher bei der Bemessung der Erwerbsteuer dritter Klasse den Steuerschlüssel oft als zu hoch empfinden, weshalb der Finanzminister selbst Weisung gab, nicht das wirkliche, ganze Steuerobjekt zu besteuern, sondern Nachsicht walten zu lassen. Das wird nun anders, denn nach dem Kriege wird man sich an ganz andere Steuerschlüssel gewöhnen müssen. Der Minister sprach auch über die Finanzpolitik der Städte. Er stellte die Notwendigkeit der Einschränkung der oft zu sehr weitherzigen Wirtschaftsweise der Kommunen fest. Dann würdigte der Finanzminister eingehend auch die großen Steuerlasten, die von den Finanzinstituten und von der Industrie getragen werden; schließlich setzte er sich mit den Grundwerttheorien des Grafen Zelenky auseinander, um endlich die Annahme der Vorlagen zu empfehlen.

Die Vorlage und auch die folgenden Vorlagen wurden angenommen. Nachdem der Präsident noch des kommenden Namensfestes des Königs gedacht, wurde die Sitzung geschlossen.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Baron Samuel Jósika

eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Als Schriftführer fungieren Graf Franz Bignázy und Baron Albert Radvánsky.

Nach Erledigung des Einlaufs teilt der Präsident mit, daß der Bischof von Siebenbürgen Graf Gustav Mailáth vor der Tagesordnung eine Interpellation an den Unterrichtsminister und den Minister des Innern unterbreiten will. Das Haus erteilt hiezu die Erlaubnis.

Bischof Graf Gustav Mailáth:

Hohes Haus! Ich habe nicht nur deshalb um das Wort gebeten, damit die zerstreute Herde auch im Saale der Gesetzgebung das Wort ihres Hirten höre und damit das Wort des Hirten die hohen Magnaten mit Teilnahme und Aufmerksamkeit erfüllen könne, sondern damit auch die an den ferneren Fronten kämpfenden tapferen Székler Soldaten das Wort ihres Hirten hören, der sein Vertrauen nicht verloren hat und dieses Vertrauen seiner Herde einflößen will. Ich kam nicht hieher, um Bormürse zu machen.

Wenn Unterlassungen begangen worden sind, so sind diejenigen schon genug mit dem Anblick des großen Unglücks bestraft, das teilweise hätte vermieden werden können. Ich kam hieher, um alle aufzufordern, an der Arbeit, die uns bedroht, teilzunehmen, der betroffenen Bevölkerung Vertrauen einzulösen, damit jeder seine Pflicht erfülle. Jeder weiß, was geschehen ist. Ich will meine Rede nicht zur Stimmungsmacherei benützen, denn ich würde damit nur das hohe Haus beleidigen, wenn ich annehmen würde, daß nicht jeder die tiefste Anteilnahme den Ereignissen entgegenbringen würde, sondern ich ersuche all diejenigen, die bereits mit Spenden zur Linderung der Not beigetragen haben, sie mögen ihre ganze Seele den Heimatlosen hingeben und sie mögen die obdachlosen Familien mit ihren Kindern nicht als Last sondern als eigene Familie betrachten. Ich wende mich an diejenigen Mütter, denen Gott vielleicht das Teuerste genommen, sie mögen die vielen, barfuß umherlaufenden, frierenden Kinder an Kindes Statt annehmen. Aus den Beratungen des Abgeordnetenhauses haben wir gesehen, daß uns allen das Schicksal und die Zukunft dieses Landes am Herzen liegt. Ich bitte daher jedermann, in dieser schweren und kritischen Zeit auch nicht den Anschein zu erwecken, als ob hier Parteizwistigkeiten müteten. Wir sind alle eins in der Verteidigung des gemeinsamen Vaterlandes, in der großen Arbeit der Zurückeroberung Siebenbürgens, in dem Aufbau der zerstörten Heimatstätten.

Redner begründet dann kurz seine Interpellation und verlangt namentlich Beruhigung über die Kindersterblichkeit, die während der Flucht furchtbar gewütet hat. Denn erste Leute schätzen die Zahl der zugrundegegangenen Kinder auf achttausend.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza: Aber, ich bitte! Bischof Graf Mailáth: Der Segesvárer Pfarrer habe ihm gestern erzählt, er mühte in Segesvár Massengräber für die Kinder graben lassen. Wie viele sind noch auf dem langen, bitteren Wege bis Debreczen zugrunde gegangen. Wir müssen alles anwenden, damit diese Kindersterblichkeit wenigstens in der Zukunft verhindert werde. Er unterbreitet folgende Interpellation:

1. Ist die kön. ungarische Regierung geneigt, den Stammgehalt der durch die feindlichen Verhältnisse betroffenen Seelsorger und Lehrer, der im Széklerland zumeist in Naturalbezügen bestand, für das jetzt beginnende ganze Wirtschaftsjahr abzulösen?
2. Ist der Herr Unterrichtsminister geneigt, den auf dem durch den Feind besetzten oder behördlich evakuierten Gebieten wirkenden Professoren alle jene Begünstigungen zu gewährleisten, die die staatlichen Professoren überhaupt genießen, und namentlich ihre Gehalt bei den ihrem Aufenthaltsort zunächst gelegenen Finanzdirektionen flüssig zu machen?
3. Welche Unterstützungen und Begünstigungen beabsichtigt der Herr Unterrichtsminister den Kindern der Flüchtlinge einzuräumen, damit sie in der Ausübung ihrer Studien nicht behindert werden?
4. Ist der Herr Minister des Innern geneigt, um darüber zu beruhigen, welche Verfügungen in der Hinsicht getroffen worden sind, damit der Kinderschutz mit dem erhofften Ergebnis verbunden sei und die weitere Verheerung unter den Kindern vereitelt werde?
5. Ist der Herr Minister geneigt, zu verfügen, daß die Flüchtlinge möglichst gemeindefeise gruppiert werden?

Unterrichtsminister Béla v. Jankovich

begrüßt mit der größten Wärme seiner Seele die Worte des Siebenbürger Bischofs und freut sich, daß er Gelegenheit hat, das Haus über die Verfügungen zu informieren, die er in dieser Richtung getroffen hat. Nach Ausbruch des Krieges hat der Minister sofort verfügt, daß die Namensliste und der gegenwärtige Aufenthaltsort des Lehrpersonals sofort festgestellt werde, und die Schulinspektoren aufgefordert, im Wege der Presse die flüchtigen Lehrer aufmerksam zu machen, daß sie ihren Aufenthaltsort nicht nur ihrer vorgelegten Behörde, sondern auch dem Ministerium mitteilen. Schon bisher haben sich zahlreiche Lehrer an das Ministerium gewendet; sie erhielten ihr Gehalt und wurden neuen Schulen zugeteilt. Auch hinsichtlich der Naturalgebühren der Seelsorger wurden Verfügungen getroffen. Sie erhalten als momentane Unterstützung ihre Gebühren für das nächste Halbjahr, ferner werden sie auch von der Kriegsfürsorgekommission Entschädigung und

ost.

reich-Ungarns.

bei täglich zweimaliger Zustellung
für Wien:

monatlich K 6.90

vierteljährlich 11.50

halbjährlich 22.—

Für Österreich-Ungarn:

monatlich K 4.60

vierteljährlich 13.50

halbjährlich 27.—

Bei täglich einmaliger Zustel-

lung (das Morgenblatt zugleich

mit der Nachmittagsausgabe des

vorherigen Tages) für auswärts:

monatlich K 8.90

vierteljährlich 11.50

halbjährlich 22.—

Für Deutschland:

vierteljährlich Kreuzbandsendung

K 16.—

und durch die Postämter laut dort

aufgelegender Postzeitungsliste.

Sänder des Weltpostvereines:

vierteljährlich Kreuzbandsendung

K 22.—

und durch die Postämter laut dort

aufgelegender Postzeitungsliste.

1916

XXIII. Jahrgang

ischen General- Verlusten.

nischen Nordwestgrenze.

ren bei Florina.

Die große Sünde der Sozialdemokratie.

Wien, am 21. September.

Der große Kampf der Sozialdemokratie geht laut den Parolen ihrer Führer auf Gerechtigkeit, Brüderlichkeit im Wirtschaftsleben. Es ist die Riesentragedie dieses Kampfes, die große Sünde seiner Feldherren, daß nicht gekämpft wird auf der Grundlage einer Weltanschauung und Seelenführung, aus der allein Gerechtigkeit und Brüderlichkeit erwachsen, sondern auf der Grundlage einer Philosophie, welche die tiefstehende aller möglichen ist, und auf deren Boden nur das Gegenteil von Gerechtigkeit und Liebe gedeihen kann. Die Propheten der Sozialdemokratie heißen Marx, Engels, Lassalle. Deren Menschenauffassung und Geschichtsbetrachtung liegt der Materialismus zugrunde. Sie sind Schüler der Darwin, D. Fr. Strauß und Feuerbach; und ihre eigenen Schüler: Bernstein, Bebel, Liebknecht usw. gehen wieder bei den Büchner, Vogt, Moleschott, Häckel, Ostwald in die Schule. Materialismus ist das Kredo der sozialdemokratischen Führer. Der Mensch ist ein Diesseitsgeschöpf, aus Kraft und Stoff zusammengesetzt, heute blühend und morgen wieder ins Nichts sinkend. Die Seele ist bloßes Anhängsel des Körpers, höchster Bestandteil, aber doch an den Körper gebunden und mit ihm verschwindend. Gott, Jenseits, Unsterblichkeit sind bloße Traum-, Phantasieprodukte des Menschen. Im Diesseits ist alles Sein und Sollen des Menschen beschlossen; hinieden möglichst viel Anteil an den Gütern und Freuden zu gewinnen, ist die Aufgabe des Menschen. Dabei muß das erste Streben das wirtschaftliche sein, denn die materiellen Lebensmöglichkeiten bestimmen die seelischen. „Der Mensch ist, was er ißt.“ Das Philosophieren des Menschen, seine geistigen Genüsse sind ganz von seinen ökonomischen Verhältnissen abhängig, sind derart natürliche, vom Stofflichen abhängige Produkte, wie etwa Zucker oder Vitriol. So seid anspruchsvoll, genussfreudig! Macht hier das Leben reich und schön, kein Jenseits gibt's, kein Wiedersehen! Habt Bedürfnisse, macht Ansprüche! „Die Bedürfnislosigkeit“, sage ich, Ferdinand Lassalle, euch, „ist die Tugend des indischen Säulenheiligen und des christlichen Mönches. Aber vor dem Geschichtschreiber und Nationalökonomem gilt eine andere Tugend. Fragen Sie alle Nationalökonomem: Welches ist das größte Unglück für ein Volk? Wenn es keine Bedürfnisse hat, denn diese sind der Stachel seiner Entwicklung und seiner Kultur.“

Materialistisch ist auch die Geschichtsbetrachtung der sozialdemokratischen Propheten. Die Ideologen und Spießbürger, erklären sie, nahmen bisher das Geistesleben als Ausgangspunkt und Hauptmotor des geschichtlichen Geschehens. Die Heiligen und Künstler, die Fürsten und Juristen dünkten sie die großen Macher. Wahnglaube! Nicht die Seele, nicht die dunstige Wolkenbildung am Himmel — die materielle Produktion auf Erden ist die Geburtsstätte aller Geschichte. Das Um und Auf der Geschichte sind die wirtschaftlichen Prozesse und Kämpfe; die ökonomischen Kräfte sind die entscheidenden, sind die Angelpunkte der großen Bewegungen. Eine einfache Ueberlegung muß es doch jedem klar machen: erst müssen die Menschen essen, wohnen und sich kleiden, dann erst können sie Politik, Wissenschaft, Kunst, Religion treiben. Aus

allein anknüpfen zu können vermeint hat, mit dem Aufbau und der Verbreitung einer neuen humanen Ethik gleichen Schritt gehalten. Die alten Götter wanderten aus, und auf dem verlassenen Herde wurde kein neues Feuer angezündet, höchstens die unsterblich flackernde Flamme des Genusses und des Zweifels.“ Heute braucht man nur auf den Weltkrieg mit seinen ungeheuerlichen Barbareien hinzuweisen, um zu erkennen, wie weit die vom alten Christentum emanzipierte, der neuen, religionslosen, natürlichen Ethik huldbigende Menschheit gekommen. Es war ein Gang glattweg von der Humanität zur Bestialität.

Das offizielle Kredo der Sozialdemokratie ist die große Sünde der Sozialdemokratie. Monismus und Materialismus führen nicht auf die Höhe des Solidarismus, sondern geradewegs in Dantes Hölle. So sind denn die besten Köpfe aller Lager einig in der Abweisung der Lebens- und Geschichtsphilosophie der Marx, Engels, Lassalle, Bebel, Bernstein, Liebknecht usw.; einig in der Abweisung einer Agitation, die mehr die Sinne als die Seele berührt; die grob, mechanistisch, charakterverderbend. Richard Wagner, der im Nibelungenring mit erschütternder Anschaulichkeit das Mächtigwerden des Goldes über die Menschen zeigt, bekennet in Briefen an seinen Freund Ködel seine Abkehr vom optimistischen Sozialismus zur religiös-tragischen Auffassung, zur Ueberzeugung, daß der Fluch des Goldes nicht in äußeren Einrichtungen, sondern in einer hämonischen Neigung unserer Natur liege; daß dieser Fluch auch nicht mit der Ersetzung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung durch eine andere weiche, sondern nur nach Maßgabe der persönlichen Erlösung und Erhebung der Menschenseele über die Herrschaft blinder Lebenstriebe. F. W. Förster verwirft ganz und gar den Menschenoptimismus der Sozialdemokratie, wonach der Mensch ursprünglich gut sei und erst später im Zeichen falscher Wirtschaftsordnungen in die große Kloake komme. „Nein,“ erklärt Förster, „die Kloake ist in uns selber, und trocknet in der Gesellschaft nur in dem Maße aus, als sie in unserm Innern gereinigt wird.“ Selma Lagerlöf nennt den Sozialismus geradewegs den Antichristen; nicht weil er sich mit den äußeren Formen der gesellschaftlichen Entwicklung befaßt, wohl aber, weil er beständig die geistige Erneuerung der Gesellschaft verhöhne, die inwendigen Lebensbedingungen aller gesellschaftlichen Reform in ihrer ganzen praktischen Unentbehrlichkeit verkenne, statt das Außenwerk dem Innenwerk unterzuordnen. Werner Sombart hält den Kampf der Sozialdemokratie um wirtschaftlichen Solidarismus für voll berechtigt, findet aber, daß ihre Mittel und Methoden zum geraden Gegenteil führen. Die Begründer des modernen Sozialismus, meint er, hätten gedacht, daß Veränderungen der gesellschaftlichen Ordnung, die auf Interessen aufgebaut, am ehesten erreicht würden, wenn selbst wieder Interessen zum Kampf ums Neue aufgerufen würden. So sei die sozialistische Bewegung zu einer Interessenbewegung des Proletariats geworden, während die ursprünglichen Ideale, zunächst als sittliche Forderungen erhoben, zurücktraten. Damit sei die sozialistische Bewegung völlig mit händlerischem Geiste ausgefüllt worden. Das Ziel sei jetzt Erklämpfung möglichst vieler Vorteile für die lohnarbeitenden Klassen, der Kampf sei in einen Kampf um den Futteranteil ohne alle Umsichtweise ausgeartet. Dieser Art sei der „Ameisen-Kribbel-Kram“, das erbärmliche Behagen, das „Glück der Meisten“ zum Ziel der sozialistischen Bewegung geworden. „Der solchertweise verflachte Sozialismus, der sich schon fast mit dem englischen Trade-Unionismus berührt, der im Konfort und Sport wie dieser die eigentlichen Lebenswerte erblickt, ist nichts anderes mehr als Kapitalismus oder Kommerzialisismus mit umgekehrten Vorzeichen.“

Dr. E.

Böhm-Ermolli.

ar in der Dobrudscha.

Neu-Griechenland?

sich — einer politisch so hoch begabten und über die Erfahrung avitischer Traditionen verfügenden Nation in Zeiten und Verhältnissen, wie den gegenwärtigen, dem In- und Auslande, den Verbündeten und den Feinden, der Geschichtsschreibung und den Politikern der Zukunft das peinliche Schauspiel eines parlamentarischen Stierkampfes und gegenseitiger Selbstzerfleischung bietet. Der Feind ist im Land — und da denken Vertreter einer Nation, die noch immer von dem Ruhme des unsterblichen *moriatur pro rege nostro* Glanz ihrer Ahnen zehrt, vor allem daran, wie sie an den vermeintlichen Schuldigen vermeintlicher Fehler und Versäumnisse Parlamentsjustiz üben könnten. Der Feind ist im Land — und da ist ein Andrassy, man erschrickt förmlich bei der Aussprache dieses stolzen Namens, in der Laune, sich als Besserwisser in die Arena zu stellen und gegen Faktoren, deren Schultern mit den schweren Sorgen und der furchtbaren Verantwortung für den glücklichen Ausgang des unserer Monarchie auferlegten und gerade jetzt zur entscheidenden Krisis gediehenen Kampfes auf Leben und Tod belastet sind, mit Bedacht und Ueberlegung den Pfeil eines Antrages abzuschneiden, der in gefahrvollster Stunde die ärgsten Verlegenheiten hervorzurufen und allenthalben Empfindlichkeiten zu treffen bestimmt war; eines Antrages, der denn auch in der That der Anlaß zu einer in Breite und Länge ausschweifenden Parlamentsdebatte wurde, in welcher viele Redner aller Hemmungen eines Verantwortungsgefühls für ihre Worte bar zu sein schienen. Der Feind ist im Land — und da fand man Zeit zur Auspinnung von Ministersturzplänen, in die man sich so verbeißt, daß der Führer der äußersten Linken, Graf Karolyi, sich zur Erklärung versteigt, er und seine Gesinnungsgenossen seien zwar bereit, alles für die Befreiung des Vaterlandes zu opfern, Gut und Blut, Weib und Kind, aber unter der einen Bedingung, daß der Ministerpräsident zurücktrete! Der Feind ist im Land — und da findet man Muße zu weitaus holenden Untersuchungen staatsrechtlicher Doktorfragen, zu Paragraphenreitereien, als lebten wir auf dem Monde und nicht auf einem von Sturmfluten heulend und drohend umbrandeten Eiland, als wäre Budapest Byzanz, in dessen Mauern man noch angesichts des stürmenden Feindes um philosophische Spitzfindigkeiten stritt, und nicht die Hauptstadtstadt jenes Ungarn, dessen schönstes Grenzland ein türkischer Feind überflutete. Der Feind ist im Land — und man war in der Stimmung zu allerlei, unter andern Umständen, wir wollen hier darüber kein Urteil abgeben, vielleicht beachtenswerten, aber zur Zeit völlig wert- und zwecklosen Rekrinationen, zu kriegspolitischen und strategischen Kannegießereien, die an Tiefsinn und an Abenteuerlichkeit der zugrundegelegten Tatsachenaussagen mit den jetzt üblichen Weltbetrachtungen der Kaffeehausfryer und Anstellmädchen vor den Butterläden in Wettbewerb traten.

Warum hat man, statt voreilige Kritiken auf Grund eines ganz unzulänglichen Materials loszuschießen, nicht lieber die Ereignisse abgewartet, die, wie gestern Graf Tisza den Anklägern am Schlusse der Debatte triumphierend zurufen konnte, die Berechnungen und Maßnahmen der für die Kriegführung verantwortlichen Faktoren inzwischen bereits glänzend gerechtfertigt haben? Wie stehen jetzt die großen ungarischen Parlamentsstrategen mit ihren gegen die anerkannt hervorragendsten und er-

Die Bilanz.

Wien, am 22. September.

Man mag die weitausgesponnenen Erörterungen, die im ungarischen Abgeordnetenhaus durch die Anträge Andrassy und Apponyi hervorgerufen wurden, jetzt, nach Abschluß der Debatte und Ablehnung der Anträge, mit dem allergrößten Wohlwollen, mit der freigebigsten Nachsicht, unter Zubilligung aller erdenklichen Milderungsgründe, wobei in erster Linie an die Erregung über die walachische Ueberrumpelung des schönen Siebenbürgen, über die Leiden der Flüchtlinge und etwa vernichtete Werte zu denken wäre, rückschauend überprüfen, das mildeste Urteil, zu dem unbefangene Abwägung aller Für und Wider gelangen kann, ist die Ueberzeugung, daß es für die Gesamtmonarchie wie für Ungarn allein, für den Fortgang der Reichsverteidigung, für unser Ansehen in befreundeten wie noch mehr für unsere Einschätzung im feindlichen Auslande, aber auch für die künftige geschichtliche Wertung des Verhaltens Ungarns im Weltkriege und für die künftige Stellung der Magyaren als politische Nation vorteilhafter gewesen wäre, wenn die Debatte unterblieben wäre und der ungarischen Parlamentsgeschichte die Protokolle über die Sitzungen seit der Burgfriedenskündigung nicht hätten einverleibt werden müssen.

Es ist uns als unpolitisch verschrienen Oesterreichern ganz unsatzbar, wie es möglich werden konnte, daß die parlamentarische Minderheit — die übrigens von sich behauptet, sie hätte die Mehrheit der Bevölkerung hinter

die Notwendigkeit der staatlichen Einmischung in bestimmten Situationen festzustellen. Gleichzeitig aber verwies Abgeordneter Graf auf die Schwierigkeiten, die der Durchführung der theoretischen Erkenntnis im Wege stehen; er zog das Beispiel Deutschlands heran, um zu zeigen, wie diese Schwierigkeiten sich auch der starken Organisation des deutschen Volkes entgegenstellten. Er betonte die Notwendigkeit der gleichmäßigen Verfügungen, die keine Klasse privilegiert und die Privilegierung einer Klasse nicht auf der Beschränkung einer anderen aufbaut; namentlich besprach er die Notwendigkeit einer gleichen Verteilung der städtischen und ländlichen Bevölkerung, des industriellen und des landwirtschaftlichen Arbeiters. Sehr wertvolle Betrachtungen widmete Abgeordneter Graf insbesondere der Frage der Preissteigerung und der Bekämpfung derselben. Seine Ausführungen über das Wesen der Zentralen werden zweifellos allgemeine Beachtung finden, besonders die Polemik, die er gegen einzelne Kritiker glücklich und aufklärend führte. Mit einem Appell an die besten Gefühle des Bürgers und Politikers schloß seine durchaus wertvollen Ausführungen.

Die Ausführungen des Abgeordneten Graf fanden lauten Beifall; Ministerpräsident Graf Stefan Tisza entbot ihm als erster seine Gratulation.

Dann sprach Abgeordneter Paul Jaczko. Um 2 Uhr unterbrach der Präsident die Sitzung bis nachmittags 4 Uhr.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Deöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags.

Schriftführer: Ladislaus Almásy, Nikolaus Kósthály, Alfred Pál.

Auf den Ministerfauteuils: Graf Tisza, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Parkányi, Jankovich, v. Sidoghéthy.

Präsident meldet dem Hause das Ableben des Abgeordneten Béla Károlyi, dessen Andenken er einen warmen Nachruf widmet.

Nach Verlesung des Einlaufes folgt die Tagesordnung: die Verhandlung des V. Berichtes über die Inanspruchnahme der Ausnahme-gewalt durch die Regierung.

Berichterstatler Josef Illés:

Schon unmittelbar nach dem Ausbruche des Krieges haben unsere Feinde einen wirtschaftlichen Krieg gegen uns eingeleitet, dessen ausgesprochenen Zweck unsere Aushungerung bildete. Diese Taktik bedeutete nicht nur die Herausbeschwörung der Hungersnot, sondern auch den Stillstand unseres gesamten Wirtschaftslebens, der naturgemäß auch unsere Kampfbereitschaft vernichtet hätte. Und dieser wirtschaftliche Kampf wurde immer gewalttätiger. In diesem unblutigen Krieg bedeutete jedoch jedes neue Jahr einen großen Erfolg. Jetzt haben wir den großen wirtschaftlichen Schritt, das Jahr 1916, zurückgelegt. Das mögen unsere Feinde zur Kenntnis nehmen. Gegenüber dem teuflischen Plane unserer Gegner setzte unsere Verteidigung, zweifellos unter bedeutenden Schwierigkeiten, auf dem ganzen Gebiete des wirtschaftlichen Lebens ein. Es galt, unser ganzes wirtschaftliches Leben von heute auf morgen derart umzuwandeln, daß neben den neuen auch die alten Grundlagen fortbestehen. Zweifellos hat die psychische Anpassung der Bevölkerung in nicht geringem Maße zur Bekämpfung der Schwierigkeiten beigetragen. Diese Anpassung, sowohl der produzierenden, als auch der konsumierenden Bevölkerung, verdient vollste Anerkennung.

Wir dürfen aber auch nicht außer acht lassen, daß die Aufgabe der Regierung trotzdem immer schwerer wurde, hauptsächlich deshalb, weil der gegen uns geführte wirtschaftliche Krieg immer schärfer, wilder, schonungsloser geworden ist. Die Aushungerungspolitik zwingt den Gegner, unsere möglichst vollständige Nüchternung durchzusetzen, wodurch wir immer mehr auf unsere eigenen wirtschaftlichen Kräfte angewiesen werden. Unsere stärkste Waffe bildet die entsprechende Organisation der Kräfte.

Ein Vergleich des abgelaufenen Wirtschaftsjahres mit dem ersten Kriegsjahre ergibt zu Gunsten, daß die Regierung die früheren Erfahrungen ausgenützt hat. Die Verfügungen, mit denen die Regierung den Getreide- und den Mehlbedarf der Bevölkerung bis zur neuen Ernte sicherstellen wollte, haben sich bewährt. Ein Vergleich mit Deutschland, das vom ursprünglichen Dezentralisierungssystem zur Zentralisierung der Verpflegung schreiten mußte, beweist die Richtigkeit unserer Verfügungen auf diesem Gebiete. Redner verweist hierbei auf eine Aeußerung, die Reichsminister Bethmann Hollweg vor der sozialdemokratischen Parteileitung tat, wonach sich die Gesetze des Wirtschaftslebens im Kriege als bedeutend stärker erweisen haben als die Staatsmacht, und es unmöglich machen, bei den Lebensmitteln die Teuerung zu bekämpfen. Bei der Beurteilung der Verpflegungsfrage darf — betonte der Referent — auch nicht vergessen werden, daß in erster Reihe die Bedürfnisse der Armee gedeckt werden müssen. Ohne genaue Kenntnis der hierauf bezüglichen Daten läßt sich kein richtiges Urteil über die Verpflegung der Zivilbevölkerung konstruieren.

Aus der Menge der das wirtschaftliche Leben betreffenden Ausnahmegesetzgebungen hebt Referent noch die Verfügungen über das Zwangsausgleichsverfahren hervor, die dazu dienen sollen, die durch das anfängliche Moratorium erzielte relative Ruhe im Kreditleben sicherzustellen und dieser Aufgabe auch entsprechen. Referent empfiehlt den Bericht zur Annahme. (Lebhafter Beifall.)

Abgeordneter Ernst Esermát

erklärt im Namen seiner Partei, er sei nicht in der Lage, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Gegenüber dem gegen uns aufgebotenen Arsenal von wirtschaftlichen Repressalien unserer Feinde sei bei uns gar nichts vorgekehrt worden. Die Wurzel des Übels liege darin, daß bei uns Bevorzugung und Protektion überwiegen, die Reichen und Mächtigen vermögen sich alles im Ueberfluß zu verschaffen, die Besitz- und Rechtslosen aber müssen alles entbehren, eben wegen des Ueberflusses der Reichen. Redner polemisiert mit dem Berichterstatler hinsichtlich dessen Behauptungen über das Moratorium und kommt dann auf die Approvisionierungsfrage eingehend zu sprechen. Er wirft der Regierung vor, sie habe die ihr obliegenden Aufgaben in bezug auf die Ermöglichung der Beschaffung der wichtigsten Lebensmittel durchaus nicht gelöst, als sie die verschiedenen Zentralen schuf. Da ist zum Beispiel die Zentralverwaltung, deren Haupttätigkeit — wie übrigens die aller Zentralen — sich fast ausschließlich darauf beschränkt, den Konsumenten die Mitteilung zu machen: „Wir haben die Preise erhöht.“ Heißt das die Bedürfnisse des Publikums befriedigen? In den Verwaltungen der Zentralen sitzen bloß Vertreter der

Pester Lloyd

26

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 26. September.

Im Abgeordnetenhaus nahm heute bei auffallend schwacher Beteiligung der Mitglieder die Debatte über den fünften Bericht des Ministerpräsidenten betreffend die Anwendung der Ausnahme-gewalt ihren Anfang. Abgeordneter Josef Illés erstattete in sachlicher, das ganze Gebiet der angewandten Ausnahme-gewalt berührender Weise den Bericht. Das knappgefaßte Referat des Abgeordneten Josef Illés gab Zeugnis von der durcharbeitenden Gründlichkeit, mit der er die fünfhundert Seiten des komplizierten Berichtsmaterials studierte. Dem heftig aufgenommenen Referat folgte die Debatte.

Als erster Redner sprach Abgeordneter Ernst Esermát. Ein großes Stück seiner Rede war einer Kritik der Zensurmäßigkeiten gewidmet. Dann sprach er von den militärischen Entschreibungen, über die er ins Einzelne gehende Berichte forderte. Mit einem Ausblick auf eine fortschreitende Demokratisierung unseres Wahlrechtssystems schloß er seine Rede.

Es folgte eine Rede des Abgeordneten Gustav Graf. Ein berufener Kenner der wirtschaftlichen Materien, verwies er vor allem auf die außerordentlichen Formen und Dimensionen des kriegerischen Geschehens. An der Größe dieses Geschehens ist die Größe der Aufgaben zu messen, die uns durch die notwendige Bekämpfung der Aushungerungspläne unserer Feinde gestellt wird. Trotzdem könne heute ruhm festgestellt werden, daß wir aus wirtschaftlichen Gründen den Krieg auch nicht eine Stunde früher beenden werden, als es die militärischen und politischen Tatsachen erfordern. Im einzelnen beleuchtete er dann das Problem der Lebensmittelfrage; in ausgezeichneten Darlegungen bot er ein klares Bild der Fragen und Lösungen, die sich um das Problem gruppieren, wie das fehlende Rüstsel der Bedarfsmittel der Bevölkerung Oesterreichs und Ungarns durch organisatorische Verfügungen ersetzt werden könne. Die Preisentwicklung wurde im Wesentlichen durch diese Knappheit des vorhandenen Gutes bestimmt. In einer interessanten theoretischen Auseinandersetzung verfolgte Abgeordneter Graf dann den Weg, den die Preisbildung durchmacht, um schließlich

Für den israelitischen Handwerks- und Arbeiterverein erhielten wir:

als Kronablösung für Dr. Adolf Agai von Emil Stiffson und Frau 20.— Kronen

Für Gratismilch erhielten wir: 150.— Kronen von C. R.

Für die Liebesgabenaktion des Roten Kreuzes als Liebesgaben für die im Felde stehenden Soldaten erhielten wir:

von Adolf Halbbröhr, Békova	40.—
Mikolaus Goorbánji, Kiskőmédi	30.—
Ignaz Grünfeld, Balatonfüred	20.—
Morján Dankó, Monor	20.—
Josif Lenniederer, Kishidobó	20.—
Endre Mihályi, Kőmlőd	20.—
Familie Penczel, Miskolc	11.—
Johann Selbach, Ungyalbándi	10.—
Geza Lóth, Büdapestiúthaly	10.—
Andreas Gostanz, Boczonád	10.—
Sigmund Kraus, Mohács	10.—
Eugen Porembá, Kiskemező	10.—
Zusammen	211.—

Demnach für die Familien der Helden und Hingegangenen unserer gefallenen Soldaten	707.445.17
den Verein vom Roten Kreuz	583.454.72
die stellenlosen Privatbeamten und Handelsangestellten	618.317.82
das Elisabethheim der Offizierswitwen u. -waisen (Erzsebet-Ditthon)	101.418.29
Diverse	1.442.921.74
Das bisherige Gesamtergebnis beträgt	3.453.557.74

Für die Kriegserblindeten.

Für die Kriegserblindeten zu Händen des Herrn Elemér v. Simontsits, Vizepräsidenten der Landes-Kriegsfürsorgekommission, sind uns heute zugegangen:

von Mag Rosenfeld und Frau als Kronablösung für Bodó Saci	25.—
Siezu die im jüngsten Morgenblatte ausgewiesenen	290.651.84
Totale	290.676.84

„Für die rasche Hilfeleistung auf den Kriegsschauplätzen“

sind folgende neuere Spenden eingelaufen: Philipp Kraffó k 800, beim „Pester Lloyd“ eingelaufene neuere Spenden k 25, Franz Schell k 20, Ernst Schottola k 15, Eugen Hoffmágyi k 3, Rabislaus Dobos k 2, zusammen k 865. Siezu bereits ausgewiesen k 79.431.11. Totale k 80.296.11.

Kriegsfürsorge.

„Bud. Korr.“ erfährt über die Fürsorge für die erblindeten Soldaten an zuständiger Stelle folgendes: Alle Soldaten, die das Augenlicht verloren haben, erhalten in einer von dem Invalidenamte für diesen Zweck eingerichteten Anstalt theoretischen und praktischen Unterricht. Nach Beendigung der Lehrzeit kehren die Blinden nach ihrer Heimat zurück oder sehen sich nach einer entsprechenden Erwerbsgelegenheit um. Sie lernen meist das Bürstenbündeln und Korbflechten, jedoch gibt es auch solche, die Fabrikarbeit leisten, Teppiche knüpfen, die Schleiferei oder das Klavierstimmen erlernen, über besonderes Ansuchen auch die Gärtnerei. Das Invalidenamte sorgt dafür, daß jeder blinde Soldat mit seiner Familie zu einem Gartenhaus kommt, wo er ein ruhiges Heim findet. Die gewerbliche Beschäftigung der Blinden ist auf die Art sichergestellt worden, daß mit Einbeziehung kommerzieller Unternehmungen sowohl die Lieferung der Rohstoffe, als auch die Verwertung der fertigen Produkte gesichert wird. Das Invalidenamte übt die Aufsicht über die Blinden in jeder Beziehung, bringt sie vor allem unter, sorgt für ihre soziale Lage und zahlt ihnen entsprechend der Zahl ihrer Familienmitglieder aus gespendeten Beträgen gewisse Unterhaltungsbeiträge. Zahlreiche Blinde haben schon ausgearbeitet und arbeiten nun emsig daheim. Auch die Errichtung von Erwerbsanlagen in Kaloösa, Csepel und an anderen geeigneten Orten schreitet vorwärts. Auf diese Weise ist die Frage der Fürsorge für die erblindeten Soldaten von dem Invalidenamte aufs beste gelöst worden.

Das Landeskomitee zur Förderung des Roten Halbmondes, dessen Präsident Graf Karl Rhuen-Hederváry ist, hat der türkischen Institution bisher mehr als 650.000 Kronen an gesammeltem Geld, ferner Serum, das für etwa 600.000 Soldaten genügt, zugehen lassen. Um Dank zu sagen für diese Zuwendungen, haben sich heute in Vertretung des Roten Halbmondes Vizepräsident Omer Bessim Pascha und der Bevollmächtigte für Oesterreich-Ungarn Hikmet Bey in Gesellschaft des Sekretärs des Budapestener türkischen Generalkonsulats in der Kanzlei des Komitees im Parlamentsspalais eingefunden, wo in Abwesenheit des Grafen Rhuen-Hederváry Direktor Alexander Baréthy den von Omer Bessim Pascha im Namen der ganzen türkischen Nation ausgedrückten tiefen Dank entgegennahm für die großangelegte Unterstützung, die von der verbündeten ungarischen Bundesnation den kriegsanitären Institutionen der Türkei im Weltkriege angedeihen ließ.

Kriegstagung des Reichstages.

Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 26. September.

Das Abgeordnetenhaus setzte nachmittags die Beratung über den Bericht des Ministerpräsidenten fort. Abgeordneter Paul Jaczkó ergänzte die Ausführungen, die er am Schlusse der Vormittagsitzung begonnen hatte. Hierauf verlas Graf Marko Rejacevich eine Vertrauenskundgebung der Kroaten. Dann folgte eine Rede des Abgeordneten Karl Huzár. Man kennt die scharfe Art seiner Färbungen, doch was er zu sagen hatte, war vielfach interessant und ernst anregend. So radikal seine Rede jedoch in der Form auch war, so sehr sie auch schmerzvollen Einzelerfahrungen ein Gesamtbild bieten wollte, in ihren Schlüssen blieb sie den Radikalismus durchaus schuldig, war sie oft einseitig gegen bestimmte Schichten des Wirtschaftslbens gerichtet, ließ sie im ganzen Großzügigkeit in den Abhilfeplänen vermissen. Als letzter Redner sprach Abgeordneter Koloman Kovácsy. Morgen wird

Graf Michael Károlyi die Reihe der Debattenreden eröffnen.

Die Debatte machte heute durchaus den Eindruck einer stark abflauenden Auseinandersetzung. Sie war in Ton und Wesen keinesfalls reich an Anregungen und fand im Hause kaum nennenswertes Interesse.

Der Verlauf der Vormittagsitzung.

Die Vormittagsitzung nahm weiter folgenden Verlauf:

Abgeordneter Gustav Graf:

Die blutige Epoche des Weltkrieges, deren aktive Teilnehmer wir sind, übertrifft an Dimensionen alles, was die Menschheit bisher erlebt hat, und das gilt auch von den durch den Krieg aufgeworfenen wirtschaftlichen Problemen. Auch in der Vergangenheit gab es belagerte Festungen, deren Schicksal zum guten Teil davon abhing, ob sie mit ihren Lebensmitteln haushalten konnten. Die in einer belagerten Festung auftauchenden Haushaltungsprobleme lassen sich jedoch gar nicht vergleichen mit jenen der Gegenwart, da unsere Feinde die Ausschungerung eines politischen Bundes von 120 Millionen Seelen erhoffen, bevor unsere siegreichen Heere zu jenen entscheidenden Schlägen ausholen können, welche das Schicksal der Welt für lange Zeit entscheiden werden. Dieser teuflische Plan wird ohne Zweifel Schiffbruch erleiden. Wir müssen uns einschränken, unsere persönlichen Ansprüche herabsetzen. Aber wir haben auch die volle Gewißheit, daß wir in diesem Falle nicht gezwungen sein werden, den Krieg aus wirtschaftlichen Gründen auch nur um einen Tag früher zu beenden, als die militärischen und politischen Voraussetzungen dafür vorhanden sind. Die Konsequenzen der gegebenen Lage müssen jedoch auf der ganzen Linie mit unerbittlicher Strenge abgeleitet werden.

Unter den wirtschaftlichen Problemen nimmt die Lebensmittelversorgung die erste Stelle ein. Es ist selbstverständlich, daß wir die mit dieser Frage verbundenen Schwierigkeiten heute, im dritten Jahre der Belagerung, stärker verspüren, als bisher, obgleich die Lage auch heute, zum mindesten vom Standpunkt unserer militärischen Widerstandsfähigkeit, durchaus nicht als kritisch betrachtet werden kann. Die Schwierigkeiten zeigen sich in Oesterreich-Ungarn, etwas später und in geringerer Maße als in Deutschland, doch konnten sie auch uns nicht ganz erspart bleiben. Wenn aber Deutschland seine größeren Schwierigkeiten zu überwinden vermochte, so bietet uns dies die volle Gewähr, daß auch wir dazu imstande sein werden. In normalen Zeiten hat Oesterreich-Ungarn seinen eigenen Verbrauch an Lebensmitteln selbst zu decken vermocht. Während des Krieges stehen uns jedoch einerseits geringere Vorräte zu Gebote, weil die Landwirtschaft mit wenigen Arbeitskräften und Zugtieren arbeitet, die Bitterung leider die Ernteerträge ungünstig beeinflusste, und gewisse, in der Regel importierte Nahrungsmittel (Mais, Reis usw.) in Wegfall kommen, und andererseits haben wir einen gesteigerten Bedarf zu befriedigen, der durch die Ansprüche des Heeres, durch die Notwendigkeit, ausländische oder allzusehr verteuerte Lebensmittel durch billigere (Getreide und Kartoffeln) zu ersetzen und durch die verfehlte, aber bei der bestehenden Knappheit begreifliche Neigung zur Ansammlung von Lebensmittelvorräten hervorgerufen wurde. Es ist somit vielleicht keine Uebertreibung, wenn man annimmt, daß der normale Friedensbedarf der Bevölkerung Oesterreichs und Ungarns nur zu vier Fünfteln gedeckt ist. Das Problem, das zu lösen ist, besteht darin, das fehlende Fünftel in Form von Einschränkungen der gewohnten Lebensführung so zu verteilen, daß jeder seinen Anteil daran trage.

Der eben geschilderte Zustand war auch für die Preisentwicklung maßgebend. Nur das Preisminimum wird in der Regel durch die Produktionskosten bestimmt, das Maximum, bis zu welchem die Preise gehen können, bestimmt die Marktlage, das heißt die Preise steigen — wenn keine künstlichen Einschränkungen erfolgen — bis zu jener Grenze, wo die betreffende Ware aus anderen Quellen bezogen werden kann (zum Beispiel durch Einfuhr), oder wo man auf den Besitz der Ware lieber ganz verzichtet. Wenn — wie heute — der Ertrag unmöglich ist und die Ware, wie bei den Lebensmitteln ersten Ranges, nicht zu denjenigen gehört, auf die man verzichten kann, so muß die freie Entwicklung zu ganz phantastischen Preisen führen. Den einzelnen Produzenten oder Kaufmann trifft dabei selten ein Vorwurf, er ist mit seinem einzelnen Angebot der Marktlage gegenüber machtlos. Daher ist die staatliche Einmischung in solchen Situationen unbedingt nötig und sie muß drei Ziele verfolgen: die Steigerung der Produktion, die gerechte Verteilung der verminderten Vorräte und die Bekämpfung einer extremen Preisbildung.

Die Durchführung dieser Maßregeln ist jedoch in der Praxis äußerst schwierig, was Redner mit den Erfahrungen beleuchtet, die auf diesem Gebiete in Deutschland gemacht wurden, wo man erst nur zaghaft an die Bestimmung der Höchstpreise herantrat, dann in der sogenannten Höchstpreisära eine scharfe Reglementierung der Produzenten und Zwischenhändler anstrebte, um später wieder auf eine Belebung der Produktion durch Bestimmung hoher Preise und schließlich auf eine sorgfältige Durchorganisierung des ganzen Marktes der wichtigsten Artikel überzugehen. Je scharfer die Preisregulierung angefaßt wurde, umso mehr verringerte sich die Produktion; wollte man die Produktion stimulieren, so mußte man die Erhöhung der Preise zulassen. Wenn die ergriffenen Maßregeln bei jenem Volke, das das größte Organisationstalent besitzt und sich am leichtesten organisieren läßt, so vielfach verfehlt haben, so müssen die Schwierigkeiten, obgleich die Lebensmittelversorgung bei uns ein an Umfang geringeres Problem darstellte, in Oesterreich und Ungarn noch größer sein.

Man muß davon ausgehen, daß jedermann auf ein Fünftel seines früheren Lebensmittelbedarfs verzichten und sich darauf einschränken muß. In manchen Fällen, dann muß die unvermeidliche Einschränkung notwendigerweise durch jene Streckungen erzwungen werden, die sich in der Lebensmittelversorgung zeigen. Gewiß kann vieles besser gemacht werden, aber Unmögliches darf niemand verlangen.

Was vernünftigerweise gefordert werden kann, ist zunächst, daß die durch die Lage gebotenen Einschränkungen auf die ganze Bevölkerung gleichmäßig verteilt werden. Je mehr man einzelne Klassen der Bevölkerung von diesen Einschränkungen befreien will, umso mehr wird die ganze Last derselben den anderen aufgebürdet. In dieser Hinsicht ist Redner mit den bisher getroffenen Maßregeln nicht

Donnerstag, 28. September 1916

Zeitung

ad gelehrten Sachen.

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11800,
11801 bis 11850, 15280, 15281 bis 15291. Zentrum 8690.

der Somme.

Lehen Korps bei Korytnica.

Das fatale Staatsrecht.

Von

Emil Ludwig.

Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“

Budapest, 24. September.

Ist es ratsam, ohne Hoffnungen und ohne Ausichten mitten im Kriege eine Opposition zu erneuern und aller Welt gewisse Gegensätze handgreiflich zu machen, die der Verbündete ahnte, aber verschwieg, der Feind bisher nicht schlagend erweisen konnte? In Ungarn war es ratsam. Abdiert man alle Nachteile, so treten sie gegen den einzigen Vorteil am Ende zurück. „Glauben Sie mir — sagte der feinste unter den Führern der Opposition im Gespräche —, auch wenn wir nichts erreichen, dennoch ist mir diese Debatte als solche den großen Einsatz wert, denn die Publizierung unserer Klagen geschieht nicht nur vor dem Feinde, auch vor dem Land. Seit die Rumänen in Siebenbürgen einfielen, brauchte und forderte ein Teil unseres Volkes dies Ventil, um einem Kerger Luft zu machen, über dessen Berechtigung sich streiten läßt. Wir streiten öffentlich, damit das Volk sieht, daß nichts verheimlicht wird und daß die Freiheit der Ungarn von keiner Rücksicht sich beengen läßt.“

Diese Auffassung, so unsäglich sie erscheint, ist im Gegenteil die einzige wahrhaft sachliche. Denn denen, die nichts als das Wohl des Landes, nämlich beider Länder, die nichts als das Wohl der Monarchie wollten, als sie die Unruhe in den ungarischen Reichstag trugen, war es mehr um den Ruf zu tun als um das Gerüsch, mehr um die Anklage als um das Gericht. Das hat die Opposition erreicht. 50 Millionen haben nun das Gefühl, daß alles offen ausgesprochen wurde, und man geht mit der Befriedigung heim, daß Burgfrieden nicht Vormundschaft bedeute. Darum und darum allein darf man die Reden der Grafen Apponyi und Andrássy auch dort noch nützlich nennen, wo sie vielleicht im Begriffe waren, ungewollt zu schaden. War mancher Bürger stuhlig geworden, nun hat er seine Fragen von den Lippen seines Parteiführers fallen hören, und kann nun, zwischen Vernunft und Leidenschaft, ermessen, ob diese seine Klagen gerecht waren oder ob das Haupt der Regierung sie wohlbegründet zurückwies.

Diese simple und zugleich vornehme Begründung und Auffassung der Debatte ist freilich eine seltene. Hier wurde viel Persönliches, Feindschaft und Ehrgeiz wurden staatsrechtlich maskiert. Denn je undeutlicher dieses Staatsrecht bleibt, um so leichter läßt es sich durch Auslegung zum persönlichen Angriff gebrauchen. Für uns steht deshalb keineswegs die Frage, wer Recht habe in der Auslegung jenes zwölften Paragraphen, um den die Debatte kämpfte, sondern welche Zwecke mit der Bitterung und mit den Auslegungen dieses Paragraphen von beiden Seiten verfolgt, welche Personen dadurch gestützt oder gestürzt werden sollten. Soll wirklich ein Ausländer über ein Staatsrecht mitentscheiden, das, von den Ungarn heißgeliebt, umworben und umstritten, doch schon von den Söhnen seiner Verfasser so divergierende Auslegungen erfährt?

Auf seinen Vater beruft sich Graf Andrássy, der 1870, also schon drei Jahre nach der Verfassung, unterstützt von den ersten Rechtsgelehrten, erklärt hat, zwischen Oesterreich und Ungarn sei ein „Vertrag“ geschlossen worden; um also seine eigene Verfassung zu verwirklichen, um durch Einberufung der Delegationen die Regierung zu kontrollieren, sei Ungarn verpflichtet und berechtigt, von Oesterreich die nämliche Kontrolle zu fordern, da vertragsmäßig nur beide Delegationen gemeinsam beraten dürfen. Gäbe es jetzt in dieser großen Krise nach, indem es durch Oesterreichs parlamentarische Vereifung sich selbst vereifern lasse, so opfere es seine Selbständigkeit. Dagegen behauptet Graf Tisza von diesem selben Grundgesetz, nicht ein Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn, es sei damit ein Ausgleich zwischen der ungarischen Nation und ihrem König, also kein gemeinsames Gesetz zustande gekommen, sondern ein österreichisches und ein ungarisches.

Indem uns Deutsche diese staatsrechtliche Problemstellung im Grunde wenig interessiert, suchen wir ihre wahren inneren Motive und blicken zunächst zurück.

Seit dem Ausgleich von 1867, seit einem halben Jahrhundert, regiert in Ungarn, nur einmal kurz unterbrochen, dieselbe Partei,

Burian sei Tiszas Geschöpf oder auch nur durch Tiszas Vorschlag um auswärtigen Minister aufgestiegen. Vielmehr hat der alte Kaiser schon 1912 — wie die unterrichtete Persönlichkeit mir kürzlich bestätigte — den Baron Burian spontan genannt und ur aus inneren dynastischen Gründen sich entschlossen, auf ihn niemals zu verzichten. Es wäre durchaus möglich, daß Baron Burian eines Tages ersetzt würde, Graf Tisza dagegen im Amt ließe.

Fürs erste ist Tiszas Ansehen, ist seine Stellung durch das Scheitern dieses Ansturmes gewachsen. Wenn er es in seiner Schlußrede ein Kennzeichen sowohl Oesterreichs wie Ungarns nennt, daß eine Kritik hier an den leitenden Männern geübt werde, schonungslos wie irgendwo, so liegt darin keine Klage. Er liebt den Kampf und auch die Ungarn lieben ihn im Grunde. Neben dem politischen Resultat, das negativ geblieben ist, neben der offenen Aussprache, den Anklagen und Widerlegungen fesselte sie Ungarn an diesem großen Streite auch der Streit. Hier wird alles rasch persönlich, ja, im Grunde gehen die Differenzen der Meinungen auf die Antipathien einzelner Temperamente zurück. In einem Lande, in dem ein paar vornehme Familien, durch Generationen immer erneut, das politische Leben signieren, wirken solche Kämpfe stets auch als Schauspiel und als öffentlicher Wettlauf, dessen Ausgang die Gesellschaft mit Leidenschaft, doch auch mit Heiterkeit verfolgt. Nach dem Staatsrecht fragt am Ende niemand mehr. Ob man in Budapest mehr Geist hat als in Wien, ist ein Problem. Gewiß ist, man hat mehr Laune.

Kriegstagung des Reichstages. Sitzung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 27. September.

Während der Mitternacht erstreckte sich die Dauer der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses. Es wurden vier Interpellationen eingebracht und zwei frühere Interpellationen durch den Handelsminister Baron Johann Sarkányi beantwortet. Die große Arbeitsleistung, die sich in der Dauer der heutigen Sitzung bekundet, stand jedoch zu der Bedeutung des verarbeiteten Materials kaum in irgendwelchem Verhältnis. Sieht man von den sozialpolitisch bedeutsamen Ausführungen des Handelsministers Barons Johann Sarkányi ab, so bildet die Interpellation des Abgeordneten Géza Polónyi das Hauptstück des Abends. Doch diese Interpellation schlug vielfach in die Dialoge, die sich zwischen den Abgeordneten Ernst Bródy, Franz Springer, Alexander Pető und Géza Polónyi abspielten, endeten keinesfalls mit dem Sieg des Interpellanten, der seine Interpellation nicht so sehr an den Minister, als gegen die hauptstädtische Munizipalversammlung, die ihm nicht mehr hold ist, richtete. Die Geste, mit der er Schönheitsfehler der Hauptstadt beseitigen wollte, erinnert an jenen Knaben, der eine Fliege, die sich auf die Nase der geliebten Gouvernante setzte, durch einen Steinwurf beseitigen will und der Gouvernante das Gesicht zertrümmert. Minister des Innern Johann v. Sándor bemerkte die Absicht und es war wohlthuend zu hören, wie er den Einzelfall von dem Allgemeinen scheidet und als Antwort auf die Interpellation Géza Polónyis eine Ehrenrettung der ungarischen Hauptstadt bot.

Dann folgten zwei Interpellationen, die von dem Landesverteidigungsminister Baron Szalai und dem Ministerpräsidenten Grafen Stefan Tisza in völlig beruhigender und erschöpfender Weise beantwortet wurden. Es war eine Dauer Sitzung. Alle Lampen brannten. Doch das Spiel lohnte die Kerze nicht.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Bedöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 10 Uhr vormittags. Schriftführer: Ladislaus Ujvási, Mikolauš Kostyál, Alfred Pál.

Auf den Ministerauftritt: Graf Tisza, Telekfy, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Sarkányi, Sibeghethy.

Nach Verlesung des geringen Einlaufes folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der gestrigen Debatte.

Abgeordneter Graf Michael Karolyi

verweist darauf, daß Ungarn im Verbands der Zentralmächte eine wichtige Rolle spielt und besonders auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung auch den verbündeten Mächten beizubringen muß, was uns allein schon die Pflicht auferlegen würde, die Art und Weise des Konsums möglichst zweckmäßig zu organisieren. Die Regierung hat sich aber dieser Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Ein Vergleich mit Deutschland, das bei seinem bedeutend höheren Bedarf und bei geringerer Produktion viel besser organisiert ist, beweist dies zur Genüge. Die Regierung hat sich als unfähig erwiesen, die Produktion zu steigern, den Konsum zu regeln und den Mißbräuchen zu steuern. Die Verordnungen und Gesetze der Regierung sind nicht einheitlich, nicht organisch zusammenhängend, sondern im Gegenteil, vielfach einander widersprechend und bieten dadurch zahlreiche Schlupfwinkel dem Lebensmittelwucher. Das Argument, daß man nicht auf eine so lange Dauer des Krieges rechnen konnte, was vielleicht in den ersten Kriegesmonaten am Platze, kann aber heute keine Entschuldigung für die Regierung bilden.

Eine Hauptursache der Teuerung liegt darin, daß die Regierung bei uns mit der Feststellung der Höchstpreise zu spät gekommen ist, in der Regel erst dann, als die Preise auf künstliche Weise schon unverhältnismäßig in die Höhe getrieben waren. Redner lenkt sich mit statistischen Daten die außerordentliche Preissteigerung der wichtigsten Bedarfsartikel während des Krieges und kommt durch einen Vergleich mit den deutschen Verhältnissen zu dem Resultat, daß die Preissteigerung bei uns eine unvergleichlich höhere ist wie in Deutschland.

Redner bedauert, daß das Abgeordnetenhaus oder besser gesagt die Herren Abgeordneten so geringes Interesse an den Tag legen, wenn es um so hochwichtige, ja vitale Interessen Ungarns geht, wie sie der Bericht über die Finanzspruchnahme der Ausnahmeverwaltung verkörpert. Sodann legt er seine Ausführungen über die Approvisionierungsverhältnisse und die Teuerung fort und warnt vor den Weiterungen, die diese Teuerung nach sich ziehen werde. Er wolle nicht bangemachen, aber er warne und bereite vor, da dies die Zensur, d. i. die Regierung, der Presse nicht gestattet. Sie ließ die Publizität von einer Refordschaffung fesseln, die in Wahrheit gar nicht existiert.

Redner kritisiert hierauf die Methode der Regierung, die er als verfehlt bezeichnet und die die Notwendigkeit einer gründlichen Systemänderung bedingt. Er spricht dann über den Zeitpunkt des Friedensschlusses. Wir dürfen nicht unter der PreSSION eines eventuellen Lebensmittelmangels Frieden schließen. Redner will im Zusammenhange hiezu Fragen berühren, die beweisen, daß es der Regierung an der notwendigen Voraussicht fehlt und regt zu diesem Zwecke die Verlesung einer geschlossenen Sitzung an. Er fordert am Schlusse seiner Rede das allgemeine, gleiche, geheime Wahlrecht, damit das Regierungssystem, das sich nicht bewährt habe, hinweggefegt werde.

Abgeordneter Markgraf Georg Pallavicini

wünscht ein radikaleres Vorgehen der Regierung in bezug auf die Verordnung über die fleischlosen Tage, im besonderen deren Erstreckung auch auf die Privathäushalte. Die fettlosen Tage hätten längst eingeführt werden sollen, dann würden wir heute in puncto Fettvorräte anders da. Auch sei es geradezu sträflich, daß man in allen Konditoreien und Kaffeehäusern Milch und mit Milch zubereitete süße Speisen erhalte, während die kleinen Kinder der Mittellosen ohne Milch dastehen. Ein erwachsener Mensch habe nach des Redners Ansicht überhaupt keine Milch nötig, daher sollte die Regierung

verfügen, daß kein Erwachsener Milch erhalte, ehe die Kleinen mit Milch versorgt sind. Dasselbe bezieht sich auf das Mehl, das in den Konditoreien vergeudet werde, während die Mittellosen, die Armen zu keinem Mehl gelangen können. Die verschiedenen Zentralen seien durch die Regierung ebenfalls viel zu spät ins Leben gerufen worden, und dies sei nach des Redners Ansicht umso mehr zu beklagen, als dieses Verjümnis nun nicht mehr gutzumachen sei. Ferner bemängelt Redner das bei der Preismaximierung befolgte Vorgehen der Regierung, und betont auch seinerseits, es sei unmöglich, daß ein einziger Mann alle Ressorts verfolge, wenigstens sei es unmöglich, daß er sie dann gut verfolge. Nach eingehender Kritik des Verfahrens bezüglich der Verteilung der Braugerste, des Saatkorns und anderer hochwertigen Bedarfsartikel schließt sich Redner dem gestern eingebrachten Antrage des Abgeordneten Husár (Sárvár) in Angelegenheit der Maximierung der Preise der Industrieartikel an. Redner schneidet sodann die Frage der siebenbürgischen Flüchtlinge an und sagt, es sei Pflicht der Regierung und nicht der Gesellschaft, diese unglücklichen Heimatlosen zu erhalten. Die Millionen, die der „Pester Lloyd“ und „Az Est“ für sie gesammelt haben, seien nach Information des Redners bereits aufgebraucht, ohne daß so eigentlich Abhilfe geschafft worden wäre. Die Mehrzahl der Flüchtlinge sei ohne Kleider und Schuhe, und es sei die höchste Zeit, daß die Regierung ihrer Pflicht nachkomme. Nach dem Kriege werde es keine 48er und keine 67er Parteien geben, und dies muß schon heute jeder im voraus ahnen, der sich klar darüber ist, daß wir in viel größeren Zeiten leben als die 48er und die 67er Zeiten waren. (Beifall links.)

Graf Albert Apponyi

will sich hauptsächlich mit den Fragen des Mutter- und Säuglingschutzes beschäftigen. Er zollt zunächst warme Worte der Anerkennung den bisherigen Rednern, namentlich dem Abgeordneten Gustav Gray, der durch seine tiefgründigen, gründlichen und objektiven Ausführungen manche Fragen geklärt und verständlicher gemacht hat. Redner müsse von neuem betonen: es gehe nicht an, daß die durch den Krieg notwendigerweise herbeigerufenen Entbehrungen nicht alle Gesellschaftsschichten in gleichem Maße treffen. Man dürfe diesem Parlament nachträglich nicht mit Recht den Vorwurf machen, den man ihm bisher gemacht hat, daß es ein Klassenparlament sei. Es gehe nicht an, daß derjenige, der zahlen kann, mit demselben, ja mit größerem Luxus leben soll als vor dem Kriege; daß der größere Teil der sogenannten höheren Zehntausend so weiter lebe, wie wenn nichts geschehen wäre, daß man in den Kaffeehäusern und Konditoreien für gutes Geld Milchlässe erhalten soll, während die Kinder der ärmeren Bevölkerung weder Milch, noch die notwendigen Lebensmittel erhalten können. Diesen unhaltbaren Zuständen muß ein Ende bereitet werden. Er besitzt keine genügenden kommerziellen Fachkenntnisse, um sich eingehend mit diesen Verhältnissen zu beschäftigen, allein es genügt, darauf hinzuweisen, daß in Ungarn, in diesem Lande der Rohprodukte, die Lebensmittelpreise wesentlich höher sind als in Deutschland. Es ist unmöglich, daß wir hier nicht großen Fehlern gegenüberstehen. Er schreibt diese Verhältnisse drei Umständen zu: der Gewinnsucht einzelner, erfreulicherweise nicht allzu vieler, die die Waren zusammenkaufen, aufspeichern und dann mit großem Gewinn verkaufen, der Bequemlichkeit eines großen Teiles der Gesellschaft, ihrem passiven und aktiven Widerstand gegen jede Verfügung, die sie in ihrer gewohnten Bequemlichkeit stört, schließlich der Verzwicktheit der zahlreichen Verordnungen und ihrer teilweise lazen Vollstreckung. In Verbindung mit dieser Frage beschäftigt sich Redner mit der Errichtung eines Zentralorgans. In thesi billigt er diesen Gedanken. Der praktische Wert hängt indessen davon ab, ob es gelingen wird, eine entsprechende Persönlichkeit zu finden, die alle Fäden dieser verwickelten Frage zu übersehen und in die Administration Harmonie hineinzutragen vermag, die über eine absolute Objektivität und Unparteilichkeit verfügt, die gegen jeden gesellschaftlichen und persönlichen Einfluß gefeit ist, die im Besitze des höchsten Maßes von Sachverständnis ist, und die geeignet ist, in der Deffentlichkeit Vertrauen zu erwecken. Wird eine solche Persönlichkeit nicht gefunden, dann wird es nur ein Organ mehr geben, ohne daß die Lage verbessert würde. (Lebhafte Zustimmung links.)

Redner beschäftigt sich sodann mit der Milchfrage, bei der die größten Widerwärtigkeiten bestehen. Die Milchwirtschaften werden weiter so geführt, wie wenn gar nichts geschehen wäre. Deshalb wird nicht verfügt, daß die Inhaber der Milchwirtschaften ebenfalls nur so viel Milch behalten, als sie für den eigenen Haushalt bedürfen, das übrige Quantum aber unter die Bevölkerung bringen? In der Hauptstadt besteht wohl ein Erlaß, demzufolge die Milch in erster Reihe den Kindern unter zwei Jahren zur Verfügung stehen soll. Allein die Vollstreckung dieser Verordnung läßt viel zu wünschen übrig. Auch muß eine ähnliche Verordnung auf alle Städte und Gemeinden, namentlich aber auf die Gemeinden in der Umgebung der Hauptstadt erstreckt werden.

Redner wendet sich dann dem eigentlichen Thema seiner Rede, dem Mutter- und Kinderschutz zu. Schon vor dem Kriege waren unsere Populationsverhältnisse wenn auch nicht sehr schlecht, so dennoch von höchst bedenklichen Prognosen zeugend. Die Zahl der Geburten ist bedeutend zurückgegangen. Redner beschäftigt sich mit den verschiedenen Argumenten des Neomalthusianismus und führt den Nachweis, daß diese Argumente zum großen Teil wertlos und unredigiert sind. Diese Frage bildet zunächst ein Problem der moralischen Auffassung, an dem nicht gerüttelt werden darf. Denn hat man einmal hier eine abschüssige Bahn betreten, dann gibt es keinen Halt mehr. Es darf wohl nicht in Abrede gestellt werden, daß diese Frage auch ein wirtschaftliches Problem bildet, damit der Kindersegen wahrlich zum Segen gereiche. (Lebhafte Beifall links und rechts.) Es müssen alle Mittel ins Werk gesetzt werden, um eine allgemeine Verbesserung der Existenzverhältnisse zu erzielen. Redner beschäftigt sich sodann mit der Geburts- und Sterblichkeitsstatistik und stellt mit Bedauern fest, daß in den letzten Jahren dem Geburtenrückgang eine Zunahme der Sterblichkeit entsprochen habe, während in Deutschland der Geburtenrückgang durch eine Abnahme der Sterblichkeit paralytisch wurde. Der Krieg habe bei uns auf diesem Gebiete noch traurigere Ergebnisse gezeigt. Daß der Krieg einen Rückgang der Geburtsziffer im Gefolge hat, ist selbstverständlich, umso bedauerlicher ist es aber, daß hierzulande die Sterblichkeit um 30 Prozent größer ist als vor dem Kriege, obwohl ein großer Teil unserer Männer an der Front ist. Auch die Säuglingssterblichkeit hat nach den Daten des Statistischen Amtes zugenommen, dagegen habe ihn der Direktor des Stefanienkinderkinderverbandes mitgeteilt, daß erfreulicherweise die Zusammenstellung des Statistischen Amtes eine irrtümliche sei, so daß die Sterblichkeit der Säuglinge nicht wesentlich zuge-

nommen habe. Graf Apponyi erörtert dann die Frage des Kindbettfiebers und stellt mit Bedauern fest, daß in der Heimat des unsterblichen Semmelweis noch immer 5000 Mütter jährlich an dieser Krankheit sterben. Alle diese traurigen Uebelstände sind auf die schlechten Verpflegungs- und Wohnungsverhältnisse, die laze Verpflegung der Geburtshilfe zurückzuführen. Mit Bedauern muß auch festgestellt werden, daß die Zahl der erblich Belasteten (Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Alkohol) bei uns groß ist.

Es ist erwiesen, daß der größte Teil der erblich belasteten geborenen Kinder nur darum belastet ist, weil er von Eltern stammt, die Alkoholiker sind oder waren. Ist dann das Kind geboren, so tun die mütterlichen Lebensumstände der Eltern, die Wohnungsverhältnisse usw. das Ihrige, um die Säuglings- und Kindersterblichkeit zu erhöhen, besonders und hauptsächlich aber trägt hierzu bei die ganz ungewöhnlich große Un-erfahrenheit auf dem Gebiete der Säuglings- und Kinder-ernährung. Und es gibt keine Menschen, die da Aufklärung brächten, denn es gebietet an der gehörigen Anzahl von Ärzten. Es klingt paradox, verhält sich aber dennoch so, daß die Säuglings- und Kindersterblichkeit in den durchaus un-garischen also reichen und gebildeteren Komitaten prozentuell größer ist, als in den armen und unwissenden ruthenischen und malachischen, denn die ruthenische und rumänische Bauern-mutter wird durch ihre Armut davon abgehalten, ihrem Kinde andere Nahrung zuzuführen als die Muttermilch. Die begüterte ungarische Mutter aber kann nicht früh genug an-fangen, ihr Kind mit allen erdenklichen Lederbissen zu stopfen. Diese Sterblichkeitsursache muß behoben werden, denn dies ist unsere wichtigste soziale Aufgabe. Es muß der aller radikalste Kampf gegen den Alkoholismus eingeleitet werden. Auch die Versorgung der Mutter und die Mutter-schaftsversicherung sind unerlässliche Korrelate des Mutter- und Säuglingschutzes, — es wäre denn, wir bezweckten eine völlige Verkümmern der herauskommenden Geschlechter. Es muß ja nicht alle Welt Sajanen speisen und Champagner-wein trinken: zwischen den Schicksalen der einzelnen sozialen Klassen aber darf kein solcher Abgrund klaffen, wie das heute der Fall ist. Das Kind der allerärmsten Mutter muß so gesund zur Welt kommen können, wie das Kind des Königs! (Stürmischer Applaus im ganzen Hause.) Wer zur Mutter wird, hat volles Anrecht auf die weitestgehende Unter-stützung der Gesellschaft, und dies steht selbst mit der strengsten sittlichen Auffassung über — legale oder natürliche — Mutter-schaft in volstem Einklang. Redner führt statistische Daten über die Säuglingssterblichkeit in Deutschland an und über die dort getroffenen Vorkehrungsmassregeln, aus denen erhellt, in welcher großem Maße diese die Säuglingssterblichkeit herab-setzen. Redner urteilt eine entsprechende Regelung der Gebarmutterfrage, ist ja die weise Frau die erste Ratgeberin der niederkommenden Mutter. Außerordentlich groß sei der Unter-schied prozentuell zwischen den drei, sechs und neun Monate lang gesaugten Brustkindern, so z. B. betrage er zwischen den nur drei und den volle neun Monate lang Gesaugten fast 50 Prozent zugunsten der drei Monate lang an der Brust gelegenen Kinder. Arbeitenden Müttern müsse es ermöglicht werden, auch während der Arbeit zu säugen. Jeder Arzt, der sich um eine Physikus- oder sonstige ärztliche Stelle bewirbt, solle auch Spezialist für Kinderkrankheiten sein, doch auch Frauen, Lehrer, Pfriester und Kreisärzte sollten in dieser Richtung in Spezialkursen ausgebildet werden. In Deutschland wird die Absolventinnen der beiden letzten Volksschulklassen gelehrt, wie man mit kleinen Kindern und Säuglingen umzugehen habe. Auch bei uns sollte dies einge-führt werden, so, wie der Stefanienbund durch Flugblätter und Vorträge bereits einen gutgemeinten Anfang gemacht hat. Gleich dem Berliner Auguste-Viktoria-Institut müßte auch bei uns eine Zentralanstalt geschaffen werden für niederkommende Mütter, wo aber turnusweise auch Ärzte und Pflegerinnen praktisch ausgebildet würden.

Redner verweist im weiteren Verlaufe seiner Erörte-rungen über den Säuglings- und Mutterchutz auf die im Auslande schon bestehende Institution der freiwilligen Kinder-pflegerinnen. Für die Einbürgerung dieser Institution hat unser Stefanienbund schon vieles geleistet und zahlreiche Kurse veranstaltet. Diese Institution muß auf das ganze Land aus-gebeht werden. Hier eröffnet sich den Frauen eine neue, dem weiblichen Instinkt entsprechende Tätigkeit. Wenn im ganzen Lande solche Kinderpflegerinnen angestellt werden, die das unwissende Volk über die rationelle Kinderpflege aufklären, dann werden wir schon in kurzer Zeit die große Säuglings-sterblichkeit herabsetzen und in dieser Hinsicht den günstigen Zuständen Norwegens näher kommen. Diese wichtige Frage müssen die Gesellschaft und der Staat einer Lösung zuführen. Der Stefanienbund ist bestrebt, die sozialen Kräfte zur Lösung dieser Aufgabe zu vereinigen, die Kinderkassenvereine des ganzen Landes unter voller Wahrung ihrer Autonomie zu einheitlicher Tätigkeit zu vereinen und dort, wo noch keine Vereine wirken, solche zu gründen. Mit dieser systematischen Arbeit soll das Ungarn der Zukunft gesegnet werden, sollen die Blutverluste des Krieges ersetzt werden. Wie schon Markgraf Georg Pallavicini betont hat: die Zeit stellt eine neue Sozial-politik in den Vordergrund. Damit lassen sich aber auch die Bestrebungen für die Erringung unserer nationalen Selbst-ständigkeit sehr gut vereinen. Wir werden und können den nationalen Gedanken, die nationale Unabhängigkeit nicht aufopfern. Es gilt, für das ungarische Volk die neue Welt-ordnung zu schaffen; diese Weltordnung wird kommen: ent-weder mit uns oder gegen uns. Der Fortbestand der Nation hängt davon ab, daß sie mit uns zustande komme. (Lebhafte Beifall auf der Linken und äußersten Linken.)

Abgeordneter Géza Polónyi

lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Frage der galizischen und bukovinischen Flüchtlinge, die sich noch immer in Ungarn aufhalten. Der Minister des Innern hat wegen dieser Flüchtlinge mit den österreichischen Faktoren Ver-handlungen gepflogen. Seither sind zwei Wochen vergangen, aber noch ist kein einziger dieser Flüchtlinge aus Ungarn fort-gebracht worden. Ja, wir beherbergen in Ungarn auch noch tschechische Internierte, die hier mit großen Präntensionen auftreten. Der größte Teil dieser Flüchtlinge und Internierten ist in Schulgebäuden untergebracht; die Folge davon ist, daß diese Schulen nicht rechtzeitig eröffnet werden können. Unsere Gastfreundschaft kann nicht so weit gehen, unsere Jugend zu gefährden. Auch ein zweiter Gesichtspunkt spricht für die rasche Lösung dieser Frage. Die Bevölkerung, die heute ge-zwungen ist, diesen österreichischen Flüchtlingen Zuflucht-stätten zu gewähren, will ihr Scherflein zur Unterstützung unserer Söhne Brüder beitragen. Redner erjudet den Mi-nister des Innern, bringend diese Frage einer befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

Präsident unterbricht hierauf die Sitzung bis 4 Uhr nachmittags.

Kriegstagung des Reichstages

Abgeordneter Géza Polónyi: Da ist der Lebensmittelbetrieb...

Abgeordneter Franz Springer: Ist auch ein sozialer Betrieb...

Abgeordneter Géza Polónyi: Gut, so sprechen wir denn von einem sozialen Defizit...

Abgeordneter Franz Springer: Bei den Unternehmungen der Hauptstadt wird jährlich inventarisiert...

Abgeordneter Géza Polónyi: Ja, bei den Aktiengesellschaften...

Abgeordneter Franz Springer: Auch bei der Gasfabrik und bei den Spitälern...

Abgeordneter Géza Polónyi: Auch bei dem Betrieb für Verbandzeuge?

Abgeordneter Franz Springer: Auch bei diesem Betrieb. (Lärm links.)

Abgeordneter Géza Polónyi: So, so. (Heiterkeit.) Man hat ja nicht einmal von der Existenz dieses Betriebes gewußt!

Abgeordneter Franz Springer: Auch bei diesem Betrieb. (Lärm links.)

Abgeordneter Géza Polónyi: So, so. (Heiterkeit.) Man hat ja nicht einmal von der Existenz dieses Betriebes gewußt!

Abgeordneter Franz Springer: Den haben Sie feinerzeit protegiert! (Heiterkeit und Lärm.)

Abgeordneter Géza Polónyi: Sie befinden sich in einem riesigen Irrtum. Gerade im Gegenteil!

Abgeordneter Karl Czerny: Einen Regierungskommissär für die Hauptstadt!

Abgeordneter Géza Polónyi: Jawohl. Aber mit einer Garantie. Bárczy darf nicht dieser Regierungskommissär sein.

Abgeordneter Géza Polónyi: Jawohl. Aber mit einer Garantie. Bárczy darf nicht dieser Regierungskommissär sein.

Abgeordneter Géza Polónyi: Jawohl. Aber mit einer Garantie. Bárczy darf nicht dieser Regierungskommissär sein.

Abgeordneter Géza Polónyi: Jawohl. Aber mit einer Garantie. Bárczy darf nicht dieser Regierungskommissär sein.

Abgeordneter Géza Polónyi: Jawohl. Aber mit einer Garantie. Bárczy darf nicht dieser Regierungskommissär sein.

Abgeordneter Géza Polónyi: Jawohl. Aber mit einer Garantie. Bárczy darf nicht dieser Regierungskommissär sein.

Abgeordneter Géza Polónyi: Jawohl. Aber mit einer Garantie. Bárczy darf nicht dieser Regierungskommissär sein.

vorgebracht hat hier im Abgeordnetenhaus, wo die beschuldigten Persönlichkeiten, die die Angelegenheiten genauer kennen als ich, sie nicht sofort widerlegen können und auch nicht Gelegenheit haben, auf die vorgebrachten Daten sofort zu antworten.

Ich behalte mir vor, auf alle Beschuldigungen ausführlich zu antworten, sobald die Untersuchung, die anzuordnen ich für meine Pflicht hielt, beendet sein wird.

Der Minister führte dann aus, daß er sofort nach dem Bekanntwerden dieser beiden Affären mit dem Bürgermeister in Verbindung getreten sei und unverzüglich die entsprechenden Verfügungen getroffen habe.

Das Haus nimmt die Antwort des Ministers zur Kenntnis.

Nachdem Abgeordneter Alexander Petö unter dem Titel der Abwehr eines persönlichen Angriffes gewisse Insinuationen des Abgeordneten Polónyi energisch zurückgewiesen hatte, was zu einer kleinen Kontroverse zwischen dem Redner und dem Sohne Polónyi, Abgeordneten Desider Polónyi, führte, und noch einer Dupliz des Abgeordneten Géza Polónyi ergreift

Abgeordneter Béla Barabás

das Wort, um seine unten folgende Interpellation zu begründen. Um die Legalität und Gerechtigkeit seiner Anfrage zu betonen, verliest Redner den G.-A. II: 1915 und erläutert und kommentiert ihn eingehend, worauf er nachfolgende Interpellation unterbreitet:

1. Gebenft der Herr Landesverteidigungsminister Verfügung zu treffen, daß alle jene ältesten Landstürmer, die im Jahre 1915 ihr 50. Lebensjahr, respektive auch jene, die ihr 47. Lebensjahr vollendet haben und deren Landsturmpflicht also gemäß G.-A. II: 1915, § 1, letztes Alinea abgelaufen ist, ihrer Dienstpflicht unverzüglich enthoben werden und daß die Dienstpflicht jener, die diese Altersgrenzen in diesem Jahre erreichen, am 31. Dezember 1916 aufhöre, damit die Betroffenen ihrer Familie und ihrem bürgerlichen Berufe zurückgegeben werden?

2. Ist der Herr Landesverteidigungsminister geneigt, beim Korpskommando und bei allen zuständigen Faktoren zu verfügen, daß in Gemäßheit des § 4 des G.-A. II: 1915 die in die zweite Klasse eingereichten alten Landstürmer von 43 und 50 Jahren zum Frontdienste nicht herbeigezogen werden?

3. Ist es wahr, daß sich die Regierungen mit dem Vorhaben befaßen, die Landsturmpflicht über die Altersgrenze von 50 Jahren auszudehnen?

4. Ist der Herr Landesverteidigungsminister geneigt, dringlich Verfügung zu treffen, daß über jenen Teil der in den Ausschüß-Kriegslazaretten des ungarischen Roten Kreuzes befindlichen Mannschaft, der zur Honvéd gehört, nur die Honvédkommanden die vorgeschriebene Lazarettunterweisung, Kontrolle und Ueberprüfung vornehmen; über jenen Teil aber, der der gemeinsamen Armee angehört, das zuständige Militärkommando?

Honvédminister Baron Samuel Hajai:

Der Herr Abgeordnete verlangt, daß ich eine Verordnung erlasse, durch die die Landstürmer, die das fünfzigste Lebensjahr überschritten haben, aus dem Militärdienst entlassen würden; das aber läme der Auspielung des Gesetzes gleich.

Gesetz auszuliegen, die Gesetzeslegung kann nur auf Grund einer Verständigung zwischen Reichstag und König erfolgen.

Die Heeresleitung verwendet die alten Landstürmer auch ohne mein besonderes Ersuchen nicht in der Feuerlinie...

Abgeordneter Béla Kun: Viele dienen beim Train und befördern die Munition in die erste Linie. (Zustimmung links.)

Honvédminister Baron Samuel Hajai (fortfahrend): ...sondern im Stappendienst. Im Sinne des Gesetzes können übrigens auch die alten Landstürmer überall verwendet werden, da das erste Aufgebot des Landsturms bereits verwendet ist.

Die Kontrolle der Spitäler des Vereins vom ungarischen Roten Kreuz gehört nicht unter die Agenden des ungarischen Honvédministeriums, diese Kontrolle wird durch besondere Sanitätskommissionen ausgeübt. Ich bitte, meine Antwort zur Kenntnis zu nehmen. (Zustimmung rechts.)

Abgeordneter Béla Barabás

bestreitet, daß es zur Zurückhaltung der alten Landstürmer ein gesetzliches Recht gäbe. Er bittet nochmals um eine Erklärung des Honvédministers, ob die Regierung die Altersgrenze der Wehrpflicht abermals hinauschieben wolle?

Honvédminister Baron Samuel Hajai:

Geehrtes Haus! Ich erkläre in Ergänzung meiner Worte, daß die Regierung die abermalige Hinausschiebung der Altersgrenze der Wehrpflicht nicht beabsichtigt. (Zustimmung rechts.)

Das Haus nimmt die Antwort des Ministers zur Kenntnis.

Abgeordneter Wilhelm Simegyi

verweist darauf, daß die Kinder der Siebenbürger Flüchtlinge von den verschiedenen Schulleitern zurückgewiesen werden. Besonders ist dies bei den Mittelschulen der Fall. Der Unterrichtsminister hat die Pflicht, dafür Sorge zu tragen, daß diese Kinder Unterricht genießen und einer entsprechenden Verpflegung teilhaft werden.

„Ist der Herr Unterrichtsminister geneigt, sofort zu verfügen, daß die Kinder der Siebenbürger Flüchtlinge vom Volksschulunterricht angefangen bis zum Hochschulunterricht, insofern sie Anspruch darauf erheben, ohne jede störende und überflüssige Bezaugung in allen entsprechenden Instituten des Staates unentgeltlich aufgenommen und versorgt werden?“

Unterrichtsminister Béla v. Jankovich

erklärt, daß er auch bisher schon Verfügungen getroffen habe, um den ungestörten Unterricht der Siebenbürger geflüchteten Schulkinder sicherzustellen. Diese Verfügungen betrafen nicht bloß die Volksschulen, sondern auch die verschiedenen Mittelschulen. Die meisten Lehrkräfte der evakuierten Landessteile wurden teils in Budapest, teils in Debau, Debreczen, Szarospatak untergebracht, und es wird nach Möglichkeit für die Verpflegung ihrer Zöglinge gesorgt.

Der Minister wird auch bestrebt sein, nach Möglichkeit auch für die Verpflegung dieser Zöglinge Sorge zu tragen. Am schwierigsten gestaltet sich die Frage der Unterbringung bei den Zöglingen der Mittelschulen, da bei diesen vorwiegend die einzelnen Konfessionen die Internatspflege besorgen. Der Minister war aber auch hier bestrebt, Abhilfe zu schaffen, und hofft, daß es gelingen wird, auch die Verpflegung der Mittelschüler in Gang zu bringen — dort, wo sie in größerer Anzahl beisammen sind, eventuell durch die Errichtung eigener Internate.

Der Interpellant sowohl als auch das Haus nahmen die Antwort zur Kenntnis.

Abgeordneter József Nagy

begründet eine Interpellation an den Ministerpräsidenten und an den Landesverteidigungsminister, in der er fragt, ob diese Minister Kenntnis davon haben, daß die sich aus Ungarn ergänzenden Ersatzladers mehr Truppen nach dem Kriegsschauplatz senden als die österreichischen und tschechischen. Wenn ja, sind die Herren Minister geneigt, zu verfügen, daß die ungarischen Landstürmer ihre ungarische Kommandosprache beibehalten und daß in den Höferrichtern dieser ungarischen Landstürmer nicht als „braver hufowinischer Landstürmer“ Erwähnung geschehe. Welche Entschuldigung können die Minister hierfür vorbringen?

Ministerpräsident Graf Stefan Tisa

erklärt, die Regierung verfolge mit wachsender Aufmerksamkeit die Art und Weise, wie das Menschenmaterial in Oesterreich und in Ungarn in Anspruch genommen wird, und er kann versichern, daß im großen Durchschnitt von solchen Mißverhältnissen durchaus nicht die Rede sein kann, daß vielmehr die österreichische Bevölkerung im großen und ganzen zur Bluttsteuer in dem gleichen Maße wie diejenige Ungarns herangezogen werde.

Häufig kam es in diesem Kriege vor, daß einzelnen größeren Verbänden rasch Ersatzmannschaften aus anderen Gebieten geschickt werden mußten und daß dann die einzelnen Brigaden oder Divisionen Truppen verschiedenster Ursprünge sich miteinander vermengten. Dies sei eben unvermeidbar, und da das Ziel jedenfalls in erster Reihe die Niederringung des Feindes ist, wäre es ein großer Fehler, auf dieses Ziel zu verzichten, wenn es nicht anders als durch Vermengung der Truppen sich erreichen läßt. Die Frage, wie in solchen Fällen die Benennung der Truppen beschaffen sein soll und wie in solchen gemischten Truppen die Dienstverhältnisse zu sein haben, ist in entsprechender Weise gelöst, und wenn in vereinzelt Fällen der Tatbestand diesen Verordnungen nicht entspricht, so ist das einfach eine Unregelmäßigkeit, deren Abstellung sofort erfolgt, wenn den zuständigen Faktoren die Unregelmäßigkeiten zu Ohren kommen.

Wenn jemand in solchen Fragen wirklich dem Gemeinwohl dienen will, dann schlägt er keinen Vorschlag in Form von Interpellationen, die der Stimmungsmache dienen, sondern er bringt sie den Faktoren zur Kenntnis, die zur Abstellung der Mängel verpflichtet sind. Erst wenn dies verabsäumt werden sollte, kann draußlos interpelliert werden. (Lebhafte Zustimmung rechts.)

Balkankriegsstandlage:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen: Luftschiff- und Fliegerangriffe auf Bukarest wurden wiederholt.

Mazedonische Front: Am 25. September wurden östlich des Prespasees weitere Vorteile errungen, östlich von Florina feindliche Angriffe abgeschlagen. Gestern stießen die bulgarischen Truppen am Raimacalan gegen den angriffsbereiten Feind vor, warfen und verfolgten ihn und erbeuteten zwei Geschütze, mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer.

Der erste Generalquartiermeister:
Lubendorff.

Sozialdemokratie und Christentum.

Wien, 27. September.

Alle Aenderungen des Wirtschaftslebens im Sinne des Solidarismus müssen von den Seelen, von einem neuen Kredo ausgehen. Keine Reformen des praktischen Lebens ohne Reform der Herzen und Ueberzeugungen. Wenn die Tugenden der Gerechtigkeit und Wahrheit, der Nächstenliebe, der Treue, der sittlichen Pflichterfüllung nicht aus der Seele und ihrer Glaubensüberzeugung kommen, so wie die Wasserbäche aus dem Gebirge, dann sind sie auch nicht im praktischen Wirtschaftsleben zu begründen. Mit bloßen Vorschriften, Paragraphen, Organisationen ist gar nichts getan; ohne entsprechende Seelenerhebung werden unter neuen Formen immer wieder die alten Laster und Verbrechen wiederkehren. Auch hier führen die indirekten Wege zum Ziel, nicht die direkten. Wie auch ein Gustav Schmoller, der nicht gerade im Verdacht des Klerikalismus steht, betont. Keine irdische Gewalt, schreibt er gelegentlich, könne je eine gerechte Verteilung der Güter herbeiführen, sie erhalten, sie immer wieder von neuem durchsetzen. Das könne nur indirekt geschehen: nicht durch Umsturz der bisherigen Rechtsordnung, sondern durch eine Versittlichung derselben; durch eine großzügige, an die besseren Triebe der Menschen, an die bessere Sitte appellierende, von großen Idealen geleitete seelische Reformarbeit. Unter diesem Gesichtspunkt ist der von D. Fr. Strauß, Feuerbach, Darwin, Vogt, Büchner, Moleschott, Häckel bestimmte Materialismus, der Stoff- und Paragraphenglaube, der bloße Organisationsenthusiasmus der Gründer und Führer der neueren Sozialdemokratie so tragisch und verhängnisvoll. Indem er im Wahn, damit um so rascher zum Ziele zu kommen, das Wirtschaftliche zum Ausschlaggebenden, das Leibesleben und Diesseitsstreben zur Haupt Sorge erhebt, vergewaltigt er die Seelen und in den Seelen jene sittlichen Werte, die aus dem Gottes- und Jenseitsgedanken gespeist, gerade die Hauptantriebe zu Solidarismus, zu Gerechtigkeit und Nächstenliebe enthalten.

Der Materialismus der Propheten der Sozialdemokratie ist tragisch; und noch tragischer, weil im Hinblick auf die Geschichte so undankbar und weil geradezu den einzigmöglichen Weg zum angestrebten Ziel verrammelnd, ist der mit dem Materialismus verbundene Haß und positive Kampf gegen das Christentum. Die Marx, Engels, Lassalle, Bebel, Bernstein, Liebknecht, sind voller Feindschaft gegen Christentum und Kirche. Die besten Theoreme, die kräftesten

Hypothesen der obengenannten Vertreter der materialistisch-monistischen Weltanschauung werden unkritisch, entgegen allen Warnungen und Vermahnungen der zeitgenössischen ernstesten Wissenschaft, übernommen und spöttisch gegen Christentum und Kirche ausgespielt. Als 1835 das „Leben Jesu“ von David Friedrich Strauß erschien, das die Evangelien als Legendenbildungen späterer Jahrhunderte abtat und das Christentum als vorübergehend-vergängliche Menschenphilosophie hinstellte; als 1841 Feuerbachs „Wesen des Christentums“ erschien, das den Gottes- und Jenseitsglauben als bloße Phantasieschöpfung des Menschen verwarf, das Loblied vom Diesseits, vom Menschenleib und seinen Rechten sang; Feuerbachs Buch, das, wie Engels sagt, den „Materialismus ohne Umschweife auf den Thron erhob“ — so waren das gefundene Evangelien für die Marx, Engels und Lassalle; genau so wie später der Geist von Häckels Schriften mehr oder weniger zum Geist der Bebel und Liebknecht geworden. Im Sinne der Hauptvertreter des materialistischen Monismus führen die Propheten der Sozialdemokratie unaufhörlichen Kampf gegen das Christentum und die Kirche. Der Arbeit der Kirche gegenüber wird das Programm Feuerbachs verfolgt, der „die Menschen aus Theologen zu Anthropologen, aus Kandidaten des Jenseits zu Studenten des Diesseits, aus Theophilen zu Philanthropen“ machen will. Die Dogmatik und Sittenlehre des Christentums wird ohne Aufhör lächerlich gemacht. Dinge wie Mönche und Klöster mit Spott und Hohn übergossen, im Namen Feuerbachs: „Die Pflicht geböte die Entsagung. Wie töricht! Die Pflicht gebietet den Genuß. Wir wollen genießen!“ Die Lassalle und Bebel rühmen sich ihres Atheismus; sie überlassen höhnisch den Himmel den Engeln und den Späßen.

Wie der Sang der Propheten, so das Gezweitscher der Jünger. Der Christentums- und Kirchenhaß der Meister wirkt sich in der sozialdemokratischen Presse und Agitation ungebrochen und immer aufs neue aus. Offiziell wird die Religion, das Christentum, als Privatsache erklärt; praktisch wird sie mit allen Mitteln bekämpft. In Belgien und Frankreich nicht anders, als in Deutschland und bei uns. In Belgien erklären die Sozialisten: „Wir rufen mit voller Stimme: Krieg dem Klerus! Krieg den Religionen. Wir verstehen ganz wohl den Freidenker, der für seine Ueberzeugung kämpft, aber denjenigen verstehen wir nicht, für welchen der freie Gedanke, d. h. der Atheismus kein „Ausfuhrartikel“ ist.“ In deutschen roten Schriften kann man Sätze lesen wie folgt: „Die Religion muß systematisch im Volke untergraben werden, wenn dasselbe zu Bestand kommen soll. Jeder religionslose Mensch begeht eine Pflichtvernachlässigung, wenn er täglich und stündlich nicht alles aufbietet, was in seinen Kräften steht, die Religion zu untergraben. Also Krieg dem schwarzen Gefindel, Krieg bis aufs Messer. Lasset uns jedes Mittel des Kampfes in unsere Dienste nehmen: die Geißel des Spottes, wie die Fackel der Wissenschaft; wo diese nicht zureichen — greif- und fühlbare Argumente.“ Solche Aeußerungen sind nicht vereinzelt, sondern typisch. Ein Sozialist selber, Paul Göhre, erklärte schon 1891 in seiner Schrift „Drei Monate Fabrikarbeiter und Handwerksbursche“, die sozialistische Bildung, eine Halbbildung (!) wie nie zuvor, sei ein einziger, in seiner Art kühner und großartiger Versuch, . . . die ganze alte Bildung und Kultur, Christentum und Bibel aus Herz und Köpfen der Massen und aus der ganzen Welt hinauszufegen; der sozialdemo-

Eine späte, jedoch nicht verspätete Feststellung.

Von Professor Dr. Franz Sommeregger, Klagenfurt.

Es sind zwar schon sechs Jahre verflossen seit dem Aufstiege, den die österreichische Öffentlichkeit erlebte. Nun ist die restlose Aufdeckung erfolgt und es dürfte allgemein interessieren, mit welchen Mitteln das Publikum behandelt wurde.

Der Mann, der uns heute das Vergnügen verschafft, ist der Herr Reichsratsabgeordnete Ferdinand Ritter v. Panz, zwar eifrig, aber unglücklich mit der Lösung der agrarpolitischen Fragen Oesterreichs beschäftigt. Das ist seine Sache. Aber er soll uns dabei nicht die Bevölkerung aufsitzen lassen. — Im Jahre 1910 erschien aus seiner Feder eine Schrift, betitelt: „Die Sochshuhjollpolitik Hohenblums und der österreichische Bauernstand“. Der Untertitel besagte: „Eine kritische Studie nach den von Prof. Dr. Karl Hoffmeister im Auftrage des Ackerbauministers Dr. Bráf gepflogenen statistischen Erhebungen über die Rentabilität der Bauerngüter.“ Darin erzählte er auf 48 Seiten von diesem „hochinteressanten und grundlegend wichtigen Materiale“ (S. 4), von dem er sich Abschriften machte. Die Veröffentlichung des Materiales unterblieb und nur aus der Schrift des Herrn v. Panz erfuhren wir davon einiges. Er benützte es zu einer maßlos übertreibenden Agitation gegen unsere Getreidezölle. Da er scheinbar amtliches Material zur Unterlage hatte, machte seine Kritik großes Aufsehen im In- und Auslande. Es begann jener Feldzug gegen die Getreidezölle, in dem Herr v. Panz lärmende Unterstützung in der kapitalistischen und sozialistischen Presse fand. Besonders die Herren Friedmann und Hofrat v. Philippovich fielen durch ihre volkswirtschafts-wissenschaftliche Erregung auf. Es wird für immer unverzeihlich bleiben, was damals an „Juni-Sieger“-Hege geleistet worden ist.

Ich habe damals nach Erscheinen der Schrift in einer Reihe von „Reichspost“-Artikeln die kritische Sonde an die Ausführungen angelegt und die allzu zahlreichen Widersprüche und grellen Übertreibungen aufgedeckt. Die landwirtschaftliche Betriebsstatistik bot mir genug und absolut einwandfreies Material, die Behauptungen des Herrn v. Panz als ganz falsch zurückzuweisen. Er schwieg, schwieg wie ein ägyptischer Pharaos im Museum zu Kairo gegenüber den schwerstwiegenden wissenschaftlichen Anwürfen meinerseits in der „Reichspost“ und später im „Grazer Volksblatt“ und im „Kärntner Tagblatt“. Es war zwar nicht sehr förderlich für sein wirtschaftspolitisches Ansehen, aber es gibt Dinge, von denen es mit Recht heißt: „Der Rest ist Schweigen!“

Herr v. Panz fand trotzdem seine Gläubigen, denn hinter seinen Theorien stand ja jenes „amtliche Material“, wie es schien, die „im Auftrage des Ackerbauministers Dr. Bráf gepflogenen statistischen Erhebungen über die

Rentabilität der Bauerngüter“. Und was die Sache noch geheimnisvoller machte, war die amtliche Verhinderung der Veröffentlichung des Materials. Für Eingeweihte, ein solcher war Herr v. Panz, war der Grund bald klar gestellt, er hieß mit dem Artikel „die“: Agrarische Zentralstelle, mit dem Artikel „der“: Hohenblum, mit dem Artikel „das“ Ackerbauministerium! Sie sollten an dem Unterbleiben der Veröffentlichung schuld sein. Warum die „Erhebungen“ nur für die Abstaubefrauen im k. k. Ackerbauministerium hinterlegt wurden, sagt uns Herr v. Panz in seiner Schrift, deren Vorwort (S. 4) folgendes Trommelfeuer losläßt: „Der Erklärungsgrund für diese so zuverlässig und mutig begonnene und ebenso mutig begrobene Aktion liegt einzig und allein darin, daß diese Erhebungen für denjenigen, der überhaupt sehen will, klar beweisen, daß für den ganz enorm überwiegenden Teil unseres österreichischen Bauernstandes die neue handelspolitische Ära nicht den geringsten Vorteil brachte“ usw. Panz betrieb mehrmals in parlamentarischem Wege die Veröffentlichung, die angeblich unter dem Diktate Hohenblums und der agrarischen Zentralstelle nicht geschehen durfte, weil sie das volle Fiasko unserer Getreidezollpolitik gebracht habe. Behauptet er doch „getrost“ (S. 27), daß nur zwischen 5% und 10% der gesamten österreichischen Bauernschaft an hohen Getreidepreisen interessiert seien. Zwar mochte es auffallen, daß diejenige wirklich sachverständige Persönlichkeit, die an den „Erhebungen“ ganz hervorragend mitbeteiligt gewesen war, Regierungsrat Prof. Häusler, gerade zum entgegengesetzten Schlusse kam — so „eindeutig“ war das Erhebungsmaterial! Aber es nützte nichts, eine breite Öffentlichkeit glaubte dem Fachmann Prof. Häusler nicht, sondern hielt sich an den Nichtfachmann v. Panz. Und terrassenförmig abgestuft von den Leitartikeln einer gewissen Wiener Presse an bis herab zur armeligen wirtschaftspolitischen Weisheit der sozialistischen „Lokal“-presse plätscherte die seichte Flut der neuen volkswirtschaftlichen Erkenntnisse. Eine gewisse Erregung und Unsicherheit durchzitterte eine Zeitlang unsere Agrarpolitik, so autoritativ trat Herr v. Panz auf. Und hinter ihm stand die angebliche offiziöse Quelle, die „im Auftrage des k. k. Ackerbauministers“ gepflogenen Erhebungen!

Zwar erschien uns Kritikern das in der Agitationschrift beigebrachte Material als recht dürftig, aber der Autor belehrte uns, „eine bessere Art, Erhebungen einzuleiten und durchzuführen, läßt sich nicht denken“ (S. 8). Ferner teilte er uns mit, die angeführten Fälle seien nur ein geringer Teil des gewaltigen Materials: „Mit wohlweislicher Absicht habe ich mich, so verlockend es gewesen wäre, aus dem unendlich umfassenden Materiale die zwanzigfache Zahl von Beispielen und Ziffern zu bringen (von uns gesperrt d. B.), darauf beschränkt, die oben angeführten Daten zu bieten“ (S. 44). Um die Kritiker abzuschrecken, fährt er einige Zeilen später fort: „Diejenigen aber, welche etwa wegen zu geringen in dieser Abhandlung gebotenen Materiales meinen Anschauungen entgegenzutreten beabsichtigen, ländige ich schon bei dieser Gelegenheit an, daß ich ihnen in einer weiteren Abhandlung mit der ganzen Wucht des zu Gebote stehenden reichen Materiales entgegen werde“ (S. 44).

Es sei sofort mitgeteilt, daß zwar die vernichtendsten Kritiken zur Schrift des Herrn v. Panz erschienen sind, aber daß er nun mit der elementaren Wucht seiner Ankündigung tatsächlich auch in einer „weiteren Abhandlung“ auf Grund „des zu Gebote stehenden reichen Materiales“ entgegnet hätte, davon ist nichts bekannt geworden.

Es folgen nun die Aufklärung! Sie wird wohl allgemein überraschen. Wir finden sie in einem kürzlich erschienenen, ganz vortrefflichen, ausführlichen agrarwissenschaftlichen Buche, das zu den besten Leistungen der sonst so dürftigen österreichischen Agrarwissenschaft zählt, einen praktisch und theoretisch hochgebildeten Landwirt, Dr. Siegfried von Stralofsch, zum Verfasser hat und sich betitelt: „Die Grundlagen der Agrarwirtschaft in Oesterreich“ (Wien, 1916, Verlag F. Tempsky, Preis 15 Kronen, 440 Seiten). In diesem Buche finden wir (S. 245 ff.) die Aufklärung, die für die wissenschaftliche Methode

und Zuverlässigkeit des Herrn v. Panz einfach vernichtend ist. Dr. v. Stralofsch bekam Einblick in das Material, das „anscheinend zu Mißverständnissen in bezug auf den Umfang der Erhebungen“ Anlaß bot. Herr v. Panz habe einzelne Daten aus 14 Betrieben herausgegriffen, erkläre aber, in der Lage zu sein, „aus dem unendlich umfassenden Materiale die zwanzigfache Zahl von Beispielen und Ziffern zu bringen.“ „Mit wohlweislicher Absicht“, „so verlockend es gewesen wäre“, hat er aber sich auf die beigebrachten Daten beschränkt.

Dieser verblüffend festen Behauptung gegenüber stellt Dr. v. Stralofsch fest: „daß die angeblichen, umfassenden Erhebungen, aus denen so viel politisches Kapital geschlagen wurde, außerordentliche Umfragen bei 36 Bauerngütern zureduzieren sind. (Von uns gesperrt.) Das war der Beginn einer von Bráf allerdings in großem Maßstabe geplanten Aktion, zu der eingehende und mustergültige Fragebogen ausgearbeitet worden waren. Die Aktion ist nicht über die ersten 36 Erhebungen gediehen. Gleich der Fortsetzung der Erhebungen unterblieb auch die Veröffentlichung der ersten Resultate, weil es gewagt erschien, eine so überaus wichtige Frage, die ohnedies in den verschiedenen Lagern nicht immer mit der nötigen Objektivität behandelt wurde, durch Herausgabe eines unfertigen und durch eine ungenügende Zahl von Erhebungen gestützten Berichtes noch mehr zu verwirren.“ (S. 246). Dem Verfasser lagen anfangs 1916 neue Erhebungen vor, nämlich die Ergebnisse von vielen hundert Buchabschlüssen, die in den seit 1911 errichteten Buchstellen gewonnen wurden. Diese höchst interessanten und wertvollen erstmalig wissenschaftlich einwandfrei gewonnenen Ergebnisse sollen uns ein andermal beschäftigen. Bemerkte sei nur, daß man in Zukunft nur mehr von einem geradezu mitleiderregenden Zusammenbruche der Getreidezollpolitik der Herren v. Panz, Friedmann, v. Philippovich usw. reden kann.

Was sagt die Öffentlichkeit zu solchen Aufklärungen? Nur 36 Erhebungen lagen dem Herrn v. Panz vor, 14 davon hat er in seiner Broschüre benützt. Trotzdem spricht er von einem „unendlich umfassenden Materiale“ unerkennbar bereit, die zwanzigfache Zahl von Beispielen und Ziffern zu bringen. Das ergäbe mindestens 280 Erhebungen — 36 lagen aber tatsächlich vor! Das ist die „ganze Wucht des zu Gebote stehenden reichen Materiales“! Es spricht mit Wucht — aber gegen ihn! So beschaffen sind die wissenschaftlichen Qualitäten jenes Mannes, der wie wenig andere in den letzten Jahren unnötige und ungerechtfertigte Aufregung in die Wirtschaftspolitik hinein brachte und der diejenigen, die seinen Theorien glaubten, damit einfach zum besten gehalten hat!

Totale ... 1,022.273.87

Helfet den Siebenbürger Flüchtlingen!**Kriegstagung des Reichstages.****Sitzung des Abgeordnetenhauses.**

Budapest, 28. September.

In einer geschlossenen Sitzung, die spät am Abend durch den Präsidenten angeordnet wurde, klang die Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten heute im Abgeordnetenhaus aus. Das Haus blieb bis ans Ende still, nahezu teilnahmslos, und die Regierung kann, schon mit Rücksicht auf diese sehr abgetönte Stimmung der Kritik, mit Selbstbewußtsein auf die Ergebnisse ihres Berichtes blicken. Man kann sagen, die Kritik hat im wesentlichen die Regierungspolitik bestätigt, das einheitliche Staatsbewußtsein wieder manifestiert. Die Entente-Pressen hat von Hungerrevolten in Ungarn gefaselt. Sie kann, so weit sie es vermag, aus dieser Debatte bessere Belehrung schöpfen.

Das Abgeordnetenhaus wird morgen erst um 12 Uhr mittags, vereint mit dem Magnatenhaus, zur Kronwählerwahl zusammentreten. Dann wird das Abgeordnetenhaus nachmittag die Sitzung fortsetzen und in dieser Sitzung die Schlufreden entgegennehmen. Nach Erledigung des Berichtes des Ministerpräsidenten, also voraussichtlich morgen, wird die Vertagung des Hauses bis Mitte Dezember erfolgen. Ueber die Art der Vertagung ist Bestimmtes nicht bekannt.

Die Nachmittagsitzung

nahm diesen Verlauf:

Abgeordneter Stefan Szabó (Naghatád)

beschäftigt sich mit dem Lebensmittel-Zentralamt, das nur dann seinen Beruf erfüllen könnte, wenn man dort mit mehr Sachkenntnis vorgehe als bei den verschiedenen Kriegszentralen. Er unterzieht sodann die Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft einer abfälligen Kritik; dort gibt es hohe Gehälter, viele vom Militärdienst entlohene Beamten und eine unergreifliche Geschäftsführung. Millionen werden ohne Arbeit verdient durch die Bemessung von Manipulationsgebühren nach jedem Meterzentner Getreide oder Mehl. Das Ackerbauministerium läßt sich einfach irreführen, wenn man es glauben macht, daß der Ankauf des Getreides des kleinen Produzenten mehr Spesen verursacht, als der fünfzig Meterzentner übersteigenden Quantitäten und daß man den kleinen Landwirten aus diesem Grunde eine Krone weniger als den Maximalpreis bezahlen könne. So kann man den kleinen Mann nicht unterstützen; man erlaubt es der Kriegsprodukten-Aktiengesellschaft, allerlei Abzüge vom Kaufpreis zu machen. Der Bevollmächtigte, der das Getreide zusammenkauft, wird gewiß immer Mängel in der Ware finden, für die gewisse Beträge abgezogen werden können. Gegen diese Willkür gibt es kein wirksames Rechtsmittel, der kleine Landwirt verzichtet lieber, als daß er mehrere Tage vor der Verwaltungsbehörde verlieren soll. Dies sind die Schattenseiten der Getreiderequirierung. Die Kartoffelzentrale füllt ihren Beruf auch nicht aus; wie soll das Volk den Ernst der Maximalpreise erfassen, wenn der Produzent für seine Kartoffeln, die er der Zentrale direkt verkauft, um zwei Kronen mehr pro Meterzentner erhält. Man schraubt die Preise in die Höhe und der arme Produzent ist nicht verrückt, den Mehrerlös von sich zu weisen. Zum Schlusse beanstandet Redner die Art und Weise der Feststellung und Auszahlung der Kriegsunterstützungen, wenn auch in letzter Zeit eine Besserung wahrnehmbar war, und urgiert die Erteilung des Wahlrechtes an die Helben der Schützengräben. Den Bericht nimmt Redner nicht zur Kenntnis.

Vertagung des Abgeordnetenhauses.

Budapest, 29. September.

Das Abgeordnetenhaus hat sich heute nach völlig erschöpfender Erledigung seines Arbeitsprogramms, nach erfolgter Annahme des Berichtes des Ministerpräsidenten bis 7. Dezember vertagt.

Unter brausenden Stürmen hat diese Tagung des Abgeordnetenhauses begonnen, in der völligen Harmonie des friedlichen Zusammenarbeitens klang sie aus. Sie war wechselvoll und ereignisreich in ihren Erscheinungen und Formen. Sie brachte die erste große auslandspolitische Auseinandersetzung und, um von den Formen zu sprechen, nach langer Zeit wieder geschlossene Sitzungen. Es gab Stürme und Beratungen, die bis in den kommenden Morgen hinein währten. Es wurde in den Beratungen oft das höchste Niveau der parlamentarischen Redekunst und der staatsmännischen Erwägungen erklommen, doch es kamen auch Stunden, in denen sich das Niveau tief unter das normale senkte. Aus den hellen und dunklen Farben, aus den matten und glänzenden Stücken, aus den warmen und trüben Tönungen des Mosaikbildes, das sich aus diesen Erscheinungen zusammensetzt, tritt eine neue und doch bekannte Gestaltung sichtbar hervor. Diese hat nichts mehr gemein mit den Stücken, aus denen sich das Ganze zusammensetzt, und dennoch ist sie das Wesentliche: das Bild des einheitlich, im Siegesbewußtsein und in der Entschlossenheit verbunden kämpfenden Ungarn. Wie immer auch die Farben wechselten, ob nun die ausgewählte Stimmung gleich einem Sturzbach alles wegzuschwemmen schien, ob sich die heilige Wärme der Sonnenstrahlen des besten patriotischen Empfindens über das Haus ergoß, immer siegte das Bestreben, die Sicherheit des Staates, seine Kampffähigkeit und seine Siegeszuversicht unentwegt zu wahren und zu steigern. Dazu, um das zu manifestieren, bedurfte es in erster Reihe der Erhaltung der ungehemmten Arbeitsfähigkeit der ungarischen Gesetzgebung, und heute, am Schlusse der Tagung, können wir mit großer Genugtuung sagen, daß die gesunde Struktur des Abgeordnetenhauses alle Krankheitserscheinungen niederkämpfte und daß das Haus im vollen Bewußtsein seiner Leistungsfähigkeit durch eigenen Beschluß sich vertagte. Die Genugtuung, die die geleistete Arbeit geschaffen hat, ist so umgewandelt in zuversichtliches Vertrauen auf zukünftige, fruchtbringende Tätigkeit.

Diesem Geiste entsprachen die Worte, mit denen der Präsident des Abgeordnetenhauses Paul v. Beöthy heute den Beschluß betreffend die Vertagung des Hauses erunzierte. Er gab dem Siegesbewußtsein und der Entschlossenheit Ausdruck, die sich in der Haltung des Hauses auch in schweren Kämpfen offenbarte. Die große Rede, mit der Ministerpräsident Graf Tisza vorher auf die Debatte betreffend seinen Bericht über die Anwendung der Ausnahmegehalt zurückgriff, war eine machtvolle Bekräftigung der zuversichtlichen Stimmung des Hauses, denn sie räumte auf mit den traurigen Märchen, die von zukünftigen Hungersnöten sprachen. Laut und in vollem Bewußtsein seiner Pflichten nahm der Ministerpräsident vorversammlung dem Hause die Verantwortung dafür auf sich, daß weder Ungarn noch die Monarchie von der Gefahr einer Hungersnot bedroht sei, daß Vorsorge getroffen ist und Vorsorge getroffen werden konnte für die notwendige Verpflegung der Bevölkerung. Gewiß, der Ministerpräsident mußte an die Disziplin und an opferwilliges Pflichtbewußtsein der bürgerlichen Bevölkerung appellieren, doch es ist auch sicher, daß sein Appell durchaus wirksam sein wird. Es ist wohl ein Erfolg dieser Tagung, daß der Ministerpräsident alle Kreise, ohne Rücksicht auf den Parteiunterschied, zur Mitwirkung an der Leitung und Kontrolle der Volksernährung auffordern konnte.

Von den Ressortministern ergriffen heute abend Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány und Minister des Innern Johann v. Sándor das Wort. Die Ausführungen beider Minister brachten dem Hause Beruhigung in vielen strittigen Fragen. Aus der Rede des Ministers des Innern Johann v. Sándor sollen zwei Punkte besonders hervorgehoben werden. Mit Bedauern wird man zur Kenntnis nehmen, daß Minister des Innern Johann v. Sándor ein näheres Eingehen auf die Frage der Mutterlastversicherung mit Rücksicht auf die Unzulänglichkeit der Mittel ablehnen mußte. Umso inniger wird man dem Minister Dank wissen für die Worte, mit denen er der traurigen Menschenjagd entgegentrat, die Abgeordneter Géza Polónyi in seiner letzten Rede gegen die wehrlosen galizischen Flüchtlinge unternahm. Mit vollem Recht betonte der Minister die Rücksichten, die wir den Staatsbürgern des kämpfend und verbundenen Oesterreich schulden. Mit vollem Rechte verwies er auch auf die Reziprozität dieser Verpflichtung, die sich darin offenbare, daß in Oesterreich Hunderttausende Kronen für die siebenbürger Flüchtlinge gesammelt wurden.

Die Karolhipartei, die in dieser Tagung das erste Mal als selbständige Partei wirksam wurde, hat in der Feuerkante nicht viel Lorbeer geerntet. Ihre mit großer Bühnenkunst und mit den Mitteln der publizistischen Breitmachung angekündigten Unternehmungen sind sämtlich im Sande verlaufen. Heute hat Graf Michael Karolvi, dessen Argumentationen übrigens in der Rede des Ministerpräsidenten eine unbarmherzige Widerlegung

erfahren, in das Antragebuch des Hauses noch einen ungewöhnlich langen Antrag eingezeichnet, der gestern bereits als Leitartikel in den Spalten des „Magyarország“ erschienen ist. Es kennzeichnete den Ernst des Beginnens, daß der Antragsteller bei der Verlesung des Antrages im Hause nicht anwesend war und die Vertretung seines Antrages dem Mitgliede einer anderen, vor kurzem noch hart bekämpften Partei überließ. Das Haus lehnte es ab, in eine Beratung über den Antrag einzutreten.

In vollem Frieden, erfüllt von dem Bewußtsein treugeleiteter, nützlicher Arbeit, schloß das Haus um 6 1/2 Uhr abends seine Tagung.

Der Verlauf der Sitzung.

Präsident Paul v. Beöthy eröffnet die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 4 Uhr nachmittags.

Schriftführer: Peter Mihályi, Alfred Pál.
Auf den Ministeraufenteln: Graf Tisza, Sándor, Balogh, Baron Ghillány, Baron Hazai, Janokovich, Hideghéthy.

Der Einlauf wird verlesen. Er dient zur Kenntnis.
Folgt die Tagesordnung: Bericht des Ministerpräsidenten.

Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány

reflektiert auf die Bemerkungen der Redner, die auf sein Ressort Bezug haben. Die Abgeordneten Ebermát und Ráth verlangten, daß man für die gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel Sorge. Zweifellos wäre diese gleichmäßige Verteilung vom Gesichtspunkte der Kriegsvolkswirtschaft mehr als erwünscht, sie ist aber die schwierigste Frage und die heikelste Aufgabe, angesichts der Verschiedenheit der Lebensverhältnisse der Einwohnerschaft. Nicht einmal bei der Mehlverteilung ist es gelungen, nach gleichen Bestimmungen vorzugehen, wo es am leichtesten gewesen wäre. Deshalb könne Redner die Auffassung des Abgeordneten Graf nicht teilen, die für die Bewohner der Städte und der Dörfer die gleichen Mengen von Mehl fordert. Wir wissen, daß die Dorfbewohner unvernünftig mehr Mehl auch zur Friedenszeit konsumieren und daß die Stadtbewohner dagegen Fleisch, Erdäpfel und andere Lebensmittel mehr den aus Mehl hergestellten Speisen verzehren. Wenn wir den mit der Landwirtschaft beschäftigten Kreisen der Bevölkerung ebensoviel Mehl geben, wie den Stadtbewohnern, so führt das zu einer einseitigen Verteilung. Wenn schon beim Mehl so große Schwierigkeiten auftauchen, kann man es sich leicht verzeigewärtigen, welche Schwierigkeiten bei den übrigen Lebensmitteln erwachsen würden. Nehmen wir als Beispiel den Zuckerkonsum. Es ist bekannt, daß der Zuckerkonsum in Ungarn vor dem Kriege ein minimaler war, er ist nur während der zwei Kriegsjahre so rapid gestiegen, infolge des Zeitmangels und des Ausfalls anderer Lebensmittel. Als der Handelsminister die Zuckerkonsumzentrale errichtete, wurde als Grundlage — mangels anderer Erfahrung — der Zuckerkonsum des Jahres vor der Errichtung der Zentrale in Berechnung gezogen. Die abgelieferten Zuckermengen waren nicht hinreichend, der Bedarf an Zucker ist so rasch und unerwartet gestiegen, daß die Produktion nicht Schritt zu halten vermochte.

Mehrere Redner forderten die Dezentralisierung der Lebensmittelverteilung. Abgeordneter Gustav Graf hat sehr treffend die Entwicklung der deutschen Kriegswirtschaft geschildert. Dort hat man mit vielen Systemen experimentiert, auch mit der Dezentralisation, man ist aber zu der Ueberzeugung gelangt, daß nur die individuelle Versorgung zweckdienlich sei. Man möge nur an die Verfügungen des Jahres 1914 in Deutschland denken, die deutsche Regierung hat in der Befürchtung, den Schweinebestand nicht erhalten zu können und zur Wahrung der Lebensmittelversorgung das Schlachten von neun Millionen Stück Schweine angeordnet. Es hat sich aber herausgestellt, daß die Kartoffelfeshung eine weit größere war, als der Bedarf der Bevölkerung, man hätte die Schweine nicht alle sofort schlachten müssen. Die unbenützten Vorräte sind dank der Agilität der deutschen Industrie zwar sofort für die Zwecke der menschlichen Ernährung aufgearbeitet worden, allein diese und weitere Erfahrungen haben die deutsche Regierung vom Gedanken der Dezentralisation in der Lebensmittelversorgung abgebracht. Seither ist auch dort die individuelle Versorgung mit Lebensmitteln eingeführt worden.

Viele Redner beschäftigten sich mit der Teuerung, dem Warenvoucher und der Aufstapelung von Vorräten durch Kaufleute und Private. Im Vorjahre hat der Minister des Innern schon eingehend darauf verwiesen als ähnliche Bemerkungen gemacht wurden, daß er gegen die Warenaufstapelung Verfügungen getroffen habe, leider ohne Erfolg. Die Behörde hat zwar in einzelnen Fällen kleinere Mißbräuche entdeckt und abgestellt, das Endergebnis der Aktion war aber gleich Null. Die Abgeordneten Árpád Matta und Markgraf Georg Ballavicini beschäftigten sich mit der Preismaximierung. Man hat die Feststellung der Biergerstpreise mit 42 Kronen und der Futtergerste mit 34 Kronen pro Meterzentner als unrichtig bezeichnet, da man die baldige Preissteigerung der Futtergerste vorausgesehen habe. Die Bierbrauereien, sagten die Redner, arbeiten ohnehin nicht, die Feststellung der hohen Brauergestpreise werde nun die Gerstpreise überhaupt erhöhen. Die Gersteunternehmer ist wider Erwarten schon ausgefallen, so daß man alle Gerste requiriert und die hohen Preise bezahlt...

Abgeordneter Johann Kovák: Die Kriegsprodukten-A.-G. hat aber viel Gerste billig gekauft.

Ackerbauminister Baron Emerich Ghillány (fortsetzend): ... hat dafür gesorgt, daß die Landwirte nachträglich die Preisdifferenz erhalten. (Zustimmung.)

Man hat auch der Regierung vorgeworfen, daß sie der Kartoffelzentrale gestattet, zwei Kronen pro Meterzentner über den Maximalpreis für direkt verkaufte Kartoffeln zu bezahlen. Diese Prämie wurde auf Ersuchen der Deputation der Städte genehmigt, die die Errichtung der Kartoffelzentrale verlangte, damit die städtische Bevölkerung ihren Bedarf decken könne, denn ohne diese Prämie wäre die Versorgung der Städte mit Kartoffeln unmöglich. Es scheint überflüssig, zu behaupten, daß der Produzent gern etwas billiger verkauft, wenn er seine Ware nicht erst zur Bahnstation befördern muß zu einem Zeitpunkte, in dem ihm vielleicht keine Fuhrwerke zur Verfügung stehen. Die Differenz an Spesen soll durch die Prämie dem Produzenten ersetzt werden. Auf die Bemerkung des Abgeordneten Grafen Michael Esterházy über den einem Postmeister durch die Kriegsprodukten-A.-G. überlassenen Hafer erwidert Redner, daß die Kriegsprodukten-A.-G. ausschließlich für den Heeresbedarf Hafer anweisen könne, die übrigen Quantitäten stehen der Regierung zur Verfügung. An Privatpersonen darf die Kriegsprodukten-A.-G. nicht verkaufen.

Wortausgang des Abgeordneten Karol

44

Samstag, 30. September 1916

Auf die Bemerkung des Abgeordneten Abraham über die befristete Gültigkeit der Getreideeinfuhrlegitimationen erwirbt Redner, daß eine Verlängerung der Ablauffrist über den 15. Oktober hinaus ohnehin illusorisch wäre.

Abgeordneter Karl Hufár hat die Uebernahmspreise des Viehbestandes der Siebenbürger Flüchtlinge wiederholt zur Sprache gebracht. Bei der Uebernahme muß man die Qualität des Viehs abschätzen, und man kann unmöglich dieselben Preise für magere Kühe zahlen, die man für Masttiere gern bezahlt.

Schließlich will Redner noch auf die Rede des Abgeordneten Grafen Karolhi reflektieren, der der Regierung vorwirft, daß sie im Interesse der Mehrproduktion nichts getan habe. Es gibt vielleicht niemand im Lande, der ein begeisterter Anhänger der Erzielung der Mehrproduktion wäre als der Redner, der schon in seiner Programmrede dieser Mehrproduktion das Wort rebete.

Redner bittet, seine Bemerkungen billigend, den Bericht des Ministerpräsidenten zur Kenntnis zu nehmen.

Minister des Innern Johann v. Sándor:

Daß Graf Albert Apponyi nicht zugegen sei, bedauert er lebhaft, besonders weil er sich mit den Ausführungen Apponyis befassen will, mit denen er sich durchaus in Uebereinstimmung befindet. Nur müsse er hervorheben, daß die Säuglings- und Kindersterblichkeit bei uns ziffermäßig und prozentuell durchaus nicht so arg sei.

Aus der Rede des Grafen Apponyi habe der Minister herauszufühlen geglaubt, daß der Herr Graf etwas wie eine staatliche Befolgung dieser Organe wünscht.

Die Mutterchaftsversicherung und der Säuglingschutz sind die wichtigsten sozialen Aufgaben; aber zu ihrer erfolgreichen Durchführung bedürfe es vieler Millionen, so daß wir hiebei durch gar nicht träumen dürfen.

Nach diesem hochbedeutungsvollen Thema will nun der Minister ein weit geringfügigeres ansprechen und auf die Bemerkungen des Abgeordneten Geza Bolónyi reflektieren, der es für unstatthaft bezeichnete, daß wir in Ungarn immer noch so galizischen Flüchtlingen Unterstand gewähren, wo doch unsere Siebenbürger Brüder heimatlos geworden sind.

Was nun den Vorwurf angeht, daß die Regierung ihre allzu häufigen Lebensmittelverordnungen ebenso häufig ändere, so habe man sich vor Augen zu halten, daß sich ja auch die Verhältnisse stets ändern und vor der Ernte anders sind als nach der Ernte, anders vor und anders nach dem rumänischen Einbruch, auch haben ja Witzbrände, die mit bestehenden Verordnungen getrieben werden, eben durch Erlassung neuer geändert zu werden.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisa

will die Gebuld des Hauses nur eine möglichst kurze Zeit in Anspruch nehmen. Er beschäftigt sich zunächst mit den drei in Verbindung mit dem Berichte über die Znanpruchnahme der Ausnahmegevalt unterbreiteten Beschlüssen. Der eine Beschlusssantrag des Abgeordneten Karl Hufár, der sich mit der Ausdehnung des Wahlrechts beschäftigt, geht vom eigentlichen Gegenstande weit ab.

Abgeordneter Karl Hufár: Eisen, Kohle, Holz!

Ministerpräsident Graf Stefan Tisa (fortfahrend): Der Preis des Eisens, der Kohle und des Holzes hat sich keineswegs in abnormer Weise erhöht. Sie gehören zu denjenigen Waren, deren Preiserhöhung unter dem Durchschnitt steht.

Der Ministerpräsident beschäftigt sich sodann mit den Ausführungen des Grafen Michael Karolhi und des Markgrafen Georg Pallavicini, die beide im Namen ihrer Partei gesprochen haben. Der sehr scharfe und verurteilende Ton, in dem die beiden Abgeordneten das Vorgehen der Regierung namentlich auf dem Gebiete der öffentlichen Verpflegung kritisiert haben, lassen es für gerechtfertigt erscheinen, auch seinerseits die Gründlichkeit der Behauptungen der beiden Abgeordneten zum Gegenstande der Untersuchung zu machen.

einen besonders großen Einfluß ausgeübt haben. Nicht infolge des Preisniveaus hatten wir keine Einfuhr, sondern deshalb, weil der Krieg den Verkehr unmöglich gemacht hat. (Zustimmung rechts.)

Der Abgeordnete Graf Karolhi erhebt eine noch schwerere Beschuldigung gegen die Regierung. Er wies darauf hin, daß namentlich im Jahre 1915 die tatsächlichen Ernteergebnisse weit hinter den vorangegangenen Schätzungen zurückblieben, und fügte hinzu, daß solche Irrtümer nicht vorkommen dürfen, daß das absichtlich erfolgt sei, damit das Land irreführt werde.

Der Ministerpräsident beschäftigt sich sodann mit den Ausführungen des Markgrafen Georg Pallavicini. Dieser führte in seiner Rede an, daß ein befürchtliches Forum die Mitwirkung an einem Weizenkauf mit der Begründung zurückgewiesen habe, daß es nur bei dem Einkauf des gewerblichen Meisters, nicht aber bei dem landwirtschaftlichen mitzuwirken habe.

Markgraf Pallavicini führt als Panacee für die teilweise Beseitigung der Uebel die Requirierung an. So zum Beispiel will er die Milch requirieren wissen. Wie könnte das durchgeführt werden, ohne daß ein großer Teil der Milch nicht in unbrauchbarem Zustande in Verlehr gelange?

Die oppositionellen Abgeordneten haben über die Tätigkeit der Regierung, die seit zwei Jahren bestrebt ist, ihren Fähigkeiten entsprechend, unter Anspannung aller ihrer Kräfte, durch gründliche Erwägung aller einschneidenden Fragen, im vollen Bewußtsein der großen Verantwortlichkeit diese Fragen zu lösen, eine so fürchtbar überlegene Kritik geübt, daß Redner berechtigt ist, an die betreffenden Abgeordneten das Ersuchen zu richten, auf das Studium dieser Fragen ein wenig mehr Sorgfalt zu verwenden, damit sie nicht mit den Tatsachen und

5./x. 1916

Kriegsdienstpflicht der Reichstagsabgeordneten.

Von Bartholomäus v. Lanyi,

Wirkl. Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Seit einigen Tagen wird in politischen Kreisen die Frage diskutiert, ob die militärpflichtigen Reichstagsabgeordneten zufolge der jüngst stattgefundenen Vertagung der Reichstags-sitzungen zur aktiven Militärdienstleistung einzurücken haben? Die Kontroverse hat der Umstand hervorgerufen, daß diesmal die Vertagung nicht — wie früher — mittels königlichen Reskripts, sondern mittels spontanen Beschlusses des Abgeordnetenhauses erfolgte und daß — nachdem in diesem Falle die Wiederaufnahme der Parlamentsberatungen eine autonome Thätigkeit der Volksvertretung, d. h. der diesbezügliche Antrag einer gewissen Anzahl von Reichstagsabgeordneten zu bewirken vermag, die Session des Reichstages im strengkonstitutionellen Sinne rechtlich fortbestehe und daß daher den Abgeordneten auch während dieser Pause gewisse Funktionen obliegen.

Manche wollen daraus die Schlussfolgerung ziehen, daß die militärpflichtigen Abgeordneten jetzt nicht verpflichtet seien, zu ihren Truppenkörpern einzurücken. Der Führer der Unabhängigkeitspartei hat sich in einem Zeitungscommuniqué sogar zu der Erklärung hinreißen lassen, daß ihre Einberufung verfassungswidrig wäre. Die Lösung dieser Frage ist so einfach, daß es beinahe überflüssig wäre, sich mit derselben eingehender zu befassen; die Erfahrung lehrt jedoch, daß gewisse wohlklingende Phrasen in den großen Theil der öffentlichen Meinung sehr leicht Eingang finden, besonders wenn sie unter der Devise des Verfassungs- und Gesetzes-schutzes ausgesprengt werden. Deshalb fühlen wir uns veranlaßt, den wahren Sachverhalt zu klären und zu fixiren. Die Frage der Einberufung der militärpflichtigen Reichstagsabgeordneten zur aktiven Kriegsdienstleistung hat die Gesetzgebung bereits vor Jahren entschieden. Diesbezüglich besagt der Gesetzartikel XXII vom Jahre 1889 Folgendes:

„Die in dem Verbande der Wehrmacht stehenden Mitglieder des Reichstages, die ihrer aktiven Dienstpflicht bereits entsprochen haben, können — wenn der Reichstag beisammen ist — im Frieden zur Militärdienstleistung nicht einberufen werden, es wäre denn, daß sie im Einverständnisse mit dem betreffenden Militärkommando freiwillig einrücken wollen und hiezu die Erlaubniß des Reichstages und zu diesem Zwecke einen entsprechenden Urlaub erhalten haben.

Im Mobilisirungs- und im Kriegs-falle jedoch geschieht ihre Einberufung — selbst während des Beisammenseins des Reichstages — gemäß den allgemein geltenden Einberufungsbestimmungen.“

Hieraus ist ersichtlich, daß im Frieden die Unabhängigkeit des einzelnen Parlamentsmitgliedes, sowie die ungestörte Funktionirung der Legislative dem Immunitätsprinzip entsprechend vollkommen gewahrt ist, — im Kriege jedoch kann dieser Standpunkt in seiner vollen rechtlichen Bedeutung keineswegs aufrechterhalten werden. Bereits zu wiederholtenmalen haben wir darauf hingewiesen, daß im Kriege hinsichtlich der Vertheilung und Handhabung der Staatsgewalten

Beschlüsse der deutschen Arbeiterpartei.

Hauptversammlung des Reichsvereins.

Am Sonntag fand im Sitzungssaale der deutschen Arbeiterpartei in Wien die Hauptversammlung des Reichsvereins der deutschen Arbeiterpartei Oesterreichs, des Hauptverbandes der Partei unter dem Vorhise des Obmannstellvertreters Adalbert Mauller statt. Nach einem Bericht des Vorsitzenden über die Tätigkeit der deutschen Arbeiterpartei in der Kriegszeit, erstattete der Zahlmeister Burschowsky den Kassenbericht.

Die Neuwahlen hatten folgendes Ergebnis: Obmann: Adalbert Mauller, Bahnbeamter, Wien; Stellvertreter: Walter Gattermayer, Schriftsteller, Wien; Schriftführer: Florian Tröhmüller, Werkmann, Wien, Vorsitzender des Reichsbundes deutscher Eisenbahner Oesterreichs; Stellvertreter: Karl Löwe, Korrespondent, Jägerndorf, Schlesien; Zahlmeister: Karl Schulz, Postamtsdiener, Obmannstellvertreter des Reichsbundes deutscher Postler Oesterreichs, Wien; Stellvertreter: Josef Galle, Magazinsmeister, Schreckenstein, Böhmen; Mitglieder: Ferdinand Burschowsky, Buchdruckereibesitzer, Hohenstadt, Böhmen; Franz Oppenauer, Zugsbrevisor, Meran, Tirol; Ingenieur Rudolf Jung, Landtagsabgeordneter, Zglau, Mähren.

Der derzeit geschäftsführende Obmann der Partei Walter Gattermayer erstattete hierauf einen Bericht über die Volksernährung und legte der Versammlung folgende Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, vor: „Die Versammlung gibt ihrer unerschütterlichen Zuversicht Ausdruck, daß durch zielbewusste Tätigkeit der verantwortlichen Stellen des Staates, der Länder und Gemeinden das Durchhalten und notwendige Bedarfsgegenständen bis zur siegreichen Beendigung des Krieges möglich ist. Sie kann aber in dem nunmehr zu errichtenden österreichischen Ernährungsamte die Gewähr für die notwendige Raschheit und Zielsicherheit der Regierungsmaßnahmen so lange nicht erblicken, als dieses Amt nach dem Muster Ungarns nicht in ein Ernährungsministerium umgewandelt wird, das — von den übrigen Ministerien vollständig unabhängig — in stände ist, die bei der Lösung ernährungspolitischer Fragen sich immer ergebenden Kompetenzschwierigkeiten zu beheben. Sie verlangt, daß an die Spitze des so ausgestalteten Ernährungsamtes ein Direktor gestellt wird, dem die weitgehendsten Befugnisse erteilt werden und der die Erfahrungen des Kriegsernährungswesens in seinen Maßnahmen zu verwerten hätte. Die Versammlung sieht zunächst in der unerwarteten Haltung Ungarns gegenüber der Gestaltung des österreichischen Lebensmittelmarktes eine der Hauptursachen der Schwierigkeiten unserer Volksernährung und muß neuerdings feststellen, daß in dem Mangel eines gemeinsamen Versorgungsbereiches eine der Hauptursachen der unzulänglichen Wirkung der von der österreichischen Regierung getroffenen Maßnahmen zu sehen ist. Sie stellt aber ferner fest, daß eine weitere Ursache der unzulänglichen staatlichen Lebensmittelpolitik in dem Mangel einer Fühlungnahme mit der verbrauchenden Bevölkerung zu suchen ist. So wurden zum Beispiel in die Zentralkommission für den Viehverkehr bloß drei Vertreter der Verbraucher berufen. Sie verlangt deshalb eine gleichmäßige Vertretung der Verbraucher und Erzeuger in allen Approvisionierungsstellen.

Ebenso sieht die Hauptversammlung in dem Nebeneinanderarbeiten der staatsbehördlichen und landesbehördlichen Kräfte eine große Gefahr, die hauptsächlich bei der Regelung der Preisfrage zum Ausdruck kommt. Sie verweist darauf, daß die wirtschaftliche Abgrenzung bestimmter Gebiete keineswegs mit den Kronlandsgrenzen zusammenfallen darf und daß die den Kronlandskompetenzen immer wieder überlassene Regelung der Höchstpreise zu Preissteigerungen und zu Ausfuhrverboten führt, welche nur geeignet sind, Unbeweglichkeit herzustellen und Lebensmittelmangel künstlich herbeizuführen. Die Hauptversammlung verlangt aber auch von dem Ernährungsamte ein tatkräftiges Eingreifen gegenüber dem volksfeindlichen und staatsgefährlichen Lebensmittelwucher in jeder Form, weil er der ehrlich arbeitenden Bevölkerung das Durchhalten immer mehr und mehr erschwert. Sie fordert eine Verbilligung der Regiekosten der einzelnen Zentralen, da die dort nachweisbar ausbezahlten hohen Gehälter nur geeignet sind, Verteuerungen des Betriebes herbeizuführen, was in den festgesetzten Höchstpreisen sichtbar Ausdruck findet. Die Versammlung richtet an die Regierung die Aufforderung, das Ernährungsamt in dem in vorliegender Entschliessung gewünschten Maße auszugestalten, ihm jene Vollmachten zu geben, die es ihm ermöglichen, eine wirklich im Interesse der Gesamtbevölkerung liegende Ernährungspolitik rasch durchzuführen.

Abg. Knirsch berichtete sodann über die Lage der Lehrerschaft in Böhmen sowie über eine Vorprache beim Ministerpräsidenten in dieser Angelegenheit und Verpflegungsfragen, worauf folgende Entschliessung angenommen wurde: Die Versammlung erkennt die der staatlichen Beamten- und Arbeiterchaft zuerkannte Teuerungszulage sowie die Geldaushilfen für die pensionierten Staatsbeamten und provisionierten Staatsarbeiter als vollständig unzulänglich. Sie schließt sich den der Regierung bereits überreichten Forderungen der böhmischen Beamtenverbände und Gewerkschaften vollinhaltlich an. Sie verlangt aber auch, daß der Bedeutung der Lehrerschaft als Erzieher des Volkes voll Rechnung getragen und daher verhindert wird, daß sie noch mehr ins Proletariat hinabsinkt, als es ohnehin schon der Fall ist. Die Regierung möge deshalb ihren Einfluß auf alle autonomen Verwaltungskörper in dem Sinne ausüben, daß der Lehrerschaft eine Teuerungszulage in dem gleichen Verhältnis zum Gehalt wie der Staatsbeamtenchaft ausbezahlt wird.

Nach einem Bericht des Obmannes Mauller über die Sozialversicherung wurde in einer Entschliessung die rascheste Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes im Sinne des Beschlusses der letzten Tagung der deutsch geleiteten Krankenkassen Oesterreichs, sowie die Einführung der Alters- und Invalidenversorgung noch während des Krieges in dem Maße, daß sie durch die Wirkungen und Erscheinungen des Krieges hervorgerufenen Mißstände auszugleichen imstande ist, gefordert.

Eine weitere Entschliessung verlangt von der Regierung die rascheste Regelung der vollständig unzulänglichen Versorgung der Kriegsbeschädigten und Hinterbliebenen, gleichzeitig die endliche Erlassung eines Kriegerheimstättengesetzes, endlich eine Anpassung der gesetzlichen Unterhaltsbeiträge an die herrschende Teuerung.

Ueber Antrag des Reichsparteileitungsmit-

gliedes Dr. N i e h l würde in einer Entschliessung erklärt, die staatliche Fürsorge hat die Pflicht, durch finanzielle Maßnahmen die Eheschließungen zu fördern und das Fortkommen kinderreicher Familien zu ermöglichen. Nachdem seitens der Versammlung noch beschlossen worden war, vorsehende Entschliessungen dem Ministerpräsidenten, dem Minister des Innern, dem Finanzminister, dem Ackerbauminister und dem Arbeitsministerium zu übermitteln, forderte der Obmann Mauller in seinem Schlussworte die Anwesenden auf, die Grundsätze der Partei immer mehr und mehr in die Bevölkerung hineinzutragen und treu zur Fahne zu halten und schloß die Hauptversammlung mit einem Heil auf die in Rebellionentreue verbundenen Staaten und auf die staatsbewusste, nationale Arbeiterchaft Oesterreichs.

ost.

für auswärts.

Bezugpreise:

oet täglich zweimaliger Zustellung
 für Wien: K 2.50
 monatlich K 8.00
 vierteljährlich K 11.50
 halbjährlich K 22.—
 Für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 4.00
 vierteljährlich K 12.50
 halbjährlich K 27.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
 monatlich K 3.00
 vierteljährlich K 11.50
 halbjährlich K 22.—
 Für Deutschland:
 oierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
 and durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.
 Länder des Weltpostvereines:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
 and durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

Oesterreich-Ungarns.

16

XXIII. Jahrgang

Der 4. Armee zerschellt
in der Pikkardie.

Unsere unermüdlichen
Seeflieger.

Wien, 5. Oktober.

Amtlich wird gemeldet:

„Ereignisse zur See.“

Am 4. d. abends hat ein Seeflugzeuggeschwader die feindliche Seeflugzeugstation bei Grado, dann militärische Objekte in Monfalcone, San Canziano und Staranzano mit schweren, mittleren und leichten Bomben mit sehr gutem Erfolg belegt. Die Flugzeuge sind trotz heftiger Beschießung alle unversehrt eingedrungen.

Flottenkommando.“

Irregeführte Massen.

Wien, 5. Oktober.

Wer soziales Gefühl hat, wer bedenkt, daß wir alle, vom Purpurträger bis zum Kanalräumer, Kinder eines Vaters sind und zum gleichen letzten Ziel berufen; wer in den Nächsten und Fernsten seine Brüder erkennt und vor allem Menschenschicksal sich beugt; wem die Augen naß werden beim Anblick des Elends, in dem Ungezählte ihre Erdentage verbringen; wer die Ideale der Wahrheit, Freiheit, Gerechtigkeit hochhält und sie bestmöglich schon auf dieser Welt verwirklicht sehen möchte, — der kann nicht genug Begeisterung und Liebe aufbringen für Bestrebungen und Organisationen, die bezwecken, Schluß mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zu machen; diese elende Ordnung mit dem Ueberreichtum und der Niederlichkeit der großen Geldkönige, mit der Bewucherung und Verelendung der Massen, durch eine gerechtere, bessere, auf wahrhaften Solidarismus aufgebaute zu ersetzen.

Ist die neuere Sozialdemokratie eine solche Reformbewegung? Ist, trotz aller Falschphilosophien und verfehlten pädagogischen Methoden, wenigstens ihre praktische Politik ehrlich-echter Kampf gegen den Kapitalismus und seine Schutzherrn? Werden da Schlachten geschlagen, wo wucherische Geldfürsten fallen, wo plutokratische Einflußsphären beschnitten werden, wo freche Krösusse Hab und Gut zugunsten des vierten Standes lassen müssen? — Nein, leider nein! Es gehört zu den großen Tragödien der Weltgeschichte, daß die Bewegung, die als Massenbewegung gegen das arbeits- und pflichtlose Großkapital und sein Wirken gedacht war, durch schlaue Kapitalistenpolitik in eine Bewegung geradezu zugunsten des Großkapitals gewandelt wurde. Die Arbeiter hören tagtäglich freie Worte und noch freiere Fläche über diese schlechteste aller Wirtschaftswelten; sie erhalten tagtäglich von Führern rosige Zukunftsparadiese vorgemalt, die sie wie Fatamorganas aufwecken, aufpeitschen; sie werden seelisch mit Champagner und Opium behandelt. Aber es ist eine Verausung und Venebelung, damit sie nicht sehen, wie sie von den ausschlaggebenden der Führer als Zugtiere vor die Arbeits- und Triumphwagen des modernen Großkapitals gespannt werden.

Die modernen Plutokraten sind schlaue. Sie holen sich für ihre Geschäfte die besten Talente und füttern diese so reichlich, daß sie nicht Lust verspüren, die Krippen anderer Menschen, gerechterer Menschen aufzusuchen. Sie sind nicht minder auf ihren Gewinn bedacht als auf ihren guten Ruf; so kaufen sie beinahe die ganze Presse

onsorten bleibt unberechnet und unbeneidet. In dieser Kriegszeit wird von der sozialdemokratischen Publizistik der Greißler und jede Bäuerin, die auf dem Markt Heller über dem Höchstpreis verlangen, angeangert; die Wucherdividenen unserer Banken- und Industriewelt zur Zeit der allgemeinen Wehrpflicht werden um beachtet oder doch nicht entsprechend scharf und umfangreich glossiert. Für die Teuerung der Lebensmittel erken einseitig unsere Bauern verantwortlich gemacht; wohl doch die Hauptschuld einerseits die natürliche Knappheit ist, andererseits der wucherische Zwischen- und Hattenhandel, der die Preise für die Städter auf das drei- und Fünffache der Erstehungskosten hinaufreibt.

Die sozialdemokratischen Führer erkennen weithin die Wege des Liberalismus als Wege zum eigenen Ziel; sie hoffen, wie sie den Massen sagen, von der steigenden Kapitalisierung und Industrialisierung des Wirtschaftszens den beschleunigten Eintritt des Zukunftsstaates. a aber der Zukunftsstaat von keinem ernstern National- onomen für möglich gehalten wird, bleiben die Sozial- mokraten praktisch immer nur Förderer des Kapitalismus. in einziges Beispiel: Die wichtigsten sozialpolitischen Gesetze r neuzeitlichen Parlamente gehen viel mehr auf Konto r christlich-konservativen Parteien als der Sozialdemo- atie; deren Führer vertraten (mimten?) den Standpunkt lles oder nichts“; da das Alles nie zu erreichen war, f ihre negative Haltung praktisch auf Unterstützung des ernalismus hinaus.

Dr. E.

8./X. 1916

Die Frage der Tagung der parlamentarischen Körperschaften.

Vom Reichsratsabgeordneten Kommerzialrat
August Dent.

Der Wunsch nach Neu belebung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich machte sich während der Kriegszeit schon seit langem in allen Schichten der Bevölkerung geltend und zog in der letzten Zeit immer weitere Kreise. Dieser Wunsch nach Wiederherstellung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich, beziehungsweise nach Einberufung des Reichsrates und der Delegationen, konnte in einer Reihe von Kundgebungen parlamentarischer und politischer Körperschaften nunmehr auch in der Öffentlichkeit, in der Presse, zum Ausdruck gebracht werden.

Eine der wirksamsten Kundgebungen für die Wiederbelebung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich war die der Vollversammlung des deutschen Nationalverbandes vom 13. d., in der Abg. Dr. Dinghofer namens der Deutschen Arbeitsgemeinschaft bekanntlich den Antrag gestellt hat: „Der deutsche Nationalverband spricht sich für die Einberufung sowohl des Reichsrates als auch der Delegationen in der Ueberzeugung aus, daß eine mächtige und einmütige Kundgebung der Vertretungskörper sowie die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände im Interesse des Vaterlandes und der Bevölkerung gelegen ist!“ Dieser Antrag wurde von der Vollversammlung des Nationalverbandes einstimmig angenommen, und damit war die öffentliche Debatte über die Frage der Tagung der parlamentarischen Körperschaften eröffnet und wird, wie aus einer Reihe weiterer Kundgebungen parlamentarischer und politischer Körperschaften hervorgeht, deren Tenor mit dem Inhalt der Nationalverbandskundgebung übereinstimmt, in immer größerem Umfang fortgeführt.

Eine Tagung des Parlaments würde vor allem die Möglichkeit bieten, daß die Vertreter der Bevölkerung Oesterreichs laut und vernehmlich aller Welt sagen können, daß die österreichischen Völker ohne Unterschied der Nation gesonnen seien, unter allen Umständen und unter den schwierigsten Verhältnissen durchzuhalten und ihre Pflicht gegenüber dem Vaterland durch jedes Opfer zu erfüllen. Die Haltung

Eine Tagung des österreichischen Parlaments, die zweifellos den Verlauf nehmen würde, wie sie jeder österreichische Patriot wünscht, würde einen neuen großen Sieg der guten Sache ergeben, der von nicht minder großer Bedeutung wäre wie einer von den vielen Waffensiegen, die unsere ruhmreich kämpfende Armee über unsere Feinde errungen hat. Es soll nicht bestritten werden, daß bei einer Reihe von Faktoren, die bei der Erörterung der Frage der Einberufung des Parlaments in Betracht kommen, noch vielfach Mißverständnisse

obwalten und Zweifel, ob ein zusammentretendes Parlament die patriotische Kraft in sich haben werde, diesen Sieg zu erringen. Es wird sich daher als notwendig erweisen, zunächst die Ursachen dieser Mißverständnisse zu beheben, damit dann an die Neu belebung des parlamentarischen Lebens in Oesterreich mit vereinten Kräften geschritten werden kann, des parlamentarischen Lebens, durch das der Staatsbürger in Friedenszeiten seine Rechte in entsprechender Weise zur Geltung zu bringen vermag und das ihm jetzt in Kriegzeiten die

Möglichkeit gibt, vor dem hierfür geeigneten Forum der parlamentarischen Öffentlichkeit aller Welt kundzutun, daß er gesonnen ist, die Pflichten, die ihm in diesen Kriegzeiten erwachsen, unter allen Umständen zu erfüllen.

Die Einberufung der Delegationen.

Brief eines österreichischen Parlamentariers.

Berehrliche Redaktion des „Neuen Pester Journal“!

Ihr vielgelesenes und sehr geschätztes Blatt veröffentlichte in letzter Zeit mehrfach sehr objektiv gehaltene Aufsätze über die inneren politischen Verhältnisse Oesterreichs, die nicht nur in Wien, sondern unter allen Berufspolitikern der im Reichsrath vertretenen Königreiche und Länder gebührende Beachtung fanden. Diese Aufmerksamkeit war zunächst dadurch hervorgerufen, daß die Organe Oesterreichs einer eingehenden Erörterung der innerpolitischen Verhältnisse — und zwar nicht bloß aus Censurücksichten — aus dem Wege gehen, ferner durch den Umstand, daß die Untersuchung und Aufdeckung der wahren Triebfeder aller Aktionen hinter den Parliamentscoulissen einzig und allein in Ihrem Blatte erfolgte. Diese Thatsachen veranlassen mich, um die Gastfreundschaft zu bitten, damit in den Spalten Ihres Blattes auch die rein österreichische Auffassung zur Geltung komme, zumal diese sich in den letzten Tagen stark geltend hat.

Ihre Voraussage hat sich erfüllt: die Stürgkh-Krise ist im Abflauen, ja nach meiner Ueberzeugung heute sogar endgiltig aus der Welt geschafft. Man mag unserem derzeitigen Ministerpräsidenten Passivität und Untüchtigkeit vorwerfen, mag ihn aus persönlichen und sachlichen Gründen bekämpfen, doch Freund und Feind muß ihm das Zeugniß ausstellen, daß er in den letzten Tagen geschickt und erfolgreich operirt hat. In Oesterreich besitzt nämlich heute das Herrenhaus noch immer größeren Einfluß als das Haus der Abgeordneten und die Pairs können nur schwer politisch beeinflusst werden. Trotzdem gelang es dem Grafen Stürgkh, die Herrenhäuser von ihrer ursprünglichen Forderung, dem Ruf nach dem Reichsrath, abzubringen, und die ganze politische Aktion schrumpft heute zur Forderung nach Einberufung der Delegationen zusammen. Das ist höchst wichtig, wenn man bedenkt, daß eine Körperschaft von sechzig Mann, die die Elite des Reichsrathes repräsentiren pflegt, viel leichter diszipliniert werden kann, als der ungesüßige, aus einander bekämpfenden Elementen bestehende Reichsrath, wenn man ferner in Betracht zieht, daß die Beratungen der Delegationskörperschaft schon der Konstruktion dieses Theil vertraulicher Natur, also geheim sind. Viele Gefahren, die durch die Oeffentlichkeit der Reichsrathssitzungen bestehen, entfallen hiedurch von selbst. Aber auch in politisch höherem Sinne bieten die Delegationen für den Grafen Stürgkh manche Gewähr, die selbst von den Führern der diszipliniertesten und gefügigsten Reichsrathsparteien im Abgeordnetenhaus nicht geleistet werden können. Die Tagesordnung der Delegation ist den gemeinsamen Angelegenheiten gewidmet und nur ein Abgleiten der Debatte auf ein Nebengeleise kann ausnahmsweise zur vorübergehenden Besprechung innerpolitischer Fragen führen. In der Regel beschränken sich diese darauf, weshalb die Regierung den Reichsrath nicht einberuft. Die Antwort, die der jeweilige Ministerpräsident auf dieses permanente Fragezeichen zu geben hat, ist so stereotyp, daß man nicht einmal neuen Nuancen lauscht.

Ungarn erfahren. Gestatten Sie, daß ich mich Ihres geschätzten Blattes bediene, damit man von all dem auch in Wien Kenntniß erhält.

Wien, 9. Oktober.

Auftriacus.

ost.

bei täglich zweimaliger Zustellung für Wien:

monatlich	K 8.90
vierteljährlich	11.50
halbjährlich	23.—

Für Österreich-Ungarn:

monatlich	K 6.00
vierteljährlich	13.50
halbjährlich	27.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:

monatlich	K 8.90
vierteljährlich	11.50
halbjährlich	23.—

Für Deutschland:

vierteljährlich Kreuzbandführung	K 16.—
----------------------------------	--------

und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.
Länder des Weltpostvereines:
vierteljährlich Kreuzbandführung K 22.—
und durch die Postämter laut dort auflegender Postzeitungsliste.

reich-Ungarns.

916 XXIII. Jahrgang

urg und Marienburg

Russen in Wolhynien. ter Alpen.

nzolen an der Somme.

Kronstadt ein. Töresbar (Törzburg) wurde genommen. Der Gegner weicht auf der ganzen Linie.

Balkankriegschauplatz:

Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen: Deutsche Truppen, unterstützt durch österreich-ungarische Monitore, setzten sich durch Handstreich in Besitz der Donauinsel nordwestlich Sifob, nahmen 2 Offiziere und 150 Mann gefangen und erbeuteten 6 Geschütze.

Mazedonische Front: Westlich der Bahn Monastir-Florina wurden feindliche Angriffe abgeschlagen, östlich der Bahn gelang es dem Gegner, auf dem linken Cernauser Fuß zu fassen.

Der erste Generalquartiermeister: Lubendorff.

Erfolgreiche Unternehmungen unserer Seeflieger.

Wien, 9. Oktober.

Amtlich wird verlautbart:

„Ereignisse zur See.“

In der Nacht vom 8. auf den 9. Oktober haben unsere Seeflugzeuge Bahnhof und militärische Objekte von San Giorgio di Rogaro und Latisana, ferner die Abwehrbatterien von Porto Buso, den Innenhafen von Grado und Batteriestellungen am unteren Sponzo erfolgreich mit Bomben belegt.

Alle Flugzeuge sind trotz heftiger Beschichtung unversehrt eingerückt.

Flottenkommando.

Rote und goldene Internationale.

Wien, 9. Oktober.

Die Sozialdemokratie war gedacht als Massenorganisation gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung, als Kampforganisation um Sozialismus. Indem aber ihre Führung, ihre Publizistik, ihre Agitation beinahe monopolisiert wurde in der Hand von Blutsverwandten der Haupttypen des Kapitalismus, ward sie zur Farce, ward sie ins Gegenteil der ursprünglichen Bestrebungen verkehrt, ward sie geradezu zu einer Schutztruppe des Großkapitals. Wir haben bereits eine Reihe mehr allgemeiner Erwägungen veröffentlicht, die auf Beziehungen und gegenseitige Verpflichtungen zwischen den Herren des Kapitalismus und den maßgebenden Führern der Sozialdemokratie schließen lassen. Es ist leicht, diese Erwägungen durch praktisch-illustrative Stichproben zu ergänzen.

Von der „Humanité“, dem Organ des verstorbenen französischen Sozialistenhauptlings Jaures, erklärte „La guerre sociale“ in Aufsätzen vom 16., 23. und 26. November 1910, sie sei von der Hochfinanz abhängig. Bei der Einsicht in die Bücher ergab sich tatsächlich, daß drei Viertel der Aktien in den Händen von Kapitalisten waren. Ein „Roznoble“, nach der „Guerre sociale“ der Pariser Rothschild, hatte einen Posten von 50.000 Franken. Weitere 900.000 Franken waren zur

Prinz Alois Diebstein formuliert einst folgende Sätze über das Zusammenwirken der roten und goldenen Internationale vermöge der „morgenländischen“ Führung beider: „In der belebten Natur gibt es zahlreiche Beispiele einer Vereinigung verschiedenartiger Wesen zu einseitigem Vorteile eines gemeinschaftlichen Haushaltes, dessen Nutzen der eine einheimst, während der andere die Kosten trägt und die Arbeit leistet. Wenn in den Prärien von Nordamerika die Steppen-Nurmeltiere ihre Gänge und Kessel in den Boden graben, um dort friedlich zu hausen, siedelt sich regelmäßig in ihren Bauen die Klapperschlange und die Prärieocule an; dort leben sie als Zimmerherren, welche die Mietschuldner bleiben. Solche Bündnisse schließt das Morgenländertum mit den Parteien, welche ihm unbedacht Vertrauen entgegenbringen. Der Liberalismus wurde seinerzeit sein Duzbruder. Er hat die Vorwürfe und die Schläge, den Niedergang und die Schmach dafür geerntet; den Reingewinn strichen die Orientalen ein und verleugneten den Bankrotteur, der ihrewegen Krifa angesagt hatte. — Nun ist die Sozialdemokratie an die Stelle des Liberalismus getreten. Die Firma, das Aushängeschild hat man gewechselt, das Geschäft ist dasselbe, denn der stille Kompagnon, das Morgenländertum hat wieder das Betriebskapital vorgeschossen und riskiert nichts dabei, da ihm alle Sicherheiten geboten werden mußten... Entstanden ist die Sozialdemokratie aus der Not des Arbeiterstandes; praktisch ist sie heute nur mehr ein vorgeschobener Posten des Morgenländertums zur Erreichung seiner politischen Tyrannei über die europäischen Völker. Ausschließlich morgenländischen Zwecken dient die sozialdemokratische Bekämpfung der monarchischen Staatsform, welche wie jede andere Staatsform, hinsichtlich sozialer und wirtschaftlicher Gesetzgebung an und für sich neutral ist, welche aber ein wirksamer Schutz gegen die Uebergriffe der Orientalen zu werden verspricht, sobald die Dynastien sich ihrer Blut- und Rassengemeinschaft mit den ihrer Leitung anvertrauten Nationen wieder lebhafter bewußt werden... Ausschließlich morgenländischen Zwecken dient die sozialdemokratische Bekämpfung der christlichen Religion und die Verbreitung materialistischer Anschauungen; denn das Christentum ist als Prinzip antikapitalistisch und hat in den Jahrhunderten seiner Vorherrschaft den Wucher nahezu völlig ausgerottet, in den Ghetto zurückgedrängt... Ausschließlich morgenländischen Zwecken dient auch die sozialdemokratische Bekämpfung des Privateigentums überhaupt. Die Orientalen wissen recht genau, daß diese Tendenz, weil sie der menschlichen Natur widerspricht, utopisch bleiben muß; aber sie erwarten mit kluger Berechnung, daß diese wahrhaftige Theorie bei dem Versuche der Anwendung viel Vertreibung und Unordnung hervorbringen, daß ihnen, wie bei jeder großen Vermögensverschiebung, ein reicher Gewinn mühelos in den Schoß fallen wird. Wo immer konfisziert, d. h. unter Beobachtung mehr oder minder gesetzlicher Formen geraubt wird, finden sich diese Herren als Liquidatoren ein; sie werden den Grund und Boden, die Häuser und Fabriken mit Fremden vergesellschaften; alles unbewegliche Eigentum wird mobilisiert, in ihrer Tasche Aufnahme finden.“

7) Vergl. „Reichspost“, Morgenblatt vom 6. d. M.

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus setzte gestern unter allgemeiner Teilnahme die Debatte über die innerpolitischen und die Ernährungsfragen fort. In der gestrigen Sitzung ergriff der Minister für Landesverteidigung FML. Baron Czapp neuerlich das Wort; er kennzeichnete gegenüber den Ausführungen des Abgeordneten Dr. Jozhradnik die tschechischen Legionäre als Eidbrüchige, die ein Verbrechen begehen, das in allen Staaten als das Schwerkste gilt, das ein Soldat überhaupt begehen kann. Diese Verbrechen müssen auch dementsprechend behandelt werden. Der Justizminister Dr. Ritter von Schauer fand es für notwendig, die Interpellation über das Kreisgericht in Trautenaun mündlich zu beantworten; er wurde, ebenso wie der Minister des Innern, bei seinen Ausführungen über die Zweiteilung der Landesverwaltungscommission in Böhmen von den Tschechen durch heftige Zwischenrufe unterbrochen. Die Debatte, deren Zwecklosigkeit immer mehr zutage tritt, soll heute endlich geschlossen werden.

Im Nachstehenden sehen wir den Sitzungsbericht aus dem Abendblatte fort:

Minister für Landesverteidigung FML. Freiherr v. Czapp erklärt gegenüber dem Abgeordneten Jozhradnik, er könne unmöglich annehmen, daß die Glorifizierung des Eidbruchs und der Ueberläuferei Gemeinut eines ganzen Volkes sei. Daß dies nicht der Fall ist, beweise der Umstand, daß sich tschechische Regimenter in der Biawonschlacht heldenhaft geschlagen haben. Die tschechisch-slowakischen Legionäre sind Eidbrüchige, die sich des Delikts schuldig gemacht haben, das in allen Staaten als das schwerste Verbrechen gilt, das der Soldat begehen kann. Daraus ändert auch die Anerkennung der Tschecho-Slowaken seitens der Entente nichts. Die Drohungen des Abgeordneten Jozhradnik werden die Maßnahmen der Regierung in keiner Weise beeinflussen. Der Minister weist dann die Angriffe zurück, die Abg. Reger gegen den Generalmajor Naumann vorgebracht hat.

Justizminister Dr. R. v. Schauer wirft einen historischen Rückblick auf die Geschichte der Errichtung des Trautenauner Kreisgerichtes und erklärt, die Errichtung sei gesetzlich einwandfrei, sachlich begründet und politisch gerechtfertigt, da sie einem von den Deutschen seit vierzig Jahren geltend gemachten und berechtigten Wunsch entspreche. Die Regierung habe keinen Grund, diese Maßnahme zurückzunehmen.

Minister des Innern Ritter v. Gayer: In Verantwortung der von den Herren Abgeordneten Klossac, Stanel, Fiedler, Habermann und Genossen in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 9. Oktober l. J. an mich gerichteten Anfrage betreffend die verfassungsmäßigen und gesetzlich begründeten Zustände in der autonomen Landesverwaltung des Königreiches Böhmen, erlaube ich mir dem hohen Hause nachstehendes mitzuteilen: Die sogenannte Sektionierung der Landesverwaltungscommission des Königreiches Böhmen stellt sich nach der Auffassung der Regierung als eine notwendige ... (Zwischenrufe des Abg. Habermann) und folgerichtige Fortsetzung des Versuches dar, den Schwierigkeiten, die sich aus den nationalen Verhältnissen im Königreich Böhmen ergeben, durch eine Teilung der öffentlichen Verwaltung und durch ein Zugeständnis an die Forderung der nationalen Selbstverwaltung soweit zu begegnen, als dies bei der gegebenen Lage ohne tiefere Eingriffe in den verfassungsmäßigen Aufbau der Verwaltung möglich ist. (Beifall links.) Der Gedanke einer derartigen Anpassung der Verwaltung an die nationale Struktur der Bevölkerung an sich ist nicht neu, er ist in der Debatte vielfach und eingehend erörtert worden und hat wiederholt den Ausgangspunkt von Verhandlungen gebildet, die der Anbahnung des nationalen Aufstieges in Böhmen gewidmet waren. Diesen Verhandlungen ist auch ein, allerdings bisher nicht abschließender Erfolg insofern beizumessen, als die nationale Scheidung in Böhmen auf zwei wichtigen Gebieten der öffentlichen Verwaltung, auf dem Gebiete des Schulwesens und auf dem Gebiete der Landeskultur (Sehr richtig, links), auf Grund der Ausgleichspunktionen vom Jahre 1890 seit nahezu drei Jahrzehnten zu einer bewährten Tatsache geworden ist. (Sehr richtig, links. — Zwischenrufe.) Auch die nationale Abgrenzung der Siedlungsgebiete beider Volksstämme, auf der die Kreisverordnung vom 19. Mai 1918 und mit ihr das neue Statut der Landesverwaltungscommission fußt, ist keine willkürliche Konstruktion der Regierung; sie folgt im wesentlichen der Einteilung der nationalen Wahlbezirke der Reichsratswahlordnung (Sehr richtig, links), die sich als ein, unter der Mitwirkung aller Parteien erreichtes Ergebnis schwierigster Kompromißverhandlungen darstellt.

Abg. Tufar: Exzellenz, Sie stellen sich damit auf die Seite der deutschen Parteien!

Minister des Innern Dr. R. v. Gayer: Nein, das sind Kompromißverhandlungen. Wollte die Regierung an die nach ihrer vollsten Ueberzeugung nicht zu vermeidende, sowohl der Forderung objektiver nationaler Gerechtigkeit, als auch der Forderung nach einer zweckmäßigen Reform der praktischen Verwaltung entsprechende Ausgestaltung der Landesverwaltungscommission hervortreten, so müßte sie sich entschließen, selbständig den Weg zu beschreiten, der nicht nur in der Richtung der Entwicklung des Ausgleichsproblems in Böhmen liegt, sondern auch der modernen Auffassung (Zustimmung links) über die Grundlagen der staatlichen Zusammenfassung der Völker Rechnung trägt. (Zwischenrufe.) In formaler Hinsicht möchte ich mir zu bemerken erlauben, daß es sich bei der Umbildung der Landesverwaltungscommission nur darum handeln könnte, eine Konstruktion zu finden, die eine nach den nationalen Siedlungsverhältnissen gesonderte Versorgung eines beschränkten Kreises autonomer Verwaltungsgeschäfte durch konnationale Organe der sachlich daran allein interessierten Bevölkerungsgruppen zuläßt. Nicht ein neues Organ zur Ersetzung der fehlenden Landesvertretung des Königreiches Böhmen sollte geschaffen werden, es sollte vielmehr lediglich die durch das Allerhöchste Patent vom 26. Juli 1918 zur Vertretung des Landesauschusses berufene Kommission eine zweckmäßigere Einrichtung im Rahmen des ihr zugewiesenen Wirkungskreises erhalten.

Die Regierung ist nicht in der Lage, den Widerruf einer Reform in Aussicht zu stellen, die nach ihrer Anschauung sachlich geboten war und ihre formelle Begründung in den Bestimmungen des Patentes vom 26. Juli 1918 findet. (Beifall und Handklatschen links. — Zwischenrufe.)

Abg. Dr. Leo Winter erklärt, in einem Augenblick, wo die ganze Welt mit Spannung auf die Antwort Wilsons warte, werde im österreichischen Abgeordnetenhause eine Debatte über innerpolitische Angelegenheiten geführt. Die Erklärungen der Regierung und der deutschen Parteien kommen zu einer Zeit, wo die übrigen Nationen erklären haben, daß sie ihre nationalen Fragen nicht mehr als Fragen der inneren Politik behandeln wollen. Oesterreich hätte schon vor Jahren einen Weg zur Umformung gefunden, wenn die demokratischen Kräfte imstande gewesen wären, durchzubringen; das war aber durch den § 14 unmöglich. Das Herrenhaus stand der Entwicklung entgegen. Auch im deutschen Volke schlummern demokratische Kräfte. Sie sind ersticht unter dem Druck der engherzigen Wahlgesetze. Heute kämen die Erklärungen des Ministers zu spät. Wozu steht die Regierung heute noch da, da sie die Notwendigkeit der Errichtung nationaler Sondergerichte zugibt?

Abg. Arans will die riken Verhältnisse Deutschböhmens auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung kennzeichnen. Er bringt eine an ihn gelangte Entschlieung der Bezirksvertretung in Daiba zur Kenntnis, welche sich als ein Nottschrei der ganzen deutschböhmenischen Bevölkerung darstelle. Vom März bis zum September sei der Bevölkerung kein Mehl verabreicht worden, vom Mai bis zum September nur ein halbes Brot. Die Kartoffelarten seien bis heute nicht eingelöst und ebenso ungünstig sei die Verteilung von Butter und Fett. Die ganze deutschböhmenische Bevölkerung empfinde es schmerzhaft, daß ihr trotz aller Opfer eine solche Behandlung zuteil werde, und fordert schnelle und ausgiebige Hilfe. Redner verweist sodann darauf, daß seitens der Prager Stadthalterei ein viel geringeres Kohlenquantum zur Ausgabe gelange, als nach den jüngsten Erklärungen des Ministers für öffentliche Arbeiten auf Böhmen entfallt. Eine Reihe von Städten seines Wahlbezirk habe vom 15. Mai bis zum 15. September bloß einen oder zwei Waggons erhalten. Die Stadtgemeinde Böhmisch-Weiß, die auf 42 Waggons Anspruch gehabt habe, habe im Laufe von vier Monaten einen einzigen Waggon erhalten. Redner verlangt, daß das Ministerium für öffentliche Arbeiten energisch einschreite. Zur Frage der Vederzuweisung bemerkt Redner, daß die vom Kriegsministerium für den Zivilbedarf freigegebenen Mengen durchaus unzureichend seien.

Hinsichtlich des Standes der Lebensmittelversorgung Deutschböhmens verweist Redner auf die von seiner Partei bereits früher eingebrachten dringlichen Anfragen, die aber von der Zensur beschlagnahmt wurden. Im Juli wäre es vielleicht noch möglich gewesen, die tschechischen Landwirte an ihre Ablieferungspläne zu erinnern. Das ist aber nicht geschehen. Gewiß ist die landwirtschaftliche Produktion durch die Verhältnisse, die der Krieg bedingt, zurückgegangen. Aber es ist eine merkwürdige Erscheinung, daß die Ablieferungspläne im tschechischen Gebiete einen viel größeren Rückgang erfahren haben als im deutschen. Von den 16 Bezirken in Böhmen, die im Jahre 1917 mehr Weizen abgeliefert haben als im Jahre 1915, waren 6 deutsche, 7 gemischtsprachige und 3 tschechische. Eine Unterlieferung bis 20 Prozent weisen 8 deutsche, 4 gemischtsprachige und 4 tschechische Bezirke auf, eine Unterlieferung von 21 bis 30 Prozent haben 8 deutsche, 2 gemischtsprachige und 2 tschechische Bezirke, an einer Unterlieferung von 31 bis 40 Prozent waren 11 deutsche, 9 tschechische und 3 gemischtsprachige Bezirke beteiligt, 41 bis 50 Prozent haben weniger geliefert 12 tschechische, 4 gemischtsprachige und 2 deutsche, an der Minderlieferung von mehr als 50 Prozent nehmen 23 tschechische Bezirke gegenüber 1 gemischtsprachigen und 2 deutschen Bezirken teil, von den letzteren übrigens ein hochgelegener Erzgebirgsbezirk. In diesen dreiundzwanzig Bezirken gehören die Bezirke Nymburg und Pardubitz, während Melnik eine Unterlieferung von 56 Prozent, Randbitz eine solche von 57 Prozent, Beneschau eine solche von 65 Prozent, Pilsen von 66 Prozent, Pribram von 70 Prozent und Selcan von 77 Prozent aufzuweisen haben. Während die deutschen Bezirke Soos und Brüx eine Minderlieferung von 12 Prozent, bezw. 33 Prozent hatten, weisen die benachbarten tschechischen Bezirke Dahn und Schlan eine solche von 42 Prozent, bezw. 67 Prozent auf. Der Bezirk Leitmeritz hat eine Unterlieferung von 31 Prozent, während der gleich gestaltere Bezirk Raubitz eine solche von 57 Prozent besitzt. (Hört! Hört! Rufe bei den Deutschradikalen.) Im ganzen haben die tschechischen Bezirke im Jahre 1917 um 40 Prozent, die deutschen bloß um 29 Prozent weniger Weizen abgeliefert als im Jahre 1915. Die tschechischen Bezirke haben nicht umsonst seit Jahr und Tag den Hungerkrieg gegen die Deutschböhmen entfesselt, sie haben vom ersten Tage an gemußt, was sie mit der Unterlieferung bezwecken. Im Jahre 1916 war Deutschböhmen noch in der Lage, seine Bevölkerung durch die eigene Ernte mit Lebensmitteln zu versorgen. Das hat sich aber im Laufe des Jahres 1917 wesentlich verschlechtert und ist im Jahre 1918 nahezu unmöglich geworden, weil aus deutschen Bezirken Getreide in das tschechische Gebiet abgehoben wurde. Die Regierung wurde wiederholt auf die Folgen aufmerksam gemacht, die aus der Unterernährung der deutschböhmenischen Bevölkerung entstehen müssen. Aber wenn Anordnungen der deutschen Städte und Bezirke nach Prag kamen, wurde ihnen gesagt, gegen die passive Resistenz eines ganzen Volkes sei die Staatshalterei machtlos.

Die tschechischen Beamten in Prag arbeiten nach einem System, das ihnen vom tschechischen Nationalrate vorgeschrieben wurde, nach einem bestimmten Ausschungerungsplan. Deutschböhmen gegenüber, wie er tschechischer nicht mehr sein kann. Da glauben die Tschechen, sie können Deutschböhmen in den tschechischen Staat pressen. Aber die Deutschen in Böhmen haben nicht vergessen, wie sich die Tschechen an ihren Frauen und an der heranwachsenden deutschen Generation verhalten haben. Jeder derartige Versuch der Tschechen wird den rücksichtslosesten Widerstand aller Deutschböhmen finden. Das deutsche Volk in Böhmen mit seiner Kultur wird sich nicht vergeblich lassen. (Lebhafter Beifall und Heilrufe bei den Deutschradikalen.)

Abg. Dr. Benkovic ergeht sich in heftigen Anklagen über die österreichische Wirtschaft und schließt mit den Worten: Die Erlolge, die Präsident Wilson erntet, sind die größten Triumphe der Demokratie und mit diesen Erfolgen ist auch die heilige Sache des dreieinigen jugoslawischen Volkes verknüpft.

Abg. Ganser führte aus, es hätte manches Ereignis in Oesterreich eine andere Wendung genommen, als es tatsächlich der Fall war, wenn die oppositionellen Parteien hätten zur Geltung gelangen können. Zu Beginn des Krieges ist man aber über die Volksmeinung vollständig hinweggegangen, und wenn auf slawischer Seite behauptet wird, man habe die slawischen

Völker bei Kriegsbeginn nicht befragt, so müsse demgegenüber gesagt werden, daß man in Oesterreich überhaupt niemanden gefragt hat. Heute ruht scheinbar eine schwere Verantwortung auf dem deutschen Volke in Oesterreich, weil man bei uns, namentlich auf slawischer Seite, seit jeher immer das deutsche Volk und die österreichische Regierung verwechselt hat. In keinem Staate auf Erden ist die Regierung so volksfremd geblieben wie in Oesterreich. Ein Staatsbürger findet seitens der Regierung die Unterstützung, für welche sie da ist. Man steht immer nur ein Widerstreben gegen die Bedürfnisse der Bevölkerung. Wir werden nicht ruhen, bis es gelungen sein wird, eine demokratische Grundlage herzustellen, welche die Basis der Friedensverhandlungen wird sein müssen und auf der wir Deutsch in Oesterreich imstande sein werden, mit den slawischen Völkern in Verhandlungen einzutreten. Wir müssen eine provisorische Verfassung ausarbeiten und dann mögen die Verhandlungen so bald als möglich eröffnet werden, damit die Hauptgrundlage für die Durchführung des hoffentlich nahen Friedens gegeben ist. Wir werden allen Völkern der Erde den besten Dienst erwiesen haben, wenn wir trachten, dieses Ziel möglichst bald zu erreichen. (Bravo! Bravo!)

Abg. Anton Reme: Die ganze Welt bewegt die Friedensfrage. Unterdessen werden hier Interpellationen in Form von Regierungserklärungen beantwortet, die beweisen, daß unsere Regierung absolut nicht weiß, was in der Welt geschieht, was die Völker am bringendsten brauchen und was die einzige Rettung dieses Staates sein kann. Redner habe Interpellationen über das Verhalten der militärischen Betriebsleiter in Böhmen gegenüber den Arbeitern eingebracht. Diese militärischen Leiter betrachten sich rein als Anwälte der Kapitalisten. Redner wendet sich gegen die Behauptung des Landesverteidigungsministers, daß die Einrichtung der Armee eine demokratische sei. Er verweist demgegenüber auf die Soldatenmishandlungen und auf das Vorgehen der Militärjustiz. Die politisierenden Generale haben versagt, ebenso hat die Bureaucratie, die in den oberen Schichten vollkommen deutsch ist, während des Krieges vollständig versagt. Während die Arbeiter draußen bluteten und ihre Kinder hier darben, haben die Kapitalisten enorme Gewinne gemacht, der Schleichhandel wurde gefördert, durch die Noteninflation das Geld entwertet, alle Lebensbedürfnisse haben Preise erreicht, die es dem gemeinen Manne unmöglich machen, sie zu erwerben. Während bei Unruhen im Reichenberg oder Salzburg mit der Feuerprobe vorgegangen wurde, wurde in böhmischen Städten auf Kinder geschossen. Redner bespricht sodann eingehend die Ernährungsverhältnisse in Böhmen, speziell in Prag, protestiert gegen die Behandlung tschechischer Arbeiter bei den Daimler-Werken durch die Militärverwaltung und die zwangsweise Anhaltung von Lehrlingen zu religiösen Übungen.

Abg. Wohlmeier verweist auf seine in der vorgestrigen Sitzung eingebrachte Anfrage über die innere Politik und die Ernährungsfrage.

Die Verhandlung wird abgebrochen. Abg. Fürst Lubomirski stellt in einer tatsächlichen Berichtigung gegenüber dem Abgeordneten Dazhynski fest, daß die konservative Gruppe des Polenklubs von Anfang an an dem Programm festhalte, welches lautet: Vereinigung der polnischen Nation, das heißt aller polnischen Gebiete, in denen das polnische Element auf historischer und kultureller Grundlage eine dominierende Stellung einnimmt, zu einem unabhängigen Staate, ferner Wiedergutmachung des durch den Gewaltakt der Teilung Polens an dem polnischen Volke begangenen Unrechtes.

Nächste Sitzung heute 11 Uhr vormittags mit der Fortsetzung der gestrigen Tagesordnung.

Schluss der Sitzung viertel 6 Uhr.

Reichspost.

das Tagblatt für das christliche Volk Oesterreich-Ungarns.

Bezugspreise:
 per täglich zweimaliger Zustellung
 für Wien:
 monatlich K 8.90
 vierteljährlich 11.50
 halbjährlich 22.—
 für Oesterreich-Ungarn:
 monatlich K 6.00
 vierteljährlich 12.50
 halbjährlich 27.—
 Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorherigen Tages) für auswärts:
 monatlich K 8.90
 vierteljährlich 11.50
 halbjährlich 22.—
 für Deutschland:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 16.—
 und durch die Postämter laut dort aufsteuender Postzetteliste.
 Länder des Weltpostvereines:
 vierteljährlich Kreuzbandsendung K 22.—
 und durch die Postämter laut dort aufsteuender Postzetteliste.

Wien, Freitag den 13. Oktober 1916

XXIII. Jahrgang

Itzschlacht unerschütterliches alten unserer Front.

ent im Maros-Abschnitt zum Weichen gebracht.
 als von Franzosen und Engländern beschlagnahmt.

regiments Nr. 76 bei Gailly stürmte der Feind
 sechs mal an. Alle Anstrengungen
 waren ergebnislos. Unsere Stellungen
 sind restlos behauptet.

Südlich der Somme ging der Kampf
 zwischen Genermont und Chaulnes weiter.
 Mehrfache französische Angriffe
 wurden abgeschlagen. Die heiß-
 umstrittene Zuckerrübenfabrik von Genermont ist in
 unserem Besitz. Im Dorfe Ablaincourt ent-
 spannen sich erbitterte Häuser-

Neutöner am Werke sahen, aus dem Herzen geredet.
 Und vermutlich nicht nur den Deutschen Oesterreichs;
 der Formel, die bestimmt ist, dem deutschösterreichischen
 Parteileben auf absehbare Zeit die Entwicklung zu weisen,
 ihm Inhalt und Klarheit zu geben, eine reinliche Scheidung
 vorzunehmen zwischen Weizen und Unkraut, fehlt nicht die
 beispielgebende Kraft, auch bei den übrigen Völkern
 Oesterreichs zu werden. In dem von den Christlich-
 sozialen vorangetragenem Zeichen wäre auf lange hinaus
 ein Zusammenwirken aller wahrhaftigen Volksparteien
 möglich. Bekämpfung der Korruption im weitesten Sinne
 des Wortes und der großkapitalistischen Ausschreitungen
 — an einem solchen Arbeitsprogramm könnte der
 österreichische Parlamentarismus, wenn man den
 Glauben an seine Auferstehung zu neuem Leben behalten
 will, allensfalls noch gemessen.

Die Beratung der Christlichsozialen Führer, in welcher
 Inhalt und Zweck eines Zusammengehens mit den andern
 deutschen Parteien bestimmt wurden, galt denn auch zu-
 nächst der Frage, die seit einiger Zeit die öffentliche Er-
 örterung beherrscht, der Parlamentsseinberufung. Ueber
 die grundsätzliche Stellungnahme der Christlichsozialen in
 dieser Sache kann und konnte niemals ein Zweifel bestehen,
 ihr Standpunkt ergibt sich aus dem ganzen Wesen und
 aus der ganzen Geschichte der Partei als eine Selbstverständ-
 lichkeit. Der Verteidigung des Parlaments gegen seine mut-
 willigen Zerstörer haben die Christlichsozialen, oft genug
 unter Verzicht auf den augenblicklichen eigenen Partei-
 vorteil, ihre Hauptanstrengungen in den verflochtenen
 zwei Jahrzehnten gewidmet. Die nämliche Demagogie,
 welche den Völkern Oesterreichs die parlamentarische
 Vertretung zertrümmert hat, war zugleich die
 politische Gegnerschaft der christlichsozialen Volkspartei.
 Dem Drachen, mit dem diese seit ihrem Bestande zu
 ringen hatte, das politische Vizitandospiegel eines frupel-
 losen Radikalismus, fiel auch der österreichische
 Parlamentarismus zum Opfer, und gar viele, die heute
 auf den Trümmern der Verfassung Krokodilstränen
 weinen, betätigten sich vor dem Kriege beim Demolieren
 als Vorarbeiter. Schmerzhafter als die Christlich-
 sozialen, so wenig sie vor der Zwangslage die
 Augen verschlossen, empfand wohl kaum eine
 andere Partei in diesen weltgeschichtlichen Jahren das
 Fehlen der Tribüne, auf der die Entschlossenheit ihrer
 Wählerschaft, alles einzusetzen für die Verteidigung des
 überfallenen Vaterlandes, hätte aller Welt verdolmetscht
 werden können; keine empfand schmerzlicher als gerade
 die christlichsoziale Volkspartei das Fehlen der ver-
 fassungsmäßigen Voraussetzung, um die ganze Partei-
 kraft in den Dienst des einen großen Zieles zu stellen,
 dem alle anderen Bestrebungen unterzuordnen
 sind: der siegreichen Beendigung unseres Ver-
 teidigungskrieges; keiner Partei ward es bitterer,
 bei der Organisierung des Durchhaltens
 im Hinterlande nur den stummen Zuschauer spielen zu
 dürfen, statt mitzuwirken, zu raten und zu rügen und
 die so notwendige parlamentarische Kontrolle über die
 Bureaucratie auszuüben; schweigen zu müssen, wo die
 täglichen Ereignisse im Wirtschaftsleben so reichlichen
 Stoff zu reden gaben und wo das Reden allein schon
 durch seine befreiende Wirkung die Lage erleichtern,
 das Vertrauen der Bevölkerung heben, Gespenster
 der Verärgerung verschrecken konnte. Es ist
 nicht Viehhaberei für graue Theorie, wenn

Gegen Korruption und groß- kapitalistische Ausschreitungen.

Wien, am 12. Oktober.

Dem wiedererwachten Betätigungsdrange der
 deutschen Parteien Oesterreichs ist ein Wegweiser in die
 Erde gesteckt worden. Das unsichere Hin- und Hertappen
 der vielen Pfadsucher, die sich von Irrlichtern bald in
 dieses unwegsame Dickicht, bald in jenen grundlosen
 Sumpf locken ließen, hat ein Ende; die Geschäftigkeit
 der vielen Macher, die so gern im Trüben fischen, die
 Umtullichkeit jener Beunruhigten, die in Vorausahnung
 kommender Gewitter jetzt schon an den Hügeln und
 Gängen Wetterkanonen und Abwehrmörser bereitstellen,
 die nervöse Hastlosigkeit der Unkrautsäer und Blendwert-
 fabrikanten haben ihren Meister gefunden. Das erlösende
 Wort ist gerade zur rechten Zeit gesprochen worden, das
 Wort, auf das die Bevölkerung gewartet hat. Der
 Vorstand der Christlichsozialen Vereinigung deutscher
 Abgeordneter hat es gesprochen. Er hat ein Zusammen-
 gehen mit den übrigen deutschen Parteien in nation-
 alen und wirtschaftlichen Fragen, „insbesondere hinsichtlich
 der Bekämpfung der auf den verschiedensten Gebieten
 die breiten Volksschichten schädigenden Korruption und der
 großkapitalistischen Ausschreitungen“ in einer parteiamt-
 lichen Aussendung für notwendig erklärt. Das ist den
 Deutschösterreichern, die seit Monaten mit instinktivem
 Mißtrauen zahlreiche politische Gränder, Umformer und

Die Gegner der Volksvertretung.

Von

Emil Ludwig,

Berichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

* Wien, 12. Oktober.

Die Oesterreicher nennen die parlamentslose Regierung, unter der sie seit zwei und einem halben Jahre leiden, den „ex-legis Zustand“, eine Bildung, die sich grammatisch auch vom wildesten Anarchisten nicht halten ließe, dessen Ohr sich an dem gassenhaften Bedenkling der beiden Worte weidet. So sehr die meisten Faktoren sich bestrebt zeigen, diesen Ausnahmezustand zu beendigen, so unwahrscheinlich ist doch noch heute der Zusammentritt der beiden Häuser, und ungewiß ist aufs neue selbst der Zusammentritt der Delegationen geworden. In der Ablehnung begegnen sich, sehr sonderbar übereinstimmend, die äußersten Gegenspieler des Parlamentes — und nur diese: die Deutschradikalen eifern ebenso gegen die Einberufung wie die tschechischen Nationalisten, ihre ärgsten Feinde. Beide sind mit der Zurückhaltung der Regierung vollkommen einverstanden, und wenn sie auch ihre Haltung verschiedenen argumentieren, so dürften sich doch beide auf Versprechungen stützen, die ihnen die Regierung gemacht haben wird.

Damit ist keinesfalls eine Doppelzüngigkeit statuiert. Viel mehr scheint die Regierung entschlossen, den alten Streit zwischen ihren beiden gegnerischsten Völkern, den tschechisch-deutschen Sprach-, Schul- und Verwaltungstreit, an dem das Parlament in impotenter Negation seit zwanzig Jahren vergebens bastelt, auf einem anderen Wege ein für allemal durch einen Ausgleich zu entscheiden, den sie mit den Gegnern vorher besprochen haben muß. Einen solchen absoluten Schritt zu wagen, ist aber nach Ansicht der Regierung noch nicht der Augenblick gekommen, sie will ihn offenbar bis zur beginnenden Rückkehr ihrer Kämpfer in die Heimat verschieben. Darum ist, neben jenen extremsten Parteien, im Herzen auch die Regierung gegen die Einberufung, so loyal sie sich zu den Antragstellern über deren Notwendigkeit auch äußern mag.

Nicht darum allein. Personalien, weit mehr noch als bei uns, geben dem ganzen Streite die Gewichte und dürften auch seinen Ausgang bestimmen, der eben deshalb, vor Klärung dieser personalen Fragen nicht vorausgesagt werden kann. Vorwände, um die Berufung zu hindern, gibt es genug. Unter „Bürgschaften“, wie sie für einen ruhigen Verlauf jetzt von allen Parteien gesucht werden, läßt sich manches verstehen, und wer nichts leihen will, kann jede Bürgschaft als zu gering bezeichnen. Die Autorisation der alten, im November 1913 für ein Jahr gewählten Delegierten ist zwar von Oesterreichs ersten Staatsrechtlern als formell möglich anerkannt, doch von den Gegnern der Volksvertretung als verfassungswidrig abgelehnt worden. Die Zahl der Ersatzmänner, die für verhinderte Delegierte eintreten sollen, ist nicht nur halb so groß, wie die Zahl der Delegierten, sie ist auch nach Ländern nicht gleichmäßig verteilt, so daß Böhmen für zehn Delegierte nur zwei Ersatzmänner besitzt. Schließlich wird die Aktionsfähigkeit gewisser Delegierten bestritten, obwohl § 16 des Grundgesetzes über die Reichsvertretung nach § 23 des Ausgleichsgesetzes auch für die Delegationen gilt und deshalb auch für diese verlangt, daß ein Verhaft oder eine Verfolgung auf Beschluß des Hauses für die ganze Sitzungsperiode aufgeschoben werden muß — eine Freiheit, die aber, gegenwärtig angewendet, zur Absurdität führen müßte. Und am Ende könnte der ganzen Bewegung sogar die Pointe abgebrochen werden: die Öffentlichkeit der bevorstehenden Verhandlungen könnte leiden, da die hiesige Zensur selbst den Abdruck alter Reichsratsreden zuweilen verbieten konnte.

Ein solches Netz von Zweifeln, Einwänden und Forderungen wird von allen Seiten her über den natürlichen und fast allgemeinen Ruf nach freier Aussprache geworfen und sucht ihn zu erschüttern. Die Abgeordneten des Reichsrates werden sich am 22. in einem Gutachten möglicherweise für die Einberufung erklären. Das Herrenhaus, der alte Senat, dem hier der Ruhm gebührt, unmittelbar neben den Sozialisten die Berufung der Volksvertretung zuerst gefordert zu haben, hat in der letzten Beschlusfassung seiner sämtlichen Gruppen leider der Regierung gleich die Alternative gestellt, Reichsrat oder Delegationen zu berufen. Sie wollten, hieß es, „die Voraussetzungen zur Tagung des Parlamentes schaffen, die Delegationen aber bitten und müssen unverzüglich zusammentreten“. In dieser Fassung zeigte sich die ganze Ohnmacht eines stark irritierten Verfassungsempfindens, und gerade von diesen Männern, die die stolzesten Familien Oesterreichs repräsentieren, berührte ein so bescheidener Ruf nach Rückkehr zur Verfassung jeden Oesterreicher kummervoll.

Denn, da die Berufung des Plenums wieder in die Ferne gerückt erscheint — welches Entscheidende könnte denn diese alte Delegation beschließen, wenn sie kommt? Nur für das Äußere, das Heer und die gemeinsamen Finanzen wäre sie beschlußfähig, aber diese letzten sind wenig strittig und rasch abgetan, das Heer, das heißt das Oberkommando, kann doch kaum entscheidend kritisiert werden, und das Äußere ist von Personenfragen abhängig. Die wahrhaft brennenden Fragen, die der inneren österreichischen Politik, könnten nur die beiden Häuser des Parlamentes verhandeln.

Eine Weise herrschten in Rom die Triumvirn, doch als Antonius und Octavian sich einigten, fiel Lepidus.

Die Forderung nach Lösung der römischen Frage.

P. Sinthern S. J. über die wesentlichen kirchlichen Forderungen zur Lösung.

(Drahtbericht des Korrespondenten der „Reichspost“.)

Zürich, 14. Oktober

Jesuitenpater Peter Sinthern veröffentlicht in den „Neuen Zürcher Nachrichten“ einen umfangreichen Aufsatz zur Lösung der römischen Frage, wobei er untersucht: 1. Wie muß die Lage des Papstes sein. 2. Wie ist die Lage des Papstes in Wirklichkeit und 3. Gedanken zur Lösung der römischen Frage anschließt. Er fordert die Lösung der Frage im Interesse der Freiheit der Kirche, im Interesse der Glaubens- und Gewissensfreiheit von 270 Millionen Katholiken, im Interesse aller Staaten. Die ganzen Verhältnisse Europas, schreibt er, müssen nach dem Krieg neu geordnet, neue Grundlagen für einen menschenwürdigen Verkehr der Völker untereinander müssen gelegt werden. Ein wesentlicher Bestandteil dieser Grundlage ist der freie Papst, der nicht nur frei ist, sondern auch vor aller Augen klar als frei erscheint, dessen Freiheit nicht in die Hand irgend eines Staates gegeben ist und vom guten oder schlechten Willen der Staatsmänner, eines Parlamentes und von Parteien abhängt, sondern in festen materiellen Grundlagen verankert ist. Und zu dieser Grundlage gehört vor allem nicht nur die scheinbare, sondern die wirkliche weltliche Souveränität. Es ist der Augenblick gekommen, altes Unrecht endlich wieder gut zu machen, zum Heile der Kirche, zur Beruhigung von 270 Millionen Katholiken, zur Beruhigung aller anderen Staaten, die das Papsttum in den Händen des italienischen Staates nie und nimmer dulden können, und zum wahren Wohle Italiens, das nur neben einem wahrhaft freien Papste gedeihen und sich ruhig entwickeln kann. Soll die Lösung gefunden werden, sagt Sinthern weiter, so müssen Papst und der italienische Staat auf derselben Linie zusammenkommen. Daß der Papst entgegenkommt, ist kein Zweifel, die Reihe des Entgegenkommens ist nun an Italien. Der Papst und die Katholiken der ganzen Welt haben ein Recht, von Italien zu fordern, daß es endlich einlenkt. Dem italienisch-nationalen Standpunkt kann es doch nicht gleichgültig sein, mit der inneren Entfremdung und Abneigung von 270 Millionen Katholiken zu rechnen. Die Lösung der römischen Frage muß eine wirkliche, nicht bloß scheinbare sein. Jene volle Freiheit und Unabhängigkeit des Papstes in der Verwaltung des Amtes, deren Abgang wir bis jetzt beklagen, hebt Sinthern hervor, muß durch die getroffenen Vereinbarungen wirklich gewährleistet sein, abgesehen, daß die Rechte des Heiligen Stuhles auf volle Freiheit und Unabhängigkeit unverjährbar sind, weil sie auf göttlicher Anordnung beruhen. Abgesehen davon, daß es thörichte Geschmacklosigkeit ist, wenn ein kleiner Staat sich in die inneren Angelegenheiten und in Beziehungen von Haupt und Gliedern einer mehr als anderthalbtausendjährigen, noch heute über ganze Erde verbreiteten jugendfrischen Gesellschaft von 270 Millionen Menschen einmischen will, dürfen wir nie den Umstand vergessen, daß der Papst auf seine tausendjährigen Rechte niemals verzichtet hat, weder auf seine politischen Rechte als weltlicher Fürst und Herr des Kirchenstaates, noch auf seine Rechte als Herr des Patrimoniums Petri, d. h. jener ausgedehnten Ländereien, welche der Heilige Stuhl in Italien schon lange besaß, als er noch keine Landeshoheit ausübte. Seit 1870 hängt die politische und materielle Unabhängigkeit des Papstes in der Luft. An Stelle der alten vielhundertjährigen Stütze ist keine neue getreten. Der päpstliche Protest, der 1870 unmittelbar einsetzte, kann vernünftigerweise nicht als dauernder Ersatz für diese Stütze betrachtet werden, wenn er auch bis jetzt einigermaßen dazu beigetragen hat, den Papst vor dem Verdachte einer Abhängigkeit von der italienischen Regierung zu bewahren. Für die materielle Schädigung des Heiligen Stuhles für die Hinwegnahme jener uralten Besitzungen der römischen Kirche, welche seit Konstantin und seiner Nachfolger Zeiten das heilige Erbe der Päpste waren, ist überhaupt noch gar kein Ersatz geschaffen. Der Heilige Stuhl kann einen formellen oder auch nur stillschweigenden Verzicht auf seine alten Rechte sicher nur dann und nur soweit aussprechen, wann und soweit ihm in, die Lösung der römischen Frage bringenden neuen Rechten im wesentlichen ein

15/X. 1916

Parlament und auswärtige Politik.

Von Ladislaus Freiherrn von Sengelmlüller, Wirkl. Geh. Rath, k. u. k. Botschafter a. D., Mitglied des Magnatenhauses.

Der gegenwärtige Weltkrieg hat viele Ueberraschungen und Lehren gezeitigt. Eine seiner auffallendsten Erscheinungen ist, daß er ausgebrochen ist, ohne daß welche Volksvertretung immer zu einem Ausbruch hätte Stellung nehmen können. Seit einem Jahrhundert stehen die europäischen Staaten im Zeichen der Entwicklung des parlamentarischen Regierungssystems. In allen Ländern ist das Recht des Volkes auf die Kontrolle der Regierungsmacht und auf eine Theilnahme an ihr ins Leben getreten und hat sich, wenn auch nicht in gleichem Maßstabe, entwickelt. Politische Parteien und gesellschaftliche Schichten nahmen überall leidenschaftlichen Antheil an dem öffentlichen Leben, bekämpften einander und die Regierungen leidenschaftlich wegen Fragen, die, so hoch wir sie auch einschätzen mögen, an Bedeutung doch unendlich weit gegen die der Entscheidung über Frieden oder Krieg zurückstehen. Plötzlich haben sich dann die Landtage, Parlamente, Kammern usw. ohne ihr Singsithum vor einer Lage gefunden, in der sie nur zwischen dem Krieg oder einem mit der Erniedrigung ihrer Nation gleichbedeutenden Rückzug zu wählen hatten.

Von selbst wirft sich also die Frage auf, warum dies so geschah, ob es denn unbedingt so hat kommen müssen und ob diese Ausschließung der Volksvertretung von Regierungsentscheidungen von so schicksalsschweren Folgen in der Natur der Dinge begründet ist. Hieran reißen sich dann die weiteren Fragen, welche Wirkung der Einfluß der Volksvertretung auf die Möglichkeiten der Kriegserklärung haben würde, ob hiedurch die Kriege verhindert oder aufgehalten würden; wenn ja, wie sich solches für die Zukunft sichern ließe, und wenn nicht, ob dieser Bankrott des parlamentarischen Systems unheilbar ist.

Die Frage bezüglich des Ausschlusses der gesetzgeberischen Gewalt läßt sich ziemlich leicht beantworten. Es ist klar, daß hier von einer

inneren Nothwendigkeit nicht die Rede sein kann, denn es läßt sich leicht eine Verfügung denken und auch durchführen, die das Recht zur Kriegserklärung dem Wirkungskreis der Volksvertretung zuweist oder zumindest von deren Einwilligung abhängig macht. Thatsächlich steht in den Vereinigten Staaten von Nordamerika das Recht zur Kriegserklärung nicht dem Präsidenten der Republik, sondern dem Kongreß zu.

Indessen berührt diese Antwort nicht den Kern der Frage. Der Schwerpunkt der Entscheidung liegt nicht in der formellen Kriegserklärung, sondern in den Regierungsmaßnahmen, die sie vorbereiten. Wenn einmal der Zusammenstoß mit einem fremden Staat erfolgt ist und zwischen der Durchführung des von der Regierung eingenommenen Standpunktes oder dessen Aufgeben gewählt werden muß, wird die Volksvertretung kaum zögern. Ein eindrucksvolles Beispiel hierfür liefert das Verhalten des Kongresses von Nordamerika gelegentlich des vom Präsidenten Cleveland im Jahre 1895 aufgeworfenen Venezuela-Konfliktes. Die Frage der Grenze zwischen Venezuela und Britisch-Guyana rührte an kein einziges Lebensinteresse der Union, sondern war im Gegentheil dem großen Publikum ziemlich gleichgültig. Das Land war in keiner Weise auf einen Krieg mit England vorbereitet, aber sobald der Präsident die Kriegsfrage aufgeworfen hatte, stellte sich der Kongreß sofort hinter ihn. Und Cleveland war kein Jingo, er ließ sich nur von seiner rechtlichen Ueberzeugung leiten. Es läßt sich leicht denken, was im vorigen Jahre geschehen wäre, wenn nicht Mr. Wilson, sondern ein kriegerischer oder ein Jingo-Präsident im Weißen Hause gesessen wäre und in der Frage des Unterseebootkrieges an Deutschland ein Ultimatum gerichtet hätte, dessen Annahme ohne tiefste Demüthigung unmöglich gewesen wäre. Der Kongreß wäre dem Präsidenten gefolgt, ob er sein Vorgehen gebilligt hätte oder nicht.

Zur Wirklichkeit könnte der Einfluß der Volksvertretung auf die Führung der auswärtigen Politik nur werden, wenn er nicht nur nachträglich, sondern auch im Vorhinein geübt werden könnte. Der Unterschied zwischen dem Einfluß, der sich in dieser Hinsicht auf die innere und die äußere Politik ausüben läßt, springt in die Augen. Ein Gesetz kann nur von der gesetzgeberischen Körperschaft, die das Volk vertritt, geschaffen werden; andere ihr mißliebige innerpolitische Regierungsmaßnahmen kann sie nachher, eventuell indem sie die Regierung stürzt, außer Kraft setzen. Anders steht die Sache auf außenpolitischem Gebiete, wo sich an bereits

durchgeführten Aktionen und deren Folgen gar wenig ändern läßt, auch wenn man die Regierung hinterher zur Verantwortung zieht, gegebenenfalls auch stürzt. Die jüngste Geschichte der auswärtigen Politik unserer Monarchie liefert in dieser Hinsicht ein treffendes Beispiel. Die wichtigsten drei außenpolitischen Geschehnisse des letzten Jahrzehnts waren die Annexion, unsere Stellungnahme auf der Londoner Konferenz und das Ultimatum. Es kann nicht meine Aufgabe sein, mich mit diesen Entschlüssen der Leitung unserer auswärtigen Politik an dieser Stelle und bei dieser Gelegenheit meritorisch zu befassen. Ich will hier nur hervorheben, daß die Folgen dieser Aktionen auch in dem Falle aufrecht geblieben wären, wenn die Delegationen, die bekanntlich die Annexion und die Stellungnahme in London nachträglich billigend zur Kenntniß nahmen, sie hinterher noch so entschieden verurtheilt hätten, ganz abgesehen davon, daß ein solches Desvouement einer Regierung gegenüber dem Auslande kaum denkbar ist.

Ohne Zweifel ließe sich die vorgängige und wirksame Beeinflussung der Lenkung einschneidender außenpolitischer Fragen durch die Volksvertretung nicht nur theoretisch, sondern auch praktisch bewerkstelligen. Wenn wir aber zur Erwägung der Frage schreiten, welche Folgen von der Realisirung dieses Einflusses zu erwarten wären, so stehen wir von neuem vor einem großen Fragezeichen. Es wäre eine Illusion, zu hoffen, daß auf diesem Wege die Gefahr außenpolitischer Zusammenstöße und des Ausbruches von Kriegen ausgeschaltet oder verringert werden könnte oder eine Garantie geboten würde dafür, daß endgültige oder entscheidende Entschlüsse nur auf Grund der nach Möglichkeit besten diplomatischen und militärischen Vorbereitung gefaßt werden würden. Parlamentarische Körperschaften sind für die Stimmungen der öffentlichen Meinung weitaus empfänglicher als Staatsoberhäupter und Kabinete, lassen sich leichter hinreißen, verfügen über eine geringere Widerstandskraft. Hier kann ich mich wieder auf die Geschichte der Vereinigten Staaten von Nordamerika berufen. Während ihres kurzen Bestandes hat die große Republik drei auswärtige Kriege geführt. Alle drei waren Angriffskriege, zwei davon, den von 1812 gegen England und den von 1898 gegen Spanien, beschloß der Kongreß entgegen der Auffassung und dem Wunsche der damaligen Präsidenten. Ob die Theilnahme Italiens an dem gegenwärtigen Kriege von der Mehrheit der Kammer gewollt wurde oder ob diese nur dem Einflusse der Regierung und der Straße nachgab, bleibt einstweilen eine offene Frage. Als eine Kraft, die

den Krieg hätte fernhalten können, hat sich diese Kammer nicht erwiesen.

Die Ausschaltung der Kriegsmöglichkeit kann also von dem Eingreifen der Volksvertretung in die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten nicht erwartet werden. Daraus folgt aber nicht, daß sie ihren Einfluß nicht in nützlicher Weise durchsetzen könnte und daß es überflüssig sei, sich mit dieser Frage abzugeben. Ein schreiender Gegensatz herrscht zwischen der energischen Ausübung der übrigen Rechte der Volksvertretung und jener Kraftlosigkeit, zu der sie auf außenpolitischem Gebiete durch den Umstand verurtheilt ist, daß sie sich in der Regel vollendeten Thatsachen gegenüberüber sieht. Wie dem am besten abzuwehren wäre, will ich hier nicht erörtern. Diese Zeilen wollen keinen fertigen Plan darlegen, sondern bloß eine Anregung vorbringen.

Der thatsächliche Einfluß der Volksvertretung auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten erscheint in unserem Vaterlande in höherem Maße nothwendig als wo immer sonst. Und zwar aus zwei Gründen. In anderen konstitutionellen Ländern ist der Minister des Auswärtigen Mitglied einer parlamentarischen Regierung und als solcher Träger des Vertrauens der Mehrheit der Volksvertretung, der mit dieser Mehrheit unausgesetzt in persönlicher Berührung steht. Bei uns ist dem nicht so, und da der Minister des Auswärtigen die gemeinsame Außenpolitik zweier Staaten leitet, kann dem auch nicht so sein. Dann ist aber seine Aufgabe eine schwerere, als die welches Ministers des Auswärtigen immer. In anderen Ländern weisen der auswärtigen Politik die Interessen und Wünsche der Nation den Weg, zumindest ist sie in großen Zügen vorgezeichnet; der Minister hat bloß die zweckmäßigsten Mittel zur Wahrung dieser Interessen und Erfüllung dieser Wünsche ausfindig zu machen. Bei uns fehlt diese grundlegende Orientirung. Der Leiter der auswärtigen Politik hat bei jeder sich ergebenden Komplikation selber herauszufinden, nicht nur welche Mittel er anzuwenden, sondern auch welche Ziele er anzustreben hat. Seit einem halben Jahrhundert dreht sich die Außenpolitik der Monarchie um die Balkanfrage, doch gerade auf diesem Gebiete hat es eine von der einhelligen Auffassung oder den übereinstimmenden Aspirationen unserer öffentlichen Meinung vorgezeichnete Orientirung höchstens im negativen Sinne gegeben. Es ist klar, daß der Mangel an solchen Richtlinien die Aufgabe des Leiters unserer auswärtigen Angelegenheiten bei den künftigen Friedensverhandlungen nicht erleichtern wird.

Es ist eine traurige Thatsache, daß die Kata-

strophe, die die europäische Menschheit am Beginne jedes Jahrhunderts heimzusuchen pflegt, im Zeitalter der Ausgestaltung der parlamentarischen Freiheit mit größerer Wuth ausgebrochen ist, als je zuvor. Blicke von irgend einem anderen Planeten ein objektiver Beobachter auf unsere Erde und vergleiche er die heutigen Geschehnisse mit den Ursachen und Ergebnissen früherer Koalitionskriege, so müßte es ihn zweifelsohne bedünken, daß zum Beginne jedes Jahrhunderts irgend eine geistige Epidemie ausbrechen muß, die die kontinentalen Völker zu gegenseitiger Ausrottung und Vernichtung zwingt, nur damit sie weniger und ärmer würden und nachher Alles genau so bleibe, wie es vorher war. Dreizehn Jahre hat Anfangs des achtzehnten Jahrhunderts der spanische Erbfolgekrieg gedauert und am Ende wurde Alles so geregelt, wie es in den vor dem Kriege geschlossenen Geheimverträgen vorgesehen war. Die französische Revolution und die Kriege Napoleon's I. haben dreißig Jahre gewährt, ohne daß ihr Endresultat die Landkarte Europas von 1792 namhaft geändert hätte. Diese allgemeine Erfolglosigkeit weist allerdings eine Ausnahme auf, und zwar England, das die Verblendung der kontinen-

talstaaten durch die französische Revolution und die Kriege Napoleon's I. haben dreißig Jahre gewährt, ohne daß ihr Endresultat die Landkarte Europas von 1792 namhaft geändert hätte.

Abonnementbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich 60 h,
 monatlich 2.60, vierteljährlich 7.80
 Zum Abholen in den Filialen, in allen
 Tabak-Handlungen und Buchhandlungen:
 Monatlich 2.60.
 Böhmen und Ungarn:
 Monatlich 2.80, vierteljährlich 9.00
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich 12.00
 für alle anderen dem Verlagsverein
 angehör. Länder: Vierteljährlich 15.00
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Rechte
 Wenzelsplatz 97, und in den Filialen:
 I. Säulergasse 18, Telefon 9191
 II. Wagnersgasse 30, Tel. 40928
 X. Wiedenplatz 5, Telefon 58244
 XIV. Wollanplatz 6, Tel. 33126
 XVI. Landgasse 34, Telefon 34146
 XVII. Radnergasse 22, Telefon 17175
 XXI. Angererstraße 14.
 Für die an fremde Ausländer oder
 Verleiher bezahlten Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind portofrei.

zung

erreich.

nachmittags.

XXVIII. Jahrgang.

Arbeiter

Vom inneren Frieden.

Immer wieder erscheinen jetzt in Deutschland Bücher und Broschüren, die der Neuorientierung bestimmt sind. Die Solidarität aller Parteien in der Abwehr — denn nur so weit reicht die Solidarität in Wahrheit — verführt einzelne Männer immer wieder, auch an eine Art von Bürgerfrieden nach dem Kriege zu glauben. Die einen übersehen, daß der Bürgerfrieden nur ein von äußeren Umständen ausgezwungener Waffenstillstand ist und wie er die vorhandenen Gegensätze nicht beseitigt, auch nicht deren Ausdruck, den Kampf der Parteien und Richtungen, ausmerzen kann. Die anderen wieder fühlen sich unter dem Bürgerfrieden sehr wohl, denn er unterbindet eine Kritik, die sich mit gutem Rechte gegen sie richten müßte. Mit einer naiven Brutalität verlangen sie von den anderen, sie mögen doch um des lieben Friedens willen ihre Anschauungen und Ueberzeugungen auf dem Altar der Konservativen opfern. Die Tatsache, daß neben den Arbeitern auch deren Klassengegner, wenn auch meist in der Stellung des Vorgesetzten, ihr Blut vergießen, soll der Grund sein, daß die Arbeiter den Klassenkampf abschwören. Ihre Opfer für das Vaterland sollen sie zu Opfern für die Klassengegner verpflichten. Aber es wäre falsch, zu behaupten, daß all die Versuche einer Gemeinschaftsarbeit bewußte Irreführungen wären, vieles ist ehrlich gemeint, nur handelt es sich um eitle Versuche, geboren aus dem Unverständnis gegenüber den Kriechkräften der Gesellschaft, Versuche, bei denen nicht die Erkenntnis, sondern der Wunsch Vater des Gedankens war.

Die erste größere Gemeinschaftsarbeit gab der Direktor der Bibliothek des preussischen Herrenhauses Dr. Thiemme heraus: „Die Arbeiterschaft im neuen Deutschland.“ Wenn in diesem Sammelwerk noch eine Reihe von Aufsätzen erschienen war, die etwa nicht als politische Dokumente, aber als Facharbeiten viel Beachtung verdienten, muß man beim neuesten Werke *) feststellen, daß sich die meisten Aufsätze in leere Redensarten verlieren. Gegenüber der Fülle von Harmonie und Duldsamkeit wirken die offenen Worte jener, die geradeheraus sagen: „Wir halten Frieden mit euch, wenn ihr werdet, wie wir euch haben wollen,“ noch herzerfrischend. Die wissen wenigstens, was sie wollen. Einzelne Aufsätze sind sogar im Tone des Ausrufers gehalten: „Nur hereinspaziert, meine Herren, wir machen alles, nur herein!“ Daneben gibt es natürlich auch ernste Aufsätze, die sich der Dinge klar sind und auch rundheraus sagen, der innere Friede Deutschlands könne höchstens im gegenseitigen Verstehen — und keineswegs Vertrauen — bestehen, das heißt im Begreifen, daß der andere von seinem Standpunkt aus recht habe, also wegen seiner Anschauungen und Meinungen nicht zu verachten sei. Nicht er, sondern sein Streben sei zu bekämpfen. Dinge, die anderwärts längst landläufig sind. Es ist kein Ruhm für die bürgerlichen Parteien eines Landes, daß man dergleichen erst fordern muß. Es gehen denn auch die Radikalen unter den Bürgerlichen nur auf formale Gleichbehandlung aus. Damit richtet sich das Buch, das mehr sein will, das nach der Absicht des Herausgebers dazu dienen soll, die volle Einigkeit des deutschen Volkes in den Frieden hinüberzuretten und den Zwang des Bürgerfriedens, dessen äußere Schranken sich nicht halten lassen, in einen von innen emporquellenden Volksfrieden zu verwandeln. Wie soll das geschehen? Darauf antwortet Traub im Vorwort: „Der Klassenkampf muß zu Grabe getragen werden.“ Alle Parteien müssen sich finden in der Zustimmung zum Ausbau von Flotte und Heer. Die Predigt liest sich nicht schlecht, aber sie rechnet wie so manche Predigt nicht mit irdischen Dingen.

Wierzig Männer aus den verschiedensten Parteien kommen zu Wort und sprechen über Weltanschauungen, Konfessionen, Klassen, Parteien und Nationen. Es kann da nicht fehlen, daß die Grenzen zwischen den einzelnen Gebieten verwischt werden. Es ist für die Bedeutung der Sozialdemokratie bezeichnend, daß sich die meisten Aufsätze mit ihr beschäftigen und sich an sie wenden. Wenn es eines Beweises bedürft hätte, daß der Sozialismus mehr als ein politisches Bekenntnis, daß er eine Weltanschauung ist, die Aufsätze derer, die keine Sozialdemokraten sind, hätten es bezug. Wie soll

*) „Vom inneren Frieden des deutschen Volkes.“ Ein Buch gegenseitigen Verstehens und Vertrauens, herausgegeben von Friedrich Thiemme.

trotzdem Friede unter den Weltanschauungen hergestellt werden? Indem man einmal als Wesen des Deutschen die widersprechendsten Eigenschaften — Universalismus und Individualismus, Innerlichkeit und Außerlichkeit — ausgibt; die Sozialdemokraten mahnt, vom Radikalismus zu lassen, da etwas nimmt und dort etwas hingibt oder sich an äußere Ähnlichkeit klammert. Die sonderbarsten Dinge kommen da heraus, zum Beispiel, daß im Wesen des Deutschen ein „katholischer Zug“ wäre. Aber wenn die evangelischen Bekenner die Ausöhnung mit der modernen — gemeint ist wohl: wissenschaftlichen Anschauung durch Beseitigung der Reibungsflächen herbeiführen wollen, erklärt der Sprecher des Katholizismus, daß dieser die Welt mit seinem Geiste erfüllen will und so den Ausgleich erwartet. Wie viele ihrer da sind, die zu all den Fragen und denen der Konfessionen Stellung nehmen, sie wissen einen Frieden nur zu erreichen, indem entweder alle das Wesentliche ihrer Anschauungen aufgeben oder aber die anderen einladen, so zu werden, wie sie sind. Daß eine Weltanschauung nicht einem Warenlager gleicht, von dem man nach Bedarf einige Stücke veräußert oder das man gegen ein anderes eintauscht; daß die Weltanschauung das Ergebnis bestimmter geschichtlicher Entwicklungen und der besonderen Stellung im Produktionsprozeß ist, das wird außer acht gelassen. Von Sozialdemokraten äußern sich F e n d r i c h und P e u s. Dieser, der doch gewiß sehr weit rechts steht, weiß nur eines: größere Duldsamkeit. Fendrich macht viele geistreiche Bemerkungen, die allerdings deswegen nicht richtig werden. Am Ende bekennet aber auch er, daß zwischen den verschiedenen Weltanschauungen keine Einigung möglich wäre. Wäre sie möglich, dann gäbe es allerdings auch Frieden unter den Klassen und Berufsständen. Aber so muß aus dem Frieden möglichst friedliche Verständigung über wichtige Fragen werden. Kluge Köpfe geben den Zielen des Buches eine andere Wendung, um sie bejahen zu können. Der n u r g findet zwischen den streitenden Mächten irgend etwas, wo er den Hebel ansetzen will. Nun gibt es selbstverständlich zwischen allen Gegensätzen immer Berührungspunkte, immer wieder Gelegenheiten zur Zusammenarbeit. Das Leben ist eben vielgestaltig und nicht auf eine Seite gestimmt, aber stets sind es nur vorübergehende Fragen, solche der Bewegung und nicht der Ziele. Gewiß kann der Ausbau der Tarife viel überflüssigen Streit zwischen Arbeiter und Unternehmer beseitigen, aber an dem Gegensatz von Kapital und Arbeit kann er nichts ändern. Aber selbst einen bescheidenen Versuch zum Abbau dieses Gegensatzes lehnen viele ab, indem sie statt der Forderungen, die die Arbeiter in den Vordergrund stellen, den Ausbau der bekannten Wohlfahrts-Einrichtungen vorschlagen. Sie hoffen, daß jetzt die ruhigeren Elemente zu Wort kommen werden, und lassen zwei dieser sich äußern. S e i n e m a n n lehnt es zwar ab, an Stelle des Klassenkampfes den Berufskampf zu setzen, meint aber, daß der Klassenkampf bloß eine sozialgeschichtliche Voraussetzung und keineswegs eine taktische Vorschrift oder Methode des Handelns sei. „Der Aufstieg der Arbeiterklasse ist bedingt durch die Umkehr von der revolutionären Phrase und durch die Bereitwilligkeit der Zusammenarbeit mit allen anderen Klassen des Volkes in den Lebensfragen der Nation.“ Das ist, so wie es gesagt ist, falsch, denn der Aufstieg der Arbeiterklasse ist bedingt durch jene Taktik, die, immer das Endziel vor Augen, das Proletariat wirtschaftlich und kulturell zu heben und es politisch als Proletariat und nicht etwa als Teil in einem nationalen Brie zur Geltung zu bringen bestrebt ist. Wahr ist nur, daß das Proletariat auch durch nationale oder außerstaatliche Unterdrückung in seinem Aufstieg gehemmt wird, daß es daher alle seine Kräfte gegen die Bedrohung der Unabhängigkeit und friedlichen Entwicklungsmöglichkeit einsetzt. Aber daraus eine Einheitslichkeit in den Kriegszielen mit Hindenburg als „Interpreten der dem ganzen deutschen Volke gemeinsamen Anschauungen“ zu machen bleibt Heinemann vorbehalten. Das ist die neueste Phase der Umirner. Bei Lensch macht Behrmann Dollweg die deutsche Revolution und Heinemann sieht in Hindenburg nicht nur den Chef des Generalstabes, sondern auch den Verkünder der deutschen Seele. S c h i p p e l begnügt sich mit dem Hinweis auf die Bedeutung der Gewerkschaften für den Staat und mit der Erwartung, daß die Gewerkschaften mehr am Staate interessiert sein werden.

Wie stellen sich die Parteien denn überhaupt zum Staate? Die Konservativen finden sofort darauf eine Antwort: Der Staat soll bleiben wie er war, denn so ist er am besten. „Der Einfluß der Militärgewalt war heilsam.“ Demokratie ist schädlich. Die Industriellen und ihre Arbeiter sollten ihre Stretigkeiten durch Streik und Aussperrung austragen, die Land- und Forstarbeiter dagegen dürfen ebensowenig wie Arbeiter in öffentlichen Betrieben zu solchen Kampfsmitteln greifen. Den Gewerkschaften wird empfohlen, von der Sozial-

Bürgschaften.

Das erste und letzte Wort ist jetzt: Bürgschaften. Wenn der Reichsrat einberufen werden soll, wenn die Delegationen zusammentreten sollen, so müssen, wie die politische Weisheit nun lautet, die Abgeordneten und Parteien Bürgschaften leisten. Wofür Bürgschaften, welche Bürgschaften? Was sollen die Abgeordneten verbürgen, wodurch sollen sie es verbürgen? Keiner weiß darauf eine Antwort, aber die Bürgschaften sind unserer Politiker neueste Lebenslüge geworden.

Daß diejenigen, die das Parlament nicht wollen, die Einberufung von unmöglichen und unerfüllbaren Bedingungen abhängig machen, ist natürlich nicht überraschend; da doch in einem Verfassungsstaat niemand verklünden kann, er wolle das Parlament nicht, so muß jeder, der dessen Wirksamkeit hindern will, seine Zuflucht eben in den „Voraussetzungen“ suchen, die vorher „geschaffen“ werden müssen. Da danach diese Forderung nach „Bürgschaften“ nicht die Absicht verfolgt, die Schwierigkeiten, von denen man behauptet, daß sie der Einberufung im Wege stehen, zu beseitigen, vielmehr den Zweck verfolgt, vor der Einberufung nur noch neue Hindernisse aufzuschichten, so ist mit diesen Bürgschaftsbedürftigen eine Auseinandersetzung natürlich nicht möglich. Die Einberufung des Reichsrates hätte selbstverständlich politische Folgen; man kann sogar meinen, daß mannigfache politische Aenderungen ihr vorausgehen müßten, die eigentliche politische Voraussetzung sind, von der die Einberufung des Reichsrates abhängt. Es ist nur selbstverständlich, daß diejenigen, die diese politischen Aenderungen nicht wünschen, auch die Einberufung nicht wünschen können; und vor die Wahl gestellt, diese politischen Aenderungen zu verhindern oder die Einberufung des Reichsrates zu verhindern, finden sie natürlich, daß die Aenderungen schlimmer wären als der parlamentslose Zustand, daß die Verhinderung der Aenderungen die wichtigste und nützlichste der politischen Tatsachen sei. Die wichtigste Bürgschaft ist dann, daß die politischen Aenderungen unterbleiben, und die einzige, die das zu verbürgen vermag, ist eben die Unterlassung jeder Aenderung. Also vor allem die Unterlassung der größten, die der Einberufung des Reichsrates.

Niemand will die „Bürgschaften“, die geheißt werden sollen, näher beschreiben, weil wohl jeder fühlt, daß er da ein seltsames Begehren entwickelt. Wenn man in Feindes Land eindringt und es mit einer fremden und auffälligen Bevölkerung zu tun hat, so wird man, wenn ihr eine gewisse Bewegungsfreiheit eingeräumt werden soll, von ihr Bürgschaften heischen; das ist begreiflich. Aber man erwäge doch ruhig und nüchtern den Tatbestand mit dem Reichsrat. Wer soll da zusammenkommen? Die vom Volke gewählten Abgeordneten! Wozu sollen sie zusammenkommen? Zur Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Tätigkeit! Ja wer soll im Staate Vertrauen genießen und den Begriff der staatlichen Zuverlässigkeit ergeben, wenn nicht die Volksvertreter, und welches Tun kann dieses Vertrauen mehr einfordern als die Tagung des gesetzgebenden Körpers? Diejenigen, die von der Notwendigkeit der „Bürgschaften“ reden, sprechen in Wahrheit einen kränkenden Zweifel aus, der nicht nachdrücklich genug zurückgewiesen werden kann. Denn der Abgeordnete ist ja keine isolierte Erscheinung; er kann nicht losgelöst werden von den Stimmungen und Auffassungen, die im Volke, die innerhalb seiner Wählerschaft die entscheidenden sind. Wie kann man nun meinen, daß es Abgeordnete geben könnte, die sich in einen Gegensatz zum Staate stellen, da man weiß, daß doch die Wähler der Abgeordneten rückhaltslos zum Staate stehen? Wir haben wirklich den Eindruck, daß diejenige, die von diesen

nebelhaften Bürgschaften mit solcher Vorliebe schreiben, darüber noch nie nachgedacht haben, was sie mit dieser Forderung aussprechen.

Es kann sich also natürlich nicht darum handeln, daß die Abgeordneten vorsätzlich etwas unternehmen würden, was dem Staate schädlich wäre; gegen diesen Verdacht streitet doch die Stimmung innerhalb der Wählermassen, die, wie aus so vielen Darstellungen hervorgeht, so geartet ist, daß sie jenen Vorsatz unmöglich macht. Es könnte sich also nur darum handeln, daß sich die Abgeordneten, einzelne oder mehrere, in Beziehung der Notwendigkeit von Schranken der parlamentarischen Erörterung in Mißverständnisse verlieren könnten, daß sie, weil ihnen der große Ueberblick fehlt, die Sachlage nicht so durchschauen würden, wie es die Vermögen, denen die Kenntnis aller Vorgänge gegeben ist, daß sie also wohl nicht aus Vorsatz, so doch aus Irrtum Schaden anrichten können. Wie liegt aber dann die Sache? Vor dem Hause steht selbstverständlich eine Regierung, die erstens nichts Unbilliges verlangt, zweitens aber sich des vollen Vertrauens wenigstens der Mehrheit des Hauses erfreut, die also durch die ihr vertrauende Mehrheit das Haus zu leiten vermag. Dem Rat einer Regierung, der das Parlament vertraut, von der es überzeugt ist, daß sie die Schranken der parlamentarischen Erörterung nur aus den Gründen des höchsten Staatsinteresses aufrichtet, wird das Haus Beachtung natürlich nie weigern; das ist selbstverständlich und wird durch die Erfahrungen in allen Parlamenten während der Kriegszeit bestätigt. Das Verlangen nach gleichsam mechanischen Bürgschaften ist also auch kränkend für die Regierung; drückt es doch nicht weniger als den Zweifel daran aus, daß vor dem österreichischen Reichsrat eine Regierung stehen würde, die, besetzt und gestützt von dem Vertrauen der Mehrheit des Hauses, welche Mehrheit eben auch das Vertrauen der Mehrheit des Volkes ausdrückt, die sachgemäße Führung des Hauses zu leisten vermöchte. Wir können denen, die immerzu von den Bürgschaften reden, nur ernstlich raten, einmal darüber nachzusinnen, was alles sie mit dieser Forderung in Zweifel ziehen.

Am verheerendsten wäre aber die Forderung dann, wenn etwa Bürgschaften dafür begehrt würden, daß sich die Abgeordneten der Kritik an der Vergangenheit enthalten. Wir sehen natürlich davon ab, daß die Forderung, die Kritik an der Verwaltung aufzugeben, eine Forderung gegen den eigentlichen Sinn des Parlaments wäre: denn die Beaufsichtigung der Verwaltung ist überall und immer die eigentliche Aufgabe des Parlaments gewesen und die Gesetzgebung — mit Gesetzen soll ja den Gebrechen der Verwaltung gesteuert werden — ist nur ein Ausfluß dieser ersten Aufgabe. Aber wir stellen zur ernstesten Erwägung, was mit der Forderung nach Bürgschaften gegen die Kritik gesagt wird. Erstens natürlich, daß die Regierung, die vor dem Parlament steht, die Kritik scheuen könnte, sich also der Verantwortung ihres Tuns entziehen wollte; wir hoffen aber, daß die Anreger und Befürworter dieser Bürgschaften das doch nicht ernstlich meinen wollen. Zweitens aber ruft das Geschrei nach Bürgschaften vor der Kritik den törichtsten Verdacht hervor, daß irgend was geschehen sei, das das Licht des Tages zu scheuen hätte, also eine gerechte und unbefangene Kritik zu fürchten hätte. Dieser Verdacht ist sicherlich schädlicher als die hitzigste Kritik, und ihn hervorzurufen scheint uns ein sehr fragwürdiges Beginnen zu sein. Aber diejenigen, die jetzt dem gedankenlosen Ruf nach Bürgschaften frönen, rufen ihn hervor, und so zeigt es sich, daß sie, bevor sie „fordern“, doch einmal auch nachdenken sollten.

Auf die wunderbare Forderung nach Bürgschaften scheint demnach die Antwort recht einfach. Sie kann nur lauten: Wir haben vor dem Kriege als wahren Leitstern unseres Handelns nur das Interesse und die Wohlfahrt des Volkes gefaßt, und diesem Leitstern folgen wir auch jetzt. Daß wir aber nicht anders handeln können, dafür bürgt die Tatsache, daß wir, als Abgeordnete des allgemeinen Stimmrechtes, dem Volke verantwortlich sind. Das ist die beste Bürgschaft, die wir bieten können, und sie reicht natürlich aus, die Sicherheit zu bieten, daß der Reichsrat den vor ihm liegenden Aufgaben in jeder Hinsicht gerecht werden wird.

Abonnementbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich 60 h.
 monatlich K 2.60, vierteljährlich K 7.80
 zum Abholen in den Filialen, in allen
 Tabak-Trankten und Verlagsstellen:
 Monatlich K 2.60.
 Provinz und Ungarn:
 Monatlich K 3.—, vierteljährlich K 9.—
 bei freier Zustellung durch die Post.
 Deutschland: Vierteljährlich K 12.—
 für alle anderen dem Weltpostverein
 angehörenden Länder: Vierteljährlich K 15.—
 Abonnementen werden angenommen
 in der Administration, V. Reichir
 Stengasse 97, und in den Filialen:
 I. Schulerstraße 12, Telefon 9191
 II. Bazmantengasse 30, Tel. 40228
 X. Wielandplatz 5, Telefon 58234
 XIV. Wientingerplatz 5, Tel. 33129
 XVI. Ringgasse 24, Telefon 24143
 XVII. Badnergasse 22, Telefon 17176
 XXI. Angererstraße 14.
 Für die an fremde Austräger oder
 Verleiher bezahlten Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind portofrei.

Delegation

Österreich.

Freitag nachmittags.

XXVIII. Jahrgang.

wird: zur Beratung „gewisser innerpolitischer Fragen“, welche gewisse Fragen den ganzen Umfang des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens betreffen. Die Delegation ist nur die Körperschaft für die „Behandlung“ der äußeren Politik und der Angelegenheiten der Armee; wir glauben nicht, daß man gerade auf diesen zwei Gebieten der Betrachtung, der Kritik, der Kontrolle breiten Spielraum gewähren werde, vermuten eher, daß unter den „Bürgschaften“, die man heischen könnte, wohl an erster Stelle die stünde, daß man Krieg und auswärtige Politik in der Delegation als ein Nührmichnichten ansehen soll. Also der Reichsrat, den man braucht, den beruft man nicht ein; die Delegation, die jetzt gar nicht wirken soll, die will man einberufen! Und man meint, das Volk werde die Komödie nicht durchschauen, werde sie gar mitmachen! Allerdings bemühen sich die Befürworter des Einfalls, den Reichsrat noch einmal auszusprechen, selbst darum, daß ihr Spiel niemandem täusche. Auf der einen Seite wünschen sie nämlich nach oben die Ungefährlichkeit und Bedenkenlosigkeit der Einberufung der Delegation darzutun: „Das Herrenhaus kennt die Delegation, es weiß, daß diese Körperschaft aus dem Abgeordnetenhaus wie durch ein Sieb hervorgeht. Die Auslese ist damit nicht beendet. Die sechzig Delegierten wählen einen Ausschuss, wo nach dem parlamentarischen Gebrauch in Österreich die eigentlichen Verhandlungen bei geschlossenen Türen stattfinden. Die drei Gruppen des Herrenhauses dürften schwerlich die Ueberzeugung haben, daß eine so vorsichtige hergerichtete parlamentarische Tribüne dem Staate gefährlich werden könnte.“ („N. Fr. Pr.“ 7. Oktober). Da wird die Delegation richtig geschildert. Aber nun soll die Bevölkerung auf den Leim geführt werden, also wird ihr die „Wirksamkeit“ der Delegation in den verführerischsten Farben gemalt: „Wer die Erinnerung an die Kimmernisse der letzten Jahrzehnte hat und den Eindruck dieser Stürme auf sich wirken ließ, muß wissen, was die Delegationen immer für das Leben des Reichsrates gewesen sind. Gewiß, arm sind die Delegationen, wie es das Parlament nach dem Ausspruch von Josef Kopp gewesen ist. Aber reicher würde das Volk durch sie trotzdem sein. Eine Stätte, wo die Rede frei und das Wort nicht bedrückt ist, bleiben sie; die breite Öffentlichkeit schaut doch in sie hinein.“ („N. Fr. Pr.“ 17. Oktober.) Aber man kennt die Delegation aus der Erfahrung, und da sie schon im Frieden über alle Maßen abstoßend war, wird sie dem Volke im Kriege nicht sympathischer werden. Das, was sie bieten kann und leisten würde, steht in einem so schroffen Gegensatz zu dem, was das Volk ausgesprochen hören will, daß man diese Einberufung und Tagung nicht als Befriedigung, sondern in Wahrheit nur als Verhöhnung empfinden würde.

Die Vorstellung, mit der sich der Einfall, die Delegation in den Vordergrund zu rücken, empfehlen will, ist die: wenig ist besser als nichts. Wir können wieder nur sagen: echt österreichisch! Wir haben jetzt dreißig Monate kein Parlament, und in diesen dreißig Monaten ist mehr geschehen, als sonst in dreißig Jahren geschieht. Diesen „Zustand“ zu beseitigen, die Norm wieder in ihr volles, ungeführtes Recht einzusetzen? — nein, dazu langt's nicht! Aber so zwei, drei Delegations-sitzungen, angefüllt mit den bekannten „großzügigen“ Reden, dazu vielleicht noch ein paar unverbindliche Resolutionen, das läßt sich hören. Das schadet niemandem, schmerzt niemanden und nimmt sich doch ganz ansehnlich aus! Wir haben dann auch „einen“ Parlamentarismus, bei uns werden auch Reden gehalten, was will man mehr! Sie nennen es das bessere Wenige, wenn die Wahrheit verhüllt wird und die Lüge ein Feigenblatt erhält! Aber es gibt in der politischen Entwicklung der Völker nichts Schlimmeres, als sich mit dem gaukelnden Schein zufriedener zu geben und so die Kraft zu verlieren und den Antriebeinzubüßen, das Wesen, nämlich die berechtigte Macht, zu gewinnen. Nichts falscher als die Behauptung, mit der Einberufung der Delegation würde ein Anfang gemacht, dem die Einberufung des Reichsrates „unvermeidlich“ folgen würde. Das Gegenteil ist richtig: die Delegation würde den Reichsrat erschlagen. Man hat doch schon „Parlamentarismus

Reichsrat oder Delegation?

Der Einfall, den Reichsrat links liegen zu lassen und das Verlangen nach Wiederherstellung des Rechtes des Volkes auf Mitentscheidung mit der Tagung der — Delegation zu befriedigen, der Einfall ist echt österreichisch: aus jenem Sinn geboren, der auf das Wesen verzichtet und sich mit dem Schein begnügt. Ganz falsch wäre es, den Einfall der Mitglieder des Herrenhauses etwa der Forderung gleichzusetzen, die in Ungarn der Graf Andrássy erhoben hat. Da täte man dem ungarischen Grafen bitter unrecht. Er hat ja seinen Reichstag und fordert noch die Delegation: weil er neben dem vollen Einfluß des Reichstages auf die innere Politik auch seinen, durch die Delegation wirkenden Einfluß auf die äußeren Dinge haben will. Aber was würde der ungarische Graf zu der Zustimmung sagen, auf den ungarischen Reichstag zu verzichten, sich ihn entwinden zu lassen und sich mit der Delegation zu begnügen? Das aber raten die Herrenhäusler! Dabei wollen wir gar nicht verkennen, daß die Sache für die Herren anders liegt. Wohl dürften sie es allmählich peinlich empfinden, daß ihr Parlament, nämlich das Herrenhaus, ebenso zur Seite geschoben wird wie das Abgeordnetenhaus; es ist das übrigens für sie nur die verdiente Strafe dafür, daß sie zu der Nullifizierung des Abgeordnetenhauses immer Beifall geklatscht haben. Aber daß die Fürsten und Grafen von dem Reichsrat nicht das erwarten, was das Volk von ihm erwartet, das Parlament nicht dazu brauchen, wozu die Volksvertreter es brauchen, das ist ganz selbstverständlich. Die Mitglieder des Herrenhauses sind gekränkt, daß sie angesichts dieser Fülle von Ereignissen schweigen müssen, aber es verschlägt ihnen wenig, ob sie ihre Rede zum Kriege im Herrenhause oder in der Delegation halten; da überdies diejenigen, die im Herrenhause reden, alle auch in die Delegation gewählt sind, so ist es für sie höchstens eine Ortsveränderung. Wir schätzen die konstitutionelle Regelung der Herrenhäusler trotzdem, aber überschätzen wollen wir sie nicht. Das Eigentliche der Forderung nach Einberufung des Reichsrates, nämlich das Verlangen nach Anerkennung des Volksrechtes auf Mitwirkung und Mitentscheidung, das bleibt den Herren fremd.

Weil man bei uns nun nie den geraden Weg gehen will, kommt dann alles krumm und schief heraus. Selbst die Kundgebung der Herrenhäusler erkennt an, daß es der Reichsrat ist, der vor allem gebraucht

19. IX. 1916

Wiener Brief.

(Delegationstagung?)

—, 16. Oktober 1916.

Sie wissen, wie sehr unser gesamtes politisches Leben eingeschlafert worden ist in den letzten Jahren. Es wäre aber ein Irrtum, den Krieg allein dafür verantwortlich zu machen. Die Tschechen haben das Parlament schon dreiviertel Jahr früher lahmgelegt durch ihre Obstruktion und es war beim Tode Franz Ferdinands und beim Ausbruch des Krieges schon nicht mehr vorhanden. Niemand wagte, es einzuberufen, weil die Bürgerschaft fehlte für eine Tagung, die nicht ein Gaudium gewesen wäre für die Feinde der Monarchie. Und so mußte Oesterreich notgedrungen, um den Schein zu retten, mit Verordnungen regiert werden während des ganzen Krieges. Keine Tribüne stand der Volksvertretung zur Verfügung.

An Versuchen, diesem Zustand ein Ende zu bereiten, fehlte es nicht, aber sie setzten sich nicht durch. Nicht weil in der Wiener Hofburg absolutistische Neigungen beständen, nein, weil sich niemand verbürgen konnte für eine des Reiches würdige Tagung.

Seitdem der Krieg nun in das dritte Jahr geht und jene vernegenen Elemente, die ihre Beziehungen zu unseren Feinden niemals verbargen, etwas Kleinlaut geworden sind, mehrten sich die Forderungen der Öffentlichkeit nach Belebung des politischen Apparates. Und es kam zu Beratungen der Parteien. Nachgeholfen hat auch der Antrag Andrássy im ungarischen Reichstag auf Einberufung der Delegationen. Unsere Parlamentarier machten sich manches der Argumente Andrássys zu eigen und die Debatte kam in Fluß. Der Deutsche Nationalverband unseres Reichsrates und die Christlichsoziale Vereinigung, also die zwei stärksten Verbände sprachen sich grundsätzlich für die Wiederbelebung des Parlaments aus. Seltsamerweise erklärten sich die Deutschradikalen dagegen und auch die Tschechischradikalen. Niemals noch haben diese beiden so entgegengesetzten Parteien, diese äußersten nationalen Flügel, ein und dasselbe gewollt. Jetzt fanden sie sich in der Forderung, das Parlament auch weiter auszuscheiden von der Teilnahme und der Mitverantwortung für die Politik während des Krieges.

Die ausführlichen Begründungen dieses Standpunktes sind öffentlich nicht bekannt geworden. Wahrscheinlich haben sie die Zensur nicht passiert. Aber es genügt ja der Beschluß an sich. In ihm liegt der Sprengstoff, der eine friedliche und würdige Tagung des Reichsrates auszuschließen scheint. Die beiden extremsten Flügel wünschen nicht, sich auf der Tribüne zu begegnen.

Wer das zur Kenntnis nimmt, der wird es durchaus verstehen, daß sich bei uns eigentlich nie-

Westufer des Stochod genommen, bei Dubnow Angriffe russischer Gardetruppen verlustreich für den Gegner abgewiesen.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Karl: An den Pässen über die rumänischen Grenzen sind erfolgreiche Kämpfe im Gange.

Balkankriegsschauplatz.

Bei der Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen keine besonderen Ereignisse.

Mazedonische Front: An der Cerna haben sich neue Kämpfe entwickelt.

Der erste Generalquartiermeister:
Ludendorff.

Das Vaterland des Arbeiters.

Wien, am 19. Oktober.

Im kommunistischen Manifest von Marx aus dem Jahre 1847 stehen die Sätze: „Die Kommunisten charakterisieren sich dadurch, daß sie die gemeinsamen, von der Nationalität unabhängigen Interessen des gesamten Proletariats hervorheben... Die Arbeiter haben kein Vaterland... Die nationalen Gegensätze der Völker verschwinden schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie, mit der Handelsfreiheit, dem Weltmarkt. Die Herrschaft des Proletariats wird sie noch mehr verschwinden machen.“ — Das ist das Bekenntnis zum Internationalismus, zum Weltbürgertum. Des Arbeiters Heimat ist nicht Deutschland, Frankreich; des Arbeiters Heimat ist seine Klasse. Des Arbeiters Herz soll nicht dem Lande schlagen, wo sein Muttergrab, wo seine Vätererinnerungen, wo die verwandten Geschlechter durch Kriege und Siege in jahrhundertelanger Entwicklung zusammengeschweisst; es soll dort sein, wo die Standesgenossen aller Zungen und Zonen ihren Born gegen die augenblickliche Weltwirklichkeit in der Seele tragen; wo sie im Hirn die Pläne zum Umsturz des Bestehenden im Interesse der Besserung ihrer Lage schmieden. Vaterland, Heimatideale, Nationalfarben — das sind überlebte Dinge, in frühwinkelige, verkehrslose Zeit passend; heute, im Zeichen des wirtschaftlichen und geistigen Weltverkehrs, kann es nur ein vernünftiges Vaterland geben — die Welt selbst. Wir sind auf dem besten Wege dazu. Bereits sprengt die Bourgeoisie mit dem internationalen Kapitalismus die nationalen Volkskörper; kommt vollends das Proletariat zur Herrschaft, dann gibt es keine eifersüchtigen, sich befehdenden Nationalstaaten mehr, dann gibt es nur einen großen Weltstaat mehr mit friedlichen Weltbürgern. Mit friedlichen Weltbürgern. Sie sind schon da, wenn nur erst das Militär, das Wettrüsten aus der Welt; wenn die gewissen Monarchen und Plutokraten nicht mehr die gefügigen Heere haben, mit denen sie in der Vergangenheit immer wieder in eigensüchtiger Weise Kriege eröffnet. Also los vom Vaterland, los vom Militarismus, hin zum Weltstaat mit dem ewigen Frieden! Es ist nach Marx und seinen Nachfolgern das Vorrecht des Proletariats, international zu fühlen; es ist seine Pflicht, weitestgehenden Internationalismus nicht nur des Geisteslebens, sondern auch des Wirtschaftsbetriebes zu pflegen, beziehungsweise zu fordern. Es ist seine Aufgabe, das zu bekämpfen, was als Hauptstütze des Nationalismus, des völkischen Selbstgefühles und der

völkischen Eigenart wirkt: Monarchen und Aristokraten, und vor allem den Militarismus. So entsteht der Internationalismus der sozialdemokratischen Agitation, so die Arbeit für Freihandel und Weltwirtschaft, so der Kampf gegen den Militarismus durch pazifistische Reden, durch Forderung nach Abrüstung, durch Breittreten und lautes Anprangern, aller Fehler und Vergehen im Reich des Militarismus, durch parlamentarische Ablehnung aller Regierungsforderungen für Heereszwecke. —

Das Weltbürgertum, der ewige Friede ist ein Traum, geträumt von höchsten Geistern. Im Jahre 1795 veröffentlichte Kant ein Schriftchen: „Zum ewigen Frieden“, in welchem er die Idee einer Weltrepublik entwickelt. Einer Republik, dadurch zustandekommend, daß nacheinander alle Staaten der Erde durch freiwillige Unterordnung unter gemeinsame vernünftige Gesetze aus Gegensätzen und Kriegen zu Solidarismus und Frieden emporsteigen. Die Antwort der Wirklichkeit auf die Weltbürger- und Friedensträume Kants war sehr bitter. Es kam die Ära Napoleons mit ihren großen Stürmen und Kriegen, mit ihrer Steigerung der Völkerindividualitäten und Patriotismen. Weltbürgertum und ewiger Frieden wären sehr schön — aber sie setzen eine andere Menschheit voraus, als die jetzige, in der die Erbsünde wuchert, und in der Ungezählte sich den erlösenden himmlischen Mächten entziehen. Auch Kant knüpft die Möglichkeit der Gründung seiner Weltrepublik an die Erfüllung der Forderung: Trachtet allererst nach dem Reiche der reinen, praktischen Vernunft und nach seiner Gerechtigkeit, so wird euch euer Zweck, die Wohltat ewigen Friedens, von selbst zufallen. Weltbürgertum und ewiger Friede wären möglich als Frucht alles bezwingender Moral und Religion. So lange aber die Menschen Menschen sind, ist es gut, sich auf den Boden der bestehenden Völkerindividualitäten zu stellen; bei allem Streben nach Einheit in den obersten Ueberzeugungen und Zielen, die Verschiedenheit der ethnischen, klimatischen, insolgedessen auch politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse der einzelnen Völker und deren Frucht: in sich geschlossene Volkskörper von besonderer Eigenart und mit der Notwendigkeit von Selbstverteidigungsmitteln anzuerkennen.

Der Weltkrieg und seine Offenbarungen sind denn auch ein blutiger Hohn auf die im letzten Halbjahrhundert in der Arbeiterwelt gepredigten Utopien. Wer glaubt heute noch, daß Weltverkehr auch Völkerverbrüderung bedeutet; daß gemeinsame wirtschaftliche Bedürfnisse, gemeinsame Klasseninteressen Verbindungsmittel für Seelen sind? Wo wären die Mittelstaaten heute, wenn sie, im Gedanken an den Internationalismus des Wirtschaftsverkehrs, den Gedanken der wirtschaftlichen Autarkie völlig von sich getan, den Freihandel zum Grundsatz sich erkoren hätten? Wo wären sie, wenn sie in blindem Pazifismus abgerüstet, auf jeden Ausbau ihrer militärischen Kräfte und Techniken verzichtet hätten? Wo wären sie, wenn sie der Anschauung sozialdemokratischer Führer beigeopfert hätten, bei der heutigen Technik und wirtschaftlichen Verflechtung der Völker, bei der heutigen Kultur der Massen, seien Kriege gar nicht mehr möglich; und wenn Könige und chauvinistische Bourgeoisien solche versuchen wollten, so werde ihnen die internationale Sozialdemokratie in die Arme fallen; die rote Internationale wolle keine Kriege mehr; und sie sei stark genug, sie unmöglich zu machen?

in die Lage versetzt sein, System und Wert des Grafen Stürgkh auf Grund der Kenntnis des ganzen Materials, des Verhältnisses zwischen Willen und äußerem Zwang, des dann sichtbar gewordenen Ergebnisses zu werten. Heute gebührt dem Nein des Mißvergnügens ebenso ein Fragezeichen wie dem vorbehaltlosen Ja der Resilloszufriedenen. Das Urteil der Gegenwart hat vorlieb zu nehmen mit den edlen Absichten, die das Leben bezeugte und ein Opfertod besiegelte.

Graf Stürgkh gehörte seinem politischen Bekenntnis nach zur Partei der Verfassungstreuen. Als Vertreter des verfassungstreuen Großgrundbesitzes, der ihn 1891 in den Reichsrat entsandete, begann er seine politische und parlamentarische Laufbahn nach einer zehnjährigen Tätigkeit im Staatsdienste, aus dem er als Ministerialvize sekretär schied; 1894 als Hofrat ins Unterrichtsministerium berufen, wo er das Mittelschulreferat führte, verließ er nach dem Sturze des Koalitionsministeriums Windischgrätz-Plener zum Protest gegen die gewählte Lösung der Ciller Gymnasiumfrage neuerlich den Staatsdienst, um bei den Wahlen des Jahres 1897 abermals vom Verfassungstreuen Großgrundbesitz seines Heimatlandes Steiermark in den Reichsrat entsendet zu werden, wo er mit Dr. Baernreither zusammen die Partei durch die Badeni-Stürme hindurchführte. Die „deutsche Gemeinschaft“ unter dem Ministerium Thun war zum großen Teil sein Werk. Den großen Einfluß, den die Verfassungstreuen unter seiner Führung erlangt hatten, bezeugt die Berufung des Uebergangministeriums Clary, sowie die Vertrauensstellung, die Graf Stürgkh unter dem Ministerium Koerber innehatte. Dagegen waren seine rastlosen Bemühungen, das Parlament aus dem Wechselfieber der nationalen Obstruktionen zu erlösen, fruchtlos. Gegen die Wahlreform der folgenden Regierungen organisierte er einen Oppositionsblock und seine Gegnerschaft war dem Unternehmen nicht ungefährlich. Er war unermüdblich im Vortragen neuer Argumente und unter den Reden, die gegen die Wahlreform damals gehalten wurden, gehörten die des Sprechers der Verfassungstreuen zweifellos zu den bedeutendsten. Aber während er selber den Kampf konsequent fortführte, bröckelte vom Block Stein um Stein. Die Wahlreform siegte unter dem Ministerium Beck nach hartem parlamentarischen Ringen. Graf Stürgkh warf nun nicht, wie so viele seiner Parteigenossen, als sie das Privileg der Großgrundbesitzerkurie zerklüftet sahen, die Flinte ins Korn. Er bewarb sich im Radkersburger Wahlkreis um ein Volksmandat, das in der Folge freilich nicht er, sondern sein slovenischer Gegenbewerber erhielt. Aber die Kandidatur kennzeichnete die tapfere Zähigkeit des Mannes, den keine Schwierigkeit schreckte. Es erregte damals ein gewisses Aufsehen, daß Graf Stürgkh, der bisherige Führer der liberal gerichteten Verfassungstreuen, ein Wahlprogramm entwickelte, das in kultureller Hinsicht sich den Grundsätzen der christlichen Parteien näherte, so daß er die Unterstützung der katholischen Deutschen des Bezirkes fand. Bekanntlich war auch der in Rußland den Heldentod gestorbene, um die Organisation der österreichischen katholischen hochberdienten Volksbundespräsident Erbgraf Ferdinand Trauttmansdorff vor der Wahlreform, die er wie Graf Stürgkh bekämpfte, Mitglied der Partei der Verfassungstreuen gewesen, um nachher, den einmal geschaffenen Tatsachen Rechnung tragend, ein wahrhaft vorbildlicher Volksmann zu werden. Daß das Wahlprogramm des Grafen Stürgkh mehr war als etwa bloße Wahltaktik, bezeugte er später, ins Herrenhaus berufen, durch klare Stellungnahme gegen die Umtriebe der Wahnwunderleute an den Universitäten, der Chereformer und der „Freien Schule“. Als er dann im Kabinett Bienerth die nicht sehr erfreuliche Erbschaft des „Mittelschulreformers“ Marchet übernahm, fielen sein Geschick, mit der er die vielen leeren Fragen löste, die sich unter seinem Vorgänger angehäuft hatten, sein Bienenfleiß, die Raschheit, mit der er hinterlassene Berge von Akten erledigte, angenehm auf. Das Ansehen, das er sich als Verwalter des Unterrichtsressorts erwarb, bahnte ihm dann im November 1911 den Weg zur Ministerpräsidentenschaft.

Als Haupt der Regierung setzte er die fruchtlosen Bemühungen seiner Vorgänger, den böhmischen Streit einer befriedigenden Lösung zuzuführen, und dadurch das Parlament dauernd arbeitsfähig zu machen, fort. Auch er versuchte allerlei, schien bald dem Ziele sich zu nähern, um gleich darauf wieder in hoffnungslose Weite fortgeschleudert zu werden, bis schließlich nach reicher Abwechslung das Parlament im Frühjahr 1914 zum völligen Stillstand gebracht wurde. Der Ausbruch des Weltkrieges, der längst seine Schatten vorausgeworfen und so an dem Parlamentschaos seinen Anteil hatte, bereitete weiteren Bemühungen ein jähes Ende und stellte die Regierung Stürgkh vor andere Aufgaben von unerhörter Wucht und Größe. Ohne Zögern und Zagen schritt er an das Riesengerüst. Mit dem Pflichteifer, der sein Leben kennzeichnet, tat er auch nun sein gewaltig erschwertes Tagewerk. Ohne Pomp und Brunk, ohne seine Person auf das hohe Podium der weltgeschichtlichen Ereignisse zu stellen, tat er, was ihm das Richtige schien, ganz in den Ereignissen und ihren Pflichten aufgehend. Er hielt es nicht mit Schillers Glockengießer, dessen Arbeit nur vonstatten geht, wenn muntere Reden sie begleiten. Er war unter den leitenden Staatsmännern der Kriegführenden der große Schweiger. Aber sein Schweigen ließ ihm desto mehr Raum zur Arbeit. Nun hat er dem Staate, dem er ebenso gewissenhaft als Beamter diente, wie er ihn als Staatsmann steuerte, sein Leben zum Opfer gebracht.

Reichspost

Graf Stürgkh als Parlamentarier und Staatsmann.

In einem dürften alle Urteile über den von einem Fanatiker meuchlings ermordeten österreichischen Ministerpräsidenten übereinstimmen: Er war ein Mann rastloser Arbeit und eiserner persönlicher Pflichterfüllung, der alle seine Kräfte der ihm anvertrauten Sache widmete, von den besten Absichten erfüllt, rechtlicher Gesinnung, redlich im Handeln, Edelmann und Arbeiter, Steuermann des Staates und gewissenhafter Staatsdiener in einer Person war. Von erschütternder Tragik ist sein Ende, aber da es ein Opfertod ist auf dem Altare des Vaterlandes, dem sein ganzes geistiges und physisches Können geweiht war, ein Ende, das ewigen Lorbeer um das blutige Haupt des Gemordeten slicht und seinem Namen Unsterblichkeit verleiht. Da die Kugel des Mörders dem Repräsentanten des Staates galt, ist es Soldatentod, den Graf Stürgkh gestorben ist. Sein redliches Wirken für die gleiche heilige Sache, für die seit sechsundzwanzig Monaten Hunderttausende bluten, hat ihn dieses Ehrentodes würdig gemacht. Größeres kann zum Ruhme des Mannes, dem die Vorsehung die Steuerung des Staates in Oesterreichs schwerster Zeit anvertraut hatte, nicht gesagt werden, als daß er eingereicht wurde in die Schar der Märtyrer für Oesterreich; schöneres kann dem Politiker und Parlamentarier Grafen Stürgkh nicht nachgerufen werden, als daß seinem Tode sein Wirken entsprach, und daß er für das gleiche gelebt hatte, wofür er sterben mußte.

Zu Allerheiligen wäre das Lustrum der Ministerpräsidentenschaft des Grafen Stürgkh voll geworden. Am 3. November 1911 wurde er vom Kaiser nach dem Rücktritte des an der deutsch-tschechischen Frage gescheiterten vierten Ministeriums Gautsch an die Spitze der neuen Regierung berufen. In dem scheidenden Kabinett und schon im Ministerium Bienerth seit 10. Februar 1909 hatte er als Nachfolger des gleichfalls während des Weltkrieges verstorbenen Professors Doktor Marchet den Posten eines Ministers für Kultus und Unterricht bekleidet. Es ist schwer, eine abschließende Würdigung der Ministerpräsidentschaft und des Regierungssystems des Grafen Stürgkh zu geben. Eine fluchwürdige Hand hat ihn aus seinem Schaffen gerissen, jäh mußte er seine Arbeit abbrechen, von der die Gegenwart nur Einzelheiten, nur Ausstrahlungen, nur allezeit unvollkommene Kompromisse zwischen seinen Plänen und widrigen Verhältnissen kennt. Gewiß ist, daß niemals ein österreichischer Ministerpräsident in eine schwerere Zeit gestellt war als er, daß seinem seiner Vorgänger so gewaltige Aufgaben und eine so ungeheure Verantwortung aufgebürdet waren wie ihm. Um sein Wirken gerecht zu beurteilen, muß man es an der beispiellosen Größe der Probleme messen, vor welche das durch vieljährigen innerpolitischen Hader zerklüftete und durch die Unzulänglichkeiten früherer Regierungssysteme geschwächte Oesterreich plötzlich durch den furchtbaren Ueberfall verschworener Weltbrandstifter gestellt war. Man braucht die Methoden, die Graf Stürgkhs Regierung wählte, nicht für die erprießlichsten zu halten, es ist die Meinung erlaubt, daß vielleicht ein anderer Staatsmann andere und bessere Wege eingeschlagen hätte — wer vermöchte jetzt darüber ein unanfechtbares Urteil auszusprechen! — das eine darf wohl als unbestritten gelten, daß Redlichkeit des Wollens, Rechtlichkeit, gewissenhafte Pflichterfüllung und Hingebung an sein Werk so sehr seine ganze Amtsführung kennzeichneten, daß dadurch allein schon die Grundlage zu jenem persönlichen Vertrauen geschaffen war, ohne welches ein erprießliches Regieren unter den gegebenen außerordentlichen Verhältnissen überhaupt undenkbar wäre. In späterer Zeit wird

Geheimen Rates. Als unter dem Ministerium Gautsch die Reform des Wahlrechtes in Angriff genommen wurde, trat Graf Stürgh als ein scharfer Gegner des allgemeinen Wahlrechtes auf. Bei den ersten allgemeinen Wahlen des Jahres 1907 kandidierte Graf Stürgh im Bezirke Mährersburg, wurde jedoch durch den christlichsozialen Gegenkandidaten geworfen. Einige Monate darauf, im Juni 1907, wurde er zum lebenslänglichen Mitglied des Herrenhauses ernannt. Es machte damals den Eindruck, als ob die politische Laufbahn des Grafen Stürgh im wesentlichen abgeschlossen wäre. Er betätigte sich wohl in den Delegationen, blieb aber im allgemeinen im Hintergrund.

Als nach dem Rücktritt des Ministeriums Beck Freiherr v. Bienerth sein Kabinett bildete, wurde Graf Stürgh zum Kultus- und Unterrichtsminister ernannt. Seine Tätigkeit an der Spitze des Unterrichtsministeriums wurde von den deutschen und freiheitlichen Parteien vielfach angefochten. Graf Stürgh verblieb als Unterrichtsminister auch im Kabinett Gautsch. Als es sich zeigte, daß das dritte Kabinett Gautsch infolge der parlamentarischen Schwierigkeiten eine begrenzte Lebensdauer haben werde, wurde Graf Stürgh bald als der künftige Ministerpräsident genannt. Einige Wochen später trat Freiherr v. Gautsch zurück und Graf Stürgh wurde zum Chef des neuen Kabinetts ernannt.

Ministerpräsident Graf Karl Stürgh.

13. November 1911 bis 21. Oktober 1916.

Graf Karl Stürgh hat am 3. November 1911 die Geschäfte des Ministerpräsidenten übernommen. Mit einer Amtsdauer von nahezu fünf Jahren zählte sein Kabinett zu den langlebigen österreichischen Ministerien. Allerdings gehören nur zweieinhalb Jahre der rein innerpolitischen Entwicklung an. Vom 28. Juni 1914 ab, dem Tage des Sarajevoer Attentats, wurde die innere Verwaltung unter den Gesichtspunkt der Kriegsführung gestellt. Schon vor Ausbruch des großen Krieges war die europäische Lage in Hochspannung. Graf Stürgh hat die innerpolitischen Geschäfte stets auf dem Hintergrunde von Krisen und kriegerischen Ereignissen auf dem Balkan geführt. Als er ins Amt trat, hatte der Tripolitanische Krieg begonnen, sein Kabinett erlebte die Balkankriege, die Vorläufer des Weltkrieges. Die innere Politik des Ministeriums Stürgh ging neben diesen großen Ereignissen ihre Wege. Sie war beherrscht von den parlamentarischen Schwierigkeiten, die vornehmlich drei Fragen boten: die böhmische Frage, die galizische Wahlreform und die Steuerreform.

Als Graf Stürgh nach dem Rücktritt des Freiherrn v. Gautsch das Ministerpräsidium übernahm, hatte er das dem Reichsrat bereits unterbreitete neue Wehrgesetz und eine Erhöhung der Staatseinnahmen im Reichsrat erledigen zu lassen. Die parlamentarischen Arbeiten waren durch die Vorgänge in den zwei großen Kronländern Böhmen und Galizien erschwert. Die Wehrreform und die mit ihr verbundene Reform des Militärstrafprozesses konnten nach mannigfachen Schwankungen im Juni 1912 erledigt werden. In ihren parlamentarischen Werdegang spielten fortwährend die Verhandlungen zwischen Polen und Ruthenen über die Wahlreform in Galizien hinein. Die Steuerreform, die seit vielen Jahren auf der Tagesordnung stand, wurde schließlich dadurch ins Rollen gebracht, daß sie mit den Beamtenvorlagen und der Einführung der Zeitvorrückung in ein Junktim gestellt wurde. Die Verhandlung der Beamtenvorlagen selbst füllte das Jahr 1912 aus. Die Entwürfe wurden knapp am Ende dieses Jahres gesetzt. Die Durchführung der finanziellen Neuerungen in der Dienstpragmatik sollten sodann nach Bereitstellung der Bedeckung durch die neuen Steuern erfolgen. Wieder dauerte es jedoch ein volles, an parlamentarischen Krisen reiches Jahr, bis die Steuererlasse erledigt waren. Die Schlüsselpunkte der reichsrätlichen Verhandlungen über die Finanzreform standen im Zeichen eines von beiden Häusern des Reichsrates gemeinsam geführten dramatischen Kampfes um die Kontinuität der parlamentarischen Steuererlassgebung. Die Steuervorlagen waren Mitte Dezember im Abgeordnetenhaus angenommen, des Herrenhaus wollte jedoch die Vorlagen nicht in der Fassung der zweiten Kammer annehmen. Die Gefahr bestand, daß die Entwürfe vor der normalen Erledigung in beiden Häusern auf dem Wege des Paragraphen Bierzehn Gesetzeskraft erlangen. Das Herrenhaus wahrte damals in feierlicher Form das verfassungsmäßige Steuererlassungsrecht des Reichsrates. Es gelang, den Paragraphen Bierzehn abzuwenden. Im Beginn des Jahres 1914 wurden nach Erzielung eines Kompromisses zwischen beiden Häusern die Finanzvorlagen verfassungsmäßig erledigt.

Die Schwierigkeiten, die den Steuervorlagen im Parlament entgegenstanden waren, kamen von dem Kampfe um die galizische Wahlreform her. Die Finanzreform war so konstruiert, daß die Beamtenentwürfe und die Samierung der Landesfinanzen als parlamentarischer Vorspann für die Steuererlasse dienten. Die Ruthenen wollten jedoch der Mehrheit des galizischen Landtages vor Erledigung der Wahlreform die Samierung der Landesfinanzen nicht ermöglichen. Die Verhandlungen um die galizische Reform liefen daher parallel mit der parlamentarischen Beratung der Steuererlasse. Die Krisen der Wahlreform, wie das Scheitern der Bobrznynskischen Vorlage durch den Widerstand der Bischöfe, die Auflösung des Landtages, die Neuwahlen unter Statthalter Dr. v. Korntowski, die Wiederaufnahme der Wahlreformverhandlungen im neuen Landtag brachten auch immer wieder Stockungen in die Beratungen der Finanzreform. Die endgültige Erledigung der galizischen Wahlreform erfolgte im Februar des Jahres 1914.

Den parlamentarischen Arbeiten kam jedoch damals die Einigung in Galizien nicht mehr zugute. Mittlerweile war nach verschiedenen vorhergegangenen Obstruktionen der tschechischen Radikalen, die unter anderem im Herbst 1912 sich auch bei der damaligen Beratung des Kriegserlassgesetzes fühlbar gemacht hatten, im Dezember 1913 eine neuerliche Obstruktion der tschechischen Radikalen und Agrarier eingeleitet worden. Ihre unmittelbare Ursache hatte sie eigentlich in inneren tschechischen Parteiverhältnissen, nämlich in dem Kampfe dieser Parteien gegen die

Jungtschechen, deren Rat in böhmischen Dingen der Ministerpräsident immer hörte. In ihrem allerletzten Grunde aber ging diese Obstruktion auf das bedeutendste innerpolitische Ereignis der Ära Stürgh zurück, nämlich auf die Eistierung der Selbstverwaltung des Landes Böhmen. Die Verhandlungen über die Reform der böhmischen Landesverfassung waren in der ersten Hälfte des Jahres 1912 sehr günstig vorgeschritten und beinahe zum Abschluß gelangt nachdem beide nationale Parteien in Prag monatelang ohne Beeinflussung durch die parlamentarischen Verhältnisse beraten hatten. Da trat im Juli 1912 infolge von neu aufgetauchten Schwierigkeiten in der Sprachenfrage eine Stockung ein, die trotz wiederholter Anläufe nicht mehr überwunden wurde. Im Laufe des Jahres 1913 verriegelten alle Hilfsmittel, mit denen der böhmische Landesausschuß die Finanzen des Landes über Wasser gehalten hatte. Als die Möglichkeit, auf dem Wege der Landesordnung für die Weiterführung der autonomen Verwaltung vorzuzugreifen, nicht mehr bestand, trat der Finanzreferent des Landesausschusses Dr. Urban zurück. Auf Anregung des Jungtschechenführers Dr. Kramarz versuchte Graf Stürgh die Deutschen und Tschechen für die Einsetzung einer aus den Landesausschußmitgliedern bestehenden Landesverwaltungs-Kommission zu gewinnen. Die Deutschen und später auch die Tschechen lehnten jedoch ab. Nun löste die Regierung den böhmischen Landtag auf, setzte eine aus Staatsbeamten bestehende Landesverwaltungs-Kommission ein und gab ihr durch eine Umlagerhöhung und die Wiedereinführung der Biersteuer die Mittel, die autonomen Verwaltungsgeschäfte in Böhmen fortzuführen. Diese Wendung der böhmischen Krise hat von da ab bis zum Ausbruche des Krieges die Verhältnisse zwischen der Regierung und den Parteien beherrscht. Die Schwierigkeiten aus der die Kontinuität der Landesordnung durchbrechenden Lösung der böhmischen Frage traten hervor, als die Steuervorlagen erledigt waren, an denen alle Parteien wegen der Beamten ein Interesse gehabt hatten. Der Ministerpräsident berief neue Ausgleichskonferenzen ein, die Vorlage der von der Regierung ausgearbeiteten „Grundsätze“ für eine Landesordnung und die Gegenseitigkeit über den Sprachgebrauch vermittelten jedoch die Verhandlungen nicht in Fluß zu bringen. Am 5. März 1914 trat der Reichsrat zusammen, nachdem das Budgetprovisorium Ende Januar nach einem Erlex von einem Monat mit Paragraphen Bierzehn in Wirksamkeit gesetzt worden war. Als bis 16. März eine Einigung über die Tagesordnung nicht erzielt werden konnte, erfolgte eine neuerliche Vertagung des Reichsrates. Die Frühjahrs-session 1914 hätte der parlamentarischen Erledigung hochwichtiger Vorlagen dienen sollen. Die neue Wehvorlage, die unter den Einwirkungen der europäischen Spannung eine weitere Erhöhung des Rekrutenkontingents vorsah, eine Kreditvorlage zur Bedeckung der durch die Balkankrise aufgelaufenen Kosten und eine Vorlage über die bosnischen Bahnen standen auf der Tagesordnung. Die drei Entwürfe wurden von der Regierung im März und April 1914 mittels Paragraphen Bierzehn in Kraft gesetzt. Das Attentat in Sarajevo am 28. Juni 1914 und der einen Monat später entbrechende Krieg brachen vorläufig die innerpolitische Entwicklung ab. Graf Stürgh schloß die Session des Reichsrates und aller Landtage, die während der Dauer des Krieges nicht einberufen wurden.

Seit Kriegsbeginn war die Tätigkeit des Ministerpräsidenten Grafen Stürgh und seines Kabinetts eine rein verwaltende geworden. Die großen politischen Angelegenheiten spielten sich an anderen Orten ab. Vor allem waren die Mittel für die Kriegsführung bereitzustellen, es wurden, wie bekannt, vier Schatzscheinanleihen ausgegeben, die dank der begeisterten Vaterlandsliebe in allen Schichten der Bevölkerung einen vollen Erfolg erzielten. Die Grundlage für die Ausgabe der Schatzscheine war durch eine Paragraphen Bierzehn-Verordnung vom 4. August 1914 geschaffen, die die Regierung zur Beschaffung der Geldmittel für die Kriegsführung auf dem Wege der Kreditoperation ohne dauernde Belastung des Staatsschatzes ermächtigt. Die Bedeckung für den Zinsendienst wurde durch eine Reihe von tief eingreifenden Steuererhöhungen und Steigerung einzelner öffentlicher Gebühren beschafft. Es wurden erhöht: die Branntwein- und Biersteuer, die Tabakpreise, die Gerichts- und Postgebühren, die Erbschaftsabgaben, die direkten Personalsteuern, die Erwerbs- und die Grundsteuer. Die Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse durch den Krieg hat eine ununterbrochene Reihe von Maßregeln der Regierung notwendig gemacht. Insbesondere hat im Verlaufe des langen Krieges die Ernährung der Bevölkerung im Hinterlande immer neue Anforderungen an die Verwaltung gestellt. Zu der allerjüngsten Zeit wurde zur Bildung eines besonderen Ernährungsamtes geschritten. Die Regierung hat über ihre Tätigkeit während des Krieges nach Ablauf des ersten Kriegsjahres in zwei der Öffentlichkeit vorgelegten Denkschriften berichtet und Graf Stürgh hat zu diesen Berichten Vorreden geschrieben. Ueber den Erfolg dieser jedenfalls sehr umfangreichen und ins einzelne gehenden Arbeit wird, wenn die Zeit hierfür gekommen ist, in der Öffentlichkeit und in den verfassungsmäßigen Körperschaften abschließend geurteilt werden. Seit einem Jahre ungefähr ist die Regierung Stürgh in die Vorverhandlungen mit der ungarischen Regierung über den neuen wirtschaftlichen Ausgleich mit Ungarn eingetreten. Die im Monat Oktober 1915 durch kaiserliche Verfügungen vorgenommene Regelung der Wappen- und Fahnenfrage, Schaffung eines gemeinsamen Wappens für Oesterreich-Ungarn und eines Wappens für Oesterreich tragen die Gegenzeichnung des Ministerpräsidenten Grafen Stürgh. Von den rein innerpolitischen Vorfällen, die für die künftige Entwicklung von Bedeutung sind, ist der Wechsel in der böhmischen Statthalterei hervorzuheben, der an die Stelle des Fürsten Thun den Landespräsidenten von Schleffen, Grafen Coudenhove führte. Anfang Januar 1916 wurde der Statthalter von Oberösterreich, Freiherr v. Handel, in das Ministerium des Innern als Vorstand der legislativen Sektion berufen, um, wie die hierüber veröffentlichte offizielle Mitteilung sagte, „an der Vorbereitung der infolge der Kriegsergebnisse notwendig gewordenen legislativen Aktionen auf verschiedenen Gebieten sowie der sich ergebenden Reformen in der Staatsverwaltung mitzuwirken“.

Die Veränderungen im Kabinett Stürgh.

Das Kabinett Stürgh hat eine Reihe einschneidender Personalveränderungen durchgemacht. Von den Ministern, die bei Bildung der Regierung Stürgh ins Kabinett traten, gehörten ihr bis zum Schluß an: Landesverteidigungsminister Freiherr v. Georgi, Justizminister Dr. v. Hochenburger, Eisenbahnminister Freiherr v. Forster, Unterrichtsminister Dr. Freiherr v. Hussarek, Arbeitsminister Dr. Freiherr v. Erka. Noch im November 1912 erfolgte eine Umbildung des Kabinetts. An Stelle des Finanzministers Dr. Robert Meyer trat der bisherige Minister für Galizien Ritter v. Jaleski, ins Ackerbauministerium, dessen Leitung Ritter v. Jaleski innegehabt hatte, wurde das tschechische Herrenhausmitglied Dr. Braj berufen. Minister für Galizien wurde Ritter v. Dlugosz. Anfang Juli 1912 starb Dr. Braj, im Oktober 1912 trat Handelsminister Dr. v. Roehler wegen schwerer Erkrankung zurück. Ins Kabinett wurden berufen für Dr. Braj der Rat am Verwaltungsgerichtshofe Zenker, für Dr. v. Roehler der Leiter des Postsparkassenamtes Dr. v. Schuster. Am 23. Dezember 1912 starb Finanzminister Graf Jaleski, Freiherr v. Engel, der erste Sektionschef des Ministeriums, wurde zum Leiter des Ressorts bestellt. Seine Ernennung zum Finanzminister erfolgte dann während des Krieges. Im Dezember 1912 schied auch aus parlamentarischen Gründen der Minister für Galizien Ritter v. Dlugosz aus dem Amte. Die Geschäfte führte Sektionschef Ritter v. Morawski, der Ende Januar 1915 zum Minister für Galizien ernannt wurde. Die einschneidende Veränderung während des Krieges trat Anfang Dezember vorigen Jahres ein. Es schieden aus: Minister des Innern Freiherr v. Heinold, Handelsminister Freiherr v. Schuster und Finanzminister Freiherr v. Engel. An ihre Stelle traten der Präsident des Obersten Rechnungshofes Prinz Konrad Hohenlohe als Minister des Innern, Dr. v. Spiztmüller als Handelsminister und Dr. Ritter v. Leih als Finanzminister. Ende August hat Prinz Konrad Hohenlohe einen Krankheitsurlaub angetreten. Die Geschäfte des Ministeriums des Innern führt Freiherr v. Handel.

Während des Frühsummers 1912 erkrankte Ministerpräsident Graf Stürgh an einem Augenleiden. Der Kaiser betraute für die Dauer der Verhinderung des Kabinettschefs den Minister des Innern Freiherrn v. Heinold mit dem Vorsitz im Ministerrat. Am 14. September 1912 übernahm dann Graf Stürgh wieder die Amtsgeschäfte.

Die Ermordung des Grafen Stürggh.

Der furchtbare Krieg, der ein Gebirge voll Gewalttaten und Verwüstungen über die Menschheit gebracht hat, ist auch außerhalb seines eigentlichen Gebietes ein Zerstörer und Anführer zu Verbrechen gewesen. Es scheint, daß die Spannung, die schon vor ihm die europäische Atmosphäre beschwerte und die den Kerben der Zeitgenossen eine schwere Belastungsprobe auferlegt, die Vorbedingungen schafft, aus denen Gewalttaten auch weit hinter den Schlachtfeldern entstehen. Der Mord von Sarajewo bildete das Vorpiel, die Ermordung des französischen Sozialistenführers Jaurès, deren gerichtliche Sühne die französischen Machthaber aus der Angst des schlechten Gewissens heraus nun schon mehr als zwei Jahre lang verschleppt haben, leitete in Frankreich den Krieg ein, vielleicht ermöglichte sie ihn erst. Die Lösung des österreichischen Ministerpräsidenten Grafen Stürggh ist der dritte politische Mord im Zusammenhang dieses Krieges. Haben die beiden vorerwähnten Verbrechen die schwersten Folgen gehabt, so ist in diesem Augenblick nicht zu übersehen, welches die Wirkungen dieses letzten Mordes sein werden. Wissen wir doch nicht einmal die Gründe, die den Mörder veranlaßt haben, seine Pistole auf den Minister zu richten.

Es macht ganz den Eindruck, als ob wir die Tat eines politischen Exaltierten vor uns hätten. Und was wir von dem Täter wissen, spricht für diese Vermutung. Dr. Friedrich Adler gehörte zu den Extremsten in der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs und er scheint dort eine ähnliche Rolle gespielt zu haben, wie Liebknecht und seine Leute in Deutschland. Er hat eine Reihe von Jahren in der Schweiz gelebt, ist dann nach Oesterreich zurückgekehrt und hat zuletzt die Stellung eines Parteisekretärs bekleidet. Allein dem Umstand, daß der Redakteur der sozialdemokratischen Monatschrift „Der Kampf“, Dr. Otto Bauer, in Kriegsgefangenschaft geraten ist, hatte es, Adler, wie die Frankfurter „Volkstimme“ mitteilt, zu verdanken, daß ihm die Redaktion dieser Zeitschrift übertragen wurde. Als solcher hat er die sozialdemokratische Partei, die deutsche, besonders aber die österreichische, scharf angegriffen in einer ähnlichen Weise, wie es die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft in Deutschland tut. Soeben erst hat sich das Organ der österreichischen Sozialdemokratie, die Wiener „Arbeiterzeitung“, in einem langen und scharfen Artikel gegen ihn zu wehren gehabt. Daß die Partei mit dem Verbrechen nicht das Geringste zu tun hat, daß sie es vielmehr auf das schärfste verurteilt, ist also als selbstverständlich zu betrachten. Von einer Persönlichkeit, die Adler aus seiner Berner Studentenzeit her kennt, hören wir, daß er ein etwas exzentrisch veranlagter Mensch war, und man darf es hiernach fast als gewiß annehmen, daß es sich um die Gewalttat eines Monomanen handelt, den entweder eine maßlose politische Leidenschaft oder Großmannssucht getrieben hat. So gräßlich der Mord an sich auch ist und so ernst die Verhältnisse sind, in die dieses düstere Ereignis fällt, so wird doch eine Erschütterung des Staates von ihm nicht ausgehen. Die österreichische Sozialdemokratie erfüllt wie die reichsdeutsche treu ihre vaterländische Pflicht und die Entente wird keinerlei Grund haben, aus dem Ereignis für sich irgend welche Hoffnungen zu schöpfen. Der Bau des österreichisch-ungarischen Reiches, der in diesem Kriege so schweren Stürmen widerstanden hat, wird auch diesem neuen Stoß widerstehen, um so mehr, als Graf Stürggh keineswegs ein Staatsmann war, dessen Hand für die Leitung des österreichischen Staatsschiffes man für unbedingt nötig halten mußte.

Es ist schwer zu sagen, ob es außer den Hoffreien, gewissen Teilen des Feudaladels und der tschechischen Parteien in Oesterreich Parteien oder Gruppen gibt, die seine fünfjährige Ministerpräsidentenschaft als einen Segen für den Staat ansehen. Die Zeit, in welcher der aus dem sogenannten verfassungstreuen Großgrundbesitz hervorgegangene Graf Stürggh als ein freisinnlicher und fortschrittlich gerichteter Politiker angesehen werden mußte, liegt weit zurück. Als er 1909 das Unterrichtsministerium übernahm, führte er es in einem Geiste, der so ziemlich in allen Dingen den Forderungen einer freigerichteten Anschauung entgegengekehrt war. Und die Mittel, die er anwandte, verrieten wohl Gewandtheit und Verschlagenheit, aber wenig Charakter. Daß ihn dennoch die deutsch-freisinnlichen Parteien noch eine Zeilang als einen der Ihrigen gelten ließen, gehörte mit zu den wunderlichen Gutmütigkeiten dieser Parteien, von denen man nicht weiß, ob sie mehr Mangel an politischer Entschiedenheit oder an Einsicht verraten. Aber Graf Stürggh hatte seine Politik nicht ohne Zweck gemacht, und er erreichte, was er bezweckt hatte. Die Gnadenjonne

der Höllinge und Kavaliere leuchtete ihm, und so wurde er, als in den Wirren des Jahres 1911 der Platz des Ministerpräsidenten frei wurde, auf diesen berufen. Abgesehen von den radikalen Tschechen, die ihm zuerst feindlich gegenübertraten, fand er auf keiner Seite Widerspruch, aber auch auf keiner einen freundlichen Willkomm. Die parlamentarischen Kämpfe, die seit dem Abgang des Ministeriums Beck das Parlament zermürbten, hatten eine solche Gleichgültigkeit erzeugt, daß man das Ministerium Stürggh mit einem gewissen Fatalismus hinnahm. Was Oesterreich brauchte, eine starke, führende Hand, die im Stande gewesen wäre, die ungebärdigen Parteien, namentlich die nationalistischen Heißsporne, zu zügeln und zu der eine Mehrheit der Volksvertretung Vertrauen gehabt hätte, befah Stürggh so wenig wie seine Vorgänger. Er suchte mit demselben System, das diese angewandt hatten, das aber längst verbraucht war, zu regieren, d. h. die parlamentarische Zustimmung zu dem zu erhalten, was der Staat notwendig zum Leben brauchte. Unter mancherlei Fährlichkeiten gelang ihm das, indem er den Parteigruppen, die ihm drohten, durch Obstruktion das Parlament lahm zu legen, die Obstruktion gewissermaßen abkaufte. Durch immer weitere Zugeständnisse, die begreiflicher Weise die Autorität des Staates und der Regierung untergruben, brachte er freilich die Widerspenstigen zum Schweigen, aber es liegt auf der Hand, daß dieses System, das einst Graf Taaffe als die Methode des „Fortwurstelns“ bezeichnet hatte, versagen mußte, wo es sich um ein wirklich ernstes Problem handelt. In der böhmischen Frage ist Graf Stürggh ebenso gescheitert wie seine Vorgänger und im Frühjahr 1914 mußte er wegen der drohenden Obstruktion der Tschechen, für deren Kauf er den Preis nicht zahlen konnte, den Reichsrat vertagen und mit dem Notparagraphen regieren.

Zwar hatten im Herbst 1913 neue Ausgleichsverhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen begonnen, aber sie konnten nicht zum Ziele führen. Es wäre die Sache des Ministerpräsidenten gewesen, den Ausgleich zu machen. Aber er hatte den Deutschen gegenüber nicht das Vertrauen, den Tschechen gegenüber nicht die Kraft, um als Führer und Mittler aufzutreten. Durch Zugeständnisse suchte er die Tschechen zu gewinnen, was ihm allerdings deren Sympathien eintug, aber ihre Geneigtheit zu einem ehrlichen Ausgleich keineswegs erhöhte. Die Bemühungen waren vergeblich, aber während des Krieges haben mancherlei Vorläufe in Böhmen, die erst jüngst im ungarischen Parlament eine ausführliche Besprechung erfuhren, das Bedenklische dieser Politik des Grafen Stürggh deutlich gezeigt und der Rücktritt des Staatshalters von Böhmen, Fürsten Thun, wie der Prozeß, in dem der Abgeordnete Kramarsch und mehrere andere tschechische Führer wegen Hochverrats verurteilt wurden und in dem Graf Stürggh in der unangenehmen, ihm sicherlich nicht erwünschten Rolle eines Freundes des Angeklagten Kramarsch erschien, waren späte Nachwirkungen dieser falschen und ihr Ziel verfehlenden Politik. Der Krieg und die Umstände brachten es mit sich, daß Graf Stürggh an der Regierung blieb, nicht weil er allein im Stande gewesen wäre, die Fährden und Nöte des Staates zu überwinden, sondern weil er es verstand, die ausschlaggebenden Faktoren in Oesterreich für sich zu nützen und weil er vorsichtiger Weise sich auch mit dem Führer der ungarischen Regierung, der ihm an Geist und Kraft erheblich überlegen war, in ein gutes Verhältnis zu setzen wußte. Das waren Sicherungen für ihn, die ihn wohl, wenn nicht verbrecherische Gewalt eingegriffen hätte, über den Krieg hinaus an der Macht erhalten hätten.

Die aus den Kreisen des Parlaments mehrfach gemachten Versuche, die Volksvertretung und die Delegationen zusammenzurufen, haben beim Grafen Stürggh wenig Entgegenkommen gefunden, und auch jetzt wieder schien es nicht, als habe der Ministerpräsident Eile, den von allen Parteien, mit Ausnahme der Tschechen, geäußerten Wunsch, daß Oesterreich wieder als ein Verfassungsstaat erscheinen möge, zu erfüllen. Das beruht zu einem Teil wohl auf einer aus Schwäche entsprungenen Angst vor unerfreulichen Szenen im Parlament, zum anderen Teil aber doch wohl auch in dem Gefühl, daß fast alle Parteien dem Leiter der Regierung mit wenig Vertrauen begegneten. Ob diese Haltung des Ministerpräsidenten nun einen ganz extremen Menschen, wie Friedrich Adler, besonders aufgeregt hat, ob dieser überhaupt ein politisches Ziel verfolgte, oder ob es sich um Ueberreizung der Kerben eines ohnehin weit seitwärts Stehenden gehandelt hat, wird man vielleicht erst nach Verlauf einiger Zeit erfahren. Sicherlich steht Oesterreich vor einer ernsten Lage. Was es braucht, ist ein Staatsmann, der die politischen Notwendigkeiten voll erkennt, die aus der Stellung der Monarchie während des Krieges und nach ihm im Verhält-

nis zu den verbündeten und feindlichen Mächten sich ergeben, und der mit Sicherheit und Klarheit auch im Innern den Weg zur Versöhnung und zum Ausgleich der österreichischen Volksstämme und damit zur dauernden Festigung des Reiches zu finden weiß. Dieses hat im Laufe der Jahrhunderte viel ernste Gefahren glücklich überwunden. Selbstvertrauen und Willensstärke und die aus den Jahrhunderten einer stolzen Geschichte erwachsene Kraft werden ihm auch über die jetzige Lage, die den einen der beiden Teilstaaten betroffen hat, ohne Schaden hinwegfelsen.

Graf Stürgkh.

Von

Rudolf Rotheit.

Für die blutige Untat, die gestern mittag im Speisesaal eines vornehmen Wiener Gasthofes begangen wurde, sucht man nach einer Erklärung. In der Tatsache, daß der Fanatiker, der die tödlichen Revolverkugeln gegen den Grafen Stürgkh abfeuerte, ein Sohn Viktor Adlers, des anerkannten Führers der österreichischen Sozialisten ist, kann eine Erklärung dafür nicht gefunden werden. Gerade Viktor Adler hat ein Menschenalter hindurch seine bedeutenden geistigen und rednerischen Fähigkeiten darauf verwendet, die sozialistische Opposition in gemäßigte Bahnen zu leiten und darin zu erhalten. So nachdrücklich er auch jederzeit für die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterschaft, für die Erweiterung ihrer politischen Rechte eintrat, so warnte er doch stets vor Gewalttaten, die er als widersinnig und zweckwidrig ablehnte. Der Sohn aber nahm im Gegensatz zum Vater seinen Platz auf dem äußersten linken Flügel der Partei in der unmittelbaren Nachbarschaft des Anarchismus ein. Er verfolgte diese Richtung, bis er zur „Propaganda der Tat“ anlangte. In der Redaktionsstube der Wiener „Arbeiterzeitung“, deren Herausgeber Viktor Adler ist, bricht ein Vater über die verhängnisvolle Tat eines verlorenen Sohnes zusammen, und die geistige Führerschaft einer Partei wendet sich von einem Verblendeten ab, der durch sein Verbrechen nur die Richtigkeit der Ueberzeugung von dem Widerfynn solcher verdammenswerten Handlungen beweist.

Die Kugeln des Mörders trafen einen Mann, dessen politische Figur nicht kraftvoll und bedeutend genug war, als daß daraus ein Antrieb zu so tödlichem Haß hergeleitet werden könnte. Graf Stürgkh, der seit fünf Jahren an der Spitze der österreichischen Regierung stand, erreichte kaum das Mittelmaß eines Staatsmannes. Er war ein Deutscher aus Graz, der deutschen Hauptstadt der grünen Steiermark, geboren 1859. Er kämpfte in den Anfängen seiner politischen Laufbahn mit Eifer und Geschick in den Reihen seiner Volksgenossen auf der Linken des österreichischen Parlaments für die deutsche Sache gegen Slawentum und Italiertum. Um die Wahrung des deutschen Besitzstandes in den südlichen Provinzen Oesterreichs gegen Slowenen und Romanen erwarb er sich Verdienste. Bei der Abwehr des slowenischen Anschlages auf die Stadt Cilli, die mit einer slowenischen Schule beglückt werden sollte, stand er gegen das die Slowenen begünstigende Kabinett Windischgraz mit in erster Reihe. Desgleichen sah ihn der polnische Ministerpräsident Graf Badeni als heftigen Gegner der von ihm mit unerhörter Bedenkenlosigkeit ergriffenen Maßregeln zur Erwürgung der deutschen Opposition im Parlament. Nach den stürmischen Ausritten, deren Schauplatz damals das österreichische Parlament war, ging vom Grafen Stürgkh die Anregung zum Zusammenschluß aller deutschen Gruppen auf Grund eines gemeinsamen Programms aus, zu einer starken Phalang gegen die damals gewissenlos betriebenen politischen Vergewaltigungen der österreichischen Deutschen.

Dies waren die vielversprechenden Anfänge des Grafen Stürgkh. Aber der weitere Verlauf seiner politischen Tätigkeit brachte den Deutschen eine Reihe schmerzlicher Erfahrungen. Die erste war seine Haltung in der Frage der Einführung des allgemeinen Wahlrechts. Da er, als Großgrundbesitzer, nach dem damaligen Kurienwahlssystem ein bevorrechtetes Reichsrätsmandat innehatte, trat er als Gegner des allgemeinen Wahlrechts auf. In der ersten Wahl nach dem allgemeinen Wahlrecht verlor er sein liberales Mandat, worauf er ein klerikales Mandatsangebot annahm. Allein auch dieses Mandat wurde ihm nicht zu teil, die Christlich-sozialen rissen es an sich, und bald darauf wurde Graf Stürgkh, dem auf diese Weise die Türen des Abgeordneten-

Exemlo war es ihm bechieden, in mehreren Landtagen das Werk der Verständigung erfolgreich zu fördern, und der nationale Ausgleich in Galizien zählt zu den Ruhmesblättern seiner Regierung.

Seit Ausbruch des Krieges war Graf Stürgkh rastlos tätig, um den ungeheuren, völlig neuen und nie dagewesenen Aufgaben gerecht zu werden. Seine Umsicht, seine Kaltblütigkeit, seine Erfahrung auf allen Gebieten der Administration bildeten in dieser ersten Zeit einen kostbaren Besitz des Vaterlandes, und um so schwerer wird der Verlust empfunden, den sein jähes gewaltsames Ende bedeutet. Um ihn trauern alle, die die Güte seines Herzens, den Adel seines Wesens kannten. Sein glühender Patriotismus, sein aufrechter Glaube an die Größe und Zukunft des Vaterlandes, seine begeisterte Hingabe an das Gemeinwohl bleiben als kostbares Vermächtnis zurück. Sein Name ist verzeichnet im Ehrenbuch Oesterreichs, sein reines Andenken wird fortleben und in höchsten Ehren gehalten werden.

Die Nachfolge des Grafen Stürgkh.

Gestern nachmittag versammelten sich die Mitglieder des Kabinetts Stürgkh im Ministerpräsidentenrat. Es war kein formeller Ministerpräsidentenrat, da der Vorsitzende noch nicht ernannt ist, sondern nur eine zwanglose Besprechung, die — wie aus ministeriellen Kreisen verlautet — hauptsächlich den Bestimmungen für das Leichenbegängnis des Grafen Stürgkh galt.

In allen politischen Kreisen wird selbstverständlich die Frage erörtert, wer das Erbe des Grafen Stürgkh antreten wird, eine Frage, deren Lösung auf das lebhafteste Interesse der Bevölkerung stößt. Man nennt verschiedene Staatsmänner als mögliche Nachfolger, Persönlichkeiten aus der gegenwärtigen Regierung, wie ehemalige Ministerpräsidenten.

Ob das Kabinett in seinem gegenwärtigen Bestand bleibt und nur einen neuen Chef erhält, oder ob es demissionieren wird, um dem künftigen Ministerpräsidenten völlig freie Bahn zu schaffen, auch über diese Frage werden autoritative Meinungen noch nicht abgegeben.

Wenn nicht besondere Umstände eintreten, wird eine Entscheidung in der Ministerpräsidentenratsfrage erst nach Beisehung des Grafen Stürgkh bekanntgegeben werden.

Als Nachfolger des Grafen Stürgkh werden in politischen Kreisen in erster Reihe die Namen Dr. v. Koerber, Dr. Max Vladimir Freiherr v. Bed und Prinz Konrad v. Hohenlohe genannt.

Von den genannten wurde gestern der gemeinsame Finanzminister Dr. Ernst von Koerber vom Kaiser in längerer Audienz empfangen.

Gestern wurde ferner Minister des Innern Prinz Hohenlohe vom Kaiser in Audienz empfangen.

Auch heute erschien der Prinz beim Kaiser in Audienz.

Das Attentat.

Die Bevölkerung Wiens steht nach wie vor unter dem tiefen Eindruck der furchtbaren Tat, der Ministerpräsident Graf Stürgkh so jäh zum Opfer gefallen ist. Die Rärntnerstraße und der Neue Markt, auf welche die beiden Fronten des Hotels Meißl u. Schadn hinausgehen, in welchem die Untat geschah, ist, wie auch gestern den ganzen Tag über von Tausenden von Neugierigen umlagert. Oben auf dem Balkon des Ministerpräsidentenratspräsidenten in der Herrngasse, von dessen Dach eine lange schwarze Trauerfahne herabweht, das Ziel tausender teilnehmender Menschen. In der Herrngasse selbst patrouillierte den ganzen Tag über zahlreiche Sicherheitswache.

Außerordentlich interessant sind die Stimmung und die Urteile der Bevölkerung anlässlich des furchtbaren Ereignisses, allgemein und schrankenlos ist die tiefe Teilnahme und Betrübnis über das Schicksal, das den verdienten und,

wie sich jetzt zeigt, so seiner schlichten Menschlichkeit in allen Kreisen beliebten Staatsmann getroffen hat. Nicht minder interessant und charakteristisch ist es, wie sich die gesamte Öffentlichkeit, und zwar ausnahmslos in allen Schichten der Bevölkerung, über das Attentat und den Attentäter selbst äußert. So wie sich das Urteil einerseits voller Entrüstung gegen die Tat selbst wendet, so klingt andererseits überall die Auffassung durch, daß man es hier wirklich nur mit der pathologisch zu erklärenden Tat eines in seiner psychischen Verfassung ganz aus dem Gleichgewicht geratenen zu tun hat. Gleich wie die „Arbeiterzeitung“ bringen dies gestern die Blätter aller wie immer gearteten politischen Richtungen zum Ausdruck. Festgestellt ist, daß Dr. Fris Adler, obgleich Parteisekretär der deutschen sozialdemokratischen Partei Oesterreichs, sich mit derselben im heftigsten prinzipiellen Gegensatz befand und in dem Organ „Der Kampf“, das er seit 1914 herausgab, gegen sie auf das erbitterteste polemisierte. Bezeichnend ist es, daß er noch in den letzten Tagen anlässlich der Frage der Teilnahme an einer für gestern angesetzt gewesen und von der Behörde verbotenen Versammlung gegen die Parteileitung und ihr Organ, die „Arbeiterzeitung“, mit einer damals bereits alle Grenzen übersteigenden Exaltation auftrat.

Interessant sind die folgenden Details, welche die „Arbeiterzeitung“ mitteilt: Doktor Friedrich Adler hatte in einem hiesigen Bezirk noch für heute Montag einen Vortrag zugesagt; in den letzten Tagen hatte er sich noch um verschiedene Artikel für die nächste Nummer des „Kampf“ gekümmert. Unter anderem hatte er sich noch eine Karte für die gestrige Sonntagsvorstellung der Richard Straußschen Oper „Ariadne auf Naxos“ in der Hofoper besorgen lassen. Am Samstag, dem Tag der Tat, ist er bis gegen 1 Uhr nachmittags im Parteisekretariat tätig gewesen, dann telephonierte er von dort seiner Mutter, daß er nicht zum Mittagessen nach Hause kommen werde. Er entfernte sich hierauf aus der Sekretariatskanzlei und begab sich in das Hotel Meißl u. Schadn, wo er in demselben Saale Platz nahm, in welchem Graf Stürgkh seit Jahren als Stammgast zu speisen pflegte. Hier bezahlte er, nachdem er — wie bereits gemeldet — das aus drei Gängen bestehende Menü bestellt und noch einen schwarzen Kaffee genommen hatte, in aller Ruhe, ohne daß die Kellner auch nur die geringste Erregung an ihm hätten wahrnehmen können. Darauf vollführte er plötzlich in der geschilderten Weise die Tat.

Ein zweiter Lokalaugenstein im Speisesaale

Gestern vormittag wurde im Hotel Meißl u. Schadn im Speisesaale, der vorgehens der Schauplatz der unfassbaren Bluttat war, von einem Beamten der Polizeidirektion abermals ein Lokalaugenstein vorgenommen. Beim Fenster hatte man, wie schon erwähnt worden ist, auf dem Boden nächst der Leiche eine Revolverkugel gefunden. Es ist zweifellos, daß auch sie von einem Schuß stammt, der gegen den Kopf des Ministerpräsidenten gerichtet war. Der Sessel, auf dem Graf Stürgkh während des Mittagmahles und bei der Ausführung der Tat gesessen war, zeigte oben an der Lehne Spuren davon, daß eine Kugel ihn gestreift hat. Die Kugel hat das Ziel verfehlt und hat dann den Fenstervorhang bei den Säulen der Ballustrade hinter dem Sessel durchlocht. Sie hatte weiter ihren Weg gegen die dicke Fensterscheibe genommen und die Scheibe eingedrückt, aber nicht zertrümmert. Die Kugel war dann deformiert zu Boden gefallen und dort liegen geblieben. Man hatte angenommen, daß die Fensterscheibe dadurch eingedrückt worden ist, daß Statthalter Graf Loggenburg, im Bestreben, den Täter unschädlich zu machen, den Sessel, auf dem er saß, erhob und gegen ihn geschwungen hat. Nun hat sich herausgestellt, daß das Fenster durch das Geschloß, nicht aber durch den Sessel eingedrückt worden ist.

Die Persönlichkeit des Dr. Friedrich Adler.

Ueber die Persönlichkeit des Attentäters Dr. Friedrich Adler wird noch folgendes berichtet:

Dr. Friedrich Adler war ein Schüler des großen Physikers und Philosophen Ernst Mach, und zwar Machs Lieblings Schüler.

Machs Empfehlung brachte ihn nach München, wo er am Deutschen Museum tätig war, und dann nach Zürich, wo er am Polytechnikum über physikalische Probleme las. Daneben betätigte er sich immer als leidenschaftlicher Sozialdemokrat. Körperliche Belastung hatte den unflüchtigen Schwärmen von jeder bedrückt, eine Schwester lebt seit Jahrzehnten im Irrenhaus. Der Krieg hat den psychopathischen Menschen ganz aus dem Konzept gebracht. Während sein Vater Viktor Adler die österreichische Sozialdemokratie mit Führergewissenhaftigkeit zu leiten mußte, verfiel sein ältester Sohn — der zweite hatte sich als Kriegsfreiwilliger gemeldet und war nach langen Bemühungen bei einem Wiener Regiment untergekommen — in die schwerste Kriegspolizei. Der Krieg hat auch seinen Namen bekannter gemacht. Der bisherige Herausgeber des „Kampf“ Dr. Otto Bauer, der junge Politiker, der schon als Fraktionssekretär großen Einfluß hatte und dessen Werke über Oesterreich und über Weltpolitik große Beachtung gefunden haben, zog als Leutnant ins Feld und sitzt nun bereits zwei Jahre als Gefangener in Ostibirien. Die von ihm geleitete Redaktion der Monatschrift „Der Kampf“ ging deshalb auf Dr. Friedrich Adler über. Von da an nahm der „Kampf“ eine deutliche Schwankung vor. Die Diskussion ging zumeist um die Stellung der deutschen Sozialdemokratie, die von Adler heftig angegriffen wurde. Der Reichsratsabgeordnete Dr. Karl Renner hat die Argumente Adlers wiederholt mit gründlicher Wissenschaftlichkeit bekämpft. Friedrich Adler ist mit einer russischen Studentin verheiratet, die mit ihren zwei Kindern in der Schweiz lebt. Er hat seine Familie aber auch während des Krieges besucht.

Verhör mit dem Attentäter.

Dr. Friedrich Adler wurde Sonntag nachmittag im Polizeigefängnisse dem Untersuchungsrichter Landesgerichtsrat Dr. Jakob vorgeführt und wurde einem gerichtlichen Verhör unterzogen, das bis zum späten Abend dauerte. Dr. Friedrich Adler wurde dann in die Zelle zurückgeführt.

Im Ministerpräsidentenrat.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden der Nachricht von dem Attentat auf den Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh sind im Ministerpräsidentenrat erschienen und haben ihr Beileid ausgesprochen: Der Erste Obersthofmeister Fürst Montenuovo, Minister des Außern Baron Burian, Kabinettsdirektor Dr. Freiherr v. Schiebl, der deutsche Botschafter v. Tschirch und Bögendorff mit dem zur Botschaft kommandierten Hauptmann Brinzen Viktor Erbach-Schönburg, der ungarische Minister am Allerhöchsten Hoflager Baron Erwin Roszner, der im eigenen und im Namen der ungarischen Regierung seiner wärmsten Teilnahme Ausdruck gab, Kriegsminister Generaloberst Freiherr von Krobatin, Präsident des Gemeinsamen Obersten Rechnungshofes Dr. Freiherr v. Blener. Im weiteren Verlaufe des Nachmittags und Abends fanden sich ein: Oberstkommandant Dr. August Graf Zichy, Oberzeremonienmeister Graf Choloniowski, Generaldirektor v. Saverda-Wehrlandt im eigenen und im Namen der Generaldirektion der Allerhöchsten Privat- und Familienfonds, die Flügeladjutanten des Kaisers Oberst Graf Hohos, Oberst v. Spanzil und Oberleutnant Freiherr v. Catinelli, Ministerpräsident a. D. Graf Bienerth-Schmerling und Gemahlin, die Minister a. D. Dr. v. Korytowski, Dr. Ritter v. Wittel und Bürgermeister Dr. Weiskrämer; dann vom diplomatischen Korps der schwedische Gesandte Baron Beck-Friis, der schweizerische Gesandte a. D. Bourcart, der bayerische Geschäftsträger Freiherr v. Hoffmann, der dänische Geschäftsträger A. de Perche, weiter Militärkommandant G. d. J. Freiherr v. Kirchbach, Statthalter a. D. Freiherr v. Spiegelfeld, die Sektionschefs Doktor Ludwig Emilinski, Orienberger, Homann, Weihbischof Dr. Jscholke und Dr. Hellmann, Geheimer Rat Freiherr v. Winterstein, Gesandter Dr. v. Fuchs, Magnatenhausmitglied Ladislaus Graf Szapary, Vilmos, Graf Balffy Fürst von Thiano, Herrenhausmitglied Rudolf Graf Paworowski, Graf Max Herberstein, Hofrat Alexander Graf Zedtwitz,

Die Konferenz der Parteienvertreter.

Die meritorische Debatte über die Parlamentsfrage.

* Wien, 23. Oktober.

Wie bereits im Abendblatt berichtet, traten die Vertreter aller Parteien des Abgeordnetenhauses heute um halb 5 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz des Präsidenten Dr. Sylvester zu einer Beratung über die Frage der Einberufung des Reichsrates zusammen.

Auch die drei Vertreter des Herrenhauses, die Obmänner der drei Gruppen, Fürst Fürstenberg, Freiherr v. Czedit und Graf Clam-Martinić, waren in der Sitzung anwesend.

Als Vertreter der Parteien des Abgeordnetenhauses hatten sich eingefunden: Dr. German, Zulek, Bernerstorfer, Josef Ritter v. Bogacnik, Romanczuk, Dr. Ofner, Ritter v. Wassilko, Dr. Fabutti, Herrenhausmitglied Dr. Ritter von Bilinski, weitere die Abgeordneten Dr. Konit, Lewicki, Simionowicz, Seitz, Dr. Gustav Groß, Denk, Wolf, Dr. Eugen Lewicki, Dr. Petruszewicz, Rendjior, Stanel, Mastalka, Dr. Trhlowski, Szapinski, Dr. Damm, Fink, Schraffl, Dr. Smeral, Dr. Schusterschic, Dr. Gruban, Dr. Stransky, Dr. Hübschmann, Dr. Jäger, Ritter v. Pang, Dr. Korodier, Jro, Daszynski und Ritter v. Abrahamowicz. Entschuldigt hatten sich die Abgeordneten Dr. Jucevic und Dr. Rizzi.

Keine Einigung zwischen Herren- und Abgeordnetenhause.

Die Teilnahme der Herrenhausmitglieder an der heutigen Obmännerkonferenz war von der Absicht geleitet, den seinerzeitigen Beschluß des Herrenhauses gründlich in seinen Beweggründen darzulegen und die Abgeordneten baldmöglichst zum Beitritt zu diesem Beschluß zu bewegen. Dies ist aber, wie Graf Clam-Martinić, am Schluß der vierstündigen Obmännerkonferenz feststellte, nicht gelungen. Während der Herrenhausbeschlüsse bekanntlich dahin lautete, zuerst seien die Voraussetzungen für den erfolgreichen Verlauf der Verhandlungen zu sichern, unerlässlich und sofort möglich sei aber der Zusammentritt der Delegationen, ging die einmütige Verfassung der Sprecher des Abgeordnetenhauses dahin, daß die Forderung nach Einberufung des Reichsrates in die erste Linie zu rücken sei. Die Einberufung des Reichsrates und die Neuwahl von Delegierten durch diesen Reichsrat ist nach der einstimmigen Ansicht der Abgeordneten die Voraussetzung für eine Tagung der Delegation.

Die Debatte.

Die Vertreterkonferenz nahm folgenden Verlauf:

Präsident Dr. Sylvester begrüßte sämtliche Erschienenen, vor allem die Mitglieder des Herrenhauses, und gab der Erwartung Ausdruck, daß die gemeinsamen Beratungen zu einem für die Wiederbelebung des Parlamentarismus in Oesterreich förderlichen Ergebnis führen werden.

Graf Clam-Martinić begründete in eingehender Rede den Beschluß der Herrenhausgruppen und legte dagegen Verwahrung ein, daß in den Beschlüssen des Herrenhauses irgendeine Spitze gegen das andere Haus gesehen werde. Nur unter der Voraussetzung, daß die Einberufung des Reichsrates auf unüberbrückbare Schwierigkeiten stoßen könnte, wünscht das Herrenhaus die Einberufung der Delegation.

Erklärung des Dr. Groß.

Dr. Groß (Deutscher Nationalverband) gibt folgende Erklärung ab: Es ist selbstverständlich, daß jeder Abgeordnete das Anhaltbare und Tiefbedauernde des heutigen Zu-

standes empfindet und daß wir alle ohne Ausnahme den dringenden Wunsch haben, unser Vaterland möge hinsichtlich der Teilnahme des Volkes an der Regierung wenigstens mit den kleinen Staaten, mit denen wir im Kriege liegen, gleichgestellt werden; ist ja doch sogar die serbische Kuppjatin in der Lage, Beratungen abzuhalten. Ich will nicht untersuchen, ob gerade alle parlamentarischen Verhandlungen während des Krieges für die Kriegsführung der betreffenden Mächte besonders vorteilhaft waren. Gewiß aber ist, daß man in allen kriegsführenden Staaten, auch in Rußland, den Parlamenten das Recht der Einsicht in die gesamte Staatsverwaltung und -Gbarung und das Recht der Kontrolle gelassen hat, während man den österreichischen Reichsrat dieses wichtigsten Rechtes beraubt hat.

Die parlamentslose Zeit hat nicht erst mit dem Kriege begonnen, sondern das Parlament wurde schon ein halbes Jahr vorher verlegt, zu einer Zeit, als noch niemand an den Ausbruch des Krieges dachte, nachdem alle Bemühungen, insbesondere auch die unseres Verbandes, die Arbeitsfähigkeit des Hauses herzustellen, vergeblich gewesen waren. Gewiß trifft ein großer Teil der Schuld an der Parlamentslosigkeit die Regierung, die es nicht verstanden hat, Zustände zu schaffen, durch die ein ordnungsmäßiges Arbeiten des Hauses ermöglicht worden wäre. Wir müssen aber so viel Selbsterkenntnis besitzen, um uns zu sagen, daß auch das Parlament selbst einen Teil der Schuld trägt. Das Haus hat es nicht verstanden, seine Rechte zu wahren, insbesondere nicht das Recht des regelmäßigen Zusammentritts und das Recht der Kontrolle über den Staatshaushalt und die Bewilligung, beziehungsweise Verweigerung des Staatsvoranschlags. Das war deshalb möglich, weil das Haus sich nicht bemüht geworden ist, daß diese Rechte auch Pflichten beinhalten, und weil es eben diese Pflichten nicht erfüllt hat. Ich will keine Vorwürfe gegen einzelne Parteien oder gar Personen erheben, aber es muß festgestellt werden, daß das Abgeordnetenhaus, das die nationalen und politischen Streitigkeiten in den Vordergrund stellte und wiederholt die Erledigung des Staatsvoranschlags, nicht zu reden von Rechnungsabschlüssen, unterlassen hat, in seiner Arbeitsfähigkeit außerordentlich beschränkt war und nur mühsam solche gesetzgeberische Arbeiten erledigen konnte, über die alle Parteien bis zur kleinsten Herab einig waren, während andere wichtige Gesetzgebungsarbeiten, auch solche nicht-politischer Natur — ich erinnere nur an das so dringend notwendige Versicherungs-gesetz — zurückgestellt wurden. Das müßte natürlich anders werden, wenn der Reichsrat die Erwartungen, die die Bevölkerung in ihn setzt, auch nur halbwegs erfüllen wollte.

Welches sind nun die Aufgaben, die der Reichsrat bei seinem Zusammentritt in der nächsten Zeit zu erfüllen hätte? In erster Reihe wären alle Sünden auszumachen. Wir haben eine Ungaröl von § 14 Verordnungen vor uns, zum Teil noch aus der Zeit vor dem Kriege, zu denen der Reichsrat so oder so Stellung zu nehmen hat, eine Stellungnahme, die sich natürlich nicht auf die bloße Kenntnisnahme beschränken kann. Wir haben weiter die Vorschläge und Rechnungsabschlüsse der verflochtenen Jahre zu prüfen. Der Ausgleich mit Ungarn läuft demnach ab, und das Verhältnis der beiden Reichshälften muß neu geregelt werden. Wir stehen vor gigantischen finanziellen Aufgaben. Wir haben Stellung zu nehmen zu den Kreditoperationen, die die Regierung zur Deckung der Kriegsauslagen durchgeführt hat, und die während des Krieges einen Umfang angenommen haben, von dem wir uns bis dahin nicht die entfernteste Vorstellung gemacht haben. Wir haben aber auch Vorsorge zu treffen für die finanzielle Sanierung in der Zukunft, durch die an uns oder vielmehr an die gesamte Bevölkerung Ansprüche gestellt werden, die die bisherigen Belastungen von Steuerbelastung vollständig über den Hausen werden.

Wir haben weiter an den Taten der Regierung seit der Vertagung des Parlaments Kritik zu üben und Abrechnung zu halten, eine Abrechnung, die nicht leicht sein wird, in seiner Richtung. Nicht leicht für das Parlament, das seine ganze Kraft einsetzen mußte, um diese Abrechnung entsprechend zu gestalten; noch weniger leicht für die Regierung und ihre Organe. Wir werden diese Kritik nicht nur zu üben haben an der Zivilverwaltung, sondern auch an der Militärverwaltung. Was die militärischen Angelegenheiten betrifft, verbietet sich während des Krieges ein näheres Eingehen auf dieselben, aber es bleibt noch so unendlich viel übrig, das wir ruhig besprechen können, daß das Abgeordnetenhaus damit allein Jahre zutun hätte.

Die Bevölkerung verlangt allerdings vom Parlament noch viel mehr: die Beseitigung aller Uebelstände in der Zivil- und Militärverwaltung und vor allem die entsprechende Lösung der Lebensmittelfrage und die Beseitigung des Lebensmittelmangels. Das ist etwas, was das Haus niemals leisten kann. Wenn die Lebensmittelfrage wirklich in dem Sinne gelöst werden kann, daß unter allen Umständen alle Schichten der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln bis zum endlichen Abschluß des Krieges versehen werden können — und ich bin überzeugt, daß eine solche Lösung möglich ist —, so erfordert eine solche Lösung die denkbar intensivste Verwaltungstätigkeit unter einheitlicher Leitung einer starken Hand. Das ist aber etwas, das ein Parlament niemals leisten kann und nicht zu leisten hat. Wohl wird es unsere Aufgabe sein, Kritik zu üben an den bisherigen Maßregeln und die verantwortlichen Faktoren zur Verantwortung zu ziehen, aber selber durchführen kann das Parlament die notwendigen Verfügungen nicht. Hier zeigt sich eben deutlich das Unvermögen des Parlamentes zur Erfüllung von Verwaltungsaufgaben. Wenn im Hause noch so schöne Reden gehalten und noch so viele der schon in Friedenszeiten so überaus nützlichen Resolutionen beschlossen werden sollten, so wird damit weder ein Körnchen Getreide noch ein Schweinchen beschafft. Hier müssen wir von vornherein unser Tätigkeitsgebiet abgrenzen, und ich glaube, wir können das um so leichter tun, als die übrigen Aufgaben so gewaltig sind, daß eine vollkommene Lösung derselben ohnehin ausgeschlossen erscheint. Zu den schwierigsten Aufgaben, die des Hauses karrn, gehört auch die gesetzgeberische Vorbereitung für den Übergang vom Kriegszustand zum Frieden, welcher Übergang heute kaum abschätzbare Schwierigkeiten mit sich bringen wird.

Wenn diese Aufgaben auch nur teilweise erfüllt werden sollen, muß die Arbeitskraft des Hauses eine ganz andere sein als in den letzten sogenannten Arbeitsmonaten. Es bedarf wohl kaum des Hinweises darauf, daß eine neue Geschäftsordnung unbedingt notwendig ist. Die Frage, ob alle Parteien für den Reichsrat in seiner jetzigen Zusammensetzung einer neuen Geschäftsordnung zustimmen könnten, möge dahingestellt bleiben. Aber auch mit einer idealen Geschäftsordnung können die Aufgaben des Parlamentes nur dann gelöst werden, wenn sich alle Parteien eine gewisse Selbstbeschränkung auferlegen.

Wir alle müßten davon absehen, irgendwelche

grundsätzliche Fragen zur Sprache oder gar zur Lösung bringen zu wollen, sondern wir müßten uns beschränken auf die notwendigsten Bedürfnisse des Augenblicks, und zwar auf die Bedürfnisse des Staates in seiner Gesamtheit. Es dürfen keine nationalen Streitfragen angeschnitten werden; wir müssen uns bis zur Wiederherstellung geordneter Verhältnisse auch Enthaltsamkeit auferlegen in allen Verfassungs- und selbst in Immunitätsfragen. Ebenso muß das Wettrennen der Parteien um den Siegeskranz der Popularität aufhören. Nur unter diesen Voraussetzungen halten wir das Parlament für arbeitsfähig, und nur ein solches Parlament wünschen wir.

Wir erlauben uns nun an alle Parteien das dringende Ersuchen zu richten, diese Voraussetzungen so bald als möglich zu schaffen. Nicht bloß des Staates wegen, der das Parlament zu seiner Fortentwicklung und zur Fortführung des Krieges braucht, sondern ebenso um des Parlamentes selbst willen.

Ich bitte nicht zu vergessen, daß durchaus nicht alle, die heute noch dem Parlament schreien, dabei guten Willens sind. Es sind im Gegenteil sehr viele darunter, die diesen Ruf erheben in der geheimen Hoffnung oder sicheren Überzeugung, daß das Parlament seine Aufgaben nicht erfüllen könne oder wolle und daß dann die Zeit gekommen sein werde, um die zeitweise Erstattung des Reichsrates zu einer dauernden zu machen. Vergessen Sie nicht, daß dunkle Kräfte, und gewiß nicht die schwächsten, bei uns an der Arbeit sind, um dieses eble Ziel zu erreichen. Noch ist es Zeit, diesen Machenschaften ein Ende zu bereiten und den Parlamentarismus zu retten, aber nur, wenn sich die Parteien auf sich selbst besinnen und auf ihre Pflicht gegen den Staat, und wenn wir alle zusammenarbeiten, um ein arbeitsfähiges Parlament zu schaffen.

Dr. Kost. Lewicki (Ukrainer) erklärt sich im Namen der ukrainischen Parteien für die Einberufung des Reichsrates und der Delegationen, die er als eminente Volks- und Staatsnotwendigkeit erachtet. Unter der selbstverständlichen Bedingung der Aufrechterhaltung der verfassungsmäßig den Abgeordneten zukommenden Rechte werde seine Partei für eine ungestörte, dem Ansehen der Monarchie Rechnung tragende Tagung Sorge tragen.

Seit (Sozialdemokrat) spricht sich für die Einberufung des Reichsrates aus und erklärt, seine Partei würde die Gültigkeit der alten Delegationsmandate nicht anerkennen, und würde erst darüber beschließen, ob sie solche Delegationen, wie sie das Herrenhaus wünscht, überhaupt beschiden würde.

An gleichem Sinne sprechen die Abgeordneten Daszynski (polnischer Sozialdemokrat), Dr. Gruban (tschechisch-katholisch), Bernerstorfer (Sozialdemokrat), Dr. Ofner (Wilder) und Dr. Jäger (alldeutsch).

Dr. v. Bilinski (Polenklub) erklärt, daß die Wahl der neuen Delegierten im Reichsrat auf keine Schwierigkeiten stoßen werde.

Der Standpunkt der Christlichsozialen.

Schraffl (Christlichsozial) bemerkt, angesichts der heutigen Sachlage und des Todes des Grafen Stürgkh sei es peinlich, über parlamentarische Angelegenheiten und politische Fragen zu verhandeln; er sei dafür gewesen, die Konferenz bis nach der Ernennung eines neuen Regierungschefs zu vertagen. Zur Sache selbst erklärt er: Die Christlichsoziale Vereinigung ist von der Überzeugung durchdrungen, daß es im jetzigen schweren Kampf der Monarchie die oberste, ja die einzige Aufgabe aller Völker und Parteien im Staate sein muß, die an den Grenzen und im eigenen Gebiet kämpfenden Feinde abzuwehren. Im Rahmen dieser Gesamtaufgabe der Monarchie nahm die christlichsoziale Partei in wiederholten Beratungen zur Frage der Parlamenteinberufung Stellung und gelangte stets zur Überzeugung, daß die Mitarbeit des Reichsrates an den öffentlichen Aufgaben für die Gesamtinteressen des Staates nur fördernd und nicht schädigend wirken könne. Die Christlichsozialen sind der Anschauung, daß eine Parlamentsstagung bei Beginn des Krieges oder zur Zeit des italienischen Ueberfalles genau so würdevoll und die Staatsinteressen nicht schädigend verlaufen wäre wie in den übrigen Staaten des Vierbundes und im Jänner-Verband. Auch gegenwärtig liege eine Parlamentsstagung unter den Voraussetzungen der nachfolgenden Erklärung im Interesse des Gesamtstaates. Redner spricht sich auch für die Einberufung der Delegation aus, glaubt jedoch, daß diese neu gewählt werden müsse. Er verliest sodann folgende Parteierklärung:

Die Christlichsoziale Vereinigung deutscher Abgeordneter spricht sich nach wie vor für die Einberufung des Parlaments zu einer Kriegstagung aus. Insbesondere erblickt sie in einem arbeitenden Parlament die notwendige Stärkung der konstitutionellen Stellung Oesterreichs in der Monarchie. Die Christlichsoziale Vereinigung hält weiter eine Einflusnahme der Volksvertretung in Fragen der allgemeinen Approvisionierung sowie des Steuerwesens für unerlässlich. Die Christlichsoziale Vereinigung hält die Einberufung des Parlaments auch deshalb für notwendig, weil nur durch die Volksvertretung der Ausbeutung und Verwahrung des Staates und des Volkes wirksam vorgebeugt werden kann. Die Christlichsoziale Vereinigung verlangt und erwartet von der Regierung alle jene Maßnahmen, die für eine gedeihliche Tagung des Parlaments erforderlich erscheinen. Die Christlichsoziale Vereinigung übernimmt für alle ihre Mitglieder die volle Garantie dafür, daß keines derselben im Parlament etwas tun oder sprechen werde, was geeignet wäre, die Interessen der Gesamtmonarchie in irgendwelcher Weise zu schädigen.

Im Anschluß an diese Erklärung führt Redner aus: Unter den Würdigen für eine gedeihliche Tagung verstehen die Christlichsozialen in erster Linie die Schaffung einer neuen Geschäftsordnung, die geeignet ist, den Mehrheitswillen zum klaren Ausdruck zu bringen, ohne daß Widerarbeiten und besonders ganze Nationsvertretungen bergewalligt werden. Ein solcher Schutz von Nationen, sozialen Interessen und dergleichen besteht in allen reifen Parlamenten und kann durch Bestimmung qualifizierter Majorität, erhöhter Präsenz oder anderes bewerkstelligt werden. Redner verweist auf Tirol, wo es nach achtjährigen Bemühungen gelang, im Einvernehmen aller Parteien eine neue Landesordnung, Wahlordnung und Geschäftsordnung zu schaffen. Dies in kurzer Frist auch für das Reichs-parlament herzustellen, sei zu bezweifeln; daher sind die Christlichsozialen dafür, daß die Regierung die unerlässlichen Voraussetzungen für eine erspriehliche und ungestörte Tagung des Parlaments auf autoritativem Wege schaffe.

Redner schließt: Die Christlichsozialen sind ehrlichen Willens, alles zu tun, was im Interesse des Vaterlandes liegt und Kaiser und Reich frommt; sie

ordnen diesem obersten Reichsinteresse insbesondere der möglichst raschen Abwehr der Feinde nach allen Fronten alle anderen Interessen unter. Die Hauptsache ist heute, den Feind zu bekämpfen und zu siegen und dann der Konstitution und den verfassungsmäßigen Volkswahlen zum Wiederaufleben zu verhelfen.

Schusterschic (Slowenisch-Merkaler) erklärt, daß die Einberufung der alten Delegation mit den Gesetzen im Widerspruch sei.

Von den tschechischen Rednern Dr. Smeral, Dr. Stransky, Dr. Hübschmann und Stanel stellte letzterer als Bedingung für eine Tagung des Reichsrates folgende Punkte auf:

- 1. Schutz der Immunität, 2. Freiheit der Presse, 3. Freiheit der Tribüne.

Die folgenden Redner Dr. Trhlowski (radikaler Ruthene), Simionowicz (Rumäne), R. v. Pang (Deutsches Zentrum) und Fabutti (Italiener) sprechen sich für den Zusammentritt des Reichsrates aus.

Graf Clam-Martinić bedauert, daß aus den Ausführungen aller Redner hervorgeht, daß sie sich dem Standpunkt des Herrenhauses nicht anschließen haben.

Präsident Dr. Sylvester stellt in seiner Schlussrede fest, daß sich die Vertreter sämtlicher Parteien für eine Einberufung des Abgeordnetenhauses ausgesprochen und erklärt haben, daß das Abgeordnetenhaus auch die Pflicht habe, cheitens für die Wahl der Delegierten Sorge zu tragen. Er werde die Äußerungen der Parteienvertreter der Regierung zur Kenntnis bringen.

Nach einigen Dankesworten des Grafen Clam-Martinić für die Einladung der Herrenhausmitglieder wurde die Obmännerkonferenz um halb 9 Uhr geschlossen.

Eine Wiener Kundgebung.

In der kürzlich abgehaltenen Plenarversammlung des Politischen Wirtschaftsvereins Leopoldstadt gelangte eine Resolution zur einstimmigen Annahme, in der die Einberufung des Parlaments von der Regierung gefordert wird. „Eine etwaige bloße Tagung der Delegationen könne mit Rücksicht auf den verfassungsmäßigen Wirkungsbereich dieser Institution nicht genügen, um der Gesamtbevölkerung jene Ruhe zu verschaffen, die die natürliche Voraussetzung des Durchhaltens ist.“

Wem gebührt der Vorrang?

Wohl liegt es im Bereich der Möglichkeit, daß Regierung und Parteien in Oesterreich, durch so gewaltige Anstrengungen und so tiefe Erschütterungen innerlich gewandelt, den Versuch unternehmen, einen Anfang zu setzen; daß sie für ihr Handeln das Maß nicht mehr in der Vergangenheit nehmen, sondern in der Zukunft suchen, wobei sie aus den Erfahrungen einer wirren Zwischenzeit nur die Lehre mitnehmen, daß alles andere möglich und denkbar ist, nur nicht das Geſtrige. Man muß zugeben, daß ein völliger Wandel der Ziele und Methoden hohe Geistes- und Charakterkräfte erfordert, daß er doppelt beschwerlich ist, wenn die Bühne, wo er vor sich gehen soll, die alte Besetzung fortzuschleppt. Es wird darum so leicht nicht sein, den neuen Weg zu finden, aber das historische Geschehen, das zwischen unserer politischen Vergangenheit und dem Heute liegt, ist so gewaltig, so hart und so in die Sinne fallend, daß es seine Schwirkung getan haben muß.

Wir müssen andere werden! Das steht vor allem fest. Andere auf allen Gebieten, überall ernster und tiefer, überall anderen Zielen uns zuwenden. Wir haben bisher ja nichts ernst genommen: nicht die Verfassung, mit der oben und unten nicht eben glimpflich verfahren worden ist; nicht mit den Rechten des Staatsganzen noch mit den Rechten des Staatsbürgers, denn streitig ist nur, wer dem anderen mehr schuldig geblieben ist, der Staat dem Bürger oder der Bürger dem Staat; nicht mit dem Rechtsstaat, denn daß Gesetze nur dann einen Sinn haben, wenn sie vom Unten und vom Oben in gleicher Strenge eingehalten werden, ist uns bisher noch niemals eingegangen. Und so könnten wir mit der Liste unserer Fehlgriffe und Irrtümer noch lange fortfahren, ohne so bald zu Ende zu kommen. Das Register unserer Veräumnisse wäre ja zugleich der Katalog unserer künftigen Aufgaben.

Eines aber wollen wir heute besonders hervorheben, weil es uns von besonderer Wichtigkeit erscheint, weil es die politische Denkrichtung selbst betrifft, der wir folgen müssen, aus der sich die weiteren Einzelfragen von selbst ergeben. Wahr ist, daß es zunächst gelten wird, unsere Staatlichkeit wieder in Vollbesitz aller ihrer Einrichtungen und Organe zu setzen, die einem Staate des zwanzigsten Jahrhunderts wesensnotwendig sind; wahr ist, daß dies zunächst eine rein politische Aufgabe ist, wie die Heilung eines kranken Körpers eine rein medizinische. Aber es ist jetzt schon wichtig, zu wissen, was wir mit dem gesunden Körper beginnen sollen, was seine Bestimmung, was seines Lebens Inhalt sein soll.

Und da scheint uns schon heute nicht müßig, zu betonen, daß die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf lange, lange Zeit hinaus den unbestrittenen Vorrang über die sogenannte politische Politik wird haben müssen. Wir haben mit konfessionellen, nationalen, Kronlands- und sonstigen politischen Fragen lange Jahrzehnte ausgefüllt und versäumt. Sie haben unsere Tagesordnung besetzt, unsere Leidenschaften beherrscht, unsere parlamentarische Geschichte mit unzähligen trostlosen Kapiteln gefüllt. Während wir uns so mancherlei zweifelhafter Kurzweil hingegeben haben, ist uns ganz entgangen, was inzwischen in der Welt vorging, bis uns eines Tages jäh zum Bewußtsein kam: So wären wir unvermutet beinahe unter das Rad der Geschichte gekommen. Der jähre Schreck dieser plötzlichen Wahrnehmung zittert noch in allen Gliedern. In der Zeit der Weltwirtschaft, in dieser Welt der Wirtschaftlichkeit ist uns nicht länger gestattet, das, was heute die Kraft und Zukunft der Völker entscheidet, die Volkswirtschaft, bloß in den wenigen lichten Momenten zu beachten, die die Ueberhöhung des Chauvinismus uns freigibt. Wir werden Wirtschaftspolitik treiben müssen.

Wir hätten nicht den Mut, zu erwarten, daß Regierungen und Parteien diese Erkenntnis aus der Betrachtung der Umwelt allein schöpfen müßten. Alles und jedes ist bei uns auf das Glück im Winkel, auf das Behagen in der Ecke, auf provinzielmäßige Enge des Gesichtskreises so sehr eingestellt, daß füglich nicht erwartet werden kann, nun werde alles sein Handeln bestimmen nach unserer Gesamtlage in der Welt. Nur

Nach der Ermordung Stürgghs.

(Von unserem Wiener Vertreter.)

Wien, 22. Oktober.

Erst das Gutachten der Fachärzte, die über den Geisteszustand Friedrich Adlers, der unstreitig einer erblich belasteten Familie entstammt, zu befinden haben, wird uns zeigen, ob seine Tat überhaupt politisch gewertet werden kann, oder nicht vielmehr der Ausfluss eines armen kranken Hirns ist. Unzweifelhaft aber ist schon heute, daß die Aera Stürggh abgeschlossen ist und Oesterreich nicht nur vor einem Personenwechsel, sondern auch an einem politischen Wendepunkt steht.

Die Tat Adlers ist um so unbegreiflicher, als es trotz allen Waktens der Zensur ein offenes Geheimnis war, daß Graf Stürggh ohnehin über kurz oder lang von seinem Amt zurückgetreten wäre. Der Kaiser hatte schon in letzter Zeit verschiedene Persönlichkeiten empfangen, die als Nachfolger des Ministerpräsidenten in Betracht kamen, gegen den eine ebenso starke Fronde am Werk war, wie gegen den Minister des Neuern, Baron Burian. Graf Stürggh hatte wohl politische Gegner, aber keine persönlichen Feinde. Der statliche behäbige Mann, dem eine starke Kurzsichtigkeit etwas Unbeholfenes gab, war nichts weniger als ein Tyrann. Allerdings hatten wir unter ihm einen Rückfall in den Absolutismus, in die Regierungsmethoden des Vormärz erlebt: Seit Kriegsausbruch gab es kein Parlament. Weder der Wiener Reichsrat, noch die Landtage der einzelnen Kronländer durften tagen, ja selbst der Wiener Gemeinderat trat erst im letzten Winter wieder zusammen. Die Zensur arbeitete mit einer Strenge, die nur manchmal durch Lächerlichkeiten gemildert wurde, und ganz folgerichtig war auch das Versammlungsrecht aufgehoben. Aber das alles tat Graf Stürggh mit echt österreichischer Bonhomie. Er arbeitete gegen die öffentliche Meinung mit dem aus unserm Preßgesetz bekannten „objektiven Verfahren“ — die persönlichen Urheber der Opposition, so unbehagen sie ihm sein mochten, ließ er ungeschoren. Auch die tschechischen Hochverräter, deren Verurteilung bekanntgeworden ist, sind nicht von der Militärgewalt

dingfest gemacht worden. Gerade wegen dieser Passivität war der Ministerpräsident heftigen Angriffen ausgesetzt. Der deutsch-rabikale Abgeordnete Dr. Friedr. Wichtl hatte an den Grafen Stürggh wegen der Verteidigungsrede, die dieser vor dem Wiener Landwehr-Divisionsgericht für Kramarsch gehalten hatte, einen offenen Brief gerichtet, den ein weniger gutmütiger Staatsmann mit einer Herausforderung zum Zweikampf beantwortet haben würde. Wir haben ja dafür in dem Duell Wolff-Badeni in der neueren österreichischen Geschichte ein Beispiel. Graf Stürggh aber ließ den Abgeordneten Wichtl völlig unbehelligt und verhängte nicht einmal die Postsperrung über ihn, wozu es nur eines Federstrichs bedürft hätte.

Das ist charakteristisch für den ermordeten Ministerpräsidenten. Er regierte absolutistisch, nicht aus persönlicher Herrschaft, sondern weil er sich unter den gegenwärtigen Umständen dazu verpflichtet glaubte. Sein Absolutismus war gemildert durch die altösterreichische Gemütlichkeit. Und gerade das sollte ihm zum Verhängnis werden. Wenn unsere Feinde aus der Nordtät im Hotel Meißl & Schadau auf eine furchtbare politische und soziale Erbitterung schließen, die angeblich bei uns unter den Massen herrscht, so verkennen sie vollkommen den Tatbestand. Gerade weil Graf Stürggh nichts von einer solchen Erbitterung wußte, konnte er als Ministerpräsident es während der ganzen Kriegszeit wagen, sich in der Stadt so frei und unbeschützt zu bewegen, wie der erste beste Privatmann. Es ist zu bezweifeln, ob sich Briand und Asquith — ganz abgesehen vom russischen Premier — so vollkommen ohne jedes bedenkende Geleite von Geheimpolizisten bewegen können, wie dies Graf Stürggh tat, der in jedermann zugänglichen Kasinotalen regelmäßig zu treffen war. Jetzt wissen wir, daß das eine Unvorsichtigkeit war. Er mag die politische Stimmung der Bevölkerung ganz richtig eingeschätzt haben, aber in so ernstlichen Zeiten darf sich der Mann, der am Steuer des Staatsschiffes steht, nicht zur Zielscheibe des ersten besten Narren hergeben. Ein Mindestmaß von Vorsicht ist doch nötig, auch in dem gemüthlichen Wien, das im Krieg aus der seltsamen „Bachhendzeit“ gründlich herausgewachsen ist. Es ist schon längst eine moderne Weltstadt und hat zudem noch in den letzten zwei Jahren zahlreichen Zugzug von nicht bodenständigen Elementen erhalten.

Der Mann, der die Nachfolgerschaft des Grafen Stürggh übernimmt, steht vor der Frage, ob er auch seine Regierungsmethoden fortsetzen will. Es ist bekannt, daß sich gegen diese in letzter Zeit — angeregt durch die laute Debatte im ungarischen Parlament — eine lebhafteste Opposition organisiert hatte. Der Bewegung von unten her wäre Graf Stürggh vielleicht durch Zensur und Versammlungsverbot Herr geworden. Er hatte aber auch die großen feudalen Herren der Ersten Kammer gegen sich, die mit Sorge sahen, wie der legitime Einfluß der österreichischen Reichshälfte in der Doppelmonarchie vollkommen zugunsten Ungarns ausgeschaltet war. Die Fronde gegen den Grafen Stürggh fand eine mächtige Stütze, als sogar im ungarischen Abgeordnetenhaus Graf Andrássy unumwunden erklärte, die Monopolstellung, die Graf Tisza infolge der Parlamentslosigkeit in Oesterreich einnehme, liege durchaus nicht im Interesse Ungarns und könne sich noch bitter rächen. Graf Andrássy kam bald darauf nach Wien und setzte sich mit hiesigen feudalen Kreisen in Verbindung, um wenigstens den Zutritt der Delegationen herbeizuführen. Vor der Ermordung des Grafen Stürggh stand das politische Problem so, ob es ratsam sei, auf der österreichischen Seite nur die Delegation einzuberufen, einen sorgfältig gestellten Parliamentsausschuß, dessen Mandat übrigens längst abgelaufen ist, oder den Reichsrat selbst, der die Delegation verfassungsmäßig neu zu wählen hätte. Vermutlich sollte dieser Frage auch der Ministerrat gelten, den Graf Stürggh für den Tag seiner Ermordung angesetzt hatte.

Es war ein offenes Geheimnis, daß auch einzelnen Kabinettsmitgliedern bei dem fortgesetzten Absolutismus nicht mehr wohl war. Auch Graf Stürggh hatte sich, als er zum § 14 Zuflucht nahm, nicht auf eine so lange Dauer des Krieges eingerichtet. Er meinte wohl nach den Erfahrungen aus den letzten europäischen Kriegen, der Feldzug werde nur ein paar Monate dauern, und für diese Zeit wäre es besser, das schöne griechische Haus am Wiener Franzensring geschlossen zu halten, um „keine Geschichten“ zu bekommen. Aus den paar Monaten sind aber inzwischen mehr als zwei Jahre geworden, und die Notwendigkeit, zu einem verfassungsmäßigen Leben zurückzukehren, zeigt sich immer dringender. Man braucht nur an die Regelung der Lebensmittelverteilung, an die Kontrolle der Finanzgebahrung, an die Invalidenversorgung und andere Staatsnotwendigkeiten zu denken, um sich darüber klar zu werden, daß ein so großer und komplizierter Organismus wie das moderne Oesterreich auf die Dauer nicht

von einer Bürokratie ohne jede Ueberwachung und ohne jeden Antrieb aus dem Volkswillen gelenkt werden kann, mag diese Bürokratie auch von den besten Absichten befeelt sein.

Die „Geschichten“, die Graf Stürggh vermeiden wissen wollte, haben sich doch ereignet, wenn nicht im Parlament, so an zahlreichen anderen Stellen, und sie sind durch die amtliche Anzeige von Gerichtsurteilen aller Welt bekanntgeworden. Es hilft nichts, die schmutzigen Wäsche, die sich angesammelt hat, muß einmal gewaschen werden. Je länger man den Tag hinauschiebt, um so mehr häufen sich die Hindernisse, die den Rückweg zu normalen Verhältnissen versperren. Es war wohl überhaupt ein Fehler, daß sich Graf Stürggh zu Beginn des Krieges so sehr vor der Volksvertretung fürchtete. Eine entschlossene Regierung hätte durch eine zielbewusste Führung das Parlament zum Mitgehen gezwungen. Wer hätte es in so tragischer Stunde, wo es um Tod und Leben ging, wagen dürfen, sich auf offener Tribüne gegen den Staat auszusprechen? Hätte er nicht auf sich und seine Anhänger den Vorwurf des Hochverrats geladen und dem Kaiserhaus für alle Zeiten einen untrüglichen Fingerzeig gegeben, wo es seine Freunde zu suchen hat und wo seine Feinde? Selbst die Kramarsch und Masfaryl hätten wohl in einem solchen historischen Augenblick so viel politische Bitterung gehabt, daß sie eine Lokaltatskundgebung für klüger gehalten haben würden, als ein Eingeständnis ihrer allslawischen Utopien. Ein solches offenes Bekenntnis zum Staat würde aber der verhängnisvollen Saat entgegen gearbeitet haben, die diese verblichenen Führer des tschechischen Volkes in Jahrzehntelanger Separatheit ausgestreut hatten.

Solche Betrachtungen haben heute nur noch einen historischen Wert. Der Nachfolger des Grafen Stürggh muß mit den Verhältnissen rechnen, wie er sie findet. Er steht vor der Wahl, die Verantwortung mit den gewählten Vertretern des Volkes zu teilen oder die Zügel noch straffer anzuziehen. Mit der Mischung von Absolutismus und Gemütlichkeit wird es nicht mehr gehen.

E. P.

Preis 12 Heller
für auswärts.

Bezugspreise:

beständig zweimaliger Zustellung
für Wien:

monatlich K 4.90
vierteljährlich 11.60
halbjährlich 22.—

Für Oesterreich-Ungarn:

monatlich K 4.90
vierteljährlich 13.60
halbjährlich 27.—

Bei täglich einmaliger Zustellung (das Morgenblatt zugleich mit der Nachmittagsausgabe des vorberigen Tages) für auswärts:

monatlich K 5.90
vierteljährlich 14.60
halbjährlich 28.—

Für Deutschland:

vierteljährlich Kreuzbandführung K 16.—

und durch die Postämter laut dort ausliegender Postzettels.

Für den Weltpostverein:

vierteljährlich Kreuzbandführung K 22.—
und durch die Postämter laut dort ausliegender Postzettels.

ost.

reich-Ungarns.

1916

XXIII. Jahrgang

Da gefallen.

saßen nach Rumänien.

peicher und Petroleumtanks.

Auf dem rechten Wege.

Wien, am 25. Oktober.

Das Bestreben, ein Zusammenwirken der deutschen Parteien in bestimmten Fragen anzubahnen, von dem die Öffentlichkeit kürzlich durch die bekannte Verlautbarung des Vorstandes der Christlichsozialen Vereinigung deutscher Abgeordneter in Säben von elektrifizierender Klarheit und Kraft unterrichtet wurde, hat einen mächtigen Schritt nach vorwärts getan. Nationalverband und Christlichsoziale Vereinigung sind übereingekommen, einen Fünfzehnerausschuß mit der weiteren Verwirklichung des Planes zu betrauen. Schon ist ein Teil der Ausschußmitglieder gewählt und vereinbart, in Kürze in Wiener Rathause eine gemeinsame Versammlung der Abgeordneten beider großen deutschen Richtungen abzuhalten. Das Arbeitsgebiet der neuen Gemeinbürgerschaft ist abgesteckt und umfaßt die nationalen und wirtschaftlichen Fragen, insbesondere aber die Bekämpfung der Korruption und der großkapitalistischen Ausschreitungen, der Ausbeutung und Bewucherung von Staat und Volk im Kriege, das ganze Gebiet der Ernährungsfragen, der Steuerfragen, also die ganze Kriegswirtschaft mit ihren Begleiterscheinungen und Folgen. Das Programm ist groß, zeitgemäß, dringlich, zugkräftig, eine wahre Herzenssache der Bevölkerung. Jedermann im Volke fühlt es, wo der Hebel anzusetzen ist. Auch dem Wiener sozialdemokratischen Hauptorgan hat sich die Erkenntnis aufgedrängt, daß „die Wirtschafts- und Sozialpolitik auf lange, lange Zeit hinaus den unbestrittenen Vorrang über die sogenannte politische Politik haben werde“; „während wir uns“, so bekennet das Blatt heute freimütig, „so mancherlei zweifelhafter Kurzweil hingegeben haben, ist uns ganz entgangen, was inzwischen in der Welt vorging, bis uns eines Tages jäh zum Bewußtsein kam: so wären wir unvermutet beinahe unter das Rad der Geschichte gekommen; der jähe Schreck dieser plötzlichen Wahrnehmung zittert noch in allen Gliedern; wir werden Wirtschaftspolitik treiben müssen“. — Die beiden großen Richtungen der bürgerlichen Deutschen haben sich in der Erkenntnis dessen, was jetzt das Notwendige ist, gefunden und sind bereits am Werk.

Ungeheuer sind die wirtschaftlichen Umwälzungen durch den Krieg. Alle Voraussetzungen und Berechnungen sind über den Haufen gerannt oder vor der Wirklichkeit verblaßt. Plötzlich von einer furchtbaren feindlichen Verschwörung überfallen und auf Leben und Tod bedroht, hatten der Staat und seine Lenker nur mehr für die eine Sorge Raum: Wie haben wir uns durch? Wie stauen wir die heranrauschende Sturmflut, wie trohen wir dem drohenden Verderben? Der in der Geschichte unerhörte vaterländische Opfermuth der Bevölkerung und der Genius der Führung haben bisher mit Gottes Hilfe dieses erste, schwerste und wichtigste Problem über alle Erwartungen erfolgreich gelöst. Aber der Riesenkampf, dergleichen die Welt bisher nicht gesehen hat, schlug und schlägt große Wunden am Volkstörper, und den gewaltigen Blutopfern, die auf dem Altare des Vaterlandes gebracht werden mußten, entspricht das Ausmaß der wirtschaftlichen Schäden, die wir auf uns genommen. Zu dem unumgänglichen Aufwand der Verteidigung kommt als übergewichtige Draufgabe jener unabsehbare Schwarm besonders drückender Begleiterscheinungen, die nicht zu den Notwendigkeiten des Krieges gehören und

Donnerstag, 26. Oktober 1916

PESTER LLOYD

Mit 1. November 1916 beginnt ein neues Abonnement; wir ersuchen deshalb unsere p. t. auswärtigen Abonnenten...

Die Abonnementsbedingungen sind an der Spitze unseres Blattes ersichtlich.

Die Administration des „Pester Lloyd“.

Das kleine Parlament.

— ebs —, Wien, 24. Oktober.

Die Sitzung der Parteivertreter und Herrenhausgruppen ist vorüber; das kleine Parlament, das einberufen worden war, seiner Trauer über den Tod des Grafen Stürgkh Ausdruck zu geben...

Der Grund dieser allgemeinen Flauheit liegt in erster Reihe bei den Erinnerungen des hohen Hauses selbst. Das österreichische Parlament kennt sich sehr gut, und selbst die Sozialdemokraten, die unbedingte Verteidiger des Parlamentarismus sind...

Das kleine Parlament, das da am Montag im Parlamentsspitale tagte, sprach unbewußt den Wunsch nach einer inneren Neuschaffung des großen Parlaments aus...

Vom Tage.

Budapest, 25. Oktober.

Feierliche Einsetzung des Metropolitens Rangra.

Aus Nagybárad wird dem „Magy. Kurir“ berichtet: Der Erzbischof griechisch-orientalische römische Bischof Johann Papp hat die Mitglieder des Kongresses nach Nagybárad zur Einsetzung des Nagybárener Erzbischofs Bazul Rangra...

in seine Würde einberufen. Mit Rücksicht auf die Kriegslage findet der Kongreß diesmal in Nagybárad Samstag, den 28. Oktober, statt. Die Tagesordnung ist folgender: Konstituierung des Konsistoriums und Eidesablegung der neuen Konsistorialmitglieder...

Das neue Stempelgesetz.

Im Abendblatte meldeten wir bereits, daß laut einer Verfügung des Finanzministers der die Gebührenstempelstellen feststellende I. Abschnitt des neuen Stempelgesetzes am 1. Dezember l. J. ins Leben treten wird...

Korruption.

Aus Wien wird uns telegraphisch: In Durchführung des Beschlusses vom 10. Oktober betreffend das Zusammenwirken der christlich-sozialen mit den anderen deutschen Parteien in nationalen und wirtschaftlichen Fragen...

Wünsche und Beschwerden des Polenklubs.

Aus Wien wird uns telegraphisch: In der letzten Sitzung des Polenklubs wurde heftig Klage darüber geführt, daß die Regierung ihre Verpflichtungen bezüglich der Approvisionierung und des Aufbaues von Galizien nicht gehalten habe...

Der Beweis im ungarischen Zivilprozeß.

Ein Vortrag des königl. ungarischen Justizministers a. D. Alexander Blösch in Leipzig.

Die Reihe der durch die rechtswissenschaftlichen Sektionen der Waffenbrüderlichen Vereinigung geplanten Fachvorträge, die in der Vormoche der Vortrag des Leipziger Professors Richard Schmidt in Budapest einleitete, fand heute durch einen Vortrag des Geheimen Rates Alexander Blösch in Leipzig ihre Fortsetzung...

Im folgenden veröffentlichen wir den Vortrag im ungekürzten Wortlaute:

Das Beweisrecht der neuen U. Z. P. D. stimmt in seinen Grundzügen bei manchen, zum Teil erheblichen Abweichungen vielfach mit dem Beweisrecht der D. Z. P. D. überein. Diese Übereinstimmung bestand zum Teil schon im bisherigen ungarischen Prozeßrecht...

allgemein ein materielles Beweisystem mit Beweisregeln, in dem der Alleineid als zugehobener oder richterlicher Eid, wie es im G. A. XXVII vom Jahre 1729 heißt, nur in defectu alterius probae stattfand. Zimmerlin behält das Prozeßrecht Ungarns, das sich neben königlichen Privilegien und einzelnen, mit der Zeit mehrenden Gesetzen überwiegend durch Gerichtsgebrauch entwickelte, noch bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts manche mittelalterliche Eigentümlichkeiten...

Zu einem anderen Teile beruht die Übereinstimmung darauf, daß die D. Z. P. D., wie überhaupt, auch im Beweisrecht für die U. Z. P. D. vielfach vorbildlich war. Die Übereinstimmung der geltenden und dem mündlichen Verfahren angepaßten Bestimmungen der D. Z. P. D. erfolgte zum Teile schon durch den Vorläufer der neuen U. Z. P. D., den G. A. XVIII vom Jahre 1833...

Wenn wir sagen, daß zwischen dem Beweisrecht der D. und U. Z. P. D. in den Grundzügen vielfach eine Übereinstimmung besteht, so haben wir damit auch angedeutet, daß die Übereinstimmung keine vollkommene und durchgängige ist. Auch wo sich das Gesetz im ganzen genommen der D. Z. P. D. anschließt, finden sich manche mehr oder weniger erhebliche abweichende Bestimmungen...

Auch die U. Z. P. D. kennt keinen besonderen Beweisabschnitt. Es ist das keine Neuerung, so war es auch im schriftlichen Prozeß der D. Z. P. D. vom Jahre 1868, welche die Antizipation des Beweises vorschrieb. Im neueren Rechte wird auch der Eid, abgesehen von gewissen Zwischenstufen, durch bedingtes Endurteil aufgelegt, dem kein Läuterungsurteil nachfolgt...

Offenkundige und dem Gerichte von Amts wegen bekannte Tatsachen bedürfen nicht nur keines Beweises, sondern auch keiner Parteibehauptung. Das Gericht hat jedoch die Parteien auf diese Tatsachen bei der Verhandlung aufmerksam zu machen. Daß sich die Berücksichtigung von Amts wegen nicht auf jene Tatsachen erstreckt, durch welche die Klage individualisiert wird, erhellt aus den Bestimmungen über die Klage. Selbstverständlich gilt dies auch für Einrederechte.

Das System der Beweiswürdigung nach gesetzlichen Beweisregeln, das schon im bisherigen Rechte stark durchlöchert war, wurde schon durch das G. u. d. S. W. übereinstimmend mit der D. Z. P. D. prinzipiell durch das System der freien Beweiswürdigung ersetzt. In Bezug auf die gesetzlichen Beweisregeln ergeben sich aber in einzelnen Verschiedenheiten. Wir sehen ab vorläufig vom Eide und auch von den Beweisregeln, die sich auch nach der U. Z. P. D. aus den Bestimmungen über das Verfahren bei der Beweisaufnahme ergeben...

Wiener Brief.

Von Hans Liebknecht.

I.

Am Tage, da Graf Karl Stürgkh jah verstarb, spielten sie im Wiener Burgtheater den „Treuen Diener seines Herrn“; es war eine unbewusste Gedenkfeier, in ihrem beziehungsreichen Titel schon der schlichteste Nachruf, zugleich eine gedrängte Zusammenfassung der Vorzüge des Verstorbenen. Indes blieb das andere Problem, bei aller Gewissenhaftigkeit der Berichterstattung und Bereitwilligkeit, menschliches Verständnis aufzubringen, ungelöst: das Problem eines Fanatikers, der ruhig speist, ehe er den andern erschießt. Unbeschadet der Stimme des geschriebenen Gesetzes war dieser Fall zu erörtern. Sicherlich ging es dem 37jährigen Dozenten darum, etwas zu beweisen; er wollte den Staat treffen, einen Schredsschuß abfeuern, einen Gegner niederstrecken, ein Urteil vollziehen, indes er nichts beweisen konnte, als daß es ihm nicht gelungen war, von Marx loszukommen, wozu er als Chemiker von Beruf (als Wissender also um die scheinbare „Ungerechtigkeit“, die im Jrdischen waltet) leichter hätte kommen können denn irgendein anderer. Er war ein echter Militarist der Unzufriedenheit, ein Soldat auf eigene Faust. Auch ein Ankläger und Volkstredner war er, von schauderhaftester Willkür. Kaltblütig (nach dem „Schwarzen“) verurteilte er (und justifizierte) den „Schuldigen“ bei unbewiesener Schuld zum Tode durch Pulver und Blei. Da er, wahrscheinlich, den Völkern Frieden bringen wollte, nannte er seine Zeitschrift „Der Kampf“. Es ist bei Leuten dieser Art immer ein plötzliches Fallen aus der Rolle. Ich las just in diesen Tagen in den „Geschichten aus tausend und einer Nacht“ wieder einmal das Märchen vom Ungeheuer, das den Kaufmann töten will, weil dieser Datteln gegessen und die Sterne in die Luft geschleudert hat.

Warum soll ich sterben? fragt zu Tode betrübt der Kaufmann. Weil Du meinen Sohn getötet hast, sagt der fanatische Geist. Ich? Deinen Sohn? Du konntest ihn nicht sehen, versezt das Ungetüm schlagfertig, denn er ist unerreichbar, trotzdem, Du hast ihn getötet! Auf solche Weise starb auch Graf Stürgkh, weil er Datteln gegessen hatte ...

II.

Am Abend desselben Tages, da der Ministerpräsident einem Verhängnis zum Opfer fiel, blieb natürlich auch die Loge leer, die er im Deutschen Volkstheater bestellt hatte. Dieser „Tyran“, dieser Vertreter eines „Gewaltsystems“ liebte es, ab und zu ins Theater oder Konzert zu gehen, um dort der Zeiten Harm und Nöte zu vergessen; es war ihm in diesem Falle, wohl vorher erzählt worden, daß in dem neuen Lustspiel von Sil Vara ein Sektionschef vorkommt, der zwar Klavier spielt, aber nichtsdestoweniger (welche Verdorbenheit!) Anderer Ehefrauen anbetet, dem Gemahl ausgiebige Regierungsmissionen in möglichst entlegene Länder verschafft, und doch, bei aller Verschlagenheit, an einem einzigen Tage erst um des Andern Ehefrau, dann um deren Frau Mama und schließlich um die jüngste Tochter dieser Mutter anhält. Ich habe viele Sektionschefs gekannt, aber noch keinen, der seine ansehnliche Fertigkeit im Klavierspiel zu solchen MACHENSCHAFTEN gesteigert hätte. Sil Vara schuf hier also eine neue Gestalt, mit dem Nebelschein einer feinen Wolke (aus erotischer Korruption) um's Haupt. Ich liebe diesen anmutigen und begabten Feuilletonisten (Pseudonym, dahinter sich, oft, ein wirklicher Dichter verbirgt) sehr. Er trägt in seiner Seele die Synthese eines englischen Gentlemans (ante bellum) und eines überzeugten, vom Kahlenberg mit seinen Tränen abhängigen Wiener's. In einem brillant geschriebenen Büchlein über englische Staatsmänner behauptete Sil Vara, Herr Grey wäre ein unschuldiger Angler (Idylliker, nebst einer leichtfaßlichen Anleitung zum Sitzen im Freien). Solches behauptete er, und als

ich ihm's, empört über seine Objektivität und Unparteilichkeit vorhielt, unterstrich er: es wäre wirklich so! (Und wenn es hundertmal so sein sollte: man erzählt so was nicht weiter, macht nicht aus Hyänen Lämmer.) Man trägt solche Dinge nach, unwillkürlich, und durch den Wirrwarr der Gestalten, die mir Sil Vara's „Ein Tag“ zutrug, sah ich immer wieder diesen häßlichen, langen Kerl mit der Habichtsnase, Eduard Grey, am Wasser sitzen, nach der Angel „ruhevoll“ lauernd, kühl bis ans Herz hinan. Was bleibt, fragte ich mich, übrig, wenn man Sil Vara seine englischen Inklinationen nimmt? Ich war doch auch in London, verstehe nicht, wie ein Wiener (ein vom Kahlenberg abhängiger) auch nur eine Priße England in der Nase behalten mag, die er dann hier nicht los wird! Das Stück, abgesehen von solchen Störungen, wäre ansonsten eine Fundgrube von witzigen, gut zugespitzten Einfällen; es macht den Begriff Familie auf, wie man eine Ruß macht, und zeigt das Innere. Nur „verrückte Menschen“ können die Ehe pflichtgemäß, ohne Abwechslung und Nebenbeschäftigung, und wie sie wirklich ist, ertragen. Sil Vara machte Wiene, scharf über die Ehe nachzudenken, mit Bernhard Shaw'schem Freimuth, Bernhard Shaw'scher Unerbittlichkeit. Im dritten Akt aber wienerte es ihn. Gedenket, sprach er mit fast Schnitzlerscher Einfalt, gedenket des Schlafzimmers! Und er läßt, in der Schlussszene, eine hübsche Frau, nach kurzer Unterredung mit ihrer Mutter, und trotzdem man eben den Advokaten, der Scheidung halber herbestellt hat, den siegreichen Rückzug ins Boudoir antreten. Der Professor, der bloß seine Reiseumütze vergessen hat (und gar nichts anderes will, als seine Reiseumütze haben), fällt auf den plumpen Trid der Schwiegermutter herein, läßt sich ins Boudoir locken und bleibt, trotz Staatsmission und Sektionschef und Tabakbau in Makedonien. Der Beischlaf aber, der eheliche insbesondere, ist keineswegs eine Lustspielpointe. Laßt nur erst den Morgen kommen und das Gezänke fängt von vorne an! (Wieder Schnudrinwupp und Schnutchen u. dergl.) Dennoch: ich gewahrte eines Dichters guten Willen durch das Witzgestöber, fühlte, daß er litt unter

Mit täglicher Postzusendung.

Für das Inland:

monatlich	fl. 2.60
vierteljährig	fl. 7.80
halbjährig	fl. 15.60
ganzzjährig	fl. 31.20

Für das Ausland:

vierteljährig	fl. 12.—
-------------------------	----------

Mit der dazugehörigen

„Illustrierten Sonntags-Beilage“

monatlich	20 Heller mehr
vierteljährig	40 Heller mehr

ommen.

türmt.

ampolung

Westungarischer t planmäßig weiter.

impf. belangt, und wie alles, was beide Staaten des Habsburger Doppelreiches betrifft, zweifach wichtig in Bezug auf die von Feinden noch immer mit Erbitterung bekämpfte Monarchie.

Graf Rhuen-Hedervary, der Präsident der Nationalen Arbeitspartei, äußerte sich hierüber im Gespräch mit einem Budapester Journalisten in recht verständlicher Weise. Auf die Frage, ob der Tod des Grafen Stürgkh namentlich die in Vordergrunde des innerpolitischen Interesses stehenden Ausgleichsverhandlungen günstig oder ungünstig beeinflussen wird, erwiderte Graf Rhuen, diese Verhandlungen seien seines Wissens beinahe ganz beendigt. Die beiden Regierungen seien nicht bloß in den Hauptfragen, sondern sozusagen in allem übereingekommen. Es bestehen nur noch minimale Differenzen, die mit einigem Wohlwollen erledigt werden können. Daß diese bisher nicht erledigt worden sind, stehe nicht mit dem Wesen der Verhandlungen, sondern mit Neuzerlichkeiten im Zusammenhang. Unter solchen Umständen glaubt Graf Rhuen nicht, daß die neue Regierung die riesige Verantwortung auf sich nehmen würde, das Ergebnis einjähriger Verhandlungen umzustürzen und neue Verhandlungen zu beginnen. Der neue österreichische Ministerpräsident werde zu Hause genug zu tun haben, und es sei nicht wahrscheinlich, daß er mit der ungarischen Regierung Schwierigkeiten suchen werde.

Eine zweite wichtige Frage, die jetzt neuerdings schärfer angeschnitten werden dürfte, bezieht sich auf die Einberufung der Delegationen. Graf Stürgkh hat sich in dieser Angelegenheit den Wünschen der österreichischen Parteien gegenüber bekanntlich ablehnend verhalten, wobei — wie unser Wiener Korrespondent gestern an dieser Stelle ausführte — hauptsächlich der Umstand maßgebend gewesen sein mag, daß nicht weniger als siebenundfünfzig Mitglieder des österreichischen Reichsrates politisch schwer kompromittiert, verurteilt oder flüchtig sind. Sie könnten kraft ihres Immunitätsrechtes nicht einmal recht gehindert werden, an den Sitzungen teilzunehmen und das Wort zu ergreifen. Ein Reichstag aber, der unter aktiver Teilnahme solcher Tschechen, Slowenen und Italiener tagt, müßte unter Umständen ein Schauspiel bieten, das der Monarchie in Feindesfreisen nur Schaden und Schande bereiten würde. Daß die ungarische Opposition, mit Graf Julius Andrássy an der Spitze, trotzdem auf die Einberufung des Reichsrates besteht und daß sie hierbei die Obmänner aller größeren Parteien Oesterreichs hinter sich hat, fällt allerdings als erschwerender Umstand in die Waagschale, der die gewaltsame Entfernung des Grafen Stürgkh und die Frage seines Nachfolgers als hochbedeutungsvolles Moment in der Entwicklung der politischen Dinge Oesterreich-Ungarns erscheinen läßt.

Der vornehmste Fremde.

Wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird der gemeinsame Finanzminister Ernst v. Koerber an Stelle des ermordeten Grafen Stürgkh zum österreichischen Ministerpräsidenten ernannt. Zur Stunde, da wir diese Zeilen zu Papier bringen, ist zwar die formelle Entscheidung noch nicht gefallen, der heutige Tag dürfte aber die Erledigung dieser hochwichtigen Personalfrage bringen. Hochwichtig und folgenschwer ist sie nicht allein vom Standpunkte Oesterreichs, sondern auch, was das Verhältnis der dortigen Regierung zu Ungarn an-

Neue Freie P.

Dr. Ernest v. Koerber.

Wien, 26. Oktober.

Mit der Uebernahme des österreichischen Ministerpräsidentens tritt Dr. v. Koerber zum sechstenmal die Leitung einer zentralen Regierungsstelle an. Der neue Ministerpräsident war 1897 Handelsminister im Kabinett Gautsch, 1899 wurde er Minister des Innern im Kabinett Clary, 1900 Ministerpräsident und Minister des Innern, 1902 übernahm er die Leitung des Justizministeriums. Zehn Jahre nach seinem Rücktritt vom Ministerpräsidenten trat er im Februar 1915 als gemeinsamer Finanzminister in das gemeinsame Ministerium ein, um nunmehr zum zweitenmal an die Spitze der österreichischen Regierung zu treten.

Der Ausgangspunkt für die Laufbahn Doktor v. Koerbers war das Handelsministerium. Aus einer Offiziersfamilie stammend, hat er nach Absolvierung seiner Studien am Theresianum und an der Wiener Universität 1872 das Doktorat erlangt und trat nach kurzer Gerichtspraxis am Wiener Landesgericht 1874 in das Handelsministerium ein, wo er bis zum Jahre 1893 die Rangklassen zum Sektionschef hinauf durchschritt. Zunächst arbeitete er in der damaligen Eisenbahnabteilung des Handelsministeriums unter Nördling, war sodann unter dem Handelsminister Marquis Bacquhem Vorstand des Präsidialbureaus, später unter der Koalitionsgovernment Windisch-Grätz Leiter der Sektion für Zollpolitik und Schiffsahrtswesen. 1895 wurde er als Nachfolger des Herrn v. Billnik Leiter der Generaldirektion der Staatseisenbahnen. An dieser Stelle hat er die Umwandlung der Eisenbahnabteilung des Handelsministeriums in das Eisenbahnministerium durchgeführt und das Organisationsstatut der neuen Zentralstelle geschaffen. Nach der Ernennung des Feldmarschallleutnants Ritter v. Guttenberg zum ersten Eisenbahnminister trat Herr v. Koerber 1896 als erster Sektionschef in das Ministerium des Innern über und erhielt bei diesem Anlaß die Würde des Geheimen Rates.

Am 28. November 1897 wurde Dr. v. Koerber Handelsminister im Kabinett Gautsch, schied jedoch nach der Demission des Freiherrn v. Gautsch, im März 1898, aus dem Kabinett. Als nach dem Sturze der Regierung Thun Graf Clary ein Ministerium bildete, trat Doktor v. Koerber am 2. Oktober 1899 als Minister des Innern wieder ins Kabinett. Am 21. Dezember 1899 demissionierte das Kabinett Clary und wurde durch das Zwischenministerium Mittel ersetzt. Es war jedoch bekannt, daß Dr. v. Koerber bereits zum künftigen Ministerpräsidenten designiert sei. Seine Berufung erfolgte am 18. Januar 1900. Dr. v. Koerber übernahm in seinem Kabinett auch das Ressort des Ministeriums des Innern.

Die Ära Koerber war eine der wechselvollsten in der parlamentarischen Geschichte Oesterreichs. Mit drei großen Fragen hatte Dr. v. Koerber während seiner fünfjährigen Tätigkeit als Ministerpräsident zu kämpfen. Der Sprachenstreit in Böhmen und die Obstruktion der von Doktor Stramatz geführten Tschechen füllte seine ganze Regierungszeit aus, später traten die Schwierigkeiten des neuen österreichisch-ungarischen Ausgleiches, zuletzt mit der Einbringung der Rekrutenerhöhungsvorlage die Militärkrise hinzu. Als Dr. v. Koerber ins Amt trat, versuchte er die Ueberwindung der tschechischen Obstruktion und die Herstellung der parlamentarischen Arbeitsfähigkeit durch zwei Maßregeln, durch Einleitung von deutsch-tschechischen Ausgleichsverhandlungen und durch Ankündigung eines wirtschaftlichen Investitionsprogramms. Es gelang ihm wohl, in den ersten Monaten das Parlament teilweise arbeitsfähig zu machen. Am 13. März 1900 konnte zum erstenmal nach drei Jahren die Rekrutenvorlage parlamentarisch verabschiedet werden. Allein die deutsch-tschechischen Aus-

gleichskonferenzen scheiterten Anfang 1900. Dr. v. Koerber legte ein eigenes Sprachengesetz vor, die Obstruktion der Tschechen setzte aber im Mai und Juni mit voller Heftigkeit ein. Als Dr. v. Koerber am 7. Juni 1900 durch Sprengung der alten Rechte die Tschechen zu isolieren und auf diese Weise ihre Obstruktion zu brechen suchte, gingen die tschechischen Parteien zur lärmenden Obstruktion über. Bis in die Mitternachtsstunden hinein dauerte der Tumult; Dr. v. Koerber fuhr in später Nachtstunde nach Schönbrunn, ließ den Kaiser aus dem Schlafe wecken und erwirkte die Ermächtigung zur Schließung der Session und zur Auflösung des Reichsrates.

Im neugewählten Abgeordnetenhaus, das am 4. Februar 1901 eröffnet wurde, schob Dr. v. Koerber das wirtschaftliche Programm in den Vordergrund. Die Tschechen stellten die Obstruktion ein, und die Investitionsvorlagen, bestehend aus der Vorlage über den Bau eines zweiten Eisenbahnverbandes mit Triest und aus den Umrissen eines Wasserstraßenprojekts, gelangten in beiden Häusern zur Annahme. Während der parlamentarischen Verhandlungen erwirkte Dr. v. Koerber auch ein kaiserliches Handschreiben, mit welchem die Errichtung einer Bildergalerie in Prag ausgesprochen wurde. Außer der Investitionsvorlage wurde das Budgetprovisorium für das zweite Halbjahr 1901, zum erstenmal nach vier Jahren, erledigt. Nach Schluß der Session machte der Kaiser eine Reise nach Böhmen, auf welcher Dr. v. Koerber ihn begleitete. Eine Folge der Verhandlungen, die er damals führte, war der Abschluß eines Wahlkompromisses zwischen den zwei Gruppen im böhmischen Landtage, das es dem verfassungstreuen Großgrundbesitz ermöglichte, nach achtzehn Jahren mit 21 Mandaten in der Landstube zu erscheinen.

Die Herbstsession 1901 stand bereits im Zeichen des ungarischen Ausgleiches, dem Dr. v. Koerber im Parlament mit der Bemerkung präudizierte, Oesterreich könne nicht länger das geduldige Lamm bleiben. Die Arbeitsfähigkeit des Parlaments, die mit Hilfe der Investitionsvorlagen hergestellt worden war, hatte nicht angehalten. Die Tschechen traten immer wieder mit der Obstruktion hervor, die sie nur gegen Erfüllung von zwei Forderungen: innere tschechische Amtssprache und Errichtung einer tschechischen Universität in Mähren, ausgeben zu wollen erklärten. Nur unter Schwierigkeiten gelang es, ein Budgetprovisorium durchzubringen. Die Tschechen stellten zeitweise die Obstruktion ein, behielten sich aber den Hauptschlag für die Zeit vor, in der der neue Ausgleich mit Ungarn dem Parlament vorliegen würde. Im März 1902 hatte Dr. v. Koerber auch mit einer vorübergehenden Obstruktion der deutschen Volkspartei zu kämpfen, die die Antwort auf die Niederstimmung eines vom Grafen Stürgkh eingebrachten Antrages, betreffend die Verlegung der slowenischen Parallelklassen von Cilli nach Marburg, war. Als das Budget für 1902 beraten wurde, kam Dr. v. Koerber über die tschechische Obstruktion durch Bewilligung einer Subvention von 16 Millionen Kronen für die Affanierung von Prag hinweg. Das Budget wurde tatsächlich parlamentarisch erledigt. Der Rest des Jahres 1902 verging mit den Verhandlungen über den neuen ungarischen Ausgleich, die sich sehr schwierig gestalteten und erst im letzten Augenblick, in der Silbesternacht, zu Ende kamen. Bei Wiederausammentritt des Reichsrates im Oktober 1902 war auch die tschechische Obstruktion wieder zurückgekehrt. Am 17. Oktober 1902 trat der Justizminister Freiherr v. Spens wegen Krankheit zurück. Dr. v. Koerber besetzte das Portfeuille aus parlamentarisch-taktischen Gründen nicht, sondern übernahm selbst die Leitung des Justizministeriums. Als Justizminister legte Dr. v. Koerber den Entwurf eines Preßgesetzes vor, richtete Erlasse an die Obergerichtspräsidien über eine moderne Handhabung der Gerichtspflege und des Konfiskationswesens und stellte die Strafbehandlung jugendlicher, soweit dies auf dem Berordnungswege ging, auf neue Grundlagen. Ungefähr in die gleiche Zeit fällt auch die Reform der Theaterzensur.

Im Herbst 1902 vermehrten sich die Schwierigkeiten durch das Auftauchen der Militärfrage. In Ungarn begann mit der Obstruktion der Unabhängigkeitspartei gegen die Erhöhung der Rekrutenziffer die viele Jahre andauernde Militärkrise. Dr. v. Koerber brachte wohl im Februar das erhöhte Rekrutenkontingent im österreichischen Abgeordnetenhaus durch, allein die tschechische Obstruktion setzte dann wieder ein und Dr. v. Koerber mußte im Juni das Parlament verlagern. Er überreichte seine Demission, die auch mit der ungarischen Militärfrage zusammenhing. Der Kaiser lehnte das Rücktrittsgesuch ab, allein Dr. v. Koerber entfernte bei dieser Gelegenheit den tschechischen Landsmannminister Dr. Kezel, der trotz der tschechischen Obstruktion seinem Kabinett angehört hatte. Im September 1903 mußte Dr. v. Koerber in einer außerordentlichen Session die Behravorlage wieder abändern lassen, da das erhöhte Rekrutenkontingent in Ungarn abgelehnt worden war. Im Verlaufe der Militärkrise in Ungarn war im Sommer 1903 der bekannte Armeebefehl von Chlopy erschienen, der die Gemeinsamkeit der Armee betonte. Die öffentliche Diskussion hierüber führte zu einer Erklärung Dr. v. Koerbers im Abgeordnetenhaus, in der er unter Berufung auf die ungarische

Verzeichnis der im Reichsgesetzblatte und im Landesgesetz- und Verordnungsblatte für Österreich unter der Enns im Jahre 1916 veröffentlichten Gesetze und Verordnungen.

A. Reichsgesetzblatt.

Nr. 370. Verordnung des Finanzministeriums vom 21. Oktober 1916 über den Wirksamkeitsbeginn und die Anwendung der die Skallagebühren betreffenden Bestimmungen der Kaiserlichen Verordnung vom 28. August 1916, R.-G.-Bl. Nr. 281.

Nr. 371. Kundmachung des Finanzministeriums vom 21. Oktober 1916, betreffend die Ermächtigung des Hauptzollamtes in Tarnow zum Ansageverfahren im Eisenbahnverkehre.

Nr. 372. Verordnung des Ministers des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern vom 25. Oktober 1916, betreffend die Einführung von Transportbescheinigungen für Äpfel.

Nr. 373. Kundmachung des Ministers für öffentliche Arbeiten vom 24. Oktober 1916 über Ausnahmsbestimmungen für die im Pariser Unionsvertrag zum Schutze des gewerblichen Eigentums festgesetzten Prioritätsfristen zugunsten der Angehörigen Dänemarks.

Nr. 374. Kundmachung des Ministers für öffentliche Arbeiten vom 24. Oktober 1916 über Ausnahmsbestimmungen für die im Pariser Unionsvertrag zum Schutze des gewerblichen Eigentums festgesetzten Prioritätsfristen zugunsten der Angehörigen Norwegens.

Nr. 375. Verordnung des Finanzministeriums vom 27. Oktober 1916, betreffend die Ausgabe von amtlichen Wechselblanketten.

Nr. 376. Verordnung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Minister des Innern, dem Justizminister und dem Ackerbauminister vom 30. Oktober 1916, betreffend die Regelung des Verkehrs mit gedarrten Zichorienwurzeln aus der Ernte 1916 und Festsetzung eines Höchstpreises für gedarrte Zichorienwurzeln.

Nr. 377. Verordnung des Finanzministers im Einvernehmen mit dem Handelsminister und dem Minister des Innern vom 1. November 1916 wegen Einschränkung der Biererzeugung.

Nr. 378. Verordnung des Finanzministeriums vom 6. November 1916, betreffend die Ausprägung und Ausgabe von Teilmünzen der Kronenwährung zu zwei Heller aus Eisen.

Nr. 379. Verordnung des Handelsministers im Einverständnis mit dem Kriegsminister vom 7. November 1916, betreffend Änderung der Bestimmungen über die Behandlung der Postsendungen nach dem Auslande.

Nr. 380. Verordnung des Ministeriums für Landesverteidigung im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien und im Einverständnis mit dem k. u. k. Kriegsministerium vom 11. November 1916, betreffend die Inanspruchnahme des Kupfermaterials auf Gebäuden für Kriegszwecke.

Nr. 381. Verordnung der Ministerien der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues vom 3. November 1916, betreffend die zeitweilige Außerkraftsetzung der Zölle für Kiegleim zur Papierfabrikation.

Nr. 382. Verordnung des Finanzministeriums vom 11. November 1916, über die Gewährung von Gebührensicherungen zur Förderung der Zeichnung der fünften österreichischen Kriegsanleihe.

Nr. 383. Verordnung des Gesamtministeriums vom 13. November 1916, betreffend die Errichtung eines Amtes für Volksernährung.

Nr. 384. Verordnung des Justizministers im Einvernehmen mit dem Ackerbauminister vom 10. November 1916, über die Vermutungsfristen bei Viehmängeln.

Nr. 385. Kundmachung des Handelsministers im Einvernehmen mit dem Minister für öffentliche Arbeiten vom 11. November 1916, betreffend die Zeugnisse der Städtischen Frauengewerbeschule in Prag II.

Nr. 386. Kundmachung des Finanzministeriums vom 13. November 1916, betreffend die Auflassung der Finanzbezirks-Direktionen in Korneuburg und Stein an der Donau.

Nr. 387. Verordnung des Gesamtministeriums vom 14. November 1916, betreffend die Auflassung der Finanzprokuratur in Klagenfurt und die Übertragung ihrer Geschäfte an die Finanzprokuratur in Graz.

Nr. 388. Verordnung der Ministerien des Innern, der Finanzen, des Handels und des Ackerbaues vom 14. November 1916, womit das Verbot der Aus- und Durchfuhr mehrerer Artikel ergänzt, beziehungsweise abgeändert wird.

B. Landesgesetz- und Verordnungsblatt.

Nr. 157. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 13. Oktober 1916, Z. XI b-495/1, betreffend die der Gemeinde Hadersfeld im Gerichtsbezirke Tulln erteilte Bewilligung zur Einhebung von 100 Prozent der direkten Steuern des Jahres 1916 übersteigenden Umlagen.

Nr. 158. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 13. Oktober 1916, Z. XI b-496/1, betreffend die der Gemeinde Hettmannsdorf im Gerichtsbezirke Neunkirchen erteilte Bewilligung zur Einhebung von 100 Prozent der direkten Steuern des Jahres 1916 übersteigenden Umlagen.

Nr. 159. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 13. Oktober 1916, Z. XI b-497/2, betreffend die der Gemeinde Wartmannstetten im Gerichtsbezirke Neunkirchen erteilte Bewilligung zur Einhebung von 100 Prozent der direkten Steuern des Jahres 1916 übersteigenden Umlagen.

Nr. 160. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 13. Oktober 1916, Z. XI b-498/1, betreffend die der Gemeinde Gopprechts im Gerichtsbezirke Titschau erteilte Bewilligung zur Einhebung von 100 Prozent der direkten Steuern des Jahres 1916 übersteigenden Umlagen.

Nr. 161. Kundmachung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 13. Oktober 1916, Z. XI b-499/2, betreffend die der Gemeinde Bognesiedl-Streifing im Gerichtsbezirke Wolkersdorf erteilte Bewilligung zur Einhebung von 100 Prozent der direkten Steuern des Jahres 1916 übersteigenden Umlagen.

Nr. 162. Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 24. Oktober 1916, Z. W-4100/1, betreffend die Regelung des Verbrauches von Gerste eigener Ernte der landwirtschaftlichen Selbstversorger.

Nr. 163. Verordnung des k. k. Statthalters im Erzherzogtume Österreich unter der Enns vom 27. Oktober 1916, Z. W-5911/52, mit welcher Durchführungsbestimmungen zu der Ministerial-Verordnung vom 4. Oktober 1916, R.-G.-Bl. Nr. 341, betreffend die Regelung des Verkehrs hinsichtlich einzelner Wildgattungen, erlassen werden.

28. X. 1916

LEHRE: AERATION 20—00. AUBITILLEREN 20—10, 20—01.

Dr. Körber.

Oesterreich hat einen neuen Ministerpräsidenten. Dr. Ernst v. Körber bezieht morgen wieder die vornehmen Räume des Palais des österreichischen Ministerrathspräsidentiums in der Wiener Herrengasse. In diesen Räumen herrschte Dr. Körber schon vor einem Jahrzehnt. Als er von dort schied, nahm er die Gewißheit mit sich, daß es für ihn noch eine Rückkehr an diese Stätte seiner Wirksamkeit geben wird, denn Dr. Körber war der Ansicht, daß er seine Mission als österreichischer Ministerpräsident noch nicht beendet habe. Er galt immerwährend noch als der kommende Mann, und als solcher legte er sich eine gewisse Reserve auf, die ihn davon zurückhielt, an den kleinlichen Partiekämpfen Oesterreichs irgendwelchen Antheil zu nehmen. Er hielt sich für künftige große Aufgaben bereit. In einer Rolle gestiel er sich aber auch während der Zeit seiner Disponibilität; es paßte ihm, sich als Widersacher aller ungarischen Bestrebungen zu geben, weil ihm dies in Oesterreich stets einen gewissen Grad von Popularität sicherte. Dr. Körber ist zweifellos einer jener wenigen österreichischen Politiker, die sich zur Höhe eines Staatsmannes von Gewicht emporarbeiteten. Zäh Energie in der Verfolgung des angestrebten Zieles charakterisirten ihn seit Beginn seiner politischen Carrière, die ihn durch verschiedene Ministerialbureaux bis an die Spitze der österreichischen Regierungsgewalt führte. Wo immer aber er für Oesterreich wirkte, sah er die ungarischen Verhältnisse wie durch einen Schleier; dadurch war ihm der klare Blick unmöglich gemacht, und so kam es, daß Herr von Körber wiederholt in schroffen Gegensatz zu den in Ungarn herrschenden Auffassungen und Richtungen gerieth. Dies führte dazu, daß er in den Ruf oder richtiger: Berruf eines Centralisten kam, und so als die Verkörperung jener österreichischen politischen Strömung galt, die zu bekämpfen in Ungarn die Aufgabe jedes klarschauenden Politikers ist.

Der Krieg hat allerdings ganz neue Verhältnisse geschaffen. Ungarns Rolle und Haltung im Weltkrieg hat den Spielereien der österreichischen Centralisten ein Ende gemacht und Graf Tisza konnte in offener Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses wiederholt die sehr bestimmte Erklärung abgeben, es wäre heller Wahnsinn, wollte man auch jetzt noch in Oesterreich centralistisch-föderalistische Alturen verfolgen. Dr. Körber dürfte gleichsam eine heilsame Wandlung seiner Ungarn gegenüber zu befolgender Politik durchgemacht haben. Wenigstens mußte man hierauf schließen, als er sich gerne der Aufgabe unterzog, gemeinsamer Finanzminister zu werden, zu einer Zeit, wo sein einstiger großer Widersacher, Graf Stephan Tisza ungarischer Ministerpräsident ist. Der ungarische Ministerpräsident nimmt kraft seines Amtes auf alle gemeinsamen Angelegenheiten Einfluß, also auch auf die Agenden des gemeinsamen Finanzministeriums, welchem die Verwaltung Bosniens und der Herzegowina untersteht. Als Dr. Körber nach Bilinski's Sturz das Erbe unseres großen Benjamin Kállay antrat, mußte zwischen Tisza und Körber reiner Tisch gemacht werden. Damals mußte es zwischen diesen beiden Staatsmännern zu einer Aussprache ge-

Ernst von Koerber.

Von
Stefan Großmann.

Wien, 27. Oktober. Wie die Abendblätter vernehmen, hat der gemeinsame Finanzminister v. Koerber die Bildung des Ministeriums übernommen. — Damit ist auch die Vorbedingung der Kabinettsbildung durch Koerber, die Sicherstellung des Ausgleichs mit Ungarn, gegeben.

Die Ernennung Ernst von Körbers zum österreichischen Ministerpräsidenten ist nicht so schnell erfolgt, wie man dachte. Der Blick aller Kenner Oesterreichs war auf den Mann gerichtet, der zuletzt als Minister für Bosnien ein viel zu inhaltsarmes Dasein führte. Aber es ist durchaus kein ungünstiges Zeichen, daß die Ernennung erst nach einer mehrtägigen Frist und insbesondere erst nach gründlicher Aussprache mit Tisza erfolgt ist. Von einem Manne wie Körber durfte man und darf man nicht annehmen, daß er Stürgghs Erbe einfach ohne jeden Vorbehalt antreten werde. Als Minister für gemeinsame Angelegenheiten war Körber vom Grafen Stürggh, dessen Schlaueit lange unterschätzt wurde, sozusagen ins Vorzimmer der Ereignisse gesetzt worden, er hatte nur in einige gemeinsame Angelegenheiten, nichts in die österreichischen oder die ungarischen Dinge dreinzureden. Eine Energie von Körbers Lebendigkeit mußte sich in den stillen Stuben des bosnischen Ministeriums halbpensioniert fühlen. Aber so leidenschaftlich sein Wille zu wirken ausgeprägt ist, Körber kann keine verlängert Stürggh sein, er weiß, daß jetzt die große Stunde seines Lebens da ist, und deshalb brauchte er einige Tage, um Stürgghs Nachlaß genau anzusehen und sich zu entscheiden, ob er diese Beklaffenheit antreten solle oder nicht.

In Oesterreich, besonders im deutschen Oesterreich, wird Körbers Ernennung mit einem Aufathmen begrüßt werden! In diesen Tagen gehört der beste Mann an die verantwortlichste Stelle, und zu Körber fliegen nun einmal die stärksten Hoffnungen. Das hat seine historischen Gründe, aber auch ganz unlogische Ursachen des politischen Personalkredits. Diese Oesterreicher, so geneigt zum skeptischen Blick, so oft gestimmt zur Nestroyschen Selbstverkeinerung, haben nun einmal den Glauben an Ernst von Körber jahrelang mit sich herumgetragen, obwohl der elegante, kleine, bewegliche Herr, ganz ohne Bismarckattitüden, selbst niemals mit starren Worten freigebig gewesen ist. Als der verstorbene Thronfolger, dessen Menschenverbrauch überhaupt kein kleiner war, den pensionierten Ernst von Körber aus irgendeinem mysteriösen Grunde — Franz Ferdinands Abneigungen waren zuweilen von rätselhafter Subjektivität — dauernd in die große Versenkung verschwinden ließ, da heftete sich erst recht mancher Blick des Zutrauens und des politischen Glaubens auf diesen Mann, der nun einmal nicht die Gunst der Beichtväter genoß. Ihn beschäftigungslos über den Wiener Reichsanlagen zu sehen — er trug vielleicht seine erzwungene Mühe leise anklägerisch zur Schau —, war für die besten Oesterreicher ein Kummer. Der Glaube an ihn flog Körber auf seinen weiten Reisen durch ganz Europa nach, und als an jenem drückenden Junisonntag die Kunde von der Ermordung Franz Ferdinands in Wien eintraf, da sagte sich der Denkende nebenbei, daß dieser Tag die Auferstehung Körbers bedeute. Es dauerte nicht lange, und er war wieder Minister. Stürggh hatte den Wiederlebendigen geschickt in eine stille Ecke gedrängt.

Nun wird Ernst von Körber zu zeigen haben, wie lebendig er geblieben ist! Er darf auf seine erste Ministerpräsidentenschaft nicht ohne Genugtuung schauen. Seine Politik wollte sich stets auf die Deutschen stützen, ohne daß er deshalb die Tschechen in radikale Reagitation treiben wollte. Er hat jahrelang „im Sorgenstuhl der Sprachenfrage“, wie er es selbst mit einem seiner einprägsamsten Bilder nannte, gesessen, aber das Detail der Sprachenkonflikte hat ihn nicht so weit verwirrt, daß er nicht stets gewußt hätte, daß auch in Oesterreich eine gemeinsame Beyständigungssprache, nicht nur in der

Ernst v. Koerber

schwierigsten Fragen im Geiste zu konstruieren und sie mit unerschütterlicher Festigkeit oder auch, wenn die Sachlage es erfordert, mit samtener Geschmeidigkeit in die Tat umzusetzen. Die Volksernährung, die Entscheidung über Polen und Serbien, die Sprachenfrage, die Verwaltungsreform, die künftige Geschäftsordnung des Reichsrates sind die nächsten Probleme, aber die Liste ließe sich auf Doppelt und Dreifache vergrößern. Wer Koerber kennt, dem ist nicht bange, daß er über alle diese Angelegenheiten nicht bloß reiflich nachgedacht hat, sondern mit bestimmten, wohlgegliederten Anschauungen ins Amt tritt. Wer aber vermöchte vorauszusagen, auf welche Schwierigkeiten er, abgesehen von den bisherigen, noch stoßen, welche Widerstände ihm aus der europäischen Lage, aus den ungarischen Verhältnissen, aus den argen finanziellen Nachwehen des Krieges erwachsen werden? Ihm kommt zugute, daß er als Sohn eines Offiziers, als erprobter Beamter in der österreichischen Staatstradition aufgewachsen ist, die von Kaiserin Maria Theresia in bestimmte Regierungsformen und Regierungsmaßnahmen gegossen worden ist. Eine Entgleisung von dieser Richtlinie weg ist bei Koerber nicht zu besorgen. Ein engeres handelspolitisches Verhältnis zu Deutschland erscheint ihm als Forderung staatlichen Interesses, als Gebot des gesunden Menschenverstandes. Der Gedankenkreis, der sich um den Namen Mitteleuropa knüpft, ist Koerber vertraut und von ihm, immer mit Hinblick auf das praktisch Mögliche und Erreichbare, gründlich durchdacht. Welche Abgründe aber liegen zwischen dem Gedanken und der Tat! Die Weltlage ist so außerordentlich, daß es an früheren Beispielen kein Vorbild gibt. Mut und Kraft sind vonnöten, aber ohne Glück, ohne das Zusammentreffen fördernder Umstände könnte auch der genialste Staatsmann nicht den Neubau zuwege bringen. Die besten Wünsche jedes österreichischen Vaterlandsfreundes begleiten Herrn v. Koerber auf dem Wege seiner Leiden und Taten.

Der Lebenslauf Dr. v. Koerbers.

Dr. Ernst v. Koerber wurde am 6. November 1850 in Trient als Sohn eines Majors geboren. Er absolvierte seine Gymnasialstudien in Wien am Theresianum, erlangte mit 22 Jahren das Doktorat der Rechte und trat dann als Rechtspraktikant beim Wiener Landesgerichte ein. Zwei Jahre später wurde er in das Handelsministerium berufen, wo er durch seinen unermüdblichen Fleiß und seine besondere Begabung die Aufmerksamkeit sowohl seiner unmittelbaren Vorgesetzten als auch der jeweiligen Minister auf sich lenkte und die ganze Stufenleiter vom Konzipisten bis zum Sektionschef in 19 Jahren zurücklegte. Unter dem Koalitionsministerium übernahm Koerber als Sektionschef die Sektion für Zollpolitik und Schiffahrtswesen. 1895 wurde Koerber mit der Leitung der Generaldirektion der Staatsbahnen betraut und hatte den Uebergang der Generaldirektion in das Eisenbahnministerium zu vermitteln. Mit Beginn des Jahres 1896 trat Koerber als erster Sektionschef in das Ministerium des Innern und erhielt bei diesem Anlaß die Würde eines Geheimen Rates. Am 28. November 1897 wurde Dr. v. Koerber als Handelsminister in das Kabinett Gautsch berufen, schied jedoch nach kurzer Zeit mit dem Kabinett Gautsch aus dem Amte. Als das Ministerium Clary aus Ruder kam, wurde Dr. v. Koerber am 2. Oktober 1899 zum Minister des Innern ernannt. Mit dem Rücktritt des Kabinetts Clary am 21. Dezember 1899 wurde Koerber zur Disposition gestellt.

Nach der kurzen Aera Wittel wurde Koerber am 18. Jänner 1900 zum Ministerpräsidenten und Minister des Innern ernannt. Das Ministerium Koerber stand unter dem Zeichen der von Dr. Aramatz geführten jungtschechischen Obstruktion. Am 2. Februar 1900 eröffnete Dr. v. Koerber die Ver-

ständigungskonferenzen zwischen Deutschen und Tschechen, am 22. Februar 1900 erschien er vor dem Parlament und stellte das neue Kabinett vor, er versprach, die auf die nationale Verständigung bezüglichen Gesetze der verfassungsmäßigen Behandlung zuzuführen, und entwickelte ein großes wirtschaftliches Programm. Am 13. März 1900 gelang es ihm — seit drei Jahren Obstruktion das erste Mal —, das Rekrutenkontingent vom Parlament zu erhalten.

Am 7. Mai 1900 legte Dr. v. Koerber den Sprachengesetzentwurf vor. Die Tschechen antworteten mit einer neuen Obstruktion, die schließlich zur Auflösung des Hauses führte. Am 26. April 1901 brachte Dr. v. Koerber im neuen Hause die Kanalvorlage ein und begründete die Notwendigkeit der Erledigung derselben. Es gelang Dr. v. Koerber — das erste Mal seit vier Jahren Obstruktion —, die Bewilligung des Budgetprovisoriums für die Zeit des zweiten Semesters 1901 im Ausschuß durchzusetzen. Am 1. Juni 1901 wurden die Investitionsvorlage, das Wassertrahengesetz und auch das Budgetprovisorium vom Abgeordnetenhaus angenommen. Im November 1901 drohte neuerlich eine Störung der parlamentarischen Tätigkeit einzutreten. Doktor v. Koerber, mit den Verhandlungen über den Ausgleich mit Ungarn beschäftigt, drängte die Parteien zum Abschluß eines parlamentarischen Waffenstillstandes bei Zurückstellung der nationalen Forderungen. Am 19. November veröffentlichte die Obmännerkonferenz der Parteien der Linken ihre auf Herstellung eines parlamentarischen Gleichgewichtes gerichtete Erklärung, und am 22. traten sämtliche Klubobmänner mit Ausnahme der Alldeutschen zur Feststellung des Arbeitsprogramms zusammen, wie es Dr. v. Koerber gewünscht hatte.

Die Beratung des Budgets im Budgetausschuß ging inzwischen nur langsam vorwärts, doch zeigten später die Parteien ihre Bereitwilligkeit, angeichts der Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn ihre nationalen Forderungen zu vertagen und die Regierung zu unterstützen. Am 6. April 1902 beschloß die deutsche Volkspartei, als der Resolutionsantrag Sfürgh betreffend die Verlegung der slowenischen Parallelklassen von Silli nach Marburg zu Falle gebracht wurde, dem Budget zu opponieren. Dr. v. Koerber führte die Verhandlungen mit den deutschen Parteien, um deren Obstruktion zu beseitigen. Nach Abschluß der Verhandlungen mit der deutschen Volkspartei und den Italienern gelang es ihm, die Bewilligung der Subvention von 16 Millionen Kronen für die Affanierung Prags durchzusetzen als Konzession an die Tschechen für die Einstellung der Obstruktion gegen das Budget. Während der Tagung der Delegationen im Mai 1902 kam es zum Konflikt über die Ausgleichsvorlagen mit dem ungarischen Ministerpräsidenten Szell. Am 22. Mai 1902 brachte Koerber das Budget im Abgeordnetenhaus zur Erledigung, und nach vier Jahren Obstruktion wurde wieder das erste parlamentarisch zustande gekommene Finanzgesetz publiziert. Die Ausgleichskonferenzen vom 24. und 25. Mai 1902 zwischen den beiden Regierungen scheiterten. Am 11. Juni 1902 legte Koerber während der Erkrankung des Justizministers Baron Spens den Entwurf eines Preßgesetzes vor. Die Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn wurden am 10. Juli 1902 fortgesetzt. Da die Tschechen wieder die Obstruktion ankündigten, berief Dr. v. Koerber am 14. Oktober 1902 die Führer der Deutschen und Tschechen zu neuen Besprechungen zur Lösung der Sprachenfrage. Am 17. Oktober 1902, nach Pensionierung des Freiherrn v. Spens, wurde Dr. v. Koerber mit der Leitung des Justizministeriums betraut.

Die Fortdauer der tschechischen Obstruktion verschärfte inzwischen die Lage. Im Parlament kam es zu wiederholten Ausschreitungen. Die Verhandlungen über den ungarischen Ausgleich veranlaßten in jenen Tagen beide Regierungen, ihre Demission anzubieten. Die Verhandlungen drohten vollständig zu scheitern. Erst in der Silvesternacht des Jahres 1902 kam eine Einigung zwischen Koerber und Szell im letzten entscheidenden Moment zustande. Am 3. Jänner 1903 berief Koerber die Verständigungskonferenz der deutsch-tschechischen Führer ein. Alldeutsche,

tschechischradikale und tschechische Agrarier lehnten die Mitwirkung ab. Die Tschechen verharren trotz aller Bemühungen Dr. von Koerbers in der Obstruktion gegen das Budget und den ungarischen Ausgleich. In Ungarn fiel das Ministerium Szell, und Koerber verweigerte im Ausgleichsausschuß die verlangte Vorlage der Korrespondenz mit der ungarischen Regierung über den Artikel der Eisenbahntarife im Harzelsbündnis. Am 23. Juni 1903 erzwang die tschechische Obstruktion die Vertagung des Parlaments. Die Krise in Ungarn und die Ablehnung der Wehrvorlage veranlaßten Dr. v. Koerber, die Demission des Kabinetts neuerlich anzubieten. In einem Handschreiben vom 7. Juli 1903 lehnte aber der Kaiser, unter Anerkennung für die Tätigkeit Dr. v. Koerbers die Demission ab. Am 23. September 1903 wurde der Reichsrat zur notwendig gewordenen Abänderung des Rekrutengesetzes einberufen, weil die in Oesterreich beschlossene Erhöhung des Rekrutenkontingents in Ungarn abgelehnt worden war. Am 27. September wurde die neue Rekrutenvorlage nach harten Kämpfen mit der Obstruktion erledigt.

Die Session des Reichsrates, die am 8. März 1904 eröffnet wurde, brachte stürmische Erörterungen über die Prager Studentenzexesse und über das Eingreifen der Regierung zugunsten der Christlichsozialen in Niederösterreich. Am 26. Oktober erfolgte die Resonstruktion des Kabinetts Koerber. Nach dem Sturm gegen die italienische Rechtsfakultät in Wilten bei Innsbruck suchte Koerber in der Rede am 17. November 1904 das Verhalten der Regierung zu rechtfertigen. Bei Beratung der Notstands- und Rassenrefundierungsvorlage am 9. Dezember 1904 wurde diese jedoch mit mehr als Zweidrittelmajorität im Budgetausschusse abgelehnt. Am 13. Dezember 1904 wurde der Reichsrat vertagt und Dr. v. Koerber reichte seine Demission ein. Am 31. Dezember 1904 wurde Dr. v. Koerber entlassen und Freiherr von Gautsch trat an die Spitze des Kabinetts.

Während seiner Ernennung zum gemeinsamen Finanzminister am 7. Februar 1915 hielt sich Dr. v. Koerber von der Politik fern. Die einzigen Anlässe, bei denen er öffentlich sprach, waren die Sitzungen der kaiserlichen Akademie der Wissenschaften, deren stellvertretender Kurator er seit dem Tode Stremahrs ist.

28. 10. 1916

№ 353
Sonntag (Morgen)

Fünfte Beilage zur Vossischen Zeitung.

1916
29. Oktober

Der Reichstag gegen den Mißbrauch der Schutzhaft.

60. Sitzung, Sonnabend, den 28. Oktober 1916.

Am Bundesratssitz: Staatssekretär Helfferich.
Vizepräsident Dr. Paasche eröffnet die Sitzung um 3¼ Uhr.
Zunächst begründet Abg. Dr. Schiffer (nlb.) den von ihm eingebrachten und bereits veröffentlichten Gesetzentwurf betreffend Ausnahmestellung über Kriegsverordnungen. Der Redner weist auf die Ueberfülle an Kriegsverordnungen hin, in der sich nur die Wenigsten zurechtfinden können, und über deren Inhalt die größten Meinungsverschiedenheiten bestehen. Dieser Mißstand soll aus der Welt geschafft und die Rechtsunsicherheit im Interesse des Wirtschaftsebens beseitigt werden. Der Gesetzentwurf will Stellen schaffen, die zur Auslegung der Kriegsverordnungen zuständig sind. Zentrale Stelle im Interesse der Einheitlichkeit des Reichsamt des Innern sein. Durch diesen Gesetzentwurf soll ebenso unverschuldete Befragung wie Umgehung der Kriegsverordnungen verhindert werden.

Der Antrag Schiffer, der von allen Parteien bis auf die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft unterstützt ist, geht an eine besondere Kommission.

Die Schutzhaft.

Darauf wird die gestern abgebrochene Beratung über die Schutzhaft fortgesetzt und zwar über den Antrag des Reichsausschusses, den dort von den Nationalliberalen eingebrachten Gesetzentwurf über die Schutzhaft einem besonderen Ausschuss zu überweisen.

Abg. Waldstein (Vpt.): Wir sind damit einverstanden, daß der vorliegende Gesetzentwurf und die sozialdemokratischen Anträge über die Schutzhaft einem besonderen Ausschuss überwiesen werden. Der Anspruch des Volkes auf möglichst weitgehende gesicherte Rechtsverhältnisse auch während des Krieges ist auf das Tiefste begründet, und es ist unsere Pflicht, alles zu tun, um diesem Anspruch gerecht zu werden. Unter dem Wort Schutzhaft ist offenbar eine Verhaftung zu verstehen, durch die der Verhaftete geschützt werden soll im Gegensatz zur Strafhaft, die zum Schutz der verletzten Allgemeininteressen vollzogen wird; die Schutzhaft soll jedermann davor schützen, schwere Straftaten zu begehen. Wenn aber eine Einschränkung der Möglichkeit angestrebt wird, Schutzhaft zu verhängen, so wird dies durch den vorliegenden Gesetzentwurf nicht erreicht werden, denn die Behörden werden immer sagen können, daß sie eben auf andere Weise als durch Verhängung der Schutzhaft ihren Zweck nicht erreichen können. Der vorliegende Gesetzentwurf läßt auch das Gesetz über den Belagerungszustand ungeändert und unangetastet bestehen und die Behörden wären danach keineswegs gezwungen, Verhaftungen nur auf Grund des Schutzhaftgesetzes vorzunehmen, soweit es sich eben um Verhaftungen in dieser Art handelt. Es müßte also ausgesprochen werden, daß andere als solche Verhaftungen, die durch die Militär- und Zivilstrafgesetze geregelt sind, unter dem Belagerungszustand nur auf Grund und nach Maßgabe des vorliegenden Gesetzentwurfs stattfinden können, und daß, wenn eine Verhaftung auf Grund des Gesetzes über den Kriegszustand erfolgt, sie nur zulässig ist, wenn sie erforderlich erscheint, um eine Gefahr für das Deutsche Reich abzuwenden. Das ist die Hauptfrage und darüber werden wir in der Kommission uns schlüssig zu machen haben. Dann würden wir aber auch haben, was wir jetzt vermissen: Rechtsicherheit auch für die unter dem Kriegszustand erfolgenden Verhaftungen neben den zivil- und militärstrafrechtlichen. Kriegsverordnungen und Verhaftungen von Zivilpersonen wären dann nur zulässig, wenn wirklich eine Gefahr für den Bestand des Deutschen Reiches gegeben ist. In dieses Gesetz wäre auch noch eine Bestimmung über die Zulässigkeit der Aufenthaltbeschränkung von Personen während des Krieges einzufügen, welche Maßnahmen ja der Verhaftung ziemlich nahekommt. Die Verhafteten müssen das volle Recht auf einen Verteidiger erhalten. Von der dringenden Notwendigkeit sind wir alle überzeugt. Nun sind zwar bei uns viel weniger Leute kriegsverordnungsrechtlich verhaftet worden als in anderen Ländern, es ist aber doch zu wünschen, daß uns eine Darstellung gegeben wird von der Zahl und Dauer der Verhaftungen. Die Regierung sollte der Kommission auch eine Darstellung des gefälligen Materials überreichen. Ich nehme an, daß die verbündeten Regierungen genau wie wir der Meinung sind, es müsse versucht werden, in möglichstem Umfang schon während des Krieges wieder auf dem geordneten Boden des gemeinen Rechts oder wenigstens vernünftiger Rechtsgarantien zu kommen. Das wäre im besten Sinne ein so gut konservativer Standpunkt, daß wir mit größter Bestimmtheit erwarten, die Regierung wird sich auf ihn stellen.

Vor einiger Zeit wurde hier in Berlin ein angesehener Kaufmann in Schutzhaft gebracht und erst nach vielem Hin und Her gelang es endlich, Auskunst über den Grund zu erhalten: Die Briefzensur hatte in einem Geschäftsbrief dieses Herrn gefunden, daß er mit einer schwedischen Firma ein Geschäft nach Rußland machen wollte. Es stellte sich heraus, daß es sich um eine Besetzung nach — Warschau handelte, und es dauerte geraume Zeit, bevor die Haft aufgehoben wurde. (Hört! Hört! Links.)

Wir hoffen, daß, wie auf diesem Gebiete wir während des Krieges auch noch auf anderen Gebieten recht bald zu sicheren Rechtszuständen zurückkehren werden. (Lebh. Beifall, links.)

Abg. Dr. Rieher (nlb.): Insgesamt ist gegen 424 Personen die Schutzhaft verhängt worden, darunter in 180 Fällen wegen Verdachts der Spionage. Dazu kommen 1053 Aufenthaltbeschränkungen. Während des Krieges haben sich zweifellos auf diesem Gebiete Mißstände ergeben. Nach nachdem der Reichstag ihre Beseitigung verlangt hat, ist ein Restrikt ergangen, das sie nicht verbessert, sondern noch verschlechtert hat. Es bestimmt nämlich, daß neben der Schutzhaft auch noch auf Polizeiaussicht, Postsperrre usw. erkannt werden kann. Das kann für Gewerbetreibende gleichbedeutend sein mit einer Vernichtung der ganzen Existenz. (Sehr richtig! Rechts.) Ueber die Art der Vollstreckung der Schutzhaft besteht auch nicht der Schatten einer gesetzlichen Bestimmung. Es sind Fälle bekannt geworden, in denen sogar neben der Aufenthaltbeschränkung auf Arbeitszwang erkannt worden ist. Das ist gesetzlich unzulässig. Angesehene Männer, die aus politischen Gründen in Schutzhaft genommen worden sind, sind in völlige Depression und Gemütskrankheit verfallen. (Hört! Hört!) Man braucht sich darüber nicht zu wundern, wenn man hört, daß einem Schutzhaftling u. a. verboten worden ist, seine Wünsche zu wechseln. Was hat das mit der Sicherheit des Staates zu tun? In einem anderen Falle wurde einem Häufling die Teilnahme an der Beeridigung seiner Gattin verboten (hört! hört!), obwohl doch ein Wärter ihn hätte beaufsichtigen können. Wenn man über solche Dinge nicht empört wird, muß man bedenklich viel juristisches Fikselblut in den Adern haben. Besonders brüderlich wird die unbeschränkte Dauer der Schutzhaft und die Tatsache empfunden, daß über den Grund der Verhaftung nichts mitgeteilt zu werden braucht. (Sehr richtig!) Es kann nicht sehr beruhigend für einen Hüfiling wirken, daß ihm weiter nichts gesagt wird, als daß er im Interesse der öffentlichen Sicherheit ist. Den „lästigen Ausländer“ aus dem Frieden, den man damals abzuliefern pflegte, hat sich jetzt angegliedert der lästige Inländer, den man in Schutzhaft nimmt. (Hört! Hört! Links.)

gut! links.) Angeblich kann man die Schutzhaft nicht entbehren, obwohl man in Bayern diese Einrichtung nicht kennt. Aber es ist doch beschämend, daß für die Schutzhaft nicht die Garantien bestehen, die in allen Fällen von Untersuchungshaft gewährt werden. (Zustimmung links.) Ohne große prinzipielle Fragen geht aufrollen zu wollen, müssen wir doch die schlimmsten Auswüchse beseitigen. Das Recht der Beschwerde und das der Verteilung muß eingeräumt werden. Wo Menschen sind, sind auch Irrtümer möglich. Daher verlangen wir die Schaffung von Rechtsgarantien. (Beifall.)

Abg. Dr. Noeide (Kons.): Wir erkennen an, daß für die Schutzhaft Garantien geschaffen werden müssen, und werden in der Kommission gern mitarbeiten. Wie die Dinge einmal liegen, wird man aber in Kriegzeiten auf die Schutzhaft aus militärischen Gründen nicht ganz verzichten können.

Gegen den Belagerungszustand.

Abg. Dittmann (Soz. Arb.): Die Tendenz des nationalliberalen Gesetzentwurfs ist uns sympathisch, und wir werden gern an ihm mitarbeiten. Aber er ist doch nur eine halbe Maßregel. Wir verlangen die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Beseitigung der ungeheuerlichen Schutzhaft. Die Schutzhaft wird vielfach aus rein politischen Gründen angewendet. Es ist immer schlimmer geworden. Mit der Schutzhaft ist eine wahre Schredensherrschaft aufgerichtet, Gemeinheit und Niedertracht feiern jetzt wahre Orgien. (Vizepräsident Dr. Paasche ruft den Redner zur Ordnung.) Der Verbrecher ist in einer wahrhaft beneidenswerten Lage, denn ihm wird aller Rechtschutz zuteil. Der Schutzhaftling aber ist lebendig begraben. Geradezu empörend ist die Behandlung, die man den Häftlingen Dr. Franz Mehring und Frau Dr. Rosa Luxemburg zuteil werden läßt. Jetzt hat man Frau Luxemburg nach Brno geschafft. (Hört! hört! b. d. Soz. Arb.) Wie schlecht muß es um eine Regierung stehen, die sich auf diese Weise erste Geisteshelden vom Leibe schafft. Junge Arbeitermädchen wurden verhaftet, weil sie Geld verteilt haben, auf denen unter Bezugnahme auf die Verurteilung Liebsteins zu einem Protest gegen die Regierung aufgerufen wurde. (Hört! hört!) Nieder mit der Regierung zu rufen! ist doch nicht ungeheuerlich. Sonst müßten Junius Alter und jener Gemütsmensch längst hinter Schloß und Riegel sitzen, der in Mündchen zur Verschlebung des Reichskanzlers aufgefördert hat. Wir verlangen Schutz vor der Schutzhaft, denn Schutzhaft ist Schmutzhaft. Ist das die Neuorientierung? Rabidale Sozialdemokraten sind verhaftet worden, nur weil sie die Kriegspolitik des Parteivorstandes belächelt haben. (Hört! hört! b. d. Soz. Arb.)

Der Redner trägt unter steigender Empörung der Mitglieder der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft eine Reihe von Fällen vor, in denen Schutzhaftingern verboten worden ist, an das Sterbelager der Frau zu eilen, Zusammenkünfte mit Söhnen aus der Front zu haben usw. Sind es noch Menschen aus Fleisch und Blut, die solche Verbote erlassen? Nur Menschenjünger können solche Verbote erlassen. (Zustimmung bei der Soz. Arb. — Unruhe.) Bismarck wird auch die Einschließung zum Meer als Strafe nach der Entlassung aus der Schutzhaft verhängt. Ueberhaupt sind im Bereiche des 7. Armeekorps politische Mißliebige, die an sich dienstunbrauchbar waren, plötzlich kriegsverwendungsfähig geworden, gewissermaßen zur Strafe zum Meer eingeschlossen. (Hört! hört! bei der Soz. Arb.) Die Willkür der Gewalthaber kennt keine Grenzen. Gerade die Beamten, die die ausführenden Organe für die Schutzhaft sind, sind meist kriegsverwendungsfähig und ihre Blicke hier dahin gerichtet auf Duldbergerei. Deshalb suchen sie auch in der Defensivität ihre Tätigkeit als unentbehrlich hinstellen. Wir verlangen die Aufhebung der Schutzhaft und damit die Beseitigung von Zuständen, die eine Schmach und Schande für den deutschen Namen sind. (Beif. bei der Soz. Arb.)

Eine Erklärung der Regierung.

Staatssekretär Dr. Helfferich: In der Reichsteilung gibt es niemanden, der Schutzhaft und Belagerungszustand für ideale Einrichtungen hält. Aber leider ist es unmöglich, während des Krieges auf diese Maßnahmen ganz zu verzichten. Auch die Mehrheit des Reichstages hält die Beseitigung des Belagerungszustandes jetzt nicht für möglich. Der Redner hat von Militärdiktatur gesprochen. Das Wort Diktator ist lateinisch und entpammt der klassischen Republik des Altertums. Die römische Republik hat, als sie in einem Kampf um ihre Existenz stand, die Notwendigkeit empfunden, die höchste Gewalt in die Hand eines einzelnen Mannes zu legen. Sie hat den Diktator mit Befugnissen ausgestattet, denen gegenüber die Befugnisse der Militärbefehlshaber von heute ganz geringfügig sind. (Widerpruch bei der Soz. Arb.) Unsere ganze staatliche Entwicklung sucht einen Ausgleich zu schaffen zwischen den Bedürfnissen des Staates und den Bedürfnissen des Individuums. In den verschiedenen Ländern ist dieser Ausgleich verschieden. (Ironische Zustimmung. b. d. Soz. Arb.) In Deutschland stehen wir in dieser Beziehung wahrlich nicht an letzter Stelle (Zurufe bei der Soz. Arb.: Doch! Doch!) Ich meine, daß wir Ursache haben, mit unseren Freiheitsrichtungen zufrieden zu sein. (Stürm. Widerspruch. bei der Soz. Arb.) Ich wenigstens bin stolz auf unser deutsches Reich. (Beif. u. d. Minderheit. — Lachen b. d. Arb. Abg. Ledebour: Aber wir sind nicht stolz auf Sie!) Das ist mir gleichgültig, wir sprechen jetzt von ernstern Dingen. Ich wiederhole, daß wir auf unsere kulturellen Zustände stolz sein können, und ich hoffe, daß es uns bald wieder möglich sein wird, in diese Verhältnisse hineinzukommen. (Beifall b. d. Mehrheit. — Käem b. d. Soz. Arb. — Zurufe b. d. Soz. Arb.: Neuorientierung!) Davon spreche ich jetzt nicht. Ich bitte, mich nicht fortgesetzt zu unterbrechen. (Vizepräsident Dr. Dove: Ich werde schon dafür sorgen. — Heiterkeit.) Also es bestand im Ausschuss Uebereinstimmung darüber, daß wir in einem Kriege, der an die Wurzeln unserer Existenz geht, auf solche Befugnisse nicht verzichten können. Das kann kein Land. Sehen Sie nach Frankreich, England und Italien, wo man erheblich weiter gegangen ist als bei uns. Ueber die einzelnen Fälle haben wir im Ausschuss Aufklärung gegeben und wir haben uns auch zu der Tendenz der vorliegenden Anträge nicht ablehnend verhalten. Ich glaube auch, daß die Praxis in mancher Richtung der Tendenz der Anträge bereits entgegengekommen ist. Der Redner hat eine ganze Reihe von Einzelfällen vorgetragen. Ich muß doch bitten zu erwägen, ob es zulässig sein kann, eine ganze Reihe von Fällen vor der breitesten Öffentlichkeit vorzutragen, ohne daß für uns die Möglichkeit besteht, darauf sofort und in voller Kenntnis aller Einzelheiten zu antworten. (Zustimmung.) Ein solches Verhalten kann unmöglich im Interesse des Vaterlandes liegen. Das Aktenmaterial liegt nicht vor und daher können wir nicht feststellen, ob das stimmt, was der Redner gesagt hat. (Stürm. Zurufe bei der Soz. Arb.: Die Fälle sind bereits im Ausschuss vorgetragen.) Nein, das ist nicht geschehen, wenigstens hat der Redner nicht vollständig vorgetragen. Bei dem einen Fall, der hier so große Entrüstung hervorgerufen hat, — es ist der Fall, bei dem es einem Schutzhaftling verboten worden ist, an der Beeridigung seiner Frau teilzunehmen — ist in der Kommission z. B. festgestellt worden, daß der Mann seine Frau 1909 hat sitzen lassen

und seitdem getrennt von ihr lebt. (Hört! hört! bei der Mehrheit — Zurufe b. d. Soz. Arb.: Aber deshalb kann er sie doch begraben!) Natürlich kann er das und ich billige ja auch dann das erlassene Verbot nicht. Aber diese Tatsache liegt dem vom Abg. Dittmann vorgetragenen Fall ein Moment hinzu, das dem Fall eine andre Beurteilung angedeihen läßt. (Stürm. Zurufe bei der Soz. Arb. Rein! Rein!) Der Abg. Dittmann hat mir dann untergeordnet, ich hätte gesagt, daß Dr. Mehring in Schutzhaft sei, denn dadurch werde er wenigstens vor der Begehung einer Straftat selbst geschützt. Das habe ich niemals gesagt. Ich habe nur gesagt, es sei mir lieber, daß der eine oder der andere unschuldig leidet, als daß man Schuldige laufen läßt und daß daraus ein Unheil für das Vaterland entsteht. Das ist doch ganz etwas anderes. Es läßt sich jetzt nicht vermeiden, daß Unschuldige leiden. Mehring ist in Schutzhaft genommen, weil er zu einer Friedensdemonstration auf dem Potsdamer Platz aufgerufen hat. Niemand ist so naiv, daß er nicht weiß, was jetzt aus einer Friedensdemonstration auf dem Potsdamer Platz werden kann. (Sehr richtig!) Deshalb habe ich gesagt: Lieber mag Dr. Mehring in Schutzhaft sitzen — so sehr ich das persönlich bei dem alten Herrn bedauern — als daß Tote auf dem Potsdamer Platz liegen. Das halte ich aufrecht. (Zurufe bei der Soz. Arb. Paulse Ausrede — Dr. Unruhe.) Das vom Abg. Dittmann vorgetragene Material wird selbstverständlich auf das genaueste geprüft werden. Wenn die Fälle so liegen, wie er sie vorgetragen hat, dann müssen sie unter allen Umständen aufs schärfste beurteilt werden. (Beif.) Darüber kann allenthalben nur eine Stimme herrschen. Aber Gerechtigkeit! Man darf nicht nur Unschuldigen in die Welt hinausgehen lassen, sondern es muß immer auch eine Untersuchung stattfinden. Dieser Untersuchung hätte der Redner in einem Falle vorarbeiten können. Er hat auch schon im Ausschuss erwähnt, daß junge Arbeitermädchen wegen Verbreitung von Handzetteln mit Prostituierten zusammengestellt worden sind. Ich habe ihn daraufhin zugerufen, er möge den Fall vortragen. Darauf hat Herr Dittmann geantwortet, daß er sich diesen Fall für da! Bennum vorbehalten. (Lebh. Hört! Hört!) Gegen ein solches Verfahren allerdings lege ich für meine Person und im Interesse des Vaterlandes den schärfsten Einspruch ein. (Beifall.)

Abg. Dr. Paasche (nlb.): Nach den vom Abg. Dittmann vorgetragenen Dingen, die im ganzen Hause eine so große Entrüstung hervorgerufen haben, und von denen auch der Staatssekretär zu gegeben hat, daß sie geradezu unerhörte genannt werden können, hätte ich erwartet, daß der Staatssekretär recht scharfe Worte über die Beurteilung gefunden hätte (Zurufe rechts: Hat er ja!) für diese Fälle, die ich nicht für möglich gehalten hätte. (Lebh. Zustimmung links.) Wenn solche Zustände möglich sind, so läge es im Interesse der Reichsregierung, des Deutschen Reiches und des deutschen Volkes, wenn gesagt würde: Solche Zustände wollen wir nicht dulden, wir werden sie nicht dulden (Erneuter lebh. Beifall links. — Rufe rechts: Das hat er ja gesagt! — Widerspruch links) wir werden die strengsten Strafmaßnahmen anwenden gegen Beamte, die solche Verfehlungen begangen haben. Der Staatssekretär hat ohne weiteres zum Schluß gesagt, er billige das nicht. Ich glaube, hier macht es der Ton! (Stürm. Zustimmung links.) Er hätte nicht bloß Verwahrung gegen die Angriffe und dagegen erheben dürfen, daß jemand eine Sache so und nicht anders vorgetragen hat, sondern er hätte das deutsche Volk beruhigen müssen durch die offene Erklärung: Solche Zustände können und werden wir nicht im deutschen Vaterlande dulden (Stürm. Beif. links.)

Stellvertreter des Reichskanzlers, Staatssekretär des Reichsamtes des Innern Dr. Helfferich: Ich kann mein Erstaunen über diese Ausführungen nicht verhehlen. (Zustimmung rechts, Heiterkeit links.) Ich habe ausdrücklich ausgesprochen, daß, wenn die Mitteilungen des Abg. Dittmann wahr sind, die Reichsleitung und die militärischen Vorgesetzten derjenigen untergeordneten Beamten, die sich so schuldig gemacht haben, diese Vorlesungen auf das schärfste verurteilen werden, und zwar nicht nur hier im Hause. Ich habe nur hinzugefügt, urteilen Sie nicht, bevor die Fälle geprüft sind. Und das halte ich aufrecht! (Beifall rechts — große Unruhe links.)

Die Schutzhaft in den Reichslanden.

Abg. Dr. Hauff (Elsässer): Elsaß-Lothringen ist zum klassischen Lande der Schutzhaft geworden, mehr als 1000 Bürger wurden von den Maßnahmen betroffen, viele leben noch als Gezeichnete zwangsweise in anderen Reichsteilen. Hätten sie etwas Strafbares getan, so hätte man sie gewiß vor Gericht gestellt. Vier Fünftel dieser Verhafteten wissen heute noch nicht, weshalb sie verhaftet sind, weshalb sie und ihre Existenz ruinirt werden. Eine ehemalige Kellnerin, die in Straßburg ein Korrespondenzbüro betrieb und sich als Vertrauensperson des Alideutschen Verbandes ausgab, hat vor Gericht unwiderprochen erklärt, daß auf ihre Denunziation 128 Personen vom Straßburger Gouvernement in Schutzhaft gebracht wurden. (Stürm. Hört! Hört! links.) Schließlich, als diese Person alle Welt, Militärbehörden und Regierung mit ihren Denunziationen belästigte, wurde sie selbst in Schutzhaft gebracht. (Heiterkeit.)

Unter großer Erregung der Linken und des Zentrums teilt der Redner mit, daß das Gouvernement jetzt einem Landtagsabgeordneten, der nur national nicht zuverlässig war, die Verpflichtung auferlegen versuchte, seine Ehrenämter niederzulegen, sich vom politischen Leben zurückzuziehen und künftig nicht mehr zu kandidieren. Das ist nicht der einzige Fall. Wo die Militärbehörde regiert, hat die effiziente Zivilregierung nichts zu sagen. Wiederholt wurde die Milderung unerträglich, auch gesundheitsschädlicher Beschränkungen der persönlichen Freiheit vom Mandatsverzicht abhängig gemacht. (Stürm. Hört! Hört! links und im Zentrum; Abg. Ledebour (Soz. Arb.): So wird Elsaß-Lothringen dem Deutschen Reich gewonnen.)

Es ist die Regel, daß Elsässer bei Entlassung aus der Schutzhaft in Zwangsdomizil kommen und die Lage dieser Internierten ist vielfach erschütternd. (Der Redner verliest zum Beweis dafür Briefe Internierter an elsässische Reichstagsmitglieder.) Das ist die Folge des heutigen Zustandes, wonach niemand verpflichtet ist, für Schutzhaftlinge oder Internierte zu sorgen. Fallen sie der Gemeinde zur Last, so laufen sie Gefahr, erneut interniert zu werden.

Die Mittellosen weist man schließlich den Lagern internierter Ausländer zu. Diese Elsässer werden meist wegen ungenügendem Patriotismus verfolgt; ihre Internierung in Ausländerlagern ist der Versuch, den Teufel durch Besetzung auszutreiben. Ob er gelingt, ist die Frage. Eine 70jährige elsässische Frau war vor Gericht angeklagt, sie wurde freigesprochen, aber, wie es im Elsaß üblich ist, in Schutzhaft genommen und nachher in einem Lager in Westdeutschland interniert. Zwei Söhne dieser Greisin haben den Heldentod für ihr deutsches Vaterland gefunden (Stürm. Hört! Hört! links), die alte mittellose Frau aber ist nun angewiesen auf die Gnade der in demselben Lager internierten ausländischen Damen der Weltweit. (Solenne Entrüstungsrufe links.) Diese Mütter deutscher Soldaten sind schamlos worden ab der Behandlung

Abonnementbedingungen:
Wien: 100 Gulden und Post:
Wöchentlich 60 h,
monatl. 2.60, vierteljähr. 7.80
Zum Abholen in den Filialen, in allen
Lokalitäten und Geschäftsstellen:
Monatlich 2.60.

Vertrieb und Lager:
Wien: 100 Gulden und Post:
bei freier Zustellung durch die Post:
Deutschland: Vierteljähr. 12.00,
für alle anderen dem Verlagsort
angeführt. Länder: Viertel. 15.00.
Abonnements werden angenommen
in der Administration, V. Reichs
Wienzeile 97, und in den Filialen:
I. Schulzeisengasse 10, Telefon 9191
II. Baumgasse 60, Tel. 40493
X. Währingergasse 8, Telefon 68344
XIV. Währingergasse 6, Tel. 88126
XVI. Währingergasse 84, Telefon 84148
XVII. Währingergasse 22, Telefon 17175
XXI. Währingergasse 14.
Für die an fremde Postämter oder
Verkaufsstellen bezahlten Beträge leisten
wir keine Garantie.
Sämtliche Reklamationen sind portofrei.

itung

erreich.

nachmittags.

Arbeiterzeitung

XXVIII. Jahrgang.

Die Regierung Stürggh.

Dieser Artikel ist in der Arbeiterzeitung am 30. Jänner 1915 erschienen.

Es war damals die Rede davon, daß sich die Regierung Stürggh in einer Krise befinde, und der Artikel untersucht nun, warum es nötig und nützlich wäre, Oesterreich eine andere Regierung zu geben. Indem wir diesen alten Artikel veröffentlichen, der nach allen begleitenden Umständen die Gewähr einer unbesangenen Untersuchung bietet, glauben wir einen Teil jener Kritik zu leisten, zu der der Rücktritt der österreichischen Minister Anlaß gibt.

Was ist's nun mit dem Grafen Stürggh? Befindet sich seine Regierung in einer Krise oder haben wir die erregten Hoffnungen als eitel zu betrachten und zu glauben, daß seine Stellung „unerschütterlich“ sei? Wir pflegen keine „Beziehungen“ und haben keine Lust, uns in Kombinationen zu ergen; aber zu sagen, daß es recht nützlich wäre, Oesterreich eine andere Regierung zu geben, erachten wir dennoch als unsere Pflicht. Wir wollen sie mit dem Eifer erfüllen, den die politische Notwendigkeit gebietet, aber die Leidenschaft zurückdämmen, zu der die Erinnerung an die Regierung, die das Parlament beiseite geschoben und den § 14 — lange vor dem Weltkrieg! — zur ausnahmslosen Regel ihres Tuns erhoben hat, allzu leicht verführen könnte.

Das Grundgebrehen, das der Regierung Stürggh in der Lage, in der sich Oesterreich befindet, anhaftet, ist nun dieses: diese Regierung erweckt keine Wärme, sie zieht nicht an, wirbt kein Vertrauen, vielmehr geht von ihr ein erkältender Hauch aus, der der gewaltigen Leistung, die von den Völkern dieses Reiches in Anspruch genommen wird, alles andere denn förderlich ist. In gutem Sinne vollstänlich zu werden ist einer österreichischen Regierung vorweg nur in einem sehr beschränkten Maße gegeben; in den Gegensatz und Widerstreit der Nationen gestellt, vermag sie schwer, sich nach allen Seiten gleichermaßen Freundschaft und Wertschätzung zu gewinnen. Aber mit der Regierung Stürggh steht es doch einigermaßen anders: ihr wird nun von niemandem, von keiner Partei und von keiner Nation, irgend etwas entgegengebracht, was man Zuneigung, Schätzung, Liebe nennen dürfte. Wenn Graf Stürggh scheidet, wird ihm niemand eine Träne nachweinen; er läßt jeden kalt und niemand wird sich ärmer fühlen, da er ihn verliert. Solange ein Minister im Amte ist, erträgt ihn freilich jeder als die Notwendigkeit, die er nicht beseitigen kann; aber was er in der Vorstellung- und Gefühlswelt der Menschen bedeutet hat, das erfieht man doch erst, wenn er von der Macht geschieden ist und die Abschätzung seines Wertes ohne die Störung durch eigensüchtige Erwägung sich vollziehen kann. Und da ist zu sagen, daß es wohl selten in Oesterreich eine Regierung gegeben hat, die derart auf jeden Zusammenhang mit dem Volke verzichtet hat, wie es bei der Regierung Stürggh der Fall. Ihr sind die tieferen Wurzeln, die auch eine Beamtenregierung nicht missen kann, verdorrt und abgestorben, und wenn sie scheidet, wird das Hoffen und Glauben in Oesterreich nur stärker und kräftiger werden.

Diese Zuversicht, die von der Regierung ausgeht, diese Wärme, die sie ausstrahlt, ist aber beileibe nichts Gleichgültiges; das ist während eines Krieges vielleicht das Wichtigste. Es handelt sich nicht darum, ob Graf Stürggh „eine Majorität hat“; wir wissen nur allzu gut, daß er sie, leider, nicht braucht, und daß überhaupt während eines Krieges auf Leben und Tod die parlamentarischen Gewichte auf die Waagschale nicht

gelangen. Aber die Empfindungen, die im Kriege eine Regierung erweckt, gehören dennoch zu den moralischen Imponderabilien, zu den zwar unwägbar, aber trotzdem wichtigen Dingen, die außer acht zu lassen ungemein bedenklich wäre. Gerade weil die Völker im Kriege der sonstigen Mittel, ihren Willen auszudrücken und ihm Einfluß zu verschaffen, entbehren, gerade deshalb ist es notwendig, daß eine Regierung da sei, zu der sie mit gesteigertem Vertrauen blicken, die sie gewissermaßen als Fleisch von ihrem Fleisch ansehen, mit der sie sich geistig und politisch verbunden fühlen. Es ist doch kein bloßes taktisches Manöver, daß überall dort, wo parlamentarische Regierungen am Nuder sind, in dem Augenblick, da das Vaterland in Not kommt, der Regierung sofort die breiteste Grundlage gegeben wird; es ist ohne Zweifel das Bedürfnis, die Regierung in der schweren Zeit mit dem allgemeinen Vertrauen auszurüsten. Oder aber, wo sich das parlamentarische Regierungssystem nicht durchgesetzt hat: glaubt jemand, das wäre gleichgültig, welcher Mann jetzt in Deutschland Reichskanzler sei? Es versteht doch jeder, es bedeute nicht wenig, daß an der Spitze gerade der Herr v. Bethmann Hollweg steht, dem auch die politischen Gegner jenen Respekt entgegenbringen, den sich Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Empfänglichkeit rechenschaftlich verdient haben. Eine Regierung ist doch nicht eine bloße Verwaltungsbehörde und kann es am wenigsten während eines Krieges sein. Da hat sie mehr zu sein: gleichsam die Führerin der Nationen, deren Wort und Beispiel die matten Herzen aufrichtet, von der das Fluidum ausströmt, das die Bürgergesinnung belebt und kräftigt; an ihrem Wert und Gehalt soll sich die Hoffnung aufrichten. Es reicht aus, das zu sagen; zu erklären, wie es sich dabei mit der Regierung Stürggh verhalte, wäre überflüssig. Es handelt sich ja nicht um das Verhältnis, in dem Graf Stürggh zu den Politikern, also etwa den bürgerlichen Abgeordneten und Herrenhausmitgliedern steht; das mag ja ganz „normal“ sein. Es handelt sich darum, daß die Regierung Stürggh dem Volke nichts ist, daß sich aus ihrem Dasein keine Wärme und Freude für den Staat entwickelt. Der magyarische Soldat im Schützengraben wird seinen Disza kennen, der deutsche seinen Bethmann Hollweg, und der Gedanke an das politische Zuhause wird ihnen die Stimmung nicht trüben. Die Regierung Stürggh ist eine Institution innerhalb der bürokratischen Ordnung; damit ist ihre Bedeutung beschränkt. Aber auch Oesterreich braucht eine Regierung, die belebend und aufrichtend wirkt, an die sich zu erinnern nicht alle Freude vergällt.

Daraus ergibt sich nun die unerfreuliche Tatsache, daß durch diese Regierung, die jeden kalt läßt und jeden kalt macht, das Selbstbewußtsein der Oesterreicher verletzt wird. Nämlich der Abstand von dem Disza wird zu augenfällig, und so höhrt sich das Gefühl ein, daß Oesterreich politisch zurückgedrängt wird und weit weniger bedeutet, als es bedeuten sollte. Nicht daß wir meinen, die österreichische Regierung möge Konflikte suchen, solle in dem Wechselverhältnis zu Ungarn Prestigepolitik treiben; diese Auffassung des Dualismus, als müßte da immer gekämpft und gerauft werden, haben wir uns nie zu eigen gemacht. Aber das Verlangen der Oesterreicher, welches sie alle innerlich tragen, wenn sie auch, als wohlherzogene Untertanen, es nicht zu äußern unternehmen, daß nämlich ihre Regierung nicht weniger an Einfluß, Macht, politischem Gewicht und, vor allem, an Ansehen besitzen solle, als sie die ungarische aufweist, dieses Verlangen ist ganz natürlich und ihm die Erfüllung zu verweigern wäre nicht weniger, als ihnen zu sagen, daß das Erstgeburtsrecht, ja nur das Recht als Gleiche von ihnen nicht beansprucht werden darf. Wir brauchen eine Regierung, von der zu sprechen nicht Verlegenheit ist; eine Regierung, der wir das Vertrauen entgegenbringen, daß ihr Wille ins Gewicht fällt, ihr Wort mitzählt; eine Regierung, der die Welt außerhalb des Ausnahmestandes, als die ihr Urteil nicht zu verstecken braucht, kein geringeres Maß von Achtung und Schätzung entgegenbringt, als der österreichischen Regierung nach dem natürlichen Kräfteverhältnis im dualistischen Reiche zukommt. Wir

Abend
31. X. 1916

167

Das neue Ministerium und der Ausgleich mit Ungarn.

Von den Ministern des Kabinetts Stürgkh, die ressortgemäß mit dem Ausgleich und den sonstigen wirtschaftlichen Vereinbarungen mit Ungarn zu tun hatten, wurde keiner in das neue Ministerium Koerber herübergenommen. Wir haben auf diesen gewiß nicht ganz bedeutungslosen Umstand bereits aufmerksam gemacht, ohne daraus voreilige Folgerungen abzuleiten. Andere Blätter, minder vorsichtig, „wußten“ bereits von einem völligen Umsturz der bisherigen Ausgleichvereinbarungen, von neuen Grundlagen, von einer Verlängerung der Geltungsdauer des 1907er Ausgleichs bis über den Krieg hinaus zu berichten. Diesen offenbar weit über die Wirklichkeit hinausgehenden Mitteilungen tritt der offiziöse „Pester Lloyd“ (Nr. 301) entgegen:

In der Stunde, die in Oesterreich die Veröffentlichung der Ernennung des Herrn v. Koerber zum Ministerpräsidenten brachte, erchien in Ungarn eine halbamtliche Mitteilung, die das Gerücht, das von der Wiener Presse ausgegangen war, als habe Herr v. Koerber mit dem Grafen Tisza eine Einigung über den Abschluß des Ausgleichs für die Zeit nach dem Kriege und ein Ausgleichsprovisorium vereinbart, in das Reich der politischen Märschen verweist. Der wirtschaftliche Ausgleich zwischen den beiden Staaten der Monarchie ist die Brücke, die über das Blutmeer des Weltkrieges hinweg an das Gestade einer frohen Zukunft führt. Der Brückenbau ist, soviel wir wissen, restlos vollendet; um bei dem Wilde zu bleiben, fehlt nur noch die technisch politische Begehung, um sie dem öffentlichen Verkehr übergeben zu können. Nun ist freilich nicht Herr v. Koerber der Baumeister der Brücke gewesen. Vielleicht würde er sie auch in diesem oder jenem Detail anders angelegt haben. Aber soll, weil der Baumeister starb, das mühsam errichtete Werk niedergerissen und die schwere Arbeit von vorn wieder aufgenommen werden? Niemand kann die Stunde voraussagen, die den sehnennden Herzen der Völker Europas die Glückseligkeit des Friedens beschert wird. Sicher aber ist, daß die Ausgleichsbrücke in dieser Stunde fertig dastehen muß. Denn das andere Ufer lockt mit seiner Perspektive einer neuen politischen und wirtschaftlichen Weltordnung, in der die Monarchie als Entgelt für das verlorene teure Blut und für die unglücklich schweren Opfer ihrer Völker einer blühenden Entwicklung entgegengehen soll. Aber das andere Ufer lockt nicht nur, es gebietet auch. Sein Gebot lautet: Um keine Sekunde darf der Anschluß an die Zukunftsmöglichkeiten, der nur über diese Brücke hinweg möglich ist, verzögert werden. Kein gewissenhafter Staatsmann könnte die Verantwortung auf sich laden für die Folgen, die sich ergeben müßten, wenn Oesterreich-Ungarn in der Stunde, die den Uferwechsel fordert, in Ermangelung einer Brücke diesen Anschluß vermissen würde. Die Idee des Ausgleichsprovisoriums ist in das Reich der politischen Fabel verwiesen, Herr v. Koerber hat die Uebernahme seines neuen Amtes nicht an die ihm zugemutete Bedingung geknüpft. Der neue Ministerpräsident hat schon mit seinem ersten Schritt gezeigt, daß er sich der konstruktiven Natur seiner neuen Aufgaben bewußt ist.

Ob diese Behauptungen des offiziellen Pester Blattes die ganze Wahrheit oder nur deren ungarischer Teil enthalten, deren ungarische Lesart darstellen, könnte wohl nur vom neuen Ministerpräsidenten selber zuverlässig festgestellt werden. Es kann übrigens ja nicht ausbleiben, daß sich die Wahrheit selber entschleierte. Der Inhalt der getroffenen und den ungarischen Darstellungen zufolge von Dr. v. Koerber übernommenen Vereinbarungen ist öffentlich gar nicht oder doch nur gerüchtrische bekannt geworden und entzieht sich daher derzeit noch einer ernsten Beurteilung. Mit den großen Gesichtspunkten dagegen, die das Pester Blatt ins Treffen führt, kann man einverstanden sein, ja wir stehen nicht an, es erfreulich zu finden, daß ein ungarisches Organ sich rückhaltlos zum Gedanken des Zusammenschlusses bekennt. Im gleichen Aufsatze, dem das vorstehende Zitat entnommen ist, heißt es an anderer Stelle:

Die große Lehre aus dem Weltkriege ist haben wir drüben die zum Gemeingut gewordenen Bewußtheit der unauf lösblichen Schicksalsgemeinschaft zwischen

den beiden Staaten der Monarchie. Vor einem halben Jahrhundert ist der Dualismus geschaffen worden. Seine Schöpfer haben sich von der Ueberzeugung leiten lassen, daß in ihm die Lebensform gefunden sei, in der die Monarchie die Großmachstellung die für sie eine Lebensfrage ist, zu wahren und zu festigen, in der Oesterreich-Ungarn dem Anprall auch der stärksten feindlichen Kräfte siegreich zu widerstehen imstande sein werde. Allerdings ist bis zu dem Weltkriege der Dualismus bloß eine Verheißung (?) gewesen, und eine starke Strömung in Oesterreich hat dieser Verheißung offen oder heimlich ihre skeptischen Vorbehalte entgegensetzt. Nun hat aber der Weltkrieg, man kann nicht oft genug auf diese Tatsache hinweisen, die Probe auf das Exempel gemacht. Der Dualismus hat sich als das bewährt, als was er von seinen Schöpfern gedacht war: er ist in der Tat der Schuhwall einer wirklichen, einer lebenskräftigen, einer die unerhörteste Prüfung sieghaft bestehenden Großmachstellung, an deren mächtigem Gefüge alle feindliche Gewalt zerschellen muß. Die Kraft dieser Großmachstellung aber ist die Summe aus der Vitalität des österrischen und des ungarischen Staates. Daraus folgt, daß wie wir in Ungarn ein Interesse an der politischen und wirtschaftlichen Erstarkung Oesterreichs haben, ebenso auch Oesterreich nur gedeihen kann, wenn ihm ein politisch gesundes, wirtschaftlich rüstig aufstrebendes Ungarn zur Seite steht. Das ist nicht immer in der Vergangenheit genügend klar erkannt, häufig sogar in verhängnisvoller Weise verkannt worden. Heute hat man wohl umgelernt. Im Stahlbad des Weltkrieges ist das Zusammengehörigkeitsgefühl in Oesterreich und in Ungarn sicherlich erstarkt. Auch da wird es nach dem Kriege gelten, verfehlte Traditionen zum alten Eisen zu werfen. Heillos werden die beiden Staaten der Monarchie nicht nur einander jeden Fortschritt auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete gönnen, sie werden in brüderlichem Wettstreit sich in ihrer Aufwärtsentwicklung auch gegenseitig fördern müssen. Man wird sich loszuringen haben von kleinlicher Ehesucht, von den Impulsen einer sinnlosen Mißgunst, die das eigene Gedeihen in dem Verderben des anderen erblickt hat. Man wird, was der Riesenhammer des Weltkrieges zusammengeschmiedet hat, im Frieden noch mehr festigen müssen, wird die Seelen verknüpfen lassen durch das Bewußtsein, daß Ungarns Ausblühen auch die Wohlthat Oesterreichs, Oesterreichs Kraft auch den Aufstieg Ungarns bedeutet und daß nur die unverbrüchliche Eintracht beider Staaten dem Throne jenen Ruhm und der Monarchie jene Großmachstellung zu wahren vermag, die von den Helden des Oesterreichs und Ungarns auf den Schlachtfeldern des Weltkrieges in so herrlicher Weise gemehrt worden sind.

Wenn auch jene, die vor dem Kriege dem Dualismus mit Skepsis gegenüberstanden, die Folgerung aus den Weltkriegslehren für ihn vielleicht minder enthusiastisch formulieren werden, indem sie das Durchhalten der Monarchie in dieser schweren Prüfungszeit nicht gerade dem Dualismus zuschreiben, so werden sie doch nicht zögern, zuzugestehen, daß der Dualismus die Probe auf das Exempel insofern bestanden hat, als er die Selbstbehauptung der Monarchie wenigstens nicht verhin derte, so erschwerend sein staatsrechtlicher Formalismus auch gelegentlich in den Ernährungsfragen eingriff. Wie es in Ungarn Parteien gibt, welche die 67er Verfassung ablehnen, so mag es auch in Oesterreich gestattet sein, zu glauben, daß es noch irgend eine vollkommener und erprießlichere Lösung des Grundproblems unserer Monarchie gäbe. Aber solange darüber ein völliges Einbernehmen nicht da ist — und es besteht in absehbarer Zeit nicht die geringste Aussicht dafür — wird eben bei der 67er Verfassung zu verbleiben sein, um so mehr, als der Weltkrieg überzeugend dargetan hat, daß in ihrem Rahmen das Zusammen- und Füreinanderleben und sterben möglich ist, wenn nur beide Teile der Geist des Wohlwollens, der Gegenseitigkeit, des Einanderverstehens erfüllt. Im übrigen wird man mit den Folgerungen, die der „Pester Lloyd“ aus den Kriegserfahrungen für den Zusammenschlußgedanken zieht, voll einverstanden sein und nur wünschen, daß seine Gedanken auch von den in magyarischer Sprache erscheinenden Blättern vertreten würden und in den Debatten des ungarischen Reichstages mehr, als es bis in die allerjüngste Zeit herauf der Fall gewesen, zum siegreichen Durchbruch kämen. Wünscht Ungarn, wie es der „Pester Lloyd“ vermuten läßt, die Zusammenge-

hörigkeit der beiden Staaten künftig noch zu vertiefen und mehr zu „festigen“ — in Oesterreich ist man dazu immer bereit, und zwar ohne Kompensationsforderungen.

Verständigung des ungarischen Ministerpräsidenten von der Ernennung Koerbers.

Budapest, 31. Oktober.

Das Amtsblatt veröffentlicht folgendes Allerhöchste Handschreiben vom 28. Oktober 1916:

„Lieber Graf Tisza!

Ich verständige Sie, daß Ich den Geheimen Rat Dr. Ernest v. Koerber von seiner Stelle als Gemein-samer Finanzminister enthoben und ihn zu Meinem österrischen Ministerpräsidenten ernannt habe.“

ein Staat, der die Rechtsidee nicht zu erfüllen, den Rechtsbestand des Individuums auf dem Gebiete des öffentlichen ebenso wie auf dem des privaten Rechtes der Verwaltung gegenüber nicht zu sichern vermag, ist kein Staat im heutigen Sinne des Wortes. Die Rechtsidee selbst ist erst in dem Augenblicke vervollständigt worden, als ihre Grenzen gegenüber der Verwaltungsidee grundsätzlich gesichert waren. Darum ist auch die Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht eine zufällig entstandene Institution, die nach Belieben heute eingesetzt und morgen wieder aus der Welt geschafft werden kann. Ihre Organisation allerdings bleibt dem Wechsel der Zeiten und der Anschauungen unterworfen; grundsätzlich aber ist sie, weil mit innerer Notwendigkeit aus der organischen Entwicklung der Rechtsidee hervorgegangen, zu einem wesentlichen Teile dieser Idee selbst geworden.

Die umfassende Wirkung dieser Reform läßt sich erst ermessen, wenn berücksichtigt wird, daß sie sich mit einem Schlage auf dem gesamten Gebiete des materiellen öffentlichen Rechtes zur Geltung brachte. Je undemerkbarer sich diese plötzliche Evolution des Rechtes vollzog, desto tiefer und nachhaltiger waren ihre praktischen Konsequenzen. Gerade darin lag vor allem ihre spezifische Bedeutung für das österreichische Verwaltungsrecht, dessen Quellen zum Teile in eine ferne Vergangenheit zurückreichen. Die alten Hofdekrete aus der theresianischen, josephinischen und franziszeischen Zeit erwachten unter dem Einflusse der Reform zu neuem Leben und neuer Bedeutung. Wo immer von ihnen subjektive Ansprüche anerkannt, den Behörden im Interesse von Parteien bestimmte Weisungen erteilt wurden, entstanden unter dem Einflusse der Generalklausel mit einem Male subjektive Rechte, die vom Verwaltungsgerichtshof fortan sorgfältig gehütet wurden. Und noch in einer anderen Beziehung war die Reform speziell für österreichische Verhältnisse von besonderer, auch politischer Bedeutung. Sie erstreckte sich nicht allein auf die staatliche, sondern auch auf die gesamte autonome Verwaltung, die in Oesterreich nur formell eine staatlich delegierte, in Wahrheit aber eine von der staatlichen fast vollkommen unabhängige ist. Wenn schon der Bestand des Gerichtshofes daran materiell nichts zu ändern vermochte, so bewirkte er doch, daß wenigstens formell die gleichen Rechtsprinzipien auf beide Verwaltungszweige zur Anwendung gelangten und daß in diesem Sinne von einem einheitlichen österreichischen Verwaltungsrechte gesprochen werden kann.

Der Verwaltungsrichter ist mitten in den uralten Kampf der Verwaltungs- und der Rechtsidee gestellt. Seine Aufgabe ist eine wesentlich andere als die des Zivilrichters und die des Verwaltungsbeamten, nähert sich aber doch in verschiedener Beziehung der des einen wie des anderen. Soweit es ihm obliegt, aus den Zwecken der Verwaltung heraus das Gesetz zu interpretieren und die objektive Feststellung des Tatbestandes zu beurteilen, ist seine Tätigkeit der des Verwaltungsbeamten verwandt, soweit er aber den Tatbestand unter das Gesetz zu subsumieren hat, ist er ausschließlich Richter. Die tiefe, philosophische Auffassung des Rechtes, die dem klassischen Altertum eigen ist, hat der Göttin der Gerechtigkeit eine Binde vor die Augen gelegt, die ihren nur auf die Verwirklichung des Rechtsideals gerichteten inneren Blick den beirrenden Einflüssen der lebendigen Außenwelt entzieht. Dem Verwaltungsrichter der Gegenwart kommt die symbolische Wohlthat dieser Binde nur sehr teilweise zustatten, und wo er sich ihrer bedienen muß, empfindet er sie oft als drückende Last. Er darf sein Auge den Anforderungen des stets nach erhöhter Betätigung ringenden Gesamtwohles, den lebendigen Aufgaben der Verwaltung nicht verschließen, er muß die Ziele, die sie leiteten, verständnisvoll erfassen, dem Verwaltungsbeamten nachdenken und nachempfinden und, wenn er alles erfaßt und begriffen hat, das sehende, noch von den Bildern der Gegenwart erfüllte Auge mit der Binde gewaltsam verschließen, um dem Rechte seinen Lauf zu lassen, gleichviel, ob er die Zwecke, die die Verwaltung verfolgte, billigt oder ob sie seinen eigenen Anschauungen diametral widerstreiten. Für die Opfer, die er seiner Ueberzeugung täglich abringen muß, vermag ihn nur das Bewußtsein zu entschädigen, daß die Ziele, denen er dient, weit über die Bedeutung des einzelnen Falles hinausreichen, daß der

Bau, den er hier mühsam, Stein für Stein, zusammenträgt, dereinst berufen sein wird, die Vollendung des Werkes zu krönen, das in der harmonischen Verschmelzung der Verwaltungs- und der Rechtsidee gelegen ist.

Wer die Spruchpraxis des Verwaltungsgerichtshofes aufmerksam verfolgt, wird ihm das Zeugnis nicht versagen, daß er, allen Schwierigkeiten zum Troste, seinen Aufgaben sowohl nach der Seite des Rechtes, als nach der der Verwaltung gewissenhaft nachgekommen ist. Er hat die Rechte der einzelnen geschützt, ohne den Zwecken der Verwaltung Abbruch zu tun, und noch mehr als das, er war bemüht, das Rechtsbewußtsein, die Achtung vor dem Rechte bei der Verwaltung zu stärken, umgekehrt aber auch das Verständnis für die Aufgaben der Verwaltung bei der Bevölkerung, wo nur immer möglich, zu wecken und zu fördern. Abgesehen von der erzieherischen, hat er aber das Schwergewicht seiner Tätigkeit vor allem in ihrer rechtsbildenden Bedeutung gesucht, erst an ihr kann der praktische und theoretische Wert seines Wirkens in seinem vollen Umfange ermessen werden.

Auf dem Gebiete des formalen Rechtes, des Verwaltungsverfahrens, ist die Tätigkeit des Gerichtshofes als eine schöpferische zu bezeichnen. Als er ins Leben gerufen wurde, hat es, abgesehen von einigen, in alten Hof- und Hofkanzleidekreten, in der Anweisung für die politischen Bezirksämter und späteren Verordnungen enthaltenen Bestimmungen, allgemein geltende Grundsätze des Verfahrens vor den Verwaltungsbehörden überhaupt nicht gegeben. Nun bestimmt aber § 6 des Gesetzes über den Verwaltungsgerichtshof, daß die angefochtene Entscheidung unter anderem auch dann zu beheben ist, wenn „wesentliche Formen des Administrativverfahrens außer acht gelassen wurden“. Bei der äußerst präzisen Fassung des Gesetzes ist es einleuchtend, daß hier absichtlich nicht von „gesetzlichen“, sondern von „wesentlichen“ Formen gesprochen wurde, um es in Ermanglung allgemein gültiger gesetzlicher Vorschriften der Kognition des Gerichtshofes zu überlassen, welche Formen des Verfahrens als wesentliche zu betrachten sind. Er hat von dem ihm hier gegebenen gesetzlichen Freibriefe in umfassendem Maße Gebrauch gemacht, indem er unter möglicher Vermidung einer unmittelbaren Anwendung zivilprozessualer Grundsätze aus den verschiedensten materiellen und formalrechtlichen Normen mittels logischer Schlüsse die „wesentlichen Formen“ des Administrativverfahrens feststellte und seinen Erkenntnissen zugrunde legte. Außenstehende vermögen nicht leicht die ganze Summe mühevoller Detailarbeit zu ermessen, die in der formalrechtlichen Judikatur des Verwaltungsgerichtshofes enthalten ist, und es wird diesem Gerichtshofe stets zu großem Verdienste gereichen, eine stattliche Anzahl von Verfahrensgrundsätzen allmählich aufgestellt zu haben, deren Inhalt ein, wenn auch nicht lückenloses, so doch in seiner Gesamtheit ziemlich einheitliches System des in Oesterreich geltenden Verfahrensrechtes bildet.

Die eigentliche Bedeutung der Tätigkeit des Verwaltungsgerichtshofes ist aber jedenfalls auf dem Gebiete des materiellen Verwaltungsrechtes zu suchen, das er in allen seinen Teilen einer sorgfältigen, interpretativen Tätigkeit unterzogen hat. Große Gebiete der Gesetzgebung — es sei hier nur beispielsweise auf die Gesetze über das Steuer- und Gebührenwesen, auf die Gemeinde-, Gewerbe-, Schul-, Kultus-, Straßen- und Wasserrechtsgesetzgebung verwiesen — sind erst durch seine Auslegung in ihrem eigentlichen rechtlichen Inhalte erfährt worden. Auch nach dieser Richtung ist seine Tätigkeit insofern eine schöpferische gewesen, als namentlich die Gesetze der neueren Zeit, die vielfach aus Kompromissen zwischen gegensätzlichen politischen oder sachlichen Anschauungen hervorgegangen sind, in legislativ-technischer Hinsicht oft sehr viel zu wünschen übrig lassen und an die Interpretationskunst die schwierigsten Anforderungen stellen.

Die wachsende Bedeutung des Verwaltungsgerichtshofes für die Angelegen der Verwaltung gelangt teilweise auch in den statistischen Geschäftsausweisen zu ziffermäßigem Ausdruck. Die Zahl der Beschwerden ist seit Beginn seiner Wirksamkeit von zehn zu zehn Jahren um rund 100 Prozent gestiegen und wies schon im Jahre 1912 einen Einlauf aus, der den des Jahres 1877 rund um das Dreifache übersteigt. Nicht in gleichem Maße hat die Zahl der Referenten zugenommen, was zeitweilig ein nicht unbedenkliches Anwachsen der Klüftstände zur Folge hatte. Diese sowohl mit dem Interesse der Bevölkerung und der Verwaltung als mit dem Ansehen des Gerichtshofes unvereinbaren Verhältnisse haben seit dem Jahre 1908 teils durch Stellenvermehrungen, teils durch sonstige auf die Beschleunigung der Geschäftsabwicklung abzielende Maßnahmen eine stets zunehmende Besserung erfahren. Bis jetzt ist die Zahl der Referenten von 10 auf 41, also rund auf das Vierfache des ursprünglichen Standes gestiegen.

Seute hat der Gerichtshof, soweit es bei den starren gesetzlichen Formen seines Verfahrens möglich ist, seinen Betrieb den Kriegsverhältnissen angepaßt. Während die normale Verwaltungstätigkeit unter dem Einflusse des Krieges vielfache Einschränkungen erfuhr, in einzelnen Gegenden sogar lahmgelegt wurde, sind unter demselben Einflusse neue Verwaltungsbedürfnisse und neue Gesetze entstanden, die an die Verwaltungsorgane, teilweise aber auch an die Verwaltungsrechtspflege sehr bedeutende Anforderungen stellen. Unter diesen Vorschriften ist es namentlich das Gesetz über die Gewährung von Unterhaltsbeiträgen an die Angehörigen der Mobilisierten, das die Tätigkeit des Gerichtshofes in außergewöhnlichem Maße in Anspruch nimmt und von ihm in Erfassung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Bedeutung dieser staatlichen Fürsorgeaktion gehandhabt wird.

Wie das Recht und die Verwaltung selbst, so ist auch die Verwaltungsrechtspflege mit dem wachsenden Kreise ihrer Aufgaben in steter Erneuerung begriffen. Das Gesamtwohl, das sich begrifflich fortgesetzt erweitert und vertieft, stellt immer größere und drängendere Anforderungen an den Staat, das Recht aber steht hoch erhaben über dem Betriebe des Tages und fordert seine Verwirklichung in sich selbst. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werden sich der Verwaltungsrechtspflege in absehbarer Zukunft neue, große Probleme eröffnen.

Vierzig Jahre Verwaltungsgerichtshof.

Von einem Mitgliede des Gerichtshofes.

(Siehe Nr. 18749 der „Neuen Freien Presse“ vom 31. Oktober.)

Wien, 31. Oktober.

Kein jemals hat ein anderes Gesetz eine so tiefgreifende und so umfassende Wirkung geübt wie das österreichische Gesetz über die Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes. Vor der Einsetzung dieses Gerichtes hat es, abgesehen von der auf einem engen Gebiete bereits früher in Wirksamkeit getretenen Kompetenz des Reichsgerichtes, im Bereiche der gesamten Verwaltung für den einzelnen nur gesetzlich geschützte Interessen gegeben; subjektive öffentliche Rechte sind erst durch sie entstanden, subjektive private Rechte gegen die Verwaltung erst durch sie zur vollen Wirksamkeit gelangt. Die Rechtsidee trägt das Postulat ihrer Verwirklichung in sich selbst. Rechte, die nicht verwirklicht, das heißt allen sich ihnen entgegenstellenden Hindernissen gegenüber erzwungen werden können, sind keine Rechte und

Die neue Regierung.

Die Ernennungen der neuen Minister werden morgen kundgemacht werden. Ein Handschreiben an Koerber gewährt in Genehmigung seiner Anträge sämtlichen bisherigen Ministern die Enthebung vom Amte; die Ernennungen lauten:

Gleichzeitig ernenne ich den Minister a. D. Geheimen Rat Dr. Franz Klein zu meinem Justizminister, den Generalobersten Geheimen Rat Friedrich Freiherrn v. Georgi neuerlich zu meinem Minister für Landesverteidigung, den Geheimen Rat Dr. Max Freiherrn Sussarek v. Heinlein neuerlich zu meinem Minister für öffentliche Arbeiten, den Zweiten Präsidenten des Verwaltungsgerichtshofes Geheimen Rat Erwin Freiherrn v. Schwarzenau zu meinem Minister des Innern, den Statthalter a. D. Geheimen Rat Dr. Michael Bobrznyski zu meinem Minister, den Sektionschef a. D. Geheimen Rat Dr. Franz Stibral zu meinem Handelsminister, den Sektionschef Karl Marek zu meinem Finanzminister, den Generalmajor Ernst Schaible zu meinem Eisenbahnminister und den Geheimen Rat Heinrich Grafen Clam-Martinic zu meinem Ackerbauminister.

Von den Ministern im Kabinett Stürgkh bleiben also nur Georgi, Sussarek und Trnka im Amte; der militärische Minister, den kein Kabinettwechsel berührt; der klerikale Unterrichtsminister und der tschechische Arbeitsminister; beide wohl mehr wegen ihrer Parteirichtung.

Was die neuen Minister betrifft, so sind sie, mit zwei Ausnahmen, durchaus bekannte Männer, die lange Zeit politisch tätig sind. Was vor allem den Ministerpräsidenten anlangt, so erscheint Koerber zuerst als Handelsminister im Kabinett Gautsch, das die Regierung Badeni im Jahre 1897 ablöst, dann als Minister des Innern in der Regierung Clary, die Thun nachfolgt, und schließlich als Ministerpräsident seiner im Jahre 1900 ernannten Regierung, die auf das kurze Intervall der Regierung Wittel folgt. Koerbers Regierung hielt sich bis Ende 1904; Koerber fiel damals über eine Abstimmung im Budgetauschuß, wo sich gegen ihn eine Mehrheit aus Tschechen, Deutschen und Feudalen sammelte; der Abfall der Deutschbürgerlichen, die da zu seinem geschwornen Feinde Kramarsch übergingen, zwang ihn zur Demission. Wenn man hört, daß es sich damals sachlich darum handelte, daß die Regierung ermächtigt werden sollte, 69 Millionen Kronen Rente zum Zwecke der Refundierung an die Staatskassen auszugeben, und daß der Gesetzentwurf im Budgetauschuß mit 29 gegen 14 Stimmen abgelehnt wurde, so muß man sagen, seither hat der österreichische Konstitutionalismus schon beträchtliche Fortschritte gemacht. Jetzt können Milliardenanlehen ohne gesetzliche Bewilligung unternommen werden.

Die Lebenskraft der Koerberschen Regierung schien allerdings damals schon erschöpft. Auf Koerber als Ministerpräsidenten paßt vielleicht das Wort, daß es genügt, Großes gewollt zu haben — wenigstens um günstig beurteilt zu werden. Koerber hat vielfaches angeregt, zum Beispiel knapp vor seinem Rücktritt noch das Programm für die Arbeiterversicherung, aber viel ist aus seinen Plänen (Prekreform, Verwaltungsreform zc.) nicht geworden. Aber wir wollen nicht vergessen, daß er noch in dem ersten Parlament das Gesetz über den Neunstundentag der Bergarbeiter durchsetzte, daß er die politische Verwaltung (Versammlungsrecht, Prekfreiheit) von Grund aus änderte, daß er, wenn die widrigen Umstände in dem Parlament, das er neu wählen ließ, nicht gewesen wären, wohl noch manche nützliche Reform gebracht hätte. Jedenfalls war seine Regierung die inhaltsreichste aller Kabinette seit Laaffes Zeiten.

Unter seinen neuen Mitarbeitern ragt Franz Klein, der große Jurist, am höchsten hervor. Klein war durch viele Regierungen der leitende Geist im Justizministerium; Justizminister wurde er im Kabinett Bed und blieb es bis Dieners Ende. Stibral hat etwa dreißig Jahre im Handelsministerium gebient (in dem Zwischenministerium Wittel hat er es auch geleitet), er war aber immer nur mit Zoll- und Handelsfragen beschäftigt, in denen er als ein Fachkenner gilt. Aber es wird gerade jetzt im Handelsministerium anderes Wissen gebraucht werden. Freiherr v. Schwarzenau ist ein Beamter aus Koerbers Schule; Koerber hat ihn auch nach Tirol als Statthalter geschickt. Aber dort hatte er sich nicht gerade bewährt: die Unruhen wegen der italienischen Fakultät machten seine Stellung unhaltbar. Danach kam Schwarzenau in den Verwaltungsgerichtshof, zuerst als Senatspräsident, schließlich als Zweiter Präsident; er war auch Vorsitzender der seligen Kommission zur Förderung der Verwaltungsreform. Dr. Bobrznyski ist von Beruf Professor; er hat lange als Vizepräsident des galizischen Landes-Schulrates gewirkt und war da als Reaktionär verfahren; nach der Ermordung des Grafen Potocki wurde er Statthalter in Galizien, er scheiterte an der Wahlreform und mußte abtreten, um Korytowski Platz zu machen. Graf Richard Clam-Martinic ist jetzt Obmann der Rechten im Herrenhause und ständiger Redner und Referent in den Delegationen. Also Feudaladel, gemildert oder beschwert durch Verwaltungsratsstellen, so zum Beispiel bei der Prager Eisenindustrie. Das Ackerbauministerium ist sozusagen tschechischer Besitz und so repräsentiert Graf Clam die Anteilnahme der Tschechen und die Vertretung der Feudalen.

Von den neuen Männern wird folgendes berichtet: Finanzminister Karl Marek ist im Jahre 1860 in Eger geboren, nach seinem 1883 erfolgten Eintritt in den Staatsdienst war er zunächst bei verschiedenen Finanzbehörden tätig, 1912 erfolgte seine Ernennung zum Sektionschef und zugleich die Vertrauensstellung mit der Leitung der Monopolssektion. Seit dem vorigen Jahr stand er an der Spitze der Budgetsektion. Hoffentlich ist an ihm was. Das Eisenbahnministerium scheint man irgendwo als militärischen Anspruch reklamiert zu haben, sonst wäre die Ernennung nicht sehr verständlich. Herr Schaible ist derzeit Kommandant der Verkehrs-truppenbrigade und seit einigen Jahren Generalmajor. Er ist übrigens in der Regierung der fünfte Bürgerliche; außer dem Grafen Clam-Martinic geht es über den Freiherrn in dieser Regierung nicht hinaus.

Die Scheidenden.

Bei den aus dem Amte scheidenden Ministern (Hohenlohe, Forster, Zenker, Morawski, Leth und Spitzmüller) wird die Wiederverwendung vorbehalten; das geschieht übrigens bei Ministern, die Beamte sind, regelmäßig. Nur Herr v. Hohenburger scheidet endgültig; das ist zwar nur eine negative Freude, aber man empfindet sie doch sehr lebhaft. Prinz Hohenlohe wurde ins Herrenhaus berufen, Leth, Spitzmüller

und Morawski erhalten den gewohnten Ministerorden (Eiserne Krone erster Klasse). Der Abschiedsdank wird mannigfach nuanciert: bei Hohenlohe: „Ich spreche Ihnen für Ihre mir unter besonders schwierigen Verhältnissen in treuer Hingebung geleisteten ausgezeichneten Dienste meine volle Anerkennung und meinen wärmsten Dank aus.“ Bei Hohenburger: „Ich vermag Sie jedoch nicht aus dem Amte scheidend zu sehen, ohne mit voller Anerkennung der hervorragenden Verdienste zu gedenken, welche Sie sich durch Ihr hingebungsvolles umsichtiges Wirken unter außerordentlichen Verhältnissen erworben haben.“ Bei Forster: „Ich spreche Ihnen für Ihre unermüdlige, auch unter den gegenwärtigen, besonders schwierigen Verhältnissen erprobte Wirksamkeit meine volle Anerkennung und meinen wärmsten Dank aus.“ Bei Zenker: „Ich spreche Ihnen für Ihre vieljährigen, unter schwierigen Verhältnissen geleisteten ausgezeichneten, treuen Dienste meine volle Anerkennung und meinen wärmsten Dank aus.“ Bei Morawski: „Ich spreche Ihnen für Ihre sehr ersprießliche Wirksamkeit meine volle Anerkennung und meinen wärmsten Dank aus.“ Bei Leth: „Ich spreche Ihnen für Ihre besonders verdienstvolle Tätigkeit meinen wärmsten Dank aus.“ Bei Spitzmüller: „In dankbarer Anerkennung Ihrer mit aufopfernder Hingebung geleisteten vorzüglichen Dienste.“ ... Was die scheidenden Minister betrifft, so heißt es, daß Prinz Hohenlohe der Nachfolger Koerbers im Gemeinsamen Finanzministerium wird. Hoffentlich bleibt der tätige, arbeitsfreudige Mann in dem nichtsagenden Amte nicht zu lange. Die Herren Leth und Spitzmüller sind ganz aus ihrer Bahn gerissen. Herr v. Leth war befallig, ehe er die Berufung annahm, Gouverneur der Postsparkasse; das Amt hat jetzt der frühere Handelsminister Schuster inne. Man meint, Herr v. Leth werde einmal Gouverneur der Oesterreichisch-ungarischen Bank werden. Herr v. Spitzmüller hat die ertragreiche Stelle als Direktor der Kreditanstalt aufgegeben, um seine alte Sehnsucht, als Minister wirken zu können, zu erfüllen; und da hat er noch das Handelsportefeuille angenommen, obwohl er eigentlich ein Finanzmann ist. Hoffentlich geht er nicht wieder zur Hoffinanz. Zenker war vorher Senatspräsident im Verwaltungsgerichtshof, man wird ihn wohl dort bald wieder sehen. Mancherlei wird auch über die Ausgestaltung des Ernährungsamtes erzählt; aber über Einfälle und Pläne wird es noch nicht geziehen sein.

Der neue Mann in Oesterreich.

(Von unserem Wiener Vertreter.)

Das neue österreichische Ministerium Körber ist nunmehr perfekt. Wir werden also auf österreichischer Seite ein Ministerium Tisza haben — eine Konstellation, die schon einmal, vor zwölf Jahren, zu verzeichnen war. Damals hat Tisza gegen Körber, der bei Regelung der Ausgleichsfragen den österreichischen Standpunkt etwas hartnäckiger vertrat, als in Budapest erwünscht war, das Wort fallen lassen, der österreichische Ministerpräsident sei für ihn nur „ein vornehmer Fremder“. Die Bereitwilligkeit, mit der v. Körber in den letzten Tagen nach Budapest ging, läßt darauf schließen, daß jene Äußerung Tiszas bei ihm keinen kränklichen Eindruck hinterlassen hat, wie man ja auch von Tisza annehmen darf, daß die Lehren des Krieges seinen Standpunkt einigermaßen korrigiert haben. Wenn die österreichischen Soldaten, die die Karpathen und Siebenbürgen verteidigen halfen, in Ungarn keine Fremden sind, so kann es auch der österreichische Ministerpräsident nicht sein, der mit der Budapester Regierung über die wichtigsten, beiden Reichshälften gemeinsamen Vänge — die der Verteidigung und des wirtschaftlichen Gedeihens — zu beraten und zu beschließen hat.

Seit Jahr und Tag stand das Ministerium Stürgkh mit Tisza in Unterhandlungen wegen der Erneuerung des Ausgleichs zwischen Oesterreich und Ungarn, der am 31. Dezember 1917 abläuft. Wie an dieser Stelle seinerzeit berichtet wurde, nahm man auf österreichischer Seite von diesen Verhandlungen, die nahe vor dem Abschluß standen, nur mit Sorge Kenntnis, weil die Bürgschaft der Parität zwischen beiden verhandelnden Teilen mangelte. Tisza konnte sich auf das Parlament und die wohlorganisierte öffentliche Meinung Ungarns berufen — Stürgkh und seine Fachminister betrieben die Verhandlungen mit größter Heimlichkeit und ohne andere Rückendeckung als ihr eigenes Pflichtgefühl, das aber durch die Möglichkeit, den Ausgleich auf absolutistische Weise mittels des § 14 in Kraft zu setzen, sehr erleichtert wurde. Herr v. Körber beschreiet, wie hute verlautet, einen andern Weg. Er wies darauf hin, daß es für beide Teile nicht ratsam sei, schon jetzt im Kriege, wo man noch gar nicht wissen könne, welchen Verhältnissen wir nach Friedensschluß gegenüberstehen werden, auf lange Zeit hinaus bindende wirtschaftliche Abmachungen zu treffen. v. Körber hält es für besser, den gegenwärtigen Ausgleich so lange provisorisch in Kraft zu lassen, bis es möglich sein werde, sich über die Erfordernisse der neuen Zeit ein Urteil zu bilden. Der Vertrag, den dann die österreichische und die ungarische Regierung vereinbaren wollen, soll erst nach Genehmigung durch die Parlamente beider Reichshälften in Kraft treten. So ist auf die natürlichste und für niemand verletzende Weise die Parität zwischen Oesterreich und Ungarn wiederhergestellt. Dem Grafen Tisza dürfte es um so leichter fallen, auf diesen Vermittlungsvorschlag einzugehen, als auch die ungarische Opposition von der Neuregelung des Ausgleichs während der Kriegsdauer nichts wissen will.

Schon heute ist nicht zu verkennen, daß allein schon der Hinweis auf die Notwendigkeit, das Ausgleichswort auch vor dem österreichischen Parlament zu verteidigen, v. Körber eine stärkere Stellung verliehen hat, als sie Graf Stürgkh einnahm, der als auf dem kommandierbaren Verordnungswege machen wollte. Man hat wohl auch in Deutschland die Bewegung nach Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände, die in den letzten Monaten in Oesterreich unter der Decke um sich griff, nicht ganz in ihrer Bedeutung erkannt. Man fragte nur immer, wie es ein Mensch für ratsam halten könne, der Redefut im Wiener Parlament den Weg zu öffnen — und in der Tat, die Erfahrungen aus der letzten Zeit vor dem Kriege konnten ja keine allzu hohe Meinung von dieser Institution erwecken. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß die bewegten Ereignisse im Kriege in allen Parlamenten zu bewegten Aussprachen geführt haben. In dieser Beziehung hat kein Staat dem andern etwas vorzuwerfen. Und was die habsburgische Monarchie betrifft, so hat das Budapester Parlament in seinen letzten stürmischen Sitzungen einem großen Teil dessen, was sich etwa im Wiener Reichsrat ereignen könnte, den Charakter gefährlicher Ueberraschungen genommen. Die magyarische Opposition hat frei von der Leber weg gesprochen, ohne bezweigen die Geltung der Länder der Stefanskrone innerhalb der Monarchie und im Ausland zu schmälern; ja noch mehr, sie hat schon einen großen Teil der Debatte, die in Wien zu erwarten wäre, für Oesterreich besorgt. Es braucht nur an die Reden des

Prinzen Windischgrätz und des Abgeordneten Szurecsány erinnert zu werden, durch die sich die Tschechen so sehr getroffen fühlten. Es sind also dem schadenfrohen Ausland kaum noch Rückengeheimnisse zu verraten, sondern im Gegenteil, es könnte nur nützlich sein, wenn von österreichischer autoritativer Stelle gewissen, von unsern Feinden in Umlauf gesetzten Verdrehungen — wie der Behauptung, daß in Oesterreich, dem Nationalitätenstaat par excellence, die kleinen Nationalitäten unterdrückt werden — entgegengetreten würde.

Bei dem Wunsche nach Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände handelt es sich beileibe nicht nur um das doktrinär-konstitutionelle Bedürfnis nach dem Anhören stammender Reden im Parlament, sondern um eine reine Nützlichkeitsfrage. Mit der Frage der Einberufung des Parlaments ist auch die der Pressefreiheit aufs engeste verknüpft. Oesterreich hätte sich, wenigstens für die Zeit des Krieges, auch mit der absolutistischen Regierungsweise abgefunden, wenn diese allen Volksbedürfnissen entsprochen, ja, infolge des Wegfallens parlamentarischer Hemmungen, vielleicht noch schneller und gründlicher gearbeitet hätte als die Regierungen in andern Ländern. Davon konnte aber in der Ära Stürgkh keine Rede sein. Das beste Beispiel hierfür ist die Regelung der Lebensmittelverteilung. In dieser für die heutige innere Politik wichtigsten Frage hinkte man in jeder Beziehung dem von Deutschland gegebenen Beispiel nach, oft mit gefährlichen Verspätungen. Brotlarie, Getreidelarie, Zuckerlarie, Kaffee- und Fleischlarie — alles erklärte man hier zunächst für überflüssig, um es schließlich und endlich, wenn die Vorräte geschwunden waren, doch nachzumachen. Und die Schwäche, die der allein auf sich gestellte Graf Stürgkh bei Beratung des Ausgleichs mit Ungarn an den Tag legte, machte man ihm auch in bezug auf die Lebensmittelpolitik zum Vorwurf. Es wurde sonderbar empfunden, daß Oesterreich und Ungarn zwar im Kriege gemeinsam kämpfen und bluten, daß aber beide Reichshälften vollkommen gesonderte Verpflegungsgebiete darstellen, und Ungarn durch eine eigene Grenzsperrung dafür sorgt, daß von seinem Ueberschuß nichts nach Oesterreich abströmt. Graf Stürgkh half sich gegen alle diese Klagen, indem er ihr Bekanntwerden durch die Presse verbot, statt daß er in der öffentlichen Meinung eine Stütze zur Vertretung des österreichischen Standpunkts gesucht hätte. Man machte ihm zum Vorwurf, daß der Grundgedanke seines Regierungssystems sehr einfach darin bestand, unter allen Umständen an der Macht zu bleiben und diesem Hauptzweck alles übrige unterzuordnen und anzupassen. Bei seiner Zensur hatte man in der Tat den Eindruck, daß sie vielmehr nach oben, als nach unten gerichtet sei. So durfte, als Graf Sclva-Larouca in seinem Palast die ersten Versammlungen von Herrenhausmitgliedern abhielt, in den Zeitungen nicht einmal die Teilnehmertafel mitgeteilt werden, geschweige denn der Gegenstand der Beratungen. Nun muß man sich doch fragen: Welche agitatorische Wirkung sollte es auf die Massen haben, wenn sie in der Zeitung lasen, daß einige feudale Herren, wie der Fürst von Fürstberg, Graf Clam-Martinic und andere, in einem Adelspalast zusammengekommen seien? Graf Stürgkh wollte wohl eher verhindern, daß die Kunde von einem solchen Zusammenschluß hochkonservativer Unzufriedener nach oben hin durchsickere. Es sollte höheren Ortes überhaupt nicht bekannt werden, daß es patriotische Leute gab, die die bestehende Regierung nicht für die beste aller möglichen hielten. Ueber den Geist, der in der Zensur walte, führte auch der Vorsitzende des Potenkubs, Ritter v. Bilinski, in der Obmännerkonferenz des Abgeordnetenhauses lebhaft Klage. Eine Zeilang habe die Zensur den Befehl gehabt, jeden Artikel zu streichen, in dem von der Zukunft Polens die Rede war. Einmal sei sogar der Satz unterdrückt worden: Die Zukunft Polens liegt bei Gott!

Nach diesen Beispielen kann man wohl ermessen, wie schwer es der öffentlichen Meinung gemacht war, sich zur Geltung zu bringen. Die Aufgabe, die des neuen Ministerpräsidenten harrt, läßt sich kurz dahin zusammenfassen: er hat alles das nachzuholen, was die Ära Stürgkh veräußert hat. Und das ist unendlich viel, auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens. Kein Mensch erwartet den Anbruch goldener Zeiten, wenn v. Körber sich zur Einberufung des Parlaments entschließt. Im Gegenteil, dann wird erst recht eine starke Regierung notwendig, denn nur eine starke, zielbewußte Regierung vermag das Parlament zu führen und zur Arbeit zu zwingen. Aber schon ein Blick in die Zeitungen, die in den Tagen des Interregnums zwischen dem Ableben Stürgkhs und der Berufung Körbers erschienen, läßt deutlich erkennen, daß Körber seine Aufgabe doch ganz anders auffaßt als sein unglücklicher Vorgänger. Die öffentliche Meinung hat

ihre Stimme wiedergefunden; es darf wieder von Oesterreich geredet werden. Der oberste Zweck aller Regierungskunst ist nun nicht mehr die Erhaltung einer glatten Oberfläche. Die Bevölkerung soll ihre Wünsche und Nöte zur Sprache bringen, damit die Regierung die Möglichkeit erhalte, ihnen abzuhelfen. Graf Stürgkh hatte den Versuch unternommen, den Obrigkeitstaat in seiner antiquiertesten Form wiederherzustellen: die Regierung dachte und handelte allein für alle, ohne Kontakt mit der Bevölkerung, ohne Kontrolle und Antriebe. So war auch Oesterreich der einzige Staat unter allen kriegsfähigen, in dem es die Regierung für überflüssig hielt, für das Durchhalten Stimmung zu machen. Für alles sollte der Gehorsam genügen.

Die Vergangenheit v. Körbers bürgt uns dafür, daß er mit leidenschaftloser Beharrlichkeit — das Wort stammt von ihm — danach trachten wird, den Zusammenhang zwischen Staat und Volkskräften wiederherzustellen. Ein Staatsmann, der diesen Namen verdient, darf ja in den Errungenschaften der Neuzeit nicht nur Momente der Schwäche erblicken, denen man besser ausweicht; er muß sie vielmehr zur Stütze und Kräftigung des Staatswesens zu verwenden wissen. E. P.

Zum Regierungswechsel.

Die neuen Minister sind beeidigt und beginnen ihre amtliche Tätigkeit. Möchte diese den großen Erwartungen und Wünschen entsprechen, mit denen der Austausch der Minister vielfach in der Öffentlichkeit begleitet wurde! Man kann sagen, daß die neue Regierung jetzt schon eine „gute Presse“ hat, fast so gut, wie das erste Ministerium Koerber. Nach auswärts wurde über die Aufnahme, welche das neue Ministerium in der österreichischen Presse gefunden hat, berichtet, die Blätter aller Parteien hätten die neue Regierung überaus freundlich begrüßt, nur die Organe der christlichsozialen Partei übten „vorsichtige Zurückhaltung“; die „Frankfurter Zeitung“ verwies dabei namentlich auf die „Reichspost“. Das mag schon stimmen. Wir können nur wiederholen, was wir schon einmal gesagt, daß wir den Tag nicht vor dem Abend loben, aber den neuen Männern von Herzen jene Erfolge wünschen, deren Oesterreich jetzt am dringendsten bedarf.

Im „Allg. Tir. Anz.“ (Nr. 505) verweist der derzeitige Vorsitzende im Tiroler Landesauschuß Reichsratsabgeordneter Dr. Schöpfer in einem Aufsatz über „die neue Ära Koerber“ auf die große Aenderung in den politischen Verhältnissen seit der ersten Ära Koerber und auf die Klärung mancher Fragen durch die Katastrophe des Weltkrieges, erinnert aber auch an „die vier hochbedeutsamen Erklärungen“ des ersten Ministeriums Koerber, die den Geist, die Anschauungen und Grundsätze des neuen Ministerpräsidenten bekunden und vielleicht zu gewissen Urteilen berechtigen. Die erste dieser Erklärungen, offenbar von Koerber selber verfaßt und in der „Wiener Abendpost“ erschienen, beschrieb kurz den Weg der damaligen neuen Regierung:

Jene programmatische Darlegung enthielt zwei Teile, deren erste die Beilegung des nationalen Streits als das wichtigste Ziel der Regierung erklärte. Heute hat dieser Teil des Programmes wohl kaum mehr eine Bedeutung; der zweite wird aber immer seine Geltung behalten und er brauchte eigentlich nur eine Ergänzung, die auf die durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse Rücksicht nimmt. Mit der politischen Aktion des Ministeriums — so beginnt der zweite Teil — soll eine rege Initiative auf allen anderen Gebieten Hand in Hand gehen. Der nachdrücklichsten Fürsorge bedürfen besonders die wirtschaftlichen Verhältnisse.“ Die Erklärung verweist darauf, wie lähmend und hemmend der nationale Streit auf die Entfaltung aller wirtschaftlichen Kräfte gewirkt habe und wie wichtig es sei, diese Kräfte freizumachen, für den Staat einen Zeitraum der Erholung zu schaffen, der einen Uebergang zu besseren Tagen vorbereiten könne. Gilt dies nicht Wort für Wort und noch vielmehr in gesteigertem Maße für unsere Zeit? Wir brauchen auf diesen Krieg hinaus wirklich eine Erholung, wir brauchen bessere Tage, wir brauchen gerade auf wirtschaftlichem Gebiete die Vereinigung und Entfaltung aller wahrhaft produktiven Kräfte. In dieser Hinsicht braucht Dr. v. Koerber nur auf sein Programm der ersten Ära zurückzugreifen, wobei freilich die staatsfinanziellen Fragen ihre eigene Lösung beanspruchen werden. — Großes Aufsehen erregte das Schreiben, ein Erlaß an sämtliche Statthalter und Landespräsidenten, der das Datum vom 20. Jänner 1900 trägt; es enthält in Form sehr bestimmter lautender Weisungen die Grundsätze, die der neue Ministerpräsident „für die staatlichen Behörden in ihrem amtlichen Wirken für die richtigen erachtete“. Fast möchten wir an ihn die dringende Bitte richten, auch bei seinem neuen Antritt dieselben in neuer Auflage herauszugeben. Wenn diese Grundsätze den Verwaltungsbehörden in Fleisch und Blut übergingen, würde das Verhältnis zwischen ihnen und der Bevölkerung ein viel innigeres, das Vertrauen auf die Behörden ein viel stärkeres und auch die Achtung vor der staatlichen Autorität eine viel größere sein. Wie herrlich sind die Worte: „Es ist nicht genügend, wenn die Beamten den regelmäßigen Dienst versehen, sondern es gehört zu ihrer Verpflichtung, offenen Auges die Bedürfnisse der Bevölkerung wahrzunehmen, ganz besonders aber überall dort die Initiative zu ergreifen, wo sie von ihrem Eingreifen einen einzelnen Erfolg mit Grund erwarten können. Eine solche Umsicht und fürsorgliche Tätigkeit ist umso nötiger, als sie die Grundlage des Ansehens und Einflusses der Behörden bildet.“ — Sein eigentliches Regierungsprogramm hat Dr. v. Koerber bei Eröffnung des Reichsrates am 22. Februar in seinen Reden an das Abgeordnetenhaus und an das Herrenhaus dargelegt. Einen breiten Raum nimmt die Ankündigung der für das wirtschaftliche Gebiet bezüglichen Aufgaben ein. Zwei wichtige Gegenstände werden auch in einer neuen Programmrede des Ministerpräsidenten wiederkehren, nämlich die Ankündigung des neuen Zolltarifs mit neuen Handelsverträgen und die Vereinbarungen mit Ungarn. Sichtlich hervorgehoben ist in der Rede an das Abgeordnetenhaus der Satz: „Der hervorragenden Bedeutung der heimischen Landwirtschaft war sich die Regierung voll bewusst und sie wird deren fortschreitende Entwicklung in jeder Weise zu fördern trachten.“ Wohl nichts ist auf wirtschaftlichem Gebiete durch den gegenwärtigen Weltkrieg heller ins Licht gestellt worden, als die Bedeutung der Landwirtschaft für den Staat. Auf diesem Programmpunkt wird der neue Ministerpräsident mit besonders starker Hand zurückgreifen müssen und es sei die Bitte gestattet, er möge die heute so leicht zu lösende Frage, „Herstellung und Erhaltung eines schuldensfreien Bauernstandes“ in Angriff nehmen.

Viel besprochen wird in den deutschen parlamentarischen Kreisen, daß bezüglich der Auswahl der polnischen und tschechischen Vertreter im Kabinett (Dr. Bobrzyński, Graf Clam-Martinic und Freiherr v. Trnka) mit den betreffenden Parteikreisen Rücksprache gepflogen worden sei, während die deutschen Parlamentsgruppen nicht in die Lage gekommen seien, Einfluß zu nehmen.

In den kaiserlichen Handschreiben an die entlassenen Minister wird bei allen, mit Ausnahme des ehemaligen Justizministers Dr. v. Hohenburger, die „Wiederverwendung im Dienste“ vorbehalten. Dies erklärt sich aus dem Umstande, daß alle anderen ausgeschiedenen Minister bei ihrer Berufung aus dem Staatsdienste kamen, in den sie, da ihre Dienstzeit noch nicht abgelaufen ist, zurückkehren, während Doktor v. Hohenburger von Beruf Rechtsanwalt ist. Während Dr. v. Hohenburger, Dr. Frh. v. Forster und Frh.

v. Zenker dem Kabinett Stürgkh vom Anbeginn an angehört, wurden Prinz Hohenlohe, Dr. Ritter v. Leith und Dr. v. Spillmüller erst während des Krieges und Dr. v. Morawski kurz vorher ins Ministerium berufen.

Dr. v. Hohenburger galt als der Vertreter des deutschen Nationalverbandes in der Regierung. Im Parlamente hatte er seinerzeit heftige Anfeindungen des tschechischen Freiinns und Radikalismus (Dr. Strasky), der Sozialdemokraten und der Wiener Judenliberalen zu bestehen, die in ihm einerseits den deutschen Parteiminister, andererseits den Wächter der Autorität und richterlichen Disziplin bekämpften. Bekannt ist das Revolverattentat eines Galeriebesuchers (des dalmatinischen Arbeiters Njegus) auf Hohenburger während einer Lenkungsrede des sozialdemokratischen Führers Dr. Adler im Abgeordnetenhaus am 6. November 1911. Der Krieg stellte an die Vorkämpfer und an die Arbeitskraft Hohenburgers außerordentliche Anforderungen, denen seine Gesundheit nicht länger gewachsen war. — Der gewesene Eisenbahnminister Freiherr v. Forster, der schon zu Beginn des Ministeriums Wienerth kurze Zeit das Ressort geleitet hatte, kann bei seinem Abgange auf eine überaus reiche Tätigkeit zurückblicken, die vielfach von bleibenden Erfolgen begleitet war; es sei hier nur an die Ausgestaltung des Verkehrsweises, die Reform der Eisenbahnpolitik und Eisenbahnfinanzwirtschaft und die Fürsorge für die Bediensteten erinnert. Der Krieg unterbrach dieses Wirken und stellte neue ungeheure Anforderungen, er half aber endlich auch der Erkenntnis von der Wichtigkeit und Unentbehrlichkeit einer einheitlichen Verkehrssprache zum Durchbruch. Und dies ist hoffentlich die dauerndste Erinnerung an die Ära Forster. — Ueber die drei erst während des Krieges in das Kabinett Stürgkh berufenen Minister, deren Wirken infolge der außerordentlichen Verhältnisse naturgemäß größtenteils der Kontrolle der Öffentlichkeit entzogen blieb, ist ein abschließendes Urteil wohl nicht möglich. Was nach ihrem Scheiden der Bevölkerung zu wünschen übrig blieb, wurde hier bereits kurz dargelegt.

Dem Wiener sozialdemokratischen Organ paßte es nicht, daß wir in unserer Stellungnahme zum Regierungswechsel einige der wichtigsten Wünsche, auf deren Erfüllung die Bevölkerung warte, aufzählten; das Blatt erzählt seinen Lesern, wir hätten „seit Jahr und Tag versichert“, daß Oesterreich an der verflochtenen Regierung „das Ideal einer österreichischen Regierung besitze“, während wir „nun“ (!) über Wucher und Ausbeutertum und über begangene Veräumnisse klagen. Es genügt, solcher „irrsinniger“ Unwahrhaftigkeit gegenüber wohl der einfache Hinweis auf unseren unermüdblichen ununterbrochenen Kampf gegen Wucher und Ausbeutertum und gegen die Veräumnisse sowie auf die Tatsache, daß vielleicht kein anderes Blatt Wiens so ausgedehnte Zeichen der Zensur fürsorge aufzuweisen hat, wie gerade die „Reichspost“, eben wegen ihrer unermüdblichen Kritik. Richtig ist, daß die Formen unserer Kritik denen der „N.-Z.“ ganz unähnlich sind.

Wir wollen gehört werden.

Es ist Zeit, daß man dem freien Volk das freie Wort gibt. Wir brauchen keine erzwungene Einheit im Innern, sondern Lastrast und Entschlossenheit nach außen. (Bravo! rechts.)
(Aus der Rede des freikonservativen Abgeordneten Berner-Gießen in der Sitzung vom 31. Oktober des deutschen Reichstages.)

Dieses ist die Hauptforderung, die wir an unsere neuen Minister richten: Wir, die Bürger Österreichs, wir wollen nicht länger als mundtote, willenlose Untertanen regiert werden, sondern wir verlangen das Recht der Mitbestimmung an den Geschicken dieses Staates. Wir verlangen, daß man uns höre, ehe man über uns beschließt, und daß wir im Parlament und Presse unsere Meinung sagen dürfen, soweit wir selbst ihre Äußerung mit der Erreichung der Kriegsziele für vereinbar halten, beiläufig nicht so weit, wie in den höher entwickelten westlicheren Staaten, in Deutschland etwa oder England und Frankreich, sondern, da wir bescheiden geworden sind, vorläufig bloß in den Grenzen, die die — russische Autokratie des Zaren den vielen Völkern ihres Reiches eingeräumt hat.

Das ist kein Scherz und es soll bewiesen werden, daß es kein Scherz ist. Es ist jetzt mehrere Monate her, da kam dem „Abend“ der „Russische Bote“ (Ruskiy Vestnik) in die Hand, der in Berlin hergestellt und von der deutschen Kriegsverwaltung für die Insassen der russischen Gefangenenlager herausgegeben wird. In der Hauptsache enthält diese Zeitung Auschnitte aus den Blättern, die da und dort in Rußland erscheinen. Ein solcher Auschnitt hatte das Interesse der Schriftleitung des „Abend“ erregt. Es war ein satirisches Gemälde aus der Feder eines russischen Schriftstellers und schilderte in wirklich wichtiger Weise die Folgen eines Vertrages zwischen einem russischen Verleger und einem Journalisten, der aus bekannten Gründen sich statt der üblichen zehn Kopfen ein Honorar in der Höhe eines Eies für die Druckzeile ausbedungen hatte. Die Darstellung der Folgen dieses Vertrages war ebenso wichtig wie übertrieben und jeder Leser hätte den Eindruck haben müssen, daß da ein sehr begabter Kopf ein satirisches Zerrbild hinc geben wollen. Der Wiener Staatsanwalt wollte aber keinen Spaß verstehen. An Stelle des kleinen Aufsatzes erschien ein weißer Fleck. Man fragt vergeblich, warum? Wir haben den Staatsanwalt damals nicht um die Gründe befragt, schon deshalb nicht, weil er nicht verpflichtet ist, sie bekanntzugeben. Er kann — das ist bis heute Kriegsgeheimnis — unterdrücken, was ihm beliebt. Wir kennen nur seinen (wie wir finden, etwas allgemein gehaltenen) Auftrag, alles zu unterdrücken, „was der Erreichung des Kriegszieles abträglich ist“. (Warte eines heute nicht mehr im Amt befindlichen Ministers anlässlich einer Auseinandersetzung über die Zensur) Wie hat nun der Wiener Pressenstaatsanwalt die Unterdrückung dieser Satire mit diesem Auftrag in Einklang gebracht? Fürchtete er, daß die Wiener Bevölkerung aus der Satire eines russischen Schriftstellers erfahren werde, daß in Wien die Eier selten geworden sind (gestern hat Herr Salten, unbehelligt von der Zensur, in der „Neuen Freien Presse“ das gleiche von Berlin erzählt), oder fürchtete er, daß die russische oder englische Regierung aus einer in Rußland verfaßten oder veröffentlichten Satire schließen könne, daß es in Wien zu wenig Eier gebe? Oder was glaubt der Herr Staatsanwalt sonst? Es ist uns unmöglich, es zu erraten.

Dies die Geschichte eines Spasses, der in Rußland erlaubt und in Wien verboten wurde. Aber es gibt sehr ernste Dinge, über welche die russische Zensur ebenfalls viel vernünftiger denkt als die österreichische. Da wurde gestern gemeldet, daß der letzte russische Kronrat noch keinen Beschluß über die polnische Frage gefaßt habe. Hat jemand schon in einer Wiener Zeitung gelesen, daß Baron Burian sich mit der polnischen Frage beschäftigte? In den Wiener Blättern stand darüber nichts, woraus allein natürlich kaum zu schließen ist, ob es für uns überhaupt eine polnische Frage gibt oder ob sich der Baron Burian vielleicht nicht mit ihr beschäftigt. Oder aber wir lesen in russischen Blättern mehr oder weniger scharfe Kritiken an Regierungshandlungen des russischen Ministerpräsidenten. Das r. l. Telegraphen-Korrespondenzbureau bedient uns (im Gegensatz zu seiner sonstigen Gepflogenheit) sehr freigebig mit solchen tadelnden Auslassungen der russischen Presse, wodurch zu Lebzeiten des Grafen Stürgkh vielleicht der Eindruck hätte erweckt werden sollen, wie wenig Anlaß wir glücklichen Österreicher zur Kritik an unserem Regierungschef hätten. Wenn dies die Absicht war, so ist das Mittel unbedingt schlecht gewählt gewesen, denn jeder, der die Berührung mit der Bevölkerung nicht gänzlich verloren hat, weiß, daß sie gerade das Gegenteil der gewollten Wirkung auslösten. Sie regten zu Vergleichen an und da die Not des Alltags ihren politischen und wirtschaftlichen Verstand geschärft hatte, fragten sie, wie es denn komme, daß gerade die österreichische Presse von den Kriegsdingen des Hinterlandes weniger zu sagen wisse, als die Presse aller anderen kriegsführenden Länder. Sie fanden bald die Antwort: Die Zensur! Die Zeitungen schrieben es und wenn es sich ereignete, daß die mitunter recht harmlosen Bemerkungen irgend jemandes, der der Zeitung einen Aufsatz eingesandt hatte, dem Staatsanwalt verfielen,

dann erzählte er es in allen Kaffeehäusern und man übertreibt nicht, wenn man sagt, daß sich auch bei der Bevölkerung bitterer Groll gegen die mit schrankenloser Willkür arbeitende Zensur eingefressen hat. Gegen eine Zensur, die unter Stürgkh mit Recht als die Helferin einer Regierung angesehen wurde, der man nur Fehler nachsagen kann.

Dies die politische Seite einer Zensurhandhabung, die ohne Rücksichten und Kenntnis der öffentlichen Stimmung waltet. Nicht weniger ernst ist der sachliche Schaden den sie anrichtet. Gerade in den wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Angelegenheiten ist die Freiheit der Presse, Vorschläge zu erstatten und zu kritisieren, in einer Weise eingeschränkt, von der sich der Nicht Journalist kaum eine Vorstellung machen kann. Was unseren persönlichen Standpunkt betrifft, so schätzen wir den Wert unserer Arbeit hoch genug, um die Unterdrückung von Vorschlägen, die bei uns zur Veröffentlichung bestimmt werden, klipp und klar als Schädigung des öffentlichen Interesses zu bezeichnen. Wir können uns dabei auf T. Kochen stützen. Die Regelung der Vieh- und Fleischfrage, die in Wien seit zwei Monaten durchgeführt ist, wurde im „Abend“ beinahe genau in der jetzt amtlichen Form seit einem Jahre unermüdlich und unter mühseligem Kampfe mit der Zensur vorgebracht. Wir mußten uns dabei mit wirklichen Sachleuten eines Sinnes und können heute nur feststellen, daß unermesslicher Schaden durch das verspätete Einschreiten der Behörden erwachsen ist. Dasselbe gilt von der Milchfrage, von der Preispolitik für Lebensmittel und urentbehrlichen Bedarfsgegenstände. Wie viele unserer Aufsätze sind unterdrückt worden! Und wie ginge es uns heute noch, wollten wir versuchen, über die Preis- und Verteilungspolitik von Leder, Spiritus, Kohle oder Bekleidung zu sagen, was wirklich zu sagen wäre. Der Staatsanwalt darf diese Dinge überhaupt nicht zensurieren, und das Kriegsüberwachungsamt legt sie zur Begutachtung den „Sachstellen“ vor, d. h. den Zentralen, die Leder, Spiritus usw. bewirtschaften. Diese Herren werden so die Zensoren ihrer Kritiker! Und noch nie haben sich diese Herren so sicher gefühlt wie im Kriege, da Millionen unter der Unsicherheit aller Lebensgrundlagen klagen. Kein Parlament, keine Presse haben sie zu fürchten, und wie es mit ihren Hemmungen sonst bestellt ist, das wissen wir nicht. Wir sehen, daß sie sehr klein sein müssen. So verderbt hat dieses System unsere öffentlichen Sitten, daß sich unter den großen Verdienerten vielfach die Anschauung festgesetzt hat, die Zensur sei dazu da, ihre persönlichen Interessen zu schützen. So weit ist dies gediehen, daß ein großer Kaffeehändler, dessen Vorgehen in Wien allgemeinen Unmut hervorruft, anlässlich tadelnder Bemerkungen im „Abend“, nachdem ein Inseratenanbot selbstverständlich nicht angenommen worden war, sich zu der Drohung versteigen konnte, er werde dem „Abend“ durch die Zensur verbieten lassen, seine Geschäftsführung zu kritisieren! Der Mann rühmte sich dabei der persönlichen Freundschaft des Grafen Stürgkh und seiner Beziehungen zum Ministerium des Innern! Wir haben von dieser unsäglichen Frechheit, die nur Kriegsbediensteten zu eigen ist, dem Grafen Stürgkh, dem Minister des Innern, dem Justizminister, dem Staatsanwalt Mitteilung gemacht. Denn keine andere Meinung haben wir von der Frechheit dieses Mannes, als daß er glaubte, durch persönliche Fürsprache seine „Beziehungen“ zu einer korrupten Tat, zu einem ungerechten Zensurauftrag zu veranlassen. Wir haben leider nicht gehört, daß eine der „Beziehungen“ den Frechling wegen Amtsehrenbeleidigung hätte o. Klagen lassen. Aus dem Vorfall ist zu ersehen, welche sonderbare Vorstellungen sich in vielen Hirnen während des Krieges eingenistet haben, wie tief der Glaube an die öffentliche Moral bei vielen gesunken ist. Und unsere Zensur: ist sie nicht, ohne es zu wollen, daran mitschuldig?

Es muß anders werden. Wir glauben nicht, daß unter dem Ministerpräsidenten Koerber und dem Justizminister Klein die Zensur so arbeiten werde wie unter Stürgkh und Hohenburger. Wien darf erwarten, daß es in Zensurdingen nicht schlechter behandelt werden wird als die Hauptstadt des verbündeten Deutschland. Herr Dr. Klein hat erst kurz vor seiner Ernennung die Freuden der Wiener Zensur am eigenen Leibe erfahren. Er selbst gehört zu den Konfiszierten. Einige Zeit später war er Minister. Hatte er sich gegen die Erreichung des Kriegszieles vergangen? Sicherlich nicht. So wenig, wie wir alle, deren Aufsätze täglich konfisziert zurückgehalten oder nicht erledigt werden.